



# Chambre des Députés

L U X E M B O U R G

Gedenkstunde am 27. Januar in Hinzert

## Die Erinnerung lebt!

Anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2006 wohnte der Präsident der Abgeordnetenkammer, Lucien Weiler, der zentralen Gedenkstunde des Landtags und der Landesregierung Rheinland-Pfalz im Dokumentations- und Begegnungshaus SS-Sonderlager/KZ Hinzert bei. Neben der Begrüßung und Ansprache des Präsidenten des Landtags Rheinland-Pfalz, Christoph Grimm, und des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, ergriff Lucien Weiler als Hauptredner das Wort.

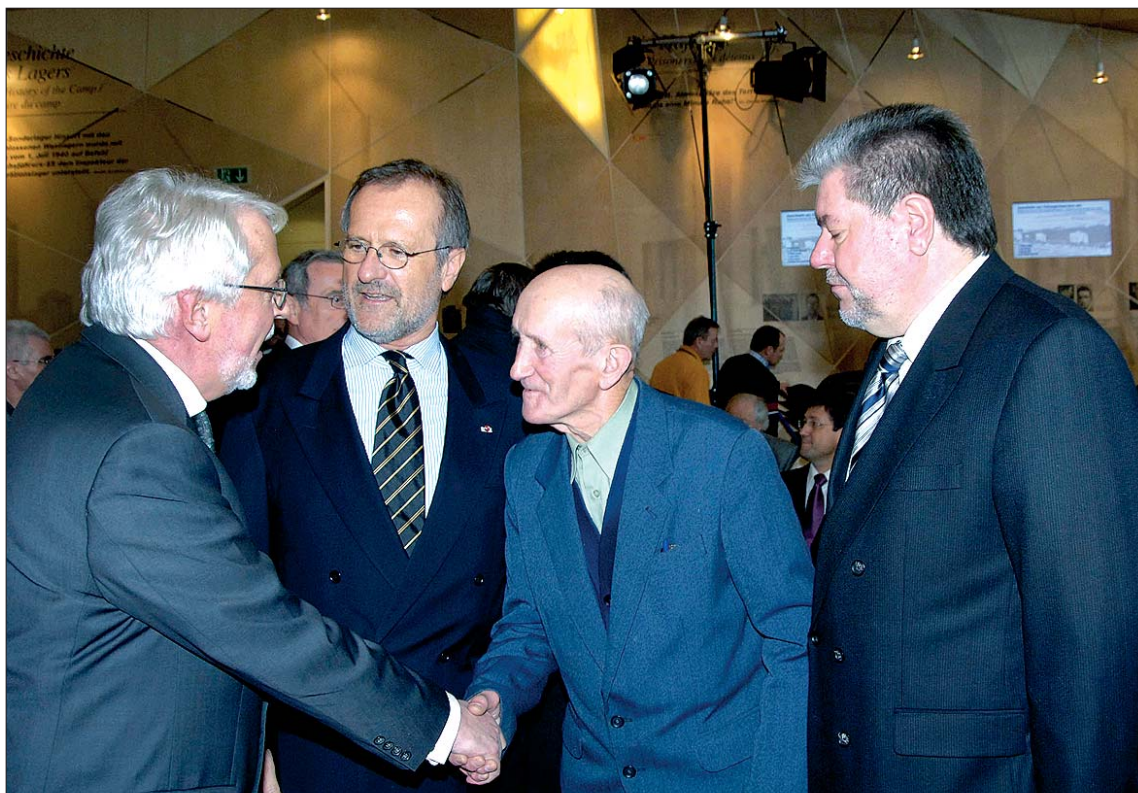
„Ein Tag wird kommen, wo alle Nationen dieses Kontinents, ohne ihre besonderen Eigenheiten oder ihre ruhmreiche Individualität einzubüßen, sich eng zu einer höheren Gemeinschaft zusammenschließen und die große europäische Bruderschaft begründen werden. Ein Tag wird kommen, wo es keine anderen Schlachtfelder mehr geben wird als die Märkte, die sich dem Handel öffnen, und der Geist, der sich den Ideen öffnet. Ein Tag wird kommen, wo die Kugeln und Bomben durch Stimmzettel ersetzt werden.“

Mit diesem Zitat von Victor Hugo aus dem Jahre 1849 erinnerte Lucien Weiler an die Vision des französischen Schriftstellers. Der Parlamentspräsident bedauerte, dass viele Menschen heute die Anfänge der Europäischen Union nicht mehr kennen würden, dass sie nicht mehr wüssten, dass es die beiden Wörter „nie mehr“ waren, die am Ursprung des Friedensprojektes Europa standen.

„Die Erinnerung an den Krieg und den Holocaust ist eine große, eine sehr starke Verpflichtung. Es ist vor allem eine starke Verpflichtung für die Frauen und Männer meiner Generation. Und wir müssen dieser Verpflichtung zum Erinnern mit großer Feinfühligkeit, Zurückhaltung und Empfindungsvermögen nachkommen, weil alle die, die wie ich nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden, keine direkten Zeugen der unermesslichen Tragödie sind, die über Europa und die Welt herein gebrochen war.“

Zum Thema Erinnerung griff Lucien Weiler die Frage auf, die Bundespräsident Roman Herzog vor einigen Jahren stellte: Hat die Erinnerung eine Zukunft?

„Wir leben in einer Zeit des Generationenwechsels, in einer Zeit von der Erinnerung an Erlebtes zur Erinnerung an Mitgeteiltes, an Überliefertes. Der Dunst der Zeit und der Geist der Anonymität versuchen, sich breit zu machen.“



(Foto: Klaus Benz)

Der Präsident der Abgeordnetenkammer, Lucien Weiler, begrüßt einen Zeitzeugen, Herrn Golowatschenko aus der Ukraine, der von 1944 bis zur Befreiung 1945 im Lager Hinzert war. (v.l.n.r. Lucien Weiler, der Landtagspräsident von Rheinland-Pfalz, Christoph Grimm, Herr Golowatschenko und der Ministerpräsident aus Rheinland-Pfalz, Kurt Beck)

Der Parlamentspräsident mahnte zur Wachsamkeit: „Ich würde gerne hier stehen und Ihnen sagen, dass das Europa vom Anfang des 21. Jahrhunderts keinen Antisemitismus mehr kennt, dass Hass, Intoleranz, Aussonderung, Diskriminierung wegen Herkunft, Glauben oder aus welchem

Grund auch immer, dass wir das alles nicht mehr kennen. Aber leider ist es nicht so. (...) Wenn in Europa Moscheen brennen, jüdische Gräber geschändet werden oder Naziparolen wieder ungehört propagiert werden, Rechtsextreme mit Hitlerfahnen durch die Straßen ziehen, dann wissen

wir, wie sehr wir auf der Hut sein müssen.“

In diesem Zusammenhang erinnerte Lucien Weiler auch an die „unfassbaren“ Aussagen des iranischen Staatspräsidenten und an die Resultate der palästinensischen Parlamentswahlen mit dem Sieg der Hamas.

Für den Parlamentspräsidenten hat die Erinnerung Zukunft, „die Erinnerung lebt“. Tagtäglich seien hunderttausende von Menschen darum bemüht, aus der Erinnerung immer wieder lebendige Zukunft werden zu lassen, „nicht weil sie das Entsetzen hochhalten wollen, sondern weil sie Lehren ziehen wollen“. Als Beispiele nannte Lucien Weiler unter anderem das „regelrechte Netzwerk des Gedenkens“, die „christlich-jüdische Zusammenarbeit“, der Besuch Luxemburger Schüler in Auschwitz oder die Theatervorstellungen der Jugendtheatergruppe „Namasté“.

„Die Kenntnisse über den Nationalsozialismus sind bei manchen Jugendlichen nicht unbeachtlich. Und ihr Interesse, sich damit zu beschäftigen, ist groß. (...) Die jungen Menschen diskutieren und forschen, sie fragen, sie schauen hin. Und wir sollen sie dabei begleiten und unterstützen.“

Lucien Weiler erinnerte an den Staatsbesuch von Bundespräsident Gustav Heinemann 1973 in Luxemburg. Dieser Besuch war damals, „um es diplomatisch auszudrücken, nicht unumstritten in Luxemburg“. Heute ist dies nicht mehr so. „Die Deutschen waren uns noch nie so gute Nachbarn wie heute.“

Abschließend betonte Lucien Weiler, dass die Erinnerung eine Münze mit zwei Seiten sei. Auf der einen Seite stünden „all die Grausamkeiten, die Qual, der Schmerz, die Verfolgung, die Erniedrigung, die Toten“. Auf die zweite Seite würde ein Zitat vom ungarischen Schriftsteller jüdischer Abstammung und Literaturnobelpreisträger Imre Kertész passen:

„Der Holocaust ist ein Wert, weil er über unermessliches Leid zu unermesslichem Wissen geführt hat und damit eine unermessliche moralische Reserve birgt.“

Und Lucien Weiler fügte hinzu: „Wir werden gemeinsam das unermessliche Wissen nicht vergessen, sondern es wie einen Schatz hüten und wir werden uns gemeinsam an der unermesslichen moralischen Reserve orientieren. Dann wird der Traum der Gründungsväter Europas definitiv Bestand haben: Nie wieder!“

Am Ende der Gedenkstunde legten Lucien Weiler sowie Christoph Grimm und Kurt Beck Kränze am Mahnmahl von Lucien Wercollier auf dem Gelände des Ehrenfriedhofes nieder. Ein stilles Gedenken bildete den Abschluss der Gedenkstunde.

## Le Président de la Chambre des Députés rend hommage à M. Johannes Rau



À l'occasion du décès de l'ancien Président de la République fédérale d'Allemagne, M. Johannes Rau, le Président de la Chambre des Députés, M. Lucien Weiler, accompagné du Secrétaire général, M. Claude Frieseisen (à gauche), et en présence de S.E. M. l'Ambassadeur Roland Lohkamp, avait signé le livre de condoléances ouvert à la signature à l'ambassade allemande à Luxembourg.





Lucien Weiler empfing den iranischen Botschafter

## Der Parlamentspräsident spricht Klartext

**Nachdem die Abgeordnetenkammer am 20. Dezember 2005 einstimmig einen Entschluss verabschiedet hatte, in dem die Aussagen des iranischen Präsidenten in Bezug auf den Holocaust und Israel verurteilt werden, empfing der Präsident der Abgeordnetenkammer Lucien Weiler am 7. Februar 2006 den iranischen Botschafter Ali Ahani.**

Der Botschafter verdeutlichte zuerst aus seiner Sicht die Position des Iran im Atomkonflikt. Er unterstrich den guten Willen der iranischen Behörden, was die Zusammenarbeit mit der Atomaufsichtsbehörde IAEA betrifft. Des Weiteren wies der Botschafter erneut darauf hin, dass die Anrei-

cherung von Uran im Iran nur friedlichen Zwecken dienen würde. Die Aussagen des iranischen Präsidenten über den Holocaust wurden vom iranischen Botschafter relativiert und in einen kulturellen iranischen Rahmen gesetzt.

Der Präsident der Abgeordnetenkammer Lucien Weiler erinnerte den iranischen Botschafter an den Entschluss, der am 20. Dezember 2005 einstimmig vom Parlament in Bezug auf den Iran verabschiedet wurde. Lucien Weiler verurteilte die Aussagen des iranischen Präsidenten betreffend den Holocaust und Israel aufs Schärfste. Des Weiteren unterstrich der Parlamentspräsident mehrmals, dass die Leugnung des Holocausts

durch den iranischen Präsidenten, also durch den Präsidenten eines Mitgliedstaates der UNO, ein unqualifizierbarer Präzedenzfall sei. Lucien Weiler wies den Botschafter darauf hin, dass in Luxemburg eine Person, die Kriegsverbrechen oder Völkermorde bestreitet, herunterspielt oder leugnet, bestraft wird.

Der Parlamentspräsident zeigte sich mehr als erstaunt über einen Brief des Präsidenten des iranischen Parlaments. In diesem Brief wird der Holocaust als „Ereignis, das Jahrzehnte zurückliegt“ bezeichnet. Den Holocaust als einfaches „Ereignis“ zu beschreiben sei eine schlimme Beleidigung angesichts der Millionen von toten Juden, so Lucien Weiler.

Lucien Weiler zeigte sich zutiefst beunruhigt über die unannehmbaren Aussagen des iranischen Präsidenten über das Existenzrecht Israels. Der Staat Israel sei seit 1949 Mitglied der Vereinten Nationen und niemand könne Israel das Recht, zu bestehen und einen unabhängigen Staat zu bilden, aberkennen.

Betreffend den Atomkonflikt mit dem Iran, so forderte der Präsident der Abgeordnetenkammer, dass die iranischen Behörden das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft in die friedlichen Absichten des Atomprogramms wiederherstellen, indem das Land komplett mit der Atomaufsichtsbehörde IAEA zusammenarbeiten müsse.

Abschließend unterstrich Präsident Weiler, dass alles unternommen werden müsse, um eine Lösung auf diplomatischem Wege zu finden.

Des Weiteren zeigte der Parlamentspräsident sich beunruhigt über die zahlreichen Verstöße gegen die Menschenrechte und die Grundfreiheiten im Iran. Als Beispiele nannte Lucien Weiler die öffentlichen Hinrichtungen, die Prügelstrafen, die Diskriminierung gegenüber den Frauen und die Verstöße gegen die Meinungsfreiheit. Lucien Weiler drückte den Wunsch aus, dass die allgemeine Erklärung der Menschenrechte (UNO) endlich im Iran eingehalten werden müsse.

Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe

## Session ordinaire à Strasbourg



(de gauche à droite) Mme Mireille Paulus, Mme Lydie Err, M. Marcel Glesener, Mme Ronald Mayer, M. Norbert Hauptert, M. Bruno Haller, S.E. M. Ronald Mayer, M. Charles Goerens, Mme Toiny Thommes, M. Dean Spielmann, M. Jean Huss

«Bref, le véritable débat est celui de savoir avec quels moyens nous voulons combattre le terrorisme. Est-il inévitable que pour cela il faille renoncer aux droits de l'Homme, renoncer à la dignité de l'homme, renoncer à la justice, renoncer à toutes les garanties que nous avons construites au cours de ces dernières décennies?

Est-il acceptable que, pour mettre en repos notre propre conscience, on délocalise la torture et ses méthodes dégradantes vers d'autres pays? Tel devra être le véritable débat que nous devons conduire ces prochains mois. Nous sommes là au cœur des valeurs du Conseil de l'Europe.»

Avec ces mots, le rapporteur et un des initiateurs du débat d'actualité sur les allégations de détentions secrètes dans les États membres du Conseil de l'Europe, M. Dick Marty, a résumé l'essence dudit débat, dont la question traitée a été renvoyée à l'issue du débat pour rapport à la Commission des questions juridiques et des droits de l'Homme.

Ce point fort de la première session ordinaire de 2006 de l'As-

semblée parlementaire du Conseil de l'Europe, dont le sujet avait déjà fait l'objet du rapport de M. McNamara et d'une résolution de l'Assemblée l'année dernière, mettait en garde les États membres sur l'utilisation de leur territoire et leurs infrastructures aéroportuaires pour des actions illégales, des *extraordinary rendition* et des détentions secrètes, a soulevé entre autres les problèmes des rapports entre gouvernements et parlements, du contrôle et de la surveillance des services de renseignements et de la responsabilité des États dans ces affaires d'*extraordinary rendition*.

L'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe s'est réunie en session ordinaire à Strasbourg du 23 au 27 janvier 2006. Y ont participé le Président de la délégation, M. Marcel Glesener, les membres effectifs, Mme Lydie Err et M. Charles Goerens, ainsi que les membres suppléants, MM. Norbert Hauptert, Jean Huss et Mme Anne Brasseur.

La première séance ayant été ouverte par le doyen d'âge de l'As-

semblée, M. Miguel Barceló Pérez, il a été procédé à la vérification et à la ratification des pouvoirs des nouveaux représentants et suppléants, à l'exception des pouvoirs de la délégation de l'Azerbaïdjan qui sont contestés et soumis à la Commission de suivi pour rapport et à la Commission du règlement et des immunités pour avis, après quoi ils seront ratifiés néanmoins après discussion lors de la séance de l'après-midi du 25 janvier.

Après l'élection de M. René van der Linden comme Président de l'Assemblée et l'élection des 19 Vice-Présidents, l'Assemblée a ratifié la nomination des membres des commissions. Lors de cette session, M. Marcel Glesener a été confirmé dans ses fonctions de Président de la délégation. Aussi a-t-il été réélu pour la troisième année consécutive Président de la Commission des questions sociales, de la santé et de la famille.

Après l'adoption du procès-verbal de la réunion de la Commission permanente à Bucarest, le 25 novembre 2005, l'Assemblée a approuvé le rapport d'activités du

Bureau et de la Commission permanente, pour passer ensuite à l'ordre du jour.

(Pour le détail des points à l'ordre du jour ainsi que des personnes ayant pris la parole, veuillez vous référer à la 23<sup>e</sup> séance sub 1. Communications, 6) aux pages 222 et 223 de ce compte rendu.)

Une discussion selon la procédure d'urgence sur la situation au Belarus à la veille de l'élection présidentielle a eu lieu au cours de cette première session de 2006.

On peut souligner encore que deux de nos délégués ont pris la parole lors des débats, à savoir Mme Lydie Err relative au point de la dimension parlementaire

des Nations Unies et M. Norbert Hauptert au sujet des conséquences pour l'Europe de la résurgence économique de la Chine.

L'Assemblée a adopté un avis, cinq recommandations et dix résolutions en rapport avec les sujets à l'ordre du jour.

Il reste à signaler que dans le cadre de cette session le représentant permanent du Luxembourg auprès du Conseil de l'Europe, S.E. M. Ronald Mayer, a remis les insignes de commandeur de l'ordre de mérite à M. Bruno Haller, Secrétaire général de l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe, retraité à partir du 1<sup>er</sup> février 2006.

## Le Président du FLB reçu par M. Lucien Weiler



M. Aloyse Marx et M. Lucien Weiler

À l'occasion du 25<sup>e</sup> anniversaire du «Fräie Lëtzebuurger Baureverband», le Président de la Chambre des Députés Lucien Weiler s'est entretenu à l'Hôtel de la Chambre des Députés avec le Président du FLB, M. Aloyse Marx.

Après un tour d'horizon sur les expériences faites et les rebours et les succès connus par le FLB durant les 25 dernières années, M. Aloyse Marx a discuté avec M. Lucien Weiler des problèmes actuels de l'agriculture et de la viti-

culture. Ont notamment été abordés: la sécurité alimentaire, les quotas laitiers, la politique agricole européenne, les aides compensatoires, les réglementations, la bureaucratie, les énergies renouvelables ou encore la loi portant réglementation du bail à ferme.

M. Lucien Weiler a félicité le «Fräie Lëtzebuurger Baureverband» et son président pour son engagement dans l'intérêt des agriculteurs et a transmis ses meilleurs vœux pour l'avenir au FLB.



# NOUVELLES LOIS

## 5325 - Projet de loi

**portant approbation du Protocole N° 12 à la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales, fait à Rome, le 4 novembre 2000**

Le présent projet de loi a pour objet l'approbation du Protocole N° 12 à la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales, introduisant dans la législation luxembourgeoise un principe de non-discrimination généralisé.

L'article 14 de la Convention européenne de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales prohibe la discrimination dans l'exercice des droits garantis par ladite Convention en retenant que «la jouissance des droits et libertés reconnus dans la présente Convention doit être assurée, sans distinction aucune, fondée notamment sur le sexe, la race, la couleur, la langue, la religion, les opinions politiques ou toutes autres opinions, l'origine nationale ou sociale, l'appartenance à une minorité nationale, la fortune, la naissance ou toute autre situation». Or, l'article 14 ne revêt qu'un caractère accessoire par rapport aux autres garanties normatives de la Convention et n'a pas d'existence indépendante.

Le Protocole N° 12 comprend quant à lui un principe autonome d'égalité de traitement qui entend offrir une protection contre la discrimination qui s'étend au-delà de la garantie fournie par l'article 14. L'article 1er du Protocole retient en effet une interdiction générale de discrimination qui pourrait s'appliquer dans tous les domaines de la vie publique et privée, indépendamment du motif de la discrimination. Avec le Protocole N° 12, tout droit qui est garanti au niveau interne pourra désormais faire l'objet d'une requête devant la Cour.

Dépôt par Mme Lydie Polfer, Ministre des Affaires étrangères et du Commerce extérieur, le 06.04.2004

Rapporteuse: Mme Lydie Err

Travaux de la Commission des Affaires étrangères et européennes, de la Défense, de la Coopération et de l'Immigration

(Président: M. Ben Fayot):

09.05.2005 Désignation d'un rapporteur

21.11.2005 Présentation et examen du projet de loi  
Examen de l'avis du Conseil d'État

16.01.2006 Présentation et adoption d'un projet de rapport

Vote en séance publique: 01.02.2006

## 5354 - Projet de loi portant:

**1. introduction notamment de l'instruction simplifiée, du contrôle judiciaire et réglementant les nullités de la procédure d'enquête,**

**2. modification de différents articles du Code d'instruction criminelle,**

**et**

**3. abrogation de différentes lois spéciales**

Au-delà de modifications ponctuelles, essentiellement tech-

niques, au niveau notamment du Code d'instruction criminelle, destinées à optimiser le fonctionnement quotidien de la justice pénale, le projet de loi sous rubrique entend innover le système procédural en introduisant en droit luxembourgeois, d'une part, l'instruction simplifiée ou «mini-instruction», et, d'autre part, le contrôle judiciaire.

### **L'instruction simplifiée ou «mini-instruction»**

À l'instar du législateur belge, les auteurs du projet de loi sous rubrique sont parvenus à la conclusion qu'il était nécessaire d'apporter des modifications substantielles au niveau des attributions du ministère public en mettant en place une nouvelle procédure, à savoir l'instruction simplifiée ou «mini-instruction». Ce mécanisme, qui s'inspire de celui introduit en droit belge par la loi Franchimont du 12 mars 1998, permet au procureur d'État de requérir du juge d'instruction l'accomplissement de certains actes d'instruction, et ce sans qu'une instruction ne soit ouverte.

L'objectif de l'instruction simplifiée est de décharger les cabinets d'instruction, qui se trouvent actuellement submergés d'affaires malgré le renforcement considérable du nombre de magistrats d'instruction, et de permettre une évacuation plus rapide des affaires tout en préservant les droits de la défense.

En l'état actuel de la procédure, le Parquet est obligé de saisir le juge d'instruction chaque fois qu'il souhaite voir accomplir un acte d'instruction, qui relève de la seule compétence du juge d'instruction. Il en est ainsi notamment des saisies et perquisitions, qui ne peuvent être ordonnées que par le seul juge d'instruction, sauf en cas de flagrant délit ou dans l'hypothèse d'une saisie volontaire exécutée dans le cadre de l'article 47 du Code d'instruction criminelle.

Or, la saisine du juge d'instruction met automatiquement en mouvement l'action publique. Le Parquet est contraint d'ouvrir une instruction préparatoire, qui est une procédure particulièrement lourde. Elle implique, en effet, une foule d'actes tels que l'inculpation du suspect ou encore la saisine de la Chambre du Conseil en vue du règlement de la procédure. Si une telle procédure peut avoir sa raison d'être en présence de dossiers complexes ou graves, il en est autrement pour de nombreux dossiers pour lesquels une simple enquête de police sous la direction du procureur d'État semble largement suffisante.

Dans la mesure où le Parquet est souvent amené à recourir aux moyens de recherche et d'enquête que constituent notamment la perquisition et la saisie, y compris dans des dossiers peu compliqués, on comprend mieux le souhait des auteurs du projet de loi sous rubrique d'aménager la procédure en permettant au Procureur d'État de saisir le juge d'instruction en dehors de toute instruction préparatoire et de lui demander d'effectuer un acte d'instruction précis.

À noter que l'instruction simplifiée que le projet de loi sous examen entend introduire n'est pas un mécanisme complètement nouveau en droit luxembourgeois. La loi modifiée du 14 février 1955 concernant la réglementation de la circulation sur la voie publique prévoit plusieurs hypothèses où le juge d'instruction intervient à la demande du parquet sans l'ouverture d'une instruction p.ex. pour valider la saisie d'une voiture.

### **Le contrôle judiciaire**

Parmi les modifications importantes du projet de loi sous rubrique, il y a lieu de citer l'introduction en droit luxembourgeois du contrôle judiciaire en tant qu'alternative à la détention préventive.

Bien que le recours à la détention préventive soit fortement encadré, le juge ne pouvant en principe y recourir que s'il existe des indices graves de culpabilité, ainsi qu'un risque de fuite, d'obscurescissement des preuves ou de récidive de la part de l'inculpé, et que si les faits reprochés à l'inculpé emportent une peine criminelle ou une peine correctionnelle dont le maximum est de deux ans au moins, le juge n'a, faute de véritable alternative, pas d'autre choix que de mettre l'inculpé en détention préventive, s'il ne veut pas entraver l'instruction de l'affaire.

Or, la détention préventive, de par son caractère extrême, comporte d'innombrables inconvénients auxquels le contrôle judiciaire entend remédier. En effet, il ne faut pas sous-estimer les effets physiques et psychiques, sans parler des conséquences familiales, sociales ou professionnelles d'une incarcération.

Le contrôle judiciaire a pour objectif de concilier les libertés individuelles avec les exigences de la procédure pénale, qui réclament que l'inculpé soit à la disposition du juge d'instruction.

À noter que les auteurs du projet de loi sous rubrique se sont inspirés du système mis en place par le législateur français en 1970<sup>1</sup> et qui a fait ses preuves depuis.

<sup>1</sup> loi du 17 juillet 1970, articles 138 et svt. du Code de procédure pénale.

Dépôt par M. Luc Frieden, Ministre de la Justice, le 10.06.2004

Rapporteuse: Mme Christine Doerner

Travaux de la Commission juridique (Président: M. Patrick Santer):

08.06.2005 Désignation d'un rapporteur  
Examen des articles

15.06.2005 Examen du projet de loi

22.06.2005 Examen des articles  
Adoption d'amendements

07.07.2005 Examen de l'avis du Conseil d'État

28.09.2005 Examen du projet de loi

26.10.2005 Confirmation de la version définitive du texte coordonné

07.12.2005 Examen de l'avis complémentaire du Conseil d'État

18.01.2006 Présentation et adoption d'un projet de rapport

Vote en séance publique: 31.01.2006

## 5378 - Projet de loi

**portant approbation des amendements aux articles 25 et 26 de la Convention du 17 mars 1992 sur la protection et l'utilisation des cours d'eau transfrontières et des lacs internationaux, adoptés par les Parties à la Convention le 28 novembre 2003**

Par la loi du 22 mars 1994, le Luxembourg a adopté la Convention sur la protection et l'utilisation

des cours d'eau transfrontières et des lacs internationaux qui, elle, a été adoptée par la Commission économique pour l'Europe de l'Organisation des Nations Unies (CEE-ONU) à Helsinki en date du 17 mars 1992. La coopération transfrontière dans le domaine de la gestion des cours d'eau se réjouit d'une longue tradition, comme en témoignent les Commissions internationales pour la Protection de la Moselle (Paris, le 20 décembre 1961) et du Rhin (Berne, le 29 avril 1963).

S'y ajoutent la loi du 7 décembre 2000 portant adoption de la nouvelle convention sur la Commission internationale pour la Protection du Rhin signée à Berne le 12 avril 1999, ainsi que la convention relative à la création de la Commission internationale pour la Protection de la Meuse (cours d'eau récepteur de la Chiers), signée le 3 décembre 2002 à Gand, qui toutes les deux s'inspirent de la Convention CEE-ONU.

Et finalement la Directive 2000/60/CE du Parlement européen et du Conseil du 23 octobre 2000 établissant un cadre pour une politique communautaire dans le domaine de l'eau, dite «Directive cadre de l'eau», qui exige de tous les États membres de la Communauté de rétablir dans toutes les eaux superficielles et souterraines un état de bonne qualité jusqu'en 2015 au plus tard.

Les deux amendements à la Convention CEE-ONU ont été approuvés par la troisième Conférence des Parties à la Convention le 28 novembre 2003 à Madrid. Ces amendements modifient les articles 25 et 26 de la Convention de façon à ce que tout État appartenant à une commission régionale de l'ONU autre que la CEE-ONU puisse également adhérer à la Convention de Helsinki du 17 mars 1992.

Ces modifications, initiées par la Suisse, sont nées de trois réflexions: il s'agit d'abord d'assurer une certaine cohérence entre les accords multilatéraux environnementaux de la région CEE-ONU, dont certains contiennent déjà cette disposition et plus particulièrement le Protocole CEE-ONU sur la responsabilité civile et l'indemnisation en cas de dommages causés par les effets transfrontières des accidents industriels sur les eaux transfrontières, adopté par la CEE-ONU lors de la conférence ministérielle «Environnement pour l'Europe» de Kiev en date du 21 mai 2003, et qui s'appuie sur la Convention de Helsinki comme «convention mère».

Il s'agit ensuite de permettre à des États limitrophes de la région de la CEE-ONU partageant des bassins hydrographiques transfrontières avec des États membres de la CEE-ONU de pouvoir se doter d'instruments juridiquement plus contraignants que d'éventuels accords bi- ou multilatéraux.

Finalement, la promotion de la paix à travers une coopération transfrontière consolidée dans le cas de ressources naturelles partagées est également un élément déterminant pour élargir la zone d'application des conventions sur l'environnement de la CEE-ONU.

Les amendements n'ont pas d'effets directs pour le Luxembourg en matière de gestion transfrontière des eaux entre les pays avec lesquels nous partageons des bassins versants, vu que la nouvelle «Directive cadre de l'eau», ensemble avec les conventions sur les commissions fluviales régionales, constituent un instrument suffisant pour satisfaire à toutes les obligations en la matière. En adoptant les amendements notre pays contribuera cependant au renforcement des activités suprarégionales prévues par la Convention.

Dépôt par M. Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, le 07.09.2004

Rapporteur: M. Marco Schank

Travaux de la Commission des Affaires intérieures et de l'Aménagement du Territoire

(Président: M. Marco Schank):

01.12.2005 Désignation d'un rapporteur  
Présentation et examen du projet de loi et de l'avis du Conseil d'État

15.12.2005 Présentation et adoption d'un projet de rapport

Vote en séance publique: 02.02.2006

## 5422 - Projet de loi

**portant approbation du Protocole N° 13 à la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales, relatif à l'abolition de la peine de mort en toutes circonstances, ouvert à la signature, à Vilnius, le 3 mai 2002**

Le présent projet de loi a pour objet l'approbation du Protocole N° 13 à la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales, relatif à l'abolition de la peine de mort en toutes circonstances.

Au Luxembourg, la peine de mort fut abolie par la loi du 20 juin 1979 portant abolition de la peine de mort, la loi du 31 décembre 1982 concernant la refonte du code pénal militaire l'éliminant également du catalogue des peines militaires. Enfin, la loi du 29 avril 1999 portant révision des articles 18 et 118 de la Constitution retient que l'article 18 se lit désormais comme suit: «La peine de mort ne peut être établie». La réintroduction de la peine de mort par la loi est ainsi exclue.

Si la ratification du Protocole N° 13 n'apporte aucun changement par rapport à la situation légale actuelle, elle traduit néanmoins la volonté inébranlable des autorités luxembourgeoises de ne plus vouloir réintroduire la peine de mort dans le catalogue des peines.

Dépôt par M. Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, le 21.12.2004

Rapporteuse: Mme Lydie Err

Travaux de la Commission des Affaires étrangères et européennes, de la Défense, de la Coopération et de l'Immigration

(Président: M. Ben Fayot):

09.05.2005 Désignation d'un rapporteur

21.11.2005 Présentation du projet de loi  
Examen de l'avis du Conseil d'État

28.11.2005 Présentation et adoption d'un projet de rapport

Vote en séance publique: 01.02.2006



**5423 - Projet de loi**

**portant approbation du Protocole N° 14 à la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales, amendant le système de contrôle de la Convention, ouvert à la signature, à Strasbourg, le 13 mai 2004**

Le présent projet de loi a pour objet l'approbation du Protocole N° 14 à la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales.

Le Protocole N° 14 propose de renforcer la capacité de filtrage de la Cour européenne des Droits de l'Homme, d'établir un nouveau critère de recevabilité et d'adopter des mesures spécifiques pour traiter des affaires répétitives. En effet, si le Protocole N° 11 a certes renforcé l'efficacité du système de contrôle, notamment en améliorant l'accessibilité de la Cour et en simplifiant la procédure, la croissance continue du nombre des requêtes représente un nouveau défi et requiert de nouvelles mesures de réforme.

La capacité de filtrage est augmentée en accordant à un juge unique la compétence de déclarer une requête irrecevable ou de la rayer du rôle. Le nouveau critère de recevabilité permet à la Cour de se concentrer sur les affaires qui doivent être traitées sur le fond et de déclarer irrecevable la requête d'un requérant qui n'a pas subi de préjudice important.

Des modifications plus ponctuelles ont notamment trait à la durée du mandat des juges (mandat unique de neuf ans) et à la perspective d'une éventuelle adhésion de l'Union européenne à la Convention. De même, de nouvelles dispositions tendent à promouvoir les règlements amiables à tous les stades de la procédure.

Dépôt par M. Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, le 21.12.2004

Rapporteuse: Mme Lydie Err

Travaux de la Commission des Affaires étrangères et européennes, de la Défense, de la Coopération et de l'Immigration

(Président: M. Ben Fayot):

07.03.2005 Désignation d'un rapporteur

Échange de vues sur l'initiative de l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe

11.04.2005 Examen du projet de loi et de l'avis du Conseil d'État

23.05.2005 Présentation et adoption d'un projet de rapport

Vote en séance publique: 01.02.2006

**5463 - Projet de loi**

**portant approbation du Traité entre le Royaume de Belgique, la République fédérale d'Allemagne, le Royaume d'Espagne, la République française et le Grand-Duché de Luxembourg relatif au Corps européen et au statut de son Quartier général, ainsi que de l'Acte final de signature, faits à Bruxelles, le 22 novembre 2004**

Le présent projet de loi a pour objet l'approbation du Traité entre la Belgique, l'Allemagne, l'Espagne, la France et le Luxembourg relatif au Corps européen et au statut de son Quartier général.

Le Corps européen a été créé en 1992 suite à une initiative franco-allemande datant de 1963 et est défini à l'article 2 du Traité comme étant «le corps d'armée multinational constitué par le Quartier général et par les unités pour lesquelles les Parties contractantes ont effectué le transfert du commandement au Général commandant le Corps européen». L'adhésion officielle du Luxembourg en 1996 souligne l'importance que le Grand-Duché attache à la coopération militaire multinationale.

Le Traité comprend sept parties, regroupant des dispositions générales qui présentent l'objet du Traité et les notions principales, des dispositions sur la compétence juridictionnelle du Corps européen et sur le règlement des dommages, de même que des dispositions fiscales, douanières, budgétaires et financières.

Dépôt par M. Luc Frieden, Ministre de la Défense, le 15.04.2005

Rapporteur: M. Marcel Glesener

Travaux de la Commission des Affaires étrangères et européennes, de la Défense, de la Coopération et de l'Immigration

(Président: M. Ben Fayot):

09.05.2005 Désignation d'un rapporteur

17.11.2005 Présentation du projet de loi  
Examen de l'avis du Conseil d'État

19.12.2005 Présentation et adoption d'un projet de rapport

Vote en séance publique: 01.02.2006

**5485/5486 - Projet de loi**

**modifiant et complétant la loi modifiée du 16 avril 1979 fixant le statut général des fonctionnaires de l'État**

Le projet de loi 5485 poursuit un double but. D'une part, il prévoit l'abolition de la limite d'âge pour l'accès à la fonction publique. D'autre part, il proroge le délai pendant lequel les fonctionnaires, qui

à la date de l'entrée en vigueur de la loi du 19 mai 2003 ont déjà subi deux échecs à leur examen de promotion, peuvent se présenter une troisième fois à l'examen de promotion. En ce qui concerne l'abolition de la limite d'âge pour l'accès à la fonction publique, le projet de loi transpose en droit national luxembourgeois les dispositions de la directive 2000/78/CE du 27 novembre 2000 portant création d'un cadre général en faveur de l'égalité de traitement en matière d'emploi et de travail. Cette directive, qui vise également le secteur public, interdit notamment toute discrimination fondée sur l'âge, sauf si les différences de traitement sont objectivement et raisonnablement justifiées.

Le projet de loi 5486 englobe toutes les dispositions retenues dans l'accord salarial dans la Fonction publique du 31 mai 2005. Le Conseil d'État ayant limité son avis du 5 juillet 2005 aux seules mesures ayant trait au relèvement de la valeur du point indiciaire, la Chambre des Députés a voté le 14 juillet 2005 la partie du projet de loi 5486 ayant pour objet de relever les traitements des agents publics. Dans l'accord salarial du 31 mai 2005, le Gouvernement s'est cependant engagé à prendre d'autres mesures dont plusieurs nécessitent des modifications d'ordre législatif (ex: le recrutement direct de fonctionnaires stagiaires à temps partiel, l'accélération de la procédure de réclamation ouverte au fonctionnaire contre ses supérieurs hiérarchiques).

Dans un souci de cohérence législative, il a été décidé de réunir dans un seul corps de texte les mesures faisant l'objet des deux projets.

Dépôt par M. Claude Wiseler, Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative, le 14.06.2005

Rapporteur: M. Paul-Henri Meyers

Travaux de la Commission de la Fonction publique et de la Réforme administrative, des Media et des Communications

(Président: M. Lucien Thiel):

18.10.2005 Désignation d'un rapporteur

Examen du projet de loi et de l'avis du Conseil d'État

27.10.2005 Continuation de l'examen du projet de loi et de l'avis du Conseil d'État

08.12.2005 Continuation de l'examen de l'avis du Conseil d'État

13.12.2005 Présentation et adoption d'un projet de rapport

Vote en séance publique: 22.12.2005

Loi du 23 décembre 2005

Mémorial A, N° 216, page 3382

Vote en séance publique: 02.02.2006

**5493 - Projet de loi**

**portant fixation du cadre du personnel du service de contrôle de la comptabilité des communes et modifiant la loi du 16 août 1966 portant: a) modification de la loi du 31 mars 1958 portant organisation des cadres de l'administration gouvernementale; b) organisation des cadres de la trésorerie de l'État, de la caisse générale de contrôle de la comptabilité des communes et de certains établissements publics**

La loi communale du 13 décembre 1988 telle que modifiée dispose dans son article 147 que «le contrôle des budgets, des comptes, de la comptabilité et des caisses des communes se fait par un service spécial dénommé «service de contrôle de la comptabilité des communes». (...) La mission du service de contrôle de la comptabilité des communes consiste, en cours d'exercice, à procéder à des vérifications périodiques et approfondies des caisses de la comptabilité des communes.» Le projet de loi sous rubrique a pour objet de compléter le cadre du personnel du service par des fonctionnaires de la carrière supérieure de l'attaché de Gouvernement.

Un certain nombre de raisons sont à la base des modifications législatives proposées, dont notamment la complexité des procédures administratives à contrôler par le service, la prolifération de nouvelles structures administratives au sein du secteur communal, en particulier les syndicats de communes, et l'avènement d'un mouvement de libéralisation de certains marchés. Cette évolution a rendu nécessaire un rehaussement des qualifications requises pour assumer les fonctions au sein du service.

Dépôt par M. Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire, le 16.08.2005

Rapporteur: M. François Maroldt

Travaux de la Commission des Affaires intérieures et de l'Aménagement du Territoire

(Président: M. Marco Schank):

01.12.2005 Désignation d'un rapporteur  
Présentation et examen du texte du projet de loi et de l'avis complémentaire du Conseil d'État

15.12.2005 Présentation et adoption d'un projet de rapport

**5505 - Projet de loi**

**portant approbation de la Convention sur la prévention et la répression des infractions contre les personnes jouissant d'une protection internationale, y compris les agents diplomatiques, adoptée à New York, le 14 décembre 1973**

Le présent projet de loi a pour objet l'approbation de la Convention sur la prévention et la répression des infractions contre les personnes jouissant d'une protection internationale, qui constitue un des instruments internationaux adoptés au début des années 1970 sous l'égide des Nations Unies pour répondre à la multiplication des actes de terrorisme international.

La Convention se présente comme une convention d'incrimination, mais elle contient également des dispositions en matière de prévention, notamment par le biais de l'entraide judiciaire.

La Convention s'applique notamment aux chefs d'État, aux chefs de gouvernement, aux ministres des affaires étrangères ainsi qu'à la famille qui les accompagne et leur confère à tout moment une protection lorsque ces personnes se trouvent à l'étranger pour quelque raison que ce soit. Elle est également applicable aux représentants ou fonctionnaires d'un État ou d'une organisation intergouvernementale ainsi qu'aux membres de leur famille faisant partie de leur ménage qui peuvent prétendre à une protection spéciale contre des attaques sur leur personne, leur liberté ou leur dignité. Dans ce cas, la protection est limitée au lieu et au moment de l'infraction.

L'article 2 donne le catalogue des infractions visées. Il s'agit d'atteintes à la personne (meurtre, enlèvement...), d'atteintes aux biens ainsi que de la menace, de la tentative et de la complicité.

Dépôt par M. Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, le 20.10.2005

Rapporteur: M. Marc Angel

Travaux de la Commission des Affaires étrangères et européennes, de la Défense, de la Coopération et de l'Immigration

(Président: M. Ben Fayot):

21.11.2005 Désignation d'un rapporteur

19.12.2005 Examen du projet de loi et de l'avis du Conseil d'État  
Présentation et adoption d'un projet de rapport

Vote en séance publique: 01.02.2006



Chambre  
des Députés

LUXEMBOURG

# Chamber TV

och an der Rediffusioun all Sëtzungsdag vun 19:00 Auer un



## Ordre du jour

1. Dépôt de deux projets de loi
2. Communication
3. Ordre du jour
4. Déclaration de M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État relative à l'OPA de Mittal Steel sur Arcelor suivie d'un débat  
Questions urgentes N°882 de M. Henri Kox et N°884 de M. Aly Jaerling relative à la reprise d'Arcelor  
(Débat)
5. Question urgente N°886 de M. Xavier Bettel relative à l'incendie au Centre pénitentiaire de Schrassig
6. Heure d'actualité demandée par le groupe DP au sujet de la situation des mineurs ainsi que du trafic de drogues au sein du Centre pénitentiaire de Schrassig  
(Exposé - Débat)
7. Heure d'actualité demandée par le groupe ADR au sujet de la perquisition récente chez RTL et le respect de la liberté de la presse  
(Exposé - Débat - Motion)
8. 5354 - Projet de loi portant:
  1. introduction notamment de l'instruction simplifiée du contrôle judiciaire et réglementant les nullités de la procédure d'enquête;
  2. modification de différents articles du Code d'instruction criminelle, et
  3. abrogation de différentes lois  
(Rapport de la Commission juridique - Discussion générale - Vote et dispense du second vote constitutionnel)

Au banc du Gouvernement se trouvent: M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre; M. Fernand Boden, Mme Marie-Josée Jacobs, MM. Luc Frieden, François Biltgen, Jeannot Krecké, Mars Di Bartolomeo, Lucien Lux et Claude Wiseler, Ministres; MM. Jean-Louis Schiltz et Nicolas Schmit, Ministres délégués.  
(Début de la séance publique à 15.04 heures)

**M. le Président.** - D'Sitzung ass op.

Huet d'Regierung eng Kommunikatioun ze maachen?

**M. Jean-Claude Juncker,** Premier Ministre, Ministre d'État.- Jo, Här President.

**M. le Président.** - Den Här Gesondheitsminister Mars Di Bartolomeo huet d'Wuert.

### 1. Dépôt de deux projets de loi

**M. Mars Di Bartolomeo,** Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale.- Här President, ech sinn autoriséiert ginn, fir de Projet de loi oder den Avant-projet de loi iwwert d'Lutte contre le tabac oder d'Lutte antitabac ze deponéieren.

**M. le Président.** - Ech ginn Akt vun dësem Projet de loi, deen un déi zoustänneg Kommissioun weidergeleet gëtt.

Den Här Minister Boden huet d'Wuert.

**M. Fernand Boden,** Ministre de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural.- Här President, ech sinn autoriséiert ginn duerch en Arrêté grand-ducal vum 26. Januar 2006, fir de Projet de loi ze deponéieren, «portant modification de l'arrêté grand-ducal modifié du 8 octobre 1945 portant réorganisation des statuts de la Chambre des Artisans».

**M. le Président.** - Ech ginn och Akt vun dësem Projet de loi, deen och un déi zoustänneg Chamberskommissioun weidergeleet gëtt.

### 2. Communication

Ech hunn der Chamber folgend Kommunikatiounen ze maachen:

Par lettre du 25 décembre 2005, le Premier Ministre a informé le Président de la Chambre qu'à la suite du départ du Conseiller d'État Carlo Meintz il y a lieu de pourvoir à son remplacement.

Conformément à la loi du 12 juillet 1996 portant réforme du Conseil d'État et aux dispositions des articles 116 à 130 de son Règlement interne, la Chambre des Députés sera appelée à établir une liste de trois candidats pour le poste de conseiller d'État en séance publique 30 jours au moins après la présente communication.

Les intéressés posent leur candidature par lettre adressée au Président de la Chambre des Députés.

Les Députés peuvent proposer des candidatures par lettre adressée au Président de la Chambre des Députés. Dans ce cas, ils doivent s'assurer au préalable que le candidat accepte la candidature.

Pour être recevables, les candidatures doivent être adressées au Président de la Chambre des Députés au plus tard dans les 15 jours qui suivent la présente communication.

Les candidatures doivent être accompagnées de notices biographiques et de toutes pièces utiles indiquant que les conditions prévues par la législation applicable sont remplies, à savoir:

- 1) être de nationalité luxembourgeoise;
- 2) jouir des droits civils et politiques;
- 3) résider au Grand-Duché, et
- 4) être âgé de trente ans accomplis.

La présente communication sera publiée par la presse.

### 3. Ordre du jour

Wat den Ordre du jour vun dësem Woch ubelaangt: Nodeems haut de Moien d'Conférence des Prési-

dents zesummekommt ass, presentéiert sech den Ordre du jour, dee mer proposéiere fir dës Woch, wéi folgt:

– Haut de Mëtteg hu mer

1. eng Deklaratioun vum Här Premierminister iwwert déi geplangten OPA op d'Arcelor mat uschléissender Debatt;

2. eng Dinglechkeetsfro vum Här Xavier Bettel iwwert de Brand, dee gëschter zu Schraasseg stattfonnt huet;

3. eng Aktualitéitsstonn op Ufro vun der DP-Fraktioun iwwert d'Situatioun vun de Mannerjähregen an dem Drogenhandel am Schraasseger Prisong;

4. eng Aktualitéitsstonn op Ufro vun der Fraktioun vum ADR iwwert déi rezent Perquisitioun bei RTL, a

5. de Projet de loi N°5354 iwwert d'Procédure d'enquête – dat Ganzt nom Basismodell.

– Da fir muer, e Mëttnoch, hu mer: dräi Projets de loi, Zousazprotokoller zu der Mënscherechtskonvention. Déi dräi Projete ginn an enger Diskussioun behandelt. Dann hu mer de Projet de loi N°5463, en Ofkomm iwwert de Corps européen; de Projet de loi N°5505, eng Konventioun iwwert d'Persounen, déi ënner internationalem Schutz stinn; an als leschte Punkt d'Motioun vum honorabelen Här Clement iwwert de Konferenzentrum um Kierchbiérg.

– Iwwermuer, en Donneschdeg, steet Folgendes um Ordre du jour:

1. d'Question avec débat N°4 vum Här Jacques-Yves Henckes iwwert d'Salariéën am öffentlechen Dëngscht;

2. d'Interpellatioun vum Här Félix Braz iwwert de Vélostrafic;

3. de Projet de loi N°5378, eng Konventioun iwwert d'Grenzgewässer.

4. de Projet de loi N°5493 iwwert d'Personal vum Kontrollservice vun der Gemengekontabilitéit, a

5. d'Naturalisatiounen.

Ass d'Chamber mat dësem Ordre du jour averstanen?

(Assentiment)

Dann ass et esou décidéiert.

Mir kommen dann elo zum éischte Punkt vun eisem Ordre du jour vun haut, der Deklaratioun vum Här Premierminister iwwert déi geplangten OPA op d'Arcelor. Här Statsminister, Dir hutt d'Wuert.

### 4. Déclaration de M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État relative à l'OPA de Mittal Steel sur Arcelor suivie d'un débat

#### Questions urgentes N°882 de M. Henri Kox et N°884 de M. Aly Jaerling relative à la reprise d'Arcelor

**M. Jean-Claude Juncker,** Premier Ministre, Ministre d'État.- Här President, Dir Dammen an Dir Hären, et gëtt fir de Statsminister relativ einfach Rieden. Dat sinn déi, déi eis eleng betreffen, déi eis urrege Sensibilitéite mussen opfänken an a praktesch Politik mussen ëmgeméint ginn. Ganz einfach sinn dës Rieden och net, mä si gi just eis eppes un. A mat deem, wat just eis selwer eppes ueget, do gi mer meeschtens guut eens. An da gëtt et Rieden, déi méi komplizéiert sinn, well se Theme

behandelen, déi och anerer betreffen. Haut muss ech a wéll ech eng Ried halen, déi extrem komplizéiert ass, well si geet eis urrege Sensibilitéiten eppes un, a si betrëfft och anerer.

Ech wéll schwätzen zur OPA vu Mittal op d'Arcelor. Ech weess, dass d'Leit hei am Land eng kloer Sprooch erwaarden. Ech weess awer och, dass d'Finanzmäert, dass d'Analysten, an dass d'Observateuren dobaussen eng Ried mat dausend Nuancen erwaarden – eng sou genannten intelligent Ried, déi an déi real Landschaft passt, déi d'Globaliséierung zeechent.

Ech hu mech décidéiert eng kloer Ried ze halen. Net well ech exklusiv kuerzfristeg géif funktionéieren an déi mëttelfristeg Risike géif ignoréieren. Am Géigendeel. Ech kennen déi mëttel- a laangfristeg Risike ganz guut. Besser vläicht wéi munnecher een, deen no mir schwätze wäert oder dee muer schreiwe wäert.

Mä, am Liewen – dat zielt fir dat privat Liewen, dat zielt och fir de Stat – kann een nëmmen eng Ried halen. An déi Ried muss alles bedenken: d'Chancen, d'Opportunitéiten an d'Risiken. Et muss een d'Chancé gesinn, et muss een déi Chance gesinn, déi kloer virun engem läit, an et muss een d'Risiken, déi ee spiert, kloer ofweien an net aus den Ae verléieren. Mä, d'Promenad duerch d'Risikowelt, déi dierft d'Chancen an d'Opportunitéiten, déi ee kloer gesäit, awer net verdecken.

Am Kloertext: D'Lëtzebuurger Regierung ass där feindlecher OPA vu Mittal op d'Arcelor onfrëndlech gesénnt. Mir wëllen se net, well mer se net verstinn. A mir wëllen se net, well se bis haut, och nom agréabele Gespréich mam Här Mittal – deen en dichtege Mann ass, deen se respektéieren ass – net plausibel, konsequent a kohärent konnt erkläert ginn. Dofir si mer iwwerzeegt, datt mat deem kloren industriellen Europakonzept vun der Arcelor, dat mer kennen an dat mer mat ausgeschafft hunn, mer als Land an als Europäesch Unioun besser fuere wéi mat där Mittal-Oferte, an där mer kee kloer lëtzebuergesch an europäesch Konzept kennen erkennen.

Déi OPA ass net konsequent an ass an der Method, déi gewielt ginn ass, net kompatibel mat där Fassong, wéi mer als Lëtzebuurger an als Europäer d'Globaliséierung gestalten wëllen, gestalten sollen a gestalten müssen.

Wéi mer viru Joren d'Arcelor-Fusioun – alleguer zesumme leschtendlech – op de Wee bruecht hunn, ware mer befasst mat engem gemeinsame Plang vun der ARBED, eiser lëtzebuergescher Stolgesellschaft, der Aceralia, enger spuenescher Stolgesellschaft, an der Usinor, enger europäescher Stolgesellschaft. Déi dräi si bei eis komm, bei mech, bei den deemolege Wirtschaftsminister, den Här Grethen, an hunn eis hir Pläng presentéiert, explizéiert a plausibel duergestallt. Déi Pläng ware kompatibel mat deem, wat fir Lëtzebuerg wichteg war, a mat deem, wat fir Europa noutwendeg war.

Mir waren am Ufank zréckhalend an hunn eis lues a lues, well de Konzept stoung – säi lëtzebuergeschen Deel, säin europäeschen Deel – iwwerzeege gelooss.

Den Ënnerscheid mat deem, wat geschitt ass, wéi d'Arcelor-Fusioun gemaach ginn ass, op de Wee bruecht ginn ass, an deem Virgang, dee mer haut erliewen, ass considérel. Et ass net nëmmen eng kleng Differenz. Et ass en dramateschen Ënnerscheid tëschent engem gemeinsame Plang vun dräi europäesche Gesellschaften, déi eng europäesch Léisung wëllen, an dem Plang vun engem Einzelnen, vun enger Famill, déi ouni préalabel Konsultatioun mat där

Gesellschaft, vun där si mengen, si misste se iwwerhuelen, a mat den Haaptaktionäre vun där Gesellschaft, probéieren, dee Plang op de Wee ze bréngen.

Hätte mer deemools d'Fusioun vun der ARBED mat Usinor, mat Aceralia net gemaach, da wier d'ARBED haut e Vull fir d'Kaz. Doduerch, dass mer se gemaach hunn, ass d'ARBED haut eng Kaz, déi een net esou einfach schlécke kann. Mä d'Method, déi gewielt ginn ass, ass eng, déi op d'Désapprobatioun vun der Lëtzebuurger Regierung stéisst.

Mir kënnen an deem, wat Mittal virschléit, keen industriell Konzept erkennen, och net no deem Gespréich, wat ech zesumme mat de Ministere Krecké a Frieden haut de Moie mam Här Mittal hat. A mir sinn der Meenung, dass, wann een zesummen eppes wëllt opbauen, zesumme wëllt konstruktiv sinn, dass ee sech da mat deene muss préalablement eenegen, mat deenen een zesumme wëllt bauen a mat deenen een zesumme wëllt an eng Richtung goen.

Mir kënnen an deem Mittal-Konzept, wat mer souguer schemenhaft net erkenne kënnen, net déi Saachen ermënnen, déi fir Lëtzebuerg, fir d'Regierung a fir d'Europäesch Unioun an hirer Gesamtheit wichteg sinn. Mir gesinn um Plang vun der Gouvernance notabla Ënnerscheeder tëschent där Démarche, déi bis haut déi war, déi Mittal gewielt huet, an där Démarche, déi bis elo déi war, déi mer als Lëtzebuurger fir d'éischt, an duerno iwwerall do, wou Arcelor no der Fusioun tätég ginn ass, zur Applikatioun bruecht hunn, e Modell vu Gouvernance, deen doranner bestanen huet, aus klorem Geschäftsinteresse eraus, déi sozial Concertatioun ze siche mat de Beschäftegte vun der Stolindustrie an déi mikro- a makroökonomesch Concertatioun mat den involvéierte Regierungen a Gebietskörperschaften unzestengen.

D'Arcelor, mat där mer vill gestriden hunn, wéi iwwereng och mat de Stolgewerkschaften, déi bei der ARBED a bei der Arcelor tätég waren, huet, esou wéi d'ARBED fréier och, vun Ufank u verstan, dass déi lëtzebuergesch Stolgeschicht eng aner wier wéi déi, déi et op anere Plazen, heiansdo och an Europa, mä jiddefalls am Rescht vun der Welt gëtt. Eng intim Relatioun, déi net nëmmen déi Leit hunn an haben, déi op der Schmelz geschafft hunn, mä déi eng ganz Natioun eigentlech a Bewegung an an Otem gehal huet, e Land, wat huet mussen – wann ech dat esou salopp dierf formuléieren – déif an d'Täsch gräifen, fir dass d'Lëtzebuurger Sidérgie eng Iwwerlebenschance hat an déi Iwwerlebenschance a konkret Resultater konnt ëmsetzen, zu engem Moment wou munchereen heiheim an am Rescht vun der Welt der Lëtzebuurger Sidérgie schonn en Doudschäin ausgestallt hat.

Den Här Mittal, deen en dichtege Mann ass, deen en intelligente Mann ass, deem ech och net d'Sensibilitéite fir munches ofspriechen, kann zesumme mat deenen, déi hie begleeten, dat selbstverständlech alles léieren, mä et ass méi liicht fir eis mat engem ze schaffen, deen dat erlieft huet, deen dat gespuert huet wuessen, deen dat Wuesse begleet huet an deen déi extraordinär, heiansdo irrational Relatioun, déi tëschent de Lëtzebuurger an der Stolindustrie besteet, versteeft.

Et ass fir eis méi einfach e strategesche Partner, net e finanz- a börseninteresséierte Partner, mä e strategesche Partner an enger europäescher Gesellschaft mat engem kloren industrielle Konzept ze bleiwen, wéi zesumme mat aneren ënnerzeogen an engem konzeptuelle Magma, an engem konzeptuelle Diffusen, dat mer net total op den éischte Bléck, och net op den



zweeten an och net op den drëtte Bléck begräife kënnen.

D'Lëtzebuenger Regierung ass net u kuerzfristige Finanzresultater positivst Natur fir de Statsbudget interesséiert. Wa mir, wéi muncheren eis dozou invitéiert, muer oder haut de Mëtteg d'Arcelor-Aktie verkafen, realiséiere mer e Benefiss vun iwwer enger Milliard Euro. Dir, déi der Spezialist vum Lëtzebuenger Budget sidd, wësst, dass dat exakt dat Duebelt ass vum totale Statsbudget, dee mer an zwee Joer realiséieren. Dat wëlle mer awer net maachen. Mir wëllen elo net eis kuerzfristeg budgetär Problemer séier léisen, do d'uech dass mer eppes maachen, wat déi spekulativ Vernunft engem no leet, mä mir wëllen e strategesche Partner an enger europäescher Gesellschaft mat engem europäesche Sozial-, Ëmwelt- a Gouvernancekonzept bleiwen, déi hire Sëtz zu Lëtzebuerg huet.

Net de schnelle Benefiss kann d'Regel vum Regierungshandele sinn, mä déi strategesch Ausrichtung vun de Lëtzebuenger, present als e gestaltenden Acteur am Gesamtaktionariat vun enger europäescher Gesellschaft, muss d'Regelwierker fixéieren, no deem d'Lëtzebuenger Politik sech muss deklinéieren.

Et geet heibäi ëm Lëtzebuerg, et geet heibäi ëm Europa. Déi zwou Saache si gläichméisseg wichteg. Wichteg fir dëst Land ass et, dass déi Aart a Weis, de Restrukturierungsprozess vun der europäescher Sidéurgie ze gestalten, bäi behale gëtt, a gläichzäitig dofir ze suergen, dass mat Sëtz zu Lëtzebuerg a vu Lëtzebuerg aus den europäesche Stolchampion esou ka säi Wierken, souwuel an Europa wéi och am Rescht vun der Welt, entfalen.

Duerfir wäerte mer eis och drëm beméien an deenen nächsten Deeg, wéi iwwerengs och an deene leschten Deeg, a Gespräicher mat eise Kolleegen am méi noen Ausland, dofir ze suergen, dass déi Lissabon-Philosophie, déi sech jo soss duerch dee ganzen europäesche Prozess zitt, och hei am Beräich vun der europäescher Stolindustrie respektéiert gëtt.

Dofir reesen ech haut a muer no Paräis an no Bréssel, zesumme mam Wirtschaftsminister Jeannot Krecké, deen zesumme mam Minister Luc Frieden déi éischt Deeg vun dëser Erausforderung mustergültig bestridden huet, fir Gespräicher mam fransésche Statspräsident ze féieren, obschonn ech der och aus Afrika zwee mat him gefouert hunn, wéi mam belsche Premierminister ze féieren, mat deem ech och zweemol aus der malesescher Wüst telefonéiert hunn. Ech wëll och Gespräicher mam fransésche Premierminister, mam fransésche Finanz- a Wirtschaftsminister, mam flämeschen a mam wallounesche Ministerpräsident esouwéi mam President vun der Europäescher Kommissioun féieren.

Ech kann, Dir Dammen an Dir Hären, mam allerbeschte Wëllen haut kee Versprieche ginn, dass mer an deem Moment, wou d'Lëtzebuenger an d'europäesch Stolindustrie op eng besonnesch Aart a Weis erausgefouert ginn, eis Interesse kënnen bis zum Schluss integral duerchsetzen. Mä ech sinn determinéiert, esou wéi d'Regierung och, fir alles ze maachen, fir dass dat, wuerfir mer geschafft hunn an un dat mer gleewen, dat Lëtzebuergescht an dat Europäescht, doduerch erhale bleift, dass mer all Moyenen alignéieren, déi mer brauchen, fir déi hostile OPA ofzelenen.

Ech kann net versprieche, dass eis dat geléngt. Ech ka just versprieche, dass mer alles wäerte maachen, fir déi lëtzebuergesch Plaz an der europäescher Sidéurgie esou ze erhalten, dass mer e strategesche Gestaltungspartner vun darselwechter bleiwen.

Wa mer wëlle bleiwen, wat mer sinn, wat net datselwecht ass, wéi dass mer wëllen halen, wat mer hunn, da muss mer an der europäescher Sidéurgie eng Plaz behalen, déi eis et erméiglecht hei vu Lëtzebuerg aus determinant Elementer vun der Gouvernance vun de Gesellschaften, vun der sozialer Responsabilitéit vun de Gesellschaften, vun dem Erhale vun der Beschäftegung op eise Siten an op deenen anere Siten, déi haut déi vun der Arcelor sinn, also fir alleguer déi Elementer, déi eis wichtig schéngen, duerchzesetzen.

Cher Président, Mesdames, Messieurs, l'OPA de Mittal sur Arcelor nous inspire des préoccupations très vives. Celui qui veut construire, et celui qui veut construire avec d'autres, bien sûr doit construire non pas contre les autres, bien sûr doit bâtir non pas contre les autres, mais doit construire et bâtir avec les autres.

Le Gouvernement luxembourgeois, partenaire stratégique de la société Arcelor, et qui veut rester partenaire stratégique et non pas financier de ce grand champion de la sidéurgie européenne, n'est pas au courant et n'a pas été mis au courant d'un quelconque concept industriel qui pourrait nous apparaître comme pouvant être porteur.

Par conséquent, à cette OPA hostile nous opposons l'hostilité de ceux qui croient que l'industrie sidéurgie européenne a besoin de champions européens qui deviennent et qui restent de véritables leaders mondiaux dans le domaine de la sidéurgie. Par conséquent, il n'est pas dans l'intention du Gouvernement luxembourgeois, en l'absence d'un concept industriel national et européen qui nous paraît convaincant, d'accompagner de façon positive et amicale l'offre publique d'achat que Mittal vient de lancer sur Arcelor.

Les Luxembourgeois dans leur ensemble et surtout les Luxembourgeois modestes, nous avons tous lutté, par les moyens classiques de la politique nationale, c'est-à-dire par l'alourdissement de la charge fiscale reposant sur tout un chacun, pour que la sidéurgie luxembourgeoise reste une réalité dans ce pays. Nous sommes devenus, après de multiples virages et après de nombreuses mises en cause, un partenaire stratégique du premier groupe industriel sidéurgie européen créé par la mise en commun des potentialités d'un groupe français, d'un groupe luxembourgeois et d'un groupe espagnol.

Nous n'avons pas à l'esprit le sens du lucre facile, de l'argent rapidement gagné. Nous voulons rester le partenaire stratégique luxembourgeois bien ancré dans un ensemble sidéurgie européen. Par conséquent, nous disons non à l'offre publique d'achat lancée par Mittal sur Arcelor. Nous restons bien sûr en contact avec les responsables de Mittal, que nous admirons pour ce qu'ils ont fait, que nous respectons pour ce qu'ils sont, mais nous voudrions qu'en retour nous soyons respectés pleinement et entièrement.

Merci.

■ **Plusieurs voix.** - Très bien!

■ **M. le Président.** - Ech ginn dem Här Statsminister Akt vu senger Deklaratioun a mir kommen dann zur Diskussioun heiriwwer. Déi eenzel Fraktiounen huele Stellung, sämtleche Fraktiounen sti 15 Minutte Riedezäit zou. Et si bis elo ageschriwwen: den Här Wolter, den Här Grethen, den Här Castegnaro an den Här Braz. D'Wuert huet elo den éischte Riedner, den Här Michel Wolter. Här Wolter, Dir hutt d'Wuert.

**Débat**

■ **M. Michel Wolter (CSV).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech géif dem Här Statsminister wëlle Merci soe fir seng De-

klaratioun, déi un Däitlechkeet näischt ze wënschen iwwereng ge-looss huet, wéi hien dat am Ufank vu senger Ried gesot huet.

D'Offer vu Mittal Steel, fir Arcelor ze iwwerhuelen, schléit säit dem leschte Freideg héich Wellen zu Lëtzebuerg. Et ass eng onerwaarten Offer, et ass eng net ugekënnegt Offer, deemno eng feindlech Offer, déi op den Dësch geluecht ginn ass. Well d'Arcelor net ier-gendee Betrib zu Lëtzebuerg a fir Lëtzebuerg ass, a well den Här Mittal déi Reputatioun huet, déi en huet, gëtt dës Affär mat vill Passioun, awer och mat villen Ängschten a Viruerteeler diskutéiert.

Et ass eben anescht, wéi wann um Finanzmaart d'Lëtzebuenger Banke vun auslännesche Kreditinstituteur geschléckt ginn a mat hiren Aktivitéiten normal virufueren. D'Bedeutung vun der Arcelor gëtt vu ville Lëtzebuenger esou ageschat, wéi wann et kéint ëm d'Liewegut goen. D'Arcelor, déi al ARBED, ass quasi e Synonym vun dem industriellen Erfolg vun eisem Land. Méi nach: Si steet am Fong sénnbildlech fir den Opstieg vu Lëtzebuerg vun enger aarmer a schwacher Agrar-natioun zu engem moderne staarke Stat, op deen uechter d'Welt gekuckt gëtt.

Dausende Lëtzebuenger Familiengeschichte si mat der Geschicht vun der ARBED verbonden. Dosende Familiennimm, déi et virun honnert Joer zu Lëtzebuerg net gouf, sinn haut besonnesch am Süde vum Land gängig. Nimm vu Landsleit, deenen hir Virfahren, hir Grousspappen aus Italien an duerno aus anere Länner op d'ARBED schaffe koumen, well se do Aarbecht kruten. D'ARBED, haut Arcelor, ass e Stéck vun eiser Geschicht. Si ass e Stéck vun der individueller a Familiengeschicht vun zéngtausende Leit zu Lëtzebuerg. Si ass e Stéck Lëtzebuerg.

D'Arcelor vun haut ass awer net méi d'ARBED vu viru 50, 25 oder och nach virun zéng Joer. Aus der Lëtzebuenger ARBED ass déi multinational Arcelor als modern Kapitalgesellschaft ginn, vun där hirem Kapital 86% iwwer de Globus am Streebesëtz sinn. De Lëtzebuenger Stat ass ëmmer nach dee gréissten Einzelaktionär mat 5,6% vum gesamte Kapital. D'Struktur vum Betrib huet geännert. Villes vu senger Philosophie, sengem Fonctionnement a senger sozialer Roll ass awer bei eis déiselwecht bliwwen. D'Arcelor ass en Traditionsbetrib an der Systemlogik vum Lëtzebuenger Modell.

Viru e puer Wochen eréischt ass dee Mann gestuerwen, duerch deem seng historesch Mediation am Lëtzebuenger Stolsecteur de kooperative Modell, de Modell vum sozialen Dialog, definitiv institutionaliséiert gouf. De Schwäizer Professor Henri Rieben, e perséinleche Frënd vun e puer vun de Grënnungspäpp vun Europa, huet 1959 op d'Demande vum Statsminister Pierre Werner tëschent ARBED-Direktioun a -Personal vermëttelt. Dobäi koum eng Lounerhéijung vun engem Frang d'Stonn eraus, de sou genannte Riebenfrang. Zënterhier gëtt et e permanenten a konstanten Sozialdialog am Stolsecteur zu Lëtzebuerg. D'Stoltripartie ass duerno eng Konstant vun de Lëtzebuenger Industrieleratiounen ginn.

Wéi et bei der ARBED méi lues gong, wéi d'Stolkris gedroht huet, Lëtzebuerg a sengem wirtschaftleche Fundament ze erschütteren, gouf der ARBED vum ganze Land gehollef. Fir si gouf d'Solidaritätssteier agefouert a vun alle Steierzueler am ganze Land bezuelt. D'ARBED, haut Arcelor, ass an den Ae vun de Leit am Land net nëmmen e Betrib, mä eng national Gréisst, fir déi vill Affer bruecht goufen, mä déi dem Land erlaabt

huet, zu deem ze ginn, wat et haut ass.

Wa géint esou e Betrib eng feindlech Iwwernahmspropositioun formuléiert gëtt, da beonroegt dat. Alles dat, wat d'Arcelor ass an d'ARBED war, ass Mittal Steel apparent net. Mittal Steel huet eng Produktpalette, déi eng aner Geschicht an eng aner Betribsstruktur huet. D'Famill vum Grënner hält bei Mittal Steel 85% vum Kapital an huet 97% vum de Stämmrechter. Et ass e Familljebetrib, deen net mat engem bestëmmte Land verbonden ass an deen de Ruff huet, mar-rod Stolbetriber opzekafen an zu engem héije soziale Präis ze sanéieren. Ob dat am Detail esou ass, wéi et duergestallt gëtt, bleift nach ze beweisen.

Wa mer éierlech matenee sinn, da gouf et virum leschte Freideg ganz wéineg Leit, och heibannen, déi iwwerhaupt schonn eng Kéier vun deem Betrib héieren haten. Et soll een deemno net virveruerteelen, mä Tatsaach ass: Mittal Steel an Arcelor hu vun der Firmephilosophie hier, vun hirer respektiver Tradition a vun hirer Struktur hier net vill matenee ze dinn.

Nun ass et esou, dass de Kapitalmaart feindlech Iwwernahme kennt. Déi maachen op d'mannst als Offer och viru Lëtzebuerg net Halt, och wa jo nach net feststeet, ob dës Tentative duerchkënn. Viru e puer Wochen huet d'Arcelor selwer eng feindlech Iwwernahm vun der kanadescher Dofasco probéiert an och duerchgesat. Et ass dëst zu Lëtzebuerg kaum, a wann dann éischer positiv zur Kenntnis geholl ginn.

Déi Offer, déi Mittal virgeluecht huet, ass déi, dass zu 75% soll aus Aktientausch an nëmmen héchstens 25% cash bezuelt ginn. Bei Arcelor an Dofasco war dat anescht. Et war eng reng cash-cash Operatioun um d'Aktionäre vum kanadesche Betrib. Ob Mittal deemno iwwerhaupt fäeg ass, am Fall vun engem dauerhaften Ustig vun den Arcelorsaktien, mat enger anstänneger Geldoffer nozezéien, bleift ofzewarten.

Ob déi aktuell Mittal-Offer duergesat, fir eng Majoritéit vun Arcelorsaktionäre dozou ze bréngen, hir Pabeieren ze verkafen, ass beim aktuelle Cours vun den Aktien och nach net gesot. Tatsaach ass, dass de Verwaltungsrot vun Arcelor unanime décidéiert huet, d'Offer vu Mittal zréckzeweisen, och -natierlech net nëmmen - well kee wierklech nozevollzéienden industrielle Projet virgeluecht gouf, esou wéi dat de Statsminister elo just ënnerstrach huet. Viru allem awer huet de Verwaltungsrot vun der Arcelor festgestallt, dass am Fong bal alles Arcelor a Mittal vuneneen trennt an ënnerscheet, amplaz dass besonnesch vill Gemeinsamkeiten oder Affinitéite géife bestoen.

Et ass elo an éischer Linn um Maart, un der Bourse, fir déi Décisiounen ze huelen, déi si an hir Acteure fir richtig halen. Un der Politik zu Lëtzebuerg an och deenen aneren europäesche Länner ass et, derfir ze suergen, dass wann eng Iwwernahm sollt stattfannen, déi mer net wollten an déi mer och net wëllen, dëst ënnert deene beschtméiglechen Ëmstänn fir déi Beschäftegt vun der Arcelor a fir eist Land geschitt.

Mittal Steel huet a senger Presse-matdeelung vun leschte Freiden eng Rei vun Aussoe gemaach, déi an dëser Hisiicht gepréift musse ginn. Esou wéilt se déi Beschäftegt vun der Arcelor behalen, an all Engagementer vum Betrib vis-à-vis vun hire Mataarbechter respektéieren. Si wëllen och e groussen Deel vun der Direktioun vun Arcelor an där neier Struktur iwwerhuelen, an dës op der Lëtzebuenger Bourse kotéiere loossen. Schlussendlech wéilt Mittal och gegebenfalls säi globale Siège op Lëtzebuerg bréngen, wann dat steierlecht Ëmfeld géif stëmmen.

Dës Engagementer, wann et der da sinn, missten ëmmerhin als positivt Element gewährt ginn. Den Här Mittal selwer huet gëschter an enger Pressekonferenz nach eng Kéier ënnerstrach, hie géif keng Betriber iwwerhuelen, fir se zouzemaachen.

D'Arcelor, Dir Dammen an Dir Hären, huet verschidde Méiglechkeeten, fir sech enger feindlecher Iwwernahm ze widdersetzen. Esou kann d'gesellschaftlech Opkauf vun hiren eegenen Aktien de Cours esou héich halen, dass d'Offer vu Mittal net méi interessant ass. Mä kann d'Arcelor dat laang genuch, respektiv ka Mittal net weider mat senger Offer an d'Luucht goen, esou wéi d'Arcelor dat bei Dofasco gemaach huet? Arcelor kéint sech och vun enger oder vu méi vu senger Filialen opkafé loossen, oder duerch en anere Stolbetrib, mat deem eng Fusioun géif besser an d'Konzept passe wéi mat Mittal. Mä all dëst si Spekulationen.

Dat, wat sécher ass, dat ass, dass Arcelor muss handelen, an dobäi d'ënnerstëtzung vun der Lëtzebuenger Politik a vun der Regierung brauch. Un der Regierung ass et, Mittal kloer ze maachen, dass Arcelor net just eng Trophäe ass, déi ee sech op engem industrielle Feldzuch duerch déi zersplittert Landschaft vum Weltstolmarkt ka verdéngen. Dat soll net an de Medië geschéien oder duerch eng grondsätzlech negativ Bewäertung vum Betrib, mä an eeschte Gespréicher tëschent den Acteuré vun engem Virgang, deen, ob mer et wëllen oder net, dach am Wesentlechen e wirtschaftlechen ass.

Lëtzebuerg ass net d'Ukraine, Algerien oder Südafrika, wou grouss Deeler vum Mittal-Imperium stinn. An d'Arcelor ass keng bedürfteg Industrie an engem Entwécklungs- oder Transitionland, mä e weltwäit operéierende Konzern Lëtzebuenger Prägung mat senger ganzer finanzieller, sozialer an och kultureller Wierklechkeet.

D'Arcelor huet kee Keefer gesicht, a sicht och kee Keefer. D'Arcelor brauch och kee Keefer. Et kann duerchhaus sinn, dass eng Majoritéit vun Arcelorsaktionäre wäerte fannen, si wiere bis op Weideres an hirer Investitiounsplanung besser bei enger onofhängeger Arcelor opgehuewe wéi an enger nach méi grousser Fusioun.

Dëse Message huet d'Arcelor-Direktioun an de Verwaltungsrot vun der Entreprise hiren Aktionäre vermëttelt. An et ass e Message, deen d'Lëtzebuenger Politik kann a muss matdroen. Ultimativ läit d'Entscheidung awer bei den Aktionären. Et ka keng Nationalpolitik dës Iwwernahm duerch politesch Décisiounen definitiv verhënnern. Et wäert och kaum e Regulateur wéinst konkurrenzpolitesche Grënn d'Iwwernahm blockéieren. Mittal huet keng wierklech relevant Maartpositioun an der Europäescher Unioun. An Arcelor huet där keng do, wou Mittal se huet. Och déi gemeinsam Leeschtung vun deenen zwee Betriber wier deemno wettbewerbsrechtlech akzeptabel, well geographesch genuch gestreet.

D'Arcelor stellt sech hiren eegenen Aussoen no op eng Ausenanersetzung an, déi kéint véier bis sechs Méint daueren. Während dëser Zäit ass et eis Pflicht, derfir ze suergen, dass an allen Eventualitéiten d'Intérite vun de Beschäftegte vun der Arcelor gewährt sinn, an dass eisem Land a senger wirtschaftlecher an industrieller Struktur kee Schued entstee.

Ech soen lech Merci.

■ **Plusieurs voix.** - Très bien.

■ **M. le Président.** - Merci, Här Wolter. Nächste Riedner ass den honorablen Här Henri Grethen.

■ **M. Henri Grethen (DP).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, fir dass kee Malentendu kann



opkommen, no deenen Explikatiounen, déi de Statsminister am Numm vun der Regierung hei der Chamber ginn huet an domadder dem Land, wëll ech fir meng Partei, fir meng Fraktioun ënnersträchen, dass mir honnertprozenteg an deem Dossier hannert der Regierung stinn, an hannert där Linn, déi de Statsminister hei am Numm vun der Regierung dévoppéiert huet. Et dierf an dëser Fro keen Zweifel bestoen, dass déi politesch Acteuren hei zu Lëtzebuerg en engem Strang zéien. Hei dierfe mer, hei kënnen mer eis net dividéieren loossen.

A wann een déi Offer, déi jo fir Eenzelner wéi en Donnerwieder iwwert d'Land gaangen ass de leschte Freide vun der Entreprise Mittal, kuckt, da stellt ee fest, dass zwou verschidde Kulturen openee prallen: Op där enger Säit e Grupp wéi Arcelor, deen e Grupp ass, dee laangfristeg denkt, dee laangfristeg agéiert, dee sech aschreift an den Développement durable, deen eis alleguer am Häerz läit, an op där anerer Säit e Grupp, deen no Opportunitéite funktionéiert an dee kuerzfristeg Profit privilegiéiert par rapport zu laangfristegen Investissementer.

Wann ech Aktionär wier vun der Arcelor, da géif ech mer et méi wéi eemol iwwerleeën, ob ech géif déi Offerte do unhuelen oder net, wann ech weess, dass ech op där enger Säit als Aktionär Matpropriétaire vun engem Betrieb sinn, dee laangfristeg opgestallt ass, an op där anerer Säit Petit actionnaire minoritaire. Ech wëll elo de Baron Frère zitieren, dee gesot huet: «Petit actionnaire minoritaire, petit con, grand actionnaire minoritaire, grand con».

#### (Hilarité)

Ech wëllt op alle Fall beim Här Mittal am Boot net zu de Conë gehéieren.

Wéi Arcelor gegrënnt ginn ass aus der Fusioun vun dräi europäesche Stolgruppen – oder zwee, wéi och ëmmer een et wëllt kucken –, do lous eng Strategie um Dësch, do wusste mir, déi am Ufank an der Regierung skeptesch waren, awer wat geplangt wier. A mir hunn dat a ville Gespréicher am Virfeld vun der offizieller Annonce vun deem Zesummegoe kënnen iwwerpräifen.

An d'Intérite vun eisem Land si bei där Fusioun – dierf ech dat ënnersträchen als ee vun deenen, déi deemools mat bedeelegt waren – op eng exemplaresch Aart a Weis respektéiert ginn. Net nëmme, well de Siège hei zu Lëtzebuerg war vun deem neien Ensembl, net nëmme, well mer Garantië kruten, wat d'Abannen och vun de Mataarbechter an déi nei Décisiounsstruktur wieren, mä ganz besonnesch och, well mer Garantien haten iwwert déi laangfristeg Ofsécherung vum Stolstanduert Lëtzebuerg duerch déi Investissementer, déi d'Arcelor gemaach huet.

A wann de Statsminister hei elo gesot huet, dass hien haut de Moie mam Minister Krecké a mam Minister Frieden déi Entrevue mam Här Mittal hat, da koom et do net zu der Presentatioun vun enger Strategie. Do weess ee just, dass den Här Mittal a seng Famill gare géifen d'Majoritéit oder 100% vun Arcelor opkafen. Mir kenne kee Konzept, mir wëssen net, wat sinn d'Stärken a wat sinn d'Schwächen, wat sinn d'Opportunitéiten, mä wat sinn awer och d'Geforen, déi aus deemem Projet fir Lëtzebuerg entstinn, an dierf ass déi Skepsis, déi ee vis-à-vis vun där Offerte huet, méi wéi berechtigt.

Här President, am Joer 2000 an 2001, wéi Arcelor entstan ass, wusst ee vun Ufank un, dass dee Konzern eng Achillesfers hätt, an dat war d'Absence vun engem Noyau dur vun Aktionären. Lëtzebuerg, d'Land als dee gréissten individuellen Aktionär, an do derniewent déi flammänesch Regierung an déi wallounesch Regierung an

och nach de Grupp Aristrain an d'Personal, d'Mataarbechter vum Konzern waren déi Eenzeg, déi fest dostoungen. An dierf sinn och schon deemools an d'Statute vun Arcelor Dispositiounen erageschriwwen ginn, fir sécherzestellen, dass ee wësst, wien Aktionär wier, fir sécherzestellen, dass kee kéint esou still, leis und heimlich d'Majoritéit kréien oder en Actionnaire de référence ginn.

An deene Statuten, wann Der Iech déi ukuckt, Här President, da stellt Der och fest, dass zum Beispill eng Dispositioun dran ass: Wann ee méi wéi 25% vun den Aktien huet, muss deen deenen aneren Aktionären eng Offerte maachen, fir déi reschtlech Aktien ofzekafen. Dat war eng vun deene Mesuren, déi deemools scho virgesi gi sinn. Gläichzäitig oder parallel dozou ass am leschte Joer och vun der Arcelor-Generalversammlung décidéiert ginn, dass d'Aktien alleguer missten nominativ sinn.

Dat ass elo an de Statuten. Mä et ass an dëser Situatioun – wou ee higeet an e seet: „Ech kafe sämtlech Aktien.“ –, wou déi Moyens de défense ze kuerz gräifen. An dierf, Här President, sinn ech der Meenung, dass et urgent ass an dass et wichteg ass, dass mir esou séier wéi méiglech hei zu Lëtzebuerg och eng Rei europäesch Direktiven ëmsetzen.

Dierf ech drun erënneren – an de Kolleg Ben Fayot huet dat an enger Question parlementaire récemment gemaach –, dass mer an der Pflicht sinn, fir d'Gesetzgebung iwwert d'OPAE bis den 22. Mee 2006 ëmzesetzen?!

Ech weisen dorobber hin, well gëschter an der Pressekonferenz vun Arcelor zu Paräis dat schon eng vun de Froe war, déi vun engem Journalist opgeworf gi sinn, a well et e Problem ass, deen engewëssen Insécurité juridique ka mat sech bréngen, en l'absence vun esou enger Gesetzgebung.

Datselwecht gëllt awer fir d'Sociétés européennes. Dat huet zwar näischt an deemem Zusammenhang mat dëser Operatioun ze dinn, mä ech wier och frou – an do ass d'Chamber gefuerdert –, wann d'Gesetzgebung iwwert d'Sociétés européennes esou séier wéi méiglech géif ëmgesat ginn.

#### ■ Une voix. - Gläichfalls.

■ **M. Henri Grethen (DP).** - Mä elo sti mer virum Choix, mir als Land, well eis Aflossméiglechkeeten, iwwert dat Sentimentaal eraus, si relativ kleng. Selbstverständlech muss ee wierklech – wéi soll ech soen? – ënnerstëtzen, dass de Statsminister mat all deene Concernéierten, mat de Regierungschefen aus all deene concernéierte Länner an Europa Kontakt ophëlt, fir eng gemeinsam Attitud éventuell auszeschaffen. An Arcelor selwer huet dat jo och gesot: „Vun de Politiker wënsche mir eis déi moralesch Stäip an deemem Match. De Rescht mussen mir selwer maachen.“

An et ass un de Verantwortleche vun Arcelor – an ech sinn iwwerzeegt, dass si dat wäerte fäerdeg bréngen –, fir d'Marchéen ze iwwerzeegen, dass et mëttel- a laangfristeg besser ass, Aktionär vun der Arcelor ze sinn, wéi Aktionär vu wuel deem weltgréissten Stolkonzern op der Welt, mä trotzdem dann an engem Grupp, deen net déi Strategien, net déi Visiounen deelt, déi bei Arcelor Gültigkeit hunn.

Här President, meng Fraktioun ënnerstëtzt d'Regierung an hirer Attitud fir hei eng positiv Haltung anzehuelen, déi moralesch ënnerstëtzt dem Management vun Arcelor ze ginn, an d'Décisioun och, fir net e kuerzfristeg Profit aus der Vente vun Arcelorsaktien ze maachen, och wann dat kuerzfristeg elo géif eng Milliard Euro an d'Statskeese spullen. Mir hunn ze vill Efforten an der Vergaangenheet gemaach, fir eis esou bëlleger ass der Verantwortung ze schlächen.

Mä, Här President, déi endgültig Verantwortung, déi endgültig Décisioun an deemem Dossier, déi hëlt de Marché. A wann een Aktionär ass a Kalifornien, e Pensiounsfong a Kalifornien, deen ass eischer geneigt, um kuerzfristeg Profit interesséiert ze si wéi un enger laangfristeg Politik. Et ass dierf wichteg, dass déi Verantwortlech vun Arcelor mat eiser ënnerstëtztung d'Marchéen iwwerzeegen, net an déi Richtung ze goen.

D'Lëtzebuurger Regierung – dat huet de Statsminister gesot –, mä iwwer si eraus och anerer, meng Partei, stinn an där Strategie hannert dem Management vun Arcelor.

#### ■ Plusieurs voix. - Très bien!

■ **M. le Président.** - Merci, Här Grethen. Nächste Riedner ass den honorablen Här Castegnaro. Här Castegnaro, Dir hutt d'Wuert.

Den Här Minister Frieden freet d'Wuert. Entschëllegt ee Moment, Här Castegnaro.

■ **M. Luc Frieden, Ministre de la Justice.** - Här President, opgrond vun der Interventioun vum honorablen Här Grethen iwwert d'Ëmsetzung vun der Direktiv OPA wollt ech d'Chamber als Justizminister informéieren, datt mir, onofhängeg vun de rezenten Evénementen, zënter enger Zäitchen un deem Gesetzesprojet schaffen, an datt et d'Intentioun vun der Regierung ass, fir dese Projet an deenen nächste Wochen am Parlament ze déposieren.

Mir hunn ëmmer gemengt, datt et gutt wär, am éischten Trimester 2006 déi Direktiv ëmzesetzen. Den Här Grethen huet drun erënnert, datt de leschten Délai, fir d'Direktiv ëmzesetzen, de Mee ass, an dierf sinn déi Aarbechten iwwert déi lescht Méint gelaf a si quasi ofgeschloss. Mir hoffen dann och, datt d'Parlament dës Direktiv an deen domat zesummenhängende Gesetzesprojet an deenen nächste Woche kann diskutieren an zur Ofstëmmung bréngen, fir datt déi prozedural Froen, déi virun allem an där Direktiv gekläert ginn, och hiren Nidderschlag an der Lëtzebuurger Gesetzgebung fannen.

Merci.

■ **M. le Président.** - Merci, Här Minister, fir déi Informatiounen.

Dann huet elo den Här Castegnaro d'Wuert.

■ **M. John Castegnaro (LSAP).** - Merci, Här President, Kolleginnen a Kollegen, bravo dem Statsminister fir seng Interventioun, déi een honnertprozenteg kann a muss ënnerstëtzen! An och d'Virriedner, déi elo geschwat hunn, hu Saache gesot, mat deenen ee kann absolut d'accord sinn.

Ech wäert mech ustrengen, eng gutt Ried ze halen. Ech weess net, ob se intelligent ass; si wäert sécherlech haart ginn, wéi ëmmer, vläicht och e bësse laang, mä si wäert mat Iwwerzeegung sinn an och gedroe vum ale Syndikalist, deen an där Branche do vill materielle huet an alt gehollef huet, en Deel dozou bëziedroen.

Ech wëllt nëmme ënnersträchen, dass effektiv déi Virgeschicht, déi grouss Fusioun vun 2001-2002 vun ARBED, Aceralia an Usinor eng ganz aner Entwécklung kann huet. De Statsminister huet vun der Virinformatioun vun der Regierung geschwat. Ech kann och soen, dass genesou d'Gewerkschaften virinformatéiert, em hire Rot an hir Wënsch gefrot gi sinn, an d'Resultat dovun ënner anerem d'Matbestëmmung am Verwaltungsrot ass, obwuel se legal guer net noutwendeg ass.

Da soll een och ënnersträchen, dass 2002 eis Leit, déi an der Sidé-

rurgie geschafft hunn, Angscht hate virun deem, wat geschitt ass. Si hunn awer geléiert, dass et och kann anescht sech entwéckelen, positiv. Trotz Lux-2006-Restrukturierungen an engem gewëssenen Ofbau hu mer hei zu Lëtzebuerg modernste Stolstanduert, an déi investéiert gouf an an déi och nach weider investéiert gëtt.

Dat nëmme kuerz zum Historique, fir zum eigentlechen Thema ze soen, dass mer mat deem Thema haut net nëmme iwwert d'Zukunft vun Arcelor schwätzen, mä och iwwert déi industriell Zukunft vun deem Land, déi um Spill steet, wann dat do géing schif goen – wat mer net gleewen.

Och wann dat, wat de Moment geschitt, net direkt vergläichbar ass mat der Stol- an der Weltwirtschaftskris vun Enn de 70er Joren, da gläicht sech dach eppes, nämlech dat vun der Zukunftsfro vun eiser Stolindustrie: Wéi geet et weider? Mir wëssen, dass, wann et schif geet, direkt an indirekt dausende vun Aarbechtsplazen um Spill stinn. Dierf hunn zënter e Freideg vill Mënschen an der Stolindustrie an em d'Stolindustrie Angscht. Si sinn onroueg. Et geet em hir Existenz an em déi vun hire Familljen.

Mä et geet em héichkaräteg Industrieaarbechtsplazen, haut an der Stolindustrie, mä och muer an iwwermuer – eng vun deene weineg groussen Industrien, déi et nach hei gëtt, déi awer Magnéitwierkung huet fir d'Usiedlung vun anere Betriber, an dierf geet et eben em déi industriell Zukunft vum Land, déi hei mat a Gefor geréit, an déi souwéisoen op engem Minimum ukomm ass, wann een d'Bedeutung vun der Industrie an eiser ganzer Economie haut gesäit.

De Message, de Signal vun deemem Parlament – an dat war jo och bis elo de Fall – muss kloer sinn. Et muss esou e Signal sinn, dass och den Här Mittal an och seng Famill verstinn, wat mer wëllen oder net wëllen. Ech soe kloer an daitlech fir meng Partei, mä ech mengen, fir eis alleguer: Mir wëllen den Här Mittal a seng Famill weder zu Lëtzebuerg, nach an der Arcelor an och net an Europa, well mer wëssen, dass dat fatal Konsequenz kann hu fir eis alleguer, eben aus deem Grond, wéi et hei scho gesot ginn ass, dass grondverschidde Kulturen openee stoussen.

D'Konsequenz riskéieren dramatesch ze sinn. Et riskéiert eischer anzetrieden. Eis Standuert, déi haut modern sinn, kënnen kuerzfristeg ausgeblut ginn, an dann délocaliséiert ginn, dohinner, wou et méi bëlleger ass, wou de Benefiss nach méi grouss ass.

Zweetens, de Modell Lëtzebuerg géing ausgehelecht ginn. D'Tripartite géing ofgeschafft ginn, an domat och dat, wat mer eis eruerwert hunn: d'Beschäftigungsgarantie, d'Akommesgarantie, d'Matbestëmmung vun eise Belegschaften an där Lëtzebuurger Stolindustrie.

Drëtens, net nëmme zu Lëtzebuerg, mä och aner Standuert an Europa géinge leiden, well déi Wäerter, déi d'Arcelor huet, déi feste Bestanddeel vun hirem Fonctionnement sinn, och do ausgehelecht ginn an iwwerhol gi vun engem Familljebetrieb nom Modell „Mittal“, dee ganz aner Prioritéiten huet wéi déi, déi e Konzern Arcelor huet.

Mä op där anerer Säit – an dierf soll een déi Wäerter an de Virdergrond stellen: Déi Wäerter vun der Arcelor sinn, eischer, en héijen Ëmweltstandard, net nëmme zu Lëtzebuerg, mä iwwerall, wou se sinn; zweetens, déontologesch Accorden, déi en internen Émgang vun der Belegschaft mat hirem Management an emgedréint regelen; drëtens, Matbestëmmung a Sozialdialog als e feste Bestanddeel vun der Arcelor-Kultur; a véiertens, nieft munchem anerem, héich

Standarten insgesamt, mä besonnesch als absolut Prioritéit d'Sécherheet an d'Gesondheet op der Aarbechtsplaz.

Wann ech gesot hunn, net nëmme dat géing um Spill stoen, da mengen ech e ganze Rateschwanz vun anere Risiken. Ech wëll se nëmme kuerz opzezeichnen: Gëtt et nach eng CFL-Cargo, wann den Här Mittal dee Match gewënn? Wat geschitt mat de Friché vun der ARBED? Wat geschitt mat dem Terrainen, déi der ARBED gehéieren?

Dat sinn eenzel Beispiller nieft aneren, déi ee kéint nennen, mä si maache kloer, firwat ech gesot hunn, mir wëlle Mittal Steel net hei am Land an net am Arcelor-Konzern gesinn. Mir wëllen och net, dass Arcelor géing iwwerhol ginn. Och dierf, léif Frënn, well Arcelor en europäesche Projet ass, en europäesche Modell ass, well et e Modell ass, deen opbau op enger europäescher Industrie-Kultur, a well europäesch Wäerter an deem Modell matverschafft ginn.

Et gëtt nach en anert Beispill wéi Airbus, fir nëmme dat ze nennen. Dee Modell muss dach eng Zukunftschance behalen, och am Kader vun där sou genannter fräier Marktwirtschaft, an an deem Kader eben och dem europäesche Sozialmodell, deen Téitsche genuch huet, mä deen hei eng weider déck Bëlz géing kréien, vun där een d'Auswierkungen nach net ofschätze kann.

Ech wëll och hei iwwert d'Lissabon-Strategie schwätzen. D'EU – och de Statsminister huet dervu geschwat – mécht nach ëmmer grouss Werbebeaktiounen fir d'Ëmsetzung vun der Lissabon-Strategie. Ech erwaarde vun der EU-Kommissioun a fuerdere se dozou op, dass se sech hei positiv zu Wuert mell. Well, wann d'EU-Kommissioun hei net d'Positioun fir en europäesche Modell, fir Arcelor bezitt, da sinn dat Seefeblosen, da sinn dat Loftblosen – alles, wat gesot gëtt iwwer Lissabon, a wat mat Lissabon wëllt erreicht ginn. Do mussen a sollen also Reaktiounen kommen.

Mir brauchen d'Ofsécherung vum europäesche Modell als eng Alternativ zum Kapitalismus pur, dee sech an där globaliséierter Well op eng onverschämmt Aart a Weis breet mécht a rücksichtslos virgeet bei der Kommissioun zu Bréissel. Ech weess, dass de Statsminister och do Gespréicher féiert. Bei der Kommissioun zu Bréissel besteet Handlungsbedarf am Sënn vun Europa, an domat am Sënn vun der Arcelor.

Et ass also och eng Fro vun der Glaubwürdigkeet. Mir hunn hei vill iwwert d'EU-Verfassung geschwat, an alles dat, wat ee sech vun där Europäescher Unioun kënnert erwaarden. Hei gëllt et, déi richtig Akzenter ze setzen.

Ech hunn d'Lissabon-Strategie ugefuert. Et kënn ee vu Bolkestein schwätzen, där sou genannter Bolkestein-Direktiv, déi jo erëm eng Keier munches a Fro stellt, an déi eischer den Torpedo-Kapitalismus riskéiert ze ënnerstëtzen, wéi dass se Berouegung géing bréngen, well se eigentlech Risiko innerhalb vun der Europäescher Unioun schafft statt Rou an Uerdnung. Si gëtt och dem Profit de Virraum statt der Aarbecht, der sozialer Ofsécherung an anstännege Loun- an Aarbechtskonditiounen.

Ech soen dat: Alles hänkt iergendwou zesummen, a mat all deem hänkt zesummen de Risiko vun der Délocaliséierung, den Ofbau vun Aarbechtsplazen, Entloosungen, Mindestkonditiounen, a schlussendlech Massenaarbechtslosegkeet.

Ech begrëssen et ausdrécklech, dass d'Lëtzebuurger Regierung am Dossier Arcelor de politesch Leadership iwwerhol huet, net nëmme hei am Land, andeem se sech haut op déi Aart a Weis, déi begrëssenswäert ass, zu Wuert gemellt huet, mä eben och an all deene Länner, déi zu de Grënn



vun der Arcelor gehéieren, an deene Länner, wou Arcelor eng Presenz huet. Mat deem Leadership geet et jo drëm, dass d'Politik sech iwwerhaapt zu Wuert méllt, Positione bezitt, och wa mer wëssen, dass d'Aktioun vun der Politik – an et ass haut de Mëtteg scho gesot ginn – limitéiert ass, well et schlussendlech d'Aktionäre sinn, déi dat lescht Wuert hunn.

Ech begrëssen och, dass d'Lëtzeburger Regierung de Leadership an där europäescher Dimension matiwwerhëlt. An ech soen nach eng Kéier: Do sinn déi Beispiller, déi entweder Vertraue schafen oder den Onmutt vis-à-vis vun enger europäescher Konstruktioun héchstens nach méi grouss maachen.

Wann dat heite schif geet, léif Frënn, wat ech ëmmer nach net hoffen, da gi mer e Vull fir d'Kaz. Europa gëtt e Vull fir d'Kaz, well souwuel ënne wéi vu baussen all Mënsch sech dann dat kann accaparéieren, mat deem e Geld verdéngt an net méi déi sozial Responsabilitéit brauch ze iwwerhuelen. Dat ass den Asaz, ëm deen et geet. D'Schluecht ëm Arcelor ass elo amgaangen!

Positiv ass déi honnertprozenteg Astellung vum Verwaltungsrot, fir d'Arcelor ze schützen a fir hir Zukunft ze sécheren. D'Arcelor huet e gudden Dossier. Se huet Strategie entwéckelt, déi net hei zur Debatte sollen a d'äerfe stoen, net op der Place publique, mä duerfir sinn d'Arcelor an hire Management zoustänneg. Loosse mer dervun ausgoen, dass se sech an deem Sënn duerchsetzen.

Mir wëssen, dass de Kapitalismus eng riseg Spillwiss mat eegene Regeln ass. Déi Regele muss een nopréieren an do muss ee kucken, ob een all dat, wat d'EU op hire Fändel geschriwwen huet, Reglementer an aneres, ob een dat kann, soll, muss zum Asaz bréngen, fir dat doten ofzewieren an net schlussendlech esou do ze stoen, wéi wann dat alles nëmme Soen a Makulatur wier, mä et muss, wéi gesot, Uwendung fannen.

Ëmmer erëm hunn d'Aktionäre dat lescht Wuert, an d'Aktionäre wäerten esou oder esou, egal wéi dee Match ausgeet, zu de Gewinner gehéieren. Entscheedend ass awer, dass de Gewinn bei der Arcelor ass, an dobäi bei de Standuarter a bei de Belegschaften vun der Arcelor.

Den Här Mittal ass ee vun de räichste Männer vun der Welt, an hie wëllt nach méi räich ginn a sengem Modell an duerch säi Modell. Duerfir wëllt hie jo Arcelor schlécken. Duerfir mécht hien och keen Zweifel a keen Hehl draus, dass hien, wann hien da réusséiert, no där OPA eleng d'Majoritéit, eleng d'Soen an deem neie Mittal-Konzern huet.

Ob dat en iwwerliefte Modell ass, dat ass him schlussendlech egal, hie verdéngt vill Geld domat. Eis kann et net egal sinn, mir si fir dat modernt Konzept, fir dee moderne Modell, deen Arcelor entwéckelt huet, a wou d'Interesse verdeelt sinn: d'Belegschaft, d'Standuerter, d'Aktionäre. An dat ass dat, wou et drëm geet; dat ass dat, wat an där neier Gouvernance entscheedend ass.

Den Här Mittal huet viru Méint ugekënnegt, dass hien a sengem Konzern 45.000 Leit misst entloossen, fir e modern a rentabel ze maachen. An der Tëschenzäit, mengen ech, wier hien eischer bei iwwer 60.000 Leit, no deene leschten Opkeef, déi hie gemaach huet.

Soll d'Arcelor dat elo bezuelen? Oder soll dat, um Beispill vum Dofasco-Versprache vum Här Mittal un ThyssenKrupp, de Präis sinn, deen hien dann eranhëlt, fir déi OPA hei ze finanzéieren? Iwwer ass d'Dofasco am Endstadium eng frëndlech Iwwernam an net méi eng feindlech gewiescht – ech wollt dat mengem Kolleeg Wolter just nëmme soen. Wat feindlech

am Ufank war, ass frëndlech ginn, mä mat Geld kann een d'Leit jo och ganz schnell ëmstëmmen.

Den Här Mittal huet gëschter...

### (Interruptions diverses)

Mir versichen dat jo ze verhënnere.

Den Här Mittal huet gëschter zu Paräis an haut hei zu Lëtzebuerg viles versprach. Elo gehéiere mer jo net zu där Zort, déi blauäueg ass. Den Här Mittal huet gesot, hie géing Betriber kafen, net fir se zouzemaachen. An do gëtt et tëschent Theorie a Praxis e risegen Ennerscheid. Ech weess – net well ech am Verwaltungsrot vun der Arcelor sinn, well do stoung dat nach ni zur Debatte –, mä ech weess, dass deeslewechten Här Mittal, andeem hien am Dezember méi wéi sécher déi OPA virbereet huet, och scho Weeër ageleet huet, fir seng Lëtzeburger Firma, d'STFS, dat heescht dee Betrib zu Schëffleng, wou hien Droteise produzéiert, zouzemaachen.

Kolleeginnen a Kolleegen, Här President, den Här Mittal beweist also do, dass en net no deem, wat hie seet, handelt. Wann den Här Mittal Enn Dezember seet, hie wëllt Schëffleng zouzemaachen, dann ass dee Betrib elo net zou, well zu Schëffleng dem Mittal 75% vun der Gesellschaft gehéieren an der Arcelor 25%. A wann hie wëllt zouzemaachen, dann net, well et e schlecht Produkt ass, wat zu Schëffleng gemaach gëtt – d'Qualitéit ass gutt –, mä well hie festgestallt huet, dass hien duerch d'Zouzemaachen an dat Anerwäerts-Produzéieren nach e puer Euro méi op der Tonn verdénge kann.

Dat ass déi batter Realitéit, mat där een ze dinn huet! An dat ass déi Realitéit, där ee muss an d'A kucken an déi ee muss vis-à-vis stelle vu Versprieche, déi schnell gemaach sinn, déi awer duerno, wann alles gelaf ass an et huet een d'absolut Soen, aneschtens kënnen ausgesinn.

Wann den Här Mittal dat do duerchzitt, dann hunn 150 Leit mat ARBED-Statut hir Plaz verluer an nach 80, déi zu Longwy eng nei Schaff an där Schmelz fonnt hunn; gläichzäiteg also 230 Leit, nodeem d'Produktioun an de leschte Jore vu 670.000 Tonne schonn op 415.000 Tonne reduzéiert ginn ass. A wann hien dat duerchzitt, dann ass och d'Iwwerliewe vu Gandrange hei vir a Frankräich mat a Fro gestallt, well déi d'Virprodukt liwweren. Mat ewech fällt natierlech och d'SNCF, déi déi Produkter vu Gandrange op Schëffleng a vu Schëffleng op Gandrange féiert. Fir nëmme ze soen: Den Här Mittal huet eis jo eigentlech schonn d'SNCF och an d'Land erabruucht, och dat war am Endeffekt eng Präisfro.

Dat ënnerscheet erëm eng Kéier e Konzern wéi sengem vun engem Konzern wéi Arcelor, wou aneschtens gehandelt gëtt. Mä dat do ass net vertrauensbildend, dat muss engem Angscht maachen, dat muss engem ze denke ginn. An duerfir halen ech perséinlech näischt dovun, wa mer versprach kréien, den Headquarter géing op Lëtzebuerg kommen, awer nëmme, wann d'steierlecht Ëmfeld da gutt wier. Den Här Mittal wäert, wann hien dann – wat ech nach ëmmer net hoffen – hei ass, lues awer sécher déi Lëtzeburger Betriber ausbludden, d'Geld an d'Täsch stiechen a senger Wee goen.

Am Contraire dozou wëll ech haut gesot hunn, virun e puer Méint – dat ass kengem opgefall – huet d'Arcelor de Betrib Giebel zu Dideldeng iwwerholl, deen d'Affer vun enger Faillite, scho bal enger frauduleuser Faillite an Däitschland ginn ass. D'Arcelor huet en och op Wunsch vun de Gewerkschaften, och am Interesse vum Personal iwwerholl. Dat ass den Ennerscheid vun de Kulturen, vun där enger zu där anerer. An ëm déi Kulture geet et. An et ass déi, fir déi mer eis asetzen.

Ech si frou iwwert d'Aussoe vum Statsminister, wat déi staatlech Bedeelegung ubelaangt. Et stëmmt, et kënn ee mat Liichtegkeet dese Moment eng Milliard Euro verdénge. Et kann een och dovun ausgoen, dass, wann een dat net mécht, dass ee vläicht herno nach 2,4% an der Mittal-Grupp huet, awer souwisou iwwerhaapt näischt méi ze soen huet. Et kann een och dovun ausgoen, dass, wann de Lëtzeburger Stat sech falsch behëlt, dat wéi e Verrot um Lëtzeburger Land an e Verrot un de Stolbelegschaften géing interpretéiert ginn.

Ech sinn duerfir der Meenung, de Stat muss do d'Staang riicht halen, fir eben déi positiv Signaler ze ginn a mat drun ze gleewen, dass een dee Match do gewanne kann an dass ee sech net mat eidele Versprieche elo zefridde gëtt, déi sech herno ganz aneschtens kënnen auswierken.

### (Coups de cloche de la Présidence)

Ech hunn där Deeg gesot, den Här Mittal huet en décke Kuch gebak an all deene Jore mat ville Loftblösen, an hie wëllt iwwert d'Arcelor Korinthen an dee Kuch do erakréien, mä op Käscht vum der Arcelor a vun eis alleguer. Duerfir muss dee Widerstand, deen opgebaut gëtt, e reelle Widerstand sinn, well et ëm d'Zukunft vun der Stolindustrie zu Lëtzebuerg geet, net nëmme, mä och ëm eis industriell Zukunft, ëm d'Zukunft vu ville Mënschen. Den Dossier ass gutt. D'Solidaritéit ass grouss, a mir hate se an den 80er Joren, fir dee Betrib ze retten. „Mir hunn déif an d'Täsch gegräff“, huet de Statsminister gesot. Virun allem d'Stolbelegschaften hunn och geblutt an Affer bruecht. Elo gëllt et un engem Strack ze zéien.

Schlussendlech, léif Frënn, wëll ech ofschléissend soen: Jiddferree vun eis ass iwwert de Stat Aktionär bei der Arcelor, duerfir geet et eis alleguer eppes un.

Merci.

**Plusieurs voix** - Très bien.

**M. le Président** - Merci, Här Castegnaro. Den nächste Riedner ass den honorablen Här Braz. Här Braz, Dir hutt d'Wuert.

**M. Félix Braz (DÉI GRÉNG)** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, et ass schonn eng ongewinnten Diskussioun, déi mer haut féieren, well et jo net üblech ass, dass d'Chamber sech amëschet an d'Liewe vun der Wirtschaft an där dote Form. Eise Rôle ass et als Parlament, ze encadréieren, d'Spillregele festzeleeën, och iwwert d'Gesetz, an net selwer als ekonomeschen Acteur opzetrieden.

Elo si mer awer an enger anerer Situatioun. Sämtlech Fraktiounen sinn elo amgaang, sech aktiv an eng ganz wichteg Wirtschaftsdebatte mat anzemëchen. Dee Fait ass aussergewéinlech genuch. Mir mengen awer och als gréng Fraktioun, dass et normal ass, dass mer haut hei an der Chamber doriwwer diskutéieren.

Och wa mir als Gréng Partei an als gréng Fraktioun bestëmmt hei am Land ee vun deenen, wann net vläicht déi waren, déi an all deene Joren ëmmer kritesch och ware mam Grupp Arcelor, well mer kritesch och wollt sinn op deene Punkten, wou ee muss Kritik üben, notament wann et ëm Ëmweltstandardë geet, wann et och deelweis ëm Sozialstandarde gaangen ass, esou si mer haut awer och an der Situatioun, dass mer e Choix hunn, e Choix, dee mer gesat kréien tëschent deem Modell, deen zu Lëtzebuerg mat der Arcelor, a mat der ARBED virdrun, zënter Joren a Jorzéngte fonctionnéiert, an engem anere Modell.

A wa virdrun d'Wuert zweemol gefall ass, dass den Här Mittal eng aner Kultur soll hunn, da mengen ech, solle mer soen: Hien huet eng aner Betribskultur. Dat soll keng Uspilling sinn op en anere Kulturkrees! Dem Här Mittal säi Grupp huet eng aner Betribskultur. Et ass och dat, wat eis hei zu Lëtzebuerg, mengen ech, soll Suerge maachen.

Mir mengen awer och, dass mer als gréng Fraktioun, an dat wëll ech virausschécken – esou hu mer dat e Samschden op dem Kongress vun der Grénger Partei gesinn, deen zoufälleg e Samschden zu Esch war –, elo schonn der Regierung sollen eis Ennerstëtzung ausschwätze fir déi Démarchen – an et sinn der vläicht net esou vill –, mä fir déi Démarchen, déi se kann ënnerhuelen an deser Matière. Mir mengen nämlech, dass et net egal ass, ob d'Lëtzeburger Regierung an deem heiten Dossier matschwätzt, wëssend dat schlussendlech de Maart wäert decidéieren, esou wéi de Maart beispillsweis och decidéiert huet bei der Reprise vun der Arcelor vum kanadesche Grupp Dofasco. Och do huet de Maart decidéiert, an et ass, wéi den Här Wolter et virdu scho gesot huet: Dat huet hei am Land zu weinege Kommentaren Ulass ginn.

Mir mengen awer, wann ee virdrun dem Här Statsminister gutt nogelauschtert huet, dat, wat een haut ka soen, ass, dass seng Interventioun sécherlech net berouegend war. Och wann den Här Statsminister opgrond vun de Gespréicher, déi hien de Moie gefouert huet, eis hei vum Contenu hier ganz weineg, fir net ze soen näischt huet soe wëllen oder kënnen, esou ass et awer kloer, dass dem Statsminister seng Interventioun net berouegend war. Et huet een aus senger Wieder, mengen ech, schonn eraushéieren, dass dat, wat elo amgaang ass, eng oppen Issue huet an dass et absolut net kloer ass, wéi et wäert ausgoen, an dass eben och an deem heite Fall wéi am Fall Dofasco schlussendlech de Maart decidéiere wäert.

Den Här Mittal, deen elo an deene leschten Deeg fir déi meeschte Lëtzeburger e Begrëff ginn ass, ass och kee Monster. Et ass e Mann – de Statsminister sot et och schonn –, deen eng perséinlech Leeschtung opzewiesen huet, déi zumindest bemierkenswäert ass. Wat dee Mann u Rächtum an deene leschten zwee Jorzéngten accumuléiere konnt, dat ass schonn eng Leeschtung, déi bemierkenswäert ass.

Et kann een dee Mann elo net esou duerstellen, wéi wann hie symbolesch quasi all Iwwel géing verkierperen. Mir mengen, dass et esou net ass, a mir mengen och, dass et net esou ass, well hien niift senger perséinlecher Leeschtung awer um industrielle Plang net déi Leeschtung opweises huet, déi hei zu Lëtzebuerg mat der Arcelor als virbildlech ugesi gëtt. Mir sollen awer och vläicht do an de Formulatiounen, wéi mer mam Här Mittal wëllen ëmgoen, virsichteg sinn, well et kéint jo duerch auspasséieren, dass mer an e puer Méint mam Här Mittal sengem Grupp mussen eens ginn, an den Här Mittal och mat eis. Dat, wat mer haut net wëllen, kéint muer scho Realitéit sinn.

Mir mengen, dass een dofir net sollt esou maachen, wéi wa mat enger méiglecher Iwwernam vum Här Mittal all d'Luuchte géingen zu Lëtzebuerg ausgoen. A mir mengen och, dass een net sollt de Message erausschécken, dass et schlussendlech, wann den Här Mittal géing hei zu Lëtzebuerg alles iwwerhuelen, wierklech esou géing ausgoen, wéi den Här Mittal sech dat bis elo ëmmer virgestallt huet. Mir mengen, et muss een och haut kloer soen, als Lëtzeburger Politik, als Message un den Här Mittal, mä och un déi Leit, déi haut mat der Rechemaschinn iwwert d'Welt verspreet do sëtzen hir Konten ze maachen, dass, och wann dem Här

Mittal säi Grupp zu Lëtzebuerg kéint d'Arcelor iwwerhuelen, dass dann net vun haut op muer zu Lëtzebuerg alles kann a Fro gestallt ginn.

D'Gesetzter, déi mer hunn, d'Standarden, déi mer am Ëmweltberäich hunn, d'Gesetzter, déi mer am Sozialberäich hunn, och wann et natierlech méi schwéier gëtt, déi gëllen och an Zukunft, wann den Här Mittal d'Arcelor iwwerhuele sollt. Et ass also net esou, dass um Lëtzeburger Standuert beispillsweis e Grupp Mittal d'Benefisser par rapport zu deem, wat d'Arcelor haut erwirtschaft, kéint steigere oder daitlech steigere.

Wann et esou wier, da wär et jo einfach fir déi gestreeten Aktionäre. Déi bräichte just dann d'Rechnung ze maachen, wann et esou wär, dass den Här Mittal da kéint vun haut op muer hei d'Luuchten ausgoe loossen am Beräich vun der Stolindustrie, da fäerte mir ganz, dass déi Leit kéinten d'Rechnung maachen a sech virstellen: Ma dann ass et jo kammoud, da geet jo de Benefiss an d'Luucht, dann ass et jo eigentlech eng gutt Affär, wa mer eis Aktien un de Mittal-Grupp verkafen.

Mir mengen awer, dass dat net esou ass, dass souguer, wann den Här Mittal géing hei zu Lëtzebuerg kënnen iwwert d'Arcelor an d'Geschäft kommen, dann hei nach ëmmer Gesetzter gëllen. Um Lëtzeburger Standuert ass et dann nach ëmmer net d'Loi Mittal, déi gëllt, mä et ass dann um Lëtzeburger Standuert nach ëmmer déi Loi, déi gëllt, déi hei am Parlament gestëmmt gëtt an déi hei an der Vergaangenheet am Parlament gestëmmt ginn ass.

An dat soll een och haart an daitlech soen, bei alle Suergen, déi een huet iwwert dat, wat komme kéint, wann zwou Betribskulturen, déi net déiselwecht sinn, géinge probéieren op eng forcéiert Aart a Weis eens ze ginn, da soll een awer och genausou daitlech de Message erausschécken, dass hei zu Lëtzebuerg Lëtzeburger Gesetzter gëllen. An ech mengen och, dass dat an der Belsch net anescht wäert verstane ginn, dass och an der Belsch an och a Frankräich nach ëmmer d'Gesetzter gëllen an dass den Här Mittal do herno net mécht, wat hie wëllt, mä dass hien och do, wann hie sech ganz gutt uleet, vläicht dee Rendement kann erausschloe fir d'Aktionäre wéi déi Leit, déi haut an der Arcelor d'Soen hunn, och scho kënnen erausschloe.

Mir sollen eis och wieren, an dat soe mir als gréng Fraktioun, well mer mengen, dass de Grupp Arcelor an der Stolindustrie méi ass wéi nëmme eng Firma. Dat ass fir Lëtzebuerg, besonnesch fir déi Region an Süden – awer net nëmme –, wierklech och dat Element, wat iergendwou déi gesamt industriell Politik vum Land zënter Jorzéngten definéiert. An et wär natierlech, wann et géing op eng negativ Entwicklung higoen, net nëmme e Problem vum Point de vue hier vun deene Leit, déi do schaffen, an dat sinn der vill, mä et wär natierlech och e Problem fir ganz vill aner Secteuren, déi ronderëm déi industriell Aktivitéit vu Lëtzebuerg fonctionnéieren. A virun allem wär et leider de Message no baussen, dass den Industriestanduert Lëtzebuerg iergendwou amgaangen ass, sech ze verabschieden, wann et dann esou géing ausgoen, fir definitiv an eng exklusiv Dëngschleeschtungsellschaft eriwirwerzutschen. An dat ass eng Entwécklung, déi keen am Land eiser Meenung no ka wëllen.

Schlussendlech, wéi gesot, wäert awer de Marché decidéieren. Et kéint duerch aus sinn, dass mer an e puer Méint, deemno wéi et geet, mam Grupp Mittal missten zesummeschaffen. De Stolz ass weltwäit nach ëmmer e ganz zersplitterten, an och wann de Grupp Mittal an de Grupp Arcelor ze-



summe géinge schaffen, dann hätten se mat ronn 10% eppes méi vum Weltmarché, mä nach ëmmer net eng dominant Position. Dofir wäerte mir an deenen nächste Joren, egal wéi dat, wat elo amgang ass, ausget, nach weider mat Konzentrationsprozesser an Diskussionsbeschäftigt sinn, hei zu Lëtzebuerg an och soss an der Welt. Deem kënne mer eis net entziehen.

Wann haut de Lëtzeburger Stat seet, hien hätt 5,6% un der Nummer eent op der Welt, da wäert dat an e puer Joer schon net méi wouer sinn, well mat deem nächste Konzentrationschub geet eise prozentualen Undeel un deem Grupp weider zrëck. Dat ass net opzehalen. Dat ass net dat, wat eis soll Suerge maachen. Mä wat eis Suerge mécht, dat ass, dass déi Konzentrationsbewegung, déi elo amgangen ass, hannert der hostiler OPA vu Mittal Steel, eng ass, déi net gewollt war, wou d'Konditiounen net am Viraus mat eis diskutiert wäerte ginn, mä wou d'Konditiounen duerno diskutiert ginn. Wann d'Iwwernahm geschitt ass, da gëtt verhandelt, an da wësse mer, wien um laangen Hiewel ass, an dat ass net déi Betribskultur, och net déi politesch Kultur, déi hei zu Lëtzebuerg bis elo virgeherrscht huet a wou schlussendlech ëmmer probiert ginn ass, méiglechst vill Leit mat an d'Boot eranzehuelen.

Dofir menge mir och, dass ee grundsätzlich net soll fäerten, dass et weider a Richtung vu Kooperatione geet a weider a Richtung vu Konzentrationsbewegung geet, mä mir sollen eis awer wirklech decidéiert wieren, do wou d'Politik och kann hëllefen, fir dofir ze suergen, dass déi Zesummenaarbechten, déi kommen, gewollt sinn an net erzwonge ginn, wéi dat am Moment riskéiert de Fall ze ginn.

E lescht Wuert, wat mer awer och nach wëllen ënnersträchen, wat wichteg ass fir déi gréng Fraktioun: Wa mer haut iwwert dëse Problem diskutieren, da féint dat natierlech statt op engem Hannergrond, weltwäit, deen deen ass, dass op de Finanzmäert eigentlech keng Regele méi gëllen. Do ass wirklech de komplette Liberalismus agetratt an dat muss een net normal fannen, och wann dat eis fir dës Diskussionsenen, déi elo amgaange sinn, mat Sécherheet net méi wäert retten, och wann déi Diskussionsenen fir dëse Problem ze spéit kënne kommen, mä et ass awer kloer, dass dat, wat am Moment op deem Niveau geschitt an där ultraliberalisierter Form och keng absolut Noutwendegkeet ass.

Et gouf jo schon an de 70er Joren och Bestriewungen, fir ze probéieren verschidde Regelen an déi Mäert eranzekriegen – Stéchwuert, de Bretten Woods –, wat schlussendlech doduerch gescheitert ass, dass d'Amerikaner sech doraus zrëckgezunn hunn, mam Resultat, dass haut do guer keng Spillregele méi gëllen, contrairement zu aneren ekonomeschen Aktivitätsfelder. Haut spillt da wirklech definitiv just nach eenzeg an eleng de Marché an de Benefiss, d'Marge, déi déi eenzel Fongen hire Clienté kënne versprechen.

Mir mengen, dass Lëtzebuerg och op Grond vun dëser Erfahrung, déi mer elo amgaange sinn ze maachen, mat senger klenger Stëmm – natierlech ass et nëmme eng kleng Stëmm – awer och um internationale politeschen Niveau dahingehend soll awierken, dass et och am Beräich vun de Kapital- a vun de Finanzmäert nees zum Respekt vu minimale Spillregele muss kommen. Déi Versich gouf et, déi si gescheitert, mä dat heescht net, datt déi mussen fir all Éiwegkeet scheitern, och wa mer eis bewusst sinn, dass dat ganz schwierig Diskussionsenen sinn, besonnesch wa se vu Lëtzebuerg aus gefouert ginn, an dat muss een och soen, Lëtzebuerg, wat jo och schon oft a vill op där sonneger Säit vun deenen doten Événementen an der Vergaangenheet stoung.

Mat deene puer ofschléissende Remarquë wëll ech nach eng Kéier am Numm vun der grénger Fraktioun och der Regierung eis Ënnerstützung zousoe fir déi Démarchen, déi se kann an dësem Dossier ënnerhuelen, a mir hoffen, dass et schlussendlech zu enger Solutioun kënnt, déi, wat d'Lëtzeburgerer Sait, de Grupp Arcelor befreit, eng gewollte Solutioun ass.

Ech soen lech Merci.

**Plusieurs voix.** - Très bien.

**M. le Président.** - Merci, Här Braz. De leschte Riedner ass den honorablen Här Jaerling. Här Jaerling, Dir hutt d'Wuert.

**M. Aly Jaerling (ADR).** - Merci, Här President. Et ass selbstverständlech, dass mer souwuel déi fest Position vun der Regierung wéi och déi fest Position vun den Aktionären vun Arcelor hei an dëser wichteger Affär begrëssen a besonnesch och begrëssen, dass d'Regierung op jidde Fall ganz standhaft bliwwen ass an dat lukrativt Geschäft, wat do am Fong uegebued ginn ass fir all Aktionären, ofgelehnt huet an der Solidaritéit mat eisem gréissten Employeur, awer och an der Solidaritéit mat de Stolaarbechter, mat der ganzer Stolbelegschaft.

Mir hunn eis awer och näischt anescht erwaart, mir hunn et elo éischer als selbstverständlech fonnt, dass mer hei géifen all zesumme standhaft bleiwen, an et ass jo net fir d'éischt, dass mer déi Solidaritéit vis-à-vis vun eisem gréissten Employeur musse spille loossen an hu misse spille loossen. Sait 30 Joer, géif ech mengen, si mer schon domat amgang a si mer schon zu souzoeso Spezialisten an de Rettungsaktiounen gi fir d'Stolbelegschaft, am Interessi vun dem eisem Land.

An den Här Wolter huet et schon ugeschnitten, dass mer d'Solidaritätssteuer agefouert hunn, dass dat deemools souguer e Regierungswiessel provozéiert huet, dass dat aner Politike provozéiert huet, dass doduerch d'Sozialmodeller, d'Partnerschaft an all dat nofollegt ass, am Interessi vum Salarat, also vun der Stolindustrie, fir deenen hir Rechter ofzesécheren, dass mer iwwert d'Préretreite Modeller fonnt hunn, fir dee Stolsektor ze retten.

Mir sollen net vergiessen, dass iwwert déi Sozialmodeller iwwer 30.000 Leit ofgebaut gi sinn, ouni dass mer déiselwecht Problemer hate wéi elo an anere Länner, oder déiselwecht Problemer, wéi zum Beispill elo dee Mittal. Mam Opkafen a Sanéiere vun deene Betriber, déi hien iwwerhëlt, gesäit ee jo, wann déi Modeller net existieren, wéi et da mat de Leit geet, dass dann einfach d'Leit entlooss ginn, d'Leit ofgebaut ginn, ouni Ofsécherung an ouni näischt. Do gesäit ee jo, a wat fir eng Richtung dass et geet, wann déi OPA do géif duerchgoen.

Mir hunn eng ganz Rei ëmstrukturiert Investitiounen missen hinuelen, an ech wëll drun erënneren, dass mer schon eng Kéier als Lëtzebuerg eng OPA op d'ARBED ofgewiert haten, dass mer deemools, wéi eng OPA vun De Benedetti op d'Société Générale de Belgique gemaach ginn ass, erfollegräich a solidaresch als Land, als Regierung, als Steierzueller dach d'Société Générale de Belgique gestäipt sinn, fir dass déi OPA net konnt geschéien, dass mer do op deem Wee d'ARBED gerett hunn. Dass mer spéider, wéi déiselwecht Société Générale de Belgique aus der Industrie erausgeklommen ass, alt erëm eng Kéier als Regierung, als Lëtzeburger Steierzueller ageklomme sinn, fir d'ARBED ze retten a fir dass eis Stolindustrie soll erhale bleiwen.

Et ass aus der ARBED Arcelor ginn, an dank dem onermiddlechen a staarken Asaz vun de Ge-

werkschaften ass och bei Arcelor dat Matsproochrecht bestoe bliwwen, wat eis awer elo trotzdeem erméiglecht huet, dass Leit, och vum Salarat, eben an deem Verwaltungsrot setzen an och elo hei kënne matschwätzen an och en connaissance de cause an deene Gespréicher konnte mat awierken, fir dass et an déi richteg Richtung gaangen ass.

An do froe mer eis: Sollen dann elo all déi Efforten an all déi Affer vun der Stolbelegschaft, vun de Steierzueller hei am Land, all déi Solidaritéit, soll dat dann elo alles ëmsoss gewiescht sinn an a Fro gestallt ginn duerch eng nei wirtschaftlech Weltuerdnung?! Eng nei wirtschaftlech Weltuerdnung, wou d'Wirtschaft net méi, wéi et soll sinn, am Déngscht vum Mënsch steet, mä wou d'Wirtschaft op eemol nach just am Déngscht vun e puer Aktionäre steet an de Mënsch op der Streck bleift.

Ech hunn et hei schon e puermol gesot an ech widderhuelen et nach erëm: Vun do un, wou de Mënsch, de Salarat als „Ressource humaine“ betitelt gëtt, als eppes, wat ee kann ausbeuten an duerno ewechgeheien, vun do u maachen ech mer Gedanken, a vun do u wusst een, a wat fir eng Richtung dass et geet, a vun do u weess een, wéi wéineg dass de Mënsch nach wäert ass.

D'Politik huet op jidde Fall an deem Sënn, wat d'Reguléiere vum Weltwirtschaftsmaart ugeet, versot. Versot, well mer et net fäerdeg bruecht hunn, souwuel hei am Land wéi an Europa Ofsécherungen ze schafen, all déi Lobbyen ofzblocken an ze reguléieren, fir esou OPAen an och esou onmenschlech Virgäng ze verhënneren.

Mir hunn elo keng Moyene méi, mir stinn elo hei domm aus der Wäsch ze kucken, well Mittal ass nämlech eng aner Welt. Mittal huet kee Sozialmodell, Mittal ass eng aner Kultur wéi Arcelor. Mä mir sinn awer gudder Hoffnung, well een awer weess, dass Arcelor awer nach déi beschte Strukturen huet vis-à-vis vun deene Strukturen, déi eng Famill huet, a fir mech och nach dee beschte Know-how huet ronderëm, fir deem do awer d'Stir ze bidden.

Fir déi kleng Aktionäre gesäit dat hei jo aus, wéi wann et e gutt Geschäft kéint ginn. Et kann och e gutt Geschäft sinn. A wann ech elo vu klengen Aktionäre schwätzen, da schwätzen ech besonnesch vun engem bestëmmten. Wann ee vum klengen Aktionariat vun Arcelor schwätzt, da weess ee jo awer, wou dat Aktionariat besonnesch entstanen ass: Dat ass entstanen duerch déi Aktien, déi déi Leit kritt hunn deemools als Kompensatioun fir d'Lounkierzungen, wou Leit nach haut där Aktien hunn. Dat ass dat klengt Aktionariat an dat sinn d'Stolaarbechter. Déi hunn där Aktien nach an déi kennen haut natierlech aus där Affär hei e gutt Geschäft maachen. Ech hoffen awer, dass si et net maachen. Et géif een hinnen och roden, net kuerzfristeg ze denken, mä et kann een hinnen awer näischt verdenken, wa se op dee Wee ginn.

Ech sinn op jidde Fall iwwerzeegt a sécher, dass Arcelor, d'Direktioun vun Arcelor och elo an dëser schwéierer Zäit gradsou wéi an deene leschten drësseg Joer et wäert fäerdeg bréngen, déi néideg Strategie ze entwéckelen, fir sech selwer ze retten, well et ass jo traureg genuch, dass mer op d'Direktioun vun Arcelor mussen hoffen, fir sech selwer ze retten, fir dann domadder eis Stolindustrie mat ze retten. Et ass traureg, dass mer esou wäit komm sinn!

Ech hu just eppes, Här President, an dem Här Castegnaro sengen Ausféierungen net verstanen, wéi

hie gesot huet, mir mussen d'Lissabon-Strategie ausbauen, fir dass mer en europäesche Modell kréie fir Arcelor. Dat hunn ech net verstanen, do sinn ech iergendwéi net matkomm, dat ass eppes, wat ech net weess. Mä op jidde Fall, wéi et...

**M. John Castegnaro (LSAP).** - Här President!

**M. le Président.** - Här Jaerling, den Här Castegnaro freet d'Wuert. Awer kuerz!

**M. John Castegnaro (LSAP).** - Ech wollt einfach nëmme soen, dass et e puer Hausaufgabe gëtt, déi musse gemaach ginn. An dorënner fällt och déi Dienstleistungsdirektiv do, déi esou vill Geforen a sech huet, dass mer net nëmme vu baussen OPAe kréie wéi déi vum Här Mittal,...

**M. Aly Jaerling (ADR).** - Jo.

**M. John Castegnaro (LSAP).** -...mä dass mer eis intern OPA-Méiglechkeete ginn, fir dat emol esou duerzestellen, andeem mer d'Rechter vum Land, wou déi higinn, a Fro stellen. Et war e bëssen dat, wat ech wollt erklären. Wann ee séier schwätzt, da geet dat och gäre schif, mä et war net esou geduecht.

**M. le Président.** - Merci, Här Castegnaro.

**M. Aly Jaerling (ADR).** - Elo sinn ech awer frou. Da si mir eis eens wéi ëmmer.

**M. John Castegnaro (LSAP).** - Wéi ëmmer.

*(Hilarité)*

**M. Aly Jaerling (ADR).** - Mä jiddefalls ass et richteg, an dat soll och mä Schlusswuert sinn, dass mer effektiv mussen dorop awierken, dass mer mussen europäesch Modellen, Direktiven an d'Wee leeden, fir eng Rei vu Saachen ze verhënneren, sief et hei am Land oder sief et an Europa. Europa muss elo dofir suergen, dass d'Wirtschaft dat gëtt, wat se ze sinn huet, nämlech am Déngscht vum Mënsch an net ëmgedréit, an ech géif mengen, dat ass eng vun den Haaptaufgaben, där mir, wa mer eis elo méi an déi europäesch Prozesser hei awer als Chamber mat era musse knéien, eis musse stellen a wou ech hoffen, dass mer all zesumme kënne mat där Solidaritéit, déi mer elo fir Arcelor an eis Stolbelegschaft hunn, dass mer och do déiselwecht Solidaritéit fannen, fir op déi Weeër ze goen an och déi richteg Léisungen ze fannen.

Ech soen lech Merci.

**Une voix.** - Très bien.

**M. le Président.** - Merci, Här Jaerling. Ech wollt d'Regierung froen, ob si nach eng Kéier d'Wuert ergräife wëll. Den Här Wirtschaftsminister Krecké hält nach Stellung. Här Krecké!

**M. Jeannot Krecké, Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur.** - Här President, Dir Damm an Dir Hären, ech wëll am Numm vun der Regierung Merci soe fir dee Support fir d'Position vun der Regierung, deen hei vun alle Fraktiounen komm ass. Sécherlech ass an de leschten Deeg de Problem, iwwert dee mer elo geschwat hunn, leidenschaftlech diskutiert ginn. Net nëmme bei de Mataarbechter – wat ee liicht versteet –, mä doriwwer eraus och bei sämtliche Bierger an dësem Land.

Et ass selbstverständlech, dass d'Regierung net nëmme sensibel war op dee Problem, mä dass se och gekuckt huet den nationalen Interesse hei ze gesinn, mä selbstverständlech och den Interesse vun där Gesellschaft, déi mer gären als Flaggschëff vun eiser Économie bezeechnen, dat Flaggschëff, wat eng Magnetwirkung huet, wéi de John Castegnaro ge-

sot huet, a wat mir och oft gebrauchten.

Et ass sécherlech fir e Wirtschaftsminister vill méi einfach ze erklären, dass Arcelor als zweetgréisste Stolproduzent hei zu Lëtzebuerg souwuel produzéiert wéi och säi Siège huet, ewéi wann ech eng hallef Stonn oder eng Stonn géing iwwert d'Virdeeler vu Lëtzebuerg schwätzen. Dat ass nämlech de Beweis dofir, dass de Lëtzeburger Standuert och eng ganz Rei Virdeeler opzeweisen huet. Eleng dat misst eis ze denke ginn an eleng dat seet eis och, dass mer mussen alles maachen, fir dass mer dat do kënne behalen.

E Merci vun der Regierung fir eng Tradition, déi quasi hei erëm opgelieft ass, wou sämtlech Parteien, Fraktiounen geschlossen, an d'Land och geschlossen, hannert där Position vun der Regierung stinn, déi eben net drop ausgerichtet ass, kuerzfristeg ze probéieren e Benefiss ze maachen, kuerzfristeg ze probéieren eng Plus-value ze realisieren, déi wuel lackelech ass, mä wou mir op dat laangfristeg, op dat fest Fundament setzen, wat mer bis elo kann hunn.

Sécherlech, an de Statsminister huet et jo kloer ënnerstrach, si mir net eleng Meeschter hei, d'Mäert wäerten hei spillen an och déi Statuteregulierung vun der Arcelor, wat déi 25% ubelaangt, huet eng Rei Lächer, déi mat sech bréngen, dass se an dësem Fall net an deem Mooss ganz ka spillen, mä nëmme dann, wann et graduell eropgeet an net, wann et an engem Coup ass.

Duerfir musse mer kucken, dass mir selwer, awer haaptsächlech och de Management vun der Arcelor, probéieren ze erklären, dass Arcelor net nëmme en europäesche Modell ass, e Modell, wéi een zesummelieft, wéi een eppes ugeet, mä awer och capable ass, eng Wäertschöpfung ze maachen. An deene véier Joer huet Arcelor de Wäert verduebelt. Dat ass eppes, wat een den Aktionären nach eng Kéier muss erklären, wa se et dann net sollte festgestallt hunn. A selbstverständlech mussen mer weiderhin an der Arcelor selwer drop hiwierken, a mir hunn de Management och an déi Richtung bestärkt, fir dass mer déi Rémunération och weiderhi kënne bestoe loossen, fir dass mer d'Aktionären u Bord behalen.

Et ass hei gefrot ginn, ob déi Engagementer, déi geholl gi si vu Säite vun Arcelor, hir Gültigkeet hunn. Bei de Gesetzer brauch ech dat net ze soen, a bei deem Gespréich, wat mer de Moie mam Här Mittal haten, hu mer dat do selbstverständlech évoquéiert, well hei geet et net nëmme em gesetzlech Bestëmmungen, hei sinn och eng ganz Rei Engagementer geholl ginn. D'CFL-Cargo ass ee vun deenen, mä et sinn awer och Engagementer geholl ginn um Niveau vun der Émwelt, um Niveau vun der Aart a Weis, wéi mer matenee fueren, op der Governance, hei sinn e ganze Koup Punkten, wou mir Engagementer vun Arcelor hunn, wou mer och wëssen, dass si déi anhalen a wou mer gesot hunn, dass mer eis net bewusst sinn, ob den Här Mittal genau weess, wat fir eng Engagementer allequerten do hannendru stinn.

Mir haten en informellt Gespréich de Moien, wou mer doriwwer eis Préoccupatiounen och kloer an daitlech ausgedréckt hunn. An et ass sécher, den Här Mittal huet gefrot, ob hien nach eng Kéier e Gespréich kënnt féieren, mä et ass keen Datum fixéiert an et ass am Moment, mengen ech, kee Besoin do, well mer kloer an daitlech mengen, dass déi zwee Managementniveauen, déi zwee Conseil-d'administration-s-Niveauen elo emol misste kucken, ob se eng Eeneigung fannen oder net. Mir op alle Fall setzen am Moment op een Eenzegen, an dat ass op alle Fall op Arcelor.



An ech mengen déi politesch Gesprécher, déi mer an deenen nächsten Deeg wäerte féieren, ginn och drop eraus, dass mer eis Kolleegen a Kolleginnen an der Émgéigend, mä haaptsächlech awer och déi Länner, wou Sitë vun Arcelor sinn, beweegt kréien. An dat ass jo och zum Deel gegléckt, fir dee politeschen Appui trotzdem ze bréngen, dee vläicht net alles bewierke kann, mä deen trotzdem soll weisen, dass d'Politik net insensibel ass an dësem Dossier.

Dat gesot, nach eng Kéier Merci fir déi Positioun, déi mir elo op méi eng frank Aart a Weis kënnen no bausen droen, elo wou mer wëssen, dass dat Parlament hei geschlossen hannert där Positioun steet.

Ech soen lech Merci.

**M. le Président.** - Merci, Här Minister Krecké. Domat ass dee Punkt vun eisem Ordre du jour definitiv ofgeschloss. Mir kommen elo zur Question urgente Nummer 886 vum Här Xavier Bettel iwwert de Brand, dee gëschter am Schraasseger Prisong ausgebrach war. Den Auteur huet fënnf Minutten Zäit, fir seng Fro virzedroen, an d'Regierung zéng Minutten Zäit, fir drop ze äntwerten. Den honorablen Här Bettel huet d'Wuert.

## 5. Question urgente N°886 de M. Xavier Bettel relative à l'incendie au Centre pénitentiaire de Schrassig

**M. Xavier Bettel (DP).** - Här President, léif Kolleegen a léif Frënn, dat, wat gëschter geschitt ass, ass keng Iwwerraschung. Ech war just iwwerrascht iwwert dem Minister seng Iwwerraschung. Wann de Minister op der Tëlee an an der Press seet, hie wier schockéiert iwwert dat, wat geschitt ass, da war ech schockéiert, dass de Minister schockéiert war, well, Här Frieden, Dir sidd elo aacht Joer Justizminister, Dir feiert déi an dräi Deeg...

**(Interruption)**

Ma ech kommen elo, Här President, dorop. Mä dat ass dat, wat de Minister gëschter gesot huet.

**(Interruption)**

Gëschter huet et am Prisong gebrannt, Här President. Gëschter huet et am Prisong gebrannt, am Bloc P2, do, wou d'Flüchtlinge sinn, also dat heescht d'Retentionen, déi administrativ sinn, déi d'Regierung jo ka maache bis en Délai vun dräi Méint. D'Zeitung vum haut sti voll, dass verschidde vum deene Flüchtlingen hei op Lëtzebuerg komm sinn, fir ze probéieren en anert Liewen ze starten an dass se dunn am Prisong gelant si wéinst där enger oder anerer Ursach, well mer nach kee Centre de rétention hunn, obwuel jo am Mäerz 2005 gesot ginn ass, dass dat eng Urgence wär, mä haut nach ëmmer näischt steet.

Här President, et gëtt behaupt, et wär dee véierten Incident bannent annerhallwem Mount, deen elo stattfonnt hätt, et wier net deen éischten, et wier déi véierte Kéier, wou eppes geschitt wär. D'Personal seet, et géif kee Rettungspiang ginn, also dat heescht keen Interventionspiang. D'Personal selwer am Prisong weess net Bescheid, wéi et soll agéieren, wann esou eppes geschitt. Dat Eenzegt, wat ee ka maachen, dat ass de Rettungsdéngschter Merci soe fir déi ganz Aarbecht, déi se gemaach hunn, well et hätt och vill méi schif kënnen ausgoen.

Här President, wat kann de Minister elo hei iwwert déi Affär soen? Wat ass iwwerhaapt do geschitt? Wéi ass et geschitt? Wéi vill Leit sinn do blesséiert ginn? Et schéngt esou, wéi wann de P2 am Moment net méi ze gebrauche wär. Kann den Här Minister mer soen, wou hien déi Leit elo placéiere wëllt?

Et schéngt schonn, verschidde Informationen no, dass hien den Uerder ginn hätt, der Madame Zimmer, ze kucken, 15 Leit op Giwenech ze déplacéieren a ganz, ganz kuerzer Zäit. Stëmmt dat? Ass dat déi richteg Aart a Weis? Ech hat geduecht, Giwenech wier eng Faveur vun der Exécution des peines, wann ee sech richteg géif drun halen a gutt schécke géif. Et schéngt esou, wéi wann hei de Fall elo wär, fir 15 Leit direkt emol kënnen op Giwenech ze schécken, an der Urgence, fir kënnen Plazen ze kréien.

A verschidde Zeitung gëtt gesot, et géif eng provisoersch Struktur gebaut ginn. Wat ass elo richteg? Wou kommen déi Leit hin? Här Minister, mir waarden op Är Äntwerten.

**M. le Président.** - Merci, Här Bettel. Dann ass et um Här Justizminister, fir ze äntwerten. Här Minister!

**M. Luc Frieden, Ministre de la Justice.** - Här President, ech géing gären d'Chamber informéieren iwwert déi Faiten, déi mer bis de Moment kenne par rapport zu deenen dramateschen Evénementen, déi gëschter am Prisong zu Schraasseg stattfonnt hunn.

Et gouf an der Mëttesstonn géint Véirel op eng um drëtte Stack vum engem Bloc vum Prisong zu Schraasseg e Brand. Op deem Stack waren an deem Moment 36 Persounen. Et handelt sech dobäi ëm illegal Immigranten. Dat mussen net onbedéngt Asylbewerber sinn. Dat si ganz oft och Leit, déi eng Strof ofgesat hunn, déi awer keen Openhaltrecht zu Lëtzebuerg hunn an do waarden, op Grund vun enger Décisioun vum Aussen- an Immigrationminister, fir an hiert Heemechtsland ausgewisen ze ginn.

Dat Feier, no deenen Erkenntnisser, déi mer bis de Moment hunn – well do ass selbstverständlech eng Enquête amgaangen –, schéngt op e puer Plazen zugläich geluecht ginn ze sinn, nämlech virun allem u Matratzen a Miwwelen, déi do stoungen. Dat Feier huet ganz schnell déi Konsequenze gehat, déi ee kritt, wann een op esou engem Stack ass an op e puer Plaze Feier geluecht gëtt, an duerfir konnt trotz ganz schnellem Agräifen, souwuel vum Personal vu Schraasseg wéi vum Pompjeeën, net verhënnert ginn, dass awer eng Rei Leit blesséiert gi sinn.

Dat Feier huet leider als Bilan een Doudegen. An enger éischter Phas goufen et 13 Blesséierter. Fir de Moment, nodeem och nach eng zousätzlech Rei Leit temporäremant an d'Spidol bruecht gi waren, fir ze kucken, ob se Dampvergiftungen hätten, esou kann ech lech soen, dass fir de Moment nach fënnf Leit hospitaliséiert sinn; dräi hei zu Lëtzebuerg an zwee mat méi schwéiere Verbrennungen an der Belsch.

Et waren och zwee Gardienen, déi fir eng Kontroll an d'Spideeler bruecht gi sinn. Déi zwee konnte Gott sei Dank erëm direkt no enger Kontroll d'Spidol verloossen. Si si während e puer Deeg krankgeschriwwen, mä et geet hinne Gott sei Dank den Émstänn entsprechend gutt; dat heescht, si mussen net am Spidol ubelaangt.

Wat déi Persoun ubelaangt, déi bei deem Brand gestuerwen ass, sou handelt et sech dobäi ëm eng algeresch Persoun, eng Persoun, déi hei zu Lëtzebuerg condemnéiert gi war vum Geriicht wéinst Drogenhandel an déi och dofir e Joer am Prisong souz. Déi Prisongsstrof war de 16. Januar 2006 eriwuer, a si souz tëscht dem 16. Januar a gëschter opgrond vun enger Décisioun vum Aussen- an Immigrationminister op enger sou genannter Mise à disposition; dat heescht, d'Persoun huet missen zu Schraasseg bleiwen am Erwaarden, fir kënnen un Algerien ausgeliwert ze ginn, wann do d'Pa-beiere vir géinge leien.

Ech stelle fest, dass den Interventionspiang, dee fir esou Fäll virgesinn ass, souwuel am Prisong wéi bei de Sécherheetskäfte ganz gutt fonctionnéiert huet. Et hätt ee kënnen bei esou engem Brand vill méi schlëmm Konsequenzen hunn, woubäi ech dëst selbstverständlech net wëll minimiséieren. Zu kengem Moment war d'Sécherheet a Gefor, well souwuel d'Personal vu Schraasseg wéi d'Police, déi mat ronn 120 Leit do war, séchergestallt hunn, dass et och bei deem ville Ran a Raus vun Hëllefsmannschaften net zu Onsécherheeten duerch dee Brand am Prisong komm ass.

Gradsou wéi ech am Numm vun der Regierung och wëll all deenen anere Kräfte Merci soen, déi do intervenéiert sinn, wéi d'Protection civile, wéi d'Pompjeeën aus den Nopeschgemengen. D'Pompjeeë ware mat engen 150 Leit op der Plaz, an et ass hinnen ze verdanken, souwéi dem Asaz vun der Police an dem Personal, dass et bei deem dote Schued bliwwen ass.

Bei deem dote Schued heescht, dass d'Feier net iwwert dee Stack erausgaang ass an dass Gott sei Dank all déi Leit, déi um éischten an um zweete Stack vum deem Block sinn, konnten evakuéiert ginn. Eisen Dank ass och grouss un d'Spideeler, un déi vill Spideeler, déi direkt an deem Interventionspiang mat intervenéiert sinn. Och hei hunn d'Pläng gutt fonctionnéiert, esou dass esou schnell wéi méiglech deene Leit konnt geholf ginn.

Selbstverständlech bedauere mir déi Evénementen. Déi Evénementen hunn net direkt eppes ze di mat där staarker Zuel vu Populatioun am Prisong, iwwert déi mer herno nach wäerten diskutéieren. Si huet selbstverständlech och domadder ze dinn – wann Der wëllt, dass mer elo doriwwer diskutéieren, kënnen mer dat och elo maachen, mä ech hu geduecht, et wär méi kohärent, well d'Chamber wollt déi zwou Debatte vuneneen trennen. Et ass selbstverständlech esou, dass, wann eng Rei Leit beieneen agepaart sinn, een deen dote Risiko ni ka ganz ausschléissen.

Datt Matratzen ugefaange ginn, fënn leider vun Zäit zu Zäit a Prisongen heiheim an am Ausland statt. Hei ass dat ausgefuer do-duerch, dass op e puer Plazen no éischten Erkenntnisser Feier geluecht ginn ass. Et gëtt keen Zweifel drun, dass et sech heibäi ëm eng kriminell Dot handelt, déi dramatesch Konsequenzen huet. Déi kriminell Dot hätt selbstverständlech och kënnen passéieren an enger anerer geschlossener Anstalt, an engem Centre de rétention, wéi och ëmmer esou eppes genannt gëtt.

Dir wësst, dass d'Regierung Pläng huet, fir esou eng ze bauen. Nach mussen do eng Rei Prozedure respektéiert ginn, mä wéi gesot, de Fait, ob déi Persounen do sinn oder op enger anerer Plaz an enger geschlossener Anstalt, ännert näischt drun, dass hei kriminell Doten zu enger terribler Konsequenz fir héchstwahrscheinlech och Onschëlleger geféiert hunn, well net jiddereen, deen op deem Stack war, huet sech héchstwahrscheinlech mat doru bedeelegt, fir dat Feier ze leeën.

D'Léisung kann net sinn an den Ae vun der Regierung, fir déi Leit, déi do sëtzen, erauszelassen. D'Léisung ass och net, fir alles ze maachen, dass et net zu esou enger staarker Uwuessung vun der Populatioun am Prisong kënn. Wa Leit Strofdote graver Natur beginn, wou d'Justiz decidéiert, dass se mussen agesat ginn, wa Leit illegal am Land sech ophalen, dann ass et d'Flicht vun der Regierung, déi bestehend Gesetzer ze exekutéieren. Dat huet näischt mat der Kon-

sequenz ze dinn a mat der dramatescher Situatioun, déi mer gëschter zu Schraasseg virfonnt hunn.

Dank dem Asaz vu ville konnt nach méi Schlëmmes verhënnert ginn. Mir sinn elo an enger zousätzlecher schwieriger Situatioun, well mer schonn eng staark Iwwerpopulatioun hunn, dass och elo déi Leit, déi um éischten an zweete Stack wunnen, op aner Plazen am Prisong hu missen temporäremant transféiert ginn. Et stëmmt net, dass ech gesot hätt, dass d'Leit sollen op eng aner Plaz ausserhalb vum Prisong transféiert ginn, well dat ass guer net a menger Kompetenz. Dat ass an der Kompetenz vun dem Delegéierte fir de Strofvollzuch, an d'Madame Delegéiert fir de Strofvollzuch ass selbstverständlech amgaangen ze kucken, wat fir eng Méiglechkeete se huet.

Déi Leit si gëschter an zwee aner Bléck vum Prisong transféiert ginn, an d'Servicer vum Bauteministère waren haut schonn op d'Plaz kucken, fir no der Aarbecht vun der Police eng Evaluatioun vum Schued kënnen ze maachen an dann esou schnell wéi méiglech dat Gebai, wou de Brand war, erëm a Stand ze setzen. Mä ech hunn déi Zelle gëschter selwer gesinn, déi si ganz staark a Matleedenschaft gezunn, an dofir wäert dat schonn eng Zäitchen daueren, éier mer déi Zellen erëm kënnen a Betrieb huelen.

De Bilan ass grave, mä wéi gesot dank dem gudden Asaz vu ville konnt Schlëmmes verhënnert ginn. Géint déi dote Situatioun gëtt et net ganz vill Moyenen, fir déi ze verhënnern. Et ass och eng grouss Responsabilitéit bei deenen, déi sech zu esou Dote verleede loosse, wat och ëmmer d'Ursaachen dovunner sinn. Dat ass eng Situatioun, déi irresponsabel ass, déi kriminell ass, an déi mer nëmme kënnen mat schäerfste Wieder condemnéieren.

Merci.

**Plusieurs voix.** - Très bien.

**M. le Président.** - Merci, Här Minister. Domat ass och dee Punkt vun eisem Ordre du jour erleedegt a mir kommen dann zur Aktualitéitsstonn iwwert d'Situatioun vun de Mannerjähregen a vum Drogenhandel am Schraasseger Prisong. D'DP-Fraktioun huet déi heite Stonn ugefrot. D'Riedezäit ass nom Artikel 78 (2) vum Chamberreglement festgehalten a gesäit Folgendes vir:

Déi Fraktioun, déi d'Stonn ufreet, huet zéng Minutten Zäit, déi aner Fraktiounen jeeeweils fënnf Minutten an d'Regierung eng Véirelstonn. Bis elo sinn ageschriwwen: den Här Santer, den Här Angel an den Här Braz. D'Wuert huet fir d'éischt den honorablen Här Bettel als Vertrieeder vun der DP-Fraktioun. Här Bettel!

## 6. Heure d'actualité demandée par le groupe DP au sujet de la situation des mineurs ainsi que du trafic de drogues au sein du Centre pénitentiaire de Schrassig

**Exposé**

**M. Xavier Bettel (DP).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech muss direkt soen, dass ech ëmmer iwwerrascht sinn, wéi den Här Minister Frieden et awer fäerdeg bréngt, seng Verantwortung hei elo nees op eng aner Persoun ze verjuppen. Elo ass et d'Madame Déléguée, déi muss kucken, wéi se de Problem geregelt kritt vum Strofvollzuch. Ech ka mer net virstellen, dass de Minister op jidde Fall net mat der Madame Déléguée telefonéiert huet.

**M. Luc Frieden, Ministre de la Justice.** - Dat steet am Gesetz, Här Bettel.

**M. Xavier Bettel (DP).** - Jo, Här Frieden, ech sinn net bei lech am Büro, fir nozekucken, wat Der do maacht.

**(Hilarité)**

Ech wëll awer just soen hei, dass eng ganz Rëtsch vu Saache sinn, Här Frieden, wou an anere Länner...

**(Coups de cloche de la Présidence)**

**M. le Président.** - Här Bettel, Dir musst lech un d'Chamber adresséieren!

**M. Xavier Bettel (DP).** - Här President, jo, ech weess dat. Ech adresséiere mech un lech dann, Här President.

**M. le Président.** - Un d'Chamber!

**M. Xavier Bettel (DP).** - E versichten Ausbroch, wou de Minister Bescheid weess a wou d'Giischercher an d'Messer lafen! De Brouilleur, kréien ech geäntwert, wier am Mäerz 2005 en fonction. Haut, Februar 2006 – neen, ech anticipéieren: muer – ass en nach ëmmer net do!

D'Bracelets électroniques, Här President, huet de Minister ugekënnegt am Januar 2005 op eng Question parlementaire vum 2. September 2004, kéimen am Januar 2005 an d'Testphas: Mir hunn nach kee Bracelet électronique gesinn! D'Unité de sécurité pour mineurs, huet hien op eng Question parlementaire geäntwert, géif dréngend gemaach ginn.

Hien huet elo just virdu gesot, Här President, dass et näischt mat der Surpopulation carcérale ze dinn hätt. An deem Block, wou et geschitt ass, am P2, leien d'Leit zu véier an Zelle vun zwee! Et leie Matratzen um Buedem!

**Une voix.** - Neen, neen.

**M. Xavier Bettel (DP).** - Wann Dir op d'Toilette gitt, dann hut Dir zéng Zentimeter wäit ewech de Kapp vun deem, deen do um Buedem schléift nuets. Sinn dat keng Situatiounen, Här President, wou een op jidde Fall ka verstoen, dass verschidde Leit déi net méi tolerabel fannen a protestéieren?

Ech hunn och d'Fro gestallt, Här President, ob dat wouer wier, dass et déi véiert Manifestatioun bannent annerhallwem Mount wär. Ass et och wouer, dass d'Regierung Bescheid wosst, dass e Member vum Prisong sech scho gemellt hat, fir ze soen, dass se wëilten e Brand maachen? An dass et gesot ginn ass, dass se scho prévenéiert waren, dass eppes géif geschéien?

Ech kann lech just soen, Här President, mer maache jo haut d'Débaten elo op deenen zwee Punkte, dass ech jo net wosst, wéi ech haut gefrot hunn, fir iwwert de Prisong ze schwätzen, dass déi Aktualitéit awer wierklech esou akut wär!

Mä ech stelle just fest, dass all déi puer Punkten, déi ech elo opgezielt hunn – an et sinn der nach anerer, Här President! – nach ëmmer aktuell sinn. Ech schwätzen elo net iwwer Dieren. Ech schwätzen net iwwer Waasser. Ech schwätzen net iwwer Duschen. Ech schwätzen net iwwer Heizungen. Mä ech kéint eng ganz Rëtsch opzielen hei vu Problemer op jidde Fall, déi am Prisong stattfannen, wou den Här Minister mer da seet «raisons de sécurité», oder „Jo, et ass tatsächlech eppes geschitt“. D'Äntworten hale sech normalerweis op enger oder zwou Linnen, fir mer ze soen, jo, et ass eppes geschitt. Bon, da sinn ech frou, dass ech weess, dass esou eppes geschitt ass. Mä ech hätt keng Fro gestallt, wann ech et net gewosst hätt!



Hei geet et virun allem elo ëm d'Mineuren am Prisong. Här President, an d'Drogen am Prisong. Ech fänke fir d'éischt mat den Drogen am Prisong un, well ech do dem Här Minister eng Fro gestallt hat, wéi et da wär mat den Drogen am Prisong.

Zur Informatioun, d'lescht Woch, Här Minister, ass eng Persoun, déi an der Wäscherei do schafft, gepézt gi mat 600 Gramm Häschesch, déi se op jidde Fall verkaaft hätt. Dovunner weess keen eppes! Dat wäert och verstoppt ginn, mä Dir äntwert mer op d'Fro, dass keng Droge méi, op jidde Fall déi lescht Zäit, am Prisong entdeckt gi sinn. Stëmmt dat? Stëmmt dat net? Et schéngt just, wéi wann déi Persoun op d'mannst vun hirer Aarbecht suspendéiert gi wär.

Fir géint d'Drogen am Prisong ze kämpfen, hutt Der en Détecteur de drogues kaaft. Et weess keen, wéi e geet! D'leschte Kéier war den Här Theis selwer hei, an en huet gesot, dass se net wéissten, wéi e géif goen, an dass déi meescht am Prisong näischt kéinten domadder ufänken, virun allem e meeschtens och net géif goen. Firwat hu mer dann esou en Détecteur kaaft? Dir äntwert mer: «De plus, un détecteur de drogues est utilisé régulièrement au CPN.» Dat ass net wouer!

Här President, den Här Minister huet mer geschriwwen, dass mer keng Brigade canine géife kréien. An elo muss ech lech soe firwat: Well en Hond nëmmen zweemol 20 Minutten am Dag ka schaffen, a well en Hond nëmmen eng Substance ka fannen. A virun allem, wann en Hond krank ass, da kann en och net schaffen. An da misst een och nach e Gardien-maître plein temps pro Déier hunn. Mä wou spuer mer dann hei, Här Minister? Hutt Der léiwéier, dass e jonke Käreel, sou vun 22 Joer, stierft un enger Iwwerdosis am Prisong, wéi et nach virun zéng Deeg paséiert ass? Ass dat besser? Ass dat besser, dass am Prisong Droge fonnt ginn, liicht Drogen, haart Drogen?

Ass et normal, dass jonk Leit, déi ni eng Drog geholl hunn, an de Prisong kommen, soi-disant fir e Suivi nach ze kréien, a vun engem Educateur sollen an de Grapp geholl ginn, dono esou zou sinn, a wa se aus dem Prisong kommen, staark drogéiert sinn, an éier se an de Prisong komm sinn net? Ass dat dann ze deier, fir Hënn ze kafen? Oder sinn déi Hënn ze midd, Här Minister? Also, esou eng Excuse! Ech hu geduecht, et wier e Witz!

Här Minister, en Hond dann op eng Drog. Ma da mécht een zwee oder dräi Hënn. An da gétt gesot, d'Hënn ginn awer regelméisseg benotzt. Dat ass falsch! Déi lescht Jore si se zweemol benotzt ginn, an dann nach bei grouse Razzien, well se och nach Handye gesicht hunn an aner Saachen. Dir kënnt dach net soen, dass regelméisseg Hënn hei benotzt ginn! Dat stëmmt net.

Op jidde Fall, deen Abandon de responsabilité hei vun dëser Regierung, Här President, fir vis-à-vis vun der Drogeproblematik am Prisong ze soen: „Mir hu se léiwéier zou, da si se roueg, an da maache se kee Kaméidi wéi eppes aneschters.“, ass op jidde Fall net déi Léisung, déi a mengen Aen déi richteg ass.

À propos Mineuren am Prisong. Dir hutt elo d'Mineure bei d'Fraenabteilung op de Bloc F geluecht wéinst engem Manque de place. Mir hu Konventionen ënnerschriwwen, an hei hunn ech e Bréif vun der Action des Chrétien pour l'Abolition de la Torture – an huet et mir net iwwel, mä déi stinn lech méi no wéi mir –, déi mir geschriwwen hunn hei an deem Bréif: «Vous» – den Här Minister – «cherchez à minimiser les conséquences néfastes de cette mesure. Vous avez des justifications (...) mesures régressives, que vous envisagez (...)».

D'Convention des droits de l'enfant, den Artikel 37 seet: «Tout enfant privé de liberté sera séparé des adultes.» De Rapport vum 29. Abréil 2004 vum Comité européen pour la prévention de la torture seet, de Placement vun de Mineuren am CPL «constitue une préoccupation majeure du CPT, et ce depuis sa première visite au Grand-Duché de Luxembourg en 1993».

Also 1993, Här Minister, do waart Der nach net Minister. Ech si mer däers bewusst. Mir hate jo dee vir-drun, dee gesot huet, dass, wann een hei zu Lëtzebuerg géif ëmbruecht gi beim engem Ausbroch, dass e géif demissionéieren. Mä et war jo zu Konz, et war jo och net am Land. Et schéngt, dass hei op jidde Fall de Justizminister ëmmer Problemer huet mat de Responsabilitäten an deene verschiddenen Affären.

Am Januar 2004 huet d'Regierung geäntwert op d'Recommandatioun vum CPT, dass «le début des travaux est imminent», fir déi Abteilung fir déi Jonk ze hunn. Imminent! Vu Januar 2004 bis Februar 2006, si mer elo, ass nach kee Steen, Här President, geluecht ginn.

Wann ech dat heiten alles liesen, kann ech just feststellen, dass elo déi jonk Leit bei de Fraen op der Abteilung sinn. Dir sot, et wieren zwou Dieren, fir se ze trennen. Ech ka just vu verschiddene Fäll elo schwätzen. Et schéngt esou, wéi wann Der 14 Zelle gehat hätt. Mä wann ech mech net ieren, Här President, wier et interessant vum Minister ze wëssen, ob net 15 jonk Leit grad do waren. An dass souguer e Jonken, e Mineur, huet misse während zéng Deeg eleng an enger Abteilung bleiwen, well néierens soss Plaz war. An dat heescht, Dir hutt Chance, dass dee sech net ëmbruecht huet, fir iwwer zéng Deeg ganz eleng, ouni iergendeen anere Mineur a guer keen aneren um Stack ze sinn! Här Minister, Dir laacht doriwwer, mä ech fannen et guer net witzeg!

Schlussendlech ass et wichtig ze wëssen, dass och bei Meedercher et materiell net méiglech ass fir se ze trennen. Dat heescht, déi ginn an d'Fraenabteilung placéiert. Mir hunn hei keng Abteilung, déi speziell reservéiert ass fir mineur Fraen am Prisong. Si ginn zwar mat de Mineuren an den Haaff spadséieren, mä si sinn awer um Gank. Wann een de Prisong jo awer kennt, soll een awer net soen, dass d'Mineur guer net a Kontakt komme mat de Majeuren, wann ee weess, dass ee jo muss duerch d'Gäng goen, an och, dass duerch d'Fënsteren alles erop- an erofgeschoss gétt, dass d'Leit dee klänge System hunn, wou ee vun deem enge Stack op deen anere mat esou Kierf a mat Ficellen eppes erop an erof ka schéissen.

D'Situatioun vun den Drogen am Prisong war elo e Fait, op jidde Fall bei de Majeuren. Wa mer et elo nach mat där heiter Méiglechkeet, Här President, och nach bei de Mineur wäerten entdecken, fannen ech et lamentabel. Ech fannen, dass e Mineur keng Plaz am Prisong huet. Eis Regierung huet vill Sue fir aner Saachen ze bauen, vill aner Saachen ze maachen. Haut hu mer nach ëmmer keng Structure indépendante op jidde Fall fir d'Mineuren. Mir hunn Drogen am Prisong à gogo.

Dir hutt verschidde Clienten, wann een déi gesäit, Här President, da seet een: „Ma, Dir sidd net gutt.“, déi lech da carrément soen: „Wësst Der, Här Bettel, hei am Prisong fënnt ee Saachen, déi fannen ech néierens op der Gare.“ Mä déi fënnt een awer zu Schraasseg! Awer Sue fir en Hond, Sue fir en Détecteur, Sue fir ze kucken, dass e Prisong net eng Plaz ass, wou verschidde Leit, déi nach bësse clean waren, éier se do erakomm sinn, dann elo nach als Toxicom do erausginn!

Här Minister, ech hunn et och scho gesot: An anere Länner wier de Mi-

nister gaang! Ech kann lech just eppes soen, Här President, no aacht Joer Justizminister, all déi Lacunen, déi ech opgezielt hunn: Waasser, versichten Ausbroch, wou Der d'Leit an d'Labrente lafe loosst, de Brouilleur, de Bracelet, d'Unité de sécurité, zu véier an Zelle vun zwee, wat nach ëmmer net geregelt ass. Ech géif lech e gudde Rot ginn, dat wier, einfach de Volet Prisong engem anere Minister vun dëser Regierung weiderzeleeden.

Ech soen lech Merci.

**M. le Président.** - Merci, Här Bettel. Als nächste Riedner ass agedroen: den honorabelen Här Santer. Här Santer, Dir hutt d'Wuert.

#### Débat

**M. Patrick Santer (CSV).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, d'Commission juridique huet sech schon an e puer Sëtzunge mat der Situatioun am Prisong beschäftigt, a mir sinn amgaangen en Débat d'orientation iwwer d'Strofjustiz virzebereeden, wou de Strofvollzuch am grouse Ganzen an d'Situatioun am Prisong am Besonneschen akribesch wäert ënnersicht ginn. Et geet jo hei net drëms eng Situatioun, déi mer all kennen, ze beschreiwen. Jo, de Prisong ass iwwerfüllt. Jo, d'Situatioun vun den Häftlingen degradéiert sech. Jo, d'Aarbechtsbedingung vum Personal verschlechtert sech. Dat wësse mer. Et geet drëms Äntwerten ze fannen, Léisungen auszuschaffen.

D'Iwwerbevölkerung zu Schraasseg am Prisong ass patent. Fir eng theoretesch Kapazität vum ongeféier 597 Better gétt et ongeféier 700 – vläicht e bëssen driwwer – Insassen. Virun zwee Joer, also den 1. Januar 2004, waren et der nach 498, also ënnert dem theoretesche Seuil. An d'lescht Joer, virun e bësse méi wéi engem Joer, den 1. Januar 2005, waren et der nach 602. Elo si mer e bëssen iwwer 700. D'Tendenz geet an déiselwech Richtung.

D'Gestioun, op neit Lëtzebueresch géng ee soen „de Management vun den Häftlingen“, gétt nach doduerch erschwéiert, well een och zwëschen den Insasse muss ënnerscheiden. Et gétt nämlech déi, déi definitiv condamnéiert goufen, déi, déi an der Untersuchungshaft sinn, déi, déi an eischer Instanz condamnéiert goufen, mä Appel gemaach hunn, déi, déi an eischer Instanz condamnéiert goufen a wou den Délai d'appel nach net ofgelaf ass, déi Mannerjähreg, déi Erwuessen, Fraen a Männer, verschidden Nationalitéiten, déi ee muss trennen, méi oder manner krank Leit, méi oder manner psychesch schwach Leit. Dobäi kommen nach regelméisseg Häftlingen eran an et ginn der fräigelos. An all déi Leit mussen am Prisong, am eenzege Prisong, dee mer hunn – nach hunn –, also ënner engem Daach ënnerbruecht ginn.

Den Här Bettel huet a senger Interventioun op d'mannst an der Demande d'intervention op zwee Problemer higewisen: déi Mannerjähreg an déi Drogenohängeg. De Bloc C, wou déi Mannerjähreg souzen an dee chronesch ënnerbesat war, soll wéinst der Iwwerbevölkerung fir déi Erwuesse fräigemaach ginn. Duerfir pilgeren déi Mannerjähreg an d'Sektioun vun de Fraen, wou och 14 Plaze fräi gemaach ginn. Zwou Dieren trennen d'Männer an d'Fraen.

Dat ass elo den Ist-Zoustand. Dat soll awer nëmmen eng provisoiresch Situatioun sinn, obwuel ech mer bewusst sinn, dass – nom dacks bestätegte Spréchwuert – il n'y a que le provisoire qui dure. Mä et gétt sech iwwerhaapt eng Fro ze stellen: Hunn déi Mannerjähreg eppes am Prisong verluer?

De Strofvollzuch ass net nëmmen do, fir déi Leit, déi géint e Strofgesetz verstouss hunn, ze bestrofen; et geet och drëm, fir ze vermeiden, an alles an d'Wee ze leeden, datt no hirer Zäit am Strofvollzuch d'Leit sech erëm an eng Gesellschaft integréieren, en Deel vun eiser Gesellschaft ginn. Dofir ass de Prisong fir Mannerjähreg keng adequat Léisung. Eng kloer Trennung, sot den Här Justizminister, tëschent Manner- a Groussjähreg ass nëmme méiglech, ech zitéieren: «...en transférant les mineurs dans une structure spécialisée (par exemple unité de sécurité de Dreibrorn) à l'extérieur de l'établissement pénitentiaire».

Mir sinn der Meenung, dat soll ee maachen. Mir dierfen hei net nach Jore waarden. Et gétt kee Grond, firwat déi Unité de sécurité – et kéint een och en aneren Numm fannen, wéi dee martialeschen Numm „unité de sécurité“, dat ass souwisou nëmme Kosmetik – net gebaut gétt. D'Justiz an d'Zukunft vun de Mannerjähreg bréngen all Argumenter, déi ee kéint géint den Ausbau vun Dräibur virbréngen, zum Falen. Déi Erwuesse sollen op Schraasseg kommen oder an deen zweete Prisong, deen och muss gebaut ginn, an déi Mannerjähreg op Dräibur. Esou an nëmmen esou gi mer den Erwaardunge vun engem moderne Strofvollzuch an eisen internationale Verflüchtunge gerecht.

Dofir ginn ech vun der Meenung aus – ech si vläicht e bëssen naiv –, datt d'Chamber dem Här Justizminister an dem Här Bauteminister wäert hir voll Ënnerstëtzung ginn, wat den Ausbau vun Dräibur ugeet an de Bau vum zweete Prisong iwwer deen eraus, dee mer elo zu Schraasseg hunn.

Dir hutt eis Ënnerstëtzung, Dir Häre Ministeren, a loosst lech net vun zweeträngege Clochemerle-Argumenter vun där Richtung ewechbréngen.

Wat den Drogekonsum am Prisong ugeet, esou muss een e duebele Constat maachen. Éischtens ass et keen neie Problem an zweetens ass et kee spezifesch lëtzebueresch Problem. Am Ausland, an all deene Länner, wou Prisonge sinn a wou en Drogekonsum war, ass keng Solution miracle fonnt ginn, ausser et geet een op radikal Mesuren eriwuer, wéi zum Beispill, wéi een dat heiansdo op der Télee gesäit, eng radikal Trennung tëschent den Häftlingen an deene, déi se besiche kënnen, ob dat d'Familljen ass oder net.

All déi Leit, déi an de Prisong kommen, an dat sinn der vill, dat sinn net nëmmen d'Leit, déi do wunnen, dat heescht d'Häftlingen, iwwer 700, do sinn och 274 Gardienen, do sinn d'Fournisseuren, do sinn d'Familljen, do ass Personal, do sinn Handwierker, déi eran- an erausginn. All déi Leit missten dann och systematesch vun engem Hond oder vun enger Maschinn ënnersicht ginn, egal ob dat Stonnen a Stonne Waardeschlaangen ausmécht. Dat ass awer keng Léisung. Wëlle mer dat, da solle mer dat soen. Ech mengen, mir sollten net op dee Wee goen.

**(M. Niki Bettendorf prend la Présidence)**

Och déi technesch Mesurë sinn net 100% feelerfräi. Do hu mer een Drogendétecteur, an den Här Bettel huet esou gemaach, wéi wann hien net den 11. Januar an där Kommissiounssëtzung war, wou den Här Direkter vum Prisong, den Här Theis, en long et en large erkläert huet, wéi deen Apparat fonctionnéiert.

**M. Xavier Bettel (DP).** - Hien ass deen Eenzege, deen et weess.

**M. Patrick Santer (CSV).** - Jo, mä hien huet och gesot, datt d'Leit wëssen, wéi dee fonctionnéiert. Hien huet awer och gesot, datt deen Apparat vill ze vill sensibel ass...

**M. le Président.** - Här Santer, Dir misst zum Schluss kommen, wann ech gelift.

**M. Patrick Santer (CSV).** - Jo, ech wäert dat maachen.

...vill ze vill sensibel ass, fir do eng uerdentlech effikass Erkenntnis vun den Drogen ze kréien.

Dofir ass et wichtig, Här President, datt mer dese Punkt, mä och dee vun de Mannerjähreg, d'Drogeproblematik an déi Mannerjähreg am Kader vun eisem Débat d'orientation an der Commission juridique méi an der Substanz, méi am Detail wäerten a musse behandelen, wéi dat a fënnf Minutten an deem Kader méiglech ass. Also ass dat hei, wéi een ëmmer méindes owes op der Télee seet, eng Affaire à suivre.

**(Hilarité)**

Ech soen lech Merci.

**(Interruptions)**

**M. le Président.** - Den nächsten Orateur ass den Här Angel, wann ech gelift. Dir hutt d'Wuert, Här Angel.

**M. Marc Angel (LSAP).** - Merci, Här President, Dir Dammen an Dir Hären, den Här Bettel huet hei zwee Punkten ugeschnidden, dat war éischtens d'Situatioun vun de Mineuren am Prisong an zweetens de Problem vum Drogenträic am Prisong. Dat sinn zwee verschidde Problemer, déi awer och ganz enk matenee verbonne sinn.

Iwwer d'Thema Droge kréie mer jo nach d'Geleehheet ze schwätzen, well Dir, Här Bettendorf, jo de 16. Januar 2006, dat heescht zwoelf Deeg virum Här Bettel, schon e Bréif un d'Chamber gemaach hutt, fir dass mer hei eng Interpellatioun kréien, wou och deen Thema «le problème de la consommation et du trafic de drogues dans l'enclenche du CPL Schraassig» behandelt gétt. Do kënnen mer jo da wierklech am Detail eng Diskussioun doriwwer féieren.

Et muss ee wëssen, dass, wann een iwwer Drogen am Prisong schwätzt, iwwer d'Halschent vun den Insassen am Prisong Problemer toxicomaner Natur hunn. Dat geet ganz kloer aus dem Bericht 2004 vum Comité européen pour la prévention de la torture ervir. An och aus dem Rapport vum Justizministerium vun 2004 kann een erauslesen, dass 119 Détenuen duerch eng Infractioun am Zesammenhang mat Drogen am Prisong sinn. Do muss een dann, wéi den Här Santer et och scho gesot huet, natierlech Äntwerte sichen.

Eng dovou ka sinn, méi Personal ze kréien. Drogenhënn huet den Här Bettel ugeschwat, mä den Här Minister war jo awer ganz kloer do a senger Äntwert, den Här Bettel huet dat vläicht e bëssen an d'Lächerlecht wëllen dreiwien, mä effektiv gétt et esou vill Substanzen hautdësdags vun Drogen an all Hond kann nëmmen op eng esou spezialiséiert ginn, dass dat net esou einfach ass an dass een dat elo net esou kann an d'Lächerlecht dreiwien, wéi Dir dat hei versicht hutt ze maachen.

**(Interruption)**

Ganz wichtig ass de Volet Preventioun. Wann een den Här Bettel héiert, da mengt een, do géng guer näischt gemaach ginn. Ech wëll drun erënneren, dass am Prisong de „Projet Tox“ leeft, dass den CTM, de Centre Thérapeutique Manternach, d'Jugend- an d'Drogenhëllef an den CNDS, de Comité National de la Défense Sociale, do am Prisong Consultatiounen an Zesammenhang mat Drogen assuréieren. De Service médical vu Schraasseg offrëiert dräi Typen vun Interventiounen: éischtens de Sevrage, zweetens d'Substitutionsprogramm an drëttes eng Réduction de risques et de dommages.



Dofir muss ech nach eng Kéier soen: De Problem Drogen zu Schraasseg kann een net isoléiert gesinn nëmmen zu Schraasseg; et ass e Problem, dee sech an déi national Drogopolitik areie muss, wou mer nach hoffentlech hei oft d'Geleeënheet kréien, fir zesummen driwwer ze diskutéieren. Ech fuerderen heimat déi dräi concernéiert Ministären – d'Santé, d'Justiz an d'Famill – op, hir Zesummenarbecht, déi se hunn, nach méi ze intensivéieren, fir Léisungen ze fannen.

#### (Interruption)

Wat elo d'Situatioun vun de Mineuren am Prisong ubelaangt, wësse mer, gëtt déi Unité spéciale säit 1992 diskutéiert. 2004 ass jo hei am Haus och d'Gesetz gestëmmt ginn, an ech hat jo nach eng Kéier d'Geleeënheet am November 2005 an enger Froestonn bei der Regierung doriwwer nozefroen, an do hu mer och festgestallt beim Budget, dass 5,7 Milliounen am Budget 2006 ageschriwwen sinn. An esou vill ech informéiert sinn, mä do kann d'Regierung eis jo nach herno Informatiounen ginn, läit et net am Moment beim schlechte Wëlle vun der Regierung, mä do si Problemer um Niveau vun der Gemeng, déi en neie PAG gestëmmt huet, an dofir muss en neie PAP kommen. Dat sinn déi Hürden, déi nach mussen iwwerwonnen ginn.

D'Situatioun vun dem Transfert vum Bloc D an de Bloc F, och do, Här Bettel, wann een lech um Radio héiert, da mengt een – ech hunn et emol esou verstanen an och vill Leit kënnen dat esou verstoen –, dass do carrément elo Jugendlecher bei enger erwuessener Fra an enger Zell géinge leien.

#### (Interruption)

Dir dréint dat awer dann ëmmer esou, dass dat esou eriwuerkënt. Ech hu mer do an den Äntwerte vum Minister – an ech hu mech och renseignéiert – soe gelooss, dass dat op engem éischten getrenntene Stack ass an deem Prisong, dass dat e getrenntene Stack ass, an da sinn do zwou Dieren, déi dat trennen.

An, Här Bettel, Dir wësst, dass an engem Prisong déi Dieren, dat si keng Dieren, wéi Är Viischtdier,...

#### (Hilarité)

...mä dat sinn aner Dieren. Dat ass ee Provisorium, dat wësse mer. Mir bedauern dat och all a mir hoffe wierklech, dass mer déi Unité spéciale esou séier wéi méiglech kréien.

Als Konklusioun, erlaabt mer do awer nach eppes ze soen: Mir mussen an dëser Problematik iwwert d'Mauere vu Schraasseg ewechkucken an och iwwert d'Mauere vun där neier Unité spéciale. A mir mussen eis froen, ob mer net méi alternativ Strukturen musse kreéieren, wéi zum Beispill spezialiséiert Foyeren, wéi zum Beispill d'Psychiatrie des jeunes ausbauen. Wann ee weess, dass an deem neie Service am Centre hospitalier um Kierchbiérg 15 Beter sinn an dass déi permanent beleucht sinn, da wësse mer, dass do nach e groussen Handlungsbedarf ass.

Wat mer och eventuell brauchen oder wou mer driwwer diskutéieren mussen, dat si speziell Therapieangebote fir jugendlech Drogenofhänger, vläicht esouguer och iwwer zoen Therapieplazen diskutéieren. Do gëtt et am Ausland gutt Resultater, wat esou Therapieplazen ubelaangt.

Zum Schluss wollt ech ee Wuert soen iwwert de Centre de rétention. Do schafft d'aussepolitisch Kommissioun jo drun an och déi zwee Ministären, déi do concernéiert sinn, a mir haten de Freideg eng Visite, als Kommissioun, zu Zürich vun esou engem Centre de rétention, a mir ginn nach anerer kucken. Och dat ass en Dossier, wou dru geschafft gëtt. Ech hoffen, dass dat ganz séier kënnt.

Ech fuerderen d'Regierung op, do wierklech och Efforten ze maachen, dass mer do wierklech net esou laang musse waarde wéi op deen aneren. An ech hunn awer do och vollt Vertrauen, dass dat séier sollt goen. Leider war bei där Visite kee Vertrieeder vun Ärer Fraktioun derbäi, Här Bettel. Dat si Visiten, déi ouni Medienopwand duerchgefouert ginn. Dat ass vläicht net esou interessant,...

#### (Interruption)

...mä mir hunn awer ganz vill do geléiert.

Merci.

#### (Coups de cloche de la Présidence)

■ **M. le Président.** - Merci, Här Angel. Nach ageschriwwen ass den Här Félix Braz. Dir hutt d'Wuert, Här Braz.

■ **M. Félix Braz (DÉI GRÉNG).** - Merci, Här President. D'Conférence des Présidents ass sech de Moien och doriwwer eens ginn, dass mer haut sollen exklusiv iwwer zwou Saache schwätzen, iwwert de Problem vun de Mineuren an iwwert de Problem vun den Drogen, esou wéi et ugefrot war. Et kéint ee ganz villes haut soen, och iwwert dat, wat gëschter passéiert ass, iwwer e Centre de rétention an aner Stéchwierder nach.

Mir wëllen dat net maachen. Mir wëlle probéieren bei deem ze bleiwen, wat ofgemaach war, fir ze probéieren, wéinstens e puer Saachen och eriwuerzebréngen um déi Leit, déi d'Chambersaktualitéit suivéieren, well soss gëtt dee ganzen Dossier vun der Situation pénale fir ëmmer manner Leit verständlech, an ech mengen, dass een domadder kengem déngt, scho guer net deene Leit notament, déi am Prisong sinn, deenen ee vläicht wëllt hëllefen.

Wa mer vum Stéchwuert Droge schwätzen: De Prisong ass eng konzentréiert Amplificatioun vun de Problemer vun der Gesellschaft. Do kommen all d'Problemer, déi et an der Gesellschaft gëtt, zesummen, a si kommen och nach op eng verstärkten, amplifiéiert Aart a Weis do beienaner. Am Prisong ass alles méi extrem wéi ausserhalb vum Prisong. Wann ee sech virstellt, dass et am Prisong keng Droge kéint ginn, ass ee menger Meenung no naiv. Et ass gradso onméiglech, am Prisong keng Drogen ze hunn, wéi et onméiglech ass, an der Gesellschaft dobausse keng Drogen ze hunn, an et ass u sech och emol kee Wonner, dass et an engem Prisong méi Droge gëtt wéi an der Gesellschaft dobaussen, well – nach eng Kéier och um Stéchwuert vun der Drogeproblematik – de Prisong eng méi extrem Situatioun wéi dobaussen ass.

Et kéint een duerfir suergen, dass et keng Drogen am Prisong géing ginn oder ganz weiniger. Mä dat géing awer – an den Här Santer huet et scho gesot – ganz kloer op d'Käsche goe vun de Leit, déi am Prisong setzen. Dat géing zu 100% op d'Käschten dovunner goen, wéi eng Kontakter een deene Leit mat der Aussewelt nach wëllt zougestoen. An dat muss een och soen, wann ee sech driwwer iergert, dass et am Prisong Droge gëtt, da soll een dat doten och hannendrunhänken.

Well et ass liicht ze soen, mir hätten alleguerte léiwer, et wiere keng Drogen am Prisong – dat kléngt och vläicht gutt, mä et ass net nëmmen eng komplett Illusioun, et wär och nach nodeeleg fir déi Leit, déi am Prisong sinn, net well se da keng Droge kéinte kréien, mä well se virun allem keng Kontakter méi kéinte kréie mat Leit, déi nach bereet sinn, vun hirer Zäit hierzeginn, fir e Rescht u Soziallieue vun de Prisonnier oprecht ze halen.

#### (M. Lucien Weiler reprend la Présidence)

D'Hauptfro, eiser Meenung no, ass duerfir net déi, wéi vill Drogen ee

probéiert am Prisong ze hunn oder erauszekréien, mä den Hauptproblem ass deen, wéi mer am Prisong mat den Drogen a mat deene Leit, déi Drogen huelen, ëmginn. Och am Prisong sinn déi Leit, déi Drogen huelen, fir d'éischt emol Kranker. Esou wéi mer dat och do-bausse probéieren ze verstoen, mussen mer och bannen am Prisong soen: Déi Leit, déi Drogen huelen, sinn an éischer Linn Kranker, a wéi gi mer mat deenen ëm?

Dat si keng Krimineller. Wa se kriminell sinn, dann duerch déi aner Condamnatiounen, déi se kritt hunn, mä net duerch de Fait, dass se Droge consomméieren. An et muss een als Gesellschaft a bannen an der Aarbecht am Prisong duerfir suergen, dass déi Leit, wa se dann eng Kéier aus dem Prisong nees erauskommen, zumindest net méi schlecht dru sinn, wéi zu deem Moment, wou se an de Prisong ageliwwert gi sinn. Wa mer dat scho géife fäerdeg bréngen – an dat bréngt mer am Moment net fäerdeg –, dann hätte mer schon eppes geschafft.

An der Drogeproblematik gëtt et awer een Element, wat d'Saach net vereinfacht: Et mécht ee keng Drogentherapie ënner Zwang. Do ass de Prinzip d'Fräiwëllegkeet. A wann déi Leit, déi et trifft, net wëlle matmaachen, ass et natierlech ganz schwéier. Dat si fir eis d'Hauptfroen, ëm déi et geet, wann een zum Stéchwuert Drogen am Prisong schwätzt, an net fir d'Opinion publique ze alimentéieren mat enger Debatt doriwwer, ob et theoretisch méiglech wier, fir d'Droge komplett oder nëmmen hallef erauszehuelen. Domat, menge mir, maache mer der Saach am Prisong kee Gefalen. Et geet jo schlussendlech ëm déi Leit, a wat mer brauchen, ass Sozialaarbecht am Prisong, dat virun allem an als Alleréisch.

Zum Stéchwuert vun de Mineuren am Prisong: Ech mengen, déi wesentlech Fro ass effektiv déi, ob Mineuren iwwerhaapt eppes am Prisong verluer hunn. Op anere Plazen an der Welt, wou och d'Mineur mat kriminelle Volljähreger vermëscht sinn, si se an der Regel éischer no bei de Fraen, net no bei de Männer. Elo kéint ee jo soen: Dann ass dat hei jo praktesch eng positiv Entwécklung, well do ass et net grad ganz esou rau wéi um Stack vun de Männer. Et muss een awer hannendru soen, dass iwwert déi lescht Joren e puer Aménagementer gemaach gi sinn um Stack bei de Männer an dass et och duerfir eigentlech an der aktueller Situatioun besser wär, wann déi Mannerjähreger kéinten do bleiwen, wou se elo sinn. Déi sinn einfach am Moment do besser équipéiert an outilléiert.

Et ass also duerfir och eiser Meenung no keng gutt Décisioun, fir se eriwuerzehuelen, mä am allerbeschte wier et, wa mer endlech dat Richteg géinge maachen, nämlech déi Mannerjähreger wierklech an eng separat Struktur eriwuerzehuelen. Och déi Gréng plädéieren duerfir, dass een zu Dräibur wierklech eng Structure fermée mécht, fir Mannerjähreger do ënnerzebréngen, getrennt vun den Erwuessenen.

Mä dat heescht dann awer och, dass déi aner, déi elo zu Dräibur sinn, mussen an aner sozial Programmer, notament ënnert der Égide vum Familljeministère, erakommen. Dat ass am Moment net de Fall. Et si vill Jugendlecher, Mannerjähreger zu Dräibur aus enger Rei vu verschiddene Grënn nach ëmmer placéiert, an da misst een awer och do déi Trennung maachen. Wa mer d'Mineuren – an duerfir plädéiere mir – eriwuer sollen huelen an eng Structure fermée op Dräibur, mussen awer och déi aner sozial Programmer Plaz

schafe fir déi aner Mineuren, déi am Moment zu Dräibur sinn. An dat ass iwwerengs och eng vun de Konklusiounen vun der Commission spéciale «Jeunesse en détresse» gewiescht. Et ware ganz wäertvoll Konklusiounen, déi ni ëmgesat gi sinn.

Ech soen lech Merci.

#### ■ Plusieurs voix. - Très bien!

■ **M. le Président.** - Merci, Här Braz. Leschte Riedner ass den honorablen Här Henckes. Här Henckes, Dir hutt d'Wuert.

■ **M. Jacques-Yves Henckes (ADR).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, all dräi Joer diskutéiere mer hei an der Chamber iwwert d'Problemer vum Prisong a vum Strofvollzuch. Déi lescht Debatt war de 4. Juni 2002, an all Joer kënnt de Minister heihinner an hie seet ons: Elo geschitt eppes. Et muss ee feststellen, dass an der Problematik näscht geschitt ass!

Déi grouss Problemer, mat deenen de Prisong konfrontéiert ass, déi resultéieren aus der Iwwerbevölkerung, aus dem Drogenhandel an doduerjer, dass verschidde Problemer net ugepaakt ginn. An de leschten dräi Joer ass d'Zuel vun de Prisonnier ëm 70% gestiegen. Am Ablack leien duebel esou vill Leit am Prisong, wéi missten normal virgesi sinn. Wann een dat op dräi Joer kuckt, woufir et esou an d'Luucht gaangen ass, da gesäit een, dass och d'Zuel vun deene Leit, déi inhaftéiert gi sinn, ganz staark gestiegen ass um Niveau vun den Demandeurs d'asile.

Et ass also ganz kloer e Lien zwëscht d'falscher Asylpolitik, déi déi viregt Regierung an de leschte Jore gemaach huet, well se d'Asylprozeduren net gekierzt huet, sou dass mer doduerjer en Afflux vu Leit heihinner krut hunn, déi sech herno am Prisong erëmfannen.

#### (Interruption)

Dat ass eng Saach, déi absolut feststeet, a wou d'Donnéen indéniable sinn.

Ech froen och de Minister, dass hien ons déi Zuele soll bestätegen, dass zum Beispill an deem Trakt, wou et elo gebrannt huet, bal exklusiv Demandeurs d'asile sinn. Dat ass wéinstens déi Ausso, déi hie gemaach huet, an alleguerten déi Leit, déi wéinst Droge condamnéiert gi sinn.

Dat, wat een och muss feststellen, dat ass, dass déi meescht Leit, déi an de Prisong kommen, net drogéiert sinn, wa se erakommen, mä deen Ablack, wou een elo d'Zuele kuckt vun deenen, déi sech drogéieren, wa se bis eng Zäiten do-banne sinn, dann ass et esou, dass vun dräi Prisonnier der zwee sech drogéieren. D'Zuel vun den Hépatiten ass dramatesch gestiegen, och a Liaison mat der Drogeproblematik.

2.000 Euro kascht den Heroin de Kilo, an dat gëtt au vu et au su de tout le monde bezuelt iwwert Telefonskaarten am Prisong. Näscht geschitt! All d'Donnéen, wéi d'Drogen erakommen, wou se stockéiert ginn, alles ass bei der Regierung bekannt, zënter Joren, zënter ganz langer Zäit, an näscht geschitt! Woufir ass dat?!

Dat ass ganz einfach, well et zur Politik gehéiert: Drogéierter, déi si roueg am Prisong, déi randaléieren net, déi maache kee Feier. An et ass do, wou ee vun de Problemer sech stellt, an et ass bedauerlech, dass hei net reagéiert gëtt. Mir mussen onbedéngt déi Problemer, déi mer kennen, upaken. Et mussen endlech Neel mat Käpp gemaach ginn.

Bien entendu brauche mer och eng nei Drogopolitik, déi mer hei an der Chamber ganz oft diskutéiert hunn an déi mer net solle vergiessen. Mä et geet awer och drëm ze verhënnern, dass d'Leit am Prisong sech massiv drogéieren, well deen Ablack wou se do Droge ge-

holl hunn, da komme se eraus, et ass kee Suivi social do oder ganz weiniger, an deen Ablack geet et nees an ons Beschafungskriminalitéit eran.

Dat heescht, dass déi Politik, déi dës Regierung mécht, d'Absence vun aktiver Politik am Prisong géint den Drogenhandel, géint den Drogenkonsum ee vun de gravé Problemer ass. Do muss ee sech d'Konsequenze bewosst sinn, déi sech à court terme am Prisong stellen, an à moyen terme och an der Gesellschaft hei zu Lëtzebuerg.

Verschidde Saachen, déi sinn hei an der Debatt elo ugeschwat ginn, dass zum Beispill d'Kontroll vun den Hënn. Wann een dat deen Dag mécht, wou keen erakënt, oder wou just nëmme weiniger Leit erakommen, da kann een natierlech keng Droge fannen. Wann ee se awer bannent dem Prisong mécht, a Sonndes, wa Visité sinn, da gesäit een, dass héchstwahrscheinlech an engem Stéck wäerte Leit opgedeckt ginn, déi do Drogen erabréngen.

De Screening fir Drogen ze sichen am Prisong ass absolut ineffikass. Woufir? Well dat Personal, wat sech dorëmmer soll këmmern, net déi néideg Formatioun huet. Et ass bedauerlech, dass hei wéinst enger falscher Politik näscht gemaach gëtt. An déi Iwwerbevölkerung, Här Minister, déi huet och aner Konsequenzen, déi mer haut net sollten diskutéieren, well dat esou an der Conférence des Présidents zréckbehalde ginn ass.

■ **M. le Président.** - Här Henckes, Dir musst zum Schluss kommen.

■ **M. Jacques-Yves Henckes (ADR).** - Jo, ech maachen dat, Här President. Ech wollt just de leschte Saz soen. Do sinn de Centre de rétention, d'Bracelets électroniques – all déi Saachen do diskutéiere mer elo schonn dräi Joer. Et gëtt Zäit, dass Der eppes maacht.

■ **M. le Président.** - Merci, Här Henckes. Dann huet d'Wuert de Justizminister, den Här Luc Frieden. Här Minister, Dir hutt d'Wuert.

■ **M. Luc Frieden, Ministre de la Justice.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, e Prisong géréieren ass näscht Einfaches. Et ass sécherlech méi einfach ze kritiséieren, wéi konkret Propositionen ze maachen. Et ass ëmsou méi schwéier e Prisong ze géréieren, wann d'Zuel vun den Détenué wiisst. Mir haten haut an deem Moment, wou mer schwätzen, zu Schraasseg 661 Persounen, dovunner 631 Männer an 30 Fraen. A Résidenten an Non-Résidenten opgedeelt, sinn dat 290 Résidenten an 212 Non-Résidente vu ganz ville verschiddenen Nationalitéiten.

Déi Chiffere muss ee sech e puermol duerch de Kapp goe loossen, well si si fundamental anescht mat der Situatioun, déi mer am Prisong haten, och 1998, wéi ech, wéi den Här Bettel erënnert huet, ugefaangen hunn als Justizminister. Mir haten eng Moyenne normalerweis vu ronn 350, a mir hunn duerch eng Rei vu Phenomeenen, y compris där Politik, déi mer gemaach hunn, haut eng Zuel vu Gefaangenen, déi bal duebel esou héich ass, wéi dat nach viru siwen, aacht Joer de Fall ass. Mat dozou bäigedroen hu ganz sécher déi staark Renforcementer vun der Police a vun der Justiz an deenen aacht Joer. Et hunn och Phenomeener vun internationaler Migratioun mat bäigedroen. Phenomeener vun enger Relocalisatioun vu verschiddene kriminellen Aktivitéiten an eist Land an an eis Regioun.

A mir waren der Meenung an där Regierung virdrun, a mir sinn der Meenung an dëser Regierung, dass, wa kriminell Dote geschéien, d'Police an d'Justiz da mussen aktiv ginn. Dozou gehéiert, ob een dat wëllt oder net, wann een an där Linn schafft, och e Prisong an och d'Aspäre vun deene Leit. Mir ge-



sinn an där Politik keng Alternativ. Mir wëllen déi Politik weiderfuere. Mä selbstverständlech mussen mer eis dann och mat den Insasse vun deem Prisong beschäftegen, innerhalb vun deene besteende Strukturen. Ech kann net, an och d'Regierung kann net, vun haut op muer nei Strukturen erbäizubereen.

Jiddfereen, deen heibanne Verantwortung huet, kennt d'procedural Schwierigkeiten, kennt d'Abberzuel vun Autorisatiounen, déi mer brauchen. Duerfir kënnen mer déi Moosnamen, déi mer maachen, fir de Moment ëmmer nëmmen innerhalb vun de besteende Mauere vun Prisong vu Schraasseg respektiv vun deem oppene Strofvollzuch vu Giwenech, an deene Fäll, wou dat méiglech ass, organiséieren.

Elo gëtt hei behaupt, zweemol de Mëtten, dass an deenen aacht Joer näischt geschitt wär. Erlaabt mer nëmmen emol eng Kéier der e puer opzewäerfen, an et kënn e en höchstwahrscheinlech eng bis zwou Stonnen opzielen, wat alles gemaach ginn ass.

Erlaabt mer mol fir d'éischt op d'Situatioun vum Personal anzegoen. Mir haten 1998 zu Schraasseg 156 Gardienen. Mir hunn der haut 274. Dat ass eleng d'Personnel de garde, déi Giichtercher, mol guer net ze schwätze vun deem anere Personal, wat selbstverständlech och an esou enger Struktur eng ganz grouss Wichtigkeet huet.

#### (Interruption)

■ **Une voix.** - Et waren der am Krankeschäin.

■ **M. Luc Frieden, Ministre de la Justice.** - 118 zousätzlech Gardienen an aacht Joer.

Zweetens, hu mer eis bekëmmert ëm déi Leit, andeem mer wollten assuréieren, dass méi Course géngen ugebueden ginn, dass eng sënnavoll Aktivitéit kënn stattfannen. Duerfir hu mer, Dank och der gudder Kooperatioun mam Educatiounsministère, zënter dem Joer 2000 Leit kritt, Enseignanten, déi kënnen méi Zorte Coursen am Prisong zu Schraasseg organiséieren.

Drëtens hu mer versicht, de medezineschen Encadrement an deene Joren ze verbesseren. Well, wann déi Leit an där Situatioun do sinn, da kommen eng ganz Rei och gesondheetlech a psychiatresch Problemer zou. Well mer dat selwer net professionell genuch konnte maachen, hu mer vun 2002 u Konventiounen ofgeschloss, engersäits mam Centre hospitalier, an anersäits mam Centre hospitalier neuropsychiatrique, fir Dokter, Psychiatere, Infirmieren zur Verfügung gestallt ze kréien, no Regelen, déi mer mat deenen an enger Konventioun ofgemaach hunn, an och Apdikteren.

Doduerch huet sech dat substanzieel améioréiert. Ech sinn och deene Leit dankbar, déi net gewinnen sinn an engem Prisongsenvironnement ze schaffen, awer regelméisseg op Schraasseg kommen an domadder och d'Zesummeliewen zu Schraasseg vill verbesseren.

Véiertens hu mer an deenen aacht Joer e Service psychosocial am Prisong op d'Bee gesat, deen e bessere sozialen Encadrement vun de Gefaangene soll maachen. Niewent där Aarbecht vun SCAS, déi zesummeschaffen, déi eng dobanen, déi aner fir d'Sortie vun deene Leit ze preparéieren.

Drëtens sinn ech permanent duerfir besuergt, dass mer d'Formatioun vum Personal, souwuel déi initial Formatioun wéi d'Formation continue, wann déi Leit do schaffen, ze verbesseren. Nach kierzlech hu mer nei Formatiounsprogrammer ugebueden, fir dass déi schwierig Aarbecht soll kënnen esou gutt wéi méiglech gemaach ginn.

Et ass eng schwierig Aarbecht. Dat hu mer gëschter och erëm eng Kéier gesinn. An duerfir war d'Re-

gierung och der Meenung, an d'Chamber huet dat ënnerstëtzt, ouni dass dat heibanne vill Opmierksamkeet fonnt huet am Budget vun deem Joer, dass mer d'Prime de risque vun deene Leit, déi do schaffen, vun zéng op 20 Punkte vum 1. Januar un dëst Joer gehéicht hunn.

Wann ech soen, net nëmmen d'Personnel de garde augmented, dann hu mer eis och ëm aner Voleit bekëmmert. Zum Beispill am Service informatique hu mer vum Centre informatique de l'État en Informatiker kritt, well esou eng riseg Struktur brauch och eng informatesch Begleitung. Esou kënn e d'Zuel vun de Moosnamen weiderféieren.

Mir hunn, an dat ass mer och wichtig, an deenen aacht Joer eis drëm bekëmmert, besonnesch och nodeem mer eng Rei vu Suicidé kuerz no der Aliwwerung vu Gefaangenen hate viru siwen oder sechs Joer, den Accueil vun de Prisonéieren vun 2001 un anescht organiséiert, fir dass se e bësse besser, besonnesch an deenen éischte Wochen vun hirer Gefaangenschaft, wëssen, wat op se zoukënn, wat hir Rechter a Flichte sinn. Dass d'matter déi Begleitung als positiven Effet hat, dass mer déi dramatesch Evénementer, déi mer viru e puer Joer kann hunn, dass am Ufank d'Leit besonnesch Schwierigkeiten haten, e bësse besser an de Grëff kritt hunn.

Mir hunn eis ëm d'Sécherheetsmoosnamen an deenen aacht Joer bekëmmert, andeem mer nei Moosnamen schonn ageleet hunn, anerer zum Deel amgaange sinn ze realiséieren. Duerfir hu mer ënner anerem eis vun externe Beroder begleet gelooss, Schwäizer Spezialisten, déi am Prisongswiesener aktiv sinn.

Dass ech net an all Question parlementaire am Detail dat beäntweren, fannen ech, dass ass meng Flicht, well wann ee Sécherheetsfroon op der öffentlecher Plaz dévolléiert, dann hu se näischt méi mat Sécherheet ze doen. Duerfir wäert ech och an Zukunft zu deene Froen, aus menger Conception vun där Aufgab, déi ech an der Regierung hunn, net schwätzen, mä déi Moosnamen si gemaach ginn, respektiv neier ginn nach gemaach.

#### (Interruption)

Mir wollten d'Zuel vun de Schaffplazen am Prisong erweidern, duerfir hu mer weidergeschafft un deem Projet, dee scho vu mengem Virgänger an d'Wee geleet ginn ass, betreffend enger industrieller Wäscherei, déi am Prisong nei Aarbechtsplaz schafe soll. Déi wäert am Laf vum Joer richteg funktionéieren. D'Phase de démarrage, d'Testphas huet ugefaangen. Ech mengen, dass dat nei Aktivitéit bréngt, well et ass effektiv net gutt, wa Leit laang op enger Plaz setzen a keng Aktivitéit hunn.

Mir hunn och an deene Joren – an den Här Angel ass dorobber agaan – e Projet gemaach fir déi, déi droguéiert sinn, fir déi och kënnen am Prisong ze begleeten; eng Prise en charge vun deenen ze maachen. Dee Projet leeft zënter dem Joer 2000, mat enger Rei Uganksschwierigkeiten. Dass ass e wichtige Projet an un deem hale mer och fest.

Eleng elo hunn ech lech zéng Moosnamen opgezielt, déi wesentlech dat schwierig Émfeld vum Prisong an deene leschte Jore verbessert hunn. Dass ass net, fir ze soen, et wär ideal, mä et ass eng kloer Negatioun vun där Affirmatioun, déi esou locker hei gemaach gëtt, dass näischt gemaach gi wär. Et ass d'deeglech Suerg vu villen, déi mat mir schaffen, a vu mir selwer, fir d'Zesummeliewen an deem Prisong ënner schwierigsten Umständen ze realiséieren. An ech wëll all deenen...

■ **M. Jacques-Yves Henckes (ADR).** - Dass huet ee viru e puer Deeg gesinn.

■ **M. Xavier Bettel (DP).** - All Respekt.

■ **M. Jacques-Yves Henckes (ADR).** - All Respekt.

(Coups de cloche de la Présidence)

■ **M. le Président.** - Loosst den Här Minister seng Ausféierunge maachen.

■ **M. Luc Frieden, Ministre de la Justice.** - Déi do zéng Moosnamen hu wesentlech dozou bägedroen, dass d'Situatioun... Et kann een och froen, dass d'Diere vum Prisong opgemaach ginn. Och gëschter...

■ **M. Xavier Bettel (DP).** - Déi gi jo guer net op, déi sinn dach ëmmer futti!

■ **M. Luc Frieden, Ministre de la Justice.** - Jo, ech si frou, dass se net opginn, Här Bettel.

■ **M. Xavier Bettel (DP).** - Jo, a wa se eng Kéier net zouginn, dann...

(Coups de cloche de la Présidence)

■ **M. le Président.** - Jo, Här Bettel, wann ech gelift. Wann Der eng Fro wëllt stellen, da stellt eng Fro, mä awer net an deem doten Toun.

#### (Interruptions diverses)

■ **M. Luc Frieden, Ministre de la Justice.** - Mir maachen déi Politik, déi sécherstellt, dass d'Gesetz, déi vun deem Haus gestëmmt ginn, am Strofrecht dozou respektéiert ginn a mir exekutéieren déi Gerichtsentscheidungen, déi vun de Stroferichter gesprach ginn. Dass dréit wesentlech dozou bäi, dass d'Liewensqualitéit hei zu Lëtzebuerg besser ass wéi an den Nopeschlänner, dass d'Sécherheet hei an der Stad an an deem Land besser ass wéi a ville Länner an a ville Stied, déi sech mat eis moossen. An dat huet zur Konsequenz, dass mer eng staark Populatioun zu Schraasseg hunn.

#### (Interruption)

Déi muss ee begleeten. Mir hunn dat gemaach a mir sinn determinéiert, fir op deem Wee weiderzueren a mir loosse eis net doranner bëieren. D'Konsequenz vun enger anerer Politik wär, dass mer vläicht vill manner Suergen hätten, vill méi Rou zu Schraasseg, mä vill méi Onsécherheet dobaussen, an dat loosse mer net zou.

Dann zu deenen zwee anere Sujeten, déi hei évoquéiert gi sinn an déi ech aus Zäitgrënn dann nëmme kuerz wëll uschniden. Dass ass emol d'Situatioun vun de Mineuren zu Schraasseg, wat eng Situatioun ass, déi ech ëmmer als Mensch an als Justizminister bedauert hunn. Ech wëll awer hei kloerstellen, dass éischtens emol d'Zuel vun deenen eng ganz limitéiert ass. Wann ech haut kucken, op déi 661 Persounen, déi zu Schraasseg sinn, sinn der haut 13, déi an där Kategorie vun de Mineuren ze fanne sinn.

Ech wëll an deem Kontext och soen, dass déi Leit net do setzen op Grond vun enger Décisioun vun der Regierung, mä op Grond vun enger Décisioun vum Jugendgericht. Dass ass wichtig ze präziséieren, och wat d'Situatioun ubelaangt, a wéi engem Moment déi Leit kënnen erausgoen. Et hu Leit mech d'lescht Joer gefrot, ob ech net kënn Chrëschttag oder an där Zäit e puer vun deene Leit erausloossen. Dass ass keng Entscheidung vun der Regierung a keng Entscheidung vum Justizminister. Et ass d'Jugendgericht, wat decidéiert, wéini eng Persoun an déi Section disciplinaire sätze kënn.

Drëtens, ech wëll hei präziséieren, dass contrairement zu deem, wat ëmmer erëm behaupt gëtt, d'Détention vu Mineuren, esou traureg déi och ass, an den internationale Mënscherechtskonventiounen virgesinn ass.

Souwuel d'europäesch Mënscherechtskonventioun wéi d'Konventioun iwwert d'Rechter vum Kand gesinn d'Détention fir Mineure vir. Si gesinn och vir, dass d'Kanner, d'Mineuren, déi eng Privation de liberté subisséieren, solle getrennt gi vun den Erwuessenen, a moins dass dat an exceptionnellé Fäll am Intérêt supérieur vum Mineur wär, dass hien net getrennt wär. A genau déi nämlecht Artikelen hu mir 1992 am Jugendschutzgesetz iwwerholl.

Et ass also net esou, dass, wa Mineuren zu Schraasseg sinn an a condition dass se, esou wäit dat méiglech ass, getrennt si vun den Erwuessenen, dass dat contraire wär zu de Mënscherechter. Déi ganz Regierung an och ech als Justizminister sinn attachéiert un d'Applikatioun vun der Kannerrechtskonventioun a mir maachen alles, fir dass déi Konventioun respektéiert gëtt. Mä mir sinn och verpflichtet d'Gerichtsdécisionen ze exekutéieren.

Mir schaffe weider drun, fir dass mer deen zënter Joren an der Planung sech befannende Bau vun enger geschlossener Unitéit fir des Zort vu Jugendlechen zu Dräibur fäerdeg bréngen. Déi lescht an des Regierung hunn alles gemaach, fir dass dat soll viruoen, mä et sinn eng ganz Rei procedural Schwierigkeiten ënnerwee opgedaucht, esou dass mer bis haut net déi definitiv Genehmigungen hunn.

Och d'Kollege vun der Regierung, déi mat mir fir all déi Saachen do zoustänneg sinn, hunn déi fest Determinatioun, dass dee Projet eppes gi soll. Mir hoffen och, dass mer déi modifizéiert Pläng esou schnell wéi méiglech vun där zoustänneger Gemeng autoriséiert kréien. Dass ass eng komplizéiert Saach, déi ee muss am Gespréich mat all deene Concernéierte maachen. Mir wäre frou, wann déi Unitéit scho méi laang géng bestoen. Dass war awer weder an där viregter Regierung nach an deser bis elo méiglech. D'Regierung bleibt awer determinéiert, fir se ze bauen.

Mir sinn och zesumme mat deenen zoustännegen Ministere amgaangen – an dat ass virun hei och gesot ginn – e Service de psychiatrie fermée zu Ettelbréck an d'Wee ze leeden, deen dann och a verschidde Phase mat der Psychiatrie juvénile zesummeschafft, déi am Spidol um Kierchberg opgemaach ginn ass, wou also dann och eng zweet Etapp no där Phas um Kierchberg ka gemaach ginn. Dass muss een also als e Ganzt gesinn, wat do geschitt.

Déi Mineuren, déi mer zu Schraasseg hu misse verleeën, dass war net, dass mir dat einfach esou als déi idealste Solutioun fonnt hunn, mä wann ee muss 670, 700 Leit zesummen hébergéieren, dann hu mer gemengt, dass eng Relocalisatioun op enger anerer Plaz géng zousätzlech Plaz schafen zu Schraasseg...

(Coups de cloche de la Présidence)

■ **M. le Président.** - Här Minister, Dir musst zum Schluss kommen.

■ **M. Luc Frieden, Ministre de la Justice.** - ...an dass op där Plaz, wou déi Jugendlechen elo sinn, eng kloer Trennung vun deenen aneren Erwuessenen, gefaangene Fraen an deem Fall, kann esou wäit wéi méiglech assuréiert ginn.

Här President, ech hunn elo nach net ze schwätze kritt iwwert de Voleit vun den Drogen. Ech realiséieren, dass 15 Minutte keng laang Zäit ass. Ech hale mech also zur Dispositioun, entweder hei virum Plenum, wann Dir dat erlaabt, oder soss an der Kommissioun, oder ech maachen dat op enger Visite vu

Schraasseg, déi d'Commission juridique gefrot huet, oder op enger Pressekonferenz. Ech maachen dat also esou, wéi d'Chamber dat gären hätt.

#### (Brouhaha général)

Ech kann an engem Saz soen, dass, wéi den Här Braz dat och virdu gesot huet, et esou ass, dass een net kann an engem Prisong eng Absence totale vun Drogen hunn, wann ee weess, dass all Dag e puer honnert Leit: Personal, Lieferanten, Firmen, déi eppes era schaffe kommen, eran- an erausginn. Mir maachen e Maximum vu Kontrollen, mä ouni eng Kontroll vun de Persounen, déi et quasi géng mat sech zéien, dass ee bei deene Persounen de ganze Kierper géng ofsichen, ass et onméiglech, all Element vun Drogen ze fannen, déi kënnen an de Prisong eragefouert ginn.

Et ginn zousätzlech Kontrolle gemaach; mir hu ganz vill Kontrolle vun Zellen a leschter Zäit gemaach, 501 Zellekontrollen an deene leschten zwielef Méint. Mir hunn d'Visiteure kontrolléiert, mä ech gesinn net, dass mer all Visiteur sech ausdoe loosse, wann en erakënn, an eng Kontroll vun zéng Minutten maachen.

Mä mir wäerte weider, wéi ech dat an deene leschte Méint gefrot hunn, Kontrolle vun den Zelle maachen, vun de Visiteuren, vun deene Leit, déi e Congé pénal zum Beispill haten, fir do all Kéiers Urintester ze maachen. Mir hunn zum Beispill eleng am Januar dëst Joer scho 44 där Tester gemaach, dovunner waren der 21 positiv, nom Retour vun deene Leit aus dem Congé pénal – fir lech ze weisen, dass vill gemaach gëtt, fir lech ze weisen, dass all Dag vun deene Leit, déi do schaffen, eng remarquable Aarbecht gemaach gëtt, a mir wäerten op deem Wee weitergoen.

Ech si gär bereet, wéi gesot, op anerer Plaz der Chamber an der Öffentlechkeet Detailléiert iwwer eis Politik am Kampf géint d'Drogen, och an der Begleitung vun den Drogéierten am Prisong, matzedelen.

Merci.

■ **Plusieurs voix.** - Très bien!

■ **M. le Président.** - Merci, Här Minister. Domat ass och dese Punkt ofgeschloss. Mir kommen dann zum zweetleschte Punkt vun eise Ordre du jour, d'Aktualitéitsstonn, déi ugefrot ginn ass vum ADR betreffend déi rezent Perquisitioun bei RTL an och d'Pressefräiheet. Ageschriwwen sinn: den Här Mosar, den Här Bettel, den Här Fayot an den Här Braz. D'Wuert huet elo den Här Robert Mehlen als Vertreider vun der Fraktioun vum ADR. Här Mehlen!

#### Exposé

**7. Heure d'actualité demandée par le groupe ADR au sujet de la perquisition récente chez RTL et le respect de la liberté de la presse**

(Exposé – Débat – Motion)

■ **M. Robert Mehlen (ADR).** - Merci, Här President. Här President, Dir Dammen an Dir Hären, d'Fraktioun vum ADR huet déi Heure d'actualité hei ugefrot, well mer der Meenung waren, dass dat, wat deser Deeg passéiert ass bei RTL, e gravé Fait duerstellt, dee wäert ass, an deser Enceinte diskutéiert ze ginn, a wou mer och hoffen, dass Konklusiounen aus deem Débat gezu ginn.

Déi Perquisitioun, déi den 23. Januar bei BCE, Broadcasting Center Europe, eng honnertprozenteg Duechter vun RTL, stattfonnt huet, ass ze gesinn am Kader vum Gesetz vum 8. Juni 2004 iwwert d'Pressefräiheet. Dass Gesetz, bei deem den Här Mosar Rapporteur war – an ech hu mer dee ganze Rapport fir desen Débat nach eng



Kéier duerchgekuckt, dee ganz étoffiert ass, ganz besonnesch um Punkt vum Quelleschutz –, seet a sengem Artikel 7 (1) – ech muss dat alles e bësse kompriméiere wéinst der Zäit.

Éischtens, datt all Journalist d'Recht huet, bei Nofuerschungen ze refuséieren, seng Sourcen inklusiv de Contenu präszeginn.

Zweetens betrëfft dat net nëmmen de Journalist, mä et ass ganz wäit gefaasst; et bezitt sech praktesch op all Persounen, déi berufflech mat deem Journalist ze dinn haten.

Drëttens gétt ganz däitlech gesot, datt an dësem Zesammenhang Perquisitiounen a Saisië verbuede sinn.

Dann zum Artikel 8 – an do ass et jo wierklech wou d'Kruz läit, do sinn d'Ausnahme genannt. D'Ausnahmen, déi doran opgezielt sinn, soen, datt Poursuiten nëmme kënnen gemaach ginn am Kader vu Verbrische géint Persounen, bei Drogenhandel, bei Délits de blanchiment, bei Terrorismus oder Ugrëff op d'Statssécherheet.

Wann dës Perquisitioun, Här President, zum Zil gehat hätt, den oder dem Bommeleeër op d'Spur ze kommen, da wär se an der Interpretatioun vum Artikel 8 eigentlech legal gewiescht, well hei si Persoune blesséiert ginn, hei war d'Tentative fir Persounen ze blesséieren, et war eng Persounenal, wou et hätt kënnen wierklech dramatesch ausgoe wann een do dragelaf wär, an et sinn och staatlech Aariichtungen, déi wichteg sinn, aggresséiert an zerstéiert ginn.

Den Här Minister huet awer als Äntwert op zwou Question-parlementaire gesot, datt dat net de Fall wär. An duerfir situéiert den Débat haut sech e bëschen anescht. Den Här Minister seet, ech zitieren en: „No den Informatiounen, déi ech vum Parquet kritt hunn, ware keng Perquisitiounen bei enger Redaktioun vum engem Presseorgan. Et hunn och keng Perquisitiounen stattfont, déi Medien oder Journaliste viséiert hunn, oder déi eppes mat dem Inhalt vun der Bommeleeër-affär ze doe gehat hätten. D'Perquisitioun hat zum Zil, den Auteur vun enger «fraude informatique» erauszefannen, dee virun e puer Wochen an eng E-Mailsleitung agebrach hat, déi vun der Police am Kontext vun der Bommeleeër-affär agericht gi war.“

Deemo geet et hei net direkt – esou liest een dat an esou ass et och vun all deene gelies ginn, déi déi Äntwert zur Kenntnis geholl hunn, – em d'Sich vum Bommeleeër oder de Bommeleeër, mä hei geet et just em den Hacker. Dat ass ganz kloer, Här President, net ofgeschéiert duerch d'Gesetz, an et gétt net autoriséiert duerch déi Ausnahmen, déi am Artikel 8 vum Gesetz virgesi sinn.

Doraus ergëtt sech och ganz kloer, datt mer hei am Fall si vun enger Violatioun vum Pressegesetz duerch d'Organes judiciaires. Esou gesäit och d'Journalistenassociation et hei zu Lëtzebuerg, déi seet, ech zitieren: «Cette violation de la protection des sources journalistiques est un fait grave qui risque de nuire sérieusement à la confiance du citoyen dans la presse, qui de cette façon ne peut plus assurer son rôle de chien de garde de la démocratie, comme le préconise la Cour européenne des Droits de l'Homme de Strasbourg.»

D'Europäesch Journalistefederatioun gesäit et och esou. Si soen, datt et eng «violation flagrante de la liberté de la presse» wär, wat hei geschitt ass. Dat ass iwwregens och d'Konklusioon gewiescht, hunn ech emol gemengt ze héieren, vum Rapporteur vun deem Gesetz, dee sech bestëmmt ganz gutt an där Matière hei auskennt, vum honorabelen Här Mosar. Och den Här Charles Ruppert, President vum Conseil de Presse, huet sech an deem Sënn geäussert.

Här President, wann et dann awer eventuell – an dee Verdacht gétt ee jo iergendwou net ganz lass – mat

dem Hannergedanke geschitt ass, fir an der Bommeleeër-affär virunzuekommen – déi Meinung ass an engem Presseorgan geäussert ginn; et hätt jo kënnen sinn, datt de Bommeleeër, d'Bommeleeër oder Leit, déi mat deenen zesummen agéiert hätten, en Interessi gehat hätten, fir déi E-Mailsadress do ze knacken, an datt een iwwert dee Wee hinnen op d'Spur komm wär –, da muss ee soen, datt et awer op d'mannst absurd wär.

Well, Här President, ech hu mer déi lescht Zäit vill Méi gemaach fir déi ganz Dossier do ze studéieren: Et ware jo eng Onmass där Attentäter. Do si Panne geschitt, déi versteet kee Mënsch! A Pannen ass nach dat mannst. Do si manifestement Ennerloossunge geschitt, an dat kënn jo elo duerch Zeienaussoen ëmmer méi zum Ausdrock, a wa vläicht d'Crédibilitéit vun engem oder deem aneren Zeien a Fro gestallt gétt, da muss ech awer soen, et sinn esou vill Leit, déi datselwecht soen.

Déi soen: Ech hu mech deemools gemellt. Dat huet zwee Méint gedauert bis datt ech gehéiert si ginn. Oder: Déi haten iwwerhaupt keen Interessi drun. Oder: Wéi mer de Portrait-robot sollten zeechnen, dunn hu se ëmmer de Contraire vun deem gemaach wat ech gesot hunn; wann d'Nues sollt méi schmuel sinn, dann hu si se méi breet gezechent. An esou weider an esou fort.

Da muss ee soen, dat sinn Ennerloossungen an d'Zeie lächerlech gemaach, da muss ee soen, wann elo op eng Kéier iwwert dee Wee do sollt de Bommeleeër fonnt ginn, da versteet een iergendwou d'Welt net méi.

Här President, d'Fro gétt och öffentlech gestallt – an dat war jo och iergendwou aus dem Engagement vum Statsminister erauszehéieren –, ob net iwwert déi ganz Zäit en Interêt bestanen hätt, fir datt déi Saach net sollt opgekläert ginn. Dat ass eng ganz grave Fro, déi do opgeworf ginn ass, an eng grave Ennerstellung och un d'Justizorganer, mä et muss ee se zur Kenntnis huelen, well si steet dobaussen am Raum, a mir sinn déi Lescht, déi se net dāerfen zur Kenntnis huelen.

Et muss ee sech d'Fro stellen, och an dësem Fall: Woufir ass net emol iwwerhaupt mat de Journaliste geschwat ginn? Woufir ass zwee Méint gewaart gi fir eng Internet-adress oder de Lien zu deem, deen dat erausfonnt huet, ze fannen?

Ech stellen als Ofschloss vu menger Interventioun hei d'Fro: War net och nach en anere But mat dëser Aktioun viséiert, nämlech fir Veronsécherung dobaussen ze streeën, och bei Journalisten, deene mer et ze verdanken hunn, datt emol erëm e bësse Liwen an déi Affär do kënn an eng minimal Aussicht besteet, datt se opgekläert gétt? An ech mengen, mir hunn alleguer en Interessi drun, datt se opgekläert gétt.

Ech erënneren drun, datt d'Regierung deemools en Appel gemaach huet un d'Populatioun, fir dach matzeschaffen, datt se sollt opgekläert ginn. Ass net hei – wann dat sech da soll bewahrheiten – als Nieweneffekt beabsichtigt gewiescht, fir déi Journalisten, déi hir Aarbecht maachen, ze veronsécheren, fir d'Zeien ze veronsécheren?

Da si mer direkt erëm bei deem, wat d'Cour des Droits de l'Homme gesot huet, datt eleng doduerch, datt d'Gefor besteet, datt ka bei Journalisten enquêtéiert a perquisitionnéiert ginn, de Quelleschutz a Fro gestallt gétt, dann och Leit, déi eppes wëssen, déi eppes un d'Journaliste weiderginn, veronsécheren ginn an dann eventuell déi Informatiounen net méi weiderginn. Ech wëll déi Fro, well dat ganz offen dobaussen debattéiert gétt, och hei an de Raum stellen.

Här President, mir wenden eis hei am Débat un d'Regierung. Ech weess och, datt et eng Séparation

des pouvoirs gétt, a mir wëssen dat alleguer. Mir wëssen awer och, datt et e Lien gétt tëschent dem Ministère, tëschent dem Minister vun der Justiz an den Organer vum Parquet. Duerfir hu mir eng Motioun geschriwwen, déi ech lech hei iwwerreechen, wou mer d'Ennerschrëften opgelooos hunn.

Wann déi aner Fraktioun se wëlle mat ennerzeechnen, da si mir gār bereet, datt déi Ennerschrëften do drop kommen. Wann net, hunn ech awer och eng hei, déi vu fënnf Membere vun eiser Fraktioun enerschrivwen ass. Déi Motioun riicht sech un d'Regierung, fir derfir ze suergen, datt esou Saachen an Zukunft net méi solle virkommen.

Ech soen lech Merci.

#### Motion 1

*La Chambre des Députés,*

- *considérant la perquisition opérée le 23 janvier 2006 par le Parquet de Luxembourg dans les locaux de la Société Broadcasting Center Europe S.A. qui gère les ressources informatiques de RTL Group et plus précisément le courrier électronique de RTL Radio Lëtzebuerg et RTL Télé Luxembourg;*

- *considérant la réponse du Ministre de la Justice du 24 janvier 2006 aux questions parlementaires 866 et 867 du 24 janvier 2006;*

- *considérant que suivant cette réponse, la perquisition opérée le 23 janvier 2006 avait pour seul but de trouver l'auteur d'une fraude informatique et ne visait ni les médias ni les journalistes, ni l'affaire du «porteur des bombes»;*

- *considérant les articles 7 et 8 de la loi du 8 juin 2004 sur la liberté d'expression dans les médias et notamment le paragraphe 3 de l'article 7 selon lequel: «Les autorités de police, de justice ou administratives doivent s'abstenir d'ordonner ou de prendre des mesures qui auraient pour objet ou effet de contourner ce droit, notamment en procédant ou en faisant procéder à des perquisitions ou saisies sur le lieu de travail»;*

- *concluant qu'il y a eu violation de la loi du 8 juin 2004 sur la liberté d'expression dans les médias;*

*invite le Gouvernement*

- *en tant que pouvoir exécutif, à veiller à ce que la loi de 8 juin 2004 sur la liberté d'expression dans les médias soit à l'avenir respectée par les organes de l'État.*

(s.) Robert Mehlen, Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes, Aly Jaerling, Jean-Pierre Koepf.

**M. le Président.** - Merci, Här Mehlen. Als nächste Riedner ass den honorabelen Här Mosar ageschriwwen. Här Mosar, Dir hutt d'Wuert.

#### Débat

**M. Laurent Mosar (CSV).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, Perquisitiounen um Sëtz vun dem BCE hunn d'lescht Woch fir vill Welle gesuergt, net nëmmen a Pressekreesser hei zu Lëtzebuerg, mä och iwwer eis Grenzen eraus. Och a Politiker- an a Justizkreesser huet dës Norricht vill Stëbs opgewierbelt. Mir begrëissen duerfir, datt d'Chamber haut am Kader vun enger Aktualitéitsdebatt heizou ka Stellung bezéien.

D'Pressefräiheet ass eent vun de Fundamenter vun enger gutt funktionéierende Demokratie, an de Quelleschutz ass déi wichtegst Garantie, datt dës Pressefräiheet och voll zum Droe kënn. Et ass duerfir och weider net erstaunlech gewiescht, datt, wéi d'Chamber dat net Pressegesetz op den Instanze- wee bruecht huet, d'Auteure vun deem Gesetz ëmmer erëm op d'Wichtigkeet vum Quelleschutz higewisen hunn, an dee Quelleschutz dann och d'Häerzstéck vun deem neie Pressegesetz ass.

Als Rapporteur vun deem Gesetz wëll ech dann nach eng Kéier kuerz déi grous Prinzipien vun dësem Quelleschutz an Erënnerung ruffen. Den Artikel 7 vum Gesetz gesäit vir, datt souwuel d'Journaliste wéi d'Éditeure ënnert de Quelleschutz falen, awer och all déi Leit, déi direkt oder indirekt zu der Kollekt an der Diffusioun vun enger Informatioun bäidroen. Zu dësem Leit gehéieren zum Beispill d'Sekretärin oder den techneschen Intermédiaire, wéi iwwerhaupt all Mataarbechter, deen zesumme mam Journalist oder Éditeur fir d'Kollekt an d'Diffusioun vun enger Informatioun suergt.

Et ass duerfir eigentlech och net vu Bedeitung, ob eng Moosnam vun der Justiz als Objektiv huet, den Informant vun engem Journalist ze détectéieren, oder dorobber erausziilt, den Auteur vun enger Infraktioun erauszefannen. A béiden Hypothesen – an dat wëll ech preziséieren – falen de Journalist souwéi all seng Mataarbechter an de Champ d'application vum Artikel 7, an domadder ënnert de Quelleschutz. Eenzeg Ausnahm ass – an déi ass am Artikel 8 virgesinn –, wann de Journalist oder säi Mataarbechter Auteur oder Kompliz vun enger Infraktioun sinn.

Betoune wëllt ech och nach eng Kéier, datt laut dem Artikel 8 de Quelleschutz vun engem Journalist net kann opposéiert ginn, wann et em schwéierwiegend Kriminalitéit geet wéi Terrorismus a Wäisswäsche vu Suen. Den Text vum Gesetz ass also méi wéi kloer. Wat elo d'Méiglechkeet vu Perquisitiounen ubetrëfft, esou erluben ech mer nach eng Kéier op den drëten Alinea vum Artikel 7 hinweisen, dee kloer ennerseet, iwwert den Eemwee vun enger Perquisitioun un eng Informationsquell vun engem Journalist erunzecommen.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, fir meng Fraktioun a mech selwer geet et haut an hei net drëm, d'Aarbechtmethode vun engem Untersuchungsriichter oder vum Parquet ze kommentéieren oder ze kritiséieren. Ech wëll domadder och net méi op den Dossier vun de Perquisitiounen bei dem BCE zrëckkommen, och wann – an dat muss ech agestoen – onofhängeg dovun, wéi een déi juristesche Base vun deene Perquisitiounen wëllt qualifizéieren, dat dach bei mir en ongutt Gefill wäert hannerloossen.

Wat mir a sech vill méi ze denke gétt, ass, datt dëst keen isoléierten Dossier ass, mä mengen Informatiounen no scho méi oft e Journalist bei en Untersuchungsriichter convoquéiert ginn ass, fir Informatiounen zu engem Dossier ze kréien. Sollt dëst de Fall sinn, muss ee sech dach gewësse Froen als Politiker stellen, wat d'praktesch Ëmsetzung vun eise Pressegesetz ugeet, dëst ëmsou méi wéi am Kader vun der Adoptioun vun deem Pressegesetz de Parquet sech deemoools vehement géint d'Aschreiwung vun deem aktuelle Quelleschutz gewiert hat.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, mir hunn am Juni 2004 an dësem Haus e Gesetz gestëmmt, fir dat mir souwuel national wéi awer och international vill Luef kritt hunn an dat allgemeng als eent vun deenen innovativste Pressegesetz net nëmmen op europäeschem, mä souguer um Weltplang ugesi gétt. Mir wëllen, datt déi grous Prinzipien, déi an dësem Gesetz verankert sinn – an dozou gehéiert net emol an éischter Linn de Quelleschutz –, ouni Wann an Awer respektéiert ginn, dëst am Geescht an am Sënn vum Artikel 10 vun der Mënscherechtskonvention, deen an enger ganzer Rei Uerteeler vun der Cour de justice vun den Droits de l'Homme vu Stroossbuerg bestätegt ginn ass.

(Mme Anne Brasseur prend la Présidence)

Et géif dem Image vun eise Land net gutt doen, wa mer eis trotz engem vun deenen innovativste

Pressegesetz als Stat nach eng Kéier misste virun der Cour zu Stroossbuerg verantweren, wéinst engem Agrëff an dës Pressefräiheet. Duerfir wäert Dir d'CSV-Fraktioun a mech selwer ëmmer erëm fannen, wann et em de Respekt vun dësem Pressegesetz geet. Mir wäerten och net midd ginn, eis all Kéiers dann zu Wuert ze mellen, wa mer d'Gefill hunn, datt géint de Geescht vun dësem Pressegesetz an domadder géint d'Pressefräiheet verstooss gétt, egal vu wat fir enger Sait och dës Ugrëffer ëmmer kommen.

Madame Presidentin, ouni gutt fonctionnéierende Quelleschutz gétt et keng Pressefräiheet, an ouni Pressefräiheet gétt et keng gut funktionéierend Demokratie. Ech soen lech Merci.

**Une voix.** - Très bien.

**Mme le Président.** - Den nächste Riedner ass den honorabelen Här Bettel. Här Bettel, Dir hutt d'Wuert.

**M. Xavier Bettel (DP).** - Merci, Madame Presidentin. Déi heiten Affär erënnert mech e bëschen un eng Affär Roemen-Wolter, wou och bei engem Journalist Perquisitiounen gemaach gi sinn a wou en Arrêt 2003 vun der Cour européenne des Droits de l'Homme gesot huet, dass déi Ingérance einfach net méiglech wier, an op jidde Fall bei deem Journalist déi Perquisitioun och net hätt dierfe sinn, esou wéi se geschitt ass, an och selbstverständlech net beim Affekot.

Ech mengen, et huet elo kee Wäert an den Detail vun dëser Perquisitioun anzegoen. Den Här Mosar an den Här Mehlen hu gesot, wéi dat gaang ass. Wat awer wichteg ass, ass ze wëssen, dass dat Ganz jo am Fong geholl vun RTL komm ass. RTL rufft selwer dem Parquet un, seet dem Parquet: Hei, Här Procureur, wësst Der, dass Är E-Mail-Adress...

An et kann ee sech d'Fro stellen, firwat se eng Hotmail-Adress opmaachen, wou d'Police an de Stat awer esou vill Milliounen investéiert hunn, Madame Presidentin, fir kënnen Informatiksserveuren a -réseauen opzebauen, wou awer jiddferree weess, dass jiddferreen, deen anonym bleiwe wëllt oder esou eppes, eng Hotmail-Adress opmécht op Internet, well dat déi einfachst Méiglechkeet ass, fir eng ze maachen, wou een awer pertinement weess, dass se einfach ze knacke sinn.

Dat heescht, RTL rufft dem Parquet un. Wat ass d'Konklusioon? Zweek Enquêteure sinn e puer Stonnen drop bei RTL. Si héieren e Journalist a soen: Wou kommen déi Informatiounen hier? A patati, patata! De Journalist hei seet: Hei, Quelleschutz, ech soen näischt.

E puer Wochen drop kommen Offiziéier vun der Police judiciaire, schwätze mat engem Portier a soen dem Portier, si géife gären eng Perquisitioun maachen. Si froe kee Member vun der Direktioun, si froe kee Redakter, si gi mam Portier do bei de BCE.

Wat zimlech louche ass, dat ass, dass souguer de Buedem opgemaach gétt, Madame Presidentin! De Buedem bei RTL, also beim BCE, mä wat datselwecht ass, gétt opgemaach! Et gétt bei de Kabele gekuckt! Da ka kee mer awer hei soen an der Äntwert, déi den Här Mehlen kritt huet, dass dat näischt hei mat RTL ze dinn huet! Well et kuckt ee jo all Informatioun, déi d'Journalisten iwwer Internet kritt hunn, mat där Méiglechkeet. Mir sinn eis awer eens, dass den Artikel 7 de Secret, op jidde Fall de Quelleschutz muss garantéieren.

Ass et vläicht och d'Méiglechkeet, well RTL huet jo eng Internet-adress, déi ass bomm@rtl.lu. Déi ass jo scho méi sécher wéi hotmail.com. Mä rtl.lu, vläicht war et jo opportun, fir ze wëssen, wat do deen een oder deen anere vläicht gesot huet?



Wat een op jidde Fall feststelle kann, dat ass, dass hei Violation vum Pressegesetz stattfonnt huet. Et ass traureg, dass esou Situatiounen hei entstinn.

A fir zur Konklusioun ze kommen, Madame Presidentin: Ech wier frou gewiescht, wa virun zwanzeg Joer déiselwecht Energie vun der Police benotzt gi wär, fir de Bommeleeër ze fannen, wéi déi, déi se haut benotzt huet, fir een Hacker ze fannen, deen eng E-Mail-Adress geknackt huet, well dann hätte mer haut déi ganz Diskussioun iwwert de Bommeleeër net.

**Une voix.** - Très bien.

**Mme le Président.** - Den nächste Riedner ass den honorabelen Här Fayot. Här Fayot, Dir hutt d'Wuert.

**M. Ben Fayot (LSAP).** - Madame Presidentin, mir hunn ons den 8. Juni 2004 en neit Gesetz ginn, wat mat deem schéinen Titel «Liberté d'expression dans les médias» iwwerschriwwen gouf. Et ass elo à l'épreuve vun engem konkrete Virfall, deen déi ganz Komplexitéit vun där neier Mediellandschaft weist.

Ech wëll elo net hei an déi Verschwörungstheorië vum Här Mehlen eragoen. Ech mengen, dass et sécher net d'Absicht vun engem Richter war, fir d'Pressefräiheet anzuschranken oder d'Journalisten ze gängelen. Mir liewen an engem Land, wou Pressefräiheet a Meinungsfreiheit bestinn. Mir liewen och an engem Land, wat d'Regele vun der Rechtsstaatlechkeet respektéiert. Eng Regel dovun ass och de Secret de l'instruction an d'Vertraulichkeet vun de Kommunikatiounen, a wann dogéint verstouss gëtt, da muss dee Verstooss bestrooft ginn.

D'Schwieregkeet an deem Fall hei ass, dass mer op der Limite vun deem sinn, wat d'Feld vun deem engen an deem aneren ofstécht. Mir wëllen de Quellschutz vun der Informatioun héichhalen; dat ass jo, wéi den Här Mosar elo just gesot huet, eent vun de Fundamenter vun deem neie Pressegesetz. Hei handelt et sech jo in specie ëm de Schutz vum Informant, deen RTL déi Noriicht virugin huet, dass en Hacker an d'E-Mail-Adress vun der Police agedrongen ass.

Den Artikel 7, Paragraph 3 vum Pressegesetz seet, dass d'Police, d'Justiz oder d'Verwaltung keng Mesuren ordonnieren däerfen, déi d'Recht op de Quellschutz kënnen ëmgoen, „contourner“, ëmgoen. De Quellschutz ass wesentlech fir d'Pressefräiheet. D'Presskritt d'Informatiounen nënnen, wann et dee Quellschutz gëtt a wann déi Informante sécher kënnen sinn, dass se net belaangt ginn, dass also zum Beispill eng E-Mail-Adress net geknackt ka ginn.

Et kann een och zu deem Fall hei soen, dass déi Firma BCE, wou d'Perquisitioun stattfonnt huet, als Diffuseur ka gellen a ganz enk mat RTL zesummeschafft, à tel point dass déi Leit, déi bei RTL am Radio a bei der Televisioun schaffen, als Techniker zum Beispill, vun där Gesellschaft agestallt a bezuelt ginn.

Nom Gesetz – an dat ass och schonn de Mëtteg gesot ginn – ass dee Quellschutz awer net absolut, wann et sech ëm schlëmme Saache wéi Verbrieche géint Leit, Drogenhandel, Wäisswäsche vu Suen, Terrorismus oder Vergoe géint d'Statsécherheet handelt. Bei der Bommeleeëraffär handelt et sech sécher net ëm eng haut nach akut Gefor, mä ëm déi noutwendeg Entreprise, fir eng zwanzeg Joer al Affär opzueklären. Obschonn et deemools schlëmme Affäre waren, och wou Leit blesséiert gi sinn, si se awer net an d'Kategorie vum Paragraph 3 ze klasséieren, dat heescht, déi Ursachen, déi et géifen erlaben, esou Perquisitiounen ze maachen, fir de Quellschutz opzehiewen.

Mat allem Respekt also fir d'Onofhängegkeet vun der Justiz ass meng Partei der Meinung, dass esou Perquisitiounen wéi déi hei ganz lüchtléi kënnen disproportionaléiert ginn an och disproportionaléiert waren. Et bleift, dass mer erkennen müssen, dass et haut technesch Mëttele gëtt, fir all Vertraulichkeet ze hannergoen an deene Medien, déi et gëtt, an deene Mëttele vu Kommunikatioun, déi mer hunn. Dat Hannergoen ass oft krimineller Natur a muss sécher och verfolge ginn.

Mir hunn also do engersäits déi Noutwendegkeet, fir d'Vertraulichkeet respektéieren ze doen, an anerersäits d'Noutwendegkeet, fir de Quellschutz vun de Journalisten, vun de Medien absolut esou wäit wéi méiglech ze garantéieren. Dat ass dee schmuele Pad, Madame Presidentin, dee mer verfolge mussen, fir d'Rechtsstaatlechkeet, d'Meenungs- an d'Ausdrucksfräiheet an onsem Land ze garantéieren.

Merci.

**Mme le Président.** - Den nächste Riedner ass den Här Braz. Här Braz, Dir hutt d'Wuert.

**M. Félix Braz (DÉI GRÉNG).** - Madame Presidentin, dat, wouriwer mer elo diskutéieren, huet, ech wëll net soen zwee Voleten, mä vläicht zwee Niveaue, an deenen een et diskutéieren kann. Et huet e juristeschen Niveau. D'Affekte sinn och mat der Saach befasst. Et ass och vun eenzelne Virriedner mat juristeschen Argumenter probéiert ginn, sech un de Sachverhalt erunzetaaschten, mä et spiert ee bei praktesch jiddferengem, dass iergendwou och de Punkt kënn, wou ee sech dann awer drun ernnert, dass et eppes gëtt wéi Gewaltentrennung, an dass dann d'Chamber awer hésitéiert, fir sech prezis auszedrecken iwwert déi Affär quant au fond, wéi se prezis och ka mam Numm benannt ginn.

Dat ass net grondsätzlech falsch, och eiser Meinung no net. Mir mengen och, dass dee juristeschen Niveau, deen entaméiert ginn ass och duerch d'Affekote vun RTL, duerch déi juristesche Beroder vun BCE, eng Äntwert wäert kréien, mat där sech da schlussendlech déi Leit, déi am Stat dofir kompetent sinn, och wäerte misse befaassen. Mir ginn net dovun aus, dass dat doten einfach elo bei engem Communiqué vu Säite vun RTL oder vum BCE verbleift.

Et gëtt awer deen zweeten Niveau, wou mir der Meinung sinn, dass d'Parlament duerchaus seng Meinung soll soen, nämlech deen Niveau, dass hei iwwert d'Affär eraus dans le détail et eigentlech déi éischt konkret Interpretatioun vun neie Mediëgesetz um Dësch läit, an dass et déi éischte Kéier ass, wou et téschent de Journalisten, téschent der Press, an op där anerer Säit dem Parquet zu Reiwungspunkte komm ass a wou et drëms geet, unhand vun dësem Beispill och e bësse festzeleeën, wat an Zukunft dann hei zu Lëtzebuerg d'Interpretatioun vum Gesetz ass.

An do wëlle mir als gréng Fraktioun och ganz dättelech soen, dass, wat d'Interpretatioun vum neie Mediëgesetz um Punkt vum Quellschutz ugeet, de Quellschutz wierklech eigentlech den A an den O ass vun der journalistescher Aarbecht, vum Informanteschutz. Dat ass wierklech de wesentleche Punkt, an do wou et deen net gëtt, gëtt et och keng journalistesch Aarbecht, déi op all de Punkte kann esou gemaach ginn, wéi se muss gemaach ginn, wa se wëllt den Titel vun Journalismus verdéngen.

Dofir soe mir ganz kloer, dass mir als gréng Fraktioun grondsätzlech der Meinung sinn, dass d'Interpretatioun vun deem neie Mediëgesetz esou soll sinn, dass se am Zweifelsfall op der Säit vum Quellschutz muss stoen, dass se am Zweifelsfall op der Säit vun der

Fräiheet vun der Press muss stoen, an dass et net esou ka sinn, dass op Cas limite trotzdeem probéiert gëtt, direkt oder och nëmmen indirekt de Quellschutz an d'Pressefräiheet schlussendlech domadder a Fro ze stellen.

Mir hunn an der Vergaangenheet oft genuch, ier mer dat neit Gesetz haten, Fäll kann, wou esou huet missen op journalistescher Säit geschafft ginn. Mir considéieren dat als en Acquis an als e wesentleche Fortschritt fir eis Demokratie, da mer dat neit Gesetz aus dem Joer 2004 hunn.

Iwwert dese konkrete Fall eraus, wou d'Juriste laang driwwer épilogeiere kënnen, bleift et, dass et muss kloer si fir d'Zukunft, dass et muss ëmmer op der sécherer Säit vun der Diskussioun stattfannen. An déi sécherer Säit, dat ass fir eis déi, wou d'Pressefräiheet an de Quellschutz garantéiert sinn.

Sollt dat net de Fall sinn, sollt et an Zukunft weider oft Grenzfall ginn, wou Interpretatiounsschwieregkeete bestinn iwwert d'Portée vun deene genannten Artikelen, nottamment d'Artikele 7 an 8 vum Gesetz, da wier de Législateur ënner Ëmstänn nees gefuerdert, fir duerch eng weider Präzisioun vum Gesetz kloerzestellen, dass d'Interpretatioun, déi vun alle staatlechen Autoritéite gemaach gëtt, déi ass, déi de Législateur am Gesetz och wollt.

**(M. Lucien Weiler reprend la Présidence)**

Natierlech fénn et dës Diskussioun elo statt op der Affär vum Bommeleeër. Déi fénn jo och net an engem loftleere Raum statt. An och d'Affär Bommeleeër, déi eis elo schonn zënter 20 Joer beschäftegt, ass natierlech e gudd Buedem. Wann een op där enger Säit gesäit, wéi dann de Bilan ass vun de Leit, déi sollten déi Schëlleg erausfannen, an dass déi vläicht d'Tendenz hunn, e Stéck méi wäit ze goen, wéi se vläicht sollten, dann huet dat ebe ganz einfach och domadder ze dinn, dass et an der Bommeleeër-Affär nach ëmmer kee Schëllege gëtt, keng Inculpatione gëtt, keng Auteurs gëtt, wat fir jiddferen am Land inakzeptabel an onzefridde stellend muss sinn.

A vläicht, well mer eis haut jo och als Parlament ëmmer nees d'Richtung ginn, d'Richtlinie ginn, dass mer eis net wëllen a lafend Enquêtes amëschen, méi wéi dat wat tolerabel an zoulässg wär, sou ass et awer esou. An dat ass och an der Commission juridique schonn eng Kéier vun engem Verrieder vum Parquet gesot ginn: lergendwann eng Kéier kënn vläicht deen Dag – a vläicht ass deen net esou wäit ewech –, dass och de Parquet muss soen: Mir kapituléieren, mir kommen net virun, mir müssen iergendwann eng Kéier, wa mer net virukommen, d'Instruktioun och clôturieren.

Deen Dag wäert et och kee Secret méi gi vun der Instruktioun an der Affär Bommeleeër, an deen Dag wäert och d'Politik sech nees mam Dossier kënnen beschäftegen, fräi beschäftegen, fir erauszefannen, wou dann d'Schwieregkeeten am Stat louchen, firwat dass et net méiglech war, an enger Affär mat esou vill Faits répréhensibles erauszefannen, wien déi Persoun oder déi Persounen waren, déi déi Akte commettéiert hunn.

Ech soen lech Merci.

**Plusieurs voix.** - Très bien.

**M. le Président.** - Merci, Här Braz. Domat ass d'Diskussioun ofgeschloss. D'Regierung huet elo d'Wuert. Fir d'éischt den Här Justizminister Luc Frieden. Här Minister Frieden!

**M. Luc Frieden, Ministre de la Justice.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, eng Perquisitioun oder Hausduerchsuechung gëtt net décidéiert vum Justizminister oder vun der Regierung, mä gëtt eleng decidéiert vum Untersuchungsriichter. Wann, wéi hei virun an gesot ginn ass, am Gesetz, a spezifesch Konditiounen, téschent dem Justizminister an dem Parquet e Lien virgesinn ass, esou ass den Untersuchungsriichter en onofhängege Magistrat, deen a voller Onofhängegkeet, also ouni Instruktiounen ze kréien, decidéiert, wat fir eng Moossnamen hien an engem gewëssene Moment fir richtig fénn.

Et ass also e kloren Ënnerschied téschent deenen Aktivitéiten, déi de Justizminister huet an och ze verantworten huet, an den Aufgaben, deene wictegen Aufgabe vum Untersuchungsriichter. Eng Perquisitioun gëtt vun engem Untersuchungsriichter ordonnéiert.

An där Onofhängegkeet, déi den Untersuchungsriichter charakteriséiert, sinn – an dat ass den Objet vun där Heure d'actualité hei – Perquisitioun gemaach ginn. De Parquet huet an engem Communiqué matgedeelt, ähnelch wéi dat, wat ech der Chamber op Nofro matgedeelt hunn, dat eng Instruktioun gemaach ginn ass, eng Perquisitioun ordonnéiert ginn ass bei dräi Internetserviceprovideren, Broadcasting Center Europe, Luxembourg Online an der Post, fir erauszefannen, wien eng E-Mailsleitung vun der Polizei gehackt hat, an déi Leitung agebrach hat.

De Parquet preziséiert, dat «à aucun moment et en aucune manière cette instruction n'a eu pour objet d'identifier les sources d'information journalistiques». Dat sinn d'Informatiounen, déi de Parquet eis matgedeelt huet. D'Zil war also net, eng Leitung vun engem Journalist ze kontrolléieren.

Als Justizminister sinn ech de Garant vun der Onofhängegkeet vun der Justiz. Dat ass keng formal Aufgab. Dat ass eng wictege Aufgab, fir an alle Situatiounen sécherzestellen, dat d'Justiz, déi e wesentleche Piliere vum Rechtsstat ass, och kann hir Aufgab uerdentlech maachen. Der Justiz hir Onofhängegkeet, déi kann een och net a Fro stellen, andeem een de Justizminister freet, ob hie fénn, dat dat wat gemaach ginn ass legal war oder net. Ech sinn net de Richter vun de Richteren. Dat géllt besonnesch fir de Justizminister, mä dat géllt fir d'ganz Regierung.

En Untersuchungsriichter ass onofhängeg, mä hien ass net irresponsabel. Iwwert dat, wat den Untersuchungsriichter mécht, kann ee seng Meinung hunn, mä et gëtt nëmmen een, dee ka soen, ob dat legal ass oder net, an dat ass d'Chambre du Conseil vum Tribunal. Dat si Riichter, déi och onofhängeg sinn, an déi kucken d'Legalitéit vun esou enger Moossnam, a géint deenen hir Décisioun gëtt et erëm eng Kéier eng Rekursméiglechkeet bei der Chambre du Conseil vun der Cour d'Appel.

Dat heescht, dat wann een d'Legalitéit vun esou enger Perquisitioun wëllt iwwerpräiwe loossen, wat och regelméissg – och an aneren Dossieren – geschitt, dann hunn déi betraffe Persounen d'Recht, dat bei engem Geriicht kontrolléieren ze loossen. Eisen Informatiounen no ass an dëser Affär vun där Rekursméiglechkeet net Gebrauch gemaach ginn, sou dat d'Chambre du Conseil net kann iwwert d'Legalitéit vun dëser Perquisitioun statuieren.

Ech mengen, et wär wictege, dat mer eis ëmmer erëm un déi Grondprinzipië vun eisem Rechtsstat halen, un all d'Gesetze halen, an ech wäert net zouloossen, dat déi Funktioun, déi ech an dëser Regierung hunn, kann dozou méssbraucht ginn, fir Richteren ze ersetzen. Dat heescht, dat et net u mir ass, fir d'Legalitéit vun deem,

wat déi no beschtem Wëssen a Gewësse gemaach hunn, ze jugieren – an dat ass eng schwierig Aufgab, déi se maachen, fir déi ech hinne wëll meng Unerkennung soen –, an och net un der Regierung.

D'Regierung ass zoustänneg fir eng Rei Gesetze, ech sinn zoustänneg fir dat d'Justiz no deene Prinzipië fonctionnéiert, op déi mer stolz sinn an déi mer net liichtfankeg op d'Spill solle setzen. Selbstverständlech huet all Geriicht – an dat schreift och de Parquet – all déi aner Gesetze och ze respektéieren, y compris d'Gesetz iwwert d'Medien an d'Expressionsfräiheet. Duerfir géng ech, Här President, och fir den Aspekt vum Mediëgesetz, wann Der erlaabt, Här President, dem delegierte Kommunikationsminister fir déi domat zesummenhängend Froen d'Wuert weiderginn.

**M. le Président.** - Merci, Här Minister Frieden. Den delegierte Kommunikationsminister, den Här Jean-Louis Schiltz, huet d'Wuert.

**M. Jean-Louis Schiltz, Ministre délégué aux Communications.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, et ass scho vun e puer vu meng Virriedner op d'Séparation des pouvoirs opmierksam gemaach ginn. Ech wëll och hei deemno net déi Événementer vun der leschter Woch kommentéieren, mä hei geet et – wéi aus der Demande, déi un d'Regierung gericht ginn ass, fir déi Diskussioun hei ze hunn, – ëm d'Pressegesetz, ëm d'Prinzipië vum Pressegesetz, an ech wëll eppes zu deene Prinzipië soen, well d'Regierung hat deemools, wou se dat Gesetz hei op den Instanzwee ginn hat, prezis Virstellungen, déi aus den Travaux parlementaires ervirginn. D'Regierung huet och haut prezis Virstellungen, déi decke sech iwwereng mat deene Virstellung vun deemools. Ech wëll dozou e puer Wuert soen, d'autant plus datt, wéi dat Gesetz hei am Juni 2004 gestëmmt ginn ass, schonn deemools decidéiert ginn ass, dat et 2007, no dräi Joer Applikatioun, erëm géif op de Métier geholl ginn. Dat heescht, wéi den Här Braz virun hei gesot huet, dat dat Gesetz eigentlech scho praktesch um Métier ass, well mer 2007 sollen e Bilan maachen, an dat bréngt mech dozou, fir d'Prinzipien hei kuerz ze erläuteren an och fir kuerz ze soen, wéi sech dat a mengen Aen op de Fall vun der Fraude informatique applizéiert, ouni awer – an ech soen et nach eng Kéier – déi Saache vun der leschter Woch hei ze kommentéieren.

D'Prinzipië sinn hei schonn énoncéiert ginn. Ech wëll se kuerz a fënn Punkten awer nach eng Kéier erënnern:

Éischtens bénéficiéiert de Journalist vum Quellschutz wann en Zeien ass, net wann en Auteur ass vun enger Infraction.

Zweetens bénéficiéieren net nëmmen de Journalist vun deem Quellschutz, mä all déi, déi mat em zesummeschaffen am Kader vun enger professioneller Relatioun, ob dat d'Sekretariat ass, ob dat de Backoffice ass, ob dat d'Intermédiaire-technique sinn oder ob dat déi sinn, déi an der Diffusioun schaffen.

Drëttens, dat Recht dierf net ëmgaange ginn, ënner anerem doerch, dat net ka beim Journalist oder beim Kollaborateur doheem oder op der Aarbechtsplaz perquisitiounéiert ginn.

Véiertens, dat ass eng Dispositioun, déi hei nach net mentionnéiert ginn ass: Wann duerch eng legal Saisie Informatiounen iwwert d'Quellen un den Dag kommen, dierfen déi net gebraucht ginn. Dat ass eng zousätzlech Protektioun.

Fënneftens, bei schlëmme Infraktiounen – dat ass jo gesot ginn – spillt dee Quellschutz net.



Wann een elo kuckt, am Kader vun deenen Diskussiounen, déi um Horizont 2007 ustinn, wéi dat sech verhält par rapport zur Fraude informatique, dann ass et kloer – an dat ass och schonn hei gesot ginn, dat ass eng Virremarque, déi ech maachen –, datt dat keng vun deene schlëmme Infraktiounen ass, déi am Artikel 8 virgesi sinn.

Ech wëll d'Fro vun der Fraude informatique hei kucken aus der Perspektiv vum Journalist, well wann et net drëm geet, fir e Journalist duerch d'Quell ze identifizéieren, da spillt d'Pressegesetz net an dann huet och den delegierte Kommunikationsminister hei näischt dozou ze soen. An anere Wierder: Wa kee Journalist implizéiert, concernéiert, viséiert oder betraff ass, da rífft dat kee Kommentar ervir aus der Warte vum Pressegesetz. Wann awer e Journalist concernéiert ass, da muss een op Basis vun deene Prinzipien, déi virdu gesot gi sinn, a mengen Aen zwee Fäll ënnerscheeden. A wann ech soen, de Journalist ass concernéiert, da rufen ech an Erënnerung, datt ech virdu gesot hunn, datt och all déi, déi mam Journalist zesummeschaffen, vun deem Quelleschutz bénéficiéieren. Wa sech also eng Fro am Kader vum Pressegesetz stellt, da gëtt et schematesch an a mengen Ae vun der Theorie aus gesinn zwee Fäll.

Den éischte Fall ass deen: Wann de Journalist den Auteur vun der Infraktioun ass, also net Zeien, da spillt gemäss Artikel 7 (1) de Quelleschutz net.

Wann et awer – an dat ass deen zweete Fall – drëm géif goen, fir den Auteur vun enger Fraude informatique erauszufannen, andeems gekuckt gëtt, wien de Journalist per Mail informéiert huet iwwert de Fait vun der Fraude informatique, da si mer am Quelleschutz, an da géif esou eng Perquisitioun géint d'Pressegesetz verstoussen.

Dat ass alles elo e bësse schematesch. Dat ass alles och theoretesch an ouni op d'Faiten anzegoen. Den Auteur kann – an dat ass de Prinzip – ebe weinst dem Quelleschutz vum Journalist net gesicht ginn, andeems Kontakter vum Journalist a mam Journalist retracéiert ginn. Dat sinn déi Enjeuen, déi sech stellen um Horizont vun der Diskussioun am Kader vum Pressegesetz. Dat ass och, schematesch gesinn, dat wat d'Intention vun der Regierung an d'Position vun der Regierung zu deem dote prezise Punkt ass.

Nach eng Kéier: Ech kucken d'Fro aus der Perspektiv vum Journalist a sengem Kollaborateur. Ech kucke se net, wa kee Journalist concernéiert ass. An nach eng Kéier: Ech kucken och net prezis dee Fall vun der leschter Woch.

Wann Der mech elo frot – an do kommen ech zum Ofschloss –, wat mer da virschwieft an deenen Diskussiounen, déi mer wäerten hunn iwwert d'Pressegesetz an deenen nächste Joren, dann ass et esou, datt de Presserot schonns virun enger Zäit d'Iddi u mech eruedroen huet, fir eng Disposition an d'Gesetz anzuschreiwen, déi e bësse ähnlech gelagert wär wéi dat wat beim Affekot ass.

Nämlech den Affekot, dee bénéficiéiert um Secret professionnel – et ass also eng ähnlech Situatioun –, a wa bei deem perquisitionéiert gëtt, ass de Bâtonnier derbäi.

De Presserot ass u mech eruge-truede mat der Iddi schonns, fir esou eng Disposition och am neie Pressegesetz virzegesinn, andeem de President vum Conseil de Presse oder de President vun der Commission des Plaintes dann ebe bei esou Perquisitiounen derbäi wär. Et ass eng Iddi, déi mer musen an deem Kader diskutéieren. Ech hat awer schonn d'Geleeënheet ze soen, datt dat eng Iddi ass, där ech a priori kann eng gewësse Sympathie ofgewannen.

Ech soen lech Merci.

**M. le Président.** - Merci, Här Minister. Domat ass och dese Punkt vun eiseum Ordre du jour evakuéiert. Den Här Bettel freet d'Wuert nach eng Kéier.

#### Motion 1

**M. Xavier Bettel (DP).** - Här President, et ass fir iwwert d'Motioun vum Här Mehlen ze soen, dass d'Fraktioun vun der Demokratescher Partei wäert dergéint stëmmen. Ech mengen, mam Här Frieden sinn ech eens, dass eng Séparation des pouvoirs hei am Land e grouse Prinzip ass, an et ass net un der Regierung fir ze soen, wéi eng Gesetzer d'Riichter ze respektéieren hunn. Ech mengen, d'Chambre du Conseil gëtt et um Tribunal, et gëtt se op der Cour d'Appel. Et wier net opportun esou eng Motioun hei ze stëmmen.

**M. le Président.** - Gutt, jo. Ech wollt just soen, dass mer zur Ofstëmmung iwwert d'Motioun vum Här Mehlen kéimen.

#### (Interruption)

Jo, Här Bettel. Dir waart méi schnell wéi...

**M. Xavier Bettel (DP).** - Här President, mir stëmmen awer dergéint.

**M. le Président.** - Ech mengen, dat ass elo evident.

Freet nach soss een d'Wuert zu där Motioun?

#### (Négation)

Ech gesinn, dat ass net de Fall. Kënne mer par main levée ofstëmmen? De Vote électronique ass gefrot.

**M. Robert Mehlen (ADR).** - Wa mir se hunn, da freet e keen d'Ënnerschréft.

**M. le Président.** - Jo. Et ass esou, den ADR huet hei fir aner Fraktiounen d'Méiglechkeet opge-looss, ze ënnerschreiwen. Si hunn déiselwecht Motioun awer och eng Kéier ofgi mat fënnf Ënnerschräfte vun hirem Grupp, sou dass d'Motioun recevabel ass. Mir stëmmen driwwer of.

#### Vote

D'Motioun vum honorabelen Här Mehlen ass ofgelehnt mat 55 Nee-Stëmmen, bei 5 Jo-Stëmmen.

*Ont voté oui:* MM. Gast Gibéryen (par M. Robert Mehlen), Jacques-Yves Henckes, Aly Jaerling, Jean-Pierre Koepf et Robert Mehlen.

*Ont voté non:* Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt (par M. Patrick Santer), M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank (par M. Marc Spautz), Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen (par M. Laurent Mosar), MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert, Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, François Maroldt, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Patrick Santer, Marcel Sauber (par M. Lucien Thiel), Jean-Paul Schaaf (par M. Marco Schank), Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen (par M. Marcel Oberweis), MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter;

MM. Marc Angel, Alex Bodry (par Mme Claudia Dall'Agnol), John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich (par M. John Castegnaro), Mme Lydie Err, MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein (par M. Marc Angel), Mme Lydia Mutsch (par M. Ben Fayot), MM. Roger Negri, Jos Scheuer (par M. Roger Negri), Romain Schneider (par Mme Lydie Err), Roland Schreiner et Mme Vera Spautz;

MM. Xavier Bettel, Niki Bettendorf (par M. Xavier Bettel), Mme Anne Brasseur, M. Emile Calmes, Mme Colette Flesch, MM. Charles Goerens (par M. Emile Calmes), Henri Grethen, Paul Helming, Claude Meisch (par M. Henri Grethen) et Carlo Wagner;

MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox (par M. Claude Adam) et Mme Viviane Loschetter (par M. François Bausch).

Da komme mer zum leschte Punkt vun eiseum Ordre du jour, de Projet de loi 5354. D'Riedezäit ass nom Basismodell festgeluecht. Bis elo sinn ageschriwwen: den Här Bettel, d'Madame Err an den Här Braz. D'Wuert huet elo de Rapporteur, déi honorabel Madame Christine Doerner. Madame Doerner!

### 8. 5354 – Projet de loi portant:

#### 1. introduction notamment de l'instruction simplifiée du contrôle judiciaire et réglementant les nullités de la procédure d'enquête;

#### 2. modification de différents articles du Code d'instruction criminelle, et

#### 3. abrogation de différentes lois

#### Rapport de la Commission juridique

**Mme Christine Doerner (CSV), rapportrice.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, et gëtt keng Strof ouni Uklo. Dat wëllt soen, e Gericht kann net vu sech aus op en einfache Verdacht hin tätég ginn an eng Strof verhängen. Déi verschidde Phase vun engem Strofprozess sinn an eiseum Code d'instruction criminelle geregelt. Fir dass Dir elo meng Juristeprosa verstitt, wëll ech déi verschidde Stufe vun engem penale Prozessverfahren skizzéieren.

D'Action publique gëtt déclenchéiert duerch eng Plainte bei der Polizei, déi déi éischt Ermittlungsmoossname mécht an dann de Procureur informéiert. Domadder fänkt d'Phase préliminaire vun engem Strofverfahren un. D'Acteur sinn de Procureur, dee poursuivéiert, an de Juge d'instruction, den Untersuchungsrichter, deen instruéiert. Den neie Gesetzesprojet gesäit elo punktuell Verbesserung vir an der Phas vun der Information an der Instruction pénale. Déi éischt grouss Innovatioun ass d'Aféierung vun der Instruction préliminaire, och nach Mini-Instruktioun genannt.

Ech erënneren dorun, dass d'Instruction préparatoire déi éischt Phas vun engem Strofprozess ass. Eng Zort Avant-procès, dee bezweckt, dat, wat wierklech war, esou wäit opzklären, dass op deser Basis eng Uklo kann erhuewe ginn. Dës Prozedur, déi vum Untersuchungsrichter geleet gëtt, ass bei Verbrechen obligatoresch a bei Delikter fakultativ. Mä contrairement zum öffentleche Prozess am Gerichtssall, huet des Phase préparatoire en inquisitoiresche Charakter. Dat heescht, si ass geheim, schréfflech an unilateral. De Ministère public nëmmen eleng kann des Instruktioun maachen.

Fir seng Investigatiounen ze maachen, kann en Untersuchungsrichter op e ganzen Arsenal vun Ermittlungsmoossname betreffend Persoune respektiv materiell Elementer zréckgräifen, wéi zum Beispill Zeieverhéierung, eng Perquisitioun, eng Saisie. Mä nëmmen den Untersuchungsrichter kann Zwangsermittlungsmoossnamen ordonnéieren. De Procureur huet am Kader vu senger Enquête des Befugnisse net, sauf en cas de flagrant délit. Wann also de Staatsanwalt am Kader vun enger Enquête wëllt eng Saisie duerchféieren, wat e Moyen ass, dee ganz oft gefrot gëtt, muss en den Untersuchungs-

richter domadder befaassen, an dat och an Dossiere mat Bagatelle-Charakter.

Dat heescht, hei gëtt eng komplex a schwéierfällg Prozedur a Bewegung gesat mat all hire Konsequenzen, an och déi, dass domadder muss de Verdächtige inculpéiert ginn.

Mat der Aféierung awer elo vun der Mini-Instruktioun kann de Procureur d'État an Zukunft eng punktuell bestëmmten Zwangsmoossnam beim Untersuchungsrichter sollicitéieren, ouni dass dee mam Dossier, mat der Affär en tant que telle befaasst gëtt.

D'Mini-Instruktioun beschränkt sech op d'Saisien, d'Perquisitiounen, d'Expertisen an d'Audition des témoins. Mat e puer Ausnahmen – wéi alles, wat mat engem Faux ze dinn huet, – sinn déi meescht kriminell Strofnoten, och de Blanchiment an de Financement vun Terrorismus, hei ausgeschloss.

Niewent deser Mini-Instruktioun ginn an deemem Projet och nei Rekursméiglechkeeten ausgebaut. Dat wëllt soen, de Procureur, de Beschëllegten an och de Geschiedegten hunn hei ganz prezis Délaien, fir d'Legalitéit vun esou enger Mesure ze contestéieren.

Am Interessi vum Prévenu a vum Inculpé gesäit dese Projet och eng zweet Rekursméiglechkeet en nullité vir, an dat entweder an engem Zäitraum vun zwee Méint no der Exekutioun vun enger Moossnam oder vum leschten Instruktiounsakt un. De Prévenu an den Inculpé kënnen awer och no hirer Inculpation, oder wa si am öffentleche Gericht zitéiert sinn, nach ëmmer des verschidde Mesuren a Fro stellen. Den Inculpé huet fënnf Deeg, an de Prévenu muss de Problem vun der Nullitéit in limine litis opwerfen.

Dës zweet Rekursméiglechkeet soll déi fair Behandlung vum Beschëllegte betounen. Et ass am Fong eng Waffegläichheet. Domadder soll verhënnert ginn, dass d'Leit a Panik no all Instruktiounsmesure eng Nullitéit invoquéieren, selbstverständlech well se Angscht hunn, soss wär eng Forclusioun méiglech.

Déi zweet grouss Innovatioun an deemem Projet ass d'Aféierung vum Contrôle judiciaire, eng Alternativ zu der Détention préventive. Bei Flucht- oder Kollusiounsgefor konnt den Untersuchungsrichter bis elo nëmmen op d'Untersuchungshaft zréckgräifen. Dat ass awer eng extrem Moossnam, déi géint d'Prinzipien vum individueller Libertéit a selbstverständlech och vun der Présomption d'innocence verstéisst.

Mam Contrôle judiciaire kënn den Inculpéierten net an de Prisong an d'Détention préventive kann ersat ginn duerch entweder eng regelméisseg Meldung bei der Polizei oder duerch d'Ofgi vu sengem Pass oder senger Identitéitskaart, awer och doduerch, dass déi Persoun eng therapeutesch Behandlung mécht, oder duerch d'Hannerleeung vun enger Kautioun. De Richter ka sech fir eng oder fir eng Kombinatioun vun dese Moossnamen entscheiden. Alles hänkt selbstverständlech vum Dossier a vun der Perséinlechkeet vun der Persoun of.

De Contrôle judiciaire – wat wierklech eng Revolutioun ass an eiseum Code d'instruction criminelle – kënn awer nëmmen a Fro, wann den Inculpé eng correctionnel Prisonsstrof, wou de Maximum mindestens zwee Joer ass, riskéiert. Bei, wéi d'Schwäizer soen, Kriminaltouristik, dat wëllt soen, wou den Inculpé Non-résident luxembourgeois ass, sinn d'Konditiounen selbstverständlech méi strikt.

Am Géigendeel zu Frankräich, wou Lëtzebuerg sech inspiréiert huet, kann nëmmen den Untersuchungsrichter hei zu Lëtzebuerg dee Contrôle judiciaire aussprieche, mat enger Ausnahm, dat ass, dass

de Jugementsrichter d'Libertéit provisoire un de Contrôle judiciaire koppelé kann.

Mä och de System vun der Untersuchungshaft gëtt an deemem Text verbessert. Am Prinzip konnt bis elo en Inculpé nëmme fir ee Mount an Untersuchungshaft gesat ginn, a vu Mount zu Mount huet des Untersuchungshaft dann duerch d'Chambre du Conseil gegebenfalls verlängert gi missen. Dese System soll elo duerch den neien Text duerch eng Informationsprozedur ersat ginn.

De Procureur d'État, zesumme mam Procureur général d'État, also déi zwou Autoritéiten zesummen, sollen elo all zwee Méint iwwert d'Verlängerung vun der Untersuchungshaft vun enger Persoun a Kenntnis gesat ginn. An et ass um Procureur général an um Procureur d'État fir d'Mise en liberté provisoire ze froen, wann d'Konditiounen vun der Haft net méi gi wäeren. Den Inculpé ka selbstverständlech, wéi bis elo och ëmmer, zu all Moment d'Mise en liberté provisoire ufroen. Heirun ännert sech näischt.

Mä wat sech awer ännert, sinn d'Rekursméiglechkeeten vum Parquet, déi vill méi effizient duerch desen Text solle ginn. Bis elo ass den Inculpé direkt op fraie Fouss gesat ginn, wann d'Chambre du Conseil dat decidéiert hat, an dat och wann de Parquet Appel géint des Décisioun interjetéiert hat. Dat bedeit, dass d'Rekursméiglechkeet vum Parquet bis elo eng reng theoretesch war, well den Inculpé an deene meeschte Fäll, wann hie bis dobaussen ass, einfach ënner-taucht.

Nom neien Text huet de Parquet en Délai vu 24 Stonnen, fir an Appel ze goen, mä während deemem Délai därer den Inculpé awer net fräige-looss ginn; dat wëllt soen, deen Appel huet en Effet suspensif. An anere Wierder: Esou laang, wéi net iwwert den Appel statuéiert ginn ass, kënn den Inculpé net fréi an hie bleift am Prisong. Mä opgepasst: Deseen Appel muss bannent zéng Deeg evakuéiert ginn. Wann net, da gëtt den Inculpé op fraie Fouss gesat.

Dir Dammen an Dir Hären, de Regime vun den Nullitéiten vun den Enquêtes – dat wëllt net soen, vun de Mesures d'instruction, mä vun den Enquêtes vum Procureur d'État – ass bis haut net ausdrécklech an eiseum Code d'instruction criminelle geregelt. D'Jurisprudenz huet am Laf vun de Jorzéngte verschidde Regeln an deemem Beräich opgestallt, mä vu dass eise Rechtssystem sech net baséiert op d'Präzedenzfäll, ass et noutwendig, des Nullitéiten och am Code d'instruction criminelle ze kodifizéieren. Dat geschitt hei mat deem neien Text. Dat wëllt soen: Am Fall vun enger Irrégularitéit ass de System, a selbstverständlech och d'Délaien, genau deen nämlechen, wéi bei der Instruction simplifiée.

Eng aner Neierung, déi mer an deemem Text fannen, ass déi, dass am Fall vun enger Saisie vu Konten oder Titeren elo den Untersuchungsrichter d'Schicksal vun dese Valeuren, déi heiansdo ganz bedeitend sinn, der Caisse de consignation kann uvertrauen. Mat deemem neien Text ass de Cabinet d'instruction befreit vun all Responsabilitéit, wat d'Garde, wat d'Konservatioun a selbstverständlech och d'Gestion valorisante vun esou Zommen ubetrëfft.

Bis elo konnt d'Police den Inculpé, wann hien an Untersuchungshaft souz, no sengem éischten Interrogatoire beim Untersuchungsrichter net méi héieren, weder iwwert d'Fait vum der Infraktioun nach iwwer aner Faiten. Vun elo un awer, duerch deen neien Text, soll d'Police d'Méiglechkeet hunn, den Inculpé ze verhéieren, awer nëmmen iwwer Faiten, déi näischt mat senger Inhaftéierung ze dinn hunn. Selbstverständlech muss d'Police och am Viraus d'Autorisatioun vum Juge d'instruction froen, an den Inhaftéierten därerf och froen, dass säin Affekot him assistéiert.



Eng weider Innovatioun ass déi, dass d'Zeien zukünftig op eng Note zréckgräife kënnen, wa si viru Geriicht aussoen. De President muss dat selbstverständlech erlaben, an och déi Notiz, op déi sech d'Zeie baséieren, soll am Prétoire ausgeluecht ginn, respektiv muss déi Note matgedeelt ginn. Och d'Polizeioffizier, déi ganz oft Joren no Faitë mussen aussoen, kënnen sech op hire Procès-verbal beruffe während der Dépositioun. Dës Moosnam ass ganz wichteg, well si wäert dozou bäidroen, dass d'Dépositioun bei Geriicht vereinfacht ginn, virun allem wat déi technesch Punkte vu Crimen, Déliten oder Contraventiounen ubetrëfft.

D'Procédure criminelle ass awer och nach op e puer méi kleng Punkte verbessert ginn, wéi zum Beispill um Niveau vun der Ordonnance pénale, wou d'Consultatioun vun der Prozedur vum Dossier elo duerch d'Verschécke vun de Piëcen ersat gëtt. Fir den Detail verweisen ech op de schrëftleche Rapport.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech wär frou, wann dësen Text géif eng grouss Majoritéit kréien. Et ass e gudden Text, well e plädéiert fir en effizienten, pragmatischen a faire Strofprozess, gläichméisseg wichteg fir d'Magistratur wéi och fir déi betraffte Persounen. Ech wëll awer och soen, et ass keng Revolutioun, mä et ass eng Modernisatioun vun engem Code d'instruction criminelle, deen op den Napoléon zréckgeet, dat wëllt soen op déi éischt Halschent vum 19. Jorhonnert.

Ech ginn och den Accord vu menger Fraktioun.

Merci.

■ **Plusieurs voix.** - Très bien!

■ **M. le Président.** - Merci, Madame Doerner. Éischte Riedner ass den Här Bettel. Här Bettel, Dir hutt d'Wuert.

#### Discussion générale

■ **M. Xavier Bettel (DP).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, fir d'éischt wëll ech der honorable Madame Doerner Merci soe fir dee komplette Rapport, dee se hei presentéiert huet, och fir dee schrëftleche Rapport, dee ganz komplett ass.

Ech gi ganz kuerz op déi verschidde Punkten an, fir d'éischt op d'Nullitéiten. Et ass luewenswäert, dass den Délai vun den Nullitéiten op fënnf Deeg eropgeschrauft ginn ass; virdu waren et dräi Deeg. Dir musst wëssen, dass et fir d'Défense heiansdo onméiglech ass, an dräi Deeg Dossieren ze liesen, déi iwwert dausend Säite grouss sinn, wann eng Enquête préalable gemaach ginn ass. Mir hunn dann awer bannent dräi Deeg missen, dat heescht en Affekot oder een, deen inculpéiert ginn ass, huet misse bannent dräi Deeg eng Requête en nullité virun der Chambre du Conseil maachen. Déi Délaië waren ze kuerz, dofir ass déi Augmentatioun vum Délai vun dräi op fënnf Deeg ganz, ganz wichteg.

Ech sinn och doriwwer frou, well dat eng Propositioun war, déi vun eiser Partei gemaach ginn ass. Ech wëll dofir hei och dann der Objektivitéit vun de Membere vun der Commission juridique Merci soen, déi eng Suggestioun, déi vun der Oppositioun komm ass, ugeholl hunn.

Wat de Contrôle judiciaire ugeet, do mengen ech, dass dat eng ganz wichteg Innovatioun ass, ganz einfach well et dat bis haut net ginn ass. Et ass op jidde Fall eng Méiglechkeet, fir aner Strukturen ze hu wéi de Prisong, fir Leit, wou ee mengt, dass de Prisong net déi adequat Struktur wier.

Den Appel huet elo en Effet suspensif bei der Chambre du Conseil. Bon, e muss bannent zéng Deeg gemaach ginn. Dat ass emol scho wichteg. Et muss ee

wëssen, dass virdrun en Appel heiansdo dräi Méint gebraucht huet, elo net bei enger Libératioun, mä bis en Appel toiséiert ginn ass bei der Chambre du Conseil. Dat war net gutt. Dat heescht, den Délai ass scho wichteg.

D'Possibilitéit, fir dass d'Zeien oder d'Police hir PVe virliesen, ass net super, well d'Oralité des débats, déi am Droit pénal awer do ass, ass net méi garantiéiert, wa jiddferen elo säin Text virliest, deen e schonn eng Kéier geschriwwen huet. Dat ass vläicht net ganz gutt. Mä bon, et kann een awer och verstoen, dass een net dat Ganzt intus kann hunn.

Ech wëll hei vun der Geleeënheet profitéieren, fir dem Här Minister awer wierklech un d'Häerz ze leeën, dass en awer insistéiert bei der Justiz – ouni eng Immissioun an de Pouvoiren ze hunn –, fir dass d'Affekoten an de Barreau d'Kopië vun den Ordonnanze vun der Chambre du Conseil kréien. Well d'Affekote kréie keng Kopië vun der Chambre du Conseil a si wëssen net, wéini d'Uerteel gesprach ginn ass bei Clôture vun Instruktiounen a bei Renvoien. Et wier oportun op jidde Fall dat ze kréien, dass d'Affekote wëssen, wa se virun der Cour sinn, ob wat se sech solle baséieren. Et wier eng Opportunitéit, just eng kleng Note ze maachen, fir d'Chambre du Conseil ze froen, déi Kopien ze maachen. Et ass net d'usage, mä et wier awer oportun.

No all deene Commentairen, wou et awer selbstverständlech och e Progrès ass am Code d'instruction criminelle, wäert och d'Fraktioun vun der Demokratescher Partei deen heiten Text stëmmen.

■ **Plusieurs voix.** - Très bien!

■ **M. le Président.** - Merci, Här Bettel. Nächst Riednerin ass d'Madame Err. Madame Err, Dir hutt d'Wuert.

■ **Mme Lydie Err (LSAP).** - Jo, Här President, Dir Dammen an Dir Hären, et ass elo bal alles zu dësem Projet gesot wat ze soen ass. Ech mengen et kann een an dräi Wieder d'Haaptsaachen nach eng Kéier résuméieren, dass et eng gutt Kopie vun engem belsche Gesetz ass, wat eise Code d'instruction criminelle reforméiert, an dass et op wichtige Punkte résuméiert.

Ech denken, dass et ze begrëssen ass, dass déi Mini-Enquête hei kënnt, mat Exceptiounen op schwéiere Fäll, déi et méiglech mécht, gewëssen Acte-d'instructionen ze maachen, ouni dass d'fir eng Instruction en bonne et due forme vum Énnersuchungsrichter mat all deem Schnickschnack muss passéieren, wéi se bis elo an eisem Code steet.

Et kann een also elo emol kucke mat enger Perquisitioun oder mat enger Saisie, ob un engem Fait, dee signaléiert ginn ass, eppes drun ass oder net, ouni d'fir dee ganze Justizapparat mussen a Wallung ze setzen. Ech denken, dass dat eng rasonnabel Geschicht ass, déi d'Saachen e wéineg méi schnell weiderbréngt.

De Contrôle judiciaire, deen och hei vun eiser Reporterin ugeschwat ginn ass, ass sécherlech net nëmmen eng gutt Saach u sech, mä et ass souzesoen eng Nécessitéit fir eise Prisong, deen iwwerleef, vun onnéidege Préventionen, déi also nach net condamnéiert sinn, ze befreien, well d'Proportioun vu Préventionen an eise Prisongen ass enorm héich, a wann ech richteg informéiert sinn, ass et déi héchst an Europa. Hei ass e Moyer fir déi Zuelen erfzesetzen, an och an deem Sënn ass dee Punkt vum Contrôle judiciaire sécherlech ze begrëssen.

De Regime vun den Nullitéiten – an d'Madame Doerner huet dat gesot – gëtt verbessert d'Délaie gi verlängert, d'Konditiounen, ënnert deenen déi Nullitéite kënnen gefrot

ginn, gi verbessert. D'Délaie gi verlängert. Aner Leit wéi déi, déi bis elo dat konnten, kënnen eng Nullitéit ufroen, esou dass och dat, mengen ech, eng Verbesserung ass vun enger Enquête judiciaire, déi am Sënn vum Justiciabelen ass an an deem Sënn ze begrëssen ass.

E lescht Wuert wat d'Zeienaussoe betrëfft. Och dat ass eigentlech elo scho gesot ginn, ass awer derwäert, mengen ech, fir ënnerstrach ze ginn. Et ass praktesch eng Saach vun der Onméiglechkeet fir als Zeien, ob dat elo als Enquêteur oder als Zeie vun engem Accident ass, Joren no de Faite auszesoen ouni en Ziedel am Grapp ze hu fir sech ze erënneren, wat fir en Dag an der Woch dat war, wat fir e Joer, etc. Et ass och net normal, dass Kriminalbeamte musse Procès-verbalë vu Jorzéngen oder honnerte Säiten ausweneg léieren, ier se als Zeien aussoe kënnen.

Si kënnen also elo no dësem Gesetz schrëftlech Notize respektiv Procès-verbalen am Grapp hunn a si kënnen probéieren da mat deenen Énnerlagen hir Zeienaussoe ënner Eed ze maachen. Dat schéngt eng ganz kleng Saach ze sinn, mä fir déi Leit, déi concernéiert sinn, ass dat sécherlech eng ganz grouss Erlichterung.

Menger Meinung no hëlleft et och dozou, dréit et och zur Wahrheitsfindung bäi, well wa sechs Leit iwwer een eenzegt Accident ouni Ziedel am Grapp eppes aussoen, huet ee bis elo op jidde Fall heiansdo d'Impressioun, si géife vu verschiddeenen Accidenter schwätzen. Dat dierft mat där heiter leschter Bestëmmung an Zukunft net méi méiglech sinn, an an deem Sënn sinn och déi kleng Schrëtt, déi kleng Reformen an dëser Prozedur ze begrëssen.

Et komme jo nach aner no. Hei ass den éischten Train, deen, wéi d'Madame Doerner gesot huet, keng Revolutioun ass. Déi Präntioun, mengen ech, hat och keen an dëser Saach. Et sinn allerdéngs nach Saachen um Wee, déi eventuell dee revolutionäre Charakter, deen dësen Text entbehrt, nach eng Kéier kënnen op d'Tapéit bréngen, mä dorop komme mer da spéider nach eng Kéier zréck.

■ **Une voix.** - Très bien!

■ **M. le Président.** - Merci, Madame Err. Leschte Riedner ass den Här Félix Braz. Här Braz, Dir hutt d'Wuert.

■ **M. Félix Braz (DÉI GRÉNG).** - Här President, ech wëll just ganz kuerz d'Zoustëmmung vun der grénger Fraktioun zu dësem Gesetz bréngen. Et ass wéi gesot keng Revolutioun, mä et ass eng op all de Punkte sënnvoll Evolutioun, déi mer haut am Code d'instruction criminelle maachen. Et ass souguer e bësse schued, dass mer net all déi Punkten an engem Gesetz gläichzäiteg behandelt hunn. Et hätt ee kënnen beispillsweis iwwert de Contrôle judiciaire ganz vill Flottes soen.

Dat considéiere mir wierklech als eng ganz positiv an eng grouss Avancée, dass an Zukunft manner Leit an dësem Land, ouni condamnéiert ze sinn, scho mussen am Prisong eng Zäit verbréngen. Doriwwer soll ee sech freeën, an et hätt ee wierklech, wann een déi enzel Aspekter opgedeelt hätt, dat och méi valoriséiere kënnen an den Debatten.

Et ass awer elo anescht decidéiert ginn, et ass an engem Projet integréiert ginn. D'Haaptsaach ass, dass déi Modifikatiounen, déi mer virhuelen, relativ séier kënnen zu Lëtzebuerg geltend Recht ginn. Dat wäert net all Problemer vun der Procédure pénale léisen – mir hu jo

bei deem Hearing, dee mer viru kuerzem haten, nach eng ganz Partie aner Saachen, déi och vu grousser Bedeitung sinn, notament vun de Verrieder vum Barreau, awer net eleng, prezisiéiert kritt.

Och doriwwer wäerte mer eis misen an den nächste Wochen a Méint Gedanke maachen, Stéchwuert beispillsweis vun der Roll vun der Informatik am Beräich vun der Justiz am Allgemengen. Och dat ass eppes wou nach ganz vill ze maache wär, mä, wéi gesot, dat kréie mer an den nächste Wochen a Méint als Geleeënheet. Dofir bréinge mer nach eng Kéier, wéi gesot, d'Zoustëmmung vun der grénger Fraktioun zu dësem Gesetzestext.

■ **M. le Président.** - Merci, Här Braz. D'Wuert huet elo den Här Justizminister Luc Frieden.

■ **M. Luc Frieden, Ministre de la Justice.** - Här President, ech géing fir d'éischt gären der honorable Madame Doerner Merci soe fir déi detailléiert an excellent Erklärungen, déi mat sech zéien, datt ech net nach eng Kéier brauch op de ganze Projet de loi anzegeen.

Et ass gesot ginn: Dat hei ass keng Revolutioun. Ech muss lech soen, datt et op jidde Fall net mäi Charakter ass, fir mat Revolutiounen d'Zukunft vum Land ze preparéieren,...

■ **Une voix.** - Mir hunn dat och net gemaach.

#### (Interruption)

■ **M. Luc Frieden, Ministre de la Justice.** - ...well ech mengen, datt ee soll mat positiven Evolutiounen dat verbesseren, wat mer hunn, an dat ass de Projet wesentlech.

Et wär natierlech vill besser gewiescht, Här President, wann dëse Projet de loi am Ufank vun dësem Nomëtteg komm wär, well heiriwwer hätt ee kënnen ganz vill soen – vill Positives! Mä et ass hei wéi esou oft och dobaussen: Iwwert déi Saachen, wou dat eent oder dat anert zur Kritik kann Ulass ginn,...

#### (Interruptions diverses)

...doriwwer kann ee sech Stonnen ophalen. Dofir wäert ech gespaant sinn, wéi vill Artekle mer muer am Detail an der Press iwwert dës substanzuell Verbesserung vum Justizwiese fannen.

Ech mengen et wier derwäert, datt een op enger anerer Plaz am Detail eng Kéier géing heiriwwer schwätzen, well dat heiten ass eng Verbesserung vun der Strojjustiz, déi och breet Zoustëmmung hei fonnt huet, woufir ech natierlech dankbar sinn, an ech mengen, datt vill kleng Saachen och d'Liewe vun deenen, déi do schaffen, an deenen, déi oft ongewollt Client vun där Justiz ginn, verbesseren. An deem Sënn

sinn ech dankbar fir déi breet Zoustëmmung vun dësem Projet, trotz spéider Stonn an trotz wéineger Diskussioun, déi mer deem wichtige Sujet konnte ginn.

Merci.

■ **M. le Président.** - Merci, Här Minister. Domat ass d'Debatt definitiv ofgeschloss. Mir kommen zur Ofstëmmung iwwert de Projet de loi 5354.

#### Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel

De Projet de loi ass ugeholl mat 59 Jo-Stëmmen, bei kenger Nee-Stëmm a kenger Abstentioun.

Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrigh-Duval, Nancy Arendt (par M. Marc Spautz), M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen (par M. Laurent Mosar), MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert, Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, François Maroldt, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Patrick Santer, Marcel Sauber (par M. Lucien Thiel), Jean-Paul Schaaf (par M. Lucien Clement), Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen (par M. Marcel Oberweis), MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter;

MM. Marc Angel, Alex Bodry (par Mme Claudia Dall'Agnol), John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich (par M. Roger Negri), Mme Lydie Err, MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein (par M. Ben Fayot), Mme Lydia Mutsch (par M. Marc Angel), MM. Roger Negri, Jos Scheuer (par M. John Castegnaro), Romain Schneider (par Mme Lydie Err) et Roland Schreiner;

MM. Xavier Bettel, Niki Bettendorf (par M. Xavier Bettel), Mme Anne Brasseur, M. Emile Calmes, Mme Colette Flesch, MM. Charles Goerens (par M. Emile Calmes), Henri Grethen, Paul Helmingier, Claude Meisch (par M. Henri Grethen) et Carlo Wagner;

MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox (par M. Claude Adam) et Mme Viviane Loschetter (par M. François Bausch);

MM. Gast Gibéryen (par M. Robert Mehlen), Jacques-Yves Henckes, Aly Jaerling, Jean-Pierre Koepf et Robert Mehlen.

Gëtt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

#### (Assentiment)

Dann ass et esou decidéiert.

Domat si mer um Enn vun eiser Sitzung ukomm. Déi nächst Sitzung ass muer de Mëtten um hallwer dräi.

D'Sitzung ass opgehuewen.

(Fin de la séance publique à 18.54 heures)

## «Chamber aktuell»

Chamber TV vous propose  
tous les vendredis à 19.00 heures  
un résumé de l'activité  
parlementaire de la semaine.

L'émission est rediffusée  
le même soir à 20.00, 21.00,  
22.00 et 23.00 heures



## Ordre du jour

## 1. Communications

2. Renouvellement de la nomination du Commissaire aux Comptes de la Société Nationale de Crédit et d'Investissement

3. Dépôt d'une motion

4. 5325 - Projet de loi portant approbation du Protocole N° 12 à la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales, fait à Rome, le 4 novembre 2000

5422 - Projet de loi portant approbation du Protocole N° 13 à la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales, relatif à l'abolition de la peine de mort en toutes circonstances, ouvert à la signature, à Vilnius, le 3 mai 2002

5423 - Projet de loi portant approbation du Protocole N° 14 à la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales, amendant le système de contrôle de la Convention, ouvert à la signature, à Strasbourg, le 13 mai 2004

*(Rapport de la Commission des Affaires étrangères et européennes, de la Défense, de la Coopération et de l'Immigration - Discussion générale - Votes et dispenses du second vote constitutionnel - Résolution)*

5. 5463 - Projet de loi portant approbation du Traité entre le Royaume de Belgique, la République fédérale d'Allemagne, le Royaume d'Espagne, la République française et le Grand-Duché de Luxembourg relatif au Corps européen et au statut de son Quartier général, ainsi que de l'Acte final de signature, faits à Bruxelles, le 22 novembre 2004

*(Rapport de la Commission des Affaires étrangères et européennes, de la Défense, de la Coopération et de l'Immigration - Discussion générale - Votes et dispenses du second vote constitutionnel)*

6. 5505 - Projet de loi portant approbation de la Convention sur la prévention et la répression des infractions contre les personnes jouissant d'une protection internationale, y compris les agents diplomatiques, adoptée à New York, le 14 décembre 1973

*(Rapport de la Commission des Affaires étrangères et européennes, de la Défense, de la Coopération et de l'Immigration - Discussion générale - Vote et dispense du second vote constitutionnel)*

7. Motion de Monsieur Lucien Clement relative à la réalisation du Centre de Conférences à Luxembourg-Kirchberg  
*(Débat - Vote)*

Au banc du Gouvernement se trouvent: M. Jean Asselborn, Vice-Premier Ministre; M. Claude Wiseler, Ministre; M. Nicolas Schmit, Ministre délégué.

*(Début de la séance publique à 14.32 heures)*

**M. le Président.** - Ech maa-chen d'Sitzung op.

Huet d'Regierung eng Kommunikatioun ze maachen?

*(Négation)*

## 1. Communications

Ech hu folgend Kommunikatiounen un d'Chamber ze maachen:

1) La liste des questions au Gouvernement ainsi que des réponses à des questions est déposée sur le bureau. Les questions et les réponses sont publiées au compte rendu.

2) Les projets de loi et de règlement grand-ducal suivants ont été déposés au Greffe de la Chambre:

1. **5524** - Projet de loi relatif à l'ouverture du cadre de la carrière supérieure du STATEC

Dépôt: Monsieur Jeannot Krecké, Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur, le 21.12.2005

2. **5525** - Projet de règlement grand-ducal modifiant le règlement grand-ducal du 21 mai 1999 relatif aux dénominations textiles

Dépôt: Monsieur Jeannot Krecké, Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur, le 23.12.2005

3. **5526** - Projet de règlement grand-ducal autorisant le Gouvernement à mettre en oeuvre des travaux extraordinaires d'intérêt général au cours de l'année 2006

Dépôt: Monsieur François Biltgen, Ministre du Travail et de l'Emploi, le 02.01.2006

4. **5527** - Projet de loi ayant pour objet de réglementer la procédure de saisie immobilière conservatoire en matière pénale et de modifier certaines dispositions: - du Code d'instruction criminelle, - de la loi modifiée du 25 septembre 1905 sur la transcription des droits réels immobiliers

Dépôt: Monsieur Luc Frieden, Ministre de la Justice, le 04.01.2006

5. **5528** - Projet de loi portant approbation - de la Convention pour la protection des Droits de l'Homme et de la dignité de l'être humain à l'égard des applications de la biologie et de la médecine: Convention sur les Droits de l'Homme et la biomédecine, ouverte à la signature, à Oviedo, le 4 avril 1997; - du Protocole additionnel à la Convention pour la protection des Droits de l'Homme et de la dignité de l'être humain à l'égard des applications de la biologie et de la médecine, portant interdiction du clonage d'êtres humains, ouvert à la signature, à Paris, le 12

janvier 1998; - du Protocole additionnel à la Convention sur les Droits de l'Homme et la biomédecine relatif à la transplantation d'organes et de tissus d'origine humaine, ouvert à la signature, à Strasbourg, le 24 janvier 2002; - du Protocole additionnel à la Convention sur les Droits de l'Homme et la biomédecine relatif à la recherche biomédicale, ouvert à la signature, à Strasbourg, le 25 janvier 2005 et modifiant la loi du 25 novembre 1982 réglant le prélèvement de substances d'origine humaine

Dépôt: Monsieur Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé, le 09.01.2006

6. **5529** - Projet de loi modifiant

a) la loi modifiée du 10 mai 1995 relative à la gestion de l'infrastructure ferroviaire;

b) la loi du 28 mars 1997:

1° approuvant le protocole additionnel du 28 janvier 1997 portant modification de la Convention belgo-franco-luxembourgeoise relative à l'exploitation des chemins de fer du Grand-Duché, signée à Luxembourg, le 17 avril 1946;

2° approuvant les statuts modifiés de la Société Nationale des Chemins de Fer Luxembourgeois (CFL);

3° concernant les interventions financières et la surveillance de l'État à l'égard des CFL, et

4° portant modification de la loi du 10 mai 1995 relative à la gestion de l'infrastructure ferroviaire;

c) la loi du 11 juin 1999 relative à l'accès à l'infrastructure ferroviaire et à son utilisation;

d) la loi modifiée du 29 juin 2004 sur les transports publics

Dépôt: Monsieur Lucien Lux, Ministre des Transports, le 13.01.2006

7. **5530** - Projet de loi portant approbation du Protocole, signé à Vilnius, le 3 juin 1999, portant modification de la Convention relative aux transports internationaux ferroviaires (COTIF), du 9 mai 1980

Dépôt: Monsieur Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, le 16.01.2006

8. **5531** - Projet de loi portant approbation de l'Accord de partenariat et de coopération établissant un partenariat entre les Communautés européennes et leurs États membres, d'une part, et la République du Tadjikistan, d'autre part et de l'Acte final, signés à Luxembourg, le 11 octobre 2004

Dépôt: Monsieur Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, le 16.01.2006

9. **5532** - Projet de loi portant approbation de l'Accord de coopération entre le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg et le Gouvernement de la République du Cap-Vert dans les domaines de l'éducation, de la culture et des sciences, signé à Praia, le 20 novembre 1998

Dépôt: Monsieur Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, le 16.01.2006

10. **5533** - Projet de loi relatif à la lutte antitabac

Dépôt: Monsieur Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé, le 31.01.2006

11. **5534** - Projet de loi portant modification de l'arrêté grand-ducal modifié du 8 octobre 1945 portant réorganisation du statut de la Chambre des Artisans

Dépôt: Monsieur Fernand Boden, Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement, le 31.01.2006

12. **5535** - Projet de loi portant approbation des amendements au Statut de la Conférence de La Haye de droit international privé, arrêtés par la Vingtième session de la Conférence, le 30 juin 2005

Dépôt: Monsieur Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, le 01.02.2006

13. **5536** - Projet de loi portant approbation de la Convention relative à l'adhésion de la République tchèque, de la République d'Estonie, de la République de Chypre, de la République de Lettonie, de la République de Lituanie, de la République de Hongrie, de la République de Malte, de la République de Pologne, de la République de Slovaquie et de la République slovaque à la Convention sur la loi applicable aux obligations contractuelles, ouverte à la signature, à Rome, le 19 juin 1980, ainsi qu'aux Premier et Deuxième Protocoles concernant son interprétation par la Cour de justice des Communautés européennes, signée à Luxembourg, le 14 avril 2005

Dépôt: Monsieur Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, le 01.02.2006

14. **5537** - Projet de loi portant approbation de la Convention internationale contre le dopage dans le sport, faite à Paris, le 18 novembre 2005

Dépôt: Monsieur Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, le 01.02.2006

3) En date du 17 janvier 2006 fut remise par une série d'associations la pétition N°269 contre la transposition de la Directive 98/44/CE, à savoir: Centrale Paysanne, Fräie Lëtzebuerger Baureverband, Bauerennallianz, Lëtzebuerger Jongbauer a Jongwënzer, Landjugend, CONVIS Herdbuch Service Elevage et Génétique, Veräin fir biologesch-dynamesch Landwirtschaft Lëtzebuerg, Vereenegung fir biologesche Landbau Lëtzebuerg, Cercle de Coopération des ONG de Développement, Action Solidarité Tiers Monde, Transfair Minka, Aide à l'Enfance de l'Inde et Greenpeace Luxembourg.

4) Par lettre du 16 janvier 2006 Monsieur Niki Bettendorf a informé le Président de la Chambre qu'il désire interpeller le Gouvernement au sujet du phénomène de la drogue au Luxembourg.

5) Par lettre du 20 janvier 2006 Monsieur Robert Mehlen l'a informé qu'il désire interpeller le Gouvernement au sujet de sa politique future dans le secteur agricole luxembourgeois.

6) «Bref, le véritable débat est celui de savoir avec quels moyens nous voulons combattre le terrorisme. Est-il inévitable que pour cela il faille renoncer aux droits de l'Homme, renoncer à la dignité de l'homme, renoncer à la justice, renoncer à toutes les garanties que nous avons construites au cours de ces dernières décennies?

Est-il acceptable que, pour mettre en repos notre propre conscience, on délocalise la torture et ses méthodes dégradantes vers d'autres pays? Tel devra être le véritable débat que nous devons conduire ces prochains mois. Nous sommes là au cœur des valeurs du Conseil de l'Europe.»

Avec ces mots, le rapporteur et un des initiateurs du débat d'actualité sur les allégations de détentions secrètes dans les États membres du Conseil de l'Europe, M. Dick Marty, a résumé l'essence dudit débat, dont la question traitée a été renvoyée à l'issue du débat pour rapport à la Commission des questions juridiques et des droits de l'Homme.

Ce point fort de la première session ordinaire de 2006 de l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe, dont le sujet avait déjà fait l'objet du rapport de M. McNamara

et d'une résolution de l'Assemblée l'année dernière, mettait en garde les États membres sur l'utilisation de leur territoire et leurs infrastructures aéroportuaires pour des actions illégales, des *extraordinary rendition* et des détentions secrètes, a soulevé entre autres les problèmes des rapports entre gouvernements et parlements, du contrôle et de la surveillance des services de renseignements et de la responsabilité des États dans ces affaires d'*extraordinary rendition*.

L'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe s'est réunie en session ordinaire à Strasbourg du 23 au 27 janvier 2006. Y ont participé le Président de la délégation, M. Marcel Glesener, les membres effectifs, Mme Lydie Err et M. Charles Goerens, ainsi que les membres suppléants, MM. Norbert Hauptert, Jean Huss et Mme Anne Brasseur.

La première séance étant ouverte par le doyen d'âge de l'Assemblée, M. Miguel Barceló Pérez, il est procédé à la vérification et à la ratification des pouvoirs des nouveaux représentants et suppléants, à l'exception des pouvoirs de la délégation de l'Azerbaïdjan qui sont contestés et soumis à la Commission de suivi pour rapport et à la Commission du règlement et des immunités pour avis, après quoi ils seront ratifiés néanmoins après discussion lors de la séance de mercredi après-midi.

Après l'élection de M. René van der Linden comme Président de l'Assemblée et l'élection des 19 Vice-Présidents, l'Assemblée ratifie la nomination des membres des commissions. Lors de cette session, M. Marcel Glesener a été confirmé dans ses fonctions de Président de la délégation. Aussi a-t-il été réélu pour la troisième année consécutive Président de la Commission des questions sociales, de la santé et de la famille.

Après l'adoption du procès-verbal de la réunion de la Commission permanente à Bucarest, le 25 novembre 2005, l'Assemblée a approuvé le rapport d'activités du Bureau et de la Commission permanente, pour passer ensuite à l'ordre du jour, dont les points culminants des huit séances étaient les suivants:

- rapport sur l'observation du référendum sur les réformes constitutionnelles en Arménie,

- rapport sur l'observation de l'élection présidentielle au Kazakhstan,

- dimension parlementaire des Nations Unies, avec l'intervention de M. Jan Eliasson, Président de la 60<sup>e</sup> session de l'Assemblée générale des Nations Unies,

- contribution de l'Europe pour améliorer la gestion de l'eau,

- mise en œuvre de la Résolution 1415 (2005) sur le respect des obligations et engagements de la Géorgie,

- intégration des femmes immigrées en Europe,

- les violations des droits de l'Homme en République tchèque: la responsabilité du Comité des Ministres à l'égard des préoccupations de l'Assemblée,

- nécessité d'une condamnation internationale des crimes des régimes communistes totalitaires,

- politique de retour pour les demandeurs d'asile déboutés aux Pays-Bas,

- le concept de «nation»,

- transfert d'activités économiques à l'étranger et développement économique européen,

- conséquences pour l'Europe de la résurgence économique de la Chine,



- projet de protocole sur la prévention des cas d'apatridie en relation avec la succession d'États.

En dehors de la communication de M. Mihai-Răzvan Ungureanu, Ministre des Affaires étrangères de la Roumanie et Président du Comité des Ministres, l'Assemblée a écouté:

- l'intervention de M. Bruno Haller, Secrétaire général de l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe, à l'occasion de son départ à la retraite le 1<sup>er</sup> février 2006,

- la communication de M. Terry Davis, Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, sur l'état du Conseil de l'Europe,

- le discours de M. Sergueï Stanchev, Premier Ministre de la Bulgarie,

- le discours de M. Traian Băsescu, Président de la Roumanie et

- l'allocution de M. Enrique Jackson Ramírez, Président du Sénat du Mexique.

Une discussion selon la procédure d'urgence sur la situation au Belarus à la veille de l'élection présidentielle a eu lieu au cours de cette première session de 2006.

On peut souligner encore que deux de nos délégués ont pris la parole lors des débats, à savoir Mme Lydie Err relative au point de la dimension parlementaire des Nations Unies et M. Norbert Hauptert au sujet des conséquences pour l'Europe de la résurgence économique de la Chine.

L'Assemblée a adopté un avis, cinq recommandations et dix résolutions en rapport avec les sujets à l'ordre du jour.

Il reste à signaler que dans le cadre de cette session notre représentant permanent auprès du Conseil de l'Europe, S. E. Monsieur Ronald Mayer, a remis les insignes de commandeur de l'ordre de mérite à M. Bruno Haller, Secrétaire général de l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe.

7) Par lettre du 18 janvier 2006 le Secrétaire général du Parlement européen a fait parvenir à la Chambre le texte des documents adoptés par le Parlement européen au cours de sa période de session du 30 novembre au 1<sup>er</sup> décembre 2005:

- position sur la proposition de décision du Conseil concernant la conclusion d'un protocole additionnel à l'Accord sur le commerce, le développement et la coopération entre la Communauté européenne et ses États membres, d'une part, et la République d'Afrique du Sud, d'autre part, pour tenir compte de l'adhésion à l'Union européenne de la République tchèque, de la République d'Estonie, de la République de Chypre, de la République de Lettonie, de la République de Lituanie, de la République de Hongrie, de la République de Malte, de la République de Pologne, de la République de Slovaquie et de la République slovaque,

- résolution sur la préparation de la sixième conférence ministérielle de l'Organisation mondiale du commerce à Hong Kong,

- résolution sur le développement et le sport,

- résolution sur la réglementation et les marchés des communications électroniques en Europe 2004.

## 2. Renouvellement de la nomination du Commissaire aux Comptes de la Société Nationale de Crédit et d'Investissement

Op Ufro vun der Société Nationale de Crédit et d'Investissement an opgrond vum Artikel 140 vum Chamberreglement proposéiert d'Presidentekonferenz, d'Mandat vum Commissaire aux Comptes

vun der SNCI, dem Här Raymond Schadeck, em dräi Joer ze verlängereren.

Ass d'Chamber domat averstanen? **(Assentiment)**

Dann ass et esou décidéiert.

Den Här Adam huet gefrot fir d'Wuert ze kréien. Här Adam!

## 3. Dépôt d'une motion

**M. Claude Adam (DÉI GRÉNG).** - Här President, am Numm vun der grénger Fraktioun wëll ech eng Motioun hei déposéieren, wou mer eis géinge freeën, wann déi an den nächste Wochen eng Kéier op den Ordre du jour géing kommen.

An der Motioun – ech liese se elo net ganz vir – geet et am Fong geholl prinzipiell dorëm, datt mir als gréng Fraktioun froen, datt déi zwou Facultéiten «Sciences et Lettres» um Site vun der Friche Belval-Ouest implantéiert ginn, datt mer awer och froen, datt d'Facultéit vun «Droit, des Finances et de l'Économie» an der Stad Lëtzebuerg soll bleiwen, an datt d'Kommissioun an d'Chamber sollen informéiert ginn, wéi d'Regierung do wëllt weidergoen, an datt mer déi Décisioun dann hei kënnen debattéieren.

### Motion 1

*La Chambre des Députés,*

*- considérant que le développement de l'Université de Luxembourg constitue à juste titre une priorité du Gouvernement;*

*- considérant que le Conseil de Gouvernement a pris en sa séance du 23 décembre une décision concernant l'implantation des différentes facultés;*

*- considérant que le Gouvernement a pris sa décision sur base du rapport élaboré par le groupe de travail «site unique Ville de Luxembourg» mis en place et constitué par le recteur de l'Université du Luxembourg et des représentants des Ministères concernés;*

*- considérant que le Gouvernement a décidé d'implanter les facultés des sciences et des lettres sur le site Belval/Ouest – site déclaré «site à vocation unique»;*

*- considérant que le Gouvernement propose le déplacement de la faculté de droit de son site actuel Limpertsberg après 2009;*

*- considérant que le Gouvernement n'a qu'en partie suivi les conclusions du groupe de travail sans fournir les explications détaillées de son choix;*

*- considérant que si la décision d'implanter les facultés des sciences et des lettres sur le site de la friche Belval/Ouest est à saluer, car suffisamment étayée par le rapport du groupe de travail, il n'en est pas moins vrai que la possibilité d'un déplacement de la faculté de droit n'est ni conforme aux conclusions du groupe de travail ni justifiée par le Gouvernement;*

*- considérant que le Gouvernement n'a pas associé la Chambre des Députés à sa décision du 23 décembre 2005;*

*invite le Gouvernement*

*- à poursuivre l'implantation des facultés des sciences et des lettres sur le site de la friche Belval/Ouest;*

*- à reconsidérer sa décision sur la délocalisation de la faculté de droit, des finances et de l'économie;*

*- à justifier sa décision devant la commission compétente de la Chambre des Députés.*

(s.) Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox, Viviane Loschetter.

**M. le Président.** - Merci, Här Adam. Mir huelen déi Motioun mat

an d'Presidentekonferenz a kucken dann, décidéiere gemeinsam, wéini dass mer se op den Ordre du jour setzen.

**Une voix.** - Den Här Braz huet énnerschrivwen.

**M. le Président.** - Mir kommen dann zum éischte Punkt vun eise Ordre du jour vun haut. Dat ass d'Diskussioun vun de Projets de loi 5325, 5422 a 5423, dräi Zousazprotokollen zu der Mënscherechtskonventioun. Déi dräi Projete ginn an enger Diskussioun behandelt. D'Riedezäit ass nom Modell 2 festgeluecht. Et si bis elo ageschriwwen: den Här Glesener, den Här Goerens an den Här Huss.

D'Wuert huet elo d'Madame Rapporteuse vun deenen dräi Projets de loi, déi honorabel Madame Lydie Err. Madame Err!

## 4. 5325 – Projet de loi portant approbation du Protocole N° 12 à la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales, fait à Rome, le 4 novembre 2000

## 5422 – Projet de loi portant approbation du Protocole N° 13 à la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales, relatif à l'abolition de la peine de mort en toutes circonstances, ouvert à la signature, à Vilnius, le 3 mai 2002

## 5423 – Projet de loi portant approbation du Protocole N° 14 à la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales, amendant le système de contrôle de la signature, à Strasbourg, le 13 mai 2004

## Rapport de la Commission des Affaires étrangères et européennes, de la Défense, de la Coopération et de l'Immigration

### Projet de loi 5325

**Mme Lydie Err (LSAP) rapporteuse.** - Merci. Här President, Här Minister, Dir Dammen an Dir Hären, wann ech richteg gezielt hunn, huet Äre Rapport ganzer 38 Sekonne gedauert, Här President, iwwert déi Sätzungswoch, déi d'lescht Woch zu Stroossbuerg vun der Assemblée parlementaire vum Conseil de l'Europe stattfonnt huet. Ech wëll lech domadder kengeweegs ze no trieden. Ech wëll domadder am Fong just éinnersträchen an éinnermaueren, dass d'Lëtzeburger Parlament an d'Parlamentarier en général – mä besonnesch eist – de Conseil de l'Europe largement énnerschrätzen. An ech hoffen, dass déi Opfassung gedeelt gëtt, wann ech lech zum Schluss vum menger Interventioun iwwert déi Protokollen, em déi et haut geet, e weineg d'Variatioun weise vun deenen Themen, déi d'lescht Woch zu Stroossbuerg diskutéiert gi sinn.

Viroop awer wëll ech probéieren e bësse kloer ze maachen, dass de Conseil de l'Europe net datselwecht ass wéi de Conseil europäen, well am normale Sproochgebrauch, a leider och hei am Haus, émmer nach verschidden Organer

vun verschiddenen europäeschen Organisatiounen matenee verwieselt ginn. Ech denken, dës Debatt ka vläicht och dozou benotzt ginn, fir eng ganz kuerz Begrëffserklärung ze maachen.

De Conseil de l'Europe, vun deem senge Protokollen mer haut schwätzen, ass eng international Organisatioun, déi hire Sätz zu Stroossbuerg huet, déi 46 Memberen zielt, dat heescht d'EU + 21, an net mam Conseil europäen ze verwiesselen ass, well de Conseil europäen, dee regelméisseg Versammlungen zweemol am Joer vun de Stats- a Regierungschefen zu Bréssel huet, spillt sech net am Kader vum Conseil de l'Europe of, mä vun der Union. D'Assemblée parlementaire ass souzesoen d'Parlament vum Conseil de l'Europe a besteet...

**M. le Président.** - Pardon, Madame Err, d'Madame Brasseur freet d'Wuert.

**Mme Anne Brasseur (DP).** - Souwuel den Här Grethen wéi och den Här Ausseminister hu gewisen, dass de Conseil europäen véiermol d'Joer zesummekënn, net zweemol.

**Mme Lydie Err (LSAP), rapporteuse.** - Véiermol d'Joer zesammen... Ech sinn also net um leschte Stand vun de Saachen. Ech hat och ni d'Éier, selwer derbäi ze sinn. Mä mir huelen déi Korrektur natierlech an den Text hei op.

D'Assemblée parlementaire ass souzesoen d'Parlament vum Conseil de l'Europe a besteet aus 630 Parlamentarier, déi vun den nationale Parlamentarier delegéiert ginn. Dovunner ass d'Halschecht effektiv Memberen an d'Halschecht Suppléanten. Contrairement zu de Memberen vum Europaparlament sinn also keng direkt Wahle fir dës Delegatiounen, mä et sinn national Parlamentarier, déi delegéiert ginn. D'Europaparlament huet säi Sätz och zu Stroossbuerg. Och dat dréit sécherlech heiansdo zur Konfusioun bäi, dass d'Parlament vun der EU praktesch duebel esou vill Deputéierten am Europaparlament huet, wéi d'Assemblée parlementaire vum Conseil de l'Europe.

Da gëtt et och nach d'Commission européenne des Droits de l'Homme. Dës Kommissioun gëtt et Gott sei Dank, zënter dass et eng Cour permanente zu Stroossbuerg gëtt, net méi, sou dass am Fong ee Sujet de confusion an dësem ganze Wirrwarr schonn aus der Welt geschafft ass. D'Commission européenne ass d'exekutiiv Organ vun der EU, där hire Sätz zu Bréssel ass. Gott sei Dank dréit dat vläicht zum Klärungsbedarf bäi.

Dann hu mer nach zwou international europäesch Gerichtsbarkeeten. D'Cour européenne des Droits de l'Homme, mat Sätz zu Stroossbuerg, dat ass d'Cour vum Conseil de l'Europe. Ech mengen, dass dat dat Organ ass, vun deem een d'Wichtigkeet net genuch kann éinnersträchen, well et obligatoresch Décisiounen fir d'Staten hält an zu munneche Rebuten um nationale Plang duerch seng Jurisprudenz scho bäigedroen huet.

En opposé hu mer d'Cour de Justice des Communautés européennes mat Sätz zu Lëtzebuerg. Déi garantiert de Respekt vum EU-Recht. Mir hunn dann och nach – an dat ass, mengen ech, d'Kärstück vum Europarat – d'Convention européenne des Droits de l'Homme. Zu dëser Konventioun hu mer haut dräi Protokollen virleien, em déi mer sollen herno e Vote huelen.

Iwwert d'Geschicht vum Conseil de l'Europe wier villes ze soen, ausser dat Essenziell, wat ech lech hei net wëll virethalen. Dat ass, dass en direkt nom Zweete Weltkrich geschafte ginn ass, fir ze probéieren, d'Léieren ze zéien aus dem Zweete Weltkrich, deen iwwert d'Leit an iwwert de Kontinent vun Europa vill

Misär bruecht huet. E puer kloer Käpp hu geduecht, Nationalismus a Friemenhaass wieren déi Ur-sache gewiescht, déi zu deem Krich gefouert hätten, an et misst een onbedéngt probéieren, déi Ur-sachen aus der Welt ze schafen, fir et fäerdeg ze bréngen, kee Krich méi op europäeschem Territoire ze kréien. Deelweis ass dat jo och, kann ee soen, gelongen.

Sou ass et de 5. Mee 1949 zur Grënnung vun dëser intergouvernementaler Organisatioun komm, dem Conseil de l'Europe. Als Symbol vun der däitsch-franséischer Versöhnung ass de Sätz zu Stroossbuerg festgehale ginn. Do ass also och de Sätz vum Generalsekretariat vun der Cour des Droits de l'Homme. Do versammele sech net nëmmen d'Ausseminister, mä och hir Représentants permanents. Do ass och de Sätz vun der Assemblée parlementaire, op déi ech herno wëll e bësselche méi genee agoen, dat och am Numm vun der Lëtzeburger Delegatioun um Europarat.

Ech liesen lech ee Saz vir aus de Grënnungsschrëften, den Artikel 1 vun der Convention européenne des Droits de l'Homme: «réaliser une union plus étroite entre ses membres afin de sauvegarder et de promouvoir les idées et les principes qui sont leur patrimoine commun et de favoriser leur progrès économique et social». D'Mënscherechter also sti ganz am Vierdergrond vun dëser Organisatioun. Ech denken och, dass ee ka soen, dass den Europarat déi éischt Etapp war vun der Integratioun vum Kontinent op enger Basis, déi allgemeng d'Mënscherechter, d'Rechtsstaatlechkeet an d'Demokratie sinn.

Ech wëll lech dann nach e Saz zitéieren vum Churchill, vum 11. August 1950, dee relativ gutt charakteriséiert, wat de Conseil de l'Europe ass: «Nous n'avons dans cette Assemblée ni responsabilité ni pouvoirs exécutifs, mais nous sommes tenus de faire entendre nos avertissements et nos conseils.» Genau dat passéiert, Dir Dammen an Dir Hären, och elo nach am Europarat all Kéieren, wann d'Assemblée parlementaire, wéi dat véiermol am Joer de Fall ass, zu Stroossbuerg zesummekënn.

D'Funktions vum der Europäescher Union a vum Conseil de l'Europe bréngt, besonnesch zënter dem Élargissement vun Europa an och dem Élargissement vun de Kompetenze vun Europa, émmer e bësseleche méi Schwierigkeete mat sech. Nom Fall vun der Berliner Mauer 1989 huet de Conseil de l'Europe e groussen Élargissement gemaach, deen entre-temps, e bësse méi kleng, och vun der Europäescher Union iwwerholl ginn ass. Doduerjer an duerch gemeinsam Kompetenzen ergi sech gewëssen Iwwerschneidungen, déi ee misst probéieren ze évitéieren.

Et ass jo och net par hasard, dass d'lescht Joer um Sommet zu Warschau eise Premierminister chargéiert ginn ass mat engem Rapport iwwert d'Relatiounen tëschent dem Europarat an der Union européenne, an natierlech ganz besonnesch wat de Respekt vun de Mënscherechter ubelaangt. Wa mer wëssen, dass am «Traité établissant une Constitution pour l'Europe» och eng Charta des droits fondamentales dran ass, dass mer zwou Gerichtsbarkeeten hunn, déi sech eventuell och kënnen iwwer Mënscherechtsfroen ausdrécken, esou ass et sécherlech wichtig, dass ee sech de Kapp zerbrécht, dass keng där anerer op d'Platbanden tréppelt, well soss ass de Sproch „Duebel genéit hält besser“ wierklech an der Praxis net gelongen, wann et herno méi Konfusioun gëtt, wéi Verstärkung vun där enger an där anerer.

Am Kader vun der Erweiterung vun dem Europarat no dem Fall vun der Berliner Mauer oder am Zesammenhang mat dësem Evénement



ass 1990 och d'Commission de la démocratie par le droit, communément Commission de Venise genannt, gegrënnt ginn. Dës Kommissioun, déi exklusiv aus Juristen, Experten en droit constitutionnel besteet, huet als Aufgab, d'Länner bei der Ausschaffung vun hire Verfassungen ze ënnerstëtzen an och op Froen iwwer Verfassungs- a Gesetzestexte, déi d'Mënscherechter betreffen, ze äntwerten, zum Beispill wat d'Justizwiesen, d'Pressefräiheet, de Schutz vu Privatlieden an Ähnlech geuet.

Lëtzebuerg ass – an ech mengen, dat ass derwäert ënnerstrach ze ginn – dat eenzegt Land aus Westeuropa, wat vun dëser Méiglechkeet vun der Commission de Venise Gebrauch gemaach huet. Dat war, kann ee soen, fir Lëtzebuerg en Exemple à poursuivre a fir déi aner Länner aus Westeuropa en Exemple à suivre, an zwar fir déi al Demokratien, fir net ze soen dat aalt Europa.

Haut zielt, wéi gesot, de Conseil de l'Europe 46 Memberstaten, dorënner Russland an déi lescht Memberen: Aserbaidschan, Armenien a Georgien. Dir kënn lech virstellen, dass d'Intéresse vun deenen eenzelnen Deputéierten aus deene verschiddene Länner net ëmmer déiselwech sinn, wat heiansdo zu ganz interessanten Debate féiert a wat et net ëmmer einfach mécht, op e gemeinsamen Nenner ze kommen. Iergendwéi packe mer et awer ëmmer erëm.

Ech mengen, dass een nach dräi Wieder soe kann zu den Aufgaben oder zu der Entwécklung vun der Assemblée parlementaire vum Conseil de l'Europe, déi sécherlech als déi eelsten internationalen Assemblée parlementaire ka betruecht ginn, déi aus demokratesch gewieltene Parlamentarier besteet.

Et gëtt véier Parlamentssessiounen d'Joer an d'Assemblée hält dräi Zorte vun Texter un: Recommandatiounen, dat heescht Propositionen, déi sech un de Comité des Ministres richten, wou d'Mise en œuvre also um Niveau vun de Memberstate muss gemaach ginn; Resolutiounen huele se am Bezuch zu enger Fro oder si ginn en Avis of, wat am Fong net méi ass wéi den Ausdrock vun der Meenung vun dëser pluralistescher parlamentarischer Versammlung.

Doriwwer eraus awer, iwwert déi normal parlamentaresch Akten, wielt d'Assemblée parlementaire de Secrétaires généraux, zwee Secrétaires adjoints, de Président vun der Assemblée parlementaire an d'Richtere vun dem europäesche Mënscherechtsgericht. Dat ass eng Kompetenz, déi een net genuch ënnersträiche kann.

Duerfir huet sech och dës Assemblée d'Moyene ginn, déi Selektioun vun deene Kandidaten, déi aus de Länner erakommen, ganz logesch ze gestalten. Et ass eng Sous-commission vun der Commission juridique et des Droits de l'Homme gegrënnt ginn. Déi ënnerhält sech also individuell mat deenen dräi Kandidaten, déi vun all Land musse proposéiert ginn, a si, dat heescht déi Sous-commission, proposéiert dann der Assemblée parlementaire deen hirer Meenung no kompetenteste Kandidat vun den nationale Lëschten.

Ech soen lech dat e bësselchen am Detail, well dat eng Prozedur ass, déi wierklech duerchduecht ass an déi dozou bäigedroen huet, dass net nëmme déi Prozedur transparent ass, mä dass se och eng gewëssen Effektivitéit huet. Ech denken, dass ee sech bei anere Memberen, wéi zum Beispill bei deene vum Comité pour la prévention de la torture, och kënn eng ähnlech Prozedur afale loossen, well vun där si mer de Moment jiddfalls nach wäit ewech.

Wat ass den CPT, de Comité pour la prévention de la torture? Dat ass sécherlech ee vun deene ganz wichtegen Organer vum Conseil de

l'Europe. D'Membere vun deem Comité kënnen an der eenzelne Memberstaten a Prisongen, Spideeler, Kannerheemer goen, fir ze kucken, ob d'Mënscherechter op deene Plazen, wou déi fragilste Mitglieder vun enger Gesellschaft normalerweis sech ophalen, respektéiert ginn oder net. Si kënnen dohinner goen onugemellt oder mat Umeldung. Si kënnen och Experte mathuelen. An dësem Comité, dem Comité pour la prévention de la torture, ass och ee Représentant vun all Land, deen also mat un dëse Missiounen deelhëlt. Déi Kommissioun stellt dann och no all Visite e Rapport vir.

E staarke Punkt war am Fong bis elo ëmmer deen, dass déi Rapporte vun deem CPT do geheim bliwwen sinn. Doduerfir war am Fong och keng Obstruktioun vun de Memberstate fir déi Visité vum CPT ze empfangen. Hautdésdags, wou mer d'lescht Woch zum Beispill Rieds haten iwwer suspekt Flich vun der CIA am Zusammenhang mat de sou genannten Terroristen, déi zu Guantánamo vun den amerikanesche State festgehale ginn a wou der sollen iwwer europäeschen Territoire geflu gi sinn, respektiv hir Torture an europäesch, eventuell souguer europäesch Memberstaten ausgesourced gi sinn, stellt sech natierlech d'Fro, ob den CPT, wann dann déi Campé sollten identifizéiert sinn, soll weiderfuere déi Rapporte, déi eventuell da kënnen erstellt ginn, secret ze halen.

#### **(Coups de cloche de la Présidence)**

Déng se eppes, och dann, wann d'international Communauté kollektiver Verantwortung ass, wa se net kënnen dëser internationaler Communauté, besonnesch der internationaler Press, zougänge gemaach ginn? Dat ass eng Fro, déi ech fir haut hei an dësem Raum wëll stoe loossen, op déi mer sécherlech nach zu Stroosbuerg oder soss nach anzwousch zrëckkommen.

En nächste Punkt seet: Zu den Aufgabe vun dësem Conseil de l'Europe gehéiert och d'Wahlbeobachtung. An do adresséieren ech mech méi speziell un lech, Här President, well mir als Lëtzeburger Delegatioun beim Conseil de l'Europe am Fong déi eenzeg Delegatioun sinn, déi prinzipiell net d'Autorisatioun vun der Chamber huet, deelzehuele wéi aner Parlamentarier aus anere Länner, wann an iergendengem Memberstat oder net, wéi zum Beispill elo kierzlech a Palästina, den Europarot nationaler Parlamentarier delegéiert fir d'Wahlbeobachtung.

Als eent vun deene wierklech wuegestanene Länner aus dëser Organisatioun, mengen ech, ass dat eng Décisioun, déi een onbedéngt revidéiere misst, an et ass och an deem Sënn, wou déi heiten Diskussioun eventuell iwwert de Sujet eraus, deen haut eigentlech um Ordre du jour steet, kann interessant sinn, du moins fir déi Leit, déi an der Delegatioun vum Conseil de l'Europe sinn.

D'Assemblée parlementaire vum Conseil de l'Europe huet sech awer och Kompetenzen arrogéiert, kënn ee bal soen, déi eigentlech net am Grënnertext stoungen. Esou gëtt et zum Beispill all Joer e Rapport an der Commission juridique iwwert d'Exekutioun vun de Arrêté vum der Cour vu Stroosbuerg, well et geet natierlech net duer, dass Arrêté gesprach si vun enger Cour, där hir Gerichtsbarkeit obligatoresch fir all Memberstaten ass, wann déi Décisiounen, déi geholl gi sinn, an de Länner net exekutéiert ginn.

Lëtzebuerg huet do – an une fois n'est pas coutume – eng Kéier eng Virrangstellung, well Lëtzebuerg exemplaresch déi Décisiounen, déi vu Stroosbuerg komm sinn, ëmgesat huet. Esou geet zum Beispill eis Groussreform vun 1996, mengen ech, iwwert de Statsrot zrëck op en Arrêt, dee vu Stroosbuerg koom, dee berühmten Arrêt, zu

Lëtzebuerg jiddfalls berühmten Arrêt Procola, deen eis dozou forcéiert huet, eis internationale Kritären unzepassen, wat d'Gewaltentrennung, d'Aviseieren, d'Jurisdictionen an esou weider ubelaangt.

E leschte Punkt zu de Kompetenz vum Conseil de l'Europe ass eng Procédure de suivi. Och déi huet d'Assemblée praktesch erfonden an déi geet am Fong doréms, dass Länner, déi am Conseil d'Europe dra sinn, geleeëntlech, wa se e konkrete Problem stellt oder awer wann Délaien oflafen, déi verschidde Länner bei hirem Antrëtt an dës Gemeinschaft kritt hunn, ze kucken, ob déi Engagementer, déi agaange gi sinn, och an der Praxis ëmgesat gi sinn. Och op dësem Punkt sinn natierlech déi leschtgenannte Memberstaten, déi nei Memberen, méi oft um Tour wéi déi al.

Eent vun deenen ale Memberen, d'Türkei zum Beispill, war awer net méi spéit wéi d'lescht Joer Objet vun esou enger Procédure de suivi, wou dunn awer décidéiert ginn ass, déi Prozedur opzehalen a wou just Konditiounen gesat gi sinn, déi da sollten nach an där nächster Zäit och vun der Türkei erfüllt ginn. Dëst sécherlech och an Hisiicht op déi Diskussioun iwwer en eventuelle Bäitritt vun der Türkei an d'Europäesch Unioen, deen natierlech nëmme da kënn passéieren – an ech soen dat am Conditionnel –, wa virun allem, ausser deenen ekonomesche Kritären an dem Acquis communautaire, all Froen um Niveau vun de Mënscherechter, vum Demokratieverständnis a vum Rechtsstat erfüllt sinn.

D'Basisdokument vum Conseil de l'Europe ass d'Convention européenne des Droits de l'Homme, déi Protokoller vun deene mir haut Rieds hunn an déi mer herno sollten interpretéieren.

Mir hunn also am éischten, dem Protokoll N° 12, de Champ d'application vum Artikel 14 vun der Konventioun erweidert, an ech zitéieren dësen Artikel 14, dee seet: «La jouissance des droits et libertés reconnus dans la présente Convention doit être assurée, sans distinction aucune, fondée notamment sur le sexe, la race, la couleur, la langue, la religion, les opinions politiques ou toutes autres opinions, l'origine nationale ou sociale, l'appartenance à une minorité nationale, la fortune, la naissance ou toute autre situation.»

Dësen Artikel, dee wuel de Prinzip vun der Non-discrimination festhält, beschränkt awer déiselwech nëmme op Rechter, déi an der Konventioun festgehale sinn. De Protokoll N° 12 awer bréngt eng Extensioen vum Champ d'application vun dësem Prinzip, andeem dass e seet, dëse Prinzip wennt sech un net nëmme op d'Rechter aus der europäescher Mënscherechtskonventioun, mä och op all legal Dispositiounen an deenen nationale Staten.

Dëse Champ d'application, deen erweidert gëtt, ass also och fir Lëtzebuerg vu fundamentalem Interesse, well en eng Base légal gëtt fir all Cas de non-discrimination, déi mir net onbedéngt an engem spezielle Gesetz scho festgehale hunn, an ech mengen, dass beispillsweis d'Commission de l'Égalité entre les hommes et les femmes gutt géif dorunner doen, sech dëse Protokoll N° 12 e bësselche méi genee unzekucken a sech ze iwwerleeën, wat fir eng Aktionsméiglechkeete sech eventuell aus dësem Protokoll zu Lëtzebuerg kënnen erginn.

Mir hunn zu Lëtzebuerg iwwert dëse Prinzip de Non-discrimination verschidden internationaler Texter, déi ech net onbedéngt wëll opzählen, mä virun allem d'Convention sur l'élimination des discrimina-

tions entre les hommes et les femmes, op déi mer ëmmer erëm zrëckkommen a par rapport zu där mer och zu Lëtzebuerg nach Lacunen hunn, déi eventuell dëse Protokoll N° 12 kann opfellen.

Lacunen hu mer an eiser Gesetzgebung wat d'Non-discrimination ubelaangt nach zwou, jiddfalls zwou, déi mer bis elo festgestallt hunn, an zwar zwou, déi sech aus dem Code civil erginn, an zwar geet et ëm déi Artikelen 380 am Fall vun der Autorité parentale tëschent bestueten an net bestueten Elteren an den Artikel 349,...

#### **(Coups de cloche de la Présidence)**

...deen eng Diskriminatioun duerstellt tëschent Adoptivkanner a legitime Kanner.

Et ass wichteg fir zu dësen zwou Lacunen ze soen, dass dat d'Ursaache waren, firwat de Statsrot esou laang gebraucht huet, fir den Avis zu dësem Protokoll ze ginn, well bis haut huet Lëtzebuerg am Prinzip seng Législatioun geännert fir sech konform ze setzen zu internationalen Instrumenter, déi mer adoptéiert hunn, während hei am Fong op eemol eng Adoptioun vun engem internationalen Text soll kommen, ouni dass mir am Viraus scho konform sinn. Duerfir meng Invitatioun un d'Regierung, un deem gudden ale Gebrauch, dee mer zu Lëtzebuerg haten, festzehalen an an nächste Konventiounen, déi kommen, och d'national Incompatibilitäten aus der Welt ze schafen, ier mer nei Instrumenter unhuelen.

Elo ass et natierlech duerfir ze spéit. Net ze spéit ass et allerdings, fir deem zoustännege Ministère – an dat ass de Ministère de la Justice – an Erinnerung ze rufen, dass, fir konform zu dësem Protokoll N° 12 ze sinn, d'Artikelen 380 an 349 vun eise Code civil musse geännert ginn, fir dësem Prinzip gerecht ze ginn.

Den Text vum Protokoll méi en elo virläit wa an ass, wat mech ubelaangt jiddfalls, fir d'Assemblée parlementaire vum Europarot net zefridde stellend. Firwat? Well an eisen Aen, an den Ae vun der Assemblée, de Prinzip vun der Netdiskriminatioun zesummen Hand an Hand ze goen huet mam Egalitéitsprinzip. Duerfir hat och d'Assemblée an engem Avis zu dësem Protokoll N° 12 proposéiert, den Netdiskriminatiounsprinzip ze verstärken duerch eng explizit Aschreiwung vum Egalitéitsprinzip an d'Convention européenne des Droits de l'Homme.

Dunn ass vu Leit, déi vläicht Fachleit si wat d'Mënscherechter ubelaangt, mä net onbedéngt ëmmer och nach gläichzäiteg Fachleit si wat Fraerechter ubelaangt, gemengt ginn, dat kënn een net maachen, well wa géif en Egalitéitsprinzip tëschent Männer a Fraen drastoe kommen, da wier dat eng Atteinte op de Principe d'universalité.

Dat ass e ganz uraalt Argument wat ëmmer erëm aus der Täsche gezu gëtt, wann et ëm Fraerechter geet, awer wat absolut net richtig ass, well Fraen a Männer sinn zwou Komponente vun der Mënschheet, a wann een de Prinzip vun der Gläichheet vun dësen zwou Komponente feststellt, dann heescht dat net, dass och nach Jugendlech a Chômeuren an handicapéiert Leit eventuell e Recht hätten, sech op deen nämlechen Egalitéitsprinzip an engem Verfassungstext kënnen ze beruffen.

Et ass also op Basis vun engem falsche Rasonnement wou den Egalitéitsprinzip zesumme mat dem Netdiskriminatiounsprinzip net an dësem Protokoll agedroen ass, mä mir hunn, Här Ausseminister an Dir Kolleegen, eng eenzegarteg Chance deemnächst, wa mer den Artikel 11 vun eiser eegeger Verfassung zu Lëtzebuerg änneren, dem Conseil de l'Europe ze beweisen, wat hei Sache ass, an dass dat eent ouni dat anert am

Fong nëmme eng hallef Saach ass.

Mir sinn zwar elo scho laang amgaang, mä vläicht brénge mer et jo dann och fäerdeg, eng Kéier aus Lëtzebuerg eraus eng Lektioen ze ginn op internationalem Plang, andeem mer net nëmme den Egalitéitsprinzip tëschent Männer a Fraen an eise Artikel 11 festhalen, mä och den Netdiskriminatiounsprinzip zesumme mat der Méiglechkeet, Action-positiven ze maachen, fir eben déi zwee Prinzipien an der Praxis kënnen ëmzesetzen.

Zur Konklusioun ass ze soen, dass de Protokoll N° 12 also ganz kloer eng Valeur ajoutée ass fir Lëtzebuerg, fir seng Législatioun an natierlech fir seng Bewunner, well se am Fong en Instrument juridique méi kréien, op dat se sech kënnen beruffen, fir eng eventuell Diskriminatioun vun eise Gerichtsbarkeete kënnen kontrolléieren ze loossen.

■ **Une voix.** - Très bien.

#### **Projet de loi 5422**

■ **Mme Lydie Err (LSAP), rapporteuse.** - Zum Artikel 13: Do si mer – une fois n'est pas coutume – nach eng Kéier wierklech exemplaresch. Et geet bei dësem Protokoll ëm d'Ofschaffung vun der Doudesstrof an alle Memberslänner. De Protokoll N° 6 vun 1983 ass deen éischten,...

#### **(Coups de cloche de la Présidence)**

...deen iwwert dëse Sujet ënnerschriwwen ass. Hien hat datselwech Objektiv, huet de Memberstaten awer deemools nach d'Méiglechkeet gelooss, se a Krichszäiten erëm anzeféieren.

Eis Législatioun ass an der Rei, an zwar scho vun engem Gesetz vun 1979 un, wat ofgeschafft ginn ass op Initiativ vum deemolege Justizminister Robert Krieps, deen an enger Zäit wou d'öffentlech Meenung nach fir d'Doudesstrof war, dëst Gesetz an d'Chamber bruecht huet, ofstëmme gelooss huet a Lëtzebuerg am Fong domadder erlaabt huet, eng Virreiderroll ze spillen op dësem Punkt vun der Ofschaffung vun der Doudesstrof.

E puer Joer drop, dräi Joer drop, hu mer d'Doudesstrof och zu Lëtzebuerg aus dem Katalog vun de Militärstrofe gestrach, an 1999 ass souguer an eiser Verfassung festgehale ginn: «La peine de mort ne peut plus être établie.» Mir sinn also, kann ee soen, am Viraus méi wéi konform zu deem Protokoll, dee mer haut unhuelen, an dat ass, Här Ausseminister, am Fong d'ideal Situatioun.

Et wier besser, wann all international Konventioun, déi kënn, kéint kommen, well mer eis virdrun a Konformitéit gesat hunn, well soss ass et am Fong eng theoretisch Moosnam, wa mer fir d'éischt d'Konventiounen unhuelen an dann eis Hausaufgabe maachen. Logescherweis misst een d'Hausaufgabe maachen ier een eng Konventioun unhëlt.

D'Doudesstrof ass awer sécherlech, och wann et hei zu Lëtzebuerg kee striddegt Thema méi ass, e grouse Problem an eiser Welt, a besonnesch bei verschiddene Länner, déi beim Europarot Beobachterstatus hunn, an zwar Japan an Amerika. An deem Moment, wou nämlech de Conseil de l'Europe e weidere Schrëtt mécht fir d'Doudesstrof ze veruerteelen, ass an den USA den 30. November vum leschte Joer den dausendste Prissonéier exekutéiert ginn.

Hei gëtt d'Roll vum Conseil de l'Europe nach eng Kéier ganz kloer. De Conseil huet nämlech am Joer 2003 eng Resolutioun ugeholl, an där en d'USA a Japan dozou opfuerdert, d'Doudesstrof ofzeschaffen. De Conseil kann nämlech an deem Beräich en Afloss hunn. A woufir? Well déi zwee Länner zënter 1996 beim Europarot Beobachterstatus hunn. Déi missten am



Prinzip och déi Konditiounen a Prinzipiën vun deenen normale Memberstate respektéieren.

Et ass also absolut onlogesch, dass mir vun eisen neie Memberstate verlaangen, dass si konform sinn zu de Protokollen an zu der Konventioun vun de Mënscherechter, ouni datselwecht vun deene Länner ze verlaangen, déi Observateursstatus hunn, an ech kann lech och soen, vu dass et ganz schwiereg, wann net onméiglech ass, mat den USA oder mat den Deputéierten aus den USA e wirklechen Dialog iwwer d'Ofschaffung vun der Doudesstraf ze féieren, dass mir wirklech seriö dorun denken, fir de Beobachterstatus vun den USA eventuell opzehiewen, well de Moratorium, dee verlaangt ginn ass, net ugesot ginn ass, a well am Fong aus den USA nach ëmmer Zeeche kommen, déi wirklech an déi entgéegengesate Richtung ginn.

Sou gëtt jo viru kuerzem och erëm geplangt, d'Doudesstraf erëm anzeféiere fir déi Leit, déi zu Guantánamo festgehale ginn, ënnert der Inculpatioun, mä net ënnert der Condamnatioun, Terroristen ze sinn. Et ass also, wéi ee ka soen, une affaire à suivre.

Duerfir ass et natierlech kloer, dass och déi Diskussioun ënner anerem d'lescht Woch um Conseil de l'Europe d'Wellen héich schloe ge-looss huet iwwer d'Suspicioun vu Flich vun der CIA mat sou genannten Terroriste vu Guantánamo, déi sollen iwwer europäeschen Territoire geflu sinn, well – ech esen alles am Conditionnel – a verschiddene Länner, och an Europa, nottamtam an deem neien Europa, Campen operéiert solle gi si fir déi Torturen, déi zu Guantánamo net méi akzeptabel wieren – nach ëmmer am Conditionnel –, souzesoen auszesourcen.

Ech ginn lech herno, Här Ausseminister, zesumme mat dëser Motioun, eng Lëscht vu Flich, déi mer zu Stroossbuerg ausgedeeelt kritt hunn d'lescht Woch um Conseil de l'Europe, a wou eng Hällewull vu Flich vun der CIA drop stinn, wou een net genau weess, wat se transportéiert hunn, wou se geflu sinn an ob se Autorisatiounen hate fir de Survol vum europäeschen Territoire. Mir wëssen also net wou se higeflu sinn, an all Memberstat vum Conseil de l'Europe ass d'lescht Woch opgefuerdert ginn, Kloeerheet um nationale Plang ze schafen iwwer verschidde Froen, op déi ech ganz zum Schluss vu menger Ried nach eng Kéier ganz prezis drop aginn, an der Hoffnung, dass mer hei eng Äntwert kréien, déi mer och kënne mat op Stroossbuerg huelen, well déi Affär ass net eriwuer, déi ass eréischt ugaangen.

Mir haten elo just en Débat d'actualité d'lescht Woch an am Abrëll kënnt e richtege Rapport, wou dann och d'Resultater vun deenen Investigatiounen, déi a sämtleche Memberstate solle kommen, zesummegefaasst ginn an dann och d'Konklusiounen aus dësem Tatbestand solle kënne gezu ginn.

#### Projet de loi 5423

Da bleift de leschte Protokoll, de Protokoll N° 14. Dat ass gegebenfalls dee wichtigsten, net vum Prinzip hier, mä vum Fonctionnement vum Conseil de l'Europe hier, well et geet ëm eng Reform vun der Cour européenne des Droits de l'Homme, déi am Fong dat éischt internationaalt europäescht Geriicht ass, wat de Moment fir 800 Milliounen Europäer zoustänneg ass a Saache Mënscherechter.

Dës Cour existéiert zënter 1958, mä eréischt zënter 1998 ass et eng permanent Geriichtsbarkeet, an den Impakt vun dëser Geriichtsbarkeet ass enorm wichtig, well ëmmer méi Leit, wa se onzefridde sinn a Saache Mënscherechter, ier se ugefaangen hunn nozedenken, soen: A wann et hei net opgeet, da ginn ech op Stroossbuerg!

Et muss een natierlech soen, dass et net esou einfach ass mat enger

Affär bis op Stroossbuerg ze kommen, a mat der Garantie, dass se recevabel ass an dass de Fong kann analyséiert ginn. Well ier d'Stroossbuenger Cour zoustänneg ass, muss ee fir d'éischt um nationale Plang all aner Geriichtsweeër ausgeschafft hunn, fir kënne zu Stroossbuerg eng Décisioun ze verlaangen.

Dëse Protokoll ass enorm wichtig, an dat geet och dorauer ervir, dass an dësem Protokoll exzeptionell absolut keng Reserv méiglech ass an dass d'Entrée en vigueur vun dësem Protokoll eréischt ka passéieren dräi Méint nodeem dee leschte Memberstat säin Instrument de ratification beim Secrétaire général ofginn huet.

De Moment sinn et nach 21 Länner vun deene 46, déi net ratifizéiert hunn – hoffentlech sinn et der muer nëmme méi 20. Dat just fir lech ze soen, dass och wa mir hei ratifizéiert hunn, nach 20 Länner iwwer bleiwen, ier dëse wichtige Protokoll kann a Kraaft treden. An ënnert dëse Länner, déi nach net ratifizéiert hunn, sinn och Länner wéi eis Nopeschlänner Holland oder aner europäesch Länner, Spuenien, Irland an Ähnleches. Mir sinn also bis elo jiddefalls net an esou schlechter Gesellschaft wéi dat heiansdo gemengt ginn ass an dëser Saach.

Wat de Protokoll 14 selwer ublaangt, sou gëtt do virun allem d'Prozedur geännert, déi um Geriicht zu Stroossbuerg suivéiert gëtt.

Deen zweete wichtige Punkt – an ech kommen herno nach eng Kéier op d'Prozedur zrëck – ass den Artikel 59, deem d'Méiglechkeet gëtt, dass d'Union européenne kann der Mënscherechtskonventioun bäitrieden. Dat ass eng vun deene grouse Revendicatiounen, mä et ass awer e Punkt, deem am Fong elo an der Praxis ofgeschwächt muss ginn doduerjer, dass d'Union zwar duerch den «Traité établissant une Constitution pour l'Europe» eng personnalité juridique fir d'Union virgesinn huet, mä vu dass den Traité net en vigueur ass, huet also de Moment d'Union d'Personnalité net fir kënne dësen Artikel 59 unzewenden an der Konventioun bäitrieden.

Mir heibannen – oder jiddefalls eng Majoritéit – hoffe jo awer sécherlech, dass mer dat deemnächst kënne ophuelen an dass esou eng Zesummenaarbecht och um Plang vun de Mënscherechter tëschent der Europäescher Union an dem Conseil de l'Europe weider sollt méiglech sinn.

Da war an dësem Protokoll nach eppes dran, wat awer duerch den Avis vum Statsrot erauskomm ass, an zwar eng Fro, déi am Zesummenhang stoung mat der Publikatioun vun den Arrêté vum der Cour vu Stroossbuerg, wou hei eng Dispositioun vun der Regierung virgeschloe ginn ass. Eng Dispositioun, déi awer erausgeholl ginn ass, well se éischtens näischt mam Protokoll selwer ze dinn huet an anerersäits och ouni formell Gesetz kann a Kraaft gesat ginn.

D'Cour vu Stroossbuerg, dat europäescht Mënscherechtsgeriicht, ass – kann ee soen – Opfer vu sengem eegene Succès. Sou geet d'Zuel vun den Affären, déi zu Stroossbuerg unhängeg sinn, dramatesch an d'Luucht. 1990 waren et 5.300 Affären, 1998 waren et der 18.000 an 2003, dat heescht virun zwee Joer, waren et 65.000 Affären.

Dat léisst een erschrecken, well ee sech fret, wéi da 46 Länner et jee solle fäerdeg bréngen, dee ganzen Arriéré judiciaire hei opzeschaffen. Abee, dëse Protokoll N° 14 soll eben d'Instrumenter, d'Méiglechkeete schafen, dësen Arriéré aus der Welt ze schafen.

Derbäi kënnt, dass de President vun der Cour uganks Januar e Rapport gemaach huet iwwer d'Joer 2005, aus deem ervirgaangen ass, dass d'lescht Joer 54%

méi Affäre liquidéiert, also ofgeschloss gi sinn, wéi dat Joer virun. Sou dass souguer ouni déi Reform aus dem Artikel 14 am Fong d'Organisation interne vun der Cour et méiglech gemaach huet, fir no an no deen Arriéré do opzeschaffen.

Well et kann net sinn, dass Europäer géint hir eege Geriichtsbarkeete kloen, well se d'Affären ze laang schleefe loosse, an da schleefe se zu Stroossbuerg nach eng Kéier méi laang wéi dat hei de Fall ass. Dat Ganz ass also onplausibel, an dofir kommen ech dann och elo dozou fir ze erklären, wat fir eng Méiglechkeeten dëse Protokoll gëtt, fir méi schnell iwwer d'Ronnen ze kommen.

De President vun der Cour huet viru 14 Deeg awer och nach aner interessant Saache gesot. An zwar huet hien d'Zuel genannt vun deenen Décisiounen vun hirer Cour, déi Violatiounen vu Mënscherechter feststellen, also eng Hitparade souzoe vun de Länner opgestallt, déi am meeschte respektiv am wéinegste Mënscherechtsviolatiounen hunn.

A mir sinn do – an dat wäert lech net wonneren – bei där Kategorie vun deene 27 Länner, déi manner wéi zéng Violatiounen d'Joer reprochéiert respektiv zu Stroossbuerg festgestallt kréien. Déi meescht Violatiounen op sengem Aktiv – wann een esou ka soen – oder Passiv huet d'Türkei mat 270, d'Ukraine mat 119, Griichenland mat 100, Frankräich mat 51, etc. Mir sinn also do ganz ënnen, wat am Fong och e bësselche logesch ass, well mer jo méi e klengt Land sinn, manner Leit hunn a forcément manner Rekurse missten hunn.

Wat fir eng Affären hu mer zu Lëtzebuerg? Dat si mer gewuer gi bei enger Entrevue, déi mer mat dem Lëtzebuenger Représentant op der Cour européenne des Droits de l'Homme zu Stroossbuerg haten. Mir hunn de Moment 32 Affären unhängeg zu Stroossbuerg:

- Aacht Affäre ginn iwwer d'Durée de procédure – Dir gesitt also, dass et och fir eis wichtig ass, dass et zu Stroossbuerg weidergeet, fir dass déi Cour do hir Glaubwürdigkeet och vis-à-vis vun eise Bierger behält;

- véier Affäre ginn iwwer den Droit à la liberté (den Artikel 5 vun der Konventioun);

- véier iwwer d'Équitéit vun der Prozedur;

- dräi Affäre ginn iwwer d'Protection de la propriété (am Zesummenhang mat der Expropriation pour cause d'utilité publique – do si jo Affären, déi an där Hisiicht scho ganz bekannt sinn);

- eng aner Affär nach iwwer d'Prozedursfroen;

- eng Affär iwwer den Artikel 8 an

- eng iwwer den Artikel 10, d'Liberté d'expression.

Dat einfach fir lech e klengen Aperçu ze ginn iwwer dat, wat d'Lëtzebuenger wichtig genuch fannen, fir domat op Stroossbuerg ze goen.

Zur Prozedur: D'Méiglechkeete fir méi schnell virunzekomme mat engem ganze Koup vun Affären ass éischtens d'Méiglechkeet vun neien Irrecevabilitéiten, déi agefouert ginn an déi kënne toiséiert ginn, net vun enger ganzer Compositioun, mä vun engem eenzelne Riichter. Wann also bis elo 54% méi vun den Affären konnten eliminéiert gi wéi dat Joer virun, da war dat ëmmer a Compositioun mat dräi Riichteren, während elo d'Méiglechkeet agefouert gëtt, Irrecevabilitéite vun engem eleng ze kucken. Mir kënne also dovunner ausgoen, wann dëse Protokoll en vigueur ass, dass dräimol méi Affäre

kënne toiséiert ginn an darselwechter Zäit, vun deeneselwechte Leit. Besonnesch och dann ass dat nach de Fall, dass Affäre kënne irrecevabel erkläert ginn, wann de Préjudice net wichteg ass.

Lëtzebuerg war – an ech mengen, dat ass derwäert ënnerstrach ze ginn – zu senger Eier der Meinung, et wier eigentlech besser, wann dës Irrecevabilitéit net géif agefouert ginn. Ënner anerem wéinst der Lëtzebuenger Reklamatioun op dësem Prinzip, deem dovunner ausgeet, dass eng Affär net unbedéngt muss e grouse Schued gemaach hunn, fir eng wichteg Fro um Niveau vun de Mënscherechter duerzestellen, ass am Fong den Text vum Protokoll e bësselche geännert ginn. Et steet also elo am Text: «Sauf exception, si le respect des droits de l'Homme exige un examen de fond et sans pouvoir rejeter une affaire qui n'a pas été dûment examinée par une juridiction nationale.»

Ech ginn lech e Beispill. Mir ass eng Affär bekannt, déi vu Lëtzebuerg aus op Stroossbuerg komm ass, well eng Zeiin an engem Divorce-Prozess sech hannert dem Secret de la vie privée verschanz huet fir auszesoen, ob se oder net eppes wéisst iwwer d'Relatiounen vun engem vun deenen zwee Partnern.

Dat ass eng Affär, déi eigentlech kee grouse Préjudice duerstellt, mä déi awer prinzipiell esou wichtig ass, dass ee muss kucken, ob eis Gerichter nach kënne fonctionnéieren, wann dee Prinzip géng generell unerkannt ginn, well wann d'Justiz ganz muss op Zeienaussoe verzichten, well jiddfer Zeie sech potenziell kéint hannert der Protection de la vie privée verstoppen, da wier dat natierlech en enormen Impakt, deem och fir Lëtzebuerg kéint dramatesch ginn.

Dofir hu mer also hei eng Formulatioun, un där Lëtzebuerg matgeholf huet se ze kréien, déi misst kënne dat Utilet mat deem Wichtege verbannen, dat heescht et erlabe méi schnell weiderzekomme, ouni awer doduerjer ze verhënneren, dass eventuell Prinzipienaffären net kéinten um Fong gekuckt ginn.

Eng drëtt Méiglechkeet, déi an dëser Prozedur dozou wäert bäidroen, den Arriéré opzeschaffen, ass, dass formell an dësem Protokoll drasteet, dass op allen Niveaue vun der Prozedur zu Stroossbuerg soll gekuckt ginn, fir e Règlement amiable ze kréien, dat heescht fir d'Médiatioun um Niveau vun den internationale Mënscherechter anzeféieren, dat heescht eng Procédure confidentielle. An da steet souguer nach dran, dass, wann déi Médiatioun, déi confidentielle ass, duerchgeet, an d'Décisioun vum Tribunal nëmmen nach drauste kënnt, ëm wat fir eng Faiteen dass et gaangen ass a wat bei där Affär erauskomm ass, esou dass et ganz kloer ass, dass et net nëmmen dozou féiert, Affären aus der Welt ze schafen, mä déi Prozedur also och ganz prezis festgehalten ass.

Den Âge limite vun de Riichtere läit bei 70 Joer. Dat schéngt vill, dat war awer bis elo net evident. A wat ech och nach wichteg fannen, dat ass, dass d'Durée vun hirem Mandat op néng Joer ausgewäit ginn ass, während hire Mandat awer net méi ka renouveléiert ginn.

Wat och interessant ass, besonnesch fir all déi Leit aus der Commission juridique, mengen ech, an ech fannen et duerfir awer och wichteg ze ënnersträchen, dat ass, dass zu Stroossbuerg e Riichter kann eng Révocatioun vu senger Kollegen ausgesprach kréien, wann zwee Drëtter vun deenen anere Riichteren aus deenen anere Länner der Meinung sinn, dass ee vun hire Kollege seng Aarbecht net méi seriö erfëllt. Ech mengen, dass dat interessant ass, well dat hält engersäits d'Indépendance vun de Riichtere fest an et gëtt awer anerersäits eng Méiglechkeet fir Leit, déi hiren Aufgabe wirklech

net méi nokomme kënne, aus dem Verkéier ze zéien, natierlech am Intérêt vun der Saach vun de Mënscherechter, ëm déi et hei geet.

Et gëtt mir elo leider alles ze laang, Här President, dofir, wann Dir erlaabt, géng ech lech hei d'Konklusioun matgi vun engem Rapport, fir se eventuell u meng Resolutioun unzeheften. Dat do si Konklusiounen, déi geholl gi si vun engem Groupe d'experts, dee sech iwwerluecht huet, wat een iwwer déi Dispositiounen eraus, déi elo am Artikel 14 stinn, nach kéint maachen, fir dass et géng weidergoen.

Dat ass duebel interessant, net nëmme well dat sech zu Stroossbuerg kéint als effikass erweisen, mä besonnesch well och do Saachen drënner sinn, déi ee fir eis eege Geriichtsbarkeete kéint an d'A faassen, well wa 46 Représentanten aus ganz Europa zu Konklusiounen kommen, da brauch och Lëtzebuerg sech net ze genéieren, fir sech un där enger oder anerer Dispositioun dovunner ze inspiréieren. Dofir wëll ech elo hei net op den Detail agoen, mä ech mengen, dass et interessant ass an dass jiddferen, dee speziell interesséiert ass, sech dat ukucke soll.

Zum Schluss kommen ech dann zu den Aktivitéiten vun der leschter Woch, Här President an Här Minister. Deen éischten a wichtigste Punkt ass deem op deem ech herno nach eng Kéier zrëckkommen, mat e puer Froen un lech, d'Allégation de détention secrète dans les États membres du Conseil de l'Europe, am Zesummenhang also mat deene sou genannten Terroriste vu Guantánamo.

Do kënnt also am Abrëll e Bericht, a mir brauchen, fir dee Bericht kënnen ze erstellen, Kloertext. Dofir déi Froen un lech, Här Ausseminister – wann ech se elo direkt erëmfannen. Voilà!

Éischtens: Ass et esou, dass d'Lëtzebuenger Regierung systematesch informéiert ass iwwer dat, wat sech um Niveau vun eise Geheimdängscht an dem Geheimdängscht vun deenen anere Länner ofspilt, plus particulièrement wat d'CIA betrëfft, an dat, wat d'Aktivitéiten op oder iwwer eise national Territoire betrëfft?

Zweet Fro, Här Minister: Huet d'Lëtzebuenger Regierung Informatiounen, dass et iergendwou op europäeschem Territoire géng geheim Plaze ginn, wou Leit détenéiert ginn, déi vu Guantánamo aus an Europa géifen ausgesourced ginn, fir hei Saache mat hinnen ze maachen, déi no all deem Gedäisch, dat zu Guantánamo war, schwierreg, wann net onméiglech wieren, do ze maachen?

Déi nächst Fro: Huet d'Regierung Connaissance driwwer, dass amerikanesch Flieger, vun deenen ech lech d'lescht derbäiginn, Här Minister, wou d'Immatriculatioun a verschidden Date bekannt sinn, iwwer Lëtzebuenger Territoire geflu sinn? Wësse mir eppes dovunner? Huet Lëtzebuerg jee eng Autorisatioun ginn, fir dass dat esou kéint passéieren? A wann dat esou sollt gewiescht sinn, kënnt Dir eis iergend eppes soen iwwer d'Frequenz vun deene Volen?

Déi aner Fro ass: Gëtt et eng Base juridique, déi et méiglech mécht, dass en Transport vu Persounen vun engem Drëttland iwwer eisen Territoire ka stattfannen? Wa jo, wat fir eng sinn dës Konditiounen?

An déi lescht Fro, Här Minister: Huet eis Regierung Connaissance driwwer, datt Flieger, déi hei op der Lëscht opgezielt sinn an nottamtam vun der CIA bedriwwen ginn, iwwer Lëtzebuerg geflu sinn oder hei stallgehalen hätten?

Dir musst lech bewosst sinn, Här Minister, dass d'Äntwerten op dës Froen ganz wichteg si fir d'Erstellung vun deem Rapport, an dass mer jo natierlech och déi Äntwerten, déi mer hei kréien, mussen op Stroossbuerg weiderginn. Dat dote



sinn also déi Dokumenter fir den Ausseminister, Här President.

Weider zur Aktualitéit. Do hate mer d'lescht Woch zu Stroossbuerg en Débat d'urgence iwwert d'Biélorussie, wou jo Presidentewahle stattfannen. Et muss ee wëssen, dass de Conseil de l'Europe am Fong nach just ee Memberstat envisagéiert opzehuelen, an dat ass Wäissrussland, wat bis elo e Beobachterstatus respektiv en Invitésstatus hat a souguer dee verluer huet, well eben d'Fonctionnéiere vun der Demokratie a vum Rechtsstat a Wäissrussland absolut onzefridde stellend ass.

#### (M. Laurent Mosar prend la Présidence)

Mir haten da souzeseen zwee klasesch Dossieren, déi awer e ganz groussen Intérêt an de Medien ervirgeruff hunn.

Dat eent war deen iwwert d'Reklamatiounen vun der Assemblée beim Conseil des Ministres, deen net dat gemaach huet, wat mir gäre gehat hätten, wat d'Violatioun vun de Mënscherechter an Tschetschenien ubelaangt huet. Dat heescht och, dass et ganz kloer en Ennerscheid gëtt tëschent der Opfaassung vun de Parlamentarier engersäits, déi vläicht méi e kritesche Langage schwätze kënnen, an där vum Conseil des Ministres, wou d'Verantwortung muss geholl ginn an de bilaterale Relatiounen. Et bleift awer, dass déi staark Kritiken aus der Assemblée parlementaire iwwert d'Mënscherechtsverletzungen an Tschetschenien kengeswees ausgefouert gi sinn, ob-schonn am Fong de Comité des Ministres dat hätt missen als e Mandat ukucken.

En anere Rapport huet d'Press d'lescht Woch zu Stroossbuerg déchainéiert. Et war de Rapport iwwert d'Condamnation internationale des crimes des régimes communistes totalitaires. Dat ass e Bericht, dee fir vill Oprou gesuergt huet an dee wahrscheinlech vill méi pertinent gewiescht wier, wann en iwwert d'Condamnation vun de Crimé vun alle Régimes totalitaires gaange wier, awer net op eng speziell Zort vu Régime totalitaire eleng geméint gewiescht wär. Well wann ee ka soen, dass an den Ex-sowjetrepublike sécherlech munches geschitt ass, wat kengeswees ze recommandéieren ass, esou wësse mer awer och, dass notament an Chile ënner engem ganz anere Virwand datselwecht geschitt ass, wat hei net zur Sprooch komm ass.

Dofir ass et och net weider erstaunlech, dass eng Resolution, déi den Avis vun der Assemblée ausdréckt, ugeholl ginn ass, well mer dofir nëmmen eng Halschent vun de Représentanté gebraucht hunn, während d'Recommandation un d'Memberstate refuséiert ginn ass.

Mir haten "guest speakers", wéi öfters de Fall, a mir hate par ailleurs – an ech soen lech dat just à titre d'exemple – e puer Berichter, déi notament vu groussm Interessi och um nationale Plang kënnen sinn. Esou ass eise Kolleg, den Norbert Hauptert, intervenéiert an engem Bericht, deen iwwert d'«Conséquences pour l'Europe de l'essor économique de la Chine» gaangen ass. Mir haten e ganz interessante Bericht iwwert den «concept de 'nation'» – ech kënn mer virstellen, dass déi Leit aus der Institutionskommissioun beispillsweis hir Freed un esou engem kënnten hunn – a mir haten och en anere Bericht iwwert d'«gestion de l'eau».

Ee leschte Bericht awer, op deen ech wëll agoen, Här President, an deen ech lech besonnesch wëll un d'Häerz leeën, dat ass eng Debatt, an där ech och intervenéiert sinn, iwwert d'«dimension parlementaire de l'ONU». Et ass esou, wann d'Assemblée générale all Hierscht ass, dass d'Regierung mat de Fonctionnaires op New York geet, an dass ganz wéineg europäesch Memberstaten am Fong Parlamen-

tarier mat an déi Delegatioun ophuelen, während et awer bekannt ass, dass d'UNO keng aner Méiglechkeet gëtt, fir eng parlamentaresch Dimensioun mat eranzehuelen, an d'Debatt vun der Reform vun der UNO beispillsweis och esou an d'national Parlamenter mat eranzedroen.

Dir kënn also sécher sinn, dass mir deemnächst, Här President an Här Ausseminister, wäerte probéieren, dësen Text, deen d'lescht Woch zu Stroossbuerg gestëmmt ginn ass, och zu Lëtzebuerg ëmzesetzen.

Da kommen ech zu enger Resolution, fir opzehale mat dëser Debatt, déi ech lech elo net virlesen, mä déi da jiddferen ausgedeeelt kritt, déi am Fong doréms geet fir ze kucken de Rapport iwwert d'Aktivitéite vum Conseil de l'Europe notament, mä eventuell och vun aneren Organisatiounen, wann déi dat da wëllen, op eng Manéier hei an d'Chamber mat eranzebriengen, dass jiddferen d'Méiglechkeet kritt ze wëssen, wat do passéiert, a sech also kann utilemen vun deenen Texter inspiréieren, déi an aneren internationale Parlamenter ausgeschafft ginn.

#### Résolution 1

*La Chambre des Députés,*

*- vu l'importance du Conseil de l'Europe dans l'échiquier des organisations internationales à dimension parlementaire;*

*- vu la qualité du dialogue qui s'est établi entre ses 46 États membres, concernant les droits de l'Homme, la prééminence du droit et la démocratie pluraliste;*

*- vu l'influence que les conclusions de ce dialogue peuvent avoir sur la qualité des travaux des parlements nationaux;*

*- vu l'intérêt que la présente résolution aura pour d'autres organisations à dimension parlementaire;*

*souhaite être informée régulièrement sur les travaux au sein du Conseil de l'Europe et en débattre le cas échéant;*

*invite partant la Commission des règlements*

*- à mener une réflexion sur le cadre le plus approprié dans lequel les parlementaires luxembourgeois, membres de l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe, pourront informer les députés luxembourgeois sur les travaux menés au Conseil de l'Europe.*

(s.) *Lydie Err, Anne Basseur, Marcel Glesener, Jacques-Yves Henckes et Jean Huss.*

Ech wëll mech elo net ausloossen iwwert d'Manéier wéi dat soll passéieren. Duerfir froen ech an dëser Resolution, déi iwwerengs – an ech soen duerfir all de Kollegee vun alle Fraktiounen hei Merci – vun all Fraktioun ënnerschriwwen ginn ass, fir eng Reflexioun ze menéieren, fir ze kucken, ënner wéi enger Form een dat ka maachen. Et ass kloer, et ass keen Débat d'actualité, et ass keng Interpellatioun, et ass och net ëmmer wäert, sécherlech eng Stonn driwwer ze verléieren, mä sécherlech – an ech mengen, dat huet den Exercice vun haut de Mëtteg bewisen – ass méi iwwer eng Woch Aarbechten zu Stroossbuerg ze erzielen, wéi dat an 32 Sekonnen hei an engem schrëftleche Bericht, dee vum President virgelies gëtt, kann zum Ausdruck kommen.

Duerfir meng Invitatioun un d'Kollegen aus der Chamber, dës Resolution wa méiglech unanime unzehuelen, an ech wëll ofschléissen andeem ech den Accord vu menger Fraktioun brénge fir déi dräi Protokoller, déi haut zum Vote stinn.

Merci.

■ **Plusieurs voix.** - Très bien!

■ **M. le Président.** - Ech soen der Madame Err Merci. Als éischte Riedner ass den Här Marcel Glesener agedroen. Här Glesener, Dir hutt d'Wuert.

#### Discussion générale

■ **M. Marcel Glesener (CSV).** - Merci, Här President. Här President, Kolleginnen a Kollegen, haut de Mëtteg hu mer iwwert dräi Gesetzestexter ofzestëmme, déi an hirem Inhalt fir Lëtzebuerg hautdësdags keng grondleeënd Ännerung mat sech bréngen, mä déi symbolesch awer vu grousser Bedeutung sinn.

Fir d'alleréisch awer géif ech gären eiser Rapportrice, eiser Kollegin Lydie Err, Merci soe fir hir ganz interessant an detailléiert Presentatioun iwwert den Inhalt an d'Bedeutung vun deenen dräi Zousazprotokoller zur Mënscherechtskonvention, déi haut zum Débat stinn.

Eis Kollegin Lydie Err huet, och am Numm vun eiser Delegatioun, an enger Resolution drop higewisen, wéi dat an der Zukunft kéint matgedeeelt ginn, wat an der parlamentarescher Versammlung an aner Institutiounen esou diskutéiert gëtt, a si huet am Fong geholl der Antwort scho virgegraff, andeem se eng Presentatioun gemaach huet, wat déi lescht Woch zu Stroossbuerg war.

Dat war ganz explizit, an et wär eng vun de Méiglechkeeten, wéi een an der Zukunft och d'Parlament an doriwier eraus d'Öffentlechkeet kéint méi opklären iwwert dat an iwwert déi Aarbecht, déi mir Lëtzebuurger Parlamentarier an deenen eenzelen Institutiounen an Ärem Numm verrichten. Duerfir wëll ech och elo schonn den Accord vun eiser Fraktioun zu där Resolution ginn.

■ **Mme Lydie Err (LSAP).** - Très bien.

■ **M. Marcel Glesener (CSV).** - Dir Dammen an Dir Hären, e puer Wuert awer elo zu deenen dräi Projeten. De Projet 5325: Sait dem 4. November 2000 läit den Zousazprotokoll N° 12 zur europäescher Mënscherechtskonvention, deen en allgemengt Diskriminierungsverbuert virgesäit, um Dësch. 50 Joer no der Signature vun der Mënscherechtskonvention mécht dëse Protokoll aus deem op Konventionsrechter beschränkter Diskriminierungsverbuert – et ass dat den Artikel 14 – en allgemengt Diskriminierungsverbuert.

Hei gëtt d'Bedelegung un alle gesetzleche Rechter ouni Diskriminierung aus iergendengem Grund assuréiert, sief et wat d'Geschlecht, d'Rass, d'Hautfaarf, d'Sprooch, d'Religioun, d'politesch oder soss Usichten, d'national oder d'sozial Hierkunft, d'Appartenance zu enger nationaler Minoritéit, Verméigen, d'Gebuert oder soes iergendeen anere Status ubelaangt. Keen därer duerch dës Grënn vun den öffentlechen Autoritéiten diskriminéiert ginn. Ech mengen, dat seet d'Mënscherechtskonvention.

Bei dësem Virstouss vum Europarat handelt et sech ëm eng sënnavoll a wesentlech Ergänzung vun der Mënscherechtskonvention, wou hire Kontrollmechanismus verbessert gëtt. Dëse spezielle juristeschen Outil gëtt zwar just a ganz spezifesche Fäll agesat, mä grad an dëse Fäll ass et wichtig, dass een esou en Instrument zur Verfügung huet.

Och wa mir hei zu Lëtzebuerg gutt équipéiert sinn am Domän vun der Gläichbehandlung an der Netdiskriminatioun an hei schonn esou e sëllech Dispositioun geholl hunn, presentéiert och eis Legislatioun an dësem Beräich nach ëmmer e puer Lacunen, déi et heescht an nächster Zukunft ze fëllen. Dat ass noutwendeg, fir eis national Legislatioun esou séier wéi méiglech op der ganzer Linn a Konformitéit mat dëser neier Dispositioun ze setzen.

An dësem Kontext begrëssen ech ganz besonnesch, dass eis Verfassungskommissioun, Här Meyers, hir Aarbechten, wat d'Emännerung vum Artikel 11 vun der Constitution ugeet, amgaangen ass ofzeschléissen. Souwäit ech informéiert sinn, gëtt op den Avis vum Statsrot gewaart, an da kann an absehbarer Zäit, dëst no laangen Diskussiounen, d'Gläichberechtigung tëschent Mann a Fra an eiser Verfassung verankert ginn.

Trotzdem kann natierlech dëst eleng net duergoen. Et ass eis Aufgabe, d'Artikelen 380 an 349 aus dem Code civil am Sënn vum Artikel 10bis vun der Constitution ëmzeänneren – och dat ass nach net geschitt –, fir allen Diskriminatiounen tëschent deenen zwee Elterendeeler en Enn ze maachen. An dësem Kontext géif ech gären, Här President, dem Här Laurent Mosar seng Proposition de loi iwwert d'Autorité parentale aus dem Joer 2003 besonnesch ervirhiewen, déi mat Sécherheet an déi richteg Richtung geet.

Ech géif och nach gäre bäifügen, dass ech zouversichtlech sinn, datt de Protokoll N° 12, deen elo zur Diskussioun steet, eng Rechtsvereinheetlechung an Diskriminierungsproben a ganz Europa mat sech bréngt. Konkret heescht dat, dass dëse Protokoll op laang Siicht dozou bäidroen wäert, d'Rechts- a Verwaltungsstandarden an de mëttel- an osteuropäesche Länner méi no un déi vu Westeuropa unzabanen, wat natierlech ganz wichteg ass fir déi zukünfteg Entwécklung och hei an Europa.

Dir Dammen an Dir Hären, Kolleginnen a Kollegen, den zweete Projet um Ordre du jour vun haut ass de Projet mat der Nummer 5422. Hei geet et doréms – an d'Madame Err huet dat schonn ervirgestrach –, de Protokoll N° 13 zur Mënscherechtskonvention ze approvouieren, deen déi vollstänneg Ofschaffung vun der Doudesstraf virgesäit, an dëst ënner allen Ëmstänn. Ech ginn elo net weider an den Detail iwwert den Objet vun dësem Projet de loi an, well d'Madame Err dat schonn am Detail gemaach huet. Ech wollt just e puer wesentlech an zousätzlech Bemierkungen zu dësem Zousazprotokoll maachen, dee menger Fraktioun besonnesch wichteg erschéngt.

D'Doudesstraf, Kolleginnen a Kollegen, ass a bleibt déi schrooste vun all de Mënscherechtsviolatiounen iwwerhaapt. Aus dësem Grund ass et besonnesch ervirzehiewen, dass den Europarat mat der Adoptioun vun dësem Protokoll dee leschte Schrëtt ënnerholl huet, fir d'Doudesstraf innerhalb vu senger Memberstate komplett ofzeschaffen. Mat dësem Protokoll verflachte sech nämlech d'Memberstaten – an domat och Lëtzebuerg –, och a Krichszäiten oder bei onmëttelbarer Gefor kee méi zum Doud ze veruerteelen an hinzeriichten.

Viru gutt 20 Joer nach gouf d'Doudesstraf als en allgemengt Statsrecht ugesinn. Hautdësdags gëtt se als Violatioun vun de Mënscherechter considéiert a gouf aus de Strafgesetzbücher vun deene meeschten Demokratien a Rechtsstate gestrach.

Ech mengen, et ass wichtig ze soen, dass den Europarat an dëser Entwécklung als Promoteur vun de Mënscherechter an de fundamentale Fräiheete schlechthin eng wesentlech Roll gespillt huet. Iwwert déi lescht Jorzéngte gouf nämlech d'Oflehnung vun der Doudesstraf zum distinctiven Zeeche vun dëser Organisatioun an hiren Efforté fir de Respekt an d'Verbreedung vun de Mënscherechter an der Dignitéit vun de mënschleche Wiesen.

Et war zudeems den Europarat, als éischt international Organisatioun, deen e juristescht Instrument op d'Bee gesat huet, fir d'Doudesstraf a Friddenzäiten ze verbidden. Sou gouf den Zousazprotokoll N° 6 zur Mënscherechtskonvention, deen am Joer 1985 a Kraaft ge-

trueden ass, zur offiziell erfuerderlecher Konditioun, fir iwwerhaapt kënnen dëser Organisatioun bäizetrieden.

Haut kann ee behaupten, dass déi 46 Memberstate vum Europarat eng Zon bilden, wou d'Doudesstraf aus de Gesetzestexter verschwonnen ass, mat der grousser Ausnahm vu Russland, dat awer säit dem Joer 1996 e Moratoire op dës Kapitalstraf verhaangen huet. Mä mir erwaarde vu Russland, dass och si dëse Moratoire an eng Abolitioun en bonne et due forme ëmwandele wäerten.

Leider – an d'Madame Err huet dat och ervirgestrach – kann een net behaupten, dass dëst iwwerall op der Welt de Fall ass. Ech géif an dëser Hisiicht kuerz op zwee Fäll ze schwätze kommen, déi eis als besonnesch pertinent erschéngen. Wéi mer wëssen, gëtt et zwee Länner, déi, obwuel se en Observateursstatus beim Europarat hunn a sech mat dëser Organisatioun hire Valeuren identifzéieren, awer nach ëmmer d'Doudesstraf bei sech applizéieren: Ech schwätzen hei vun den USA a vu Japan.

Ech mengen, et ass un eis, als Member vum Europarat, si am Dialog dovun ze iwwerzeegen, hiren eegenen Normen a Valeure Rechnung ze droen an domat d'Doudesstraf aus hire Gesetzestexter definitiv och ze strächen.

Grad an onser Zäit kënn et ee Facteur derbäi, deen et leider mat sech bréngt, dass verschidde Länner hir Legislatioun zu Gonschte vun der Doudesstraf renforcéieren, an zwar ass dëst den Terrorismus. Vill ze vill grujelech sinn oft d'Billen, déi mer op der Televisioun gesinn, wann d'Terroriste wéi zu London oder zu Amman op ganz arbiträr Aart a Weis zouschloen an onschëlleg Leit mat an den Doud rappen.

En allgemengt Onsécherheetsgefill, dat duerch dës regelméissege Terrorattaken opkënn, bréngt et mat sech, dass een ufänt och bei sech selwer Konzessiounen ze maachen, andeems een d'Doudesstraf fir Krimineller vun där Zort ënner Ëmstänn kéint guttheeschen. Et ass noutwendeg, dass mir och am Kampf géint den Terrorismus un eise Valeure festhalen.

D'Tortur an d'Exekutioun vu Leit, och wa se Terroriste sinn, därerf ni eng Optioun sinn. D'Mënscherechter mussen fir jiddferen ouni Ausnahm gëllen. D'Doudesstraf erlaabt weder d'Gewalt ze verréngere nach bréngt se Friden a Stabilitéit mat sech. D'Doudesstraf hält d'Gewalt net op, ganz au contraire, si hëlleft se ze verbreedden. Heibäi ginn d'Mënscherechter op eng erbaarmungslos an irréversible Aart a Weis violéiert.

Kolleginnen a Kollegen, beim drëtten Projet vun haut geet et dréms, den Zousazprotokoll mat der Nummer 14 zu der Mënscherechtskonvention ze approvouieren, deen den 13. Mee 2004 vun Ministercomité am Europarat guttgeheescht gouf. Dëse Protokoll soll de Kontrollsystem vun der Konvention verbessern, deen op dem europäesche Geriichtshaff fir d'Mënscherechter baséiert.

Ech begrëssen dëse Protokoll ganz besonnesch, well en dem Geriichtshaff zu Stroossbuerg erlaube wäert, eng méi effizient Aarbecht ze leeschten. Ouni dëse Protokoll, an domat seng aschränkend an aschneidend Mesuren, wär net kloer, dass dës dach esou wichteg Jurisdiktioun zum Affer vun hirem eegenen Erfolg an hirem eegene System gi wär. D'Madame Err ass am Detail op d'Aarbechten vum Geriichtshaff zu Stroossbuerg agaan, esou dass ech net méi weider wëllt dozou Stellung huelen.

Wann Der mer et erlaabt, géif ech nach just gären e puer Bemierkunge maachen iwwert d'Zukunft vum europäesche Mënscherechtsgeriichtshaff zu Stroossbuerg. Et wäert an Zukunft entscheidend ginn, fir déi wesentlech Roll vun



Stroossbuenger Geriichtshaff als eenzegartege Kontrollsystem vun der Mënscherechtskonventioun géintwuer vun der Europäescher Unioun festzeschreiw. De Protokoll, dee mer haut solle guttheeschen, modifizéiert den Artikel 59 vun där Konventioun en vue vun enger Baitrittsperspektiv vun der Europäescher Unioun zur europäescher Mënscherechtskonventioun.

Den Traité fir eng europäesch Constitutioun, deem mer jo als Lëtzebuenger zougestëmmt hunn, gesäit op senger Säit vir, dass am Fall vu Mënscherechtsviolatiounen et méiglech gëtt, eng Klo virun dem europäesche Geriichtshaff zu Lëtzebuerg virzebréngen. Mir mussen an dëser Saach ganz besonnesch dorop oppassen, dass zwee international Geriichtshaff, deenen een zu Stroossbuerg an deenen aneren hei zu Lëtzebuerg, déi allen zwee spezifesch Kompetenzen am Beräich vun de Mënscherechter hunn a kréie wäerten, sech net am Wee stinn. All Iwwerschneide vu Kompetenzen, all Double emploi an eventuell Rivalitéite mussen vu vireiran évitéiert ginn. Jiddferree vun deenen zwee Geriichtshaff muss iwwer säi präzisen Aufgabebereich verfügen.

Här President, wat de Protokoll 14 ubelaangt, géif ech gär mat der Ausso ofschréien, dass deen aktuellen Débat iwwert d'Mënscherechtsverletzungen an Europa – an ech denken hei besonnesch, an d'Madame Err huet dat jo gesot, un d'Affär mat de geheime Fich vun der CIA – d'Wichtigkeet, d'Noutwendegkeet wéi och d'Dränglechkeet vun der Roll, déi dem Europarat an dësem Beräich zoukënn, méi wéi gutt ënner Beweis stellt an och ënner Beweis stelle wäert.

Ech géif also zu deenen dräi Protokollen, déi haut zum Débat stinn, ofschréien am Nimm vun der CSV-Fraktioun eisen Accord zu deenen dräi Gesetzestexten ginn.

Här President, Kolleginnen a Kollegen, wann Der mer awer erlaabt, géif ech nach gären zum Schluss kuerz op déi heiteg Roll an Daseinsberechtigung vum Europarat ze schwätze kommen. D'Madame Err huet dat uganks vun hirer Presentatioun vun de Rapporten hei gemaach. Ech hätt deem seele wéineg bäizefügen. Mä erlaabt mer, dass ech e puer prinzipiell Aussoen awer och am Nimm vun eiser Fraktioun zu der Daseinsberechtigung vum Europarat op dëser Plaz hei maachen, ulehend un dat, wat mer gesot hu beim Débat iwwert d'Aussepolitik virun e puer Méint.

Am Mee 2005 huet den drëtten Sommet an der Geschicht vun dëser Organisatioun, also vum Europarat, zu Warschau stattfont, wou sech d'Stats- an d'Regierungschefen genau iwwert den Europarat hir Gedanken gemaach hunn. Dëst ass natierlech net vu Muttwëll, well d'Evolutioun vun Europa huet et mat sech bruecht, dass hautdës-dags d'Kompetenze vun der Europäescher Unioun, dem Europaparlament an dem Europarat net méi kloer genuch definéiert sinn a sech ganz oft iwwerkräizen.

Während deenen éischte Jorzéngten nom Zweete Weltkrich war d'Veerdeelung vun de Kompetenzen tëschent deenen zwou Institutiounen relativ kloer: Währenddem den Europarat kompetent war am Beräich vun de Mënscherechter an de fundamentale Fräiheeten, an der Rechtsstaatlechkeet an den Normen deementspreechend, huet sech déi europäesch Communautéit virun allem ëm d'wirtschaftlech Entwécklung, och e bëssen ëm d'sozial Entwécklung vun Europa gekëmmert.

D'Entwécklung vun de Kompetenzen an der Europäescher Unioun am Beräich vun der Aussepolitik, der Justiz, der Immigratioun, der Verteidigungspolitik, der Verteidigung vun de Mënscherechter souwéi och hir Erweiderung hunn et awer iwwert déi Joren zu vill Duerchernee bruecht.

Den Europarat mécht sech zu deem de Moment eescht Gedanken driwwer, dass d'Europäesch Unioun sech lues mä sécher seng eegen – dem Europarat seng – Kompetenzen zu engem Deel uneegent. Sou bereet ënner anem dem Europarat d'Ëmwendung vun europäeschen Observatoire vun de rassisteschen a xenophobe Phänomeneer zu Wien an eng europäesch Agence vun de fundamentale Rechter besonnesch vill Suergen. D'Gefor besteet, dass en Double emploi kann entstoan an dass d'Kompetenzen onkloer definiert ginn. Et heescht dat mat aller Entschiddenheet awer ze évitéieren, wat deelweis am Intérêt vum Fonctionnement vum europäesche Geriichtshaff fir d'Mënscherechter zu Stroossbuerg ass wéi och vis-à-vis vun där eventuell nei ze créierende Agence.

Ënnert dësen Ëmstänn ass et nëmmen ze begrëssen, dass de Sommet zu Warschau sech der Definitioun vum Europarat a sengen Aufgaben uegoholl huet. Hei si sech d'Stats- an d'Regierungschefen – Här Asselborn, Dir waart mengen ech och present – zu Warschau eens ginn, dass d'Verteidigung vun de Mënscherechter souwéi d'Promotioun vun Demokratie a Rechtsstaatlechkeet d'Haaptmissioun vum Europarat ass a bleiwe muss.

#### (Interruption)

Hei gouf dann awer och decidéiert, fir en neie Kader ze schafe fir d'Kooperatioun an d'Interaktioun tëschent dem Europarat an der Europäescher Unioun, fir virun allem de Beräich vun de Mënscherechter, der Demokratie an dem Rechtsstat genau ze determinéieren a festzeleeën. Déi dräi Gesetzestexten vun haut beweisen op en Neits, dass den Europarat all seng Aktualitéit a Wichtigkeet behält, soss hätte mer haut net bräichten iwwert déi dräi Projeten ze diskutieren.

Den Europarat bleift also onverzichtbar an och onersetzlech. Als Gesprächsforum um europäesche Plang ass et dat kontinentaalt Schutzinstrument vun de Mënscherechter schlechthin souwéi och d'Denkfabrik vun de Rechtsnormen an de sou genannten „bonnes pratiques“.

Fir kënnen en effizient Fonctionnéiere vum Europarat ze garantéieren, mussen mer also versichen, all Double emploi an d'Iwwerschneide vu Kompetenzen tëschent dem Europarat an der Europäescher Unioun hiren Institutiounen a Zukunft ze évitéieren. Heirop muss besonnesch elo bei der Entstehung vun enger europäescher Agence vun de fundamentale Rechter zu Wien opgepasst ginn. Jiddfer Organisatioun, jiddfer Institutioun muss iwwer hire präzisen Aufgabebereich och haut a muer – muer nach méi wéi gëschter – verfügen, an et ass wichtig, et muss eng effikass Kollaboratioun tëschent deenen zwou Institutiounen Parlament an Europarat op d'Beeg gesat a gefestegt ginn.

Et ass och vu grousser Bedeitung, dofir ze suergen, dass d'Attributiounen vun deene verschiddenen Organisatiounen no baussen hi méi sichtbar ginn. Et ass och dat, wat der Madame Err hir Resolutioun bezweckt, fir effektiv och d'Aarbechte vum Europarat méi effikass ze presentéieren, méi sichtbar ze maachen an der Opinion publique.

Fir all dësen Erausforderungen, déi sech dem Europarat stellen, gerecht ze ginn, wär et net vu Muttwëll fir och d'Zuel – Här Ausseminister, dat betrëfft lech direkt – vun de Vertrieder, déi op eiser Ambassade zu Stroossbuerg akkreditéiert sinn, ze erweideren. En Eemannbetrib geet haut net méi duer, fir all deenen Aufgaben nozokommen, déi Lëtzebuerg am Engrenage vum Europarat ze bewierkstelligen huet.

Ofschréienend wëll ech soen, dass eise Premier mat enger Clarifica-

tiounsmissioun vun de Rolle vun der Europäescher Unioun an dem Europarat zu Warschau chargéiert gouf. Den Här Juncker huet uegekënnegt, dass hien der Commission permanente vum Europarat de 17. Mäerz en Tëscherappart presentéiere kënn, éier dann deen offizielle Rapport am Mee fäerdeg gi soll. Et ass dat d'Geleeënheet, fir mam Premier iwwert d'Missioun vum Europarat an déi méiglech Konklusiounen ze diskutieren.

Net eleng déi Lëtzebuenger Delegatioun, Här President, ass interesséiert un dësem Rapport, mä d'Parlamentarier vu 46 Memberstate sinn et ganz besonnesch. Och mir, als Lëtzebuenger Delegatioun, sinn drun interesséiert, well mir als Lëtzebuenger ëmmer erëm gefrot ginn am Europarat: Wéi gesäit et aus mat dem Rapport vum Lëtzebuenger Premierminister?

Duerfir, mengen ech, wier et och gutt – an de Wonsch ass och ausgedréckt gi vun eiser Delegatioun an eiser Commission des Affaires étrangères – wann de Statsminister, wann hie méi wäit fort ass mat sengem Rapport, an eis Diskussion këm, fir och eng Diskussion mat de Lëtzebuenger Vertrieder ze féieren iwwert d'Konklusiounen, déi hien eventuell gedenkt de 17. Mäerz zu Paräis ze presentéieren, wou d'Commission permanente vum Europarat dann tagt.

Mir waarden also mat vill Spannung op dee Rapport vum Här Juncker. Mir wäerte mat Sécherheet nach op dee Rapport zrëckkommen. Domat wëll ech fir haut ofschréien, andeem ech lech alleguerte Merci soe fir Är frëndlech Opmierksamkeet.

Merci.

#### Plusieurs voix. - Très bien.

**M. le Président.** - Ech soen dem Här Marcel Glesener Merci. Als nächste Riedner ass den Här Charles Goerens agedroen. Här Goerens, Dir hutt d'Wuert.

**M. Charles Goerens (DP).** - Här President, Dir Dammen an Dir Härren, mir hunn eng interessant Diskussioun de Mëtteg iwwert dräi Protokollen, déi d'Chamber gebieden ass ze approvieren. Ech hunn och keen Zweifel iwwert den Ausgang vun deem Vote. Wann een och do ka mat der Madame Err d'accord sinn, dass de Protokoll N° 13 am Fong oppen Dieren opstéisst, well mer d'Doudesstrof ofgeschaaft hunn, ass de Rappel awer utile an enger Zäit, wou oft déi zivilisatoresch Errongenschaft a Fro gestallt gëtt vun eenzelne vun eise Matbiereger.

Iwwert de Prinzip vun der Non-discrimination générale kann ech och näischt Zousätzlech méi soen zu deene Remarquen, déi d'Madame Err als Rapporteur op eng ganz detailléiert Manéier hei virgedroen huet.

Datselwecht géllt fir de Protokoll N° 14, am Fong de Filterprotokoll fir d'Cour des Droits de l'Homme, deen absolut noutwendeg ass, fir och d'Crédibilitéit vun der Cour des Droits de l'Homme erëm hierzustellen, well an der Convention européenne des Droits de l'Homme steet engersäits, dass d'Staten opgefuerdert ginn, Justiz ze sprächen an engem raisonnablen Délai, a wann d'Cour, déi am Fong déi lescht Instanz ass, nodeem all national Instanzen ausgeschöpft sinn, selwer Jore brauch bis se iwwerhaupt un d'Affären erukënn, dann dréit dat net zur Crédibilitéit vun darselwechter bäi.

Zweete Remarque: De Conseil de l'Europe ass eng paneuropäesch Organisatioun mat 46 Memberstate, déi ganz ënnerschiddlech materiell Situatiounen an och ganz ën-

nerschiddlech Situatiounen am Domän vum Recht hunn. Obschonn eng Partie Virkonditiounen mussen erfüllt sinn, fir kënnen Member vum Conseil de l'Europe ze ginn, kënn een awer net derlaanscht fir ze soen, dass nach munches ze kläre bleift an deenen eenzelne Memberstate; an deenen alen, mä besonnesch och an deenen neien.

Ech weess net, wat d'Leit vun där Debatt de Mëtteg hei matkréien an ob et ganz kloer ass, iwwer wat dat mer hei schwätzen, ob e kloren Ënnerschied gemaach gëtt tëschent engem Conseil de l'Europe engersäits an engem Conseil européen anersäits, oder ob déi Begrëffer net awer matenee vermescht ginn.

Fir déi, déi an der Verantwortung drastinn, dierft et am Fong geholl keng Vermeschtung sinn, well déi verschiddenen Organisatiounen hu spezifesch Opdrag, an et wier net gutt, wann et zu ze villen Iwwerschneidungen respektiv Vermeschtungen vun de Kompetenze këm. Duerfir ass et och sënnavoll, dass e Klärungsbericht gemaach gëtt, deen eise Statsminister um leschte Sommet zu Warschau uvertraut krut, fir ze kucke wéi ee kann d'Synergië besser organisieren tëschent der Europäescher Unioun engersäits an dem Conseil de l'Europe anersäits.

Dat gesot, wëll ech awer och am Nimm vun der demokratescher Fraktioun ënnersträichen, dass een ni därerf d'Spezifisitéit vum Conseil de l'Europe aus den Ae verléieren, déi indispensable ass an déi och wegweisend ass fir Länner op anere Kontinenter, déi och no rechtliche Repère sichen, fir kënnen zu engem ziviliséierten Zesummeliewen tëschent Natiounen an och innerhalb vun den Natiounen ze fannen.

Ech hunn ëmmer versicht mengen Interlocuteurs an den Zillänner vun der Lëtzebuenger Kooperatioun de Sënn vun esou Démarchen ze erklären, andeems ech gesot hunn, dass grad kleng Länner – an déi meescht vun eisen Zillänner si jo kleng Länner – en Intérêt drun hunn, dass se genuch Partenairé fannen, déi méi grouss si wéi si an déi sech dann net nëmmen an der Definitioun vun Norme mat bedeelegen, mä sech och Mechanisme ginn, fir déi Normen da rechtlich ofzesécheren.

Domat kënn een am Dialog iwwert d'Mënscherechter schon e bësse méi wäit, wéi wann een nëmme just e puer Zeitungsartikelen mentionéiert oder eventuell eng direkt massiv politesch Attack reit. Den Dialog ass net ëmmer einfach, mä e muss awer gefouert ginn. E muss op eng subtil Manéier gefouert ginn, awer och op eng effikass Manéier.

Drëtt Remarque: D'Relatiounen tëschent dem Conseil de l'Europe an der Europäescher Unioun sinn heiansdo problematesch, awer och sënnavoll. Ech wëll emol dat Sënnvollt a menger kuerzer Interventioun ervirsträichen.

Als sënnavoll huet sech zum Beispill d'Zesummepill tëschent der Europäescher Unioun an dem Conseil de l'Europe erweisen, wat de Respekt an d'Evolutioun vun de Rechtsnormen a vun de Mënscherechter, besonnesch an der Türkei, ubelaangt. Ech mengen, mir kënnen mat u Sécherheet grenzender Wahrscheinlechkeet soen, wann d'Türkei keng Baitrittsperspektiv déi Zäit an d'Europäesch Unioun gehat hätt, dass dann och d'international Communautéit engem Drockmittel verloschteg gi wier, fir se unzehalen, emol alleguer déi Engagementer, déi se schon ënnerschriwwen hunn, ze ratifizieren an notamment d'Mënscherechtskonventioun bei sech ze applizéieren.

Et ass jo eréischt nodeem d'Europäesch Unioun am Dialog mat der Türkei virukomm ass an der Perspektive d'élargissement, dass

d'Türken en fin de compte bereet waren, mat sech iwwert d'Ofschafung vun der Doudesstrof schwätzen ze looschen. Dat ass eng zolidd Errongenschaft! Dat wier ouni dat Zesummepill tëschent Europäescher Unioun an dem Conseil de l'Europe net méiglech gewiescht.

Oder fir et anescht ze soen: Wann net iwwert den Drock vun de Koppenhager Kritären d'Türken dorunner erënnert gi wieren, dass se eng Partie Engagementer ze erfüllen hunn, déi och an der europäescher Mënscherechtskonventioun sinn, da wiere se vläicht um selwen net drop komm – fir et emol gelënd auszedrücken –, well d'Türke si jo awer bal vun Ufank un derbäi a si sinn enorm laang Member vum Conseil de l'Europe.

Et kann een engersäits begrëssen, dass elo endlech eppes geschitt, wéi een och implizit muss bedauern, dass et esou laang gedauert huet bis an där doter Hisiicht Neel mat Käpp gemaach goufen.

An esou bréngen dann déi Relatiounen tëschent deene 46 Länner, déi doudescher nach ausbaufäeg sinn an déi verschidde Qualitéiten hunn, jee nodeem wat fir eng Organisatioun dat een do uschwätzt, et zu enger Vernetzung, déi d'Schicksaler vun deene 46 ëmmer méi enk matenee verbënnt. Et ass wichtig, dass mer eis Instrumenter an Démarché ginn, déi an der Europäescher Unioun d'Spannung juguléieren, d'Spannungen ofbauen an aner Perspektiven opmaachen.

Véierte Punkt, de Rôle vun der Assemblée, wou jo dräi Effektiv an dräi Suppléants vun dëser Chamber och zu Stroossbuerg dra sinn. Déi huet e wichtege Rôle ze spillen. Ech géing soen en duebele Rôle: e Rôle, engersäits, d'impulsion politique an anersäits, e Rôle de contrôle. Eng Kontrollfunktoun an eng Impulsgeberfunktoun, déi wichtig sinn, well de Conseil am Dialog mat de Vertrieder vun de 46 nationale Parlamenter absolut eppes ze gewonnen huet, grad ewéi och d'Assemblée eppes dorun ze gewonnen huet, wa se mam Conseil dialogéiert. Dat dréckt sech aus a Form vun direkten Aussproochen am Parlament, dat dréckt sech awer och aus a Form vun Avisën, déi d'Assemblée vum Conseil de l'Europe gëtt zu Virgäng, déi am Ministerrot passeieren.

Eng Kommissioun, déi enorm wichtig ass, niewent der Commission des Droits de l'Homme an der Assemblée, ass déi sou genannt Commission de suivi, déi kuckt wat passéiert an deene Länner, déi Member si vum Conseil de l'Europe, a besonnesch déi, déi eréischt viru kuerzem drakomm sinn. An, dee Commentaire wëll ech mat deem leschte Punkt, deen ech usprechen, an dëser kuerzer Interventioun verbannen, dee vun der Spezifisitéit an dem Optrag an der Daseinsberechtigung vum Conseil de l'Europe op laang Siicht.

Déi Commission de suivi setzt sech och zesammen aus Vertrieder vu ganz ville Länner, déi Member si vum Conseil de l'Europe, an normalerweis gëtt e Rapport gemaach vun zwee Parlamentairé vun zwou verschiddene Fraktiounen iwwert den Inventaire vun de Verfehlungen oder iwwert d'Evolutioun ganz einfach vun de Länner, déi Member sinn, Member gi si viru kuerzem vum Conseil de l'Europe, wéi se et dann elo hale mat deenen Engagementer, déi se geholl hunn. Dat léisst heiansdo ze wënschen iwweg. Et kënn heiansdo zu ganz heftegen Debatten, notamment no Wahlen, deenen hiren Déroulement contestéiert gëtt.

Dat war elo d'lescht Woch zu Stroossbuerg de Fall bei de Wahlen an Aserbaidschan, wou et viles ze soe ginn ass, a wou d'Assemblée sech am Fong duerchgerongen huet, fir éischer méi e realpolitesche Wee ze goen, wéi elo eng direkt Condamniatioun auszeschwätzen. Dat ass engersäits eng Méiglechkeet fir virunzokommen



an anerersäits besteet awer eng ganz grouss Gefor, well wann eng international Organisatioun, déi sech am Fong zum Zil gesat huet, fir Rechtsnormen ze vereenheetlechen, flächendeckend applicabel ze maachen, do ze vill nosiichteg ass, dat muss net onbedéngt am Intérêt si vun der Crédibilitéit vun deemselwechten. Kloer erkennbar muss awer den Trend bleiwen, fir dohinner ze kommen.

An ech mengen och no laanger Erwägung, dat et keng 36 aner alternativ Méiglechkeete gëtt zu deem wat elo gemaach gëtt, zu deem e bësse méi realpolitesche Kurs, well mir kënnen eis all dorun erënneren: Wéi Russland Member ginn ass vum Conseil de l'Europe, ass dat vu ganz ville Säite contestéiert ginn, well se ganz einfach – dat musse mer zouginn – net zeideg ware fir an de Conseil de l'Europe ze kommen. A wann een och d'Zuel vun de Plainté gesäit, déi vun de russesche Bierger gemaach gi virun der Cour des Droits de l'Homme, da mierkt ee jo och, dat dat net aus der Loft gegruff ass, wat vu mir hei als Behauptung opgestallt gëtt.

Russland ass e Produkt vun enger realpolitescher Approche, wou Europa net wëllt hunn, dat eng Partie Länner um Kontinent keng Perspektiven hunn. Déi eng hunn d'Perspektiv vun der Verdéiung vun der Europäescher Union an där se schonn dra sinn, déi aner hunn d'Perspektiv vum Élargissement, kënnen also eng Kéier Member ginn. Eng drëtt Kategorie huet Perspektiven iwwert d'Politique de voisinage, wou d'Länner kënnen alles kréien, tout sauf les institutions, fir och méi no un d'Europäesch Union erunzuweisen. Anerer sinn nach Liichtjoren dovun ewech a brauchen awer iergendeng Opfangstruktur. D'OSCE ass eng vun deenen.

Mir huet et deemools geschéngt, wéi Russland Kandidat war, et wier vläicht besser gewiescht, et hätt een eng Zort Feegefeier gehat, wou d'Länner sech emol hätte kënnen preparéieren, fir duerno méi spéit dann an deen europäeschen Himmel eranzekommen. Mais les choses étant ce qu'elles sont: Mir hunn nun emol haut 46 Memberen.

Et muss een och wëssen, dat e Broch vun enger Perspektiv oder e Politikbroch och en Zeechen ass, wat net onbedéngt ëmmer gutt verstane gëtt a wat net ëmmer zu der Verbesserung vun der Situation an de Länner bäidréit. Mir sinn also elo op enger Gratwanderung, an d'Crédibilitéit steet net méi an net manner um Spill wéi d'Crédibilitéit vum Conseil de l'Europe selwer, dee muss Dag fir Dag a ganz viller Klengaarbecht weisen, oft am groussen allgemengen Desinteresse, dat en awer eng spezifesche Funktioun ze erfëllen huet. Wann de Conseil de l'Europe net do wier, da géing ee mieren, wat engem géing feelen. Dat ass nun eben emol d'Lous vun der Politik, a mir mussen dat och virun esou maachen.

Ech weess och net wat déi beschte Kommunikatiounspolitik ass. D'Madame Err huet, zesumme mat de Signatairë vun där Resolutioun hei, emol ee Wee opgezeechent, och nach keng definitiv Léisung proposéiert, mä mir mussen zesumme mat de Kollegen aus der Commission du règlement kucken, wéi mer et fäerdeg bréngen, dat mer deen dote wichtege Deel vun der Lëtzebuerger Aussepolitik kënnen mat eisen Aarbechten hei intern verzahnen.

Ech soen lech Merci fir Är Opmierksamkeet.

**Une voix.** - Très bien.

**M. le Président.** - Ech soen dem Här Goerens Merci. Als nächste Riedner ass den Här Huss agedroen. Här Huss, Dir hutt d'Wuert.

**M. Jean Huss (DÉI GRÉNG).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech wëllt hei och am Numm vun der grénger Fraktioun der Madame Err, der Rapporteuse vun deesen dräi Protokollen, déi sech mat der Problematik vun de Mënscherechter beschäftegen, Merci soe fir hiren excellente Rapport. E Rapport, deen et mer erlaabt, just nach kuerz op dat eent oder dat aner dovunner anzegoen an dobäi och kuerz de Rôle vum Conseil de l'Europe a vun der Cour européenne des Droits de l'Homme ze sträifen.

De méndlechen an de schrëftleche Rapport zu de virleiede Protokollen a Gesetzesprojete war, wéi gesot, esou iwwersichtlech an och detailléiert, och hei nach um Pult, dat all Widderhuelung dovun als véierte Riedner näischt méi géif bréngen an ech mech dofir och just op e puer Remarquë wëll konzentrieren.

Am Protokoll N° 12 geet et dorëm fir jiddfer Diskriminatioun, also allméiglech Forme vun Diskriminatioun opgrond vu Geschlecht, Rass, Hautfuere, reliéis, sozial oder politesch Zougehéiregkeet oder Zougehéiregkeet zu Minoritéiten an esou virun ze ënnerbannen. Et brauch een déi oft traureg a brutal Realitéit jo vu Mënscherechtsverletzungen an eiser Welt, déi all Dag vun de Medië bericht gëtt, nëmmen ze kucken oder och Berichter vun amnesty international iwwert déi verschidde Länner ze liesen, fir ze wëssen, wéi wäit mer leider och haut nach vun der Respektéierung vun den elementaarste Mënscherechter ewech bleiwen.

Ech ginn hei op dëser Plaz bewusst keng Beispiller, well et gëtt der leider esou vill, dat eleng d'Opzielung vun nëmmen deene schlémmsten dovunner de Kader vu menger Riedzeit géif sprengen. Et ass aus grénger Siicht dofir natierlech och nëmme logesch, dat mer dëse Projet de loi iwwert dëse Protokoll N° 12 géint d'Diskriminatioun voll ënnerstëtze kënnen, a mir hoffen, dat domadder net nëmme schéi Prinzipien déklariéiert ginn, zum Beispill dat gläich Rechter a Flichte fir Mann a Fra och an eiser Verfassung elo solle verankert ginn, mä dat alles dofir soll gemaach ginn, dat dës Prinzipien dann awer och an der alldäglecher Realitéit zum Droe kommen, do wou et eben nach Lacunen och hei zu Lëtzebuerg gëtt.

Op internationalem Plang kann ee just hoffen, dat sech lues a lues d'Prinzipië vun de Mënscherechter a vun der Netdiskriminierung wäerten duerchsetzen. Mir mengen dobäi allerdéngs – an d'Beispill vun der US-Presenz am Irak weist et all Dag –, dat dat net méiglech ka gemaach ginn duerch Krich, duerch Bomben a militäresch Gewalt, mä éischer duerch Dialog, duerch wirtschaftlech a sozial Opbauhëllef an duerch Ënnerstëtzung vun Organisatiounen vun der Zivilgesellschaft, déi aktiv fir Friden, fir Toleranz a Réconciliation antrieden.

Dir Dammen an dir Hären, de Projet de loi iwwert de Protokoll N° 13 bezitt sech op d'Ofschafung vun der Doudesstrof an alle Memberstaaten an ënner alle Konditiounen, ob a Fridens- oder a Krichszäiten. Selbstverständlech stëmme mer och dëst Gesetz, well mir Gréng zënter eiser Grënnung ëmmer scho géint d'Doudesstrof agetratt sinn.

Leider gëtt et d'Doudesstrof nach an ëmmerhi 70 Länner op dëser Welt. Laut amnesty international ass d'Doudesstrof am Joer 2004 offiziell nach 3.700-mol vollstreckt ginn. Dat ass eng offiziell Zuel, woubäi allerdéngs d'Donkelziffer eleng fir déi sou genannte Volleksrepublik China op ronn 10.000 pro Joer geschätzt gëtt. Den autoritären a repressive Regime zu Peking ass net eleng duerfir nach ganz wäit ewech vun der Respektéierung vun de Mënscherechter. Méi wëllt ech op dëser Tribün haut net dozou soen.

Mä d'Barbarei vun der Doudesstrof gëtt et leider och nach am sou genannten ziviliséierte Westen, an notament bei eisem sou genannte Bündnispartner, den USA, déi Beobachter beim Conseil de l'Europe sinn. Iwwert déi amerikanesch Zivilisatioun géif et hei viles ze soe ginn. Munech Positives sécherlech, mä leider vill méi, wat ech als negativ empfinden, ugefaang mat där aktueller Regierung an hirer militärescher Rüstungspolitik.

D'USA gehéieren ouni Zweifel zu deene Länner, an deene proportionell immens vill Leit an de Prisonage sätzen, an dorënner proportionell haaptsächlech Leit aus de sozial benodeelegte Schichte vun der Bevölkerung. D'USA sinn och dat Land, wat regelméisseg an d'Schlagzeile geréit, well et do praktesch ouni Gnod ëmmer erëm zu grausamen Hirrichtungen kënn.

Laut enger rezenter interessanter Pressematdeedlung vun deene jonke Gréngen, déi sech ganz intensiv an deene leschte Woche mat der Problematik vun der Doudesstrof beschäftegt hunn, waarden de Moment 3.500 Verurteelter an den USA op hir Hirrichtung. Laut amnesty international sinn am vergaangene Johonnert eleng an den USA 450 Leit zum Doud verurteilt ginn, a wou d'Urteil vollstreckt ginn ass, woubäi sech spéider erausgestallt huet, dat si absolut onschëlleg waren.

Zwu skandaléis Hirrichtungen a Kalifornien vum republikanesche Gouverneur Arnold Schwarzenegger sinn nach viru kuerzem duerch d'Weltpress gaangen. Engersäits d'Hirrichte vum Stanley „Tookie“ Williams, nodeem e 24 Joer an der Doudeszell souz an ënner anem der Kannerbicher geschriwwen huet, wou e géint Drogen a Gewalt agetratt ass. E Mann, dee souguer e puermol souwuel fir de Literaturwéi fir den Nobelpräis virgeschloe gi war.

De Schwarzenegger huet do keng Gnod kannt, genausou wéineg wéi kuerz duerno de 17. Januar 2006, dat heescht viru 14 Deeg, wéi e 76 Joer alen, schwéier Kranken, hallef blanne Greis am Rollstull higericht gouf, dee knapp véier Méint virun e schwéieren Häerzinfarkt gemaach hat, an dee se du véier Méint virun der Vollstreckung vun der Doudesstrof erëm reaniméiert haten.

Déi jonk Gréng hunn an deem dote Kontext an hirem Communiqué vun der Barbarei a vun der Absurditéit vun der Doudesstrof geschwat. Ech muss soen, dat mir dozou iwwert dem Här Schwarzenegger säi Verhalen iwwerhaapt keng Wieder méi afalen.

Dir Dammen an Dir Hären, de Protokoll N° 14 vun der Konventioun bezitt sech op d'Aarbechtsweis an d'Aarbechtsmethode vun der Cour européenne des Droits de l'Homme zu Stroosbuerg. Als Member vum Conseil de l'Europe hate mer zu e puer heibanne virun e puer Méint d'Geleeënheet, d'Aarbecht an d'Problemer vun dëser wichtege Cour méi genau kënnen kennen ze léieren, well mer vum Här Dean Spillmann, eisem Representant op dëser Cour, zu enger Visite mat Diskussioun invitéiert gi waren an dobäi e gudden Abléck an d'Entwécklung vun den Affäre konnte gewinnen. D'Madame Err ass schonns op dës interessant Visite an och Entrevue gaangen, an ech ka mech duerfir och nëmmen hire Wieder, déi si gebraucht huet, hei uschléissen.

Well d'Zuel vun den individuelle Requête bei der Cour européenne des Droits de l'Homme mat der Erweiderung vun der Zuel vun de Memberstate vum Conseil de l'Europe, mä och allgemeng gesinn, an de vergaangene Joren ëmmer méi drastesch zougeholl huet, ass mat

dësem Protokoll N° 14 d'Méiglechkeet gesicht ginn, fir iwwerhaapt nach effikass kënnen ze schaffen, dat heescht, Uerteeler a rasonnablen Délaie kënnen ze schwätzen. Duerfir ass gekuckt ginn, fir scho beim Ukomme vun de Requête Filteren anzebauen, fir en neie Receptibilitéitskritär opzestellen an och nach aner Mechanismen anzebauen.

D'Madame Err huet dës Mesuren am Detail an och kritesch aus der Vue vu Lëtzebuerg hier belicht, virun allem och an hirem schrëftleche Rapport, deem eigentlech näischt bäizefügen ass an deem mer duerfir och eis Zoustëmmung kënn ginn.

Inwéiwäit d'Effikasitéit ka verbessert a gläichzäiteg awer déi individuell Rekursrechter op eng positiv Aart a Weis kënnen oprechterhale bleiwen, dat wäerten eis an der Praxis sécherlech déi kommend Jore weisen. Mir hoffe jiddefalls, dat dat sech zu Gonschte vun den individuelle Rekursrechter a wierkelech wäert auswirken. An ech wëllt als Member vun eiser parlamentarescher Delegatioun beim Conseil de l'Europe nach eng Kéier dem Här Spillmann Merci soe fir dës instruktiv Visite a fir seng permanent positiv Kontakter mat der Lëtzebuerger Delegatioun.

Insgesamt, an domadder kommen ech zum Schluss, bleiwe fir eis Gréng d'Froe vun de Mënscherechter an all déi politesch Froen a Problemer, déi am Conseil de l'Europe diskutéiert ginn a wouzou regelméisseg Resolutiounen, mä och Recommandatiounen un d'Regierung vun de 46 Memberstaaten ausgeschafft an adresséiert ginn, vu ganz grousser Wichtigkeet. Duerfir ass et och kloer, dat mir eis och an Zukunft ganz aktiv an dës Aarbechte vum Conseil de l'Europe wëllen an all dës Froen abréngen, déi déi mënscherechlech Aspekter vun der Europapolitik betreffen.

Et ass natierlech aus deem Grond och kloer, dat mer déi Resolutioun, déi mer gemeinsam ënnerschriwwen hunn an déi vun der Madame Err presentéiert ginn ass, hei wäerten ënnerstëtzen. Merci.

**Une voix.** Très bien.

**M. le Président.** - Ech soen dem Här Huss Merci. Als leschte Riedner ass elo den Här Henckes agedroen. Här Henckes, Dir hutt d'Wuert.

**M. Jacques-Yves Henckes (ADR).** - Här President, ech wëll grad ewéi meng Virriedner der Madame Rapporteuse – elo hätt ech et scho bal falsch gesot – Merci soe fir hire Bericht. Si ass bekannt dofir, dat se am Conseil de l'Europe an och hei am Parlament sech ganz staark fir d'Mënscherechter asetzt. An eng vun deene Missiounen, déi den Europarat huet, ass justement déi Missioun fir d'Mënscherechter ze verdeedegen. Well déi eenzel parlamentaresch Assembléeën, déi mer hunn, hunn natierlech am Kader vum Europaparlament hir Missiounen, déi mer kennen.

**(M. Lucien Weiler reprend la Présidence)**

Dann ass et d'OSZE, d'parlamentaresch Kommissioun, déi sech ëm d'Relatiounen tëschent de fréiere Sowjetstaten an der EU këmmert. D'Parlament vum Europarat huet haaptsächlech d'Missioun, fir sech ëm d'Mënscherechter ze bekëmmern. Duerfir si mer och frou, dat déi dräi Gesetzer, déi dräi Protokoller, déi mer haut solle stëmmen, elo endlech an ons Législatioun erakommen.

Et vun de Problemer, dee mer bei dëser Geleeënheet wäerte festhalen, ass, dat mer ons resolut géint d'Doudesstrof dans toutes ses formes ausschwätzen. Als Member vun enger Associatioun, déi heescht "Parliamentarians for Global Action", déi sech ganz spezifesch op individueller Basis enga-

géiert géint d'Doudesstrof iwwerall an der Welt, sinn ech natierlech frou, dat mer op deem Gebitt do lues a lues ëmmer méi Fortschreiter kréien. Et ass just bedauerlech, dat eng vun deene gréissten, wann net déi gréissten Demokratie an der Welt, Amerika, nach ëmmer a verschidde Staten d'Doudesstrof als déi normal Strof bei schwéiere Verbrechen ugesäit.

Mir gesinn, dat d'Doudesstrof meeschtens dozou féiert, dat et, wa se eng Kéier bis vollstreckt ass, an et gesäit een herno, dat et en anere war, dee schëlleg war, da kann een nëmme just nach soen, et ass domm gaangen, mä d'Person ass gestuerwen. Dat ass inakzeptabel! Dat huet och a muneche Fäll zu ganz grave Konsequenze gefouert.

Mä och generell ass et inakzeptabel, dat eng Gesellschaft sech nees erëm op den Niveau vun den Déieren erfrosetzt, andeem se Revanche hält a selwer kalbliddeg mort. Duerfir ass dee Kampf géint d'Doudesstrof, deen de Conseil de l'Europe mécht, e ganz noble Kampf.

Deen zweete Punkt, deen an der Debatt steet, ass dee vun dem Kampf géint d'Diskriminierung. An och do, mengen ech, ass et wichtig, dat mer d'Konsequenzen a ville Gesetzgebungen, och hei an onsem Land, mussen duerchzéien. Ech wëll drun erënneren, zum Beispill fir dat ze illustréieren, dat eng Direktiv iwwert d'Marchés publics, déi mer hätte sollen Enn d'lescht Joer an ons Gesetzgebung integréieren, virgesäit, dat Entrepreneuren, déi condemnéiert gi si wéinst Diskriminierungen, kënnen aus de Marché-publicen ausgeschloss ginn. Esou Aktiounen sinn absolut wichtig fir Akzenter ze setzen a fir déi néideg Pressiounen duerchzéien.

Den drëtten Punkt, deen ech wollt diskutéieren, an deen d'Madame Rapporteuse och hei am Kader vun enger Resolutioun wollt illustréieren, dat ass, dat mer sollte méi esou Debatten, déi mer am Kader vun der OSZE maachen als Parlamentarier, mä och am Kader vun allen: vum Europarat, vun der OSZE, vun dem Euro-Méditerranée, hei an der Chamber duerchféieren, fir dat mer an der Chamber an domat ons Bevölkerung dobaussen, ons Leit dobaussen informéieren, wat debattéiert gëtt, wat diskutéiert gëtt a wat d'Theme sinn an ob et net dozou féiere muss, dat mer och hei am Land verschidde Konsequenze mussen duerchzéien.

E leschte Punkt, op deen ech wëll agoen, ass dee vun Mënscherechtsgerichtshaff. Effektiv ass et e ganz nützleche Gerichtshaff, dee munech nei Weeër gewisen huet, deen och heiansdo an importente Fäll hei zu Lëtzebuerg zu Ännerungen an onser Législatioun gefouert huet. Et ass dat ee vun deene Grënn, woufir mer mussen dat Gesetz elo stëmmen, fir dat mer do méi Effikasitéit drakréien.

Well et nëtzt näischt, dat een, wann een hei zu Lëtzebuerg eng Plainte mécht, well d'Délais judiciaires ze laang sinn, well an enger Affär während véier, fënnf, sechs Joer näischt geschitt ass, deen Ablack dann op den europäesche Mënscherechtsgerichtshaff geet an do nach eng Kéier dräi, véier Joer muss waarden, bis et zu engem Uerteel kënn. Duerfir ass et scho wichtig, dat mer déi Reformen, déi haut virgeschloe sinn, duerchzéien.

Duerfir wëll ech och den Accord vun der ADR-Fraktioun zu dem Gesetzesprojekt bréngen an och zu där Resolutioun, déi mer wäerte stëmmen an déi mer och mat ënnerschriwwen hunn.

**Plusieurs voix.** - Très bien.

**M. le Président.** - Merci, Här Henckes. Domadder ass d'Generaldebatt ofgeschloss. D'Wuert huet elo den Här Ausseminister



Jean Asselborn. Här Ausseminis-  
ter!

**M. Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration.** - Merci, Här President. Dir Dammen an Dir Hären, léif Kollegen, ech wëll och un alleréischter Plaz der Madame Err e grouse Merci soe fir hir ganz wichteg Aarbecht, déi si hei als Rapporteur vun deenen dräi Konventiounen gemaach huet, mä awer och doriwwer eraus fir déi wichteg Aarbecht, déi si zu Lëtzebuerg an zu Stroossbuerg mécht am Kader vun dem Conseil de l'Europe.

Ech si mam Här Goerens absolut d'accord, an och mat der Madame Err, dass a Saache Mënscherechter de Conseil de l'Europe eng Virreideroll hat an Europa a selbstverständlech och déi Roll behale muss an Zukunft an net a Konkurrenz mat der Europäescher Unioun soll sinn.

Vläicht ganz séier eppes zum Protokoll N° 12. Déi Remarque, déi d'Madame Err gemaach huet, dass mer mussen zwee Artikelen vun eiser Code civil änneren, ass natierlech pertinent, mä wichteg ass och – an ech mengen, de President vun der Institutionskommission, den Här Meyers, ass mat mir d'accord –, dass mer als Chamber, oder dass Dir als Chamber, entschëllegt, wou ech lech selbstverständlech ganz staark encouragéieren, de Conseil d'État mat Nodrock encouragéiert, säin Avis dach endlech ofzeginn iwwert den Artikel 11 vun eiser Verfassung, fir dass d'Chamber do ka léigiféieren.

Wat de Protokoll N° 13 ubelaangt, do huet den Här Huss absolut Recht, dass mir als Europäer, och als Lëtzeburger, all déi Länner, wou mer international a Kontakt sinn, ëmmer erëm mussen drop uschwätzen, dass mer als Europäer wëllen, dass d'Doudesstrof iwwerall op der Welt ofgeschafft gëtt, ob dat Japan ass oder ob et d'USA sinn.

D'lescht Woch war ech an dräi Länner: China, Laos an Thailand, wou d'Doudesstrof nach ass. Mir hunn dat all Kéier och erwähnt. Mä et gëtt natierlech och Géigenden op der Welt, wou ee mengt, dass se dat missten agesinn, wéi zum Beispill d'Palästinensesch Autoritéit. Déi huet och nach d'Doudesstrof, a mir mussen hei aus Europa wierklech do Drock maachen, dass an all deene Regione vun der Welt d'Doudesstrof ofgeschafft gëtt.

De Protokoll N° 14 ass dat Wichtigst effektiv, wat d'Substanz ugeet. Zil ass et jo, fir e Remède ze fanne bei der Iwwerbelaaschtung vun der Cour européenne des Droits de l'Homme.

Vläicht just dräi Chifferen. Enn 2004 waren 78.000 Requëten nach en suspens. Tëschen dem 1. Januar 2005 an dem 31. August 2005 sinn eleng 29.950 Requëten abuecht ginn. Wann een déi Evolution kuckt am Conseil de l'Europe, da stellt ee fest, dass 3.007 Demanden 1999 virlouchen an elo 2004 sinn iwwer 20.000 Fäll erabuecht ginn.

Mä wann een da kuckt, dass zum Beispill 2004 20.000 Requëten irrecevabel erkläert gi sinn an nëmme 730 Arrêté prononcéiert gi sinn, dat heescht 97% vun de Requëté sinn irrecevabel erkläert ginn, da gesäit een, dass méi wéi zwee Drëttel vun der Aarbecht eigentlech investéiert gëtt fir ofzeweisen, anstatt dass d'Energie kënnen drop konzentriert ginn, fir eng gutt Justice ze schwätzen. D'Qualitéit vun der Justice kann also nëmme steigen, wann een de Richter do méi Zäit gëtt, fir sech kënnen mam Fong vun den Affären ze beschäftegen.

Et muss een och wëssen, dass eigentlech aacht Staten de Monopol praktesch hu vu 75% vun den Affären, déi en instance sinn. 75% also. Un éischter Plaz steet d'Türkei, da komme Polen, Russland an da Rumänien.

Wat d'Remèden ugeet, do wëll ech vu menger Säit och net alles widerhuelen, wat hei gesot ginn ass, just vläicht ee Saz zu deem Management review, deen d'Madame Err och zitéiert huet. Dat ass e Rapport, dee finanziéiert gëtt vu Groussbritannien a vum Lord Woolf of Barnes gemaach gëtt. Eng vun den Iddien an deem Rapport ass, fir dass ee kleng lokal Strukturen, net judiciaire Strukturen, déi och dann onofhängeg si vun den nationale Länner, wou se sinn, géif national, lokal implantéieren, fir eben dee grouse Flot vun de Requëté kënnen ofzewieren.

Vum Protokoll N° 14 gëtt och gesot vu Spezialisten, dass dat keng Solution miracle ass. Den Traitement vun den Affären ze accélérieren, de Juge unique, deen iwwert d'Kritäre vun der Recevabilitéit da statuéiert, anstatt dass dat e Comité mécht vu siwe Jugen, e Comité nëmme vun dräi Jugen, fir déi répétitiv Affären ze tranchéieren: Dat ass alles positiv. D'Kritäre vun der Recevabilitéit – an d'Madame Err huet och ganz pertinent hir Approche dozou gesot -: Ech fannen, dat ass och richtig, dass de Préjudice muss important sinn; mä et ass wichteg, och wann en net important ass, dass do d'Droits de l'Homme, dass d'Mënscherechter also net d'äerfe vergiess ginn.

Dann ee Punkt, dee vläicht manner de Mëtteg elo zur Sprooch komm ass, mä dee mer och wichteg schéngt, dat ass, dass de Comité des Ministres kann d'Mise en oeuvre an d'Hand huele vun Arrêté vun der Cour, déi net exekutéiert ginn. Dat heescht, dass d'Cour erëm ka saiséiert ginn, wann eng vun de Parteien oder e Land, wat d'Obligatioun kritt duerch d'Cour, d'Exekutioun vun den Arrêté net weiderdreift. Dat ass fir verschidde Länner ganz, ganz wichteg, mä awer virun allem fir d'Bierger aus deene Länner wichteg, dass et déi Dispositioun an Zukunft gëtt.

Da wësst Der och, dass eelef Leit, e Groupe des sages agesat ass, presidéiert vun Gil Rodriguez Iglesias. Dee Comité des sages muss eigentlech d'Quadratur vum Cercle fäerdeg bréngen. Mir hunn 800 Millioune Bierger, wann een d'Länner alleguer zesummen hält, déi 46 vum Conseil de l'Europe, a si all, jidder Eenzelen, soll do den Accès kréien zu der Justiz. Op där anerer Manéier muss da Stroossbuerg sech och an Délais raisonnables kënnen prononcéieren.

Wat de Fong ugeet, erlaabt mer vläicht meng perséinlech Approche do dozou. Selbstverständlech, mengen ech, an Zukunft, wa mer wëllen erëm op eng méi normal Situatioun erauskommen, dierf eigentlech d'Justice vu Stroossbuerg nëmme subsidiäir Charakter hu vun enger gudder nationaler Justice, fir dass de Rekurs op Stroossbuerg net automatesch bei all Fall e leschte Rekurs gëtt. Ech mengen, dat ass net de Sënn dovunner. Domadder géife mer et dann och do mat enger Ännerung an der Astellung selbstverständlech da fäerdeg bréngen, fir d'Zuel vun den Affären ze reduzéieren.

Nun, d'Madame Err huet iwwert d'Wahlbeobachter geschwat. Ech wëll mech selbstverständlech elo net améschen an dat wat d'Chamber hei décidéiert. Ech wëll just soen, dass mer am Ministère vun den Affaires étrangères jo en extrae Service hunn, dass Lëtzebuerg bei praktesch alle Wahlen, wou am Kader vun der EU oder vun der OSCE Wahlbeobachter designéiert ginn, matmécht.

Mir sinn elo present gewiescht a Palästina mat fënnf, sechs Leit; mir ginn och elo a Wäissrusland, wat jo ganz, ganz wichteg ass, well do si vläicht Embryoë vun enger demokratescher Revolution. Vun deene muss ee profitéieren, ob schonn dass mer alleguerte wëssen, dass dee Regime alles anescht ass wéi demokratesch. Mä d'Wahlbeobachtung ass wichteg, a Lëtzebuerg hält un all deene Missionen ëmmer deel.

De Marcel Glesener huet eppes gesot, wat ech selbstverständlech als zoustännege Minister nëmme kann ënnerschreien, dass mer et misste fäerdeg bréngen, an eise Représentation-permanenten an och an eisen Ambassadé mindestens zwee Diplomaten do ze hunn. Zwee ausgebildeten Diplomaten, déi dann do hir Aarbecht zesummen an engem Sënn maachen, dass mer dignement vertrauede sinn, an dorobber schaffe mer och hin.

Wat mer gutt gefall huet, dat ass och wat den Här Goerens gesot huet eigentlech iwwert d'Substanz vum Conseil de l'Europe a Saachen Türkei. D'Ofschafe vun der Doudesstrof an der Türkei ass net ëmsoss gewiescht an ass och net gratis komm. Duerfir soll een elo an deem Prozess géint dee Journalist Orhan Pamuk wierklech net ze vill pousséieren. Ech hu gëschter nach d'Geleeënheet gehat zu London, fir mam türkeschen Ausseminis-ter ze schwätzen an ech hunn em wierklech félicitéiert, dass en op dee Wee do gaangen ass.

Och d'Minoritéitsrechter, all dat si jo déi fundamental Froen, déi am Conseil de l'Europe diskutéiert ginn, an do huet schonn déi Institution an der Türkei zum Beispill viles bewierkt. Ech hoffen och, dass mer a Russland nach méi kënnen pousséieren, och wann et elo, wat d'ONGen ugeet, jo e wéineg an eng aner Richtung gaangen ass, mä dass mer och do kënnen de l'avant goe mam Conseil de l'Europe.

Ech wëllt da fir ofzeschlësse selbstverständlech mech och net drécken, fir déi Froen ze évitieren, déi d'Madame Err hei gestallt huet. Wann een d'Madame Err kennt, da konnt ee sech jo och e wéineg preparéieren op dat wat...

#### (Interruption)

...hei vu Froe gestallt ginn ass. Déi Froe si selbstverständlech keng Iwwerraschung, an ech wëll se och mat aller Transparenz an aller Éierlechkeet selbstverständlech, wéi sech dat fir e Minister gehéiert, hei beäntweren.

Déi éischt Fro, mengen ech, war jo déi, ob d'Regierung systematesch informéiert ass iwwert d'Geheimdängschter, och auslännesch Geheimdängschter, déi hei zu Lëtzebuerg da mat communiquéieren. Do kann ech nëmme zwou Saache soen:

Dir wësst, an der Struktur vun der Regierung ass de Geheimdängschter ënnert der Tutelle vum Statsminister. De Statsminister an de Chef vum Geheimdängschter si konstant am Gespréich matenaner. Do fléisst den Informationsfluss an do gëtt d'Regierung selbstverständlech informéiert, mä awer och d'Chamber. Mat deem neie Gesetz besteet jo elo och scho regelméisseg en Informationsfluss tëschen eben dem Geheimdängschter an där Kommissioun, déi hei an der Chamber duerfir zoustänneg ass.

Déi zweet Fro ass, ob d'Regierung – wann ech richtig verstan hunn – iwwer Informatiounen verfügt, wat d'Existenz vu geheime Centres de détention op eiser Territoire ugeet oder an Europa oder soss an der Welt. Do kann ech formell sinn: Hei zu Lëtzebuerg ass dat selbstverständlech net de Fall. Mir hunn och keng prezis Informatiounen iwwer esou Centren an Europa oder soss iergendwou an der Welt. Mir sinn eis Meinung do net gefrot ginn, a wa mer se gefrot gi wären, wësst Der, wat mer geäntwert hätten.

**Une voix.** - Bien!

**M. Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration.** - Dann deen drëtten Punkt, vläicht dee wichtigsten: Ob

d'Regierung Connaissance huet vu Volen oder vu Survolen iwwer eisen Territoire vu Fligere, déi affréiert gi si vun der CIA oder och vun Annexes-de-services, déi also outgesourced sinn. Ech kann elo direkt soe wat d'Survolen ugeet, dass d'Regierung ni gefrot ginn ass fir eng Autorisatioun, also huet se och ni eng ginn.

Wat elo Volen ugeet, ass et esou, dass ech mech selbstverständlech och virun dëser Debat kloer an d'Bild setze gelooss hunn. Den 30.1.2006 an den 31.1.2006, dat ass also virgëschter a gëschter, ass jeeweils ee Fliger hei um Findel gelant a gläich drop och erëm fortgefloss, no kuerzer Zäit. Fligere vun enger Gesellschaft, déi an der Vergaangenheet mat der CIA a Verbindung bruecht ginn ass. Dës Fligere hunn hei zu Lëtzebuerg opgetankt a si gläich drop zréckgefloss op Frankfurt, wou déi Fligere och hierkomm sinn.

D'Luxair huet den Handling gemaach vun deene Fligere. Am Fliger, ass mer confirméiert ginn, war kee Passagéier deklaréiert. Et si keng Persounen – och zu Lëtzebuerg – an dee Fliger agestiegen. D'Fligere ware Mëtzelstreckefligere, a wéi aus de Frachtpabeieren ervirgeet, huet et sech ëm zwee technesch Volë gehandelt. Et gëtt absolut keen Hiweis, dass dës zwee Volë kënnen an de Kontext gestallt gi vum Transport vu Prisonnierer oder Persounen tout court, déi solle vun engem auslännesche Geheimdängschter iwwer Lëtzebuerg transportéiert ginn.

Dann déi nächst Fro ass: Wat ass d'juristesche Base, déi erlaabt, dass aus engem Drëttland Persounen iwwert den Nationalterritoire kënnen transportéiert ginn oder mat hinnen eng Escalé ka gemaach ginn? Ass d'Regierung esou eng Autorisatioun gefrot ginn, a wa jo, wat fir Zorte vun Assurancë kann een do exigéieren?

Do kann ech der Madame Err äntwerten – an ech mengen, si weest dat vläicht besser wéi ech –, dass et zwou Konventiounen gëtt vum Conseil de l'Europe, eng vun 1957 an eng vun 1959 iwwert d'Entraide judiciaire pénale, wou Escalén a Survolen, wann et sech ëm Gefangener handelt, mussen ugefrot ginn.

Zënter 2000, wësst Der hei an der Chamber, ass et de Parquet général, dee sech dorëm bekëmmert. Et ass esou, dass mer fir d'Fall, déi hei viséiert sinn, weder eng Autorisatioun gefrot gi si fir eng Escalé nach ass eng Aide judiciaire pénale bei eis ugefrot ginn.

Dann déi lescht Fro: Huet d'Regierung Kenntnis vum Atterissage vu Fligere, déi hätte kënnen Détenüen transportéieren? Ech hu mech do explizéiert: D'Regierung huet keng Connaissance dovunner.

Ech soen lech Merci.

**Plusieurs voix.** - Très bien!

**M. le Président.** - Merci, Här Minister. D'Madame Err wëllt, denken ech, eng Zousazfro stellen. Madame Err!

**Mme Lydie Err (LSAP).** - Jo, Här President, eigentlech keng Zousazfro. Ech wollt just d'Chamber froen, ob et méiglech wier, déi Äntwerte vum Minister esou schnell wéi méiglech ze kréien, fir se weiderzeginn un do wou mer se sugéiert krut hunn.

**M. le Président.** - Madame Err, mir wäerten duerfir suergen, dass deen Text vun der Ried vum Minister esou schnell wéi méiglech zur Verfügung steet, fir dass Dir kennt Ären Aufgaben nokommen.

Mir kommen dann zur Ofstëmmung iwwert d'Projets de loi. Fir d'éischt de Projet 5325.

**Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel**

#### (Interruptions diverses)

Här Santer, wann d'Maschinn net geet, da sot mer just, ob Der mat Jo oder mat Nee stëmmt. Mat Jo? Ah.

De Projet de loi 5325 ass ugeholl mat 60 Jo-Stëmme, bei kenger Nee-Stëmm a kenger Abstentioun.

*Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt (par Marc Spautz), M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen (par M. Michel Wolter), MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert, Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, François Maroldt, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Patrick Santer (par M. Lucien Thiel), Marcel Sauber, Jean-Paul Schaaf (par M. Marcel Oberweis), Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter;*

*MM. Marc Angel, Alex Bodry, John Castegnar, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err, MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein (par Mme Claudia Dall'Agnol), Mme Lydia Mutsch (par M. Roger Negri), MM. Roger Negri, Jos Scheuer (par M. Marc Angel), Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz (par M. Alex Bodry);*

*MM. Xavier Bettel (par M. Niki Bettendorf), Niki Bettendorf, Mme Anne Brasseur, M. Emile Calmes (par M. Claude Meisch), Mme Colette Flesch, MM. Charles Goerens, Henri Grethen (par M. Charles Goerens), Paul Helming (par Mme Colette Flesch), Claude Meisch et Carlo Wagner;*

*MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox (par M. Claude Adam) et Mme Viviane Loschetter;*

*MM. Gast Gibéryen (par M. Jacques-Yves Henckes), Jacques-Yves Henckes, Aly Jaerling, Jean-Pierre Koepf et Robert Mehlen.*

**M. Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration.** - Merci, Här President!

**M. le Président.** - Gëtt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

#### (Assentiment)

Dann ass et esou décidéiert.

Mir stëmme dann of iwwert de Projet de loi 5422.

**Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel**

De Projet de loi 5422 ass ugeholl mat 60 Jo-Stëmme, bei kenger Nee-Stëmm a kenger Abstentioun.

*Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt (par Marc Spautz), M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen (par M. Lucien Thiel), MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert, Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, François Maroldt, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Patrick Santer, Marcel Sauber, Jean-Paul Schaaf (par M. Marcel Oberweis), Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter;*

*MM. Marc Angel, Alex Bodry, John Castegnar, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err, MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein (par M. John Castegnar), Mme Lydia Mutsch (par M. Roger Negri), MM. Roger Negri, Jos Scheuer (par M. Marc Angel), Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz (par M. Alex Bodry);*

*MM. Xavier Bettel (par M. Niki Bettendorf), Niki Bettendorf, Mme Anne Brasseur, M. Emile Calmes*



(par M. Claude Meisch), Mme Colette Flesch, MM. Charles Goerens, Henri Grethen (par M. Charles Goerens), Paul Helminger (par Mme Colette Flesch), Claude Meisch et Carlo Wagner;

MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox (par M. Claude Adam) et Mme Viviane Loschetter;

MM. Gast Gibéryen (par M. Jacques-Yves Henckes), Jacques-Yves Henckes, Aly Jaerling, Jean-Pierre Koepf et Robert Mehlen.

Gëtt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

#### (Assentiment)

Dann ass et esou décidéiert.

Da komme mer zur Ofstëmmung iwwert de Projet de loi 5423.

#### Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel

De Projet ass ugeholl, grad ewéi déi vu virdrun, mat 60 Jo-Stëmmen.

Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrigh-Duval, Nancy Arendt (par Marc Spautz), M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen (par M. Lucien Thiel), MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert, Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, François Maroldt, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Patrick Santer, Marcel Sauber, Jean-Paul Schaaf (par Mme Françoise Hetto-Gaasch), Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter;

MM. Marc Angel, Alex Bodry, John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err, MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein (par M. John Castegnaro), Mme Lydia Mutsch (par M. Roger Negri), MM. Roger Negri, Jos Scheuer (par M. Marc Angel), Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz (par M. Alex Bodry);

MM. Xavier Bettel (par M. Niki Bettendorf), Niki Bettendorf, Mme Anne Brasseur, M. Emile Calmes (par Mme Colette Flesch), Mme Colette Flesch, MM. Charles Goerens, Henri Grethen (par M. Claude Meisch), Paul Helminger (par Mme Anne Brasseur), Claude Meisch et Carlo Wagner;

MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox (par M. Claude Adam) et Mme Viviane Loschetter;

MM. Gast Gibéryen (par M. Jacques-Yves Henckes), Jacques-Yves Henckes, Aly Jaerling, Jean-Pierre Koepf et Robert Mehlen.

Gëtt och hei d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

#### (Assentiment)

Dann ass et esou décidéiert.

#### Résolution 1

Mir hunn dann nach eng Resolutioun, déi déi honorabel Madame Err déposéiert huet, déi vun alle Fraktiounen – wann ech dat richteg gesinn – ënnerschriwwen ass. Also, kënne mer par main levée doriwier ofstëmmen?

#### (Assentiment)

D'accord.

#### Vote

Wien ass mat där Resolutioun d'accord?

Ech gesinn, dat ass d'Unanimitéit, also ass d'Resolutioun unanime ugeholl.

Mir kommen elo zur Diskussioun vum Projet de loi 5463, en Ofkommes iwwert de Corps européen. D'Wuert huet de Rapporteur, den honorabelen Här Marcel Glesener. Här Glesener!

### 5. 5463 – Projet de loi portant approbation du Traité entre le Royaume de Belgique, la République fédérale d'Allemagne, le Royaume d'Espagne, la République française et le Grand-Duché de Luxembourg relatif au Corps européen et au statut de son Quartier général, ainsi que de l'Acte final de signature, faits à Bruxelles, le 22 novembre 2004

#### Rapport de la Commission des Affaires étrangères et européennes, de la Défense, de la Coopération et de l'Immigration

**M. Marcel Glesener (CSV), rapporteur.** - Jo, Merci. Här President, Kolleeginnen a Kolleegen, eisen Débat wäert mat Sécherheet net esou spannend sinn an net esou laang dauere wéi dee vu virdrun. Ech ka mech och ganz kuerz faassen. D'Detailer vun deem, wat do zur Diskussioun steet, fannt Der a mengem schrëftleche Rapport.

U sech kann ech soen, datt dee Projet absolut keng Changementer, wat d'Veerteidungspolitik vu Lëtzebuerg betrëfft, mat sech wäert bréngen. Et geet ledeglech drëm, fir en Traité ze approvieren, deen den 22.11.2004 tëschent der Belsch, Däitschland, Spuenien, Frankräich a Lëtzebuerg ënnerzeechent ginn ass. Dat ass e juristescht-techneschen Text, deen eng juristescht Basis vun der Zesummenaarbecht vun all deene Staten, déi dem Corps européen ugehéieren, festleet, an deen och déi noutwendeg Rechtsbasis fir de Quartier général, dee sech zu Stroossbuerg befënnt, definéiert an och festleet.

Den Dépôt vun dësem Projet war de 15. Abrëll 2005. De Statsrot huet säin Avis ginn am Juli 2005 an hien huet absolut keng Objektivitéit presentéiert a virfont opgrond vun der Verfassungsméiglechkeet vun deem internationalen Traité. Hien hat just e puer juristescht Formulationen uginn, déi mer am Artikel 1 och respektéiert hunn. U sech waren dat nëmmen textuell Observatiounen, déi de Statsrot gemaach huet. De Statsrot steet also och hannert deem Projet.

Mir haten de 17. November an der zoustänneger Kommissioun den Exposé vum Verteidigungsminister, dem Här Frieden, dee méi an den Detail op de Corps européen an iwwert de Quartier général agaangen ass an d'Bedeitung, d'Admissiounen nach eng Kéier virgedroen huet.

Mir hunn dann ebenfalls den Avis vum Conseil d'État duerchdiskutéiert an och déi textuell Ännerungen ugeholl. Den 19. Dezember hunn ech dann an der Kommissioun mäi schrëftleche Rapport, deen Der alleguerten hutt, virgeluecht, an d'Kommissioun huet unanime dee Rapport och esou ugeholl.

A mengem Rapport gesitt Der – an ech wëll dat ganz kuerz erwähnen, fir déi, déi sech duerfir interesséieren -: D'Organisatioun oder d'Originé vum Corps européen datéiere vum 22. Januar 1963; dat war jo nach d'Fro fir d'Veerteidungen tëschent Frankräich an Däitschland. Doriwier eraus sinn déi Missiounen erweiert ginn am Mee 1992, et si Länner bäigettratt: d'Belsch 1993, Spuenien 1994 a Lëtzebuerg 1996, dat opgrond vun enger Décisioun och vun eiser Chamber.

Am Joer 2002 sinn d'Aufgaben an och d'Méiglechkeeten, dem Corps européen bäizetrieden, erweiert ginn, andeem d'Nato-State kënne sech vertrieeden loosson an dem Corps européen an ebenfalls am Quartier général. Dat hu gemaach: Kanada, d'Türkei, Griichenland a Polen. Si sinn och mat bedeelegt un der Organisatioun vun deem Quartier général.

Doriwwer eraus fannt Der a mengem Rapport déi lescht rezent Missiounen vun dem Corps européen, wat virun allem Friddensmissiounen waren um Balkan, wou och Lëtzebuerger Zaldote sech dru bedeelegt hunn, dat opgrond vun enger spezieller Prozedur, déi gesetzlech festgeluecht ass, wou eis Chamber muss den Accord ginn. Mir sinn de Moment befaasst mat enger Reform vun der Participatioun vun de Lëtzebuerger Arméibedingungen hei an der Chamber. An da waren nach Missiounen, wou och Lëtzebuerger dru bedeelegt waren, an Afghanistan.

Deen neien Traité, deen och opgrond vun der Emännerung vun der europäescher Sécherheets- a Verteidigungspolitik zustane komm ass, ass ënnerzeechent ginn no enger Rei Verhandlungen, déi ee Joer gedauert hunn, den 22. November 2004, an haut ass et un der Chamber, deen Traité, deen, wéi ech gesot hunn, keng Verännerung an der Verteidigungspolitik an an der Zougehéiregkeet vu Lëtzebuerg zur Nato bedeit a bedéngt, och ze ratifizéieren. D'Commission des Affaires étrangères, wéi gesot, huet dee Rapport esou unanime ugeholl a si biet och d'Chamber, deen Traité hei ze ratifizéieren. Et ass also en Opruff un lech alleguerten, Kolleeginnen a Kolleegen, mat Ärer Stëmm deem Traité Är Zoustëmmung ze ginn.

Datselwecht maachen ech am Numm vun der CSV-Fraktioun, déi dann net nach extra brauch hei d'Wuert ze ergräifen. D'CSV-Fraktioun gëtt selbstverständlech och den Accord zu deem Traité.

Dat gesot, soen ech lech Merci.

#### Une voix. - Très bien.

**M. le Président.** - Merci, Här Glesener. Den honorabelen Här Goerens huet d'Wuert.

#### Discussion générale

**M. Charles Goerens (DP).** - Här President, zu deem Traité do ass alles gesot, duerfir brauch ech nëmme just nach der Chamber d'Zoustëmmung vu menger Fraktioun ze iwwerbréngen.

#### Plusieurs voix. - Très bien.

**M. le Président.** - Merci, Här Goerens. Den honorabelen Här Angel.

**M. Marc Angel (LSAP).** - Jo, Här President, och d'sozialistescht Fraktioun stëmmt dëse Projet mat a wëllt dem Här Marcel Glesener Merci soe fir säin ausfuerleche schrëftlechen an awer och mëndleche Bericht. Merci.

**M. le Président.** - Voilà. Wa soss kee Riedner méi do ass, da wär et un der Regierung. Den delegierte Minister, den Här Schmit, huet d'Wuert.

**M. Nicolas Schmit, Ministre délégué aux Affaires étrangères et à l'Immigration.** - Ech ka mech och dorop limitéieren, dem Rapporteur Merci ze soen, an ënnersträiche wéi wichteg et ass, datt Lëtzebuerg an alle Kooperatiounsstrukturen, och an der Défense, an Europa deelhält. Merci.

**M. le Président.** - Merci, Här Minister. Da komme mer zur Ofstëmmung.

#### Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel

De Projet de loi 5463 ass ugeholl mat 60 Jo-Stëmmen.

Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrigh-Duval, Nancy Arendt (par M. Marc Spautz), M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-

Koullen (par M. Marcel Oberweis), MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert, Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, François Maroldt, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Patrick Santer, Marcel Sauber, Jean-Paul Schaaf (par Mme Françoise Hetto-Gaasch), Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter;

MM. Marc Angel, Alex Bodry, John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err, MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein (par M. Ben Fayot), Mme Lydia Mutsch (par Mme Claudia Dall'Agnol), MM. Roger Negri, Jos Scheuer (par M. Romain Schneider), Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz (par M. Alex Bodry);

MM. Xavier Bettel (par M. Carlo Wagner), Niki Bettendorf, Mme Anne Brasseur, M. Emile Calmes (par Mme Anne Brasseur), Mme Colette Flesch, MM. Charles Goerens, Henri Grethen (par M. Niki Bettendorf), Paul Helminger (par M. Charles Goerens), Claude Meisch et Carlo Wagner;

MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox (par M. Claude Adam) et Mme Viviane Loschetter;

MM. Gast Gibéryen (par M. Jacques-Yves Henckes), Jacques-Yves Henckes, Aly Jaerling, Jean-Pierre Koepf et Robert Mehlen.

Gëtt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

#### (Assentiment)

Dann ass et esou décidéiert.

Mir kommen dann zum Projet de loi 5505, eng Konventioun iwwert déi Persounen, déi ënner internationalem Schutz stinn. D'Wuert huet de Rapporteur, den honorabelen Här Marc Angel.

### 6. 5505 – Projet de loi portant approbation de la Convention sur la prévention et la répression des infractions contre les personnes jouissant d'une protection internationale, y compris les agents diplomatiques, adoptée à New York, le 14 décembre 1973

#### Rapport de la Commission des Affaires étrangères et européennes, de la Défense, de la Coopération et de l'Immigration

**M. Marc Angel (LSAP), rapporteur.** - Här President, léif Kolleeginnen a Kolleegen, bei dësem Projet de loi geet et ëm d'Approbatoun iwwert d'Konventioun zur Preventioun a Repressioun vun Infraktiounen géint Persounen, déi vun enger Protection internationale profitéieren, wourënner och diplomatesch Agente falen. Dës Konventioun ass scho viru 34 Joer adoptéiert ginn zu New York am Dezember 1973.

No ville Joren huet dunn den Ausseminister de 14. November 2005 dee Projet de loi hei déposéiert. Den 21. November gouf ech Rapporteur genannt. De Conseil d'État huet säin Avis de 15. November hunn och der Commission des Affaires étrangères e schrëftleche Rapport virgeluecht a presentéiert.

Déi Konventioun, iwwert déi mer haut ofstëmmen, gouf am Kader vun de Vereente Natiounen 1973 ugeholl. Et war dëst eent vun den éischten internationalen Instrumenter ufanks de 70er Jore fir op en Usteige vun terroristeschen Akten ze äntwerten.

An de 70er Jore waren d'terroristescht Ziler besonnesch d'Fliegen,

d'Aviation civile, an zweetens och d'Diplomaten an d'diplomatesch Installatiounen, d'Ambassaden. Zwou Konventiounen goufen dunn direkt ausgeschafft fir géint d'Piraterie vun der Aviation civile virzegoen. An eng – dat ass déi, iwwert déi mer haut, wéi gesot, ofstëmmen –, déi gouf ausgeschafft fir ebe genau d'Diplomaten an d'Ambassaden, wat jo deemools en Zil vun den Terroriste war, ze schützen.

Wann Der mer erlaabt, wëll ech eng kleng Klammer opmaachen a soen, dass an de 70er Joren och scho grouss Problemer waren, fir den Terrorismus ze definéieren. Deemools ass vill driwwer diskutéiert ginn, ob ee muss en Ennerscheid maachen tëschent Terrorismus an Akte vun nationale Fräiheitsmouvementer.

Mä elo zréck zur Konventioun. Wéi gesot, 1973 gouf deen Text zu New York ugeholl. Dräi Joer duerno ass en a Kraaft gettratt. Haut hunn 159 Staten dës Konventioun ugeholl, dovun 23 EU-Länner. Irland a Lëtzebuerg sinn déi zwee lescht EU-Länner, déi dat nach musse maachen.

D'Décisioun, fir elo dëser Konventioun ze adhéréieren, geet op Engagementer zréck, déi um europäesche Plang, awer och am Kader vun der UNO geholl gi sinn no den Attentater vum 11. September 2001, fir dass mer engem Ensemble vun zwielf antiterroristeschen Instrumenter kënne bäitrieden oder se ëmsetze kënnen.

#### (Coups de cloche de la Présidence)

Mam Ëmsetze vun dëser Konventioun hu mer vun deenen zwielf Instrumenter der schonn néng ëmgesat. Dës Konventioun presentéiert sech als eng Convention d'incrimination, mä si enthält och Dispositiounen, wat d'Preventioun ugeet, notamment duerch d'Entraide judiciaire.

Déi Konventioun hei besteet aus 20 Artikelen. Zum Beispill den Artikel 1, deen definéiert d'Notiounen, wéi eng Persounen vun esou enger Protektioun kënne profitéieren. Dat sinn d'Statschefen, d'Regierungscheefen, d'Ausseministeren, hir Familljen, awer och d'Fonctionnaire vum intergouvernementalen Institutiounen. An et gëtt och d'Notioun vum Auteur présumé de l'infraction definéiert.

Den Artikel 8 zum Beispill regelt alles, wat mat Extraditiounen ze dinn huet.

Dee wichtegsten Artikel an dëser Konventioun ass awer den Artikel 7. Dee viséiert fir géint d'Impunitéit vun den Auteurs vun Infraktiounen, géint Diplomaten an Ambassade virzegoen. Et geet hei an deem Kontext och ëm de Prinzip «extra-der ou jurer». Onse Statsrot approvéiert dëse Projet de loi, well e sech an eng logesch Suite vun Instrumenter um internationale Plang areit, fir ebe géint den Terrorismus ze kämpfen.

Genau wéi bei dem Projet de loi 5344, deen am Dezember 2004 hei ofgestëmmt ginn ass, wou et ëm Amendementer zur Convention européenne pour la répression du terrorisme geet, erënnert de Conseil d'État drun, dass soll ënnersicht ginn, ob eise Code pénal am Aklang mat dëser Konventioun ass. De Statsrot presentéiert duerfir, genau wéi beim Projet 5344, deen ech elo grad zitéiert hunn, den Article unique an den Artikel 1 ëmzeschreiwen an en zweeten Artikel derbäizesetzen.

Dësen zweeten Artikel soll dat kloerstellen, wat am Artikel 7 vun der Konventioun steet. An do geet et ëm déi Clause d'extraterritorialité. Voilà. Wann dësen zweeten Artikel zum Beispill net do wär, kéint, wann et zu enger Geriichtsaffär an dësem Kader kéim, déi ganz Affär plätzen. An dat muss een évitéieren.



Erlaabt mer eng Remarque zum Ofschloss, déi elo net direkt mat där Konvention hee ze dinn huet. Ech mengen, et wär interessant, an der Chamber, a vläicht mat eise Juristen, déi mer an der Commission juridique hunn, eng Kéier iwwert déi Clause d'extraterritorialité ze schwätzen an aneren Domänen vun internationaler Kriminalitéit, wéi zum Beispill Fraenhandel oder Kannerhandel oder dee ganze Vole, dee mat Sextourismus ze dinn huet, wou jo d'Kanner oft d'Victimé sinn.

Dat gesot, wéll ech zum Ofschloss den Accord vu menger Fraktioun zu dësem Projet ginn, an ech soen lech Merci fir Aert Nolauschteren.

■ **Plusieurs voix.** - Très bien!

■ **M. le Président.** - Merci, Hâr Angel. Freet keen d'Wuert dozou?

(Négation)

Ech gesinn, dat ass net de Fall. D'Regierung och net. Da kënnen mer direkt zur Ofstëmmung kommen.

**Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel**

De Projet de loi 5505 ass ugehall mat 60 Jo-Stëmme, bei kenger Nee-Stëmm a kenger Abstentiuon.

Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrigh-Duval, Nancy Arendt (par M. Marc Spautz), M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen (par M. Lucien Clement), MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert (par M. Michel Wolter), Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, François Maroldt, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Patrick Santer, Marcel Sauber, Jean-Paul Schaaf (par Mme Françoise Hetto-Gaasch), Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter;

MM. Marc Angel, Alex Bodry, John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err, MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein (par M. Roger Negri), Mme Lydia Mutsch, MM. Roger Negri, Jos Scheuer (par M. Romain Schneider), Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz (par M. Alex Bodry);

MM. Xavier Bettel (par Mme Anne Brasseur), Niki Bettendorf (par M. Claude Meisch), Mme Anne Brasseur, M. Emile Calmes (par M. Charles Goerens), Mme Colette Flesch, MM. Charles Goerens, Henri Grethen (par M. Carlo Wagner), Paul Helminger (par Mme Colette Flesch), Claude Meisch et Carlo Wagner;

MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox (par M. Claude Adam) et Mme Viviane Loschetter (par M. François Bausch);

MM. Gast Gibéryen (par M. Jacques-Yves Henckes), Jacques-Yves Henckes, Aly Jaerling, Jean-Pierre Koepf et Robert Mehlen.

Gëtt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

(Assentiment)

Merci, dann ass et esou decidéiert.

Mir kommen dann zum leschte Punkt vun eisem Ordre du jour vun haut. De 26. Januar hat den Hâr Lucien Clement eng Motioun iwwert de Konferenzzentrum um Kierchberg deposéiert, iwwert déi d'Chamber haut de Mëtteg soll debattéieren. Wat d'Riedezäit ubelaangt, stinn dem Autor, also dem Hâr Clement, an der Fraktioun an der Regierung jeeeweils fënnf Minutte Riedezäit zou. Den Hâr Clement huet elo d'Wuert, fir d'Motioun ze presentéieren.

## 7. Motion de Monsieur Lucien Clement relative à la réalisation du Centre de Conférences à Luxembourg-Kirchberg

■ **M. Lucien Clement (CSV), auteur.** - Hâr President, Dir Dammen an Dir Hâren, ech hat de 26. Januar eng Motioun deposéiert, déi de Bau vum neie Centre de Conférences betrëfft.

**Motion 1**

*La Chambre des Députés, considérant*

- que par la loi du 24 juillet 2001 relative à l'extension et à la modernisation du Centre de Conférences à Luxembourg, le Gouvernement a été autorisé à faire procéder à l'extension et à la modernisation du Centre de Conférences à Luxembourg-Kirchberg (ci-après le «CCK») pour un montant global de 161.130.791,10 euros;

- que si l'intention du Gouvernement à l'époque était d'achever le projet sous rubrique pour la Présidence luxembourgeoise de l'Union européenne du premier semestre 2005, il s'est avéré très vite qu'un projet d'une telle envergure n'était pas réalisable dans le laps de temps prévu par le Gouvernement;

- que le Gouvernement de l'époque a de ce fait décidé en mars 2003 d'ériger un Centre de Conférences provisoire dans les halles 3 et 4 des Foires Internationales de Luxembourg, et qu'il a alors été accepté par la Chambre des Députés, la Commission du Contrôle de l'exécution budgétaire et des Comptes entendue en son avis, que les frais en relation avec la construction du Centre de Conférences provisoire soient imputés sur le budget de la loi du 24 juillet 2001 précitée;

- que depuis l'adoption de cette loi d'autorisation, des concertations entre le Secrétariat général du Conseil de l'Union européenne et le Comité de coordination pour l'installation d'institutions et d'organismes européens au cours de l'année 2003 ont révélé la nécessité d'une actualisation du programme des besoins du Conseil de l'Union européenne;

- qu'en définitive, le projet de construction remanié devra être autorisé par une nouvelle loi spéciale;

- que l'enveloppe financière prévue par la loi d'autorisation de 2001 laisse une marge de manœuvre par rapport au budget actuellement autorisé pour accommoder des modifications aux plans de construction initiaux;

- que l'option d'introduire d'ores et déjà un projet de loi d'adaptation ne peut être retenue, alors qu'un tel projet devra se baser sur l'avant-projet détaillé du nouveau CCK qui ne sera prêt qu'au cours de l'année 2006, et qui devra être entériné par un engagement formel du Conseil de l'UE portant acceptation définitive du programme de construction modifié;

- que la visibilité et le rayonnement européens du Luxembourg dépendent dans une très large mesure de la tenue des réunions du Conseil des Ministres de l'Union européenne à Luxembourg pendant trois mois de l'année;

- que les Commissions des Travaux publics et du Contrôle de l'exécution budgétaire et des Comptes de la Chambre des Députés ont marqué leur accord à la poursuite des travaux en vue de la réalisation d'un nouveau CCK correspondant aux exigences et besoins actuels et futurs de l'Union européenne;

invite le Gouvernement

- à poursuivre les travaux de construction du nouveau CCK sur la base de la loi du 24 juillet 2001 en les réorientant en direction d'un nouveau projet de construction définitif, et à accommoder dans ces travaux les modifications substantielles des plans de construction initiaux rendues indispensables

par la conception nouvelle du nouveau projet de construction;

- à obtenir, dans les meilleurs délais, l'engagement définitif écrit du Secrétariat général du Conseil des Ministres de l'Union européenne portant acceptation des nouveaux plans de construction du CCK;

- à déposer au cours de l'année 2006 un projet de loi d'autorisation des travaux définitifs comprenant une nouvelle enveloppe budgétaire globale.

(s.) Lucien Clement, Ben Fayot, Henri Grethen, Viviane Loschetter, Michel Wolter.

Duerch d'Gesetz vum 24. Juli 2001 ass d'Regierung déi Zäit autoriséiert ginn, fir fir gutt 161 Milliounen Euro en neie Centre de Conférences um Kierchberg ze bauen.

Ursprünglech ass awer d'Regierung dovun ausgegangen, dat d'Projet fir d'Présidence, also fir ufanks 2005, fäerdeg gestallt sollt ginn. Mä ganz séier huet sech awer erausgestallt, dat déi zäitlech Virgab net an deem Mooss konnt aegehale ginn. An aus dësem Grund ass dann dunn och beschloss ginn, fir e Centre de Conférences provisoire an de Foireshalen ze aménagéieren. Mä well duerfir awer keng Sue virgesi waren, huet d'Regierung mam Accord vun der Comexpo beschloss, dës Gelder aus dem Budget vum Gesetz vum 24. Juli 2001 ze amputéieren.

Säithier sinn awer nei Fuerderunge baulecher Aart säitens dem Conseil vun der Europäescher Unioun un d'Regierung erueder ginn, an zwar an deem Mooss, dat de bestehende Projet, wat déi baulech Moossname betrëfft, allerdéngs net esou déi finanziell Enveloppe, emgéännert gi muss. En neie Projet de loi, deen d'Extensiuon betrëfft, muss also elaboréiert ginn. Déi baulech Emännerungen um ale Projet, déi en vue vun deenen neie Fuerderungen néideg gi sinn, passen awer nach, wéi ech scho gesot hunn, an déi finanziell Enveloppe vum Gesetz vum 2001.

Et ass einfach wichteg fir Lëtzebuerg – an ech denken, do ass jiddereen heibanne mat mer d'accord –, dat de Conseil och an Zukunft hei zu Lëtzebuerg siégéiert, och wann dat nëmme fir dräi Méint am Joer ass. Fir dat awer elo sécherzestellen, muss Lëtzebuerg dann och déi néideg Infrastrukturen zur Verfügung stellen.

Nodeems de Bauteminister, den Hâr Claude Wiseler, déi zwou zoustänneg Kommissiounen, d'Bautekommissioun an d'Comexbu, gemäss eiser neier, nach net ofgeschlossener Prozedur informéiert hat an och den Accord an deenen zwou Kommissiounen krut, wéll mir dësen Accord dann och hei an der Chamber per Motioun bekräftegen.

D'Chamber wëllt mat dëser Motioun d'Regierung an den zoustänneg Minister invitéieren, weiderzefuere mat den Emännerungen vun der Pläng. Pläng, déi dann och deenen neie Fuerderunge vum Conseil européen Rechnung droen. Des Weidere gëtt d'Regierung opgefuerdert, esou schnell wéi méiglech en definitive schrëftlechen Accord, wat d'Pläng an d'Fuerderungen ueget, vum Sekretariat vum Conseil ze kréien. D'Regierung gëtt dann och nach opgefuerdert, am Laf vum 2006 en neie Projet de loi mat enger neier globaler Enveloppe financière a mat deenen neie Pläng ze deposéieren.

Hâr President, Lëtzebuerg huet mat Sécherheet keen entscheidenden Afloss wéi gebaut soll ginn a wat gebaut soll ginn, wann et sech ëm europäesch Projeten handelt. Au contraire, mir lafe souguer Gefor, dat d'Conseil net méi hei zu Lëtzebuerg tagt, wann d'Infrastrukturen net deem entsprechen, wat sech do virgestallt gëtt.

Zum Schluss wëll ech awer nach soen, dat d' Bauteminister, den Hâr Wiseler, sech virbildlech un déi nei Prozedur, déi mir eis zesumme mat him jo selwer operleucht hunn, gehalen huet. En huet, an dat net nëmme an dësem Projet wéll ech soen, souwuel d'Comexbu wéi...

(Coups de cloche de la Présidence)

...och d'Bautekommissioun zur richteger Zäit informéiert an dunn och den Accord an deene Kommissiounen krut.

Ech denken, Hâr President, nodeems all d'Fraktiounen, mat Ausnahm vum ADR, déi mer am Virfeld signaliséiert hunn, dat si sech géifen enthalen, déi Motioun mat ënnerschriwwen hunn, dat dës Motioun dann och mat enger grousser Majoritéit hei d'Chamber passéiere wäert. Ech soen lech Merci fir d'Nolauschteren.

■ **M. le Président.** - Merci, Hâr Clement. Den Hâr Fayot huet d'Wuert gefrot.

**Discussion générale**

■ **M. Ben Fayot (LSAP).** - Hâr President, ech wollt just soen, dass dee Centre de Conférences jo eng ganz laang Geschicht huet an dass ee muss drop hiweisen, dass dat vun Ufank un ënner engem onglëckleche Stär stoung, well mer jo – wéi den Hâr Clement richteg gesot huet – deemools 2001 versprach kruten, dat wär fir 2005 fäerdeg, an et war schon 2001 kloer, dass dat net méiglech wär. Also ech mengen, eng Regierung soll ni méi esou Versprache maachen, wou se vu virera weess, dass se se net kann anhalen.

Bei deem Centre de Conférences erlieue mer awer eng Neierung, wéi mer se hei nach ni an engem Projet fir europäesch Institutiounen haten – ech wëll dat ënnersträichen. Dat heescht, dass mer hei baue fir d'europäesch Institutiounen, awer nëmme da bauen an och nëmme a Projet hei an der Chamber unhuelen, wa mer eng formell schrëftlech Zouso fir dee Projet hunn, wéi d'Regierung en dann ausschafft, opgrond vun deem Programm, dee se vun deem Ministère virgeluecht kritt, dee jo responsabel ass fir d'Politique du siège, dat heescht an dësem Fall den Ausseministère.

Ech wëll drop hiweisen, dass et fir d'éischt ass wou mer dat maachen an dësem Land, an et schéngt mer äusserst wichteg – och fir d'Zukunft –, dass mer dat ëmmer op déi Manéier maachen, well mer eis et net méi kënnen leeschten, Milliounen a Milliarden ze investéieren ouni gënee ze wëssen, wou mer higinn. An dofir fannen ech et wichteg, dass mer dës Motioun och stëmme an dass mer mam Hâr Wiseler, dee jo och während fënnf Joer an der Comexbu souz an och verfollegt huet, wéi schwierig dat war fir Projeten op d'Linn ze kréien, dat och weiderhin an Zukunft esou maachen.

Merci.

■ **M. le Président.** - Merci, Hâr Fayot. D'Madame Brasseur huet d'Wuert.

■ **Mme Anne Brasseur (DP).** - Hâr President, Dir Dammen Dir Hâren, den Hâr Fayot huet elo mat Recht ënnerstrach, wéi wichteg et ass, dass mer elo an eng Richtung ginn, dass mer e schrëftlechen Engagement kréie vun den europäeschen Institutiounen. Den Hâr Fayot huet sech geiergert – an och zu Recht –, dass d'Regierung e Versprechen agaangen ass, wat se net konnt halen, an dass déi Gebaier net fir 2005 fäerdeg gi sinn. Mä Gott sei Dank si se net fäerdeg ginn, soss hätte mer Gebaier zur Verfügung gestallt, déi elo net méi esou kéinte gebraucht ginn, well entre-temps d'Wënsch géännert hunn.

Do muss een awer och soen, déi, déi Demandeur bei eis sinn, nämlech d'Europäesch Institutiounen, missten awer och ee fir allemol

wëssen, wat se gären hätten, well soss ass et awer fir eng Regierung a fir e Parlament onméiglech, fir ze wëssen, wou een drun ass.

Mir sinn hei eng Procédure agaangen, wou kee ganz begeeschtert driwwer ass, mä ech mengen, mir hunn hei eng Richtung ageschloen, wou et awer de Sënn vun pragmatesche Wee ass, dee mer zesummen, souwuel an der Kommissioun vun dem Contrôle budgétaire wéi och an der Kommissioun vun den Travaux publics, diskutéiert hunn; a Wee, dee mir als Fraktioun ënnerstëtzen. An ech géing dem Hâr Clement wëlle félicitéiere fir dee Rapport, deen hien do gemaach huet iwwert déi Motioun, déi hien erabruucht huet, fir dass mer hei e Stéck weiderkommen.

Merci.

■ **M. le Président.** - Merci, Madame Brasseur. Den Hâr Mehlen huet d'Wuert.

(Interruption)

Ah, den Hâr Bausch.

■ **M. François Bausch (DÉI GRÉNG).** - Hâr President, ech wëll et ganz kuerz maachen a mech menge Virriedner alleguer uschlësse fir dat, wat gesot ginn ass, an et ass alles gesot ginn. Ech wëll just dem Hâr Clement och nach eng Kéier Merci soe fir säi Rapport a soen, dat mir déi Motioun stëmme.

■ **M. le Président.** - Merci, Hâr Bausch. Den Hâr Mehlen.

■ **M. Robert Mehlen (ADR).** - Hâr President, den Hâr Rapporteur, deem ech och wéi Merci soen, huet et schon ugekënnegt, dat mir eis hei wäerten enthalen.

Éischtens ass an deem Projet hei munches schif gelaf wat mir net kënnen guttheeschen. Déi Aart a Weis wéi d'Regierung decidéiert huet, ouni d'Chamber virdrun ze froen, dee Centre provisoire ze bauen, déi Aart a Weis wéi dat duerchgezu ginn ass, wou mer, wéi d'Chamber schonn an der Vakanz war, zesummegetrommelt gi sinn an den Hâr Statsminister himself eis nodrüglech ëm en Accord gefrot huet fir e Fait accompli, dee geschaf war, wou Investitiounen gemaach gi waren, wou d'Marchés-publics-Gesetz net respektéiert ginn ass, wou einfach vu Groussmarchéen déi Gré-à-grée gemaach waren an zum allergréissten Deel schonn duerchgezu waren, ass eng Aart a Weis, déi een ni an nimmer ka guttheeschen.

Et kann een elo soen: Dat ass Passé. Mä et beweegt sech alles am Kader vun deem Kredit, dee gestëmmt ginn ass duerch dat éischt Gesetz, wou mer elo en zweet mussen nostëmme. An ech wollt dat bei dëser Geleehenheet – an do passt et hin – ernimmen.

Dat Zweet ass, dat mer elo bei der Extensiuon och soi-disant d'Hand erëm forcéiert kréien, well dat, wat elo investéiert ass, dat ass jo investéiert, dat steet do, mir kënnen net méi zrëck, mir müssen hei einfach no vir, egal wat et kascht, an et kascht schrecklech deier. Dofir muss ech soen: Och dat kann een nu wierklech net mat Satisfaktioun erfüllen.

Ech kann awer och novollzéie wat d'Madame Brasseur gesot huet, dat déi Leit, déi ursprünglech d'Demande u Lëtzebuerg gestallt hunn, och schlecht geplangt hunn. Deemools war jo gesot ginn: Dat, wat elo realiséiert gëtt, dat ass et. Mir gesinn awer, dat d'Communautéit wiisst a si bleift wahrscheinlech och net bei 25 stoen. Ergo muss ee sech schonn erëm mat grousser Suerg froen: Wat kënt dann iergendwann duerno eng Kéier?

Dann, déi Unanimitéit vun deem risegen Advantage, dee Lëtzebuerg soll duerch hunn, dat d'Conseil während dräi Méint, an zwar verdeelt iwwert d'ganz Joer – wann ech mech gutt erënnere ass



et Abréll, Juni, Oktober – hei zu Lëtzebuerg taagt.

Här President, mir hunn als eent vun deene klengste Länner, dat zweetklengst, esou vill Institutiounen hei zu Lëtzebuerg, déi och permanent wuessen: D'Cour de Justice, déi wierklech europawäit méi eng grouss Visibilitéit huet wéi wann de Conseil während dräi Méint hei ass, d'Cour des Comptes an eng ganz Partie anerer, wéi och nach d'Iwwerzungsdéngschter sinn hei, d'Europäesch Investitiounsbank, EUROCONTROL an ech weess net wat nach – vläicht net direkt – mat der Communautéit ze dinn huet.

Mä mir hunn immens vill hei a mir gesinn, datt mer Schwierigkeeten hu fir aner Infrastrukturen, déi och à charge de l'État sinn, wéi zum Beispill d'Europaschoulen, an der Rei ze halen an neier opzeriichten, sou datt ee sech leschtenends op d'allermannst awer d'Fro iwwert d'Opportunitéit vun deem risegen Investissement, deen hei gemaach gëtt, därerf stellen. D'autant plus, wou an deem Mooss wéi d'Zuel vun de Memberstate wiisst an eis Welt ëmmer méi onsécher gëtt, wann een d'terroristesche Aktivitéiten iwwerall kuckt, mer eis wierklech mussen d'Fro stellen, ob mer den Ufuerderungen, déi un eis gestallt ginn, an Zukunft, wann de Conseil hei zu Lëtzebuerg ass, an deem Mooss gewuess sinn, wéi ee sech dat géing wënschen.

Ech wëll déi Fro hei just opgeworf hunn. Mir schéngt et nämlech, wann ee gesäit wat dat do alles kascht, disproportioneiert ze sinn zu deem Avantage, dee Lëtzebuerg doraus zitt. Op där anerer Säit widderhuelen ech nach eng Kéier: Mir sinn op deem Wee, mir kënnen net méi zréck, soss war dee ganzen Invest, dee bis elo gemaach ginn ass – an deen ass scho bedeitend –, fir d'Kaz.

Dofir hoffen ech och, datt et virugeet an datt net dat antrëtt wat gefaart gëtt, datt iergendwann eng Kéier gesot gëtt: Elo geet et duer, elo bleiwe mer ganz hei zu Bréissel. Dat wär dann awer wierklech fir Lëtzebuerg den totale Flop. Dofir bedauern ech och, datt dee Chantier net méi séier virukënn oder net an deem Mooss virukënn wéi et geplangt war.

Ech wëll awer zum Schluss als lescht Remarque soen, datt mir dat ganz positiv gesinn, datt elo déi Prozedur gewielt ginn ass. Et sinn

nach largement genuch Kreditter disponibel fir déi Aarbechten, déi elo muss gemaach ginn. Mä wann déi Aarbechte gemaach ginn, da stinn d'Weichen automatesch a Richtung Modifikatioun an Extensioun vun deem ursprüngeleche Projet, dat heescht mir brauchen eng zousätzlech Enveloppe.

An an deem Sënn wëlle mer hei eis Satisfaktioun ausdrécken, datt et net méi geet wéi soss, datt mer ëmmer hannendru lafe mam Stëmme – des Kéier wäerte mer jo dann hofentlech zur Zäit stëmme. Mä nach eng Kéier: Mir sinn net fro mat där ganzer Aart a Weis wéi dat hei gelaf ass, an dofir wäerte mir eis och bei dëser Motioun enthalten.

Ech soen lech Merci.

**M. le Président.** - Merci, Här Mehlen. Ech denken, dass de Baute-minister, den Här Wiseler, och d'Wuert zu där Motioun wëllt hunn. Här Wiseler!

**M. Claude Wiseler, Ministre des Travaux publics.** - Merci, Här President. Ech soen dem Rapporteur respektiv dem President vun der Kommissioun, deen déi Motioun hei virgestallt huet, villmools Merci. Ech brauch och elo, mengen ech, net am Detail op déi ganz Geschicht anzegoen. Si ass elo gesot ginn, Dir kennt se: 2001 hu mer e Gesetz gestëmmt, 2003 hu mer gesinn, datt mer fir d'Présidence net fäerdeg géinge ginn. Duerfir ass e Provisorium gemaach ginn, dee mam Accord vun der Commission de l'exécution budgétaire esou finanzéiert ginn ass iwwert deen heiten Text.

Den Här Mehlen huet ganz léif gesot, dat wär schon am Summer gewiescht. Et war den 21. Juli 2003, wou d'Chamber nach am Prinzip do war, wou déi Diskussioun do gelaf ass. An déi Diskussioun huet missen dee Moment lafen, well d'Décsiounen do hu misse geholl ginn.

D'Demande-d'adaptationë sinn a fuert et à mesure komm an do ass et, mengen ech, noutwendeg, datt ee sech einfach konforméiert, well de Risque, fir et net ze maachen, grouss wär. An ech mengen, d'Regierung huet hei d'Décsioun geholl, datt mer dee Risque net wëllen agoen, datt mer all déi Atouten – an ech mengen, dat ass jo en Atout, fir hei de Conseil op Lëtzebuerg dräi Méint d'Joer ze kréien –,

datt mer do och all eis Méiglechkeete géingen a Bewegung setzen, fir deen Atout, dee mer hunn, och kënnen zu Lëtzebuerg ze halen.

Ech wëll e puer Remarques zu deem Kontext do maachen. Déi éischt ass déi, wann ee kuckt, wéi vill a wat fir eng Investissementer de Lëtzebuurger Stat ze bezuelen huet aus dem Budget oder aus de Fonds-d'investissementen eraus, da stellt ee fest, datt dat der haaptsächlech zwee sinn: Dat ass dee Centre de Conférences, iwwert deen haut déi Motioun geet, an op där anerer Säit ass et déi zweet Europaschoul, déi mer zu Mamer/Bartreng bauen, déi iwwert de Budget finanzéiert gëtt. Dat ass dat eent.

Op där anerer Säit muss een awer och gesinn, datt eng ganz Rei Investissementer, déi hei op de Kierchbiereg oder anerwärts op Lëtzebuerg gemaach gi sinn, Investissementer sinn, déi mir scho virstrecken, déi och d'Chamber hei ze stëmme kritt, mä déi awer duerno rembourséiert gi vun deenen europäeschen Institutiounen. Dat sinn all déi Bauten, déi mer fir d'europäesch Parlament maachen, wou mer och amgaange sinn ze kucken, ob déi net direkt vum Parlament kënnen bezuelt ginn. Dat sinn all déi Bauten, déi fir d'Kommissioun hei gemaach ginn. Dat sinn déi Bauten, déi fir d'Cour de Justice respektiv fir d'Cour des Comptes gemaach ginn. Déi préfinanzéiere mer zwar, déi baue mer zwar, mä déi ginn awer iwwer ee Wee op an iwwert deen anere rembourséiert.

Fir just e puer Zuelen ze nennen, déi sinn zwar nëmme approximativ, mä fir mech ass et awer wichtig, datt bekannt ass, iwwer wat fir eng Proportionen mer hei schwätzen: Déi Investissementer, déi de Lëtzebuurger Stat wäert maachen, déi bedroe ronn tëschent 400 a 450 Milliounen Euro an deenen nächste Joren. An déi Gebaier, déi ech elo virdu gesot hunn, déi Investissementer, déi awer duerno vun den europäeschen Institutiounen nobezuelt ginn, déi bedoen awer ronn eng Milliard Euro an deenen nächste siwen, aacht Joer.

Eng Milliard Euro, déi vun den europäeschen Institutiounen op de Site Lëtzebuerg investéiert gëtt, dat ass net näischt. Dat ass fir eis Betriber vill an dat ass och duerno fir de Fonctionnement vill. Ech wëll dat just eng Kéier soen, well een och d'Proportionen vun där ganzer Saach do muss gesinn a well een

och muss gesinn, wat déi europäesch Institutiounen, sief dat schon nëmme an den Direktinvestissementer, dem Site Lëtzebuerg bréngen. A schon an den direkten Investissementer bréngt et eis vill, net ze schwätze vun all deem, wat nach duerno fir eist Land duerch déi Institutiounen ka kommen. Duerfir, mengen ech, muss mer eis där doter Saach och stellen. Dat war mäin zweete Punkt.

Et ass och net ëmmer einfach – an dat ass hei ugeklongen –, déi Dossieren ze géréieren. D'Chamber huet mech mat Recht gefrot: Wa mer elo dee Gesetzestext abrénge, dann hätte mer gär vum Generalsekretariat och eng Confirmatioun, datt dat, wat elo gebaut gëtt, dann och definitiv dat ass, wat sollt gebaut ginn. Ech fannen dat och richtig, datt dat esou ass.

Ech wëll just soen, mir hunn déi Pläng dann och ufanks des Moundes erageschéckt. Mir kruten och elo schon eng Äntwert vun dem Generalsekretariat, vun dem Conseil. Déi Äntwert, déi besteet awer aus enger Rei neien Demanden, déi nach an de Pläng elo derbäizefüge sinn. Och dat wëll ech eng Kéier soen. Dat sinn Demanden iwwert den Accès vun der Circulatioun, Demanden iwwert den Accès vun de Konferenzen, iwwert d'Zone-de-presse an iwwert d'Sanitäre. Da muss mer also erëm kucken, wéi mer dat do maachen, fir datt dee Projet korrekt gëtt.

Mä ech soen, et ass en Hin an Hier, fir en Definitiv ze kréien, dee fir eis Servicer, fir d'Bâtiments publics, och net ëmmer einfach ze géréieren ass. Mir kucken, datt mer déi Engagementer, déi mer do virun der Chamber aginn, och anhalen. Ech fanne se och richtig, mä ech wëll awer och heiansdo op d'Schwierigkeeten hiweisen, déi se mat sech bréngen.

Datselwech gëllt fir de Centre de Conférences provisoire. Net méi spéit wéi d'lescht Woch krut d'Verwaltung, de Ministère des Travaux publics, d'Administration des Bâtiments publics nach e Bréif vun zousätzlechen Demanden, fir an de Centre provisoire Saachen dran ze bauen. Do geet et ëm d'Extensioun vun der Zuel vun de Lokaler, ëm d'Augmentatioun vun den Televisiounskabinen, d'Amélioratioun vun der Sécherheet vum Komplex an d'Installatioun vun engem elektronische Vote, deen elo nach

zousätzlech soll derbäikommen. Dat datéiert vun der leschter Woch. Mir wäerten dat och an der Commission des Travaux publics an an der Commission de l'exécution budgétaire duerchdiskutéieren.

Ech wollt hei just soen, datt dat alles net esou einfach ass an datt et vill méi einfach gesot ass: Dat do, dat geet net richtig! Oder: Hei hu mer Problemer, do hu mer Problemer. Mir mussen déi Problemer hei an der Praxis géréieren, an ech probéieren dat – an dat ass mäi leschte Punkt – zesumme mat der Chamber op eng korrekt, op eng uerdentlech an op eng fair Aart a Weis ze maachen. Duerfir hu mer zesummen eng Rei nei Prozeduren entwéckelt.

Ech soen der Commission de l'exécution budgétaire an der Commission des Travaux publics villmools Merci fir dat Verständnis, wat se entwéckelt hunn, well déi Aart a Weis, wéi mer schaffen, déi mer elo festgeluecht hunn, déi hëlleft eis weider. Déi hëlleft eis weider och am Kader vun der Legalitéit ze bleiwen an dem Opbau vun de Projeten. Ech hu mech engagéiert, wa Schwierigkeeten sinn, an d'Chamber ze kommen, fir déi Schwierigkeeten ze léisen. Ech wäert dat och an deenen Dossieren, déi an deenen nächste Méint a Joren op eis zoukommen, esou maachen. Ech soe Merci fir dësen Dossier an ech soe Merci fir d'Kollaboratioun, déi ech konnt an deene leschte Méint mat lech hunn.

**Plusieurs voix.** - Très bien!

**M. le Président.** - Merci, Här Minister. Ech denken, dass de Vote électronique verlaangt ass? Neen. Mir kënnen par main levée ofstëmmen.

**Vote**

Wien d'accord ass mat der Motioun, deen ass gebieden, d'Hand an d'Luucht ze hiewen.

Wien ass dergéint?

Wien enthält sech?

Ech gesinn, dass d'Motioun mat écrasanter Majoritéit ugeholl ass.

Domadder si mer um Enn vun eiser Sitzung ukomm. Déi nächst Sitzung ass muer de Mëtten um hallwer dräi.

D'Sitzung ass opgehuewen.

**(Fin de la séance publique à 17.11 heures)**

# Chamber TV



Chambre  
des Députés

L U X E M B O U R G

um Réseau vun der Eltrona / Siemens (imagin)

um Kanal S40 / 455.25 Mhz

um Réseau vun der Coditel

um Kanal S 29

och an der Rediffusioun all Sëtzungsdag vun 19:00 Auer un



## Ordre du jour

1. Question avec débat N°4 de M. Jacques-Yves Henckes relative aux droits de représentation active et passive des salariés engagés en qualité d'employés dans le secteur public
2. Interpellation de M. Félix Braz au sujet de la politique nationale pour la promotion du trafic cycliste  
(Discussion générale - Motion)
3. 5378 - Projet de loi portant approbation des amendements aux articles 25 et 26 de la Convention du 17 mars 1992 sur la protection et l'utilisation des cours d'eau transfrontières et des lacs internationaux, adoptés par les Parties à la Convention le 28 novembre 2003  
(Rapport de la Commission des Affaires intérieures et de l'Aménagement du Territoire - Discussion générale - Vote et dispense du second vote constitutionnel)
4. 5493 - Projet de loi portant fixation du cadre du personnel du Service de contrôle de la comptabilité des communes et modifiant la loi du 16 août 1966 portant:
  - a) modification de la loi du 31 mars 1958 portant organisation des cadres de l'administration gouvernementale;
  - b) organisation des cadres de la Trésorerie de l'État, de la Caisse générale de l'État et du Service de contrôle de la comptabilité des communes et de certains établissements publics
 (Rapport de la Commission des Affaires intérieures et de l'Aménagement du Territoire - Discussion générale - Vote et dispense du second vote constitutionnel)
5. Demandes en naturalisation

Au banc du Gouvernement se trouvent: MM. François Biltgen, Lucien Lux, Jean-Marie Halsdorf et Claude Wiseler, Ministres.  
(Début de la séance publique à 14.31 heures)

**M. le Président.** - D'Sitzung ass op.

Huet d'Regierung eng Kommunikatioun ze maachen?

**M. François Biltgen, Ministre du Travail et de l'Emploi.** - Neen, Här President.

**M. le Président.** - Merci, Här Minister.

Dir Dammen an Dir Hären, Léif Kolleegeen, mir hunn als éischte Punkt vun eiser Dagesuerdnung vun haut d'Question avec débat Nummer 4 vum Här Jacques-Yves Henckes iwwert d'Salariéen am öffentlechen Déngscht. Den Auteur vun der Fro huet fénnef Minutten Zäit fir seng Haaptfro an no der Äntwert vum Minister seng Zousazfro virzedoen. Der Regierung stinn zéng Minutten zou. D'Wuert huet elo den Auteur vun der Fro, dat ass den honorabelen Här Henckes. Här Henckes!

### 1. Question avec débat N°4 de M. Jacques-Yves Henckes relative aux droits de représentation active et passive des salariés engagés en qualité d'employés dans le secteur public

**M. Jacques-Yves Henckes (ADR).** - Merci, Här President. Duerch d'Gesetz vum 18. Mee 1979 gouf festgehale wéi am privaten an am öffentleche Secteur d'Leit hir Delegéierte vum Personal kéinte wielen. Deen Ablack ass festgehale ginn, datt den Employés privés, déi bei Stat a Gemenge schaffen, hire Problem géng spéiderhi gekuckt ginn, mä et ass awer näischt geschitt zanter 1979 an an der Regierungserklärung vum 12. August 1999 vun der viregter Regierung huet de Statsminister erkläert, datt hie wéilt de Problem an där Legislatur ugoen.

Well net vill geschitt war hunn ech dann den 13. Dezember 2001 eng Proposition de loi déposiert mat der Demande, mat der Iddi fir Pro-

positionneen ze maachen, fir datt eppes sollt geschéien. D'Regierung huet an hirer Stellungnahm vum 2002 – dat heescht e Joer méi spéit – gesot, si wier un engem Projet de loi amgaangen ze schaffen, deen d'Problemer vun den Délégations du personnel d'une façon générale géng léisen an datt fir Enn 2003 spéitstens e Projet de loi géng virgeluecht ginn, fir de Problem vun den Employés privés bei Stat a Gemengen ze regelen. Näischt ass geschitt – wéi ëmmer.

Den 18. Juni 2004 huet d'Verfassungsgericht gesot, datt déi Situation, wéi mer se kennen, eng Violation vum Artikel 10bis vun onser Verfaassung géng duerstellen an datt also elo hei d'Regierung, d'Land an enger verfassungswidderer Situation géng bleiwen.

Ech hunn dunn d'Chamber an d'Regierung gefrot, wat dann elo geschéie soll. Den 10. Dezember 2004, sechs Méint méi spéit, ass déi zoustänneg Chamberskommission zesummekomm a si huet den zoustänneg Minister héieren, deen ons ugekënnegt huet, datt a ganz nächster Zäit géng e Projet de loi finaliséiert ginn, deen de Problem léise géng – dat war Enn 2004, ee Joer méi spéit ass nach näischt geschitt.

Dofir hunn ech mer geduecht, wa mer dee Problem elo bal annerhallef Legislatur schleefen, da misst awer iergendeppes geschéien. Mir kënne jo net déi ganzen Zäit an enger verfassungswidderer Situation sinn. Mir kënnen net déi ganzen Zäit domadder liewen, datt Projets de loi, déi een allgemenge Charakter hunn an déi ganz komplizéiert sinn, sollen diskutéiert ginn an an der Tëschenzäit hu Leit, déi fir de Stat a fir d'Gemenge schaffen, kee Moyer, fir sech verrieden ze loosse, fir en Dialog mam Patron ze féieren, fir sech iergendwéi ze betätigen, fir deen Dialog ze féieren, mä datt dat hinne systematesch verwiert gétt.

Ech mengen, datt een net soll grouss Problemer matenaner vermëschen, mä datt een emol soll déi kleng Saachen ugoen an einfach dat aktiiv an dat passivt Wahlrecht fir d'Employés privés soll bei Stat a Gemengen aféieren.

Dat ass d'autant méi néideg, datt mer wëssen, datt a ganz ville Fäll d'Gesetz iwwert d'Delegatiounen sech géng applizéieren, notament bei de Chargés de cours bei Stat a Gemeng, wou et der ganz oft iwwer 15 Stéck sinn a wou Delegéierte kéinten a misste gewielt ginn. Elo hu si keen, dee fir si antrëtt, keen, dee si representéiert, et sief dann, datt si iergendeen Gewerkschaftler fanne vun enger anerer Partei, dee Fonctionnaire ass oder esou, deen hir Intérête verteidegt, mä dee si net kënne wielen an deem si net kënne soen, wat geschéie soll.

Ech mengen, datt mir eis hei iwwert d'Joren eraus verfassungswidder verhalten an urgent eng Lösung brauchen. Dofir wéll ech der Regierung dräi Froen stellen:

- Wéi wäit si mer mat der Ausschaffung vun engem Projet de loi, dee kuerzfristeg kann hei an der Chamber deponéiert ginn an dann och ka kuerzfristeg décidéiert an debattéiert ginn?

- Wéini mengt d'Regierung, datt si kéint de Problem léisen? Well mir müssen hei séier a mat Datum virufieren.

- A wann d'Problemer wierklech musse ganz global gekuckt ginn, wa wierklech alles bis op de klengsten i-Téppelchen – all Problemer vun Delegatiounswahle vu Personal – muss debattéiert ginn, ob Dir dann net wéllt en attendant an à titre provisoire wéinstens meng Proposition de loi gutt-heeschen, datt mer Neel mat Käpp maachen an endlech deene Leit hir Verfassungsrechter géingen zougustoen, déi si absolut zegutt hunn.

**M. le Président.** - Merci, Här Henckes. D'Wuert huet elo den Här Minister François Biltgen. Här Minister!

**M. François Biltgen, Ministre du Travail et de l'Emploi.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ier datt ech kann op d'Froen äntwerten, muss ech awer e puer Saachen en droit erëm riicht placéieren.

D'Gesetz vun 1979 iwwert d'Delegatiounen ass e Gesetz, wat sech prinzipiell eben net op de sou genannten „secteur public“ – an op déi Notioun kommen ech nach eng Kéier zrëck – applizéiert, wat eppes ass, wéi de sou genannten „secteur privé“. De Problem beim Gesetz vun 1979 läit doranner, dass et vu Secteur public a vu Secteur privé schwätzt, wat net evident ass – an dofir wéll ech dat direkt virausschécken –, well wa mer vu Secteur public oder vu Secteur privé schwätzen, da schwätze mer vun der Natur vum Employeur, mir schwätzen awer net vun der Nature des relations contractuelles.

Alles, wat mer an där leschter Zäit gemaach hunn, notament zënter dass ech Aarbechtsminister sinn – awer och scho virdrun –, ass en Ennerscheid ze maachen, zum Beispill bei der Reform vun der Chambre des Fonctionnaires publics an esou weider, fir eben net méi vu Secteur public a Secteur privé ze schwätzen, mä vun Nature des relations contractuelles, entweder si sinn de droit public oder si sinn de droit privé.

D'Delegatiounsgesetz vun 1979 seet effektiv a sengem éischten Artikel, dass iwwerall do, wou ee 15 Leit schaffen huet, eng Delegation muss gewielt ginn, an da seet et effektiv: «Pour tout employeur du secteur public occupant régulièrement au moins 15 ouvriers» an net Employés privés, missten och Delegatiounen gewielt ginn. Dat heescht – an do huet den Här Henckes Recht –, do hu mer een

No-man's-land u sech kreéiert, well näischt iwwert d'Employés privés dans le secteur public gesot ginn ass.

Elo huet den Här Henckes hei esou bësselche liichtfankeg Stat a Gemenge matenee vermëscht, wou ee muss fir d'éischt en Ennerscheid en droit maachen.

Beim Stat ass et esou, dass mer den Artikel 36 hu vum Fonctionnairesstatut, dee seet: „A.s.b.l.en, déi sech an enger Administratioun“ – dat gétt och definéiert, wat dat ass a wat dat net ass – „zesummefannen, kënnen agréiert gi vum Minister an déi sinn dann d'Représentation du personnel.“ Do gétt also net bei alle gewielt, mä do fannen d'Leit sech an enger A.s.b.l. zesummen, déi agréiert gétt. Heiansdo kënnen der och e puer agréiert ginn. Dat gouf et schonn a Verwaltungen, wou d'Leit Sträit haten, do hate si e puer A.s.b.l.en an dann hate mer e puer Représentatiounen. Dat ass beim Stat.

Beim Stat ass et och esou, dass et praktesch keng Employés privés méi gétt, well et eng Reform gouf – wou ech awer d'Joer elo net méi am Kapp hunn, dat muss nach an den 80er Jore gewiescht sinn –, wou gesot ginn ass: Majo, jiddfer Employé, och deen, deen am Ufank nëmmen e Kontrakt kritt nom 89er Gesetz, ass u sech en Employé public. Dat heescht beim Stat si mer bis op e puer Grenzfall, op déi ech nu wierklech net brauch anzegoen, eigentlech ëmmer an engem öffentlech-rechtliche Statut. Mir hu keng Employés privés au sens strict du terme.

Bei de Gemengen ass et anescht, an dat aus zwee Grënn:

Engersäits hu mer d'Delegatiounsgesetz bei de Gemenge vun 1985. Do ass effektiv gesot ginn, dass gewielt gétt bei de Fonctionnaires communaux an do sinn d'Employés communaux assimiléiert.

A bei de Gemengen hu mer zënter dem Gesetz vun 1995 – wat ech relativ gutt kennen, well ech Rapporteur dovunner an deemem Haus war – zwou Kategoriën vu Leit, déi mer net méi beim Stat hunn.

Bei de Gemengen hu mer Employés communaux, déi en öffentlech-rechtliche Statut hunn, a mir hunn Employés privés, déi privat-rechtlich Statuten hunn. An dat sinn déi Leit, wou mer Problemer hunn. Dofir wéllt ech emol eng Kéier awer d'Diskussion op dat zrëckbréngen, wou mer effektiv e Problem hunn. Mir hu bei de Gemengen Employés privés, déi elo weder iwwert de Gemengebeamtestatut nach iwwert d'Delegatiounsgesetz, wat dem Aarbechtsminister ënnersteet, kënne wile goen. Dat ass eng Situation, déi ech scho laang als schlecht unerkannt hunn, schonn éier dass d'Verfassungsgericht dat eigentlech bestätegt huet, also wat ech selwer a vill anerer och scho gesot hunn.

Elo ass d'Fro: Wéini léise mer dat a wéi léise mer dat? Ech wollt vläicht op déi zwou Saachen agoen. Ech hunn am Dezember – wéi Dir et richtig gesot hutt – 2004 gesot, mir komme mat engem Gesetzesprojet eraus. Ech hunn dann och effektiv de 24. Dezember 2004 d'Sozialpartnere mat engem Avant-projet de loi befaast, deen ech, mengen ech – den Här Glesener weess et vläicht besser –, och eng Kéier virgestallt hunn an der Chamberskommission – ech sinn awer net méi sécher, mä den Avant-projet de loi hunn ech op alle Fall de Sozialpartnere zougestallt –, iwwer eng ganz Reform vun den Delegatiounen, de Comité-mixten an esou weider an esou fort. Also dat, wat ech nennen Dialogue social intérior aux entreprises.

An deem Text hunn ech ganz kloer virgesinn, dass een an Zukunft net méi seet, wat ass d'Natur vum Employeur, mä wat ass d'Natur vum Statut. Dat heescht, d'Gemengen-

aarbechter ënnerstinn engem öffentlech-rechtlichen Employeur, mä si wielen nom privatrechtliche Statut, well si hunn e privatrechtliche Kontrakt. Genee dat schloen ech an deem Avant-projet de loi och vir fir d'Privatbeamten aux services de la commune. Dat heescht, mir schreiwen et net expressis verbis dran, mä dat ass d'Konsequenz, well mer soen, do, wou privatrechtlich Kontrakter virleien am Aarbechtsrecht, do spillt eist Gesetz a wann da 15 Leit an engem Betrieb sinn, da muss gewielt ginn; an dat schéngt mer logesch ze sinn.

Ech mengen, dass dat déi beschten Aart a Weis ass, an déi och konform ass mat all deem, wat mer an der Vergaangenheet gemaach hunn, fir eben net méi ze kucken, bass de Secteur public oder Secteur privé, mä fir eben ze kucken, wat sinn d'Relatiounen, déi een huet, an da solle mer dat esou applizéieren.

Elo ass et richtig, dass dat nach ëmmer en Avant-projet de loi ass a kee Projet de loi, an zwar well ech gemäss dem Lëtzebuerger Modell an och gemäss menge wierklech internen Iwwerzeegungen der Meenung sinn, dass ee muss e laren Débat mat de Sozialpartnere féieren, well dat sinn awer ëmmer déi, déi hei gefuerdert sinn.

Ech hat déi och opgefuerdert, fir mer bis zum Enn vun der Lëtzebuerger Présidence eng Stellungnahme ze maachen, well ech dovunner ausgaange sinn, d'Regierung hätt do méi ze dinn, wéi d'Sozialpartnere. Elo ass et awer esou, dass mer do nach net alles an dem richtigen Zäitpunkt erakomm ass. Ech hunn allerdéngs elo gesot, well mer och Bréissel äntwerte mussen, well mer duerch dat Gesetz och eng aner Direktiv ëmsetze wëllen, an zwar déi iwwert d'Information an d'Consultation, dass elo bis zum Schluss vum Januar dee leschten Einsendeschluss ass, duerno maache mer da wierklech e Projet de loi.

Dat heescht, mir schaffen elo op deem Projet de loi, deen en ëmfaassende Projet de loi gétt an net nëmmen een, dee sech ëm deen dote Punkt këmmert. Dat ass elo eng Optioun, déi ee kann hunn, a mir waren der Meenung, dass ee soll alles hei zesummen diskutéieren, well nämlech dat eent och ërem op déi aner Diskussiounen kann Influenz hunn. Déi Solutioun, déi ech hei vorschloen, ass eng, déi vu menger Convictioun ausgeet, dass ee muss d'Natur vum Kontrakt kucken.

Elo kënne vläicht an der Diskussioun aner Saachen erauskommen. Dofir wéilt ech dat heiten net vorschéissen, mä dat wierklech an deem dote Kader maachen, mat och mengem Engagement, dass mer dat elo esou séier wéi méiglech maachen, well ech elo wierklech zu jidderengem gesot hunn, dass den 31. Januar Einsendeschluss wier. Ech hunn elo zum Beispill nach effektiv de leschten Dag vun der UEL eppes kritt. Mir schaffen dann elo intern drun, fir e Projet de loi ze deponéieren, wou mer dat doten och léise kënnen.

Dat bedéngt natierlech, dass elo en attendant déi Leit net wile kënnen, mä ech mengen déi nächst grouss Wahle sinn eréischt an e puer Joer an ech hu wierklech déi grouss Hoffnung mat lech zesummen, dass wa mer dee Projet bis deponéiert hunn, dass mer do kënnen Neel mat Käpp draus maachen.

**M. le Président.** - Merci, Här Minister. Da komme mer zum nächste Punkt

(Interruption)

Ah, den Här Henckes wéllt nach eng Zousazfro stellen. Dir hat allerdéngs Är Riedezäit scho luergem ausgeschofft, mä da kuerz a schnell.



**M. Jacques-Yves Henckes (ADR).** - Ech wollt nëmme kuerz drop reagieren. Här Minister, ech huelen Akt dovunner, datt mer déiselwecht Vue hunn, souwuel a menger Proposition de loi, wéi an deem, wat Dir wëllt elo ausschaffe bis den 31. Januar, datt mer a Funktioun...

*(Interruptions diverses)*

**M. François Biltgen, Ministre du Travail et de l'Emploi.** - Bis den 31. Januar ass mer awer e bësse knapps.

**M. Jacques-Yves Henckes (ADR).** - Dir hat elo deen Datum do gesot.

**M. François Biltgen, Ministre du Travail et de l'Emploi.** - Ech sot, d'Sozialpartnere missten...

**M. le Président.** - Jo, lauschtert emol, Här Henckes, ech hu gemengt Dir wëllt eng Zousazfro stellen a keen Zousazkommentar maachen.

**M. Jacques-Yves Henckes (ADR).** - Ech muss awer elo dat nofroen, fir datt ech gesinn, datt mer eis do eens sinn. Ech hoffen, Här Minister, wann Der mat deem ganze Reformprojet déck Schwiegekeete sollt hunn, datt Der dann awer wéinstens dee Problem, vun deem mer schwätzen, géingt virzäiteng léisen, net datt mer nach eng Kéier een, zwee Joer hunn, wou näischt geschitt. Dat heescht, wann et iwwer e gewëssenen Délai erausgeet, sidd Dir dann awer bereet eng Deelweisléisung unzegeen?

**M. Jacques-Yves Henckes (ADR).** - Ech muss awer elo dat nofroen, fir datt ech gesinn, datt mer eis do eens sinn. Ech hoffen, Här Minister, wann Der mat deem ganze Reformprojet déck Schwiegekeete sollt hunn, datt Der dann awer wéinstens dee Problem, vun deem mer schwätzen, géingt virzäiteng léisen, net datt mer nach eng Kéier een, zwee Joer hunn, wou näischt geschitt. Dat heescht, wann et iwwer e gewëssenen Délai erausgeet, sidd Dir dann awer bereet eng Deelweisléisung unzegeen?

**M. le Président.** - Jo, ech muss soen, Här Henckes, Är Hoffnungen an Är Wënsch, dat ass eng Saach...

*(Hilarité)*

..., d'Anhale vun der Riedezäit ass awer eng aner Saach, an ech hunn net gesi wéi eng Fro, datt Dir gestallt hutt.

**M. Jacques-Yves Henckes (ADR).** - ...an do ass keng Limite an der Zäit.

**M. François Bausch (DÉI GRÉNG).** - Neen, dat ass net wouer, et si fënnel Minutte virgesinn...

**M. Robert Mehlen (ADR).** - Also, wann Der drop haalt, da géif ech soen, da kucke mer bei jidderengem no.

**Plusieurs voix.** - Oooohh!

**M. François Bausch (DÉI GRÉNG).** - Jo, selbstverständlech hale mer drop.

**M. le Président.** - Ech versiche bei jidderengem esou large wéi méiglech ze sinn, mä et gëtt bei alles Grenzen.

*(Interruption)*

Här Minister, Är Zäit ass nach net ganz fäerdeg.

**M. François Biltgen, Ministre du Travail et de l'Emploi.** - Also ganz séier. Eischstens, ech hu gesot: Fir d'Sozialpartner war den 31. Januar Einsendeschluss. Dat ass elo geschitt. Elo schaffe mer drun an ech wëll dee Projet de loi esou séier wéi méiglech deponieren.

Wa mer herno géifen an der Chamberskommissioun soen, ma mir splitten dee Projet, well mir huele verschidde Saache vir a verschidener huele mer duerno, dann hunn ech kee Problem domat, mä ech wëll elo déi ganz Problematik vun dem Dialogue social interne aux entreprises als Gesetzesprojet deponieren mat deem dote Punkt. Voilà.

**M. le Président.** - Voilà. Merci, Här Minister. Da komme mer zum nächste Punkt vum Ordre du jour, zur Interpellatioun vum honorabelen Här Félix Braz iwwert d'Opwärtung vum Vélostrafic. Bis

elo sinn ageschriwwen: den Här Schank, d'Madame Basseur, den Här Angel an den Här Mehlen. D'Wuert huet elo den Interpellant, den honorabelen Här Braz. Här Braz!

## 2. Interpellation de M. Félix Braz au sujet de la politique nationale pour la promotion du trafic cycliste

**M. Félix Braz (DÉI GRÉNG), interpellateur.** - Merci, Här President.

Lëtzebuerg ass am internationale Verglach statistesch ganz oft remarkabel. Dat gëllt fir ganz vill Matière, beispillsweis fir den Energieverbrauch, dat gëllt fir d'CO<sub>2</sub>-Emissiounen, et gëllt fir den Alkoholkonsum an et gëllt fir den Tubakkonsum. An do gëtt et natierlech och fir déi statistesch Extravaganze gutt Erklärungen, déi beleeën, datt do natierlech och den héijen Impakt, beispillsweis vun de Frontalieren, oder den héijen Impakt vun der Arcelor, wat d'Energie betrëfft, spillen, firwat datt dat dann hei zu Lëtzebuerg esou ass.

Et gëtt awer nach eng aner Matière, wou Lëtzebuerg statistesch och remarquabel ass, an do hu mer keng esou eng einfach Erklärung fir ze soen, dass dat alles awer an der Rei ass, esou wéi d'Zuelen et aussoen. An déi aner Matière, dat ass d'Mobilitéit an notament deen Undeel vu Mobilitéit, deen zu Lëtzebuerg zrëckgeluecht gëtt ouni Motorisierung.

Wann een d'Zuele kuckt, déi dem IVL zu Gronn leien, da stellt ee fest, dass zu Lëtzebuerg nëmmen 18% vun den dagdeeglechen Déplacementen net motoriséiert zrëckgeluecht ginn. Dat beinhalt souwuel de Vélo, mä och am Wesentlechen eigentlech de Foussgänger. Dat heescht also, dass 82% vun all den Déplacementen, déi zu Lëtzebuerg all Dag gemaach ginn, motoriséiert stattfannen.

Besounnesch remarquabel ass – an op deem Punkt ass Lëtzebuerg wierklech notablement anescht, wéi all eis Länner ronderëm –, do, wou aner Länner ufänke sech motoriséiert ze déplacieren, notament den Individualverkéier, also den Auto, benotzen, do si mir zu Lëtzebuerg scho laang amgaangen eis an der Moyenne haapt-sächlech mam Auto ze déplacieren.

Am Konkreten: Zu Lëtzebuerg gi souguer Distanze vun enger engem Kilometer an der Moyenne zu ronn 50% mam Auto zrëckgeluecht. Do, wou aner Länner wierklech nach e ganz héije Pourcentage hu vun der Mobilitéit zu Fouss oder mam Vélo, do si mir wierklech notablement anescht, well mer souguer esou minimal Distanze vu bis zu engem Kilometer zu 50% mam Auto zrëckleeën. Bei den Distanze bis zu zwee Kilometer sinn et souguer 60% vun den Déplacementen, déi zrëckgeluecht gi mam Auto.

An dobäi ass et haut gewosst, datt de Vélo bis zu Distanze vu véier, fënnel Kilometer eigentlech ëmmer dat bessert, dat méi rapid an dat méi effikasst Transportmëttel ass, an dat besounnesch an de Centres urbains, dat heescht an engem méi urbane Milieu. Dat mag liicht anescht sinn an de méi rurale Géigenden, mä et ass kloer, dass et an engem städteschen Ëmfeld ganz evident ass, dass näischt méi rapid a méi effizient ass, wéi d'Mobilitéit op zwee Rieder.

De Vélo huet awer, onofhängeg vun Distanzen a vu Kontexter, ganz einfach e puer Avantage, déi e mat an d'Woschuel geheit, mä déi en awer zu Lëtzebuerg, wéi gesot, bis haut net valoriséiert kritt.

De Vélo huet ganz einfach den Avantage, dass et e gesond Transportmëttel ass, besounnesch fir dagdeegleche Bewegungen. Do

gëtt et wierklech ganz vill Literatur, déi beleet, dass och nëmmen zéng bis 15 Minutten um Vélo pro Dag, fir also e klengt Déplacement, wat een all Dag misst zrëckleeën a béid Richtungen, schon duerginn, fir déi kleng physisch Aktivitéit pro Dag ze realisieren, déi ee brauch, fir no allgemeng gültige Kritären sech selwer e bësse gesond an e bëssen op Trapp ze halen. Dat ass kee Sport, dat ass kee Leeschtungsport, dat ass ganz einfach e bësse Bewegung, eppes anescht, wéi alles am Sätzen ze maachen, mä ganz einfach sech e bësse bewegen un der frëscher Loft, zéng bis 15 Minutte pro Dag géingen duergoen. An dat ass dat, wat een eigentlech op enger klenger Distanz ouni Problem kéint zrëckleeën.

De Vélo huet nach en aner Avantage, e suert och an engem méi urbanen Ëmfeld mat dofir, dass mer eng besser Loftqualität hunn. Et ass kloer, dass all Déplacement, wat net muss mat engem Verbrennungsmoto zrëckgeluecht ginn, och dofir suert, dass et manner Emissiounen gëtt.

A wa mer och hei zu Lëtzebuerg d'Diskussioun kucken, déi mer scho virun e puer Méint haten iwwert d'Qualitéit vun der Loft – do weess och den Här Minister a senger Eegenschaft als Ëmweltminister mat Sécherheet drop ze reagieren –, dann ass dat méttlerweil och zu Lëtzebuerg eppes, wat ee muss eescht huelen, ouni et wëllen ze dramatisieren. Et ass op jiddfer Fall awer e Phenomeen, dee muss eescht geholl ginn.

An do gëtt et eigentlech keng Ur-saach, fir eng Pist léns leien ze loosse, déi op deem dote Punkt kéint Verbesserung bréngen. Et gëtt net just eng Voie royale mat där all Problemer géinge geléist ginn, mä et gëtt eng Partie Methoden an eng Partie Pisten, déi ee verdéiwe kann, an eng dovunner ass mat Sécherheet, dass mer probieren an de städteschen Ëmfelder méi konsequent op d'Mobilitéit mam Vélo ze setze fir déi Déplacementen, wou et Sënn mécht, a fir déi Déplacementen, wou et ebe wierklech en Angebot ass.

Dat ass och net egal um Hannergrond vun eise Kyoto-Diskussiounen. Och do spillt de Verkéier eng wesentlech Roll. Et ass haauptsächlech do, wou an de leschte Joren d'Situatioun komplett aus dem Rudder gelaf ass, well mer am Beräich vun der Mobilitéit Steigerungsraten hunn, déi enorm sinn. Et ass aus där Diskussioun vu Kyoto a vun den CO<sub>2</sub>-Emissiounen eraus och wichteg, dass een de Vélo eescht hält an net belächelt oder dat wëllt ofdinn, als eppes, wat nëmme fir e puer Freake géing gëllen a fir Lëtzebuerg, déi sech an engem normalen alldeeglechen Ëmfeld misst bewegen, eigentlech keng Offer wär.

De Vélo huet nach en Avantage, en ass ganz bëlleg. Ouni op dee soziale Volet dovunner elo direkt anzegoen, ass et ganz einfach fir jiddereren en Angebot, well wann een haut den Auto benotzt an et mécht een eng éierlech Rechnung, da weess een, dass ee Kilometer an der Moyenne, mat engem normale Mëttelklassauto, Minimum am Beräich vu 40 Cent pro Kilometer läit, wann een déi éierlech Rechnung mécht, déi, wou net nëmme de Bënsin dran ass, mä déi ganz Rechnung mat dem Wäertverloscht, mat de Revisiounen, mat de Pneuen an esou weider.

Et gesäit een, dass de Vélo do, wou e kann effikas sinn, och kann dozou bäidroen, dass ee carrément Geld an engem Stot ka spueren, ouni, wéi gesot, wëllen d'Theorie opstellen, dass dat elo eleng d'Argument ass, fir all déi aner opzeweien, mä et ass och en Argument, an dat soll een och net wël-

len énnert den Dësch kieren. Dat Argument, dat steet do, dat ass eng Realitéit, déi ee kann a Zuelen ausdrécken, an déi sollen engem och dann net egal sinn.

De Vélo brauch virun allem och ganz wéineg Plaz, erëm eng Kéier d'Stéchwuert vun den Diskussiounen am städteschen Ëmfeld. E brauch wesentlech manner Plaz, wéi en Auto. En Auto à l'arrêt brauch an engem Stad plus/minus ëm déi 15 bis 20 m<sup>2</sup>, dat ass gewaltig. Wann een dat géing héichrechne par rapport zum Prix de l'immobilier, dann hätt ee séier d'Rechnung gemaach, wéi oninteressant et eigentlech fir eng Stad ass Autoen am öffentleche Raum ofzeparke, souguer wa Parkgebühren opgehuewe ginn. Dat ass och e reelle Käschtepunkt, deen e Vélo enger Stad net occasionnéiert, well e Vélo ofzestellen, dat hält ganz ganz wéineg Plaz ewech, an et ass schlussendlech, wéi gesot, dat Transportmëttel, wat am effikassten ass.

Firwat insistéiere mir esou op dat Stéchwuert vum urbane Milieu? Ma ganz einfach, wa mer d'Zuele kucken, déi dem IVL zu Gronn leien, da stellt een eppes fest, wat net onwesentlech ass, nämlech datt zu Lëtzebuerg – an dat sinn elo Zuelen aus dem Joer 2002, déi d'Grundlag bilde vum IVL – nëmme ronn 28% vun der Mobilitéit grenziwwerschreidend sinn. Déi aner 72% fannen eigentlech mat Quell an Zil zu Lëtzebuerg statt.

Dovu geet deen allergreissten Deel an d'Stad Lëtzebuerg oder vun der Stad Lëtzebuerg aus fort, mä och nach déi zwee aner iwwergeuerdnet Zentren aus dem IVL, dat heescht, d'Stad Esch respektiv d'Nordstad, Dikrech an Ettelbréck, huelen e relativ importanten Undeel vu sämtlechen nationale Verkéiersbewegungen, a besounnesch – an déi Zuel muss ee sech wierklech zu Gemitt féieren –, ronn 25% vun den nationalen Déplacementen, déi all Dag gemaach ginn, fanne bannent deenen dräi genannten Stied statt, dat heescht an der Stad Lëtzebuerg dee greissten Deel dovun, an der Stad Esch an och an der Nordstad.

Also, all véiert nationaalt Déplacement huet als Zil an als Quell d'Stad Lëtzebuerg, d'Nordstad oder d'Stad Esch. All véiert Déplacement féint bannent deene Stied statt, net déi Leit agerechent, déi erausfuere aus deene Stied an zrëckkommen, mä dat sinn nëmme Déplacementen vun der Stad an d'Stad, vun Esch op Esch a vun der Nordstad an d'Nordstad. Dat mécht all véiert nationaalt Déplacement aus!

Wann een da weess, dass de Vélo op Distanze vu véier bis fënnel Kilometer dat effikasst Transportmëttel ass, wann et ëm d'Rapiditéit geet, wann et och ëm d'Bequemlechkeet geet, well ee sech ka ganz séier dräi-, véiermol déplacieren, wat mam Auto, mam Bus wesentlech manner liicht de Fall ass, da weess een, wat fir e Potenzial de Vélo eigentlech huet, fir zu Lëtzebuerg notablement a sensibel an de Verkéiersstatistiken opzedauchen.

An déi Zuelen, dat si keng Zuelen, déi iergendwellech Befürworter vun dësem oder deem Transportmëttel opgestallt hätten, mä dat si ganz offiziell Zuelen, déi jiddereen am IVL-Dokument noliere kann, wou se, wéi gesot, kloer aussoen, wat d'Potential vum Vélo si kann. Wa 25% vun den Déplacementen also bannent deene Stied op ganz kuerzen Distanzen stattfannen, da weess een, do ass e Potenzial, wat mer bis haut net notzen.

Eng Remarque wëll ech och direkt virausschicken: Wa vum Vélo geschwat gëtt, da kënt natierlech ëmmer direkt déi Remarque vun deem berühmte schlechte Wieder, wat jo zu Lëtzebuerg soll esou sinn, dass et net géing méiglech kënnen sinn sech bemierkbar oft a regelméisseg mam Vélo ze déplacieren.

Mir hate viru kuerzem d'Geleeënheet e Mann hei zu Lëtzebuerg ze hunn aus Holland, deen eis e bëssen erkläert huet, wéi se bei sech déi Saach ugepaakt hunn. Deen huet dann och eng ganz interessant Zuel kënnen nennen iwwert d'Wieder an eise Breedegrader, an déi Zuel ass ganz einfach déi hei, dass et och zu Lëtzebuerg an an der Belsch, also an dese Géigenden, nëmme 6% vun der Zäit reent. Dat heescht 94% vun der Zäit fällt kee Ree vum Himmel. Do gëtt et da méi waarm Deeg an et gëtt méi kal Deeg an et gëtt och dofir méi déck a méi dënn Mäntel. Mä d'Temperature si keen Argument, dat ass net eng Saach vu Wieder, mä eng Saach vu Kleedung.

Dat Argument vum Reen, wat et géing onméiglech maachen sech um Vélo ze déplacieren, dat soll een och einfach ee fir allemol si loosse. Dat mag gutt klengen, mä zu Lëtzebuerg reent et 6% vun der Zäit. Dat mag erstaunen, well ee vläicht subjektiv d'Gefill huet, dass et anescht wier.

*(Interruption et hilarité)*

D'Stroosse bleiwe méi laang naass, dat ass an der Rei. Wa 6% vun der Zäit Ree fällt, da bleiwen d'Stroosse vläicht e puer Prozent méi laang och naass, bis se erëm gedreht sinn, dat mag an der Rei sinn, mä et muss een awer wëssen, et schwätzt een nëmme vu 6% vun der Zäit, wou et hei zu Lëtzebuerg reent, a 94% vun der Zäit reent et net. Dat soll een einfach wëssen an da si vläicht verschidde Remarquen net méi esou pertinent, wéi se heiansdo klengen.

Wichtig ass et eiser Meenung no och, datt sech zu Lëtzebuerg endlech eng Erkenntnis duerchgesat huet am Kader vun den Diskussiounen ronderëm den IVL, nämlech déi, datt ee muss zwou Vernetzung virhuelen.

Déi éischt Vernetzung ass déi, datt een déi eenzel Mobilitéitsträger, an dozou gehéiert am IVL och de Vélo, muss matenee vernetzen an enger Logik vun Intermodalitéit.

Déi zweet Vernetzung, déi ee virhuele muss, ass déi, datt een d'Transportproblematik, d'Mobilitätsproblematik och muss mat där vernetze vun der Stad- a vun der Landesentwicklung respektiv vun der Gemengenentwicklung.

Do si mer méttlerweil zu Lëtzebuerg glücklecherweis esou wäit, dass et scho fir déi Saachen eng Base légale gëtt. Dat gëtt oft vergiess an dat ass méiglecherweis och an de Gemengen nach net genuch gewosst, mä et gëtt awer och zënter dem Programme directeur de l'aménagement du territoire, deen am Mäerz 2003 vun der Regierung ugeholl ginn ass, eng Basis op där geschafft gëtt.

Et gëtt e Gesetz vum 19. Juli 2004 iwwert den Aménagement communal an den Développement urbain an et gëtt e Règlement granducal vum 25. Oktober 2004 en application vun deem Gesetz vum Juli 2004 iwwert den Aménagement communal, deen notament déi Questionen regelt vun den Etüden, déi préparatoirement musse gemaach ginn, wann eng Gemeng sech wëllt en neie Plan d'aménagement général ginn.

De Vélo huet awer, onofhängeg vun Distanzen a vu Kontexter, ganz einfach e puer Avantage, déi e mat an d'Woschuel geheit, mä déi en awer zu Lëtzebuerg, wéi gesot, bis haut net valoriséiert kritt.

De Vélo huet ganz einfach den Avantage, dass et e gesond Transportmëttel ass, besounnesch fir dagdeegleche Bewegungen. Do gëtt et wierklech ganz vill Literatur, déi beleet, dass och nëmmen zéng bis 15 Minutten um Vélo pro Dag, fir also e klengt Déplacement, wat een all Dag misst zrëckleeën a béid Richtungen, schon duerginn, fir déi kleng physisch Aktivitéit pro Dag ze realisieren, déi ee brauch, fir no allgemeng gültige Kritären



sech selwer e bësse gesond an e bësse op Trapp ze halen. Dat ass kee Sport, dat ass kee Leeschungssport, dat ass ganz einfach e bësse Bewegung, eppes anescht, wéi alles am Sätzen ze maachen, mä ganz einfach sech e bësse bewegen un der frëscher Loft, zéng bis 15 Minutte pro Dag géingen duergoen. An dat ass dat, wat een eigentlech op enger klenger Distanz ouni Problem kéint zrëckleeën.

De Vélo huet nach en aneren Avantage, e suert och an engem méi urbanen Ëmfeld mat dofir, dass mer eng besser Loftqualitéit hunn. Et ass kloer, dass all Déplacement, wat net muss mat engem Verbrennungsmoto zrëckgeluecht ginn, och dofir suert, dass et manner Emissiounen gëtt.

A wa mer och hei zu Lëtzebuerg d'Diskussiounen kucken, déi mer scho virun e puer Méint haten iwwert d'Qualitéit vun der Loft – do weess och den Här Minister a senger Eegenschaft als Ëmweltminister mat Sécherheet drop ze reagieren –, dann ass dat méttlerweil och zu Lëtzebuerg eppes, wat ee muss eescht huelen, ouni et wëllen ze dramatisieren. Et ass op jiddfer Fall awer e Phänomeen, dee muss eescht geholl ginn.

An do gëtt et eigentlech keng Ur-saach, fir eng Pist lénsken leien ze loosse, déi op deem dote Punkt kéint Verbesserung bréngen. Et gëtt net just eng Voie royale mat där all Problemer géinge geléist ginn, mä et gëtt eng Partie Methoden an eng Partie Pisten, déi ee verdéiwe kann, an eng dovunner ass mat Sécherheet, dass mer probieren an de städteschen Ëmfelder méi konsequent op d'Mobilitéit mam Vélo ze setze fir déi Déplacementen, wou et Sënn mécht, a fir déi Déplacementen, wou et ebe wierklech en Angebot ass.

Dat ass och net egal um Hannergrond vun eise Kyoto-Diskussiounen. Och do spillt de Verkéier eng wesentlech Roll. Et ass haaptsächlech do, wou an de leschte Joren d'Situatioun komplett aus dem Rudder gelaf ass, well mer am Beräich vun der Mobilitéit Steigerungsrate hunn, déi enorm sinn. Et ass aus där Diskussioun vun Kyoto a vun den CO<sub>2</sub>-Emissiounen eraus och wichteg, dass een de Vélo eescht hält an net belächelt oder dat wëllt offinden, als eppes, wat nëmme fir e puer Freake géng gëllen a fir Leit, déi sech an engem normalen alldäeglechen Ëmfeld misste bewegen, eigentlech keng Offer wär.

De Vélo huet nach en Avantage, en ass ganz béleg. Ouni op dee soziale Volet dovunner elo direkt anzegoen, ass et ganz einfach fir jiddereren en Angebot, well wann een haut den Auto benotzt an et mécht een eng éierlech Rechnung, da weess een, dass ee Kilometer an der Moyenne, mat engem normale Mëttelklassauto, Minimum am Beräich vu 40 Cent pro Kilometer läit, wann een déi éierlech Rechnung mécht, déi, wou net nëmme de Besin dran ass, mä déi ganz Rechnung mat dem Wäertverloscht, mat de Revisiounen, mat de Pneuen an esou weider.

Et gesäit een, dass de Vélo do, wou e kann effikass sinn, och kann dozou bäidroen, dass ee carrément Geld an engem Stot ka spueren, ouni, wéi gesot, wëllen d'Theorie opstellen, dass dat elo eleng d'Argument ass, fir all déi aner opzeweien, mä et ass och en Argument, an dat soll een och net wëllen énnert den Dësch kieren. Dat Argument, dat steet do, dat ass eng Realitéit, déi ee kann an Zuelen ausdrécken, an déi sollen engem och dann net egal sinn.

De Vélo brauch virun allem och ganz weineg Plaz, erm eng Kéier d'Stéchwuert vun den Diskussiounen am städteschen Ëmfeld. E brauch wesentlech manner Plaz, wéi en Auto. En Auto à l'arrêt brauch an enger Stad plus/minus em déi 15 bis 20 m<sup>2</sup>, dat ass gewaltig. Wann een dat géing héich-

rechne par rapport zum Prix de l'immobilier, dann hätt ee séier d'Rechnung gemaach, wéi oninteressant et eigentlech fir eng Stad ass Autoen am öffentleche Raum ofzeparcken, souguer wa Parkgebühren opgehuewe ginn. Dat ass och e reelle Käschtspunkt, deen e Vélo enger Stad net occasionéiert, well e Vélo ofzestellen, dat hält ganz ganz weineg Plaz ewech, an et ass schlussendlech, wéi gesot, dat Transportmëttel, wat am effikassten ass.

Firwat insistéiere mir esou op dat Stéchwuert vum urbane Milieu? Ma ganz einfach, wa mer d'Zuele kucken, déi dem IVL zu Gronn leien, da stellt een eppes fest, wat net onwesentlech ass, nämlech datt zu Lëtzebuerg – an dat sinn elo Zuelen aus dem Joer 2002, déi d'Grundlag bilde vum IVL – nëmme ronn 28% vun der Mobilitéit grenzüberschreidend sinn. Déi aner 72% fannen eigentlech mat Quell an Zil zu Lëtzebuerg statt.

Dovu geet deen allergréissten Deel an d'Stad Lëtzebuerg oder vun der Stad Lëtzebuerg aus fort, mä och nach déi zwee aner iwwergeruednet Zentren aus dem IVL, dat heescht, d'Stad Esch respektiv d'Nordstad, Dikrech an Ettelbréck, huelen e relativ importenten Undeel vu sämtlechen nationale Verkéiersbewegungen, a besonnesch – an déi Zuel muss ee sech wierklech zu Gemitt féieren –, ronn 25% vun den nationalen Déplacementen, déi all Dag gemaach ginn, fanne bannent deenen dräi genannte Stied statt, dat heescht an der Stad Lëtzebuerg dee gréissten Deel dovun, an der Stad Esch an och an der Nordstad.

Also, all véiert nationaalt Déplacement huet als Zil an als Quell d'Stad Lëtzebuerg, d'Nordstad oder d'Stad Esch. All véiert Déplacement féinnt bannent deene Stied statt, net déi Leit agerechent, déi erausfuere aus deene Stied an zrëckkommen, mä dat sinn nëmme Déplacementen vun der Stad an d'Stad, vun Esch op Esch a vun der Nordstad an d'Nordstad. Dat mécht all véiert nationaalt Déplacement aus!

Wann een da weess, dass de Vélo op Distanze vu véier bis fënnf Kilometer dat effikass Transportmëttel ass, wann et em d'Rapiditéit geet, wann et och em d'Bequemlechkeet geet, well ee sech ka ganz séier dräi-, véiermol déplacéieren, wat mam Auto, mam Bus wesentlech manner lücht de Fall ass, da weess een, wat fir e Potenzial de Vélo eigentlech huet, fir zu Lëtzebuerg notament a sensibel an de Verkéiersstatistiken opzedauchen.

An déi Zuelen, dat si keng Zuelen, déi iergendwellech Befürworter vun dësem oder deem Transportmëttel opgestallt hätten, mä dat si ganz offiziell Zuelen, déi jiddfereren am IVL-Dokument noliese kann, wou se, wéi gesot, kloer aussoen, wat d'Potenzial vum Vélo si kann. Va 25% vun den Déplacementen also bannent deene Stied op ganz kuerzen Distanzen stattfannen, da weess een, do ass e Potenzial, wat mer bis haut net notzen.

Eng Remarque wëll ech och direkt virausschécken: Wa vum Vélo geschwat gëtt, da kënnt natierlech ëmmer direkt déi Remarque vun deem berühmte schlechte Wieder, wat jo zu Lëtzebuerg soll esou sinn, dass et net géing méiglech kënne sinn sech bemierkbar oft a regelméisseg mam Vélo ze déplacéieren.

Mir hate viru kuerzem d'Geleeheneheet e Mann hei zu Lëtzebuerg ze hunn aus Holland, deen eis e bësse erkläert huet, wéi se bei sech déi Saach ugepaakt hunn. Deen huet dann och eng ganz interessant Zuel kënne nennen iwwert d'Wieder an eise Breedegrader, an déi Zuel ass ganz einfach déi hei, dass et och zu Lëtzebuerg an an der Belsch, also an dese Géigenden, nëmme 6% vun der Zäit reent. Dat heescht 94% vun der Zäit fällt

kee Ree vum Himmel. Do gëtt et da méi waarm Deeg an et gëtt méi kal Deeg an et gëtt och dofir méi déck a méi dënn Mäntel. Mä d'Temperature si keen Argument, dat ass net eng Saach vu Wieder, mä eng Saach vu Kleedung.

Dat Argument vum Reen, wat et géing onméiglech maachen sech um Vélo ze déplacéieren, dat soll een och einfach ee fir allemol si loosse. Dat mag gutt klängen, mä zu Lëtzebuerg reent et 6% vun der Zäit. Dat mag erstaunen, well ee vläicht subjektiv d'Gefill huet, dass et anescht wier.

#### (Interruption et hilarité)

D'Stroosse bleiwe méi laang naass, dat ass an der Rei. Wa 6% vun der Zäit Ree fällt, da bleiwen d'Stroosse vläicht e puer Prozent méi laang och naass, bis se erm gedréchent sinn, dat mag an der Rei sinn, mä et muss een awer wëssen, et schwätzt een nëmme vu 6% vun der Zäit, wou et hei zu Lëtzebuerg reent, a 94% vun der Zäit reent et net. Dat soll een einfach wëssen an da si vläicht verschidde Remarquen net méi esou pertinent, wéi se heiansdo klängen.

Wichtig ass et eiser Meinung no och, datt sech zu Lëtzebuerg endlech eng Erkenntnis duerchgesat huet am Kader vun den Diskussiounen ronderëm den IVL, nämlech déi, datt ee muss zwou Vernetzung virhuelen.

Déi éischt Vernetzung ass déi, datt een déi eenzel Mobilitéitsträger, an dozou gehéiert am IVL och de Vélo, muss matenee vernetzen an enger Logik vun Intermodalitéit.

Déi zweet Vernetzung, déi ee virhuele muss, ass déi, datt een d'Transportproblematik, d'Mobilitéitsproblematik och muss mat där vernetze vun der Stad- a vun der Landesentwicklung respektiv vun der Gemengenentwicklung.

Do si mer méttlerweil zu Lëtzebuerg glécklecherweis esou wäit, dass et scho fir déi Saachen eng Base légale gëtt. Dat gëtt oft vergiess an dat ass méiglecherweis och an de Gemengen nach net genuch gewosst, mä et gëtt awer och zënter dem Programme directeur de l'aménagement du territoire, deen am März 2003 vun der Regierung ugeholl ginn ass, eng Basis op där geschafft gëtt.

Et gëtt e Gesetz vum 19. Juli 2004 iwwert den Aménagement communal an den Développement urbain an et gëtt e Règlement grand-ducal vum 25. Oktober 2004 en application vun deem Gesetz vum Juli 2004 iwwert den Aménagement communal, deen notament déi Questionen regelt vun den Etüden, déi préparatoirement musse gemaach ginn, wann eng Gemeng sech wëllt en neie Plan d'aménagement général ginn.

Do gëtt et notament zwee Artikelen: den Artikel 13 an den Artikel 25. Deen éischte beschäftegt sech mat der sou genannter Évaluation globale vun de Réseaux existants an der Gemeng, éier een dann, wéi gesot, op d'Entwécklung vun engem neie PAG ka goen; dozou gehéieren expressis verbis och déi Aspekter vu Mobilité alternative, wéi Foussgänger a wéi Vélo.

Am Artikel 25 geet dann och, wa vun dem sou genannte Concept global de mobilité, deen d'Gemenge sech gi sollen, geschwat gëtt, dovunner Rieds, dass déi eenzel Réseaux musse ënner sech interconnectéiert ginn an dass och d'Réseaux vu Foussgänger a vu Vélo musse verbessert ginn. Dat si keng hehr Absichten, dat si keng Rieden, déi vun dëser oder där Partei hei am Parlament gehale ginn, dat ass zu Lëtzebuerg d'Base réglementaire.

Mir hunn eng Base réglementaire, déi all d'Gemenge bënnt, déi sech wëllen an Zukunft Stadentwécklungsinstrumenter ginn – a si musse sech alleguerten där Instrumenter ginn –, an do gëtt et eng Method, déi all d'Gemengen applizéiere musse, fir op dee Wee kënne ze goen, an déi beinhalt haut schon, dass se net laanscht d'Fro kënne kommen, wéi se och wëlle mat deenen dote Forme vu Mobilitéit ëmgoen an net nëmme d'Stroossen als isoléiert Voirie kënne betruuchten, respektiv dass een nëmme kann déi motoriséiert Mobilitéit betruuchten.

Mir hunn dann als lescht Stéchwuert vu Base réglementaire respektiv légale, natierlech och de Code de la route. Och de Code de la route huet haut schon eng ganz Partie Artikelen, déi sech mat dëser Matière beschäftegen. Vläch wär et eng Fro, ob een net sollt, wéi an der Belsch, éischer op de Wee goe vun engem Code de la rue. Déi sinn do eigentlech schon eng Etapp méi wäit. Déi hu scho verstanen, dass et net nëmme drëms geet d'Stroossen ze reglementéieren, mä eigentlech drëms geet d'Benotzung vum gesamten öffentleche Raum ze reglementéieren, also net nëmme d'Behuele vun den Automobilisten oder vun de Buschaufferen, mä och d'Behuele vun de Cyclisté respektiv vun de Foussgänger, a virun allem wéi een déi alleguerte ka beienaner kréien.

Och do vläch eng Ureegung un de Minister: Et wär vläch keng schlecht Iddi, wa mer eis géingen, wéi an der Belsch, mat der Fro beschäftegen – och wa se vläch nëmme e symbolesche Charakter huet, mä dat ass net onwichtig –, ob een net wierklech op de Wee sollt goe vun engem Code de la rue an net nëmme vun engem Code de la route, deen de ganzen öffentleche Raum am Beräich vun der Mobilitéit just suggéiert aus der Vue, déi een hannert dem Lenkrad huet, an dat ass eben net déi ganz Vue.

Besonnesch well een, wann ee vu Mobilitéit schwätzt: vu Bus, vun Auto, vu Vélo, vu Foussgänger, da gëtt och oft esou gemaach, wéi wann dat alles ënnerschiddlech Leit wäeren, déi näischt matenener ze dinn hätten. A Wierklechkeet sinn dat praktesch ëmmer déiselwech Leit, well all déi Leit, déi sech déplacéieren, sinn tantôt dat engt, tantôt dat anert.

Wann ee mam Auto iergendwou hifiert an et huet een den Auto bis ofgestallt, dann ass ee fir de Rescht vu sengem Déplacement ënner Ëmstänn e Foussgänger. Deemo wou een hifiert, wou et öffentlech Angebot gëtt vu Véloen, ass een à la fois ënner Ëmstänn Automobilist gewiescht, wann een doheem bis bei seng nootste Gare gefuer ass; wann ee vun do mam Zuch gefuer ass, da beispillsweis bis an d'Stad Esch, da war ee schon deen Dag Automobilist a Benotzer vum öffentlechen Transport; dann hält een och nach vläch en öffentleche Vélo, da war ee Cycliste; an da mécht een och nach en Deel vu sengem Trajet zu Fouss, da war een à la fois déi véier. Esou dass et déi Kontradiktioun, déi ëmmer nees probéiert gëtt téschent déi eenzel Acteuren eranzuerieden, an där Däitlechkeet iwwerhaupt net gëtt an der Realitéit.

An der Realitéit sinn déi meescht Leit, net ëmmer, awer regelméisseg zumindst, zwou vun deene Saachen. Et gëtt keng getrennte Welten an där dote Matière, téschent deenen engen an deenen aneren.

Dofir sollt een och vläch dat am Hannerkapp hunn, wann een iwwert d'Thematik vum Vélo diskutéiert. Dat eent ass ee vläch méi oft, wéi dat anert, mä eigentlech ass praktesch jiddferen alles vun all deem, wann et och nëmme vun bestëmmte Momenter ass.

En nächste Punkt, dee mir wëllen als positiv erausträichen, ass deen, datt mer haut, och op Grund

vun deenen Diskussiounen, déi an de leschte Jore scho waren, op Grund vun deenen Dokumenter an Erkenntnisser, déi et haut méttlerweil scho gëtt, eng ganz Partie motivéiert Acteuren hunn, och um Niveau vun de staatleche Verwaltungen.

Wann een un enger Rei vun Diskussiounen an de leschte Jore konnt bedeelegt sinn, da gesäit een, dass et um Niveau vun enger ganzer Partie vu Verwaltungen haut scho wierklech Leit gëtt, déi sech ganz vill Méi maachen. Sief dat um Niveau vum Transportministère, wou et och méttlerweil schon eng responsabel Persoun fir deen dote Beräich gëtt. Sief et um Niveau vum Aménagement du Territoire respektiv vum Ministère de l'Intérieur, sief et am Ëmweltministère, oder och ganz wichteg am Travaux publics. Oft gëtt de Rôle vun der Administration des Ponts et chaussées beispillsweis ënnerschat, de Rôle, dee se ka spillen, an de Rôle, dee se och deelweis haut scho spillt. Et gëtt ëmmer gemaach, wéi wann déi Verwaltung mam Vélo näischt wéilt um Hutt hunn. Dat ass net esou. Et gëtt effektiv och do schon Inputen, déi een als positiv bewäerte kann.

Um Niveau vun de Verwaltungen, mä awer och um Niveau vu ville potenzielle Partneren, sief dat d'Velosinitiativ, d'Eisebunn oder och den Office national du tourisme, deen e ferventen Interessent vu positiven Entwécklungen an deem dote Beräich ass, wéi bei enger ganzer Rei vu Gemengen an natierlech och dem Syvicol, hu mer also eng ganz Partie Partneren, déi schon haut méi sensibiliséiert a méi motivéiert sinn, wéi et vläch an der Realitéit vum Terrain, wou de Vélo nach ëmmer Mangelware ass, erkennbar ass. Et weess een, dass scho ganz vill Saachen amgaange sinn an et goufen och schon an der Vergaangenheet verschidden Initiative geholl, wéi beispillsweis deen Hearing zu Miersch virun e puer Joer oder och aner rezent Initiativen am Beräich vun der Sensibiliséierung fir de Vélo.

Wichtig ass et, an dat ass och ganz kloer fir eis, datt mer déi ganz Diskussioun ronderëm de Vélo net isoléiert kucken. Éischdens emol net isoléiert vun der Thematik vum Foussgänger, där gesamter Mobilité alternative, awer och an der Logik vun der Intermodalitéit vum Vélo mam Bus, vum Vélo mam Zuch, awer och vum Vélo mam Auto.

Dofir si fir eis esou Projeten och besonnesch wichteg, wéi déi, déi et op anere Plaze scho gëtt, zu Lëtzebuerg eben och, an der Stad Esch, wou intermodal probéiert gëtt de Vélo am urbanen Zentrum esou kënne duerstellen, dass e ka fir Leit, déi mat aneren Transportmëttelen erakommen, en Angebot duerstellen, fir herno verschidden aner Déplacementen am urbane Milieu ze maachen. An do gëtt et och nach aner Iddien.

Et héiert een och, dass aner Gemengen sech mat esou enger Iddi mir wierklech dofir ze suergen, dass och déi Leit, déi net mam Auto an eng Stad eraufueren, wa se bis an der Stad sinn, net op eemol d'Gefill kréien, elo sinn ech gehandicapt, wann ech mech misst zwee-, dräimol a kuerzer Zäit déplacéieren, wat mam Auto natierlech relativ kammoud ka goen, ofgesinn elo emol vun der Parkplazproblematik, wat awer natierlech mam Zuch oder mam Bus manner expéditif ënner Ëmstänn ka realiséiert ginn. An dat do ass eben och nach en Deel, wou déi Intermodalitéit mam Vélo, besonnesch am urbane Milieu, wierklech kann e Plus an eng Plus-value bréngen.

Wichtig ass och fir eis, datt een dat net beschränkt op den urbane Milieu. Et gëtt och an deene méi rurale Géigenden natierlech e grousst Potenzial, an deene Regionen besonnesch am Fräizäit-



beräich, fir de Vélo auszubauen. Stéchwuert: d'Aktivitéite vun de Jugendleche während de schoulfräien Nomëtterger. Do gëtt et wierklech an deene méi ländleche Gemenge Potenzial, déi ee kann notzen, wann natierlech och do d'Infrastrukture funktionéieren.

Do gëtt et allerdéngs eng Problematik – an ech hat gëschter och d'Geleeënheet mam Kollege Michel Wolter kuerz doriwwer ze schwätzen –, nämlech déi, dass wann een déi Pisten an de méi ländleche Géigenden aménagéiere wëllt, ee sech do heiansdo dorunner stéisst, dass een dëst oder dat Stéck einfach net huet, fir eng Streck kënnen ze bauen. Do muss een dann a Verhandlungen triede mat Propriétaires; wat net einfach ass.

An do si mir ganz däitlech, well mir sinn do mam Kollege Wolter enger Meenung, dass ee vläicht och do sech da muss eng Kéier mat der Fro beschäftegen, ob een net och fir dës Zort vun Infrastrukturen d'Stéchwuert vun der Expropriation muss kënnen an de Mond huelen, net well een dat onbedéngt wëllt als eenzegt Instrument asetzen, mä et muss och do méiglech sinn doriwwer ze diskutéieren, ob een dorunner wëllt scheitern a seet et kapituléiert ee virun deem doten Émstand, oder ass et net awer méiglech méi reng Léisungen ze fannen, déi et trotzedem géingen erméigleche verstänneg Vélosweeër unzeleeën, och am ruralen Émfeld. Déi Fro ass zumindest och gestallt, well dovun hänke schlussendlech och vill Punkten of.

Wichtig ass och, dass mer eis beim Vélo op engem Punkt näischt virmaachen: Et kann ee ganz vill a ganz laang flott interessant Versammlungen ofhalen, Rieden halen, Prospekter maachen, et ass alles schéin a gutt, mä énnert dem Stréch bleift eng Regel awer bestoen, nämlech déi, dass wann et keng Infrastrukture gëtt, och kee Mënsch mam Vélo fiert. Dat ass fir den Zuch net anescht, dat ass fir de Bus net anescht an dat ass och fir den Auto net anescht. Do, wou keng Stroosse sinn, fiert keen Auto, an do, wou keng adequat Infrastrukture fir de Vélo sinn, kann och kee Vélo, oder soe mer emol esou, da kënnen och net an notabler Zuel d'Leit sech entscheeden, fir en Deel vun hiren Déplacements mam Vélo zréckzeleeën.

Zu den Infrastrukture gehéieren natierlech d'Vélosstänner, kënnen Abrien dobäigehéieren, mä et heescht am Wesentlechen, dass déi Strecken, op deene sech déplacéiert gëtt, mussen esou sinn, dass d'Leit net nëmmen a Sécherheetsgefill hunn, mä dass d'Leit effektiv a beschtméiglecher Sécuritéit ënnerwee sinn, étant entendu dass et am Beräich vun der Mobilitéit ni eng 100%eg Garantie ka ginn, net fir de Vélo, net fir den Auto an och net fir aner. Et muss een awer iergendwann eng Kéier och de Sprong maachen an eriwergoen an d'Handelen, an d'Aménagéiere vun Infrastrukturen, well wann een dat net mécht, dann huet et och net vill Sënn, dass ee sech mam Rescht do ronderëm beschäftegt. Ouni dat geet et schlussendlech dann awer net.

Et ass eiser Meenung no och wichtig, dass een d'Acteuren an de Gemenge probéiert dovunner ze iwwerzeegen. Wann de Stat eesäitig géing lassleë mam Aménagement vun Infrastrukturen a virdru net probéiert gi wär um kommunalpoliteschen Niveau och fir Akzeptanz fir déi Mesuren ze suergen, da géif et natierlech och wesentlech méi schwéier ginn, well, esou wichtig d'Infrastrukture sinn, muss een och ganz kloer hannedru soen: Infrastrukturen ouni Iwwerzeegung ass och nëmmen den hallwe Match. An do ronderëm, mengen ech, muss sech och d'Efforté vun der Regierung an den nächste Joren artikuléiere kënnen.

Déi alternativ Projeten, déi ech virdru schonn erwähnt hunn, fir an en-

gem méi städteschen Émfeld ofentlech Véloen zur Verfügung ze stellen – do gëtt et ganz vill verschidde Varianten, wéi een dat maache kann –, hunn net nëmmen den Avantage, dass se da kënnen eng intermodal Funktioun iwwerhuelen, mä si hunn och nach den Avantage, dass se, doduerch dass de Vélo méi present gëtt am Stadbild, och dofir kënnen suergen, dass d'Sécuritéit vun de Benotzer klëmmt.

Et ass ganz evident, dass wann den Automobilist méi gewinnt ass engem Cycliste ze begéinen, dass en dann einfach a sengem Alldag méi op d'Cyclistë Rücksicht hëlt. Wa Cyclisten, deenen hien op der Strooss begéint, eng absolut Mangelware sinn, dann ass natierlech de Reflex net esou geschäerft, wéi e misst sinn, fir kënnen eng méiglech gutt Sécuritéit vun deene Leit ze assuréieren.

Dofir menge mir och, dass déi Projete wichtig sinn, net nëmme fir de Volet Intermodalitéit, mä dass se eben och wichtig sinn, fir am Stadbild eng gewëssen Occupatioun, eng gewësse Presenz vum Vélo ze markéieren, déi énnert dem Stréch och dofir suert, dass generell de Reflex bei den anere Verkéiersteilnehmer dofir geschäerft gëtt, dass ebe Leit mam Vélo ënnerwee sinn, dass een deene kann op der Strooss begéinen. Déi méi héich Unzuel u Cyclisten an hir Presenz am Stadbild sinn och Sécherheetsfaktoren, déi een net negligéiere soll. Dofir ass et och net onwichtig sech mat där Fro do ze beschäftegen.

Aus all deenen dote Grënn hu mir eng Motioun preparéiert, déi ech dem President elo hei déposéieren. Wann ech gelift.

#### Motion 1

*La Chambre des Députés,*

*- considérant qu'au Grand-Duché 18% seulement des déplacements quotidiens sont effectués de façon non motorisée;*

*- considérant qu'une des raisons en est un recours intensif à l'automobile de l'ordre de 50% même pour des distances très courtes inférieures à 1 km;*

*- considérant cependant qu'en milieu urbain ou – de façon plus générale – sur des courtes distances allant jusqu'à 5 km, le vélo est le moyen de déplacement le plus rapide et le plus efficient;*

*- considérant d'autre part que 25% de l'ensemble des déplacements motorisés quotidiens internes au Grand-Duché ont lieu sur le territoire (départ et arrivée) des seules villes de Luxembourg, Esch-sur-Alzette et Ettelbruck/Diekirch;*

*- considérant qu'un usage renforcé du vélo permettrait de réduire la consommation interne du Grand-Duché en carburant et – partant – les émissions de CO<sub>2</sub>;*

*- considérant qu'un usage renforcé du vélo permettrait d'améliorer sensiblement la qualité de l'air dans les centres urbains;*

*- considérant par ailleurs que l'usage régulier du vélo a des conséquences positives notables sur la santé;*

*- considérant que le vélo est le moyen de transport le plus économique;*

*- considérant que le vélo est le moyen de transport le moins consommateur d'espace;*

*- considérant que le concept intégré des transports et du développement spatial (IVL) s'est fixé comme but d'augmenter le nombre de déplacements effectués à vélo;*

*- considérant que le programme directeur Aménagement du Territoire arrêté le 27 mars 2003 en Conseil de Gouvernement prévoit la promotion du trafic non motorisé y compris le vélo;*

*- considérant que le plan directeur sectoriel Transports est en voie d'élaboration entre les Ministères*

*du Transport, de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire, des Travaux publics et de l'Environnement ainsi que la Communauté des Transports (ancienne RGTP);*

*- considérant que le règlement grand-ducal du 25 octobre 2004 pris en application de la loi du 19 juillet 2004 concernant l'aménagement communal et le développement urbain définit les éléments essentiels de l'étude préparatoire du plan d'aménagement général d'une commune;*

*- considérant que les articles 13 et 25 de ce règlement grand-ducal soulignent l'importance de la mobilité alternative en matière de développement urbain;*

*- considérant que le développement de la mobilité alternative ne pourra être réalisé que si le vélo devient un outil de mobilité au quotidien et pas seulement pour les loisirs;*

*- considérant que ce but ne pourra être atteint que si des infrastructures sûres, nécessaires à l'usage du vélo, sont mises en place;*

*- considérant que l'ancien et le nouveau Gouvernement ont annoncé la réalisation d'un plan d'action national en faveur de la promotion du trafic cycliste;*

*invite le Gouvernement*

*- à veiller à la collaboration étroite des différents acteurs (Ministères des Transports, de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire, des Travaux publics, de l'Environnement, du Tourisme, Communauté des Transports, acteurs des transports publics, LVI, CFL, Syvicol, Villes et Communes, l'Office national du Tourisme,...);*

*- à dresser un état des lieux exhaustif (comptages, analyses sectorielles, infrastructures, importations et ventes, tourisme et nuitées,...) afin de définir le point de départ de toute politique en faveur de la promotion du trafic cycliste et de permettre d'évaluer avec précision ses résultats;*

*- à donner au plan d'action national une base réglementaire en le liant au plan directeur sectoriel Transports;*

*- à définir avec précision les compétences administratives et l'affectation des crédits à mettre à disposition du plan d'action national;*

*- à promouvoir activement le développement de réseaux cyclables communaux en encourageant financièrement leur aménagement sur base de critères clairs et transparents à l'instar de l'aménagement des chemins vicinaux;*

*- à mettre la sécurité des cyclistes au centre de cette politique;*

*- à veiller en particulier à ce que les réseaux communaux et le réseau national des pistes cyclables soient reliés entre eux;*

*- à veiller en particulier à ce que les réseaux cyclables et les gares ferroviaires soient reliés entre eux;*

*- à soutenir les projets novateurs visant à mettre des vélos publics à la disposition des usagers;*

*- à veiller à la promotion de l'intermodalité entre le vélo et les autres moyens de transport privés et publics y compris par l'aménagement d'infrastructures spécifiques;*

*- à élaborer un concept de marketing pour promouvoir à une échelle nationale le trafic cycliste.*

(s.) Félix Braz.

Dat ass eng Motioun, wou elo am Moment just eng Ennerschrëft drop ass. Wann aner Kollege se wëlle mat ënnerstëtzen, da kënnen si sech nach gären androen, soss géingen d'Kollege vun der grénge Fraktioun déi aner véier Ennerschrëften nach noreechen.

An där Motioun sträiche mer net nëmmen den Argumentaire eraus, firwat dass et wichtig wär de Vélo zu Lëtzebuerg ze encouragéieren a seng Benotzung ze förderen, mä an där Motioun verlaange mer och eng Partie Saachen, déi eiser Meenung no wichtig sinn.

Deen éischte Punkt, deem eis ganz wichtig schéngt, ass deem, dass mer déi Potenzial, dee gudden Wëllen an och déi Manpower, déi et scho gëtt an de Verwaltungen, awer net nëmmen an de Verwaltungen, an de Ministären: Transport, Travaux publics, Émwelt, Intérieur respektiv Aménagement du Territoire an awer och am Tourismusministère, dass een dat Potenzial probéiert mat de Leit aus der Société civile ze bündelen. Et ass wichtig, dass et net herno ausaart an eng Compétitioun tëschent de Verwaltungen, mä dass et onbedéngt dozou muss kommen, dass et eng Kollaboration vun de Verwaltungen gëtt. Dat ass vornehmlech eng Aufgabe, déi um Niveau vun der Regierung muss diskutéiert ginn, fir dass mer et wierklech fäerdig bréngen do effizient ze schaffen, an net mat Reiwungsverloschter.

En zweete Punkt, deem eis ganz wichtig schéngt, ass deem, dass een emol eng Kéier géing eng ganz prezis Bestandsopnam maache vun deem, wat zu Lëtzebuerg iwwert déi aner Mobilitéiten existéiert. Do brauch ee beim Statedec nëmmen unzerufen oder iwwert den Internet ze fueren, do gëtt een am Detail informéiert iwwert d'Zuel vu Bussen, vun Autoen, vun Zich, vun Déplacements, déi et hei zu Lëtzebuerg gëtt. Beim Vélo, sief dat um Punkt vun den Importatiounen oder vun de Venten, sief dat um Punkt vun den Infrastrukturen, déi et gëtt, ass dat nach ëmmer Mangelware.

An dat ass fir eis e ganz wichtige Punkt, dass ee fir d'éischt emol eng prezis Bestandsopnam realiséiert: Wat ass zu Lëtzebuerg den Zoustand vum Vélo? Well nëmme wann een déi Erkenntnisser prezis a geséichert huet, kann een och Politiken developéieren, déi de Vélo solle förderen, a virun allem kann een och dann nëmmen iwwerpräieren, wéi effikass déi Politiken sinn, déi ee fir de Vélo maache wëllt, wann ee ka feststellen: Gëtt et dann elo tatsächlech méi Leit, déi e Vélo kafen? Sinn d'Venté vun de Véloen an d'Luucht gaangen? An esou weider. Dofir schéngt dat eis e ganz wesentleche Punkt.

En drëtten Punkt, deem vun dëser Regierung an och vun der viregter Regierung schonn ugekënnegt gi war, ass deem vum Plan d'action national. Mir si jo elo schonn zënter enger Zäitchen amgaangen um Plan directeur sectoriel transports ze schaffen, op Grond vum Programme directeur de l'aménagement du territoire.

Nieft deem Dokument ass – dat war déi Zäit och nach de Kollege Wolter a senger Zoustännegkeet als Innenminister, an haut den Här Lux – schonn zweemol ugekënnegt ginn, dass och e Plan d'action national soll opgestallt ginn, deem natierlech och vum Personal hier, vun de Finanzmittel hier schonn en anert Dokument ass, wéi de Plan directeur sectoriel transports. Eis schéngt et bei deem awer och wichtig ze sinn, dass een do ganz kloer festleet op wéi engem Niveau Décisionne kënnen geholl ginn, och fir d'Kreditter ze affectéieren, déi herno zu deem Plang gehéiere wäerten.

Och do, mir hu jo eng Partie Verwaltungen a Ministären, déi sech mat der Problematik beschäftegen, an dat ass och gutt esou, mä et wär natierlech net gutt, wa mer schlussendlech no der Opstellung vum Plan d'action national do keng Kloeerheiten dran hätten, wéi schlussendlech dee Plang kann emgesat ginn, wat d'Rouagé sinn a wou d'Limité si vun de Kompetenzen tëschent de Verwaltungen. Dat ass e wichtige Punkt; net nëmmen de Plang u sech, do gëtt dru geschafft.

Dofir wëlle mir haut net soen: Maacht deen emol! Mir wëssen, dass Dir amgaang sidd deem ze maachen. Mir loosse dat Dokument kommen. Mä mir mengen, dass et e ganz wichtige Punkt ass, onofhängeg vu sengem prezise Contenu, dass déi Rouagen tëschent den eenzelne Verwaltungen, och wat d'Affectatioun herno vun de Kreditter betrëfft, kloer muss sinn, soss kréie mer do erëm eng Kéier bedauerlecherweis manner Effizienz an de System, wéi mer dat gären hätten.

E véierte Punkt ass deem, dass och de Stat de Gemenge muss hëllefen. Vill Gemenge si bereet op deem dote Wee ze goen, dat muss awer och mat enger finanzieller Hëllef kënnen verbonne sinn. Et geet schlussendlech dodrëms, fir se och iwwert deem dote Wee ze encouragéieren de Vélo ze developéieren, net nëmme fir lokal Réseauen hierzustellen, mä och fir déi Vernetzung mam Réseau vun de Pistes cyclables, mat de PCen, ze verbannen.

Och dat ass e wesentleche Punkt, dass ee ka vun där enger Gemeng an déi aner Gemeng kommen, deelweis iwwert de lokale Réseau, dee bei der Hausdier ufänkt, bis hin iwwert den nationale Réseau, fir schlussendlech erëm iwwert de lokale Réseau seng Fahrt beenden ze kënnen. Dat ass völeg normal beim Auto, dat ass völeg normal beim Bus. Wann een dat fir de Vélo plädéiert mengt een heiansdo et géing ee fir eppes Ongeheierlech plädéieren, mä dat ass eng ganz banal Saach, dass ee wëllt mat där adequater Struktur vun A no B fueren. An dass dat eben deelweis lokal Voirië beinhalt an deelweis ebe regional respektiv national Voirië beinhalt, dat schéngt eis och e ganz wichtige Punkt ze sinn.

Den zweetleschte Punkt ass deem vun der Ennerstëtzung fir esou innovativ Projeten, déi eben am urbanen Émfeld fir Intermodalitéite kënnen suergen. Och do soll de Stat probéieren, finanziell mat eranzeklammen. Et ass beispillsweis och am Intérêt vun der CFL a vun eisem Busréseau, dass et um Enn vum Quai oder vum Arrêt eng Méiglechekeet gëtt, fir sech flexibel a rapid kënnen weider ze déplacéieren.

De leschte Punkt wär dann deem, dass mer och d'Regierung wëllen opfuerderen, wierklech eng breet ugeluechten Informationscampagne ze maachen, wann natierlech déi aner Punkten och schonn zum Deel visibel a spierbar sinn, fir wierklech och massiv dofir ze suergen, dass sech mat den Avantage vun dem Déplacement um Vélo ka beschäftegt ginn.

Et ass wichtig, dass et do e politeschen Appui gëtt vun nationaler Säit. D'Gemenge maachen deelweis schon hire Match, an dat ass och net ëmmer e ganz lichte Match, wann een do probéiert deelweis a Gewunnechten agräifen ze goen. Dofir ass et och ganz wichtig, dass déi Efforten, déi gemaach ginn, fir déi nationale Réseauen mat de lokale Réseauen ze vernetzen a si doduerch och ze encouragéieren an hirem Développement, do ass et ganz wichtig, dass de Stat do och seng Verantwortung iwwerhëlt a wierklech Reklamme dofir mécht, informéiert, d'Argumenter op den Dësch leet, fir dass d'Leit am Land vläicht och méi prezis kënnen dat, wat um Béierdësch gesot gëtt, vun deem trennen, wat eigentlech richteg Saach ass.

An deem Sënn géinge mir lech bidden eis Motioun ze ënnerstëtzen. Ech soen lech Merci fir d'No-lauschieren.

■ **Plusieurs voix.** - Très bien.

■ **Une voix.** - Excellent!

■ **M. le Président.** - Merci, Här Braz. Den nächste Riedner ass den honorablen Här Marco Schank. Här Schank, Dir hutt d'Wuert.



**Discussion générale**

**M. Marco Schank** (CSV). - Här President, Kolleginnen a Kollegen, wa mer hei zu Lëtzebuerg iwwer Vélosverkéier schwätzen, da menge mer meeschtens de Vélo als Fräizäitvehikel, als touristeschen Hannergrond ganz dacks. Par conter gëtt de Vélo als Transportmëttel bei kuerze Strecken, wou en dann och Sënn mécht, fir an d'Schoul oder op d'Aarbecht ze fueren, éischer wéi e Stéifkand behandelt; mä do wollt ech méi spéit nach eppes dozou soen.

Elo, de Vélo als Fräizäitvehikel, do sinn an de leschte Joren, ech mengen, dat wëssen déi meescht heibannen, eng ganz Partie Ustrenge gemaach gi fir eisen nationale Vélosréseau ze moderniséieren an auszebauen. Ronn 600 km hu mer de Moment an de Réseau soll op 900 km ausgebaut ginn, verdeelt op zirka 23 Tracéen.

Et ass esou, dat, wat do geschitt, baséiert op engem Gesetz vum 6. Juli 1999, d'Gesetz iwwer d'Schafe vun engem nationale Réseau fir Vélospisten. Dat Gesetz, ech erënnere mech nach, war deemools eigentlech eng Äntwert op déi Entwécklung, déi et dobausse gouf, vun ëmmer méi Leit, déi sech op de Vélo gesat hunn, sief dat aus gesondheetleche Grënn, aus Fräizäitgrënn, aus sportleche Grënn oder ganz limitéiert, wéi gesot, de Vélo eventuell och benotzt ginn ass iwwer déi Weeër, fir op d'Aarbecht ze kommen. An deemools gouf ebe mat deem Gesamtplanng där Entwécklung do Rechnung gedroen, fir eben e koordinéiert a kohärent Vélosnetz ze schafen.

Wann een elo sechs Joer méi spéit kuckt, wat da geschitt ass, dann, mengen ech, si mat e puer Ausnahmen déi Aarbechten eigentlech ganz gutt virukomm. Wann emol eng Kéier alles fäerdeg ass, da verfüge mer – an dat kann ee roueg houfrench soen – iwwer e performanten an e gutt vernetzte Vélosréseau, wou Vélosfuere eben och dann op deene Pisten, ofsäits vun de Stroossen, ongeféierlech hirem Sport respektiv Hobby kënnen noegen.

Déi bestehend Vélospistë sinn awer net nëmme interessant fir déi Leit, losse mer soen, déi hei am Land oder an de Grenzregiounen wunnen, mä déi stellen – an ech wollt och ee Moment dobäi bleiwen – och eng touristesch Attraktioun duer. Dat ass ganz kloer. Fir déi Leit, déi op Lëtzebuerg an d'Vekännt kommen, mengen ech, ass de Vélo e gudden Moyën fir d'Schéinheet vum Land, fir d'Landchaft insgesamt kennen ze léieren.

Wann een op den touristesche Fieren am Ausland ass, da mierkt een, dat do eng immens grouss Nofro ass fir Radwandern, fir Vélo ze maachen op touristeschem Niveau. An ech mengen, et ass och vill gemaach gi vun deem zoustännegem Ministère, fir eise Réseau an déi auslännesch Achsen unzeschleissen – dat ass jo och enorm wichteg –, mat deem Zil eben och, Vélostouristen op Lëtzebuerg ze lackelen.

Wann een d'Statistike kuckt, déi touristesch Statistiken, esou huet d'Entwécklung vum Vélostourismus an deene leschte Joren e ganz groussen Essor geholl, virun allem a Westeuropa, a mir sinn der Meinung, dat déi Zort Tourismus nach zu Lëtzebuerg e ganz grouss Wuesstumspotenzial huet, well d'Statistike weise ganz kloer, dat d'Tendenz steigend ass fir dee Beräich Tourismus. Duerfir probéiert och den Tourismusministère, den ONT, verstärkt och do mat engem kohärentem Marketingkonzept virzegoen, well och do ass nach Potenzial, fir e gudden Marketing ze maachen.

Et ass esou, dass een och misst en Opruff maachen un d'Hotels-, d'Campings- an d'Restaurantsbetreiber, fir déi ganz sënnavoll Nisch vum Vélostourismus verstärkt ze

notzen, fir eben och vélogerecht Infrastrukturen innerhalb vun hire Betriber ze schafen, fir dat d'Leit Loscht hu fir do staltzhalen, fir do ze iwwernuechten. Dat gëtt et och schonn. Den ONT probéiert och iwwer Packages, Package-Offerten, zum Beispill Radwandern unni Gepäck an esou weider an esou fort, déi Saachen ze stimulieren. Et kann een unni weideres iwwer déi entsprechend Homepagen déi Broschür vu 54 Säiten «Tout un pays à vélo», déi iwwerengs ganz gutt ass, als PDF-Fichier eroflueden, fir Reklamme ze maache fir Lëtzebuerg ze entdecken iwwer de Vélo.

Gutt, dat ass dee Volet, deen ech wollt uschneiden, dee méi touristesche Volet, dee Fräizäitvolet. Wann an deene leschte Joren – wéi ech et virdu beschriwwen hunn – ganz vill geschitt ass fir d'Infrastrukturen auszebauen, vill Effort gemaach gi sinn, dann ass et awer esou, dat de Vélo als Transportmëttel am aldeegleche Stroosseverkéier nach ëmmer wäit ënnerrepräsentéiert oder nobäi inexistent ass. An et ass eben déi grouss Diskrepanz, déi et do gëtt, tëschent deenen Ustrenge enger Säits am touristesche Beräich, wou ganz vill Suen investéiert goufen, an aner Säits fir d'Situatioun vu Vélosfuere am Alldag ze verbesseren.

**(M. Laurent Mosar prend la Présidence)**

Statistesche, wéi gesot, ass de Vélosverkéier nëmme e minimalen Undeel um Stroosseverkéier. Ech ginn net op déi Zuelen an, déi si virdu ganz gutt hei vum Interpellant opgezielt ginn.

Duerfir wier et an enger éischer Phas – dat ass dat wat den Interpellant zum Schluss gesot huet a wat ech elo soe wollt – wichteg, fir den Ist-Zoustand vum Lëtzebuerg Vélosverkéier ze analysieren, ier mer konkret Mesuren an d'Wee leeden, fir hei eng Steigerung ze kréien.

Déi éischt Fro, déi sech stellt: Firwat ass de Vélosverkéiersundeel um Gesamtverkéier esou minimal? Et gëtt duerfir eng ganz Partie Grënn, ech wollt der och am Laf vu menger Interventioun e puer nennen.

Dat éischt ass, dat mer nach ëmmer keng Véloskultur zu Lëtzebuerg hunn, wéi dat an anere Länner ass – et ass vun Holland virdu geschwat ginn, Dänemark, et gëtt aner Länner, et gëtt Stied am noen Ausland, wou dat de Fall ass. Dat ass – esou ass dat richtig och virdu scho gesot ginn – net nëmme eng Fro vum Wieder an och net nëmme eng Fro vum Topographie. Et ass sécher eng Fro, dat op ganz ville Plazen déi Infrastrukturen feelen, fir dat ee sech als Vélosfuere sécher an ongehënnert am Stroosseverkéier beweegen kann.

Et ass nach wie vor net üblech, bei der Planung an dem Realiséieren vun neie Stroossen a priori Vélosweeër ze integréieren, oder awer dacks sinn d'Velosweeër ze schmuel oder si sinn entsprechend onsécher. Datselwech zielt och beim Bau vun neie Schoulen, Lycéien an esou weider. Et feele ganz dacks Plaze fir Véloen ofzesstellen – och dat ass schonn ernimmt ginn. Richteg vélosfrëndlech Stied, ech denken zum Beispill u Freiburg, ech denken u Münster, wou de Vélo zum Alldagsbild gehéiert, wéi bei eis de Bus an den Auto, gëtt et bei eis am Land nach net.

Dir kënn lech jo parfaitement virstellen, apropos Uni, wa mer eng Weiderentwécklung vun der Uni kréien op deenen zwee Siten, dat grad d'Studenten an d'Studentinnen en interessante Public cible wiere fir de Vélo, an dat een op deem Niveau ganz sécher e Projet pilote sollt lafe loossen, fir dat weiderentwéckelen.

**(Interruption)**

Ech hu vu Freiburg a vu Münster geschwat: Wann ee Freiburg gëtt huet – an ech hat déi Méiglechkeet eng Kéier –, da weess een, dat et do eng extrem gutt funktionéierend Mobilitéitszenträl gëtt. An dat ass den A an den O fir dem Vélo eng Chance ze ginn. Wann nämlech eis Mobilitéitszenträl zu Lëtzebuerg, wa se da bis operationell ass, mat deem neie Beoptragten, deen et am Transportministère gëtt fir d'Mobilité douce, zesummeschafft, da kënn ee sech virstellen, dat do eng ganz wichteg Roll fir de Vélosverkéier an Zukunft gespilt kéint ginn.

Dem Transportminister säi Plädoyer op der Generalversammlung 2005 vun der Vélosinitiative fir d'Verbesserung vum Vélosverkéier léisst hoffen. Ech erënnere un zwou Fuerderungen do, un zwou Aussoe fir den „modal split“ 25/75%, also luese Verkéier vis-à-vis vum motoriséierte Verkéier, fir an déi Richtung ze goen, respektiv dat de Stat sech déi adequat Mëttel gëtt, fir insgesamt de Vélosverkéier ze pushen. An d'Regierung wëllt, wann een deenen Aussoe gleef, kucken, dat de Vélo net weider eben d'Stéifkand ass, mä dat en eng partnerschaftlech Positioun innerhalb vun Stroosseverkéier an am Stroosbild kann an Zukunft anhuele vis-à-vis vum Moto, vum Auto a vum Bus respektiv Camion.

Grënn fir den Autosverkéier anzuschranken, mengen ech, gëtt et eng ganz Partie. All Auto, dee manner op der Strooss ass, ass manner Gefor fir e Mënscheliwwen, et ass manner Kaméidi, et ass manner déck Loft an et kann een och elo schonn ufanks Februar erëm drop hiweisen, dat mer doudsécher am Summer och e Misär wäerten hu mat Ozon respektiv der Rengstëbs-Problematik, alles dat ass erëm virprogramméiert, an och dat spillt eng Roll, wann een iwwer Vélosverkéier diskutéiert.

Här President, ee vun de Kärrproblemer a ville Stied ass eben den intensive motoriséierte Kuerzstreckeverkéier. Dat ass relativ gutt erauskomm bei der Interventioun vum Interpellant, dat de Vélo en enorm flexibel an enorm séiert Verkéiersmëttel ass an der Stad, op kuerze Strecken virun allem, déi éischt zwee Kilometer an och nach doriwwer eraus. En huet e ganz grouss Mobilitéitsgrad, en ass erschwinglech, dat ass scho gesot ginn. An et muss ee wëssen, dat zu Lëtzebuerg bal all Strecken tëschent zwee respektiv véier, fënnf Kilometer mam Auto zréckgeluecht ginn, a bis zwee Kilometer ass de Vélo an der Stad effektiv net ze schloen.

En héijen Undeel u Véloen um Gesamtverkéier kann dozou bäidroen, d'Vekéierssituatioun am Noberäich ze entspannen an eis Stied ze entlaaschten, dat hunn ech scho gesot, an eben och e positive Bäitrag a Saache Reduzéierung vun den CO<sub>2</sub>-Emissiounen leeschten. Deen Aspekt, deen a mengen Ae ganz wichteg ass, den Ausstouss vu Schadstoffen ass ebe grad an der Stad op kuerze Strecken, am Stop and Go, enorm grouss, besonnesch wann een och elo d'Lëtzebuerg Verhältniss kuckt, well mir déi Autosflott an Europa hunn, mat deenen déckste Motoren. Wann een dat alles zesumme-rechent, da gesäit een, dat dat alles Sënn mécht.

De Vélo kann awer och net – an dat ass och scho gesot ginn – all Mobilitéitswënsch befriedegen. Donieft muss den öffentlechen Transport weider ausgebaut ginn. Et ass kloer, dat mer en optimale Mix brauchen, wou den Transport public, den Individual- an de Vélosverkéier matenee koexistéieren.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, wéi kënnen mer elo den Undeel an deem luese Verkéier – ech

nennen en emol esou – am Kader vum Gesamtverkéier eropsetzen? Wat muss geschéien, dat de Vélo als Transportmëttel dobaussen akzeptéiert gëtt?

Do huet sech och d'Lëtzebuerg Vélosinitiative, déi sech do zënter Jore ganz staark engagéiert, eng Rei Saachen afale gelooss. Ech wëll soen, dat dat éischt ganz sécher e Mentalitéitswiessel ass, dee komme muss. Duerfir brauche mer eng breet gefächert Öffentlechkeetsaarbecht, fir d'Virdeeler vum Vélo par rapport zum Auto och daitlech ze maachen. An ech mengen, dat d'Asetze vun engem Responsable fir d'Mobilité douce am zoustännegem Ministère och e wichtige Schratt an déi Richtung war.

Et muss een awer och aner Acteuren hunn. Nieft de Verwaltungen, de Ministère an de Schoule wier et sënnavoll, wa pedagogesch Konzepter géifen ausgeschafft ginn, an dat een och eise Kanner seet, dat een net ëmmer nëmme den Auto brauch, fir vun A op B ze kommen, mä dat de Vélo a verschiddene Fäll dat bessert Transportmëttel ass.

A wann ech bei eise Kanner sinn, mir hunn all Joer eng Coupe scolaire, do fueren d'Kanner mam Vélo, mä awer da just fir de Code de la route kennen ze léieren. D'Feele vu sécherer Schoulweeër, an ech kenne ganz vill Elteren, déi recommandéieren de Kanner iwwerhaapt net de Vélo ze huelen, well déi Mentalitéit dobaussen ass, an och deelweis zu Recht. Wa Vélosweeër, wa sécher Infrastrukturen feelen, dann hunn d'Elteren Angscht, wann d'Kanner op de Vélo klammen. Si fueren déi puer Meter, wann et och nach net wäit ass bei d'Schoul. Wann d'Viransetzungen net stëmmen, da kann een do den Elteren näischt verdenken.

Duerfir muss een an deem Beräich enorm vill nach maachen, fir dat de Vélo dobaussen als sécher Transportmëttel gëllt, als ëmweltfrëndlech souwéiss, mä dat do een anere Punkt dobäikënn. Ech ka mer zum Beispill de Moment nach zu Lëtzebuerg schwéier virstellen, dat ee mat enger Aktioun „Mam Vélo an d'Schoul“ géif duerchkommen, well ganz vill Eltere géifen do negativ reagieren. Op anere Plazen am Ausland gëtt dat awer gemaach. Dozou muss mir och no an no kommen, net nëmme an eise Schoulen, wéi gesot, Promotioun fir de Vélo ze maachen, mä och eis Gemenge kënnen do mam positive Beispill virgoen, wa se probéieren am Einzugsgebiet zum Beispill vu Schoulen oder vu Geschäfte, vir Sport- a Fräizäitanlagen e bessert Ëmfeld, e sécher Ëmfeld fir de Vélosverkéier ze schafen.

Ech wëll och dat Beispill hei soen, well do ganz vill geschitt ass, dat ass d'Beispill vun der Stad Esch. Et ass selbsterständlech vum Interpellateur virdrun hei ernimmt ginn. Do ass op dräi Niveaue probéiert ginn aktiv ze ginn: d'Bereetstellung vu Véloen op verschiddene Plaze fir de Kuerzstreckentransport; zweetens, d'Aménagéiere vun engem Réseau am Stadkär mat de Konnexiounen un d'Peripherie, an drëtens och d'Zurverfügungstellung vun Dingschtvéloer fir d'Mataarbechterinnen an d'Mataarbechter. Och dat ass sënnavoll. Ech hunn héieren, dat och dovun eng relativ grouss Zuel u Leit profitéieren. Och wann net alles perfekt ass, dat hunn ech mer och soe gelooss, mä ech mengen, bei engem Projet pilote muss ee jo och emol kucken, dat een an d'Wee kënn, fir eppes ze erreechen.

Zweetens, ech hunn dat scho gesot, d'Sécherheet am Verkéier ass wuel dat Wesentlech, net nëmme fir de Vélo selwer, mä och an der Partnerschaft mat deenen anere Verkéiersteilnehmer. Fir vill Autochauffieren, dat wësse mer jo, wa mer Autochauffier sinn, dann ass de Vélo ze vill, da muss dee séier iwwerholl ginn, oder och de

Foussgänger ass ze vill. Wann awer deeselwechten Autofuere Vélo fiert oder zu Fouss geet, dann ass et eng ganz aner Saach. Et mengt een, dann hätt een en anere Mënsch vis-à-vis vu sech, oder als Partner am Verkéier. An do muss nach ganz vill geschéien, dat een et fäerdeg bréngt do selwer méi vernetzt ze denken, wann ee sech am Stroosseverkéier beweegt. De Vélosfuere huet eben den Nodeel, dat en dat schwächste Glidd an där Rei vun deene Verkéiersteilnehmer ass, an immens vulnérabel ass.

Mir müssen och duerfir suergen, dat déijéineg, déi sech aus gudde Ursaache mam Vélo déplacéiere wëllen, dat an aller Sécherheet maache kënnen. Dat geet eben insgesamt nëmme duerch flächendeckend Verkéiersberouegung a vélosspezifesch Infrastrukturen.

Apropos Infrastrukturen, a ganz ville Gemengen uechtert d'Land gëtt et keen optimaalt Vélosverkéiersnetz, oder et ass net existent. Et kann een och en Opruff maachen un d'Gemengen, dat ee sech – an do hu mer effektiv en Instrument mat deem neie Gesetz iwwer den Aménagement communal –, wann ee plangt, direkt vu virer an am Kontext vun neien Infrastrukturen, Schoulen, Supermarchéen, Geschäfte iwwerleert, wat ech scho gesot hunn, bei der Erschléierung vun neie Baugebidder, dat een de Vélosverkéier einfach mat virgesäit, dat een e mat aplangt. Nach eng Kéier, och déi Vernetzung vu Schoulen, Busarrëten, Garen, Geschäfte, Fräizäitanlagen, ass neutwendeg, ass immens wichteg.

Am Kloertext, wann een en neie PAG plangt, muss een déi Fläche mat virgesinn, déi Flächen duerfir reservéieren. Do muss een zwar derbäisoen, Fläche reservéieren ass eng Saach um Plang, Flächen hunn, Fläche kréien dobaussen um Maart ass eng aner. Dat ass och scho virdrun ugeklongen. Ech wëllt op deem Niveau och d'Regierung opfuere, sech emol Gedanken ze maachen. Mir hunn zwar mat deem neie Gesetz iwwer den Aménagement communal eppes méi Méiglechkeete kritt am Kontext Expropriation, mä trotzdem feele ganz einfach awer nach déi fiabel Weeër a Prozeduren, fir dat ze maachen.

Ech wëll och op ee Projet pilote vun der Gemeng Kärjeng, zesumme mam Innenministère hiweisen, wou effektiv dat do eng Kéier gekuckt ginn ass, fir en zesummenhängende lokale Vélosréseau auszeschaffen, dat Ganzt eben och am Kader vun der Adaptatioun vun engem neie PAG.

Eng aner Initiativ aus dem Joer 2004 wëll ech och nach hei ernimmen. Dat war am Juli 2004, wou den deemolegen Innenminister ee Colloque mam Thema „Trafic non motorisé“ organiséiert hat, eben och am Kontext Foussgänger a Vélosverkéier, a wou et am Fong déi éischte Kéier war, dat déi conceréiert Ministère beieneesouzen. Also Innen-, Transport-, Ëmwelt- a Bauteministère, déi sech getraff hunn, fir zesumme mat Gemengen, mat Büren, Landesplaneren ze kucken, wéi een à la longue dem „luese Verkéier“ zu Lëtzebuerg kann eng Chance ginn.

Deemools gouf festgehalen, dat dat de Moment schwierig wier, dat et net sënnavoll wier direkt Sensibiliséierungscampagnen ze maachen, wann een net virdu Viransetzungen schafft, fir eng Verbesserung ze maachen, wéi ech et am Laf vu menger Interventioun elo beschriwwen hunn, eng Verbesserung fir méi Sécherheet, méi Qualitéit, e bessert Aménagéiere vun der Infrastrukture fir de Vélo. Wann een dat net virdu mécht, dann ass dat enorm schwéier. Ech mengen also, dat ee genee op dese Punkte muss den Hiwiel usetzen. Wann een eppes wëllt erreechen, da misst de Vélo no an no och als



Transportmëttel sech lues a lues zu Lëtzebuerg bei eise Leit dobaussen duerchsetzen.

Ech soen lech Merci.

■ **Plusieurs voix.** - Très bien.

■ **M. le Président.** - Ech soen dem Här Schank Merci. Als nächst Riednerin ass d'Madame Anne Brasseur ageschriwwen. Madame Brasseur, Dir hutt d'Wuert.

■ **Mme Anne Brasseur (DP).** - Här President, Dir Dammen, Dir Härren, mir féieren hei an der Chamber eng Debatt iwwert de Vélo zwee Deeg éiert den Autosfestival ugeet. An ech mengen, mir sinn all domat d'accord, dass den Autosfestival nach vill méi Begeescherung wäert bei de Leit erviruffen, wéi déi Debatt, déi mer haut hei féieren. Mä ech wëll awer direkt uganks ënnersträchen, dass a mengen Aen an an den Ae vun der DP et keng Kontradiktion gëtt tëschent dem Vélo an dem Auto, mä dass et en Zousaz ass, dass et e Mateneen ass, en Niewenteneen, an dass et och complémentaire ass.

De Vélo huet eng ganz Rei vu Fonctiounen. Den Interpellateur ass, an esou war d'Interpellatioun och ugekënnegt ginn, haaptsächlech op d'Fonctioun vum Transportmëttel agaangen. Erlaabt mir awer, éier ech dat maachen – a meng Virriedner hunn dat och schonn zum Deel gemaach –, déi dräi aner Fonctiounen ze nennen. Déi éischt Fonctioun vum Vélo ass déi vum Fräizäitsport; déi zweet Fonctioun ass déi – an déi ass och net ze negligéieren hei zu Lëtzebuerg – vum Leeschtungssport; déi drëtt Fonctioun ass déi, wat de Vélo op d'Spectateure fir an Attrait ausriicht, an déi véiert, dat ass eben de Vélo als Transportmëttel.

Wann een de Vélo als Fräizäitsport hält, da gesäit een, dass mer do zu Lëtzebuerg awer zesummen e ganz grouse Wee gemaach hunn, an et sinn ëmmer méi Leit, déi dovu profitéieren. Mir wësse jo och all, dass dat vu ganz ville Leit ka praktikéiert ginn, vun allen Alterskategorien, a well e Bienfaiten och op d'Gesondheet huet, ob een elo als Fräizäitsportler mam Vélo fiert oder ob een de Vélo als Fortbewegungsmëttel hält, fir op d'Aarbecht ze kommen.

Den Här Interpellateur ass dorop agaang, dass hie gesot huet, et wier bewise wellech Bienfaiten de Vélo op d'Gesondheet hätt. Ech hunn an der „Times“ vum 27. Januar gelies, dass den Här Braz do a gudder Gesellschaft ass, well de Prince Charles aus England huet deen Thema och ugeschnidden,...

■ **Plusieurs voix.** - Ooohhh!

■ **Une voix.** - Abee jo!

■ **Mme Anne Brasseur (DP).** - ...an zwar op engem Colloque, wou de Prince Charles sech Suerge gemaach huet, Här President, dass d'Engländer ëmmer méi déck géinge ginn an dass se op eemol d'Obésitéit vun den Amerikaner hätten, well d'Engländer net géinge genuch zu Fouss goen oder mam Vélo fueren.

An hie seet, dass d'Recherche ënnersträcht, dass zu Fouss goen oder mam Vélo fuere fir nëmmen eng hallef Stonn pro Dag schonn dozou bäidréit, dass d'Gesondheet sech verbessert. An da freet hien och: Firwat mécht een dat net méi? Dann ass déi typesch Äntwert, déi ee vun de Leit kritt, ma well keng appropriéiert Infrastrukturen do sinn. An ech wäert spéider nach dorop zrëckkommen. Also, de Vélo ass och e gutt Mëttel fir sech ze bewegen, fir géint d'Obésitéit virzegoen.

Mir hunn hei zu Lëtzebuerg ganz vill Pistes cyclables, et si 600 Kilometer uechtert d'Land, fir de Fräizäitsport. Et feelen awer nach eng Rei Verbindungsstécker. Et ass awer och e Problem, wat den Entretien ubelaangt, obwuel mer

do e Gesetz gestëmmt hunn, mä den Entretien op verschiddene Plaze léisst ze wënschen iwwer a bréngt heiansdo d'Cyclisten an eng net confortabel Situatioun.

Den zweeten Domän vum Vélo ass dee vum Leeschtungssport, an do hu mer jo hei zu Lëtzebuerg exzellente Resultater um héchsten internationalen Niveau, souwuel wat de Stroossevélo ubelaangt, mä och elo am Cyclocross. Doriwwer kënnen mer ons freeën, dass mer esou gutt Ambassadeure vum Lëtzebuerg Sport hunn.

Et feelt do awer nach eng Infrastruktur, déi säit Jore reklaméiert gëtt, dat ass déi vun engem Vélodrom. Ech wëll soen, dass d'Stad Lëtzebuerg bereet ass hiren Apport ze bréngen, fir eng Piste couverte op dem Territoire vun der Stad Lëtzebuerg ze bauen. Déi Pist gouf och ageschriwwen an dee leschte Plan quinquennal fir den Equipement sportif, an d'Stad Lëtzebuerg huet sech och un de Sportsminister gewannt, fir ze soen, dass d'Stad Lëtzebuerg d'accord ass esou eppes ze realiséieren, natierlech awer nëmmen ënnert der Massgab, dass et sech ëm e Projet national handelt an en och esou subsidiéiert gëtt, well dat ass wierklech en nationale Projet.

Dann de Vélo fir d'Spectateuren. Dat ass heiansdo en Domän, dee vergiess gëtt, mä do si mer jo hei zu Lëtzebuerg wierklech duerch enorm grouss Organisatiounen verwinnt gewiescht an der Vergaangenheet, zum Beispill duerch Etappen oder den Départ vum Tour de France. Dëst Joer kënnt den Tour de France op Esch a fiert da virun duerch d'Land. Mir hunn och den Tour de Luxembourg, deen dëst Joer méi prestigieus wäert sinn, wat d'Zuel vun de Participanten ubelaangt an d'Qualitéit vun den Equipen. Den Départ an d'Arrivée sinn an der Stad Lëtzebuerg. Da gëtt et eng Partie vu lokale Coursen, déi ganz vill Spectateuren unzéien, besonnesch elo an dëser Saison de Cyclocross. Esou dass den Intérêt vum Public dauernd klëmmt an do duerch d'Ausstrahlung och iwwert d'Grenze geet.

De Gala Tour de France, deen all Joer am Hierscht um Gebitt vun der Stad Lëtzebuerg organiséiert ginn ass mat der Participatioun vu grouse Championen, wäert och dëst Joer stattfannen. Vun elo u wäert dee Gala den Numm vum Charly Gaul droen, en hommage un dee gréisste Cycliste, dee Lëtzebuerg hat, en Hommage un deen ech mech ganz gären hei op dëser Tribün uschleissen.

An dann, de véierten Domän vum Vélo, de Vélo als Verkéiersmëttel. Déi éischt dräi Domäne si wierklech ganz positiv besat, mä mam véierten Domän, mam Vélo als Verkéiersmëttel, ass et nach e bësse méi schwierig, obwuel een och do an de leschte Jore Progrès feststellt a mer méi Cyclisten an onse Stied gesinn.

D'Avantagé sinn hei opgezielt ginn: et ass d'Gesondheet, et ass d'Ëmwelt, et ass e bëllegt Verkéiersmëttel, an et ass elo grad en Term gebraucht gi vum „luiese Verkéier“. De Vélo ass awer jee no der Zäit zu där ee sech op de Vélo sëtzt, a wann eng getrennte Vélospist do ass, dann ass de Vélo méi e rapid Transportmëttel, wéi den Auto, esou dass den Term „de luiese Verkéier“ net ëmmer op de Vélo wäert zoutreffen.

Et gëtt och eng Rei Désavantages, dat ass de Klima, woubäi de Reen awer désagrèabel ass, och wann den Här Braz seet, et géing nëmme 6% vun der Zäit reenen. Ech muss lech soen, wann et reent, da klammen ech wierklech net gären op de Vélo an ech kann och all déi Leit verstehen, deenen et d'selwecht geet. En anerer Obstacle kann d'Topographie sinn. D'Topographie an der Stad Lëtzebuerg ass, jee nodeem wou ee wunnt, awer schwierig, fir alles ouni Problem mam Vélo ze maachen. An dann ass et e Problem vu Sécher-

heet, d'Sécherheet fir de Cycliste selwer.

All dat, wat mer am Moment un Dispositiounen iwwert de Vélo hunn, ass an engem Dokument vum viregten Transportminister, dem Henri Grethen, zesummegeallt ginn, an zwar de 7. Februar 2001. Dat ass en Avis vun der Commission de Circulation de l'État, deen «La circulation cycliste sur la voie publique» heescht. Et ass, Här President, fir d'éischt, dass iwwerhaupt esou eng Bestandsopnam gemaach ginn ass, an dat ass eng exzellente Viraarbecht fir elo dorop opzebauen.

Et sinn och eng ganz Rei Ureegungen dran, Ureegungen, déi awer nach net ëmgësat gi sinn. An do wollt ech den Transportminister froe wéi seng Vuë sinn, wat d'Benotze vun de Busspuren duerch d'Vëlofuerer ugeet. Et stinn eng ganz Rei Restriktiounen an deem Dokument, déi och richtig sinn, well dat ass och e Geforepunkt. Et kann een net soen, all Busspur muss och fir de Cycliste op sinn, wann de Bus am Contresens zum normalen Trafic fiert.

Wann de Bus awer am selwechte Sënn wéi d'Autoe fiert, dann muss ech als Cycliste soen, ass et vill méi agrèabel op der Busspur ze fueren, wou ganz seelen e Bus kënnt, wougéint wann een op der Autosspur steet déi meeschtens da méi enk ass. Wann dann e Bus kënnt, dann ass ee gequësch tëscht den Autoen an dem Bus. Do wollt ech de Minister froen, ob hie gedenkt de Code de la route op deem Punkt ze änneren. Dat ass eng Dispositioun vum Code de la route, déi do misst adaptéiert ginn.

Dann ass hei vum Vélo geschwat ginn, fir an d'Schoul ze fueren. Wéi mer de Réidener Lycée geplangt hunn, zesumme mat de Gemengen aus dem Réidener Kanton, mat den zoustännege Stelle vun den Travaux publics, do hu mer och gesot, dat ass e Lycée, dee läit ideal, d'Distanz vun deenen anere Lokalitéite sinn zwar méi grouss wéi am urbane Charakter, mä mir sollen dovu profitéieren, fir dee Lycée och mam Vélo unzebannen; an dee Projet ass mat agebaut ginn. Och duerfir wäert dee Lycée e Modellcharakter hunn, an et soll ee sech och bei anere Schoulen iwwerleeën, an deem Sënn ze plangen, fir ze kucken, esou wäit wéi méiglech de Vélo do mat anzebannen.

Et brauch een Infrastrukturen, dat ass sécher, et brauch ee Vélospisten. Et brauch een awer och eng verbessert Signalisatioun. Weider brauch ee Vélosstänneren, déi adaptéiert sinn, an et brauch een och Trottoiren, déi abaiséiert sinn.

Do wollt ech dem Här Braz eng Suggestioun maachen, deen hei als Deputéierte geschwat huet, mä deen och Schaffen zu Esch ass, do gëtt et eng Vélospist, déi, wann ech et richtig weess, vu Schëffleng kënnt an da muss een eng Strooss iwwerqueren an do sinn d'Trottoiren net abaiséiert.

(**Brouhaha général**)

Do si wierklech d'Vëlofuerer net frou an et sinn nach aner Plazen – ech sinn net extra kënneg zu Esch –, mä et sinn nach aner Plazen, déi mer doduerch opgefall sinn.

(**Interruption**)

Dofir géing ech dem Här Braz mat op de Wee ginn, dann och zu Esch duerno ze kucken.

■ **Une voix.** - An hei an der Stad?

■ **Mme Anne Brasseur (DP).** - Hei an der Stad gëtt et där och vill, mä hei an der Stad sinn op 300 Kräizungen d'Trottoire schonn erofgesat ginn. Ech mengen, mir sinn lech do e Schratt viraus. Et ass eng

Suggestioun, déi ech dem Här Braz maache wëll.

■ **M. le Président.** - Madame Brasseur, den Här Braz géif lech gären eng Fro stellen.

■ **Mme Anne Brasseur (DP).** - Selbstverständlech, Här President.

■ **M. Félix Braz (DÉI GRÉNG), interpellateur.** - Jo, bei alle Mérité selbstverständlech, déi d'Stad Lëtzebuerg schonn huet – an déi Gréng Partei huet jo e ganz wohlwollend An op d'Stad Lëtzebuerg –, si mir, wat den Abaissement vun den Trottoiré betrëfft, och scho ganz ganz wäit. Also do si mir net am No-man's-land.

Mä fir awer op Är Fro seriö ze äntwerten, déi Streck, déi Dir uschwätzt, dat ass de leschte Lien mat engem PC, deen nach net realiséiert ass, well do gëtt et e Projet de règlement grand-ducal, fir en Naturschutzgebitt auszewiesen, an do gëtt et e Virschlag un den Här Ëmweltminister fir déi Pist, dat Stéck, wat nach feelt fir de Lien mam PC vu Schëffleng ze maachen, duerch dat Naturschutzgebitt kënnen ze féieren. Do si mir en attente vun enger Décisioun a mir wäeren net méi wéi frou, wann och Är Interventioun géing dozou bäidroen, dass mer dat kënnen ëmsetzen.

■ **M. le Président.** - Här Braz, dat do war zwar keng Fro, mä trotzdem fiert d'Madame Brasseur elo virun.

(**Hilarité et brouhaha général**)

■ **Mme Anne Brasseur (DP).** - Här President, et ass awer eng utile Präzisioun gewiescht, well den Transportminister ass jo och Ëmweltminister, an do muss ee kucken...

(**Interruption**)

Leider, seet hien.

(**Brouhaha général**)

Et gëtt effektiv dann heiansdo Kontradiktiounen a sengen zwou Fonctiounen. A wat zu Esch de Problem ass mat engem Naturschutzgebitt, fir zwee Chemins cyclables mateneen ze verbannen, esou hu mer dat och, wat d'Stad Lëtzebuerg ubelaangt, an zwar zu Bartreng bei der Kalchesbréck. De Minister weess Bescheid.

Ech hänken dat dann un dem Här Braz seng Fro drun. Och do feelen e puer Meter, déi mer net kënnen uschleissen, well e Biotop do ass. Bei deem Biotop ass d'Eisebunn, bei deem Biotop ass d'Autobunn a bei deem Biotop ass och nach eng Héichspannungsleitung vun der Cegedel, an da soll een do kee Véloswee kënnen maachen, well deen anscheinend géing de Biotop stéieren. Dat ass eppes, wat ech net verstinn, an ech mengen ech sinn do net eleng, an ech weess, dass de Minister...

■ **Une voix.** - Et ass très bien.

■ **Mme Anne Brasseur (DP).** - ...awer wëllt do maachen, dass déi Autorisatioun och kënnt.

Ech hunn also vun Infrastrukture geschwat, déi missten adaptéiert ginn, an an der Stad Lëtzebuerg beispillsweis ginn et bis elo 68 Kilometer Vélospist. Dat geet awer nach net duer, a mir wëllen dat konsequent weiterféieren. Mä och dat ass a mengen Aen net süffisant, well mir kënnen net iwwerall Vélospist maachen, well d'Stroosse beispillsweis ze enk sinn, an dofir brauche mer eng Sensibiliséierung vun der Populatioun.

Et ass eng Journée sans voitures gemaach ginn, déi dann achséiert war op de Vélo. Eng Journée sans voitures, dat ass jo eng Utopie, mä wann een dat op de Vélo achséiert, fir eng Promotioun fir de Vélo ze maachen, ass dat awer eng positiv Saach.

An där Promotioun fir de Vélo deen Dag huet d'Police zum Beispill och de Marquage vun de Vélo ge-

maach. Dat sinn Dispositifs, déi d'Klaue méi schwierig maachen, well dann de Vélo, wann e géing geklaut ginn an e gëtt erëmfonnt, da kann de Propriétaire vum Vélo identifizéiert ginn. Am Ausland, hunn ech gelies, konnte 40% vun de Véloen duerch déi Method récupéréiert ginn. Et ass also e Service, dee scho vun der Police offréiert gëtt, an dee misst een nach ausbauen.

Wann ech vun der Sensibilisatioun schwätzen, da gëtt vun de Kritiker vun de Vélospist gesot: Wat solle mer da maachen, et fiert jo ni een drop! A mir konnten d'lescht Kéier nach op RTL, op der Televisioun, esou eng Kritik héieren. Oder et héiert een anerer: Ech géing jo mam Vélo fueren,...

(**Coups de cloche de la Présidence**)

...mä et ass ze geféierlech. Do kann ech nëmme soen, et soll een et emol probéieren, well wann ee selwer probéiert, da mierkt een, wou d'Gefore sinn.

Et muss ee selbstverständlech oppassen an et kann een net soen et wier ouni Gefore, mä et adaptéiert een dann och säi Comportement. Wat mer brauchen, dat ass, dass méi Leit Vélo fueren, fir dass dat am Stadbild méi gesi gëtt, fir dass d'Leit och méi dofir sensibiliséiert ginn, well de Véloswee ass, fir bis fënnf Kilometer sech ze déplacéieren, en excellente Moyen fir dat ze maachen.

An dofir soen ech: Kommt, mir probéiere méi Vélofuerer an d'Stadbild ze kréien. Mir mierken och beispillsweis, dass jonk Ausländer, déi hei zu Lëtzebuerg schaffen, déi aus skandinavesche Länner beispillsweis kommen, déi huele vill méi de Vélo, well si dat bei sech gewinnt waren. Also ass et och hei méiglech.

Et ass bei eis awer en État d'esprit, dass ee mengt, et kënnt een et net maachen, an dofir sot ech: Kommt, mir sensibiliséieren d'Leit, dass se sollen dovu profitéieren, dass se solle probéieren, an da géing ech soen, mir sollen als Responsabel mam gudder Beispill virgoen. Ech kënnt mer jo virstellen, Här President, dass mer vläicht e Vélospist grupp hei an der Chamber géingen initiéieren.

■ **Plusieurs voix.** - Aaahhh!

(**Interruption**)

■ **Mme Anne Brasseur (DP).** - Dee wier parteiwwergräifend. Et ass keng Partei, déi de Monopol dovun huet,...

(**Interruption**)

...an dass mer de Leit géinge weisen, dass de Vélo eng Méiglechkeet ass, fir sech ze déplacéieren.

D'Stad Lëtzebuerg wëllt op jidde Fall de Wee goen, d'Infrastruktur auszebauen, an doduerch, dass mer méi massiv Presenz vu Véloen an d'Stad kréien, och duerch d'Locatioun vu Véloen, dass et dann zum aldeegleche Stadbild gehéiert, an dass den Automobilist net méi erfährt, wann en e Cycliste gesäit, an dass den Automobilist och vläicht seet: Muer kann och ech Cycliste ginn.

Deen État d'esprit herrscht nach net vir, well et gesäit ee ganz oft, wann een um Vélo sëtzt, wéi d'Leit een dann traitéieren. Dat ass net ëmmer grad mat gréisster Frëndlechkeet. Dat hänkt awer och vum Comportement vun de Vélofuerer selwer of. Déi behuele sech och net ëmmer esou a missten och méi Respekt vis-à-vis vun deenen aneren am Stroosseverkéier weisen. Dofir: Matenee soll ee probéieren, dass dat fonctionnéiert an dass ee virun deem anere méi Respekt weist.

Meng Froen, Här Minister, un lech, dat ass mat der Adaptatioun vum Code de la route iwwert d'Buscouloiren. Ech mengen dat ass de Signal D10, dee misst kompletéiert ginn.



Da wollt ech froen: Dir hutt e Vélosdelegierten agesat. Wéi sinn deem seng Aarbechten? Wéi ass do de Bilan? Wat sinn d'Resultater bis elo? Wat gedenkt de Minister als Sensibilisatiounscampagne ze maachen, a wellechen „modal split“ wëllt een erreechen, well am Moment ass deen „modal split“, dee mer hu vum motoriséierte Verkéier an net motoriséierte Verkéier, jo ganz kleng.

Ech hunn, Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ugefaange mam Autosfestival, deen elo an zwee Deeg ufänkt. Ech géing mer wënschen, dass mer och kënnten e Vélosfestival, zwar vun enger anerer Envergure, hei zu Lëtzebuerg organiséieren, wou all déi, déi um Vélo interesséiert sinn, ob et als Fräizäitsportler ass, ob et als Leeschtungssportler ass, ob et als Spectateur ass oder een, deen de Vélo brauch fir sech ze déplaçéieren, dass déi e fixe Rendez-vous sech géinge ginn, mat all deem wat ronderëm de Vélo ass, mat allen Décideuren zesummen. Ech mengen, dann hätte mer och eppes fir d'Sensibiliséierung gemaach, an da bleift nëmmen nach eppes, wéi den Erich Kästner sot: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“

Ech soen lech Merci.

■ **Plusieurs voix.** - Très bien!

■ **M. le Président.** - Ech soen der Madame Brasseur Merci. Als nächste Riedner ass den Här Marc Angel agedroen. Här Angel, Dir hutt d'Wuert.

■ **M. Marc Angel (LSAP).** - Jo, Här President, Dir Dammen an Dir Hären, als véierte Riedner ass scho villes gesot, mä ech mengen, alles wat hei nach eng Kéier widerholl gëtt an engem Sujet, dee mir besonnesch wichteg ass, dat ass nach eng Kéier gesot a sëtzt dann och vläicht besser. Ech freeë mech awer iwwer dat, wat ech elo vu menge Virriedner héieren hunn, dass mer all dem Développement vum Vélosverkéier op eise Stroosse positiv zoustinn. Ech hu gesinn, uewen op der Tribüne sëtze Verrieder vun der Vélosinitiative; déi lauschteren eis no an déi wäerten eis och moossen, net nëmmen un deem, wat mer soen, mä och un eisen Taten herno.

„Lëtzebuerg brauch eng nei Véloskultur.“: Dat waren d'Wierder, déi de Lucien Lux, eisen Transportminister, den 18. November 2006 op enger Table ronde, oder besser gesot op engem Séminaire...

■ **M. Lucien Lux, Ministre des Transports.** - 2005!

■ **M. Marc Angel (LSAP).** - 2005, pardon. Op deem Séminaire hutt Dir déi Wieder gesot,...

(Interruptions)

...wéi Der de Séminaire opgemaach huet. Ech kann dat nëmmen ënnersträchen, an ech géing souguer soen, oder verbessern: Lëtzebuerg brauch emol iwwerhaapt eng Véloskultur. Et brauch keng nei, mä et brauch emol iwwerhaapt eng Véloskultur.

Dir, Här Minister, de Lucien Lux ass am Fong deen éischten Transportminister, bei deem ech d'Gefill hunn, dass dee sech deem Thema ganz seriö unhëlt...

■ **Plusieurs voix.** - Aaaaa!

■ **M. Marc Angel (LSAP).** - ...an och hei gewëllt ass, eppes ze realiséieren.

(Interruptions diverses)

Wat d'Entwécklung vum Vélosverkéier zu Lëtzebuerg ugeet, mengen ech, setzt besonnesch d'Lëtzebuenger Vélosinitiative ganz vill Hoffnungen an lech. Dat kann een an hire Publikatioun liesen. Also: Dir dërft déi net enttäuschen.

An och an allem wat d'Regierung wëlls huet fir d'Promotioun vun der Mobilité douce, a besonnesch

wat de Vélo ugeet, wäert Dir vu mir a vu menger Fraktioun grouss Ënnerstützung kréien. Ech wëll drun erënneren, dass d'Sozialistesche Partei op hirem Bezierkskongress, deem leschten am Bezierk Zentrum, eng Resolutioun heizou ofgestëmmt huet, fir d'Wichtigkeet vun der Mobilité douce ze ënnersträchen.

Ech si ganz frou, dass de Félix Braz haut déi Interpellatioun iwwer de Vélosverkéier op den Ordre du jour bruecht huet. Dëst gëtt eis, de Fraktiounen, d'Geleeënheet, eis Vuen zu deem Thema ze presentéieren. Et gëtt dräi Aspekter zum Vélo: den Aspekt Mobilité, Fräizäit a Sport. Ech mengen, d'Madame Brasseur ass ganz laang dorop agang. Dozou brauch ech näischt méi ze soen, dat loossen ech also ewech. Ech wär just frou, wann dee Virus, deen d'Lëtzebuenger kritt hunn, wat de Vélo a puncto Fräizäit a Sport ubelaangt, och eriwuer géing goen op den Aspekt Mobilité vum Vélo.

Tourismus ass en drëtten Aspekt, deen och schon ugeschwat ginn ass. Ech wëll nëmme bäisetzen, dass dat wierklech eng Nisch ass an eiser Tourismuspolitik, déi et gëllt mat alle concernéierten Acteuren – den Hôteliere, de Syndicat-d'initiatives, dem ONT, den Animateur-touristiques, dem Ministère du Tourisme – auszubauen. Mir sinn do an engem europäesche Réseau dran, an ech mengen hei läit nach e grouss Potenzial fir d'Tourismuswirtschaft, a besonnesch fir d'Tourismuswirtschaft net an der Stad, mä iwwer Land.

Zréck elo zu deem wichtegste Facteur, dee mer haut sollen uswätzen, dee vun der Mobilité: de Vélo also als Transportmëttel. Hei besteet, wéi mer schon héieren hunn, zu Lëtzebuerg en immenst Potenzial, virun allem en immensen Nachholbedarf. An ech erlabe mer, e kleng Saz aus enger Broschür ze zitieren, an där den IVL presentéiert ginn ass. Do steet dran: „In Luxemburg spielt das Fahrrad im Alltag so gut wie keine Rolle. Auch Wege im Nahbereich werden überwiegend mit dem Auto zurückgelegt; Wege unter einem Kilometer zu fast der Hälfte, Wege bis zu zwei Kilometer über 60%. Dieses Verkehrsverhalten wird begünstigt durch die überwiegend disperse Siedlungsstruktur und den hohen Motorisierungsgrad.“ Dat heescht, wann ech soe mir hunn hei en immensen Nachholbedarf, hei steet et schwaarz op wäiss an ech mengen, dat wësse mer och alleguer.

Mir brauchen also hei zu Lëtzebuerg eng vill méi voluntaristesche Vélos-, awer och Foussgängerpolitik. A genee wéi d'Madame Brasseur gesot huet, ass deen Term „Langsamverkehr“ net gutt, well mer wëssen, dass a ville Situatiounen de Vélo oder de Foussgänger vill méi séier ass.

Déi Zuele kann een och ëmmer nëmmen erëm widerhuelen, well ee sech déi muss virun Aen halen. Am urbane Milieu ass de Foussgänger also méi schnell wéi den Auto bei Distanze bis zu 500 Meter. An deem nämléchten urbane Milieu ass de Vélosfuere méi schnell bei Distanze bis zu véier Kilometer.

Haut muss ee leider feststellen, dass de Vélo an de Foussgänger en ofhuelenden Undeel um „modal split“ hunn. Déi Tendenz muss mer all zesummen ëmdréinen. Vélo si bal an all Haushalt present an eis Féiss sinn am Fong geholl dat ursprénglechst Fortbewegungsmëttel, wat mer hunn.

■ **Une voix.** - Très bien.

■ **M. Marc Angel (LSAP).** - Also dofir muss mir wierklech méi dorop setzen, dass et de Leit méi einfach gemaach gëtt Vélo ze fueren an och zu Fouss ze goen.

An hei muss mir, als Chamber, de Stat, also d'Regierung, awer virun allem och d'Gemengen an do besonnesch d'Stied op d'Mobilité douce setzen, wéi gesot, fir dat

enormt Steigerungspotenzial, vun deem ech virdu geschwat hunn, auszunutzen.

A mir wësse jo och all – an et ass och, mengen ech, hei gesot ginn –, dass d'Distanzen hei zu Lëtzebuerg an eise Stied, an eisen Uertschaften, an eise Gemenge relativ kleng sinn. Allerdéngs sinn d'Méiglechkeeten oder d'Viraussetzungen, fir sech mam Vélo oder zu Fouss fortzebewegen, ze déplaçéieren net ëmmer déi besch. Et ass do, wou de Problem läit.

Dofir kommen ech och, mengen ech, zu engem vun deene wichtegsten Aspekten, an dat ass d'Sécherheet, wat fir mech den A und O vun där ganzer Saach ass. Hei muss mer wierklech all d'Moyenen, déi de Code de la route eis gëtt, ausnotze fir de Vélosverkéier esou séier wéi méiglech ze maachen.

Ech mengen, d'Beispill Belsch ass schon ugeschwat gi vum Félix Braz. Hien huet de Code de la rue ugeschwat, wat a mengen Aen net nëmmen eng symbolesch Saach ass, mä dat si Modifikatiounen, déi de belsche Législateur geholl huet an an de Code de la route agebaut huet. An des Modifikatiounen – an dat ass wichteg – sinn d'Resultat vu ville Réuniounen zwëschent de politesche Responsabelen, de Fonctionnaire vum deene verschiddene Ministère, awer och vun de Verrieder vu Foussgängerorganisationen, Vélosorganisationen a virun allem och vun de Verrieder vun Organisatiounen, déi sech mat Victimes vun der Strooss ofginn.

Mat deem Code de la rue wollt eben de Législateur an der Belsch ënnersträchen, dass d'Voie publique net nëmmen eng Fonctioun Circulatioun huet, mä dass all Usager vun dëser Voie publique seng Plaz do huet, a besonnesch déi, déi am vunérelste sinn – ech mengen, de Félix Braz huet et scho gesot, mä ech wollt dat nach eng Kéier ënnersträchen.

Niewent der Sécherheet si selbstverständlech d'Infrastrukture wichteg a mir hu scho vill investéiert an eisen nationale Réseau. De Problem ass awer, dass et nach feelt un dem Ubannen un d'Uertschaften. An do muss nach vill gemaach ginn, well Vélospisten, déi plötzlech am Nichts einfach esou ophalen, nützen net vill.

Ech sinn och frou, dass den Transportminister a sengem Ministère eng Persoun responsabel gemaach huet fir d'Velospolitik an dass et doropshin och en interministerielle Grupp gëtt zwëschent dem Transportministère, dem Ministère des Travaux publics, wou och e Responsabelen ass fir d'Velopolitik, an dem Innenministère, wou och eng Persoun genannt ass, déi responsabel ass fir déi Projeten, déi mat Véloen ze dinn hunn. An do wollt ech vläicht suggéieren, ob een net e véierte Ministère soll do mat eranhuelen, an dat ass den Tourismusministère, well jo och deen domat ze dinn huet.

Dësen interministerielle Grupp soll jo zesumme mat deene verschiddene Stied, besonnesch och mat der Vélosinitiative a mat der Police, deen Aktionsprogramm ausschaffen, dee scho virun hei oft erwähnt ginn ass. Ech wënschen hinne vill Erfolleg an ech erlabe mer hinnen e puer Recommandatiounen mat op de Wee ze ginn.

Wat ganz wichteg ass, fannen ech, dat ass, dass an esou engem Plang Ziler gesat ginn. Ziler, déi net nëmmen um Pabeier stinn, mä Ziler, déi mer herno kënne moossen; also all déi Ziler muss kënne gemooss ginn.

Eng aner wichteg Saach ass d'Kommunikatioun an där ganzer Vélopolitik an déi Kommunikatioun muss op zwee Niveauë lafen.

Éischtens op engem Niveau interner, zwëschent dem Stat an de Gemengen. Zwëschent dem Stat senge verschiddene Verwaltungen muss eng Kommunikatioun, eng Informatioun bedriwwen gi bei de Planungsbüroen, déi hëlfele der Gemeng d'Pläng ausschaffen, do muss bei all deene Berodungsbüroen Kommunikatioun an Informatioun gemaach ginn.

Et muss esou sinn, dass bei all Planung, déi mer als Gemengen oder als Stat maachen, automatesch de Reflex kënn fir sech ze froen: Wéi ass et hei mat der Situatioun fir de Foussgänger? Wéi ass et hei mat der Situatioun fir de Vélosfuere, fir dass mer keng esou Situatioun méi kréien, wéi d'Eisebunnsbréck zu Bouneweg, déi deier kascht huet a wou awer de Foussgänger a besonnesch de Vélosfuere ze kuerz kommen.

An dann eng zweet Saach, dat ass eng grouss Promotioun a Kommunikatioun beim grand public, déi awer eréischt dierf gemaach ginn, wa vill an d'Sécherheet investéiert ginn ass. Et kann een net soen, kommt elo emol all mam Vélo, fuert vill Vélo, wann d'Sécherheetskonditiounen net stëmmen, dat wär net gutt. Dat wollt ech awer och nach eng Kéier hei ënnersträchen.

Deenen, déi Verantwortung an de Stied hunn, wëll ech awer och nach eppes roden, an zwar, dass se mussen zweegleiseg fueren. Éischtens, wéi gesot, alles ënnerhuelen, dass de Vélo Deel vum Stadbild gëtt – dovunner hu mer jo elo grad scho geschwat. Mä dat geet net duer.

Weider mussen d'Velospisten ausgebaut a vernetzt ginn, weider muss op Tempo-30-Zone gesat ginn, weider mussen se eppes maachen, wat hei zu Lëtzebuerg nach net vill gemaach gëtt, wat awer am Ausland grouss Succès huet, an zwar et ze erlabe fir mam Vélo duerch de Sens unique ze fueren. Dat erlaabt eise Code de la route souguer, et brauch ee just en anert Schëld fir d'Automobilisten dohin ze hänken, dat gëtt et zu Esch, dat gëtt et hei an der Stad nach net an dat ass eppes, wat an der Belsch, Etterbeek, eng Gemeng vu Bréissel, scho säit zéng Joer huet. An do hu se festgestallt, dass an deene Stroossen nach ni en Accident geschitt ass. An am Fong ass et jo och méi sécher fir de Vélosfuere, wann hien den Auto vis-à-vis huet, wéi wann hien den Auto net gesäit.

Weiderhi mussen, wéi gesot, och d'Gemenge kucken, fir de Facteur Sécherheet op hire Vélosweeër ze verbessern. An da kann ech nëmme deene grouse Gemenge recommandéieren, se sollen all – wéi vill Stied am Ausland – déi sou genannte Bypaden duerchféieren. Bypad steet fir Bicycle policy audit an doduerch kënne se hir Qualitéit vun hirer Vélopolitik verbessern, se kënnen hir Qualitéit sécheren a si kënnen hir Qualitéit och zertificéieren loossen.

Ofschléissend wëll ech awer och nach drun erënneren – an et ass scho gesot ginn –, dass de Vélo ëmweltfrëndlech ass, wéineg Kaméidi mécht an et Etüde gëtt, déi beweisen, dass et duerch de méi heefege Gebrauch vum Vélo a Stied zu bis zu 4% manner CO<sub>2</sub>-Emissiounen komme kann.

D'Argument Reen ass schon ugeschwat ginn – de Félix Braz sot et si 6% – an déi Länner, wou am meeschte Vélo gefuer gëtt, sinn Dänemark an Holland an do reent et nach méi wéi hei zu Lëtzebuerg.

Zu Lëtzebuerg gëtt och oft gesot: Jo, hei hu mer déi Topographie! Och dat ass kee Problem: Zürich, Edinburg si Stied, déi ganz héich Raten u Vélosteilnehmer hunn an déi hunn nach méi eng komplizéiert Topographie wéi mir hei. Do gëtt iwwregens och vill op E-Biké gesat, dat si Vélo mat elektronneschen Hëllefsmotoren, wat iwwregens och e Wirtschaftsfaktor ass, an dat muss mer och nach hei maachen.

Zu gudder Lescht wëll ech nach op de Faktor Aarbecht kommen. Och do kann een nach vill maache fir de Commerce vu Véloen, well zu Lëtzebuerg hu mer jo de Problem, meeschtens kritt een nëmme Vélo fir Fräizäit a Sport, mä wat dee ganze Volet Vélo als Transportmëttel oder de Stadvélo ugeet, do ass nach relativ wéineg um Marché an do ass nach vill ze maachen; an och dat do ass eng Nisch, wou kënne Beschäftigungsinitiative ganz aktiv um Terrain vun eise Stied ginn.

A wat och nach ganz wichteg ass fir deen Aarbechtsgrupp, deen deen Aktionsplang ausschafft, ass, dass gekuckt gëtt, wéi een den Zuch an de Vélo ka besser kombinéieren – ech mengen et ass schon ugeschwat ginn.

Ech wëll e ganz konkret Beispill gi vun enger Gemeng am Zentrum, an zwar ass dat d'Gemeng Konter. Do ginn et dann e puer Uertschaften: Mutfert, Méideng, Konter an Éiter, an et gëtt eng Gare, déi ass zu Éiter. Wann een do vun deene puer Uertschaften wëllt zu Fouss op déi Gare goen, dat ass net ëmmer deen nooste Wee, mä mam Vélo kann ee praktesch vun all deenen Uertschaften a fénneg Minuten op där Gare sinn, an da mussen eis Zich esou ausgeriicht sinn, dass ee kann ouni Problem mam Vélo an den Zuch klammen an dann hei op der Gare, oder wann een op Esch fiert, do erëm erausklammen, an dann do säin Trajet weider mam Vélo ka maachen. Do ass also, mengen ech, en immenst Potenzial un Zesummenaarbecht zwësche Vélo an Zuch. Mir hunn en Zuchnetz, wat jo net schlecht ass, a mir sollen dat Potenzial och ausnotzen. Voilà!

Erlaabt mer nach déi Broschür unzeschwätzen, déi d'Madame Brasseur och schon ugeschwat huet, déi den Här Grethen an d'Commission de la Circulation de l'État erausginn hunn. Dat ass wierklech e wäertvoll Instrument. Ech wär frou, wann de Ministère déi géing iwwerschaffen a vläicht un all déi neigewielte Gemengeréit, déi elo bei deene leschte Gemengewahlen erauskommen sinn, géing verschécken. Well dat ass en Instrument, wat mir, als Gemengepolitiker, ganz vill geholle huet a wou ganz vill wäertvoll Informatiounen drastinn.

Dat zum Ofschluss, an da soen ech lech Merci, dass Der mer nogelasschert hutt.

■ **Plusieurs voix.** - Très bien.

■ **M. le Président.** - Ech soen dem Här Angel Merci. Als leschte Riedner ass den Här Roby Mehlen agedroen. Här Mehlen, Dir hutt d'Wuert.

■ **M. Robert Mehlen (ADR).** - Merci, Här President. Ech wëll dermat ufänken, dat ech dem Interpellant Merci soe fir seng Initiativ. Dat ass eng gutt an eng nützlech Initiativ gewiescht. Et ass awer ze hoffen, dat och iergendwou e konkreten Nidderschlag an der Praxis derbäi erauskënn.

Här President, domadder kënn ech eigentlech schon ofschléissen, well am Fong geholl huet jiddereen a senger Interventioun hei d'Virdeeler opgezielt, d'Nodeeler opgezielt, alles opgezielt, wat misst gemaach ginn. Ech wäert mech duerfir och net ze laang derbäi ophalen, trotzdem awer ervirsträchen, dat de Vélo contrairement zu sengem Image, deen en dobaussen huet, e wäertvoll Instrument ass, wat och nach bëlle ass. E muss awer net ëmmer bëlle sinn an der Uschafung. Mer wëssen, dat mer der haut och kréien, déi ganz schrecklech deier sinn, duerfir awer net vill besser ginn, wéi därer, déi méi bëlle sinn.

E brauch kee Bensin, kee Mazout. Et si keng Steieren drop ze bezuelen. E mécht kee Gestank, keen CO<sub>2</sub>-Ausstouss. E mécht och kee Kaméidi. E stellt vill manner Be-



laaschtung duer fir d'Stroossen a fir de Verkéier. En ass – dat ass och hei schonn ënnerstrach ginn, an et kann een et wierklech net genuch ervirhiewen – gesond fir deejéinegen, deen dermat fiert. Et sief dann et fiert een hannert engem Auto oder engem Camion, da kann et ënner Ëmstänn méi ongesond wéi gesond sinn. Et muss een och ervirsträchen, datt ee vill manner Garageplaz derfir brauch, an och net schrecklech laang fir eng Parkplaz brauch ze sichen, wann een enzwousch dermat hifiert.

Mä en huet och Nodeeler, besonnesch dann, wann een e gebraucht am Beruff, wann een zum Beispill op e Büro fiert. Wann ee wierklech en Effort muss maachen, da kënn een nawell gär an d'Schweessen. Dat ass natierlech net agréabel, wann een op där Plaz ukënn, wou ee wëllt hifueren. Da misst een do d'Méiglechkeet schonn erëm hunn, fir sech ze duschen.

Wat d'Wieder ugeet, do wësse mer, dass ee sech géint d'Keelt schützen kann, duerch eng adequat Kleedung, wann et elo net an d'ganz Extreemt geet, mä extrem Hëtzt, dat ënnerstëtzt nach deen negativen Effekt, da kënn ee schonn an d'Schweessen ënner Ëmstänn, ouni datt ee sech vill midd mécht. Et ass och hei geschwat gi vum Reen, et kann een de Schnéi och nach derbäi opzielen. Dat sinn natierlech alles Auswierkungen, déi een eier dozou bréngen, fir an den Auto ze klammen, wéi op de Vélo.

En aneren Aspekt ass deen, datt wann d'Stroossen naass sinn, an net ganz propper sinn, datt een natierlech och, wann een da mam Vélo fiert, iergendwou ënnen erëm net ganz propper ausgesäit, wann een op senger Aarbechtsplaz ukënn. Ech mengen, och dat hält eng ganz Partie Leit dervun of, fir mam Vélo op d'Schaff ze fueren, wa se sech dann an engem propperen Zoustand wëlle presentéieren.

Da kënn e wichtege Aspekt derbäi, dat kann ech och nëmme bestätegen, datt et wierklech geféierlech ass op Basis vun enger gewësser Rücksichtslosigkeit vun deenen anere Verkéiersteilnehmer, och heiansdo wahrscheinlech, well d'Véloe séier iwwersi ginn. Do kann een natierlech eppes dergéint maachen, doduerch datt ee sech entsprechend undeet.

D'Fro ass fir de Lëtzebuerger Stat: Huet de Stat en Interessi fir de Vélosverkéier ze förderen? Do géing ech soen: Ganz kloer Jo! Mir si voll an der CO<sub>2</sub>-Debat an all Liter Sprit, dee gespuert gëtt, wann och nëmme e bësschen, mä trotzdem, bréngt eis virun. D'Stroossebeelaaschtung ass manner, dat heescht et kascht manner Entretien. A virun allem, wa mer en Deel vum Individualverkéier op de Vélo krite, da bräichte mer vläicht och manner Ausbau, dee vun eise Stroossen an Zukunft geplangt ass.

Ech wëll och nach eng kéier ënnersträchen, datt d'Loftqualität tatsächlech, besonnesch an den Uertschaften, wesentlech géing verbessert ginn, wat sech positiv op d'Gesondheet géing auswirken. Déi besser Gesondheet vun de Leit selwer, déi sech bewegen, hätt wahrscheinlech e positiven Effekt op d'Krankekeesen. Och do ass de Stat jo involvéiert. Et muss een och soen, wa mer gutt Vélosinfrastrukturen hunn, datt dat sech sécher – an ee vu menge Virriedner war e bësse méi am Detail dorop agaangen – positiv fir den Tourismus auswirkt, well dat awer eng Form ass fir Vakanz ze maachen, déi ëmmer méi Uklang dobausse fénn.

Wou sti mer zu Lëtzebuerg? Ech kann och nëmme widderhuelen, wat anerer gesot hunn. Am normale Stroosseverkéier leie mer par rapport zu deem, wat mer an eisen Nopeschlänner gesinn, ganz wäit zréck. Do ass enorm vill ze maachen, ganz besonnesch am Verkéier an eise Stied, mä da muss

mer als Stat an och als Gemengen eis Hausaufgabe maachen. D'Vélospisten, déi méi ronderëm féieren oder duerch d'Landschaft féieren – et ass och hei scho gesot ginn, datt ronn 600 km fäerdeg sinn, an datt nach 300 km sollen derbäikommen –, dat ass gutt, an dat muss och esou weidergefouert ginn.

Et ass wichteg, datt bei allen neie Projeten, déi geplangt ginn, ob dat Stroosse sinn, Eisebunn, oder soss gréisser Infrastrukturprojeten, datt een ëmmer dobäi d'Vélospisten am Kapp huet. Well, wann een et net virgesäit an et muss een herno dann dodru rappe goen, fir de Vélo Passagen ze maachen, da gëtt et natierlech vill méi deier, wéi wann een et vun Ufank u mat aplangt. Dat ass leider an der Vergaangenheet net genuch geschitt. Dann entstinn natierlech och, wann een dat net entsprechend aménagéiert, geféierlech Punkten, wou dann Accidenter virprogramméiert sinn.

Bestehend Infrastrukture mussen weider ausgebaut ginn. D'Sécherheet vun de Cyclisté muss dobäi onbedéngt Virrang hunn; do wou et nëmme méiglech ass, separat Pistten, déi och ofgeséichert sinn. Mir hunn do, fir méi séier virunzokommen, esou Strécher op d'Stroosse gezunn, an dann ass dann déi aner Säit vum Stréch fir d'Cyclisté reservéiert. Dat ass menger Meenung no net zumutbar.

Ech hunn elo gesinn, tëscht Gréiwemaacher a Waasserbëlleg ass eng nette Trennung gemaach ginn duerch eng kalifornesch Mauer. Esou soll et sinn. Dat kascht zwar vill Geld, awer wann d'Leit net d'Sécherheet hunn, datt se wierklech virum Camionsverkéier, virum Autosverkéier ofgeschiermt sinn, da fiert ee mat engem schrecklech ongudder Gefill, ganz besonnesch do, wou vill Trafic ass a wou och séier gefuer gëtt. Duerfir ass et...

#### (Interruption)

Gelif?

■ **Une voix.** - D'Kanner net vergiessen.

■ **M. Robert Mehlen (ADR).** - An d'Kanner och nach net vergiessen, dat ass richteg, déi sech och net ëmmer esou ganz un d'Pist halen.

Ech wëll och, Här President, drop hiweisen, et gëtt jo elo probéiert, bestoend Infrastrukturen ze notzen, Feldweeër, an dat war schonn deemoools, wou mer dat Gesetz gestëmmt hunn, e Punkt, datt een awer soll probéieren dat esou wäit wéi méiglech ze évitieren, well et Konflikter gëtt mat den Usagere vun de Feldweeër, mat de Baueren, déi mat Maschinnen, déi heiansdo och problematesch sinn, geféierlech sinn, datt dat zu Schwierigkeete ka féieren. Och an de Wéngerten, well si do mat hire Gefierer aus de Wéngerten, aus den Zeilen – wéi dat dann heescht – erausfueren an op de Weeër dréien, fir erëm an déi nächst Zeil eranzefueren. Do kann dat wierklech zu Problemer féieren.

Et ass natierlech net ëmmer einfach eng aner Pist ze fannen. Wéi kënn een un déi néideg Terrainen? Mir mussen souwéissou ganz seriö a ganz geschwë kucken, wéi mer déi Expropriationsproblematik geléist kréien am Aklang mat der Verfassung oder doduerch, datt mer vläicht déi betreffend Verfassungsbestëmmungen ofänneren.

Da wëll ech nach e Wuert zur Technik soen. Ech mengen, och d'Vélosindustrie, och wa mir net direkt en Afloss dorop hunn, kënn eventuell nach en Effort maachen. Mir waren elo op enger Auslandsrees an do hunn ech zum Beispill gesinn, datt an anere Stied, och méi wäit ewech, Véloe waren, déi en integrierten Hëllesantrieb hatten, deen emol guer net opgefall ass, dat heescht, wou wierklech en zousätzlechen elektreschen Antrieb war, wann et méi schwéier geet oder wann ee vläicht eng kéier ier-

gendwou ganz séier muss duerch. Dann ass esou eng Hëllef wierklech net schlecht, besonnesch fir eeler Leit.

Do kann een nach ganz vill maachen, wann ee gesäit wéi Motorrieder op eng kéier benutzerfrëndlech gemaach ginn, doduerch datt och e Sichtschutz vir ass an e Schutz géint d'Witterung a vläicht souguer e bëssen zur Säit géint den Dreck. Vlächicht kann ee jo och Véloen, déi ganz liicht sinn, haut mat moderne Materialien esou maachen, datt ee se wierklech benotze kann, fir och am Kostüm op d'Schaff ze fueren, an dann och nach wierklech propper am Kostüm unzekommen, ouni datt een total verschweesst oder verdreckt ass.

A wa mer scho vu Fuerschung hei am Land schwätzen, da wär dat vlächicht och en Optrag un d'Uni Lëtzebuerg, fir de Vélo nach méi un d'Ufuerderunge vun eiser Zäit oder vun deene Leit, déi déi Problemer hunn, unzepassen.

#### (M. Lucien Weiler reprend la Présidence)

Mir ass bekannt, datt zum Beispill, fir an de Stied de Vélosverkéier ze förderen, op der technescher Universitéit zu München e Projet entwéckelt ginn ass fir Vélospisten, mat Liichtbauweis wéi Tunnelen, esou ze aménagéieren, datt d'Leit total geschützt kënnen fueren, egal wéi d'Wieder ass. Do sollen d'Cyclisten souguer mat engem Loftstrom, dat ass awer dann en Einbahnsystem, ënnerstëtztung kréien. Dat ass wierklech geplangt, an dat gëtt de Moment an enger asiatescher Stad als Pilotprojet emol gekuckt ze entwéckelen – et ass interessant dat ze suivéieren, fir ze kucken, wat dobäi erauskënn –, well an deene Milliounestied wierklech d'Erkenntnis komm ass, datt et esou net virugeet. Mir ware viru kuerzem mat enger Delegation zu Peking, wou ee gesinn huet, datt déi Stied wierklech total am Verkéier erstécken, obschonn do nach vill Véloe lafen.

Dann e lescht Wuert: Changement de mentalité. Dat ass richteg, wann d'Leit solle méi op de Vélo ëmklammen, da brauche mer Virbildfunktion. Hei ass d'éinescht vun der Madame Brasseur, mengen ech, eis leider verstuerwe Vedette Charly Gaul ernimmt ginn. Esou Symbolfiguren hunn natierlech e positiven Effekt a Gott sei Dank hu mir de Moment erëm jonk Talenter, mä ech mengen och déi Leit, déi dat da propagéieren, déi mussen mam Beispill virgoen, dat heescht d'Politiker selwer müssen do, wou et méiglech ass, einfach mam Beispill virgoen. Awer net nëmme d'Politiker, och d'Eltere müssen hire Kanner e Virbild sinn a souguer d'Leierpersonal misst och de Kanner e Virbild sinn, amplaz datt jiddereen och dann, wann hien nëmme 100 oder 500 Meter ze fueren huet, mam Auto bis bei d'Schoul gefuer kënn.

Här President, et kënn ee sech och nach vlächicht iwwerleeën, ob de Stat, an deene beschränkte Méiglechkeeten, déi hien huet, steierlech Avantagé kënn virgesinn. Vlächicht kënn ee jo op de Véloen d'TVA och erfsetzen, wann een e Vélo keeft oder wann een Dépensé bei Reparature mat sengem Vélo huet.

Dat gesot, Här President, sti mir voll hannert all Initiativ, déi et fäerdeg bréngt, fir de Vélo ze förderen, fir méi Leit op de Vélo ze bréngen an doduerch manner Autosverkéier hei am Land ze hunn. Ech wëll och soen, datt mir mat där Motiou, déi déi Gréng hei abruucht hunn, kee Problem hunn an datt mer déi och kënnen mat droen.

Ech soen lech Merci.

■ **M. le Président.** - Merci, Här Mehlen. Dann huet d'Regierung elo d'Wuert. Den zoustännege Minister ass den Här Lucien Lux. Här Lux!

■ **M. Lucien Lux, Ministre des Transports.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, léif Kolleginnen a Kollegen, ech mengen, dass mir, déi dräi Ministeren, déi an der Regierung sech direkt an indirekt d'Kompetenze fir déi Vélospolitik deelen, de Mëtten all Ursach hunn, dass mer eis kënnen glécklech schätzen, fir hei en unanimité Renfort an där Politik kritt ze hunn, déi mer an deenen nächste Jore wëlles hunn ze maachen. Mir sinn determinéiert – fir dat direkt am Ufank ze soen –, fir effektiv enger Véloskultur hei zu Lëtzebuerg, wéi soll ech soen, op de Vélo ze hëllefen.

Wann een effektiv d'Zuelen an deenen anere Länner ronderëm eis kuckt, da gesäit een, dass am Erreeche vun engem besseren „modal split“ de Vélo zu Lëtzebuerg nëmme en onzefridde stellenden Deel duerstelt, an dass et dofir vill gutt Grénn gëtt – a si sinn de Mëtten hei en long et en large opgezielt ginn –, fir dofir ze suergen, dass mer méi Leit op de Vélo kréien an dass mer vun deene ganz profitabele Grénn, déi hei opgezielt gi sinn, kënnen eppes eraushuelen.

Mir hunn dräi Ministèren, déi sech ëm déi Politik këmmen, an ech mengen an den Orientierungen, déi mer zesummen an deem interministeriellen Aarbechtsgrupp huele wëllen, si mer eis eens, souwuel um Niveau vum Bauteministère, deen an deene leschte Jore scho vu ganz ville gudder Säiten hei investéiert ginn ass, déi 600 km Vélosweeër sinn hei scho genannt ginn. Et ass och kloer hei gesot ginn, an ech mengen dat soll een ënnersträchen, dass an der Verwaltung, besonnesch bei de Ponts et Chaussées, laang net méi dee Geescht herrscht, deen ëmmer emol dohinner gestallt ginn ass, dass do de Vélo éischer als eppes Hinderlechtes ugesi gi wier. Haut gëtt et an där Verwaltung an an deem Ministère vill Leit, déi ganz qualifizéiert a kompetent eis hëllefen hei weiderzokommen.

Datselwecht géllt och fir de Ministère vum Intérieur, souwuel an de Relatiounen mat de Gemengen, wéi och am Aménagement du territoire an deem Apport, dee si kënnen leeschten an dem Plan sectoriel transports, dee mer amgang sinn zesummen auszeschaffen.

Dofir dem Kolleg Félix Braz e grouse Merci, eis gehollef ze hunn, eis ze beräicheren duerch eng ganz Rei vun Iddien, och ganz konkreten Iddien, déi de Mëtten nach eng kéier hei opgeléicht gi sinn an déi mer sécherlech an de Grupp wäerte mat eranhuelen.

Net méi spéit wéi den nächste Méindeg kënn den Aarbechtsgrupp zesummen, fir sech en Timing ze gi fir deen Aktionsplang, dee mer wëlle virun der grousser Vakanz dëst Joer festleeën.

An deem Aarbechtsgrupp sinn niewent deenen dräi genannte Ministèren natierlech och de Syvicol, als Vertrieeder vun de Gemengen, et sinn awer och déi zwou grouss Stied Esch an d'Stad Lëtzebuerg direkt mat vertrauden, well villes dovun ofhänkt, wat mer an deenen zwou Stied fäerdeg bréngen. Dorniewent sinn awer och d'Vertrieeder vun der Police grand-ducale dobäi fir all Froe vun der Sécherheet, déi de Mëtteg jo hei en long et en large virgezeechent gi sinn.

Ech mengen och – an et ass elo zum Schluss nach vum Kolleg Mehlen gesot ginn –, dass et ganz wichteg ass, dass et Virbillen gëtt fir déi Véloskultur, fir där effektiv Been ze maachen. An ech mengen dozou gëtt et natierlech déi grouss Championen engersäits, mä hei gëlle virun allem déi, déi praktesch all Dag weisen, dass een och um professionnelle Plang an de Stied de Vélo profitéiere kann.

An ech stelle fest, an ech muss dat ganz positiv soen, dass virun allem hei an der Stad eenzel Politiker mam Vélo fueren, ob dat de Mobilitésschaff ass, de Kolleg Fränz Bausch, oder och de Kolleg Marc Angel. Gëschter hat ech d'Geleeënheet fir och d'Madame Anne Brasseur um Wierk, um Vélo ze erliewen, déi, wéi si et selwer hei gesot huet, ganz selbstbewosst sech virun d'Autoen drainéiert huet, an dat, mengen ech, iwwert déi Kränzung och exzellent gemaach huet. Ech mengen, dass déi Virbillen do wichteg sinn, fir d'Leit dovun ze iwwerzeegen, dass et innerhalb vun de Stied effektiv vill gutt Grénn gëtt, fir de Vélo ze huelen.

Ech mengen, dass ass hei gesot ginn, dat ass gutt fir d'Gesondheet, dat ass awer och, als Ëmweltminister gesinn, gutt fir déi CO<sub>2</sub>-Emissionen, fir dee rengen Stiebs, dee mir virun allem an de Stied provozieren. A wann een eenzel Zuele kuckt bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen, wa mer vun der Basis 100 beim Auto ausginn, da mécht de Bus trotzdem nach den Indicateur 29 aus, de Fliger 420 an de Vélo 0. A wann ech d'Pollutioun vun der Loft huelen: Bei der Basis 100 vum Auto mécht de Bus der nach ëmmer 9 aus, den Zuch der 3 aus an de Vélo och nach ëmmer 0. Ech mengen, dass et also och do vill gutt Grénn gëtt, fir an déi Richtung ze goen.

Ech hu gëschter an enger Lëtzebuerger Dageszeitung gelies, dass den Ëmweltminister ëmmer géif den Transportminister duerch d'Gaassen driewen a sech ëmmer géint dee géing duerchsetzen.

Ech muss och soen, par rapport zu deene konkrete Fäll, déi hei genannt gi sinn, sief et zu Monnerech, op der Escher Säit, oder sief et hei an der Stad, et hei jiddefalls esou ass, dass déi Décisiounen scho geholl gi sinn an dass den Transportminister sech géint den Ëmweltminister duerchgesat huet, well ech effektiv net agesinn, dass ee bei engem Biotop, wou heiansdo nach iwwert d'Definitioun muss diskutéiert ginn – wann ech esou eenzel Fäll aus der Stad kucken, wéi och bei enger Réserve naturelle –, ech mengen et dach awer wichteg ass, dass een de Vélo och do zum Zuch komme léisst. Ech mengen, dass een do e bësse méi pragmatesch heiansdo un d'Saache muss eruegoen, wéi dat vun Eenzelne gesi gëtt.

Wann een da ronderëm sech kuckt a feststellt, dass an Holland – ech weess, do gëtt et eng Véloskultur, déi eng enorm Tradition huet –, mä trotzdem, wann ee gesäit, dass den Undeel hei vun dem „modal split“ bei 27% um Vélo läit. A wann ee gesäit, dass hei all Dag pro Persoun 2,3 km mam Vélo ofgeleescht ginn. Wann een och souguer nach gesäit an Dänemark, wat awer, mengen ech och, eng ganz Rei vun negative Säiten huet, wann ech d'Wieder kucken, déi mir och hunn, nach ëmmer e „modal split“ vun 18% um Vélo an insgesamt 2,6 km pro Dag pro Persoun um Vélo zréckgeluecht ginn, an ech kucken dann eis Situatioun mat 1,5% „modal split“ an 0,1 km, also 100 Meter, déi pro Dag hei zu Lëtzebuerg um Vélo zréckgeluecht ginn, dann, mengen ech, läit et op der Hand, dass hei en enormt Potenzial ass, wat mer erauskëddelen mussen.

Duerfir muss een eng Politik maachen. Duerfir muss een no bausen eng besser Informatioun maachen, eng Sensibiliséierung maachen. Duerfir muss mer zesummeschaffen, de Stat mat de Gemengen an och mat den ONGen, déi sech an deenen eenzelne Beräicher dorëmmer këmmen. Ech mengen, dass mer dat ganz staark wëllt maachen.

Ech wëll net soen – well och de Kolleg Claude Wiseler op eenzel Punkten, besonnesch am Beräich vun de Vélospisten, op d'Reglementatioun wäert agoen –, dass mer an deene leschte Joren net



eng Rei vu Fortschréttler gemaach hunn. Ech mengen, et ass dorop higewise ginn, op deen exzellente Avis, deen 2001 gemaach ginn ass vun der Commission de Circulation de l'État, deen déi ganz Reglementatiounen um Niveau vum Vélo nach eng Kéier kloer gemaach huet. Ech mengen, dass een hei eng Aktualiséierung ka maachen an dat och nach eng Kéier ënnert d'Leit bréngen, well ech mengen, dass dat bei villen nach net gesi ginn ass.

Mir haten déi Colloquen, déi zu Miersch stattfont hunn. Mir haten déi Table ronde, déi am November stattfont huet hei an der Stad ënnert deenen eenzelne Partneren. Mir hunn et virun allem och fäerdeg bruecht, an ech halen dat fir ganz wichteg, dass an deenen dräi be- treffene Ministären an der Tëschenzäit dräi Chargéé sinn, déi sech prezis ëm déi Politik vum Vélo këmmen, ob dat am Transportministère den Här Schiltz ass, ob dat am Innen- a Landesplanungsministère den Här Simonis oder am Ministère vun den Travaux publics oder bei de Ponts et Chaussées den Här Mangen ass.

Ech mengen, dass do dräi Gesiichter sinn, dräimol Kompetenze sinn, dräimol Asaz ka sinn, an och op där anerer Säit d'Kreditter fräigemaach gi sinn, fir enger Vélopolitik nozehëllefen. Ech erwaarde mer also ganz vill, och e Méinden zesumme mat där neier Communauté des transports, déi sech deenen Aarbechten hei wäert uschlëssen, wou och erëm eng Kéier Ressources humaines a Méiglechkeeten, och finanzieller, do sinn, fir weiderzekommen.

Ech denke schlussendlech och, dass an Zesummenaarbecht mat der nationaler Eisebunnesgesellschaft, mat eiser CFL, viles méi muss méiglech sinn. Eng éischt Décisioun hu mer am Ministère geholl, nämlech déi vun der Gratuitéit vum Vélo um Niveau vum öffentlechen Transport. Et ass net anzege- sinn, firwat dass mer bei eisem „modal split“, deen ech virun no- gewisen hunn, nach ëmmer duerfir surgen, dass d'Leit mussen en Ticket bezuele fir hire Vélo kënnen matzehuelen. Et ass also eppes, wat mer wäerten elo ofschafen à partir vum 1. Mäerz, fir dat emol kloer ze maachen.

Mä ech mengen, dass mer bei der CFL mussen wierklech dozou kommen, fir eng Politik doraus ze maachen, déi a Groussbritannien zum Beispill ganz vill Erfolleg huet, fir de Vélo mam Zuch ze kombinéieren. Duerfir brauch et eng ganz Rei vun techneschen Aariichtungen an de Garen, an esou virun. Mä ech mengen, dass dat awer vun hinne komme muss. Ech mengen och, dass déi Fro vun dem weideren Ausbau vum Vélospisten, hir Verbindung mat deene lokalen a kommunalen Initiativen, déi et gëtt, dass dat jiddefalls geplangt ass weiderzefueren.

Et ass och hei vun de Sécherheets- aspekter geschwat ginn. Dat ass natierlech ee vun de grouse Problemer. Et ass zu Recht vun engem Virriedner gesot ginn, vill Elteren hu scho Problemer fir hir Kanner mam Vélo an d'Schoul fueren ze loos- sen, well se einfach de Verkéier, besonnesch an där Zäit vun esou hallwer acht bis Véirel op acht, wou déi gestressten Autofuerer an Autofuererinnen, déi alleguer ze spët dru sinn a renne fir op d'Schaff ze kommen, dass een do muss Efforten an de Gemenge maachen, fir zu enger Berouegung ze kommen. Ech mengen, do gëtt et och keng 100%eg Méiglechkeeten, fir duerch Vélospisten an aner Saachen dat an de Grëff ze kréien.

Ech mengen, dat hei ass dat, wat viru kuerzem och vum Här Bausch gesot ginn ass, fir einfach duerfir ze surgen, dass et an d'Käpp era- geet vun de Leit, dass et eng pe- dagogesch Aufgab ass, déi mer muss maachen, awer och dass, wa méi Vélospisten op den een- zelne Stroosse sinn, dat automa-

tesch soll d'Autofuerer dozou féie- ren, fir se méi ze respektéieren an op se anzegoen.

Wann ech d'Accidenter kucke vun 2000, da ware bei 844 Accidenter 89 Mol Cyclisté betraff. Een Doudegen hate mer 2000 a 17 schwéier Blesséierter. Wann ech déi Zuelen elo kucke vum leschte Joer, da sinn d'Accidenter insgesamt zréck- gaangen op 692. Mir hunn awer nach ëmmer 70 Cyclisten, déi be- traft sinn. Mir haten, Gott sei Dank, keen Doudegen, an „just nach“ fénnef schwéier Blesséierter. Et ass also do och eng Tendenz, déi zum Besseren geet. Dat muss een de Leit dobause soen, fir dass déi Hemmschwell, déi se heiansdo hunn, ewechgeet.

Wéi gesot, ech kommen zum Schluss fir ze soen: Mir wäerten elo do erugeen. Mir hu schonn eng ganz Rei vu Saachen an d'Weeër geleet. Mir hunn déi dräi Ministären an hir responsabel Fonctionnairen; eng ganz gutt Zesummenaarbecht. Déi wëlle mir à partir vun e Méinden nach ausbauen op där ge- meinsamer Plattform.

An ech wëll net vergiessen, dass et hei, ier mir als Politiker heiansdo op esou en Zuch oder e Vélo spran- gen, der vill virdu gouf, déi sech scho fuseleg geriet hunn an Initia- tive geholl hunn. Duerfir kommen ech net derlaanscht fir praktesch och am Numm vun der Regierung der Lëtzebuerger Véloinitiative an aneren ONGen an all deene Leit, déi sech do eierenamtlech agesat hu fir de Vélo, e Merci ze soen, an hinne kloer ze soen, dass se natier- lech Partnere mussen a wäerte sinn an deenen nächste Jore vun där Politik, déi mer mat kloren Ziler och muss kombinéieren, fir dass mer a véier, fénnef Joer zu bessere Resultater kommen.

Zum Schluss nach ee Saz zur Mo- tioun. Déi Motioun enthält eng ganz Rei vu ganz sympathesche Propo- sitione, déi hei vun alle Riedner zum gréissten Deel och nach eng Kéier ervirgedroe si ginn. Et sinn awer eng Rei vu Punkten dra fir déi mer eis, mengen ech, nach sollten Zäit ginn, fir eng Kéier driwwer ze diskutéieren, virun allem och déi fi- nanziell Relatiounen, déi et solle ginn tëschent Stat a Gemengen. Ech mengen, doriwwer soll een diskutéieren, eng Rei vu reglemen- taresche Froen.

Duerfir géif ech, och am Numm vu mengen zwee Kollegen, den Interpellant bieden ze akzeptéieren, dass mer déi Motioun géngen eng éischt Kéier an d'Kommissioun ginn a se do eng Kéier am Detail géngen duerchhuelen. Wann e Méinden de Grupp bis zesumme- geschafft huet, da kréie mer vläicht nach zousätzlech Informatiounen an da kënnt mer eng Kéier, vläicht mat enger Breet ënnerschriwwener Motioun, déi, mengen ech, vun alle Fraktiounen kënnt ënnerschriwwen ginn – esou wéi déi Rieden hei de Mëtten ze verstoe waren – op déi Motioun zréckkommen.

Merci.

■ **Une voix.** - Très bien.

■ **M. le Président.** - Merci, Här Minister. Den Här Minister Claude Wiseler freet d'Wuert. Här Minister!

■ **M. Claude Wiseler, Ministre des Travaux publics.** - Merci, Här President, just e puer Saachen, déi ech nach wollt hannert dat setzen, wat den Transportminister elo gesot huet a wat méi speziell mat dem Departement vun den Travaux publics respektiv mat der Adminis- tratioun vun de Ponts et Chaussées zesummenhänkt.

Vélospisté ginn hei am Land am Fong ongeféier scho säit 30 Joer gebaut. Am Ufank war dat méi zoufälleg, ouni grousst Konzept hannendrun, mat vill Begeeschte- rung, mä awer net planifiéiert. De Succès, deen dat an deene leschte Joren, Jorzéngten hat, huet et u sech esou wäit bruecht, dat mer momentan iwwert d'Gesetz vum 6. Juli 1999 ganz einfach an eng aner Etapp komm sinn:

Éischtens, well mer méi Kohärenz an dat Ganzt erakréien, well mer eng Organisatioun iwwert d'ganz Land iwwert déi 23 Vélospisten hunn, déi au fur et à mesure déve- loppéiert ginn.

Zweetens, well mer och am Fong Standarden hunn, wéi dat Ganzt muss a soll ausgesinn, fir korrekt uerdentlech gebraucht ze ginn.

An drëtzens, an dat ass, mengen ech, wat den Interpellant och hei gesot huet, well mer och d'Méig- lechkeet ëmmer méi kréie fir d'Ge- mengungen, dass se kënnen dorop zréckgräifen, sech uschlëssen. Well et ass absolut logesch, dat wéi am Stroossebau och d'Finalitéit soll sinn, dat dat nationaalt Netz mat deenen eenzelne Gemengen- netzer muss kënnen fonctionnéieren, fir en fin de compte a schluss- endlech dee Sënn ze maachen, dee mer gären dran hätten.

Et sinn 950 km geplangt ge- wiescht. Haut, dat ass scho gesot ginn, si ronn 600 km gebaut res- pektiv disponibel. An et sinn nach ronn zwëschent 15 km an 20 km, déi momentan am Bau oder an der Planifikatioun sinn. Et muss also weidergeue ginn.

Ech soen awer och hannendrun: Dat, wat ech bal géing soe méi liicht war ze bauen, ass zu engem Deel scho virgeholl ginn, klasse- scherweis. A mir kommen elo ganz oft op déi Tronçonnen, wou et méi schwéier ass, wou et méi kompli- zéiert ass, aus enger ganzer Rei Grënn.

Déi Problemer, op déi mer haut stoussen, fir verschidden Tronçon- en ze bauen, sinn net ëmmer evi- dent. Dat sinn deelweis Problemer vun den Autorisatiounen. Ech schlësse mech do – an ech soen dat hei wierklech – net dem Ëm- weltminister, mä ech woen hei ze soen, ech schlësse mech do dem Transportminister u bei deem, wat hien elo gesot huet, dat ee muss kucke méi Autorisatiounen trotz- deem ze kréie fir Vélospisten och op Plazen, déi vläicht méi sensibel sinn – an ech versti jo och déi Sen- sibilitäten –, well ech mengen, dat mer dee Réseau muss komplett kréien.

Mir hunn heiansdo och vill Disku- ssiounen iwwert de Belag, deen dann eng Vélospist soll hunn, ob se esou oder anescht soll ausge- sinn. Dat sinn awer Problemer, déi mer mussen an de Grëff kréien, fir weiderzekommen.

En zweete Problem, deen och haut genannt ginn ass, ass dee vun den Emprisen an den Tracéen. Momen- tan stousse mer ganz oft op déi Problemer, dat mer d'Emprisen net kréie fir deen Tracé esou fäerdeg ze maachen, wéi mer en awer mussen fäerdeg maachen. Dat si keng einfach Problemer, well Der do ganz oft op Terrainen stouss, déi d'Leit einfach net wëllen hierginn. Ob mer da sollen, wéi dat hei pro- poséiert ginn ass, direkt op eng Ex- propriatioun higoen, ass net evi- dent, well d'Expropriatioun ass a mengen Ae wierklech dee leschte Moyen, deen ee sollt gebrauchen. Déi Fro stellt sech, an ech wëll dat Fragezeichen och elo hei stoe loos- sen.

Iwwert déi puer Froen, déi elo nach hei gestallt gi sinn iwwert d'Pistes cyclables eraus an d'Relatiounen, déi de Stat mat de Gemengen huet, wëll ech soen, datt do och an deene leschte Joren eng ganz Rei Saache changéiert hunn, fir méi ef- fikass a méi kohärent ze sinn.

Wann am Ufank all Autorisatioun fir eng Vélospist huet missen iwwer eng Permission de voirie goen, esou ass dat awer säit 2004 anescht, an zwar esou, datt mer en Ënnerscheid maachen tëschent CRen op där enger Säit a Routes nationales op där anerer Säit, an datt bei den CRen haaptsächlech

déi kommunal Responsabilitéit spillt, bei de Routes nationales ëm- mer eng Autorisatioun muss do sinn, déi eng Permission de voirie muss sinn, dann, wa mer richteg konstruktiv Moosnamen huelen. Esou datt een do awer muss soen, datt vill méi – wéi soll ech soen – Effikassitéit an déi ganz Prozedur erakomm ass, déi doranner be- steet, datt mer awer, mengen ech, duerch deen hei Fait besser wei- derkommen an d'Gemengen och an hire Relatioun mam Stat méi liicht handlungsfäeg sinn.

Mä wat ee muss soen – an dat ass a mengen Ae wichteg a kloer –, dat ass, dat d'Initiativ nach ëmmer bei de Gemenge läit, dann, wann et an enger Gemeng, an engem Duerf oder an enger Stad ass. Ech fan- nen dat am Prinzip och richteg esou an et gesäit een och, datt déi Gemengen, déi hei wëlle wei- derkommen, och net gebremst ginn, mä datt déi ënnerstëtzt ginn, fir déi Réseauen auszubauen a fir sech un déi national Réseauen, esou wäit wéi et méiglech ass, unze- schlëssen.

Par contre dat, wat gemaach ginn ass, dat ass, datt gekuckt ginn ass, iwwert de Guide d'application vun dem Code de la route, och eng Rei Prezisiounen ze ginn, notamment wat d'Reglementatioun vun der Cir- culatioun ueget an d'Definitioun wéi d'Affektatioun vun deenen een- zelnen Espacen un de Stroosse- réseau soll kënnen gemaach ginn, datt dat méi oder wéineger iwwer- all d'selwecht organiséiert gëtt, schonn einfach fir et korrekt eriw- er ze kréien a fir datt och d'Leit, wa se hei oder an enger anerer Ge- meng fueren, net veronsechert sinn, soll dat e wéineg harmoni- séiert ginn.

An dat Konzept, dat déi eenzel Ge- mengungen ausschaffen – an ech mengen dat ass jo och deen Aar- bechtsgrupp, deen den Transport- minister hei ugeschwat huet, deen d'nächst Woch zesumme kënnt –, soll kënnen weider an deene kon- zeptuellen Iwwerleeunge fueren. De Ministère vun den Travaux pu- blics huet dann och nach eng vun deene wesentlechen Aufgaben, fir wierklech do, wou mer kënnen, kohärent an direkt anzegräifen, an zwar an deenen neien Deeler vu Stied oder Gemengen, déi gebaut ginn, an deenen neie Quartieren, déi gebaut ginn, fir do direkt eng Konzeptioun ab initio, géing ech soen, ze maachen: dat ass Belval, dat ass de Kierchbiereg, dat ass de Ban de Gaasperech – wann en da kënnt.

Do, mengen ech, ass et ganz kloer, datt een einfach fräi Hand huet, fir dat schonn an der Schafung an am Urbanismus, deen ee virgesäit, di- rekt mat virzugesinn. An dat ass och ganz kloer dat, wat gemaach gëtt. Do si Loisirsweeër fir Véloen a Foussgänger zesummen, et sinn och Weeër fir d'Veloen eleng res- pektiv fir d'Foussgänger eleng. Alles dat ass scho kohärent an deene Pläng vun deene Quartiere mat agesat ginn, esou datt dat an Zukunft absolut propper, däitlech an transparent soll oflafen.

Datselwecht gëllt och fir déi nei Stroossen, déi elo individuell concevéiert ginn, an do schéngt et mer och evident, datt een an de- neen Aarbechten, déi d'Ponts et Chaussées oder d'Travaux publics hei maachen, einfach déi Ver- kéierstrennung soll kënnen virge- sinn, fir datt se duerno och effikass an der Realitéit ka fonctionnéieren.

Et war nach eng Fro, déi ech wollt zum Schluss beäntweren, an dat war déi, déi d'Madame Brasseur gestallt huet iwwert d'Buspisten, wou et ëm de Code de la route geet. Mengen Informatiounen no ass et esou, datt et momentan schonn erméiglecht ass iwwert d'Buspisté mam Vélo ze fueren. Den Artikel D10 vum Code de la route gesäit dat als Méiglechkeet vir, à condition datt dann eng Auto- risatioun kënnt an datt dann ënnert dat Schëld – an ech hunn et elo hei eriwergereecht kritt – esou e

klengt Schëld ënnendrenner ge- haange gëtt, wou da steet, datt déi Buspisten och fir Vélospisté fräi sinn.

Dat gëtt awer am Prinzip nëmmen ënner verschiddene Konditiounen accordéiert, well et jo manifeste- ment och eng Sécherheetsfro ass. An zwar gëtt et nëmmen ënnert deene Konditiounen accordéiert, datt et net méiglech ass fir eng se- parat Vélospisté niewendrun ze maachen, well dat natierlech déi besser an déi méi sécher Solutioun ass an à condition datt och déi Buspisten enger gewëssener Breet entsprechen. Bei 3,5 Meter Breet sinn d'Kritäre manner restriktiv. Bei enger Breet zwëschen 3 an 3,5 Meter kënnen eventuell och Véloen op der Buspist fueren, wann déi Buspist dann och nach enger gan- zer Rei anere Kritären entsprécht, dat aus Sécherheetsgrënn. Ech mengen, et wär da méi sécher iwwert d'Buspist kënnen ze fueren, wéi de Vélospisté zwëschent der Buspist an deem anere Verkéier fueren ze loos- sen.

Elo sot Dir mir natierlech: Dat gëllt och fir déi méi schmuel Pisten. Dat ass richteg, mä ech mengen, dat hei sinn elo emol eng Rei Prinzi- pien, déi ech awer positiv fanne fir eis schnell weiderkommen ze loos- sen an deem dote Dossier.

Voilà, dat waren déi puer Prezisiou- nen. Merci, Här President.

### Motion 1

■ **M. le Président.** - Merci, Här Minister. Domat ass d'Debatt ofge- schloss. Zur Motioun, déi den Här Braz déposéiert huet, wann ech de Minister richteg verstanen hunn, huet hie proposéiert, dass mer an der zoustänneger Kommissioun sollten iwwert déi Motioun disku- téieren.

Här Braz, wat sot Dir dozou?

■ **M. Félix Braz (DÉI GRÉNG), interpellateur.** - Mir si selbstver- ständlech mat deem Vorschlag d'accord a freeën eis och op déi Diskussioun. Uschlëssend kënnt déi Motioun da selbstverständlech an de Plenum zréck.

■ **M. le Président.** - Dann ass domadder déi Motioun an déi zoustänneg Kommissioun verwi- sen.

Dir Dammen an Dir Hären, mir kommen dann zum nächste Punkt vun eisem Ordre du jour an dat ass d'Diskussioun vum Projet de loi 5378, eng Konventioun iwwert d'Grenzwässer. D'Wuert huet elo de Rapporteur vum Projet de loi, den honorabelen Här Marco Schank. Här Schank, Dir hutt d'Wuert.

### 3. 5378 – Projet de loi portant approbation des amendements aux articles 25 et 26 de la Convention du 17 mars 1992 sur la protection et l'utilisation des cours d'eau transfrontières et des lacs internationaux, adoptés par les Parties à la Convention le 28 novembre 2003

#### Rapport de la Commission des Affaires intérieures et de l'Aménagement du Territoire

■ **M. Marco Schank (CSV), rapporteur.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, mir hunn e Gesetzesprojet virleien, deen d'Unerkennung vun zwee Amende- menter virgesäit zu den Artikelen 25 a 26 vun enger Konventioun, déi sech nennt „fir d'Protektioun an d'Benotzung vu grenziwwerschrei- dende Waasserleef respektiv inter- nationale Sëien“, eng Konventioun vum 17. Mäerz 1992, déi den 28. November 2003 ugeholl gouf. De 7. September 2004 huet den Aus- seminister de Projet an der Cham- ber déposéiert. Den 11. Oktober 2005 hate mer den Avis vum Stats- rot an de Rapport vun der Cham-



berskommissioun ass de 15. Dezember 2005 ugeholl ginn.

Lëtzebuerg hat scho mat engem Gesetz vum 22. Mäerz 1994 d'Konventioun fir de Schutz an d'Benotzung vu grenziwwerschreidende Waasserleef a Séien ugeholl. Dës Konventioun hirersäits ass 1992 zu Helsinki vun där zoustänneger Kommissioun – dat ass eng Wirtschaftskommissioun fir Europa vun de Vereenten Nationen – adoptéiert ginn. Just als Explikatioun, déi Wirtschaftskommissioun fir Europa vun de Vereenten Nationen ass nom Zweete Weltkrich deemools gegrennt ginn, fir Europa beim Erëmopbau ze hëllef. An der Zwëschenzäit ass d'Missioun vun där Kommissioun déi, sech mat Ëmweltfroen an awer och mat Finanzfroen ze beschäftegen.

Dann, déi international Kooperatioun am Beräich vun der Gestiou vun grenziwwerschreidende Waasserleef – dat wësst Dir – huet eng laang Traditioun, notamment – dat ass dat, wat ee besser kennt – um Niveau vun den internationale Kommissiounen fir de Schutz vun der Musel an och vum Rhein, an déi datéiere schon aus dem Joer 1961 respektiv 1963.

An do donieft, wat mer elo deemnächst wäerten um Métier hunn – Dir wësst dat –, ass dann d'Ëmsetzung vun der Direktiv 2000/60/CE, also déi berühmte Waasserdirektiv vum 23. Oktober 2000, wou et drëm geet, fir bis 2015 entscheidend d'Qualitéit vun eise Gewässer ze verbesseren.

Da wollt ech soen, dass déi zwee Amendementer, vun deene mer hei schwätzen, vun där Commission économique fir Europa zu Madrid 2003 guttgeheescht gi sinn an déi zwee Amendementer änneren d'Artikelen 25 a 26 ëm, esou dass all Stat, deen zu enger anerer Regionalkommissioun vun der UNO gehéiert, wéi déi vun där besotter Kommissioun, der Konventioun vun Helsinki ka bäitrieden. Dat ass dat, wat mer haut maachen.

D'Initiativ, fir déi zwee Amendementer ëmzeänneren, goung vun der Schwäiz aus, an zwar aus dräi Iwwerleeungen, an ech soen lech déi kuerz.

Déi éischt Iwwerleeung war deemools, fir eng gewësse Kohärenz zwëschen deene Verträge ze kréien zwëschen de Länner, deene multilaterale Verträge, an dem Beräich vun der Protektioun vum Waasser. Verschidde vun deene Verträge gesinn dës Dispositiounen elo scho vir, wou et iwwert d'Responsabilité civile an d'Entscheidungen am Fall vun engem Problem geet, wann also e Schued geschitt.

Ech ginn lech e Beispill vu viru kuerzem aus China, wou dann e gréisseren Accident an enger chemescher Industrie geschitt ass an dee war esou eminent, datt och Russland d'Auswierkung vun deem Accident ze spiere kritt huet. An esou engem Fall, wéi gesot, spillen dës Dispositiounen.

Eng zweet Iwwerleeung war déi vun de Grenzstaten zu där Regioun, déi also déi Kommissioun vun Europa am Kontext Vereent Nationen ausmécht, wou da Grenzstaten sech grenziwwerschreidende Waasserbassenge mat hiren Nopelänner deelen. Do solle méi gewichteg juristesche Instrumenter an d'Hand gi ginn, wéi déi Verträge, déi bis elo bestinn.

Déi drëtt Iwwerleeung ass déi einfach Iddi vum Fridden, deen normalerweise bei grenziwwerschreidende Projeten, bei Zesummenaarbecht zwëschen Memberlänner, zwëschen Nopeschlänner e wichteg Argument, mengen ech, och ass fir d'Uwendung vun dëser Konventioun.

Här President, am Kloertext, d'Initiativ vun der Schwäiz war geduecht, deene Länner, där Gewässer iwwert d'Limité vun der Commission économique fir Europa vun de Vereenten Nationen erausginn, iwwerhaupt d'Méiglechkeet ze ginn, éischters Informa-

tiounen ze kréien, wann eppes virkënt, zweetens ze kooperéieren am Kontext grenziwwerschreidende Waasserschutz.

Déi genannt Amendementer hu keen direkten Afloss op Lëtzebuerg. Dat kënnt dohier, well am Kontext vun de regionale Kommissiounen, vun de Waasserdirektive souwiesou, effikass Instrumenter bestinn am Kontext mat eise Waasserleef an och mat eise Séien. Dat heescht, datt mer vun dohier souwiesou eise Verpflichtungen mussen nokommen. Näischtdestotz, do d'uerch datt mer déi Amendementer unhuelen, stärke mer awer déi vun där Konventioun, wéi ech se elo beschriwwen hunn, virgesinnen Aktivitéiten am grenziwwerschreidende Beräich fir de Schutz vum Waasser.

Ech wollt am Numm vu menger Fraktioun den Accord bréngen zu dësem Projet an ech wollt awer och an deem Kontext d'Fro un de Minister stellen, wou mer mat der Waasserdirektiv 2000/60, déi ech elo grad beschriwwen hunn, dru sinn a wou mer dann dovunner ausginn, datt mer deemnächst och e Projet de loi an d'Kommissioun kréien, respektiv datt den Dépôt gemaach gëtt vun deem Projet de loi. Also meng Fro un de Minister, wou mer domadder dru sinn.

Merci.

**M. le Président.** - Merci, Här Schank. Als nächste Riedner ass den honorabelen Här Emile Calmes ageschriwwen.

#### Discussion générale

**M. Emile Calmes (DP).** - Ech mengen, den Här Schank huet alles zu deem Gesetz hei gesot, wat ze soen ass. Ech wollt him Merci soe fir dee schréfftlechen a mündleche Rapport an an engem eisen Accord zu deem Gesetz hei bréngen.

Merci.

**M. le Président.** - Merci, Här Calmes. Den honorabelen Här Jean-Pierre Klein ass als nächste Riedner agedroen.

**M. Jean-Pierre Klein (LSAP).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, Merci dem Reporter fir seng Rapporten. Waasser ass eng vun deene wichtegste Ressourcen, ouni proppert Dréngwaasser kënnen mer net liewen, kee Liewewiesen! Et ass deemno vu vitalem Interesse, fir eis Quellen, Flëss a Séien ze schützen, fir all Pollutiounen esou wäit ewéi méiglech ze verhënneren a fir do, wou Gewässer scho polluëiert sinn, Moossnamen ze ergreifen, fir d'Waasserqualitéit erëm hierzestellen a weider ze verbesseren.

D'Séien an d'Flëss kenne keng politesch Grenzen. D'Politiker hu sech awer oft un esou natierlechen Demarcatiounen orientéiert, wa se Grenze festgeluecht hunn. De Schutz vun de Gewässer ass ganz wichteg oder huet nëmme Sënn, wann all d'Länner, déi Zougank zu engem Séi hunn oder d'uerch déi e Floss leeft, sech am selwechte Mooss fir dës Zil asetzen.

Dat war och eng vun de Grondideeën vun der Konventioun, déi 1992 zu Helsinki adoptéiert gouf. Wat méi Länner sech am Beräich vum Schutz vun de Gewässer engagieren, wat et besser ass. Mir kënnen et dofir nëmme begrëssen, wa Länner, déi ursprénglech net an de Beräich vun dëser Konventioun gefall sinn, froen, fir mat agebonnen ze ginn. Dat ass net nëmme e Fortschritt fir dës Länner, mä e Gewënn fir all Parteien vun der Konventioun a besonnesch fir déi Staaten, déi op hirem Territoire Gewässer hunn, déi se mat aneren deelen an déi bis elo net konnte bäitrieden.

Et ass och e Gewënn iwwert de Problem vun der Waasserqualitéit eraus. A ville Regiounen vun der Welt ass d'Waasser eng knapp Ressource an net selte féiert dat zu

seriösen Auseinandersetzungen. Eng grenziwwerschreidende Zesummenaarbecht fir d'Protektioun vun de Gewässer ass och eng ideal Plattform, fir méiglech Interessenkonflikter bei der Waasserversuerung friddlech ze léisen.

Am Exposé des motifs heescht et, d'Amendementer, deene mer hei zoustëmme sollen, hätte keng direkt Auswierkungen op Lëtzebuerg. Et géif hei dorëms goen aneren de Wee fräi ze maachen, fir am Kader vun der Konventioun e verbindlechen Engagement anzegeen.

Länner maachen de Schutz vu Ressourcen a méi konkret de Schutz vun de Gewässer zu enger Prioritéit. Dat misst och fir eis gëllen. Am Exposé des motifs gëtt d'EU-Direktiv ernimmt, déi sech op d'Konventioun, ëm déi et hei geet, stützt an e Kader gëtt fir d'Waasserpolitik innerhalb vun der Europäescher Unioun.

Dës Direktiv hätten all d'Memberstate misse bis Enn 2003 ëmsetzen. Dat ass och zu Lëtzebuerg nach net geschitt. Dës Projet de loi, dee mer elo haut hei sollen arretéieren, huet zwar net direkt eppes ze di mat der Transpositioun vun där EU-Direktiv an nationaalt Recht, ech hoffen awer – wann Der mir déi perséinlech Remarque erlaabt –, dass dës Debatt an der Chamber eis dorun erënnert, dass och zu Lëtzebuerg Handlungsbedarf besteet.

Dir Dammen an Dir Hären, d'LSAP-Fraktioun begrëisst all Efforten, déi am Beräich vum Schutz vun de Gewässer gemaach ginn. Si gëtt dofir selbstverständlech hiren Accord zu dësem Projet de loi.

**Une voix.** - Très bien.

**M. le Président.** - Merci, Här Klein. Den nächste Riedner ass den Här Henckes.

**(Interruption)**

Pardon.



Chambre  
des Députés

L U X E M B O U R G

d'Chamber live

Chamber TV

och an der Rediffusioun

all Sëtzungsdag

vun 19:00 Auer un

d'Chamber online op

www.chd.lu

mat de Rubriken

■ Composition  
& Organisation

■ Séances publiques  
& Commissions

■ Hôtel de la Chambre

■ Portail documentaire

■ Web TV live



**M. Jacques-Yves Henckes (ADR).** - Här President, ech wollt just nuren am Numm vun onser Fraktioun den Accord zum Projet de loi ginn.

**M. le Président.** - Ech wëll selbstverständlech d'Fraktioun vun deene Gréngen hei net iwwergoen. Dir waart net op menger Lëscht hei ageschriwwen, dofir hat ech lech net ernimmt, mä den Här Gira wëllt och eppes zum Projet soen. Här Gira!

**M. Camille Gira (DÉI GRÉNG).** - Här President, ech sinn och ganz séier fäerdeg. Ech wollt dem Rapporteur Merci soe fir säi Rapport an lech just nach matdeelen, dass mir dëst Gesetz selbstverständlech och wäerte stëmmen.

**Une voix.** - Très bien.

**M. le Président.** - Très bien. Dann huet elo den zoustännege Minister, den Här Jean-Marie Halsdorf, d'Wuert. Här Halsdorf!

**M. Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech menge bei dësem Gesetzesprojet, wou ech heibanne spieren, dass e grouse Konsensus besteet, brauch ech net onbedéngt an de Detail ze goen. Et soll ee sech awer bewosst sinn, dass mer hei am Fong geholl eng Konvention maachen, wou lwwerflächewaasser a Grundwaasser betraff sinn, wat awer wierklech Elementer sinn, déi sécherlech an der Wasserrahmenrichtlinie, déi mir an den nächste Wochen hei an der Chamber déposéiere wäerten, eng grouss Roll spillen.

Ech wëll gären nach eng Kéier déi grouss Prinzipie rappeliéieren, déi hei eng Roll spillen: de Précautionsprinzip, dee vun deene Staaten applizéiert gi muss; de Verursacherprinzip, dee ganz wichteg ass, an d'Nohaltegkeet solle mer an den lwwerleeungen am Waasserberäich ëmmer virun Aen hunn. Déi preventiv a kurativ Mesuren, déi vun de State geholl ginn, musen sech och heiren orientéieren.

Dir sollt lech och dorun orientéieren, wat de Rapporteur virdu gesot a mech och gefrot huet. Hien huet op där enger Säit e gudd Rapport gemaach, wou all Elementer vun dësem Konvention oder vun dësem Projet de loi dra waren, an hien huet mech gefrot, wou d'Wasserrahmenrichtlinie drun ass.

Do kann ech him an lech hei an der Chamber soen, Dir Dammen an Dir Hären, dass um Fong de Projet fäerdeg ass, dat heescht all Dispositione vun der Direktiv, déi do gefrot gi sinn, sinn niddergeschriwwen, si fäerdeg.

#### (Coups de cloche de la Présidence)

Mir sinn elo amgaangen, géif ech soen, nach iwwert d'Form ze diskutéieren, dat heescht mir mussen elo nach déi juristesche Kohärenz an dat Ganzt kréien. Ech wäert an den nächste Wochen déi zoustännege Ministere mat deem Projet befaassen, dat heescht an deem heite Fall d'Ministere vun der Agriculture, den Travaux publics an dem Environnement. Duerno wäert ech da mam Projet an de Conseil de Gouvernement goen. Natierlech vergiessen ech net déi sou genannte Société civile mat anzebannen, mat den ONGen, dat wäerte mer maachen.

Mir sollen eis awer bewosst sinn, dass dat, wat mer elo an den nächste Woche maachen, net nëmme d'Émsetze vun enger Direktiv ass, mä dass et am Fong geholl e richteg neit Waassergesetz ass, well et si wierklech Elementer, wéi zum Beispill d'Waassermengewirtschaft, d'Hydrologie op Franséisch, déi gëtt am Fong och hei nei geregelt. Do hate mer eng Gesetzgebung aus den 20er Joren. Déi wëlle mer mat dësem Projet de loi, deen also an deenen nächste

Wochen an der Chamber déposéiert gëtt, änneren. Ech géif soen am Laf vum Februar wäert dat geschéien. Da wäerte mer déi Diskussiounen hei féieren. Déi wäerte spannend ginn.

Mir hu Mëtt Februar, wann ech dat richteg verstanen hunn, och nach eng Interpellation vum Här Calmes, och am Beräich vum Waasser, esou dass mer eis alleguerte bewosst sinn, dass an deem Beräich nach munches hei zu Lëtzebuerg ze maache bleift.

Ech soen lech Merci fir Är Opmierksamkeit an ech wier frou, wann d'Chamber da géif dëse Projet de loi stëmmen.

**M. le Président.** - Merci, Här Minister.

Mir kommen dann zur Ofstëmmung iwwert de Projet de loi 5378.

#### Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel

De Projet de loi 5378 ass mat 60 Jo-Stëmmen uegheoll.

*Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrigh-Duval, Nancy Arendt (par M. Marc Spautz), M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen (par M. Laurent Mosar), MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert, Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, François Maroldt, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Patrick Santer, Marcel Sauber, Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen (par M. Marcel Oberweis), MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter;*

*MM. Marc Angel, Alex Bodry, John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err (par M. Roger Negri), MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein, Mme Lydia Mutsch, MM. Roger Negri, Jos Scheuer (par M. Marc Angel), Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz (par Mme Claudia Dall'Agnol);*

*MM. Xavier Bettel, Niki Bettendorf, Mme Anne Brasseur, M. Emile Calmes, Mme Colette Flesch (par M. Xavier Bettel), MM. Charles Goerens, Henri Grethen, Paul Helming, Claude Meisch (par M. Henri Grethen) et Carlo Wagner;*

*MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox et Mme Viviane Loschetter;*

*MM. Gast Gibéryen (par M. Robert Mehlen), Jacques-Yves Henckes, Aly Jaerling, Jean-Pierre Koepf et Robert Mehlen.*

Gëtt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

#### (Assentiment)

Dann ass et esou decidéiert.

Mir kommen dann zum leschte Projet de loi fir haut, zum Projet iwwert d'Personal aus dem Kontrollservice vun der Gemengekontabilität. D'Wuert huet de Rapporteur vum Projet de loi, den honorabelen Här François Maroldt.

#### 4. 5493 - Projet de loi portant fixation du cadre du personnel du Service de contrôle de la comptabilité des communes et modifiant la loi du 16 août 1966 portant:

**a) modification de la loi du 31 mars 1958 portant organisation des cadres de l'administration gouvernementale;**

**b) organisation des cadres de la Trésorerie de l'État, de la Caisse générale de l'État et du Service de contrôle de la**

#### comptabilité des communes et de certains établissements publics

##### Rapport de la Commission des Affaires intérieures et de l'Aménagement du Territoire

**M. François Maroldt (CSV), rapporteur.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, dëse Projet gouf a senger aktueller Form de 16. August 2005 vum Innenminister an der Chamber déposéiert a beschäftegt sech mat der Festleeung vum Personal vum Service de contrôle de la comptabilité vun de Gemengen.

D'Gemengegesetz vum 13. Dezember 1988 seet a sengem Artikel 147, dass d'Kontroll vum Budgeten, de Konten, der Kontabilität an de Keessen duerch e spezielle Service, genannt «Service de contrôle de la comptabilité des communes», stattfënn. D'Mission vun dësem Service besteet doran, periodesch d'Keesse vun der Kontabilität vun de Gemengen am Fong ze kontrolléieren.

De Projet 5493 huet als Zil, de Kader vum Personal vum besote Service mat Beamten aus der Carrière supérieure de l'attaché de Gouvernement ze komplettéieren. De Service fonctionnéiert momentan mat engem Kader vun: aacht Kontrolleren aus der Carrière moyenne vum Redakter, engem Beamten aus der Carrière vum Verwaltungsexpéditionnaire, engem Coursier an zwee Employéé beim Stat. D'Direktion vum Service huet e Beamte mam Grad vum Inspecteur principal éischten Ranges.

D'Auteurs vun dësem Projet hu verschide Grënn, op Basis vun deene se eng Ännerung vum Service virschloen. Un éischer Stell steet d'Komplexitéit vun de Verwaltungsprozeduren, déi et ze kontrolléiere géllt. Donieft sinn awer um Gemengesektor och nei administrativ Strukturen derbäikomm. Ech denke virun allem un d'Gemengesyndikater, awer och un d'Liberaliséierung vu verschidde Marchéen, déi am Raum steet.

Dës Evolution mécht en Unhiewe vun der Qualifikatioun néideg, fir weiderhin de gudd Fonctionnement am Service de contrôle ze garantéieren. Esou soll de Poste vum Chef vum Service vun engem Beamten aus der Carrière supérieure – en Attaché de Gouvernement – besat ginn. Dëse soll vu senger Ausbildung hier entweder Jurist oder Ekonomist sinn.

D'Konditione fir d'Nominatioun an d'Beförderung vun de Beamte vum Service de contrôle vun de Gemenge sinn déiselwecht wéi fir d'Beamte vun der Regierungsverwaltung. Si si festgeluecht duerch e groussherzoglecht Reglement, dat der Spezifitéit vum Service de contrôle vun der Gemengekontabilität Rechnung dréit.

A sengem Avis vum 26. Oktober 2004 zum ursprüngelechen Text huet de Statsrot drop higewisen, dass et absolut noutwendeg wier, d'Konditione vun der Nominatioun an der Beförderung vum Kader vum Kontrollservice vun de Gemengen ze präziséieren. Et gouf nämlech festgestallt, dass et säit Abrogation vum Gesetz vum 1999 keng rechtlech Virschäfte méi gëtt, déi de besote Service concernéieren. Esou ass dann am Artikel 1 (5) vum aktuellen Text festgehale ginn, dass d'Konditione déiselwecht si wéi fir d'Beamten aus der Regierungsverwaltung. Déi besote Konditione sinn duerch e groussherzoglecht Reglement vum 23. September 2005 festgesat, dat awer och der Spezifitéit vum Service Rechnung dréit. Esou huet dann de Statsrot a sengem Avis complémentaire vum 27. September 2005 näischt méi ze bemierken a gëtt säin Accord.

#### (M. Niki Bettendorf prend la Présidence)

Erlaabt mer nach eng kuerz Bemierkung. An der Versammlung vun der Commission des Affaires intérieures et de l'Aménagement du Territoire vum 1. Dezember 2005 huet eis den Här Minister präziséiert, dass virgesinn ass, eng Cour des Comptes anzeriichten, déi sech exklusiv mat der Gemengekontabilität beschäftegt, nom Virbild vun der Cour des Comptes fir d'Organer, d'Servicer an d'Verwaltung vum Stat. Wat d'Uerdnung vun der Nominatioun an der Beförderung vum Personal vum Service de contrôle vun de Gemengen ugeet, huet de Minister drop higewisen, dass dës Leit spéiderhin ouni Problem bei déi zukünfteg Cour des Comptes communale eriwuerwiessle kënnen.

Et gouf och drop higewisen, dass bis zur definitiver Arichtung vun der beschriwwener Cour des Comptes fir d'Gemengen de Service de contrôle scho lues a lues soll d'Arbeitsmethode vun där zukünfteger Cour des Comptes unhuelen. Esou kéint een zum Beispill Auditen a verschidde Beräicher virgesinn, déi dann duerch Rapporte kéinte finaliséiert an un déi kontrolléiert Gemenge geschéckt ginn.

Schlussendlech sollt ee festhalen, dass duerch dëst neit Gesetz de Service de contrôle net nëmme opgewäert gëtt, mä d'Gemenge kréien och en Instrument zur Hand, dat hinnen hëllef kann, duerch e kritesche Feedback vun der Gestéioun vun hire Finanzen hir Aarbecht an dësem Beräich nach méi effektiv ze gestalten.

Dëst gesot, ginn ech den Accord vun der CSV-Fraktioun zu dësem Projet a soen lech Merci fir Är Opmierksamkeit.

**Plusieurs voix.** - Très bien!

**M. le Président.** - Merci villmools. Den nächsten ageschriwwene Riedner ass den Här Calmes.

#### Discussion générale

**M. Emile Calmes (DP).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, erlaabt mer dem Rapporteur hei fir säi schrëftlechen a mündleche Rapport ze félicitéieren. Ech mengen, et ass bal alles gesot zu deem Gesetz hei. Et geet a sech drëm, fir Universitären oder Leit aus dem Cadre supérieur an déi Verwaltung hei eranzehuelen. Ech mengen, mat zwielef Leit kann een och net soen, dat hei en Deel ass vun der Verwaltung, deen iwwerbesat ass.

Déi aacht Redaktere mat dem Expéditionnaire a puer Employéén hu bis elo missen 118 Gemenge kontrolléieren; an Zukunft 116. Do kënn Der lech jo virstellen, dat dat net ganz am Detail ka gemaach ginn. Dat ass och net esou geduecht gewiescht. Ech mengen, déi Leit aus dem Contrôle, wéi mir dat soen, si periodesch an deene verschidde Gemenge passéiert, hu punktuell Kontroll gemaach, Stéchprouwe gemaach. Ech mengen och, dat se dat mat Geschéck gemaach hunn.

Souwäit ech weess, mengen ech och net, dat se an hirer Aufgab schrecklech vill Irrégularitéite konnte feststellen. Wa se der festgestallt hunn, dann ass eng Note un d'Gemeng gaangen, déi da jo och am Kader vun de Konte gemaach gëtt, wou dann de Gemengerot driwwer informéiert gëtt a wou da versicht gëtt, dat Joer drop dat da besser ze maache wat net gutt war. Et muss ee jo och soen, dat nieft den Dépenses, déi bei de Gemenge gemaach ginn, am Virfeld jo e Contrôle ass um Niveau vum Distriktskommissariat, awer och am Intérieur, am Service des Finances, wou jo alles ganz streng gekuckt gëtt ier et autoriséiert gëtt.

Dat hei, gëtt gesot, wier de Virleefer vun enger Cour des Comptes, eng Iddi, déi a sech gebuer ginn

ass à la suite vun deem Débat, dee mer virun zwee Joer hei haten iwwert d'Kompetenzverdeelung tëschent dem Stat an de Gemengen. Wann dat mess sinn, nach eng zweet Cour des Comptes nieft där, déi mer schonn hunn, da soll et wierklech eng fir d'Gemenge sinn an da soll déi sech och autonom kënnen mat der Kontabilität vun de Gemenge beschäftegen.

Mä ech mengen, ier mer dee leschte Schrott maachen, fir esou eng Cour des Comptes ze maachen – wéi gesot, wann dat och nach ëmmer muss sinn –, hu mer d'Geleeenheet, an där zoustännege Kommissioun, déi elo siégéiert an iwwert d'Reorganisation territoriale vun de Gemenge schwätzt, wou de Sujet vun der Verdeelung vun der Kompetenz tëschent Stat a Gemenge jo diskutéiert gëtt, dat nach eemol am Detail ze diskutéieren an dann och wat d'Kompetenze vun där Cour solle sinn.

Mä dat soll eis awer net dovun ofhalen, dat Gesetz hei ze stëmmen. An deem Sënn géif ech och den Accord vun eiser Fraktioun hei bréngen. Merci.

**Une voix.** - Très bien.

**M. le Président.** - Merci, Här Calmes. Den nächsten ageschriwwene Riedner ass den Här Diederich. Dir hutt d'Wuert, Här Diederich.

**M. Fernand Diederich (LSAP).** - Här President, Här Minister, Dir Dammen an Dir Hären, am Exposé des motifs ass d'Ännerung, déi an dësem Projet virgesinn ass, ënner anerem dorop zréckzeféieren, dat den Aarbechtvolumen an d'Komplexitéit vun de Matière, déi dem Contrôle ënnerleien, ëmmer méi zohuelen, wougéint den Effectif an d'Strukture vum Service zënter 1954 net geännert hunn.

Vu datt d'Aart a Weis, wéi de Contrôle exercéiert gëtt, haaptäschlech vun de Leit ofhänkt, déi dëse Contrôle ausüben, an net vun de Gesetzestexter an de Paragraphen, wëllt ech deenen zwielef Beamten aus dësem spezifesche Service Merci soe fir hir Aarbecht, déi se ausféieren, ouni d'Receveuren ze vill ze ploen oder ze schikanéieren.

Et war net ëmmer esou, mä ech mengen de Moment – et sinn nëmme zwielef Leit, déi kennen da bal déi meesch – ass awer d'Situatioun dann deemom besser. Dës Leit aus der Carrière moyenne si fir hir Aarbecht gutt outilléiert, kennen duerch hir Erfahrung d'Rouag vum der Gemengekontabilität a wëssen, op wat fir enge Punkte se haaptäschlech mussen intervenéieren.

Ze begrëissen ass och, dat d'Receveuren net méi mussen mat hirem ganze Bagage a schwéiere Wallisse wéi an der Vergaangenheet an d'Stad kommen, mä datt d'Controlleure sech an d'Gemengen déplacéieren. D'Aarbecht vun de Controlleure gëtt awer och erlichtert doduerch, dat d'Receveuren hir Aarbecht gewëssenhaft a kompetent maachen an de Gemengen, woufir ech hinnen och wëllt vun hei aus e grouse Merci soen.

Meng Virriedner si schonn op déi nei Cour des Comptes fir d'Gemengekontabilität agaangen. Ech wëll just nach soen, wa laut den Auteurs vum Projet ënner anerem d'Komplexitéit vun den administrative Prozeduren an déi nei administrativ Strukturen ënnerhalb vum Secteur communal, wéi d'Gemengesyndikater, déi virgesinnen Ännerungen erklären, sou ass et fir mech awer och wichteg als Politiker, dat et eng Obligatioun ass fir eis, am Kader vun der Réforme administrative fir eng Simplificatioun vun de Prozeduren ze suergen.

Ech schwätzen déi lescht Zäit ganz oft mat enger Rei vu Receveuren. Déi soen, dat se sech géigesäiteg ëmmer mussen consultéieren, urufen, fir op eng ganz Rei praktesch Froen ze äntwerten, well a ville



Froen am Detail Schwieregkeete sinn, datt d'Leit also ganz oft net genuch am Bild sinn, datt se zum Beispill wéinst dem Ausrechnen vu Paien dann duerch d'ganz Land uruffen. Ech mengen, et wier gutt, wa mer och hei géifen déi Gesetzer schafen an déi Reglementer maachen, datt och d'Leit um Terrain kënnt méi einfach domadder ëmgoen.

**(M. Lucien Weiler reprend la Présidence)**

Zum Schluss wëllt ech nach soen, datt dem Bedenke vum Statsrot am initialen Text Rechnung gedroe ginn ass, datt mer den Text ëmgeännert hunn an deem Sënn, datt e konnt och an der Kommissioun esou unanime ugeholl ginn. Ech wëll zum Schluss dann och den Accord vu menger Fraktioun ginn.

Merci.

**Plusieurs voix.** - Très bien.

**M. le Président.** - Merci, Här Diederich. Als nächste Riedner ass den Här Camille Gira agedroen. Här Gira!

**M. Camille Gira (DÉI GRÉNG).** - Här President, Dir Damen an Dir Hären, ech wëll dem Rapporteur Merci soe fir säi schrëftlechen a mündleche Rapport an och direkt soen, dass mir dëse Projet selbstverständlech wäerte stëmmen. Just zwou kuerz Bemerkungen, déi deelweis dat opgräifen, wat meng Virriedner scho gesot hunn.

Déi Gréng drängen och drop, dass mer déi Reform vum Contrôle vun de Gemegefinanze kréien. Ech mengen, grad a méi schwierigen Zäite wéi se virun eis stinn ass et wichteg, dass déi öffentlech Gelder, déi do sinn, effikass kënnen agesat ginn. An ech mengen, mir mussen et fäerdeg bréngen, beim Contrôle vun de Gemegefinanze deeselwechte Qualitëtsprung ze kréien, dee mer beim Stat iwwert d'Afféierung vun der Cour des Comptes kritt hunn.

Amplaz dass virun de President vun der Chambre des Comptes 30.000 Rechnungen ënnerschriwwen huet an doduerch, dass en alles huet misse kontrolléieren, näischt méi konnt kontrolléieren, si mer zu engem System komm, wou mer geziilt eng Rei Felder probéieren opzegräifen. Fir ze kucken, wéi a verschiddene staatleche Verwaltung mat den öffentleche Gelder ëmgaange gëtt, muss et och méiglech sinn, dass mer eng ähnlech Method kréie bei de Gemengen.

Näischt dergéint wann e Finanzkontroller kuckt, ob de Schoulmeeschter dann och eng Rechnung derbäi hätt, wéi en um Schoulausflug eng Pizza iesse gaangen ass mat de Schüler a Schülerinnen, mä ech mengen et wier méi sënnavoll, wa mer eng Cour des Comptes des finances communales hätten, déi zum Beispill e puer Joer nom neien Aus-

schreibungsgesetz géng kucken, wéi an de Gemengen dat neit Ausschreibungsgesetz géng ëmgesat ginn, e Rapport virlees mat deem, wat richteg gemaach gëtt, mat deem, wat falsch gemaach gëtt, fir dass och aner Gemenge kënnen profitéieren vu gudden an och léieren aus schlechte Praktiken vun anere Gemengen.

Ech mengen, dat wier e Wonsch, dee mer hätten, dass mer esou séier wéi méiglech dozou géngen iwwergoen, fir dass mer nach méi effikass kënnen mat kommunale Gelder ëmgoen.

Ech wollt dann awer direkt och soen, dass awer eigentlech näischt, fannen ech, verhénnert, dass an enger Iwwergangszäit deen aktuelle Service de contrôle och scho kéint probéieren, déi do Richtung anzeschloen a sech kéint dat eent oder anert Thema virhuelen an domat an eng ganz Rei Gemenge goen a kucken, ob da wierklech Saachen uniform ëmgesat ginn, ob se konform zu de bestehende Gesetzer ëmgesat ginn. Ech mengen net, dass déi bestehend Législatioun dat géng verhénnern. Dat wier eng Recommandatioun, déi ech dem Innenminister géng mat op de Wee ginn, wéi gesot, mat dem Zousproch vun eiser Fraktioun fir dëse Projet.

Ech soen lech Merci.

**M. le Président.** - Merci, Här Gira. Als leschte Riedner ass geschriwwen den Här Jaerling.

**M. Aly Jaerling (ADR).** - Den Här Henckes ersetzt mech. Ech hunn elo keng Ried ausgeschafft.

**(Hilarité)**

**M. le Président.** - Also, op Wonsch vum Här Jaerling ersetzt den Här Henckes hien als Riedner.

**(Interruptions diverses)**

**M. Jacques-Yves Henckes (ADR).** - Merci, Här President, mir wëllen natierlech och den Accord bréngen vun onser Fraktioun zu deem Projet de loi, well en noutwendeg ass aus ville prakteschen Ursaachen. Mä ech wëll awer och d'Geleeënheet benotzen, fir drop hinzuweisen, datt awer och muss gekuckt gi fir verschidde Problemer ze debattéieren am Kader vun der Kontabilitéit vun de Budgeten.

Notamment déi, wann d'Gemengen u verschiddene méi kommerziellen Aktivitéite participéieren, wéi déi vum Kaf a Verkaf vun Elektresch beispillsweis, datt deen Ablack awer och misst virgesi ginn, datt d'Kontabilitéit misst kënnen gemaach ginn net no der Budgetgesetzgebung, wéi mer se elo kennen, mä datt ee misst sech en conformité mat de Gesetzgebunge setzen, déi de Kaf a Verkaf vun Energie reglementéieren, datt een also esou eng Comptabilité commerciale huet.

Datselwecht géng dann natierlech och als Konsequenz hunn, datt de Service de contrôle de la comptabilité communale och misst déi Kompetenze kréien, fir gegebenefalls och do kënnen eng Supervisioun ze maachen. Do leien also nach e puer Défië virun der Regierung, an ech wollt déi Reflexiounen, déi mer ganz oft an der Stad Lëtzebuerg féieren, awer och un den Här Minister weiderginn.

Deen zweete Punkt, deen an der Diskussioun elo stoung, dat ass, ob ee soll e separate Service vun der Comptabilité communale, eng Aart Cour des Comptes communale aféieren.

Mir si relativ skeptesch vis-à-vis vun esou enger Iddi. Wann ee sollt eppes maachen an deem Sënn, da géinge mer éischer eng Sektoun gesinn an der Cour des Comptes au niveau national, déi mer schonn hunn, a wou kënt roueg e separat Departement gemaach ginn. Dat schéngt mer vläicht nach eng Alternativ ze sinn. Mä fir elo zwou verschidden Administratiounen ze maachen, schéngt manifestement der Saach net dénglech ze sinn.

Dat gesot, nach eng Kéier den Accord vun onser Fraktioun zu deem Projet de loi.

**M. le Président.** - Merci, Här Jaerling. Den zoustännegen Innenminister Jean-Marie Halsdorf...

**(Hilarité)**

**M. Jacques-Yves Henckes (ADR).** - Ech sinn den Henckes.

**M. le Président.** - Pardon, Här Henckes.

**(Brouhaha général et hilarité)**

Also, Här Jaerling, et war net schlecht gemengt.

**(Hilarité)**

Dir Damen an Dir Hären, loosse mer elo eis Opmierksamkeit dem Här Innenminister Jean-Marie Halsdorf zouwenden.

**M. Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire.** - Här President, Dir Damen an Dir Hären, ech gesinn, och wat dëst Gesetz ugeet ass e grouse Konsensus heibannen. Mir sinn eis alleguerten eens, dass dës Administratioun, dëse Service de contrôle de la comptabilité des communes, deen eng gutt Aarbecht mécht – et ass jo e puermol haut ugeklongen –, dee säi Maximum gëtt, awer aus enger Zäit kënt vun 1954 – e Saz, deen oft gesot gëtt, och wa mer iwwer Réforme territoriale schwätzen. Dunn ass dës Verwaltung nämlech, dëse Service, gegrënnt ginn.

Sou ass et kloer, wann ee kuckt zum Beispill 1954, wéi vill Syndikater mer do am Land haten, déi konnt ee praktesch op zwou, dräi Hänn opzielen. Haut hu mer der bal 80 am Land, sou dass ee weess, dass den Aarbechtsopwand vun deene Leit vill méi grouss ginn ass, dass ee sech also muss d'Moyene ginn, fir déi Aarbecht an de Grëff ze kréien.

Duerfir ass d'Iddi komm, fir eben eng Carrière supérieure, en Attaché de Gouvernement, heihinner ze kréien, entweder e Jurist oder en Ekonomist. Dat wär e richteg Schrëtt an déi richteg Richtung, fir am Fong geholl lues a lues, „step by step“, wéi een esou schéi seet, an deem Beräich an eng Richtung ze goe vun enger Cour des Comptes.

Ob déi elo am Fong geholl eng eenzel gëtt fir d'Gemeng eleng oder ob se eng Partie integrante oder eng Partie annexe gëtt vun der Cour des Comptes, déi mer elo hunn, dat, mengen ech, ass net relevant. Relevant ass, dass mer weiderkommen an dass mer an déi

richteg Richtung schaffen. Mat deem Gesetz kréie mer dat hin.

Dat Gesetz huet awer nach en zweet Zil, an zwar dat, fir dëse Service de contrôle de la comptabilité des communes am Fong geholl och legal ze festegen. Bis elo hunn do Dispositiounen vun engem Gesetz vun 1966 gespilt, d'Gesetz vum 16. August 1966. An deem Gesetz hu sech d'Avancementer vun deene Leit, hir Carrière, dee ganze Fonctionnement référéiert un der Regierungsverwaltung, et war also eng Personne de référence. 1986 ass awer d'Harmoniséierungsgesetz agefouert ginn an do sinn déi Personnes de référence ofgeschaaft ginn. Also huet et och Sënn gemaach, déi Saache kohärent ze maachen; dat ass och hei geschitt.

D'lescht Joer hu mer duerfir och schonn e Règlement grand-ducal gemaach, wou d'Examen an och d'Avancementer par rapport zur Regierungsverwaltung vun dëse Leit geregelt ginn, esou dass mer elo eng Kohärenz hunn an deem Service an dass mer kënnen eng gutt Aarbecht leeschten am Intérêt vun eisen 118 Gemengen.

Duerfir wär ech och frou – an ech mengen, dass dat de Fall wäert sinn, well dëse Konsensus heibannen ass –, wann dëse Projet dann hei unanime géif gestëmmt ginn. Ech sinn och gespaant op déi Diskussiounen, déi mer an der Réforme-territoriale-s-Kommissioun wäerte féieren, fir méi performant a méi staark Gemengen ze kréien.

Merci.

**Une voix.** - Très bien.

**M. le Président.** - Merci, Här Minister. Mir kommen zur Ofstëmmung iwwert de Projet de loi 5493.

**Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel**

De Projet de loi 5493 ass ugeholl mat 59 Jo-Stëmmen.

*Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrigh-Duval, Nancy Arendt (par M. Marc Spautz), M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen (par M. Lucien Thiel), MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert, Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, François Maroldt, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Patrick Santer, Marcel Sauber, Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen (par M. Marcel Oberweis), MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter;*

*MM. Marc Angel, Alex Bodry, John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err (par Mme Claudia Dall'Agnol), MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein, Mme Lydia Mutsch, MM. Roger Negri, Jos Scheuer (par M. Romain Schneider), Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz (par M. Alex Bodry);*

*MM. Xavier Bettel, Niki Bettendorf, Mme Anne Brasseur, M. Emile Calmes, Mme Colette Flesch, MM. Charles Goerens, Henri Grethen, Paul Helminger, Claude Meisch (par M. Xavier Bettel) et Carlo Wagner;*

*MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox et Mme Viviane Loschetter;*

*MM. Jacques-Yves Henckes, Aly Jaerling, Jean-Pierre Koepf et Robert Mehlen.*

Gëtt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

**(Assentiment)**

Dann ass et esou decidéiert.

Als nächste Punkt op eiser Dagesuerdnung hu mer d'Naturalisatiounen.

## 5. Demandes en naturalisation

Dofir muss ech de Huis clos ausspriechechen.

**(Le huis clos est prononcé à 17.24 heures et levé à 17.50 heures.)**

De Huis clos ass opgehuewen an d'öffentlech Sitzung geet weider.

D'Chamber huet an hirer net öffentlecher Sitzung 90 Demandes en naturalisation mat Dispens vum zweete Vote constitutionnel ugeholl. Esou wéi d'Gesetz vum 7. Juni 1989 iwwert d'Nimm an d'Virnimm vun de Persounen, déi d'Lëtzebuerger Nationalitéit kréien, et virgesäit, huet d'Chamber sech ebenfalls mat sechs Ännerunge vun Nimm a Virnimm averstan erkläert.

## Liste des nouvelles demandes en naturalisation adoptées par la Chambre des Députés le 2 février 2006

1. ADJIBADE Kabirou Alaou, née le 17 juillet 1965 à Sègboroué (Bénin), demeurant à Luxembourg

2. AHMETI Veton, né le 7 juin 1964 à Gnjilane (Serbie-et-Monténégro), demeurant à Grevenmacher

3. AKHTER Nazma, née le 19 novembre 1984 à Chaudagram (Bangladesh), demeurant à Luxembourg

4. ALAHIANE Saida, née le 29 octobre 1966 à Beni Mellal (Maroc), demeurant à Livange

5. ARAKELIAN Susanna, née le 23 novembre 1958 à Erevan (Arménie), demeurant à Luxembourg

6. ASSANA Avampia, née le 11 juin 1952 à Matadi (République démocratique du Congo), demeurant à Howald

7. AVDIĆ Miralem, né le 23 octobre 1982 à Tuzla (Bosnie-Herzégovine), demeurant à Schifflange

8. AVDIU Fatlum, né le 24 août 1983 à Vushtrri (Serbie-et-Monténégro), demeurant à Bettembourg

9. BAHRI Mohamed Hedi, né le 30 janvier 1948 à M'Saken (Tunisie), demeurant à Remich

10. BARROS GOMES José, né le 20 janvier 1971 à Parada de Gamit/Vila Verde (Portugal), demeurant à Rodange

11. BAUER Helmut, né le 12 décembre 1956 à Trier (Allemagne), demeurant à Wahl

12. BAYEGI Ahmad, né le 2 décembre 1982 à Téhéran (Iran), demeurant à Bettembourg

13. BERVAS Yannick Christophe André, née 21 mai 1985 à Brest (France), demeurant à Remerschen

14. BLAUERTZ Maxi Gabriele, née le 1<sup>er</sup> avril 1947 à Saarbrücken (Allemagne), demeurant à Bergem

15. BOIADJIEV Jordan, né le 30 décembre 1982 à Sofia (Bulgarie), demeurant à Schifflange

16. BOJADZIĆ Mirsad, né le 1<sup>er</sup> octobre 1975 à Bijelo Polje (Serbie-et-Monténégro), demeurant à Esch-sur-Alzette

17. BORRACCI Olivier, né le 2 juillet 1983 à Arlon (Belgique), demeurant à Steinfort

18. BOULANGER Frédéric Philippe, né le 12 mai 1972 à Saint-Mard (Belgique), demeurant à Fischbach (Clervaux)

19. BOULANGER Marie-Jeanne Jacqueline Huguette Ghislaine, née le 6 mars 1963 à Verviers (Belgique), demeurant à Luxembourg

20. BRIEHL Gabriele Franziska, née le 21 avril 1955 à Riedlingen (Allemagne), demeurant à Rameldange

21. BULJUBASIĆ Admir, né le 19 novembre 1983 à Zavidovići (Bosnie-Herzégovine), demeurant à Lorentzweiler

## «Chamber aktuell»

Chamber TV vous propose tous les vendredis à 19.00 heures un résumé de l'activité parlementaire de la semaine.

L'émission est rediffusée le même soir à 20.00, 21.00, 22.00 et 23.00 heures



22. CAMIĆ Remzija, né le 8 février 1962 à Rozaje (Serbie-et-Monténégro), demeurant à Kayl

23. CATIBUSIĆ Kana, née le 5 février 1963 à Tuzla (Bosnie-Herzégovine), demeurant à Luxembourg

24. CLARAMUNT Philippe Henri, né le 19 avril 1968 à Carpentras (France), demeurant à Roeser

25. CIVIĆ Hata, née le 25 septembre 1972 à Rujnica (Bosnie-Herzégovine), demeurant à Nocher

26. CROUGHS Jean Luc René Jacques, né le 12 juin 1959 à Arlon (Belgique), demeurant à Sanem

27. DA SILVA MATOS Paulo Jorge, né le 23 septembre 1971 à Rheine (Allemagne), demeurant à Bereldange

28. DA VEIGA RODRIGUES Euridice Helena, née le 4 février 1982 à Nossa Senhora da Graça (Cap-Vert), demeurant à Niederfeulen

29. DALLE MESE Sébastien Mehdi, né le 20 mai 1983 à Thionville (France), demeurant à Luxembourg

30. DELGADO DA PIEDADE Isabel Maria, née le 2 août 1969 à Barreiro (Portugal), demeurant à Rumelange

La personne préqualifiée est autorisée à porter les nom et prénoms de DA PIEDADE Isabel Maria.

31. DOS REIS AFONSO Carina Alexandra, née le 10 janvier 1984 à Sobral/Mortagua (Portugal), demeurant à Dudelange

La personne préqualifiée est autorisée à porter les nom et prénoms de REIS Carina Alexandra.

32. DOSTERT Elke Josefina, née le 3 août 1966 à Trier (Allemagne), demeurant à Mertert

33. DUHAMEL Frédéric Odier Anne, né le 28 décembre 1963 à Oudenaarde (Belgique), demeurant à Dudelange

34. ENGEL Hans-Jürgen, né le 14 février 1957 à Hermeskeil (Allemagne), demeurant à Mondorf-les-Bains

35. ESTANQUEIRO FIGUEIREDO Maria do Rosario, née le 28 novembre 1979 à Lavos/Figueira da Foz (Portugal), demeurant à Bettembourg

36. FARIAT Salah Eddine, né le 17 juin 1972 à Casablanca (Maroc), demeurant à Luxembourg

37. FERREIRA GONÇALVES Clara Maria, née le 5 septembre 1976 à Lourical/Pombal (Portugal), demeurant à Differdange

La personne préqualifiée est autorisée à porter les nom et prénoms de GONÇALVES Clara Maria.

38. FORTES Hirondino Espirito Santo, né le 9 avril 1969 à Nossa Senhora do Rosario/Ribeira Grande (Cap-Vert), demeurant à Luxembourg

39. FORTES DIAS Francisca, née le 6 janvier 1951 à Santo André (Cap-Vert), demeurant à Rollingen

40. FRITZE Bernd Wolfgang Dietrich, né le 14 septembre 1940 à Berlin (Allemagne), demeurant à Olm

41. GERARD Florence Lucienne Ginda Ghislaine, née le 28 avril 1969 à Ottignies/Nivelles (Belgique), demeurant à Luxembourg

42. GORQAJ Gadaf, né le 6 juillet 1982 à Peć (Serbie-et-Monténégro), demeurant à Dudelange

43. HAKIZIMANA Christine, née le 16 octobre 1954 à Gafunzo (Rwanda), demeurant à Ettelbruck

La personne préqualifiée est autorisée à porter les nom et prénom de HACK Christine.

44. HENNICO Dominique, née le 19 mars 1960 à Arlon (Belgique), demeurant à Steinsel

45. JOUBERT Jonathan Dominique Marie, né le 12 septembre 1979 à Metz (France), demeurant à Grevenmacher

46. ISSA Béchera, né le 20 novembre 1940 à Haïfa (Israël), demeurant à Strassen

47. KHEMICI Ouahid, né le 16 janvier 1968 à Hamma-Bouziane (Algérie), demeurant à Luxembourg

48. KRUSKO Elvedina, née le 5 mars 1982 à Trepce (Bosnie-Herzégovine), demeurant à Luxembourg

49. LEAL DA SILVA Juscelino José, né le 12 octobre 1979 à Nossa Senhora da Graça/Praia (Cap-Vert), demeurant à Luxembourg

50. LICINA Armela, née le 9 mai 1978 à Skopje (Macédoine), demeurant à Bettembourg

51. LIU Suhai, né le 28 mai 1985 à Qingtian/Zhejiang (Chine), demeurant à Dudelange

52. LOPES DA SILVA Mario, né le 6 septembre 1957 à Vila Nova de Ourem (Portugal), demeurant à Esch-sur-Alzette

53. LOSCHATOVA Svetlana, née le 29 mars 1960 à Moscou (Russie), demeurant à Luxembourg

54. MARKOVSKI Yan, né le 28 décembre 1980 à St-Petersbourg (Russie), demeurant à Luxembourg

55. MONTANARI Lina Felicina, née le 13 mars 1944 à Mont-Saint-Martin (France), demeurant à Bascharage

56. MONTEIRO Luis Wagner, né le 10 juin 1972 à São Paulo (Brésil), demeurant à Roullingen

57. VANDENBRIELE Marleen Ilse Marina Ghislaine, née le 28 juillet 1974 à Tongeren (Belgique), demeurant à Roullingen

58. MOREIRA DUARTE Ana Paula, née le 15 avril 1963 à Montelavar/Sintra (Portugal), demeurant à Esch-sur-Alzette

L'intéressée préqualifiée est autorisée à porter les nom et prénom de DUARTE Paula.

59. MUJANOVIĆ Asmir, né le 3 mars 1983 à Zenica (Bosnie-Herzégovine), demeurant à Luxembourg

60. NIZET Pierre Armand Jeanne Ghislain, né le 6 novembre 1958 à Esneux (Belgique), demeurant à Muenschecker

61. NOVAIS MENDES José Faustino, né le 14 août 1965 à Mesão Frio/Guimaraes (Portugal), demeurant à Differdange

62. OSTYN Laetitia Beatrice Erika, née le 26 avril 1978 à Woluwe-Saint-Lambert (Belgique), demeurant à Luxembourg

63. PEREIRA FERRAZ Paulo Miguel, né le 12 mai 1979 à Mortagua (Portugal), demeurant à Grevenmacher

64. PEREIRA TAVARES Gracelindo, né le 27 octobre 1975 à Nossa Senhora da Graça/Sotavento (Cap-Vert), demeurant à Schifflange

65. PLJEVALJCIĆ Tamara, née le 29 août 1981 à Sarajevo (Bosnie-Herzégovine), demeurant à Differdange

66. POPOV Andrei, né le 3 novembre 1967 à Kalouga (Russie), demeurant à Luxembourg

67. PORTELA Ferreira Luis Alexandre, né le 24 avril 1980 à Massarelos/Porto (Portugal), demeurant à Luxembourg

68. REITER Ernst Theodor, né le 5 décembre 1960 à Bitburg (Allemagne), demeurant à Heinerscheid

69. RODRIGUES Maria Eunice, née le 2 mars 1964 à Santo Antonio das Pombas/Paul (Cap-Vert), demeurant à Diekirch

70. RODRIGUES DE MOURA Luis Filipe, né le 29 décembre 1973 à Lordelo/Vil Real (Portugal), demeurant à Luxembourg

71. RODRIGUES PEREIRA Maria Alice, née le 19 juillet 1961 à Cervaes/Vila Verde (Portugal), demeurant à Diekirch

La personne préqualifiée est autorisée à porter les nom et prénoms de PEREIRA Alice Maria.

72. ROLLAND Isabelle Marie-Josèphe, née le 5 juin 1961 à Palaiseau (France), demeurant à Bertrange

73. SAVIĆ Zoran, né le 7 octobre 1976 à Gnjilane (Serbie-et-Monténégro), demeurant à Schifflange

74. SELMANI Nebojša, né le 11 mai 1973 à Debar (Macédoine), demeurant à Ingeldorf

75. MAMUTI Marina, née le 10 décembre 1975 à Debar (Macédoine), demeurant à Ingeldorf

76. SHAHRBAN Alireza, né le 12 janvier 1975 à Esfahan (Iran), demeurant à Colmar-Berg

77. SILVA DELGADO Vanda, née le 15 avril 1979 à São João Baptista/Porto Novo (Cap-Vert), demeurant à Diekirch

78. TAVARES MONTEIRO Olivia, née le 10 novembre 1960 à Angolares/São Tomé (Cap-Vert), demeurant à Esch-sur-Alzette

79. TEMEREVA Ljudmila, née le 6 juillet 1967 à Zotino (Russie), demeurant à Luxembourg

80. TERKI Nadia, née le 9 août 1958 à Alger (Algérie), demeurant à Howald

81. TIMMERMANN Patrick Jules Roger Alain, né le 21 janvier 1966 à Addis-Abéba (Éthiopie), demeurant à Saeul

82. TURBAN Isabelle, née le 18 décembre 1973 à Longwy (France), demeurant à Itzig

83. VANINA Elena, née le 1<sup>er</sup> décembre 1970 à Nagornoïe/Moscou (Russie), demeurant à Rollingen

84. VELLILAMTHADATHIL Emma-nuval José, né le 6 avril 1970 à East Marady/Kerala (Inde), demeurant à Rodange

85. VIRAG Dražen, né le 6 mai 1964 à Osijek (Croatie), demeurant à Remich

86. KRUPESA Brank, née le 1<sup>er</sup> mars 1964 à Beli Manastir (Croatie), demeurant à Remich

87. XHONNEUX Detlef Jean Marie-Thérèse, né le 27 février 1967 à Eupen (Belgique), demeurant à Heinerscheid

88. BAUMGARTEN Alexandra, née le 24 novembre 1970 à Eupen (Belgique), demeurant à Heinerscheid

89. YMERAGA Betim, né le 30 décembre 1962 à Gjakove (Serbie-et-

## Sommaire des séances publiques

Dépôt de deux projets de loi page 209

Communication page 209

Ordre du jour page 209

Déclaration de M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État relative à l'OPA de Mittal Steel sur Arcelor suivie d'un débat et

Questions urgentes N°882 de M. Henri Kox et N°884 de M. Aly Jaerling relative à la reprise d'Arcelor pages 209-214

Question urgente N°886 de M. Xavier Bettel relative à l'incendie au Centre pénitentiaire de Schrassig page 214

Heure d'actualité demandée par le groupe DP au sujet de la situation des mineurs ainsi que du trafic de drogues au sein du Centre pénitentiaire de Schrassig pages 214-217

Heure d'actualité demandée par le groupe ADR au sujet de la perquisition récente chez RTL et le respect de la liberté de la presse pages 217-220

5354 - Projet de loi portant:

1. introduction notamment de l'instruction simplifiée du contrôle judiciaire et réglementant les nullités de la procédure d'enquête;

2. modification de différents articles du Code d'instruction criminelle, et

3. abrogation de différentes lois pages 220-221

Communications pages 222-223

Renouvellement de la nomination du Commissaire aux Comptes de la Société Nationale de Crédit et d'Investissement page 223

Dépôt d'une motion page 223

5325 - Projet de loi portant approbation du Protocole N°12 à la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales, fait à Rome, le 4 novembre 2000;

5422 - Projet de loi portant approbation du Protocole N°13 à la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales, relatif à l'abolition de la peine de mort en toutes circonstances, ouvert à la signature, à Vilnius, le 3 mai 2002 et

5423 - Projet de loi portant approbation du Protocole N°14 à la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales, amendant le système de contrôle de la Convention, ouvert à la signature, à Strasbourg, le 13 mai 2004 pages 223-230

5463 - Projet de loi portant approbation du Traité entre le Royaume de Belgique, la République fédérale d'Allemagne, le Royaume d'Espagne, la République française et le Grand-Duché de Luxembourg relatif au Corps européen et au statut de son Quartier général, ainsi que de l'Acte final de signature, faits à Bruxelles, le 22 novembre 2004 page 230

5505 - Projet de loi portant approbation de la Convention sur la prévention et la répression des infractions contre les personnes jouissant d'une protection internationale, y compris les agents diplomatiques, adoptée à New York, le 14 décembre 1973 pages 230-231

Motion de M. Lucien Clement relative à la réalisation du Centre de Conférences à Luxembourg-Kirchberg pages 231-232

Question avec débat N°4 de M. Jacques-Yves Henckes relative aux droits de représentation active et passive des salariés engagés en qualité d'employés dans le secteur public pages 233-234

Interpellation de M. Félix Braz au sujet de la politique nationale pour la promotion du trafic cycliste pages 234-241

5378 - Projet de loi portant approbation des amendements aux articles 25 et 26 de la Convention du 17 mars 1992 sur la protection et l'utilisation des cours d'eau transfrontières et des lacs internationaux, adoptés par les Parties à la Convention le 28 novembre 2003 pages 241-243

5493 - Projet de loi portant fixation du cadre du personnel du Service de contrôle de la comptabilité des communes et modifiant la loi du 16 août 1966 portant:

a) modification de la loi du 31 mars 1958 portant organisation des cadres de l'administration gouvernementale;

b) organisation des cadres de la Trésorerie de l'État, de la Caisse générale de l'État et du Service de contrôle de la comptabilité des communes et de certains établissements publics pages 243-244

Demandes en naturalisation pages 244-245

## Chambre des Députés

### Compte rendu officiel

**Supplément commun aux quotidiens:**  
d'Wort, Tageblatt, Lëtzebuurger Journal, Zeitung vum Lëtzebuurger Vollek

### Contenu rédactionnel:

Service du compte rendu de la Chambre des Députés  
Service des relations publiques de la Chambre des Députés  
Tél. 466 966-1

### Conception, saisie de texte et mise en page:

Polygraphic SA, Luxembourg

### Concept et coordination générale:

BRAIN & MORE, agence en communication, Luxembourg

Monténégro), demeurant à Luxembourg

90. ZHOU Guijin, née le 26 octobre 1967 à Zhejiang (Chine), demeurant à Bettembourg

Voilà. Domat si mer effektiv um Enn vun der Sitzung ukomm. Déi nächst Sitzung si virgesi fir de 14., 15. a 16. Februar. Den Ordre du jour gëtt lech schrëftlech zoukomme gelooss.

D'Sitzung ass opgehuewen.

**(Fin de la séance publique à 17.50 heures)**



# QUESTIONS AU GOUVERNEMENT

COMPTE RENDU N° 7 / 2005-2006

## Sommaire des questions parlementaires

Question N°	Auteur	Objet			
			0797	M. Ali Kaes	Service de Santé au Travail Multisectoriel (STM)
			0798	M. Xavier Bettel	Installations de chauffage et d'eau chaude au Centre pénitentiaire de Schrassig
			0799	M. Jos Scheuer	Contamination des poissons de la Sûre et de la Moselle
			0800	M. Xavier Bettel	Projet Eurocap-Rail
			0801	M. Emile Calmes	Amélioration des transports publics
			0802	M. Alex Bodry	Recettes communales
			0803	MM. Marc Angel et Ben Fayot	Fonctionnement des commissions consultatives communales pour étrangers
			0805	M. Laurent Mosar	Investissements de l'État réalisés à travers des partenariats public-privé
			0806	M. Marcel Oberweis	Certification forestière PEFC et FSC
			0807	M. Henri Grethen	Mise en service d'un train-tram au Luxembourg
			0808	M. Xavier Bettel	Libéralisation du trafic ferroviaire international de voyageurs
			0809	M. Laurent Mosar	Revendication des forces de police de créer une commission spéciale consacrée à la lutte contre la délinquance en provenance des pays africains et plus particulièrement des pays de l'Afrique de l'Ouest
			0810	M. Claude Adam	Statistiques sur les études supérieures
			0812	M. Marcel Oberweis	Accord de Dayton
			0814	M. Robert Mehlen	Production et qualité du vin
			0815	M. Laurent Mosar	Pratique des mariages forcés
			0816	Mme Anne Brasseur	Cadre européen commun de référence pour les langues
			0817	Mme Claudia Dall'Agnol	Violence à l'école
			0818	Mme Claudia Dall'Agnol	Protection des mineurs (contrôle de l'accès aux productions cinématographiques destinées à un public adulte)
			0822	M. Claude Meisch	Ensevelissement des déchets municipaux au Luxembourg
			0827	M. Camille Gira	Taxe Ecotrel
			0828	M. Aly Jaerling	Remboursement des visites médicales
			0829 cf. 0832	MM. John Castegnaro et Romain Schneider	Financement des formations offertes par le Centre national de formation professionnelle continue d'Ettelbruck
			0830 cf. 0844	M. Gast Gibéryen	Banque centrale du Luxembourg
			0832 cf. 0829	M. Aly Jaerling	Financement des formations offertes par le Centre national de formation professionnelle continue d'Ettelbruck
			0833	M. Ben Fayot	Secteur de la microfinance
			0834	M. Xavier Bettel	Indemnisation du congé parental
			0839	M. Ben Fayot	Fonctionnement du secteur financier
			0844 cf. 0830	M. Marc Spautz	Banque centrale du Luxembourg
			0845	M. Xavier Bettel	Circonstances du décès d'un détenu au Centre pénitentiaire de Luxembourg
			0849	Mme Claudia Dall'Agnol	Phénomène du «stalking»

### Session ordinaire 2004-2005

**Question 0391** (6.4.2005) de **M. Gast Gibéryen** (ADR) concernant l'évolution du prix des terrains à bâtir pour les besoins du secteur public:

Am Pressebriefing nom Ministerrot vum 4. März 2005 huet de Statsminister enner anerem d'Problemer beliicht, déi de Stat huet fir Bauland fir nei Schoulen ze fannen. De Stat kéim de Bedierfnisser net méi an deem néidege Mooss no. Ee vun de Grënn wier, esou de Statsminister, d'Geldgier vu récksiichtslose Bierger.

„Ech si radikal dergéint, dass de Stat sech finanziell ausbludde léisst duerch Leit, déi vu lauter Geldgier esou récksiichtslos gi sinn, dass se net méi bereet sinn, Terrainen zur Verfügung ze stellen,

fir Schoulen ze bauen. Dat ass eng anormal Welt“, esou de Statsminister.

An dësem Zesammenhang hunn ech duerfir folgend Froen un den Här Bauteminister:

- 1) Wat sinn déi aktuell Präisser fir Bauland fir öffentlech Gebaier, déi de Stat muss bezuele jee nodeem de betreffenden Terrain am oder ausserhalb vum Bauperimeter läit a jee nodeem a wéi enger Regioun vum Land den Terrain läit?
- 2) Wéi hunn dës Präisser sech an de leschten zéng Joer entwéckelt?
- 3) Wat si ganz konkret dem Stat seng lescht Präisofferté fir öffentlech Bauten a Lycéeën am Besonnesche gewiescht?

**Réponse** (10.1.2006) de **M. Luc Frieden**, *Ministre du Trésor et du Budget*:

En réponse à la question parlementaire N°0391 de Monsieur le Député Gast Gibéryen, je tiens à rappeler que la Chambre des Députés est annuellement informée de l'ensemble des transactions immobilières réalisées par l'État au cours de l'exercice précédent. Ainsi les indications relatives à l'exercice 2004 ont fait l'objectif d'une communication à la Chambre des Députés par courrier de l'Administration de l'Enregistrement en date du 8 juin 2005. Le re-

levé transmis à la Chambre reprend chaque transaction individuellement avec indication de la surface et des prix de l'immeuble et constitue par conséquent la réponse détaillée aux questions soulevées.

De façon générale, je tiens à rappeler que l'État pratique, par le biais du comité d'acquisition du Ministère des Finances, une politique de prix qui vise une juste indemnisation, c'est-à-dire qu'il tient compte des prix pratiqués dans la région entre des particuliers pour des objets immobiliers classés de façon identique ou similaire suivant le plan d'aménagement général de la commune concernée.

Pour cette raison, il n'est pas étonnant que notamment le prix des emprises pour les routes natio-

nales a, en parallélisme avec les prix pratiqués sur le marché privé ou lors d'adjudications publiques, augmenté tout comme le prix offert par l'État pour l'acquisition de terrains nécessités pour les infrastructures scolaires.

**Question 0477** (15.6.2005) de **M. Aly Jaerling** (ADR) concernant la campagne d'information sur le Traité établissant une Constitution pour l'Europe:

Mat grousssem Opwand leeft momentan d'Informationscampagne vun der Regierung iwwert dee Vertrag, deen, sollt en dann iergend-



eng Kéier ratifizéiert ginn, eng „Europäesch Verfassung“ schafe soll.

Genannten Opwand stéisst bei ville Matbierger ëmmer méi op Kritik, well dës Campagne a steigendem Mooss éischter als Propaganda-wéi als Informatiounscampagne ëmfonnt gëtt. Mat Gelder vun der Allgemengheet fir e Jo am Referendum vum 10. Juli ze werben, mécht awer net nëmme déi wuesend Zuel u Géigner vum genannte Vertrag - deenen hir Gelder et jo och sinn - rosen, mä et verstéisst an den Ae vu kritesche Matbierger géint fundamental demokratesch Prinzipien. An Zäite vu Knappung Keesse froe sech d'Leit och, op Käschte vu wéi engen anere Budgetsposten dee massive Propagandaopwand finanziéiert gëtt.

Duerfir folgend Froen:

1. Wien decidéiert de Contenu vun deenen eenzelne Spoten an Annoncen?
2. Aus wéi enge Budgetsposte gëtt d'Informatiounscampagne vun der Regierung zum „Traité établissant une Constitution pour l'Europe“ finanziéiert?
3. Wéi eng Zomm gouf insgesamt fir dës Informatiounscampagne virgesinn?
4. No wéi enge Kritäre goufen déi participéierend Werbeagenturen ausgesicht?

**Réponse** (13.1.2006) de **M. Jean Asselborn**, *Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration*:

- Wien decidéiert de Contenu vun deenen eenzelne Spoten?

Den Inhalt vun der Campagne ass vun der Regierung guttgeheesch ginn, an e breede Spektrum u Firmen aus der Lëtzebuurger Mediälandschaft ass mat der Gestaltung vun der Campagne chargéiert ginn.

- Aus wéi enge Budgetsposte gëtt d'Informatiounscampagne vun der Regierung zum „Traité établissant une Constitution pour l'Europe“ finanziéiert?

D'Enveloppe budgétaire fir d'Informatiounscampagne vun der Regierung ass am Ausseministère un enger bestehender Budgetlinn fir Informatiounscampagnen iwwer Europa ugesat ginn.

- Wéi eng Zomm gouf insgesamt fir dës Informatiounscampagne virgesinn?

Am Conseil de Gouvernement vum 25. Februar ass decidéiert ginn, d'Enveloppe budgétaire fir d'Informatiounscampagne op 1.008.073 Euro HTVA ze fixéieren. Opwuel de geneeë Bilan vun der Campagne nach net gezu ka ginn, sou steet awer fest, dass vun der initialer Enveloppe budgétaire nach e considerable Montant iwwreg bliwwen ass.

- No wéi enge Kritäre goufen déi participéierend Werbeagenturen ausgesicht?

D'Werbeagenturen sinn ausgewielt ginn opgrond vun hire Kompetenzen an hirer Erfahrung um Lëtzebuurger Marché, déi néideg war, fir un der Realisatioun vun esou enger Campagne kënnen matzewierken.

**Session ordinaire 2005-2006**

**Question 0683** (21.10.2005) de **M. Aly Jaerling** (ADR) concernant les envois postaux:

Wéi déi staatlech Post nach mat der Verdeelung vun all Versand beoptraagt war, hat een eng gewisse Sécherheet, datt d'Päck och do ukomm sinn, wou se sollten. D'Postbeamte si vereedegt an d'Post ass verantwortlech fir den Envoi vun all Courier.

No der Liberaliséierung gëtt d'Post Liwwerungen och u Privatfirmen of, déi da sollen den Envoi un d'Destinatoren iwwerhuelen.

Wann esou eng Privatfirma déi Op-träg vun der Post net packt, da kënn et vir, datt se dës dann a Sous-traitance gëtt, souguer u Firmen, déi net hei am Land etabléiert sinn.

Domadder schéngt mer awer d'Vertraulechkeet vun deene Livraisounen, déi bei der Post garantiéiert ass, bei esou enger Virgoensweis eeschthaf a Fro gestallt.

Ech maache mer och eeschthaf Gedanken driwwer, wann den Téléakaf nach méi iwwerhand hält an ëmmer méi Livraisounen iwwer Postversand geschéie sollen, datt dës Aktivitéiten ëmmer méi iwwerhand huelen an e seriöse Versand net méi méiglech ass.

Kann den Här Wirtschaftsminister mer duerfir dës Froe beäntweren:

1. Ass dem Här Minister bekannt, datt Livraisounen vun der Post u Privatfirmen delegéiert ginn an déi vun deenen a Sous-traitance ofgi ginn?
2. Gesäit den Här Minister an dëser Aart a Weis vu Virgoen net eng grouss Gefor fir d'seriöst Ausféiere vun de Livraisounen an hiert Ukomme bei den Destinataire?
3. Ass d'Vertraulechkeet, déi jo bei den assermentéierte Postbeamte garantiéiert ass, och bei deene Privatfirmen garantiéiert? Wa jo, op wat fir eng Aart a Weis?
4. Ass et iwwerhaupt erlaabt, Livraisounen, déi vun der Post un eng Privatfirma weidergereecht ginn, un aner Firme weiderzeginn, zum Beispill u Firmen, déi emol net hei am Land etabléiert sinn?
5. Wat gedenkt den Här Minister ze ënnerhuelen, datt dem Expéditeur an dem Destinataire vu Versandgidder seng Vertraulechkeet a seng Rechter op e gutt Ukomme vu senger Wuer garantiéiert gëtt?

**Réponse** (17.1.2006) de **M. Jeannot Krecké**, *Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur*:

1. D'Entreprise des Postes et Télécommunications (d'Post) huet sech am Joer 2000 an eng an der Verdeelung vu Päck spezialiséiert Firma majoritär akaaft. Zwou Iwwerleeungen hunn d'Post dozou bruecht, dës strategesch Entschéedung ze huelen:

- d'Konkurrenz, déi ëmmer méi zouhëlt an dem Beräich vun der Verdeelung vu Päck, e Beräich, deen iwwerregens ëmmer schonn der fréier Konkurrenz ënnerworf war, huet et mat sech bruecht, datt eng méi bëllege Verdeelinfrastruktur huet missen agefouert ginn;
- d'Clienten, déi ëmmer besser Servicer verlaangen, sief dat op der Säit vun den Ofsender oder vun den Empfänger, bréngen et mat sech, datt eng nei Struktur huet misse geschaaft ginn, déi méi séier a méi flexibel op déi verännert Wënsch kann agoen.

Et ass also esou, datt d'Post en Deel vun de Päck, déi se vun de Lëtzebuurger Clienten a vun den auslännesche Poste kritt, iwwer hir Filial verdeele léisst. Ech kann och confirméieren, datt et heiansdo, wann d'Filial ze vill Aarbecht hat, dozou komm ass, datt si en Deel vun de Päck iwwer een aneren ausgewielte Verdeeler verdeele gelooss huet.

2. D'Post passt natierlech mat de géeeegente Mëttelen drop op, datt hir Filial den héije Qualitéitsniveau an de Sérieux, dee si selwer auszeechent, och anhält. Ech gesinn duerfir keng Gefor, datt d'Qualitéit vun de Leeschtunge sollt erofgoen.

3. De ganze Postsektor steet ënner der Opsicht vun dem Institut luxembourgeois de Régulation (ILR). Jiddferen, deen zu Lëtzebuerg am Postsektor aktiv ass,

huet seng Aktivitéit dem ILR deklaréiert an huet sech deemno och engagéiert, d'Regelen ze respektéieren, déi fir de Secteur gëllen. De Fall gesat, wou e Client net mat der Leeschtung vun enger Verdeelfirma zefridde wär, an dës Firma dem Client keng Satisfaktioun gëtt, kann hien den ILR domat befaassen. Dëst gëllt natierlech och fir d'Filial vun der Post oder fir all aner Firma, déi ugestallt gouf, Päck ze verdeelen.

D'Confidentialité, oder méi prezis d'Bréifgeheimnis, ass ganz besonnesch ervirgehoff am Gesetz iwwer d'Postservicer a gëllt dann also och fir all Firma, déi an deem Secteur schafft. Ech si mer sécher, datt jiddferen, deen et eppes ugeet, dës Virschräfte respektéiert.

4. Ech mengen aus der Fro erauszulesen, datt den Här Deputéierte Jaerling der Meenung ass, datt d'Filial vun der Post net nëmme heiansdo där enger oder anerer Verdeelfirma hei aus dem Land, mä och Firmen aus dem Ausland Päck ze verdeele gëtt. Soulaang wéi esou eng Verdeelfirma hir Aktivitéiten dem ILR gemellt huet a se deemno ënner senger Opsicht steet, ass näischt géint esou eng Praxis ze soen. D'Post seet mir allerding, datt esou eng Sous-traitance net gemaach gouf.

5. Aus deene viregten Iwwerleeungen ergëtt sech, datt ech a menger Funktioun als Minister, deen d'Post a sengen Attributiounen huet, der Meenung sinn, datt ech dësem Betrib keng weider Virschréften driwwer gi muss, op wat fir eng Aart a Weis hien den Unversaldéngscht muss leeschten, esou wäit wéi et d'Päck ugeet.

**Question 0702** (27.10.2005) de **M. John Castegnaro** (LSAP) concernant l'engagement de conducteurs polonais par une société de transports routiers luxembourgeoise:

Ces dernières semaines la presse et différentes organisations syndicales ont dénoncé les pratiques d'une entreprise de transports routiers luxembourgeoise, qui rappelle celles révélées lors de l'affaire Kralowetz en 2002. En effet, d'après mes informations, cette société, par le biais d'une société créée en Pologne, emploie des conducteurs polonais sous contrat de travail polonais pour effectuer des transports à l'intérieur du pays (cabotage) ou à partir de sites luxembourgeois.

Ces conducteurs, qui tirent avec leurs camions-tracteurs immatriculés en Pologne des remorques luxembourgeoises, recevraient leurs ordres de la part de la société luxembourgeoise. Celle-ci aurait même engagé un affréteur parlant le polonais pour garantir une meilleure communication. Par ailleurs, il semble que les conducteurs polonais, qui restent au Luxembourg pendant trois semaines, vivent et habitent pendant cette période dans leurs camions.

Les démarches de l'organisation syndicale OGB-L-ACAL auprès des différents ministères et administrations se sont heurtées à un mutisme parfait – les instances contactées expliquant toutes que cette affaire ne relevait pas de leur compétence.

Dans ce contexte j'aimerais poser à Messieurs les Ministres les questions suivantes:

- Ces conducteurs polonais ne devraient-ils pas être couverts par la convention collective, la législation du travail et la législation sociale en vigueur au Luxembourg – étant donné qu'ils reçoivent leurs ordres de la part de la société luxembourgeoise et qu'ils effectuent entre autres du cabotage (transport à l'intérieur du pays)?

bourgeoise et qu'ils effectuent entre autres du cabotage (transport à l'intérieur du pays)?

- Ces conducteurs ont-ils besoin d'un permis de travail luxembourgeois? Doivent-ils se faire examiner par un médecin de travail luxembourgeois avant de commencer à travailler au Luxembourg?

- Ces conducteurs ne tombent-ils pas dans le champ d'application des mesures transitoires prises par douze des «anciens» pays membres de l'Union européenne (dont le Luxembourg) pour limiter l'accès à leur marché du travail aux ressortissants des huit nouveaux États membres d'Europe centrale et orientale?

- Suite à l'affaire Kralowetz en 2002, les Ministres concernés s'étaient dits résolus à prendre toutes les mesures nécessaires afin d'endiguer la partie virtuelle du secteur des transports opérant à partir du Luxembourg de façon à ce qu'un tel scandale ne puisse se répéter à l'avenir. Messieurs les Ministres estiment-ils que toutes les mesures possibles et nécessaires aient été prises? Comment s'expliquent-ils que les différentes instances se sont déclarées non compétentes en la matière?

- Comment Messieurs les Ministres entendent-ils réagir aux faits relatés ci-dessus?

- Dans le contexte de l'affaire Kralowetz, Monsieur le Premier Ministre Jean-Claude Juncker avait déclaré que «la situation serait un exemple-type du manque de cohérence de la politique sociale de l'Union européenne» (Bulletin d'information et de documentation 1/2002, Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg). Dans cet ordre d'idées et d'autant plus que l'exemple pourrait trouver des imitateurs, Messieurs les Ministres ne pensent-ils pas que ces événements risquent de confirmer les appréhensions de la population quant à l'évolution de l'Union européenne? Messieurs les Ministres pensent-ils prendre des initiatives au niveau européen afin de contre-carrer ce «manque de cohérence de la politique sociale de l'Union européenne»?

**Réponse commune** (13.1.2006) de **M. Lucien Lux**, *Ministre des Transports*, **M. François Biltgen**, *Ministre du Travail et de l'Emploi*, **M. Jean Asselborn**, *Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration* et **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*:

L'honorable Député souhaite obtenir des informations relatives à des chauffeurs polonais employés, selon les affirmations des organisations syndicales, par une entreprise de transports luxembourgeoise, ceci par le biais d'une société de transports créée en Pologne. Dans ce contexte une enquête a été effectuée par l'Administration des Douanes et Accises, l'Inspection du Travail et des Mines et le Service de Contrôle des employeurs du Centre commun de la Sécurité sociale.

Dans le cadre des investigations les responsables de la société luxembourgeoise ont expliqué qu'une société de droit polonais a été créée au sein du groupe dans le souci de rester concurrentiel sur le marché du transport international, notamment en vue de pouvoir garder les clients existants, qui exercent une pression croissante en exigeant une révision des prix de transport vers le bas.

Selon ce contrôle, il s'agit de chauffeurs polonais travaillant pour une société polonaise appartenant au même groupe que la société

luxembourgeoise qui conduisent des véhicules appartenant à cette même société polonaise. Cette société polonaise dispose d'un total de cinq véhicules.

Les responsables susvisés ont exposé ensuite que des chauffeurs de la société polonaise ont effectué des transports internationaux avec trois tracteurs polonais dans l'intérêt du groupe qui compte des sociétés dans huit pays dont le Luxembourg et la Pologne.

L'Administration des Douanes et Accises a constaté que si la société luxembourgeoise organise certains transports pour la société polonaise, les chauffeurs polonais ne reçoivent cependant leurs ordres que de la seule société polonaise. Il en résulte qu'il n'existe aucun lien de travail et aucun lien de subordination entre la société luxembourgeoise et les chauffeurs polonais.

Les mesures transitoires pour limiter l'accès au marché du travail invoquées par l'honorable Député ne s'appliquent pas en l'espèce étant donné que les chauffeurs polonais travaillent pour le compte de la société polonaise. D'après l'enquête menée par l'Administration des Douanes et Accises, les chauffeurs polonais n'effectuent que des transports internationaux à l'exclusion de toute opération de cabotage.

Pour effectuer ces transports, les chauffeurs polonais utilisent des copies conformes de la licence communautaire polonaise délivrée par les autorités polonaises à la société polonaise. À noter que l'autorisation d'établissement (polonaise) de la société polonaise, la copie de la licence de transport (polonaise) de la société polonaise, ainsi que les sommaires des transports effectués par les trois tracteurs polonais pour les mois de septembre et octobre 2005 ont été fournis par l'employeur à l'Administration des Douanes et Accises pour compléter son dossier.

De plus, l'employeur a fait parvenir au Centre commun de la Sécurité sociale des formulaires E111 valables pour la période du 24 novembre au 31 décembre 2005 pour quatre chauffeurs de la société polonaise qui effectuent, entre autres, des transports au départ de Luxembourg. Il s'ensuit que les quatre chauffeurs sont affiliés auprès de la Sécurité sociale polonaise et qu'en application de l'article 14.2a du règlement CEE 1408/71 ils ne relèvent pas de la Sécurité sociale luxembourgeoise.

En ce qui concerne le fait que les tracteurs polonais tirent des remorques luxembourgeoises, il y a lieu de préciser que le principe du tractage a déjà été admis depuis des décennies dans les accords bilatéraux bien avant toute libéralisation au sein de l'Union européenne, le tractage n'ayant par ailleurs rien à voir avec un éventuel secteur virtuel.

La société luxembourgeoise visée par l'honorable Député admet avoir engagé une personne parlant le polonais, ceci pour faciliter les contacts avec la société polonaise appartenant au même groupe. Cette personne n'y a cependant travaillé que peu de temps.

L'affirmation que les chauffeurs polonais auraient dû habiter pendant trois semaines dans leurs véhicules n'a pas pu être confirmée par l'Administration des Douanes et Accises et l'Inspection du Travail et des Mines. L'inverse a plutôt été constaté. En effet, les chauffeurs de la société polonaise viennent jusqu'au siège de la société luxembourgeoise lorsqu'ils sont dans les parages afin de pouvoir profiter des dortoirs, douches et cantine de la société luxembourgeoise. Cette possibilité leur est offerte dans le cadre du groupe auquel appartiennent tant la société luxembourgeoise que la société polonaise afin de leur éviter de devoir «habiter» dans leurs véhicules.



Il en résulte que cette situation n'est guère comparable avec l'affaire Kralowetz et que l'activité de la société polonaise ne constitue pas non plus une partie virtuelle du secteur des transports luxembourgeois, mais qu'il s'agit d'une activité légale d'une société de transports polonaise suite à la libéralisation du secteur des transports à l'intérieur de l'Union européenne introduite progressivement au courant des années '90.

**Question 0731** (11.11.2005) de **M. Laurent Mosar** (CSV) concernant le **bail emphytéotique**:

Le bail emphytéotique est aujourd'hui perçu comme une des mesures servant à juguler la flambée des prix immobiliers. Il s'agit d'un instrument ayant fait ses preuves à travers l'exemple donné par le Fonds du Logement qui y recourt de façon systématique, et ce n'est pas sans raison que cette forme de mise à disposition d'un terrain est présentée comme l'une des idées phares à la Semaine du Logement 2005.

Il se trouve que les notaires n'appliquent pas la réduction de moitié du barème 4 pour le calcul de l'honoraire concernant le bail emphytéotique (art. 6 et renvoi à l'art. 19, al. 17 du règlement grand-ducal modifié du 24 juillet 1971 portant révision du tarif des notaires). Dans sa lettre du 17 septembre 2002, le Ministre du Logement a approuvé intégralement l'interprétation de l'article 19, alinéa 17, b) du règlement grand-ducal modifié du 24 juillet 1971 portant révision du tarif des notaires dans le sens d'une réduction. Or, jusqu'à ce jour, cette lettre est restée sans suites dans la pratique.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes au Ministre du Logement:

- Quelles sont les suites concrètes que le Ministre entend donner à la situation décrite ci-dessus?
- Est-ce que les personnes bénéficiaires en principe des aides au logement et ayant payé l'honoraire intégral pourront se faire rembourser?

**Réponse** (11.1.2006) de **M. Luc Frieden**, *Ministre de la Justice*:

La question du tarif des honoraires de notaire en cas de signature d'un bail emphytéotique a fait l'objet d'un examen de la part de la Chambre des Notaires qui estime que le demi-tarif prévu à l'article 19 point 17 du règlement grand-ducal modifié du 24 juillet 1971 portant révision du tarif des notaires est inapplicable en l'espèce.

Monsieur le Médiateur, saisi de la question, s'est exprimé dans le même sens.

Me ralliant à ces avis, je considère que le tarif appliqué est correct et que dès lors la question d'un remboursement de trop-perçus ne se pose pas.

**Question 0748** (21.11.2005) de **M. Marc Spautz** (CSV) concernant la **composition du coût moyen d'un élève au Luxembourg**:

Le coût annuel moyen brut par élève est un indicateur financier fréquemment utilisé pour pouvoir évaluer le budget dédié à l'enseignement. Selon le Ministère de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle, cet indicateur peut varier en fonction de différents critères. Les deux critères les plus importants sont le niveau de rémunération du personnel enseignant et la taille de la classe fréquentée. Ces deux facteurs varient

fortement d'un ordre d'enseignement à l'autre. Pour l'année scolaire 2003-2004 le coût annuel moyen brut par élève est chiffré à 10.607 € pour l'éducation préscolaire et primaire, à 14.469 € pour l'enseignement secondaire et à 15.551 € pour l'enseignement secondaire technique.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Madame la Ministre de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle:

1. Quels sont les autres critères déterminant le coût annuel moyen brut par élève?
2. Est-ce que vous pouvez me fournir une ventilation précise des chiffres pour l'année 2003-2004 qui tient compte de tous les critères intervenant dans le coût annuel moyen brut par élève par ordre d'enseignement?
3. Est-ce que vous êtes déjà en mesure de me communiquer les chiffres pour les années scolaires 2004-2005 et 2005-2006?

**Réponse** (18.1.2006) de **Mme Mady Delvaux-Stehres**, *Ministre de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle*:

1. Critères déterminant le coût annuel brut d'un élève

Les dépenses relatives au système éducatif qui ont été considérées dans le calcul du coût annuel d'un élève peuvent être réparties en trois grandes catégories: les dépenses de rémunération, les frais de fonctionnement et les dépenses de capital. À noter que ces trois types de coûts retenus dans la présente étude sont ceux qui sont utilisés dans la nomenclature internationale.

Dépenses de rémunération

Cette catégorie comprend les salaires bruts plus les éventuels avantages non salariaux. On entend par salaire brut le total du salaire gagné par l'employé y compris toutes les primes et allocations supplémentaires avant déduction de tout impôt ou cotisation salariale aux caisses de retraite et à la sécurité sociale. Entrent également en ligne de compte les charges patronales payées par l'État.

Le personnel à considérer comprend tous les intervenants dans le processus éducatif, c'est-à-dire non seulement les personnes intervenant directement dans l'enseignement mais également celles y intervenant indirectement. À noter qu'il a toujours été fait la distinction entre personnel enseignant et personnel non enseignant.

Cette deuxième catégorie comprend entre autres les chefs d'établissements, le personnel éducatif, le personnel administratif, le personnel spécialisé, les conseillers pédagogiques, les psychologues, le personnel médical, les bibliothécaires, les inspecteurs, le personnel de soutien, les secrétaires, le personnel affecté à l'entretien et à l'exploitation des bâtiments, le personnel affecté au transport et le personnel affecté à la restauration. Sont également compris dans cette catégorie toutes les personnes employées au sein du Ministère de l'Éducation nationale et de ses différents services et administrations.

Frais de fonctionnement (dépenses courantes)

Les frais de fonctionnement couvrent tous les biens et services consommés dans le cadre de l'enseignement et qui doivent être renouvelés périodiquement pour assurer des services éducatifs.

Il s'agit en grande partie des dépenses couvrant les services assurés par les fournisseurs extérieurs, qui sont généralement des services de soutien.

Entrent également dans cette catégorie les loyers payés pour la location de locaux scolaires, le matériel pédagogique, les combustibles,

l'électricité, les télécommunications, les voyages, les assurances...

Dépenses en capital

Quel qu'en soit le mode de financement (via recette courante ou via emprunt), les dépenses en capital représentent la valeur des biens mobiliers et immobiliers durables acquis ou créés au cours de l'année.

Schématiquement, les dépenses en capital couvrent des avoirs d'une durée supérieure à un an. Elles peuvent comprendre les dépenses de construction, de rénovation et de réparation de bâtiments ainsi que les dépenses dues à l'achat ou au remplacement d'équipements importants.

La distinction entre dépenses de fonctionnement et dépenses de capital n'est pas toujours très nette. En règle générale les pays distinguent ces deux types de dépenses selon leur montant effectif. En dessous d'un certain seuil, les dépenses sont généralement considérées comme dépenses de fonctionnement, alors que les dépenses plus importantes sont intégrées dans les dépenses de capital.

2. Ventilation précise des chiffres pour l'année 2003-2004

Les chiffres repris dans la publication «Les Chiffres Clés de l'Éducation nationale – Statistiques et Indicateurs 2003-2004» sont extraits d'une étude réalisée par le SCRIPT en 2004 sur les coûts et financements de notre système scolaire pour l'année budgétaire 2002. Ce décalage dans le temps s'explique par le fait que la réalisation d'une telle étude ne peut se faire qu'après la clôture définitive des comptes.

Ladite étude a été publiée et contient les ventilations par ordre d'enseignement, par type de dépense et par bailleur de fonds. Elle contient également une description détaillée de la méthodologie appliquée et des dépenses retenues pour le calcul. Un exemplaire de cette publication a été joint en annexe.

Chiffres pour les années scolaires 2004-2005 et 2005-2006

Les statistiques financières concernant l'éducation portent toujours sur une année budgétaire et tiennent forcément compte de deux années scolaires différentes. Les données issues de la publication «Les Chiffres Clés de l'Éducation nationale – Statistiques et Indicateurs 2003-2004» se réfèrent à l'année budgétaire 2002.

L'étude sur les coûts et financements de notre système scolaire pour l'année budgétaire 2003 et qui se réfère aux années scolaires 2002-2003 et 2003-04 a été achevée et publiée en décembre dernier. Un exemplaire a également été joint à la présente.

**Question 0749** (22.11.2005) de **M. Ali Kaes** (CSV) concernant les **classes d'impôt**:

En vue de l'application du tarif, les contribuables sont répartis en plusieurs classes d'impôt. Les célibataires, les séparés, les divorcés et les veufs (ces trois dernières catégories profitant encore du splitting durant une période transitoire de trois ans) sont répartis dans la classe d'impôt 1 tandis que les mariés font partie de la classe d'impôt 2. Les contribuables des classes 1a ou 2 ayant un ou plusieurs enfants bénéficient d'une modulation d'impôt pour enfant.

Selon l'article 123 (3) L.I.R. «les personnes, même âgées de moins de vingt et un ans, qui ont des en-

fants, sont censées avoir un ménage commun avec leurs enfants, même lorsqu'elles partagent avec ces enfants l'habitation d'un autre contribuable». Il en résulte qu'une jeune femme mineure constitue fiscalement un ménage avec ses propres enfants, même si cette femme ne cohabite pas avec le père de l'un des enfants, mais habite chez ses parents prenant en charge leur fille et leurs petits-enfants. Ainsi, les parents voient leur modulation d'impôt réduite, celle-ci étant réservée aux enfants faisant partie du ménage fiscal, même si leurs frais d'entretien et d'éducation ont probablement connu une hausse sensible due à l'accroissement familial.

Tout en sachant qu'il existe la possibilité de déduire un abattement de revenu imposable pour charges extraordinaires, j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Finances:

1. Est-ce qu'un tel reclassement fiscal dans le cas décrit ci-dessus n'est quand même pas à juger comme discriminatoire?
2. Dans l'affirmative, quelles mesures fiscales envisage-t-il?

**Réponse** (10.1.2006) de **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre des Finances*:

La question parlementaire de l'honorable Ali Kaes traite de la prise en compte, lors d'un calcul de l'impôt sur le revenu, de frais d'entretien et d'éducation dans le chef d'un contribuable qui a sa fille mineure et les enfants de celle-ci à sa charge.

L'article 12 de la loi modifiée du 4 décembre 1967 concernant l'impôt sur le revenu dispose que les dépenses effectuées par un contribuable pour l'entretien des membres de sa famille ne sont déductibles ni dans les différentes catégories de revenus nets, ni du total des revenus nets.

Il est cependant tenu compte de la diminution de la capacité contributive découlant de l'entretien et de l'éducation des enfants lors du calcul de l'impôt dû. Si l'enfant fait partie du ménage fiscal du contribuable, celui-ci a droit à une modulation d'impôt. Dans le cas où l'enfant ne fait pas partie du ménage fiscal, le contribuable a droit à un abattement de revenu imposable pour charges extraordinaires, s'il supporte principalement les frais d'entretien et d'éducation et si son intervention est nécessaire.

Il est vrai que la mère mineure qui vit avec son enfant chez ses parents ne fait, de par les termes de la loi, plus partie du ménage fiscal de ceux-ci. Les parents n'ont donc droit à la modulation d'impôt ni pour leur fille, ni pour leur petits-enfants. Ils peuvent cependant demander un abattement de revenu imposable et pour leur fille, et pour leurs petits-enfants, s'ils supportent principalement les frais de leur entretien et de leur éducation.

Ce traitement ne peut être qualifié de discriminatoire, d'autant plus que l'imposition collective du contribuable avec ses enfants mineurs ne s'étend pas aux enfants mineurs qui ne font pas partie du ménage fiscal de leurs parents.

**Question 0759** (24.11.2005) de **M. Laurent Mosar** (CSV) concernant la **convention de «non double imposition» entre le Luxembourg et l'Australie**:

Au cours des dernières années, le Luxembourg a étendu de manière considérable son réseau de conventions bilatérales dites de «non double imposition». De telles conventions ont notamment été conclues avec des pays perçus comme présentant un fort potentiel

en termes de relations commerciales et financières avec le Grand-Duché – leur signature fait désormais partie du programme de nombreuses missions de prospection économique.

Un nombre non négligeable d'entreprises luxembourgeoises entretiennent effectivement des relations conséquentes avec ce pays et estiment signifiant l'intérêt commercial futur représenté par l'Australie.

Dès lors, Monsieur le Ministre peut-il m'informer de la position du Gouvernement concernant la conclusion d'une convention de «non double imposition» entre le Luxembourg et l'Australie respectivement au cas où un tel texte serait d'ores et déjà en préparation, de l'état d'avancement de cette préparation et de la date approximative d'un projet de loi y afférent?

**Réponse** (27.1.2006) de **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre des Finances*:

Par sa question parlementaire du 24 novembre 2005 Monsieur le Député Laurent Mosar veut connaître la position du Gouvernement luxembourgeois concernant la conclusion d'une convention de «non double imposition» entre le Luxembourg et l'Australie.

De prime abord, il est vrai de souligner que le Gouvernement luxembourgeois a intensifié ses efforts durant les dernières années en vue d'étendre le réseau des conventions bilatérales contre les doubles impositions.

Ceci étant déjà en 1988 le Gouvernement de l'époque avait pris l'initiative pour la conclusion d'une telle convention également avec l'Australie. Toutefois, le Gouvernement australien avait répondu que son programme serait trop chargé et qu'il n'y aurait que très peu de ressources disponibles pour élaborer des conventions fiscales. Il avait été ajouté que le Gouvernement australien ne serait pas au courant d'une quelconque difficulté provenant de l'absence d'une convention contre les doubles impositions et qu'il n'y aurait qu'une faible demande de la part du secteur commercial australien.

Bien que la requête ait été réitérée à de nombreuses reprises par les autorités luxembourgeoises, le dossier n'a pas encore évolué concrètement.

Le Gouvernement luxembourgeois continuera en tout état de cause à insister auprès des autorités australiennes sur des négociations en vue de la conclusion d'une convention contre les doubles impositions.

**Question 0762** (24.11.2005) de **Mme Vera Spautz** (LSAP) concernant l'étude sur la **consommation d'alcool et de drogues chez les conducteurs**:

La division toxicologique du CRP Santé vient de publier une étude sur la consommation d'alcool en combinaison avec des médicaments et des drogues chez les conducteurs. Ainsi, il ressort de cette étude effectuée sur 408 échantillons sanguins que 23% des conducteurs avaient consommé, à côté de l'alcool, des médicaments aux propriétés psychotropes et que 10% des personnes concernées avaient consommé des drogues illicites.

Dans ce contexte la déclaration gouvernementale de 2004 dispose qu'«en matière de répression, le Gouvernement combattra prioritairement la vitesse excessive, voire non adaptée, qui se situe de loin en tête des facteurs générateurs des accidents mortels sur les routes du Grand-Duché, surtout si elle s'associe à un comportement



agressif et à la consommation d'alcool et de drogues».

- Quelles sont les conclusions que le Gouvernement tire de cette étude, notamment en ce qui concerne la consommation de médicaments?

- Est-ce qu'il existe des moyens légaux pour détecter la consommation de médicaments (licites et illicites) respectivement des sanctions applicables?

**Réponse commune** (11.1.2006) de **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale* et **M. Lucien Lux**, *Ministre des Transports*:

L'honorable Députée souhaite connaître les conclusions que le Gouvernement tire d'une étude sur la consommation d'alcool en combinaison avec celle de médicaments et de drogues chez les conducteurs de véhicules automoteurs, publiée par la division technique du Centre de Recherche Public Santé, notamment en ce qui concerne la consommation de médicaments.

Les médicaments peuvent, tout comme l'alcool, avoir une influence néfaste sur la capacité de conduire et ce même lors d'une consommation modérée. En outre, un mélange d'alcool et de médicaments peut être particulièrement dangereux.

La consommation abusive de médicaments avant de prendre le volant est illégale et sanctionnée par conséquent, en particulier dès que la dose prescrite par le médecin traitant se trouve dépassée. Dans cet ordre d'idées, tout conducteur d'un véhicule ou d'un animal, ainsi que tout piéton impliqué dans un accident, manifestant un comportement caractéristique résultant de la consommation excessive de substances médicamenteuses, sera astreint à subir un examen médical à effectuer par un médecin autorisé à exercer la profession de médecin au Grand-Duché de Luxembourg.

L'honorable Députée souhaite encore savoir s'il existe des moyens légaux pour détecter la consommation de médicaments ainsi que les sanctions applicables. La détection d'un excès de consommation de médicaments lors d'un contrôle routier dans les conditions décrites ci-dessus permettra d'engager des poursuites pénales sur base des dispositions de l'article 12 modifié de la loi du 14 février 1955 concernant la réglementation de la circulation sur toutes les voies publiques et d'appliquer les sanctions y prévues.

Pour ce qui est des drogues illicites, le projet de loi, en instance de procédure, modifiant la loi du 14 février 1955 vise à mettre en place un système de dépistage des conducteurs se trouvant sous l'emprise de drogues. La présence de stupéfiants est détectée par un test de la salive ou un test de la sueur.

Si ces tests s'avèrent concluants quant à la présence dans l'organisme d'au moins une des substances prévues à l'article 7 de la loi du 19 février 1973 concernant la vente de substances médicamenteuses et la lutte contre la toxicomanie, cet état sera déterminé par une prise de sang et une prise d'urine. En cas d'impossibilité de procéder à une prise de sang, la personne concernée devra se soumettre à un examen médical.

En l'absence d'examen de la sueur et de la salive, d'une prise de sang ou d'un examen médical, cet état pourra être établi par tous les autres moyens de preuve prévus en matière pénale.

Les sanctions applicables sont celles prévues à l'article 12 de la loi modifiée du 14 février 1955 précitée.

**Question 0763** (25.11.2005) de **M. John Castegnaro** (*LSAP*) concernant la **directive «Bolkestein»**:

En date du 22 novembre 2005, la Commission du Marché intérieur et de la Protection des Consommateurs (IMCO) du Parlement européen a adopté par 25 oui, 10 non et 5 abstentions le rapport d'Evelyn Gebhardt sur la proposition de directive services, dite «directive Bolkestein». Tout en constatant certains changements apportés au sujet du champ d'application de la directive, il est regrettable que diverses améliorations proposées par la rapportrice aient été refusées par une majorité dans la commission.

La proposition de directive susmentionnée constitue toujours une atteinte contre le modèle social européen et luxembourgeois, entre autres en raison de la non-exclusion des services sociaux.

À ceci s'ajoute qu'il ressort d'un communiqué de presse de la Confédération européenne des syndicats, qu'en matière de droit du travail la récente déclaration du commissaire McCreevy sur le système suédois de conventions collectives constitue une contradiction par rapport à la position de la Commission de l'Emploi et des Affaires sociales du Parlement européen qui prévoyait d'exclure le droit du travail de la directive.

- En considérant la Déclaration du Premier Ministre sur les priorités politiques du Gouvernement le 12 octobre 2005 et surtout l'annonce suivante: „Deenen, déi der Zerstücke-lung an dem Zerschloe vun eiser aarbechtsrechtlecher Uerdnung d'Wuert rieden, wëlle mer soen: Mir maachen dës Moud, déi an eenzelnen Nopeschlänner virexercéiert gëtt, net mat“, j'aimerais savoir si le Gouvernement luxembourgeois confirme sa position défavorable quant à cette directive.

- Quelles seront les démarches du Gouvernement en la matière, notamment pour ce qui est du vote prochain au sein du Conseil des Ministres?

**Réponse** (27.1.2006) de **M. Jeannot Krecké**, *Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur*:

Conscient des bénéfices à retirer pour notre pays d'un bon fonctionnement du marché intérieur des services, le Gouvernement soutient l'objectif de la proposition de directive mentionnée par l'honorable Parlementaire. L'économie européenne a besoin d'un secteur des services dynamique pour atteindre les objectifs de croissance et d'emploi durables – le Conseil européen l'a souligné à plusieurs reprises. Ceci est d'autant plus vrai pour le Luxembourg, compte tenu du caractère ouvert de son économie et du poids exceptionnel qu'y occupent les services.

Les mesures prévues par la proposition de directive, comme la simplification administrative, la transparence des procédures, la création du «guichet unique» ou l'amélioration de la qualité des services, profiteront tant aux entreprises qu'aux citoyens.

Néanmoins, le Gouvernement reste très vigilant quant à l'impact que la proposition pourrait avoir sur certains secteurs ou sur certaines législations en vigueur sur notre territoire. Il ne s'agit en effet pas de réaliser le grand marché sans aucune précaution et d'appliquer toutes les dispositions de la directive indistinctement à toutes les activités de services. C'est pourquoi, par exemple, le Luxembourg demande que le secteur de la santé soit exclu du champ d'application

de la proposition. C'est pourquoi, aussi, le Luxembourg demande que puissent être maintenus des mécanismes efficaces permettant un contrôle notamment en ce qui concerne la protection des travailleurs. Ainsi, le Gouvernement, s'il soutient le principe du pays d'origine, exige néanmoins qu'il n'affecte pas le droit du travail qui doit rester territorial.

Au cours des négociations sur cette proposition, le Luxembourg a également demandé que soit davantage clarifié que les services d'intérêt général non économiques sont bien exclus du champ d'application du texte. Quant aux services d'intérêt économique général, le Luxembourg a demandé et obtenu une série de garanties qui permettent d'éviter que la proposition n'ait un impact négatif sur ces secteurs.

En ce qui concerne les prochaines démarches, le Gouvernement examinera avec la plus grande attention la proposition modifiée que la Commission européenne doit adopter dans les semaines qui suivront le vote en séance plénière, le 15 février prochain au Parlement européen. Les positions qu'il défendra dans les négociations resteront, comme c'était le cas jusqu'à présent, sur la ligne du plan d'action national «Lisbonne», tel qu'adopté par le Gouvernement et la Chambre des Députés en séance publique le 16 novembre 2005 (voir extrait en annexe) (*annexe à consulter au Greffe de la Chambre des Députés*).

En tout état de cause, le Gouvernement poursuivra ses efforts pour s'assurer de la préservation du modèle social luxembourgeois.

**Question 0765** (28.11.2005) de **Mme Marie-Josée Frank** (*CSV*) concernant les **élèves qui à l'occasion de la rentrée scolaire de cet automne ont été obligés de changer d'école après les incidents survenus à l'école privée Notre-Dame, communément appelée «Sainte-Sophie»**:

Notons à ce sujet que l'«Ombuds-Comité fir d'Rechter vum Kand» a été saisi par les enfants et les parents concernés afin de tenter une médiation avec l'administration de l'école. En août 2005, l'ORK a malheureusement dû constater que ses efforts afin de trouver une issue favorable ont échoué. Le comité a finalement conclu que l'article 2 de la Convention internationale des Droits de l'Enfant n'a manifestement pas été respecté: «Les États parties prennent toutes les mesures appropriées pour que l'enfant soit effectivement protégé contre toutes formes de discrimination ou de sanction motivées par la situation juridique, les activités, les opinions déclarées ou les convictions de ses parents, de ses représentants légaux ou des membres de sa famille.»

- Sans vouloir commenter ni les incidents qui sont à l'origine du conflit entre parents d'élèves et direction de l'institution, ni le caractère (in)approprié de la sanction prononcée par la direction de bannir les enfants de l'école, j'aimerais tout de même savoir quelles sont les mesures envisagées par le Ministère de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle pour encadrer et assister les enfants concernés, tant au niveau pédagogique que psychologique, afin qu'ils parviennent à mieux s'intégrer dans leur nouveau environnement scolaire.

**Réponse** (10.1.2006) de **Mme Mady Delvaux-Stehres**, *Ministre de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle*:

Je regrette que le conflit entre la direction de l'école privée Notre-Dame et des parents d'élèves ait amené la direction à ne plus permettre aux élèves de continuer leurs études dans un environnement scolaire qui leur était familier.

Quant aux mesures à prendre par les lycées d'accueil pour parer aux problèmes pédagogiques ou psychologiques qui pourraient résulter d'un tel transfert pour les élèves, je tiens à relever que le nouveau règlement grand-ducal déterminant l'évaluation et la promotion des élèves de l'enseignement postprimaire, entré en vigueur à partir de la rentrée scolaire 2005/2006, prévoit explicitement des mesures de remédiation pour aider les élèves présentant des difficultés scolaires.

D'autre part, chaque établissement de l'enseignement dispose d'un service de psychologie et d'orientation scolaire qui assure l'encadrement et le suivi psychologiques des élèves qui le demandent. De surcroît, une aide psychologique supplémentaire peut être sollicitée par les élèves ou leurs parents auprès des psychologues travaillant au Centre de psychologie et d'orientation scolaires.

**Question 0767** (28.11.2005) de **M. Marco Schank** (*CSV*) concernant la **carrière moyenne auprès de l'Administration du Cadastre et de la Topographie**:

L'article 16 de la loi du 17 avril 1964 portant réorganisation de l'Administration du Cadastre et de la Topographie prévoyait deux carrières moyennes, à savoir la carrière moyenne de l'agent technique et celle du technicien diplômé. Ces fonctionnaires sont tous détenteurs du diplôme de fin d'études secondaires. Il y a également une équivalence entre l'examen concours prévu par le règlement grand-ducal du 30 août 1970 et l'examen concours pour l'admission au stage organisé par l'Administration du Cadastre et de la Topographie. Ceci vaut de même pour l'examen de fin de stage et l'examen de promotion.

Par le biais des lois du 25 juillet 2002 et du 5 décembre 2002 portant réorganisation de l'Administration du Cadastre et de la Topographie a été aboli l'article 16ter soulignant l'équivalence des différentes carrières moyennes. Ainsi les carrières moyennes du rédacteur et du technicien diplômé ont été scindées en deux carrières distinctes.

Un règlement grand-ducal du 22 août 2003 a fixé le nombre des emplois des différentes fonctions du cadre fermé pour les diverses carrières dans les administrations de l'État. Les fonctionnaires de la carrière du technicien diplômé se voient dépassés en rang et fonction par des fonctionnaires de la carrière du rédacteur classés au rang inférieur au tableau d'avancement de la carrière du rédacteur et du technicien diplômé tel qu'il existait la veille de l'entrée en vigueur de la loi du 25 juillet 2003.

- Considérant que les fonctions ou missions confiées aux agents de la carrière moyenne auprès de l'Administration du Cadastre et de la Topographie sont indépendantes des études et du mode de recrutement, j'aimerais demander à Monsieur le Ministre de la Fonction publique s'il ne juge pas utile de modifier la législation afin que les fonctionnaires de la carrière moyenne du technicien diplômé à l'Administration du Cadastre, ayant réussi leur examen de promotion avant 1986, conservent

leurs fonctions et soient promus à titre personnel aux fonctions d'inspecteur technique principal respectivement inspecteur technique principal 1<sup>er</sup> en rang, au moment où leurs collègues, classés à rang égal ou immédiatement inférieur à l'examen de promotion de la carrière du rédacteur et du technicien diplômé, bénéficieraient d'une promotion à une fonction classée dans le grade 12 respectivement grade 13.

**Réponse** (20.1.2006) de **M. Claude Wiseler**, *Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative*:

L'honorable Monsieur Marco Schank sollicite dans sa question parlementaire du 28 novembre 2005 des renseignements au sujet d'éventuelles démarches à entreprendre en vue de rétablir les expectatives de carrière de quelques fonctionnaires relevant du cadre moyen de l'Administration du Cadastre, qui se sentent lésés par l'abolition de l'article 16ter de la loi modifiée du 28 mars 1986 portant harmonisation des conditions et modalités d'avancement dans les différentes carrières des administrations et services de l'État.

En réponse permettez-moi d'exposer tout d'abord les motifs qui dans le temps étaient à la base de l'abolition de l'article 16ter précité.

La loi du 27 août 1986 modifiant et complétant la loi modifiée du 22 juin 1963 fixant le régime des traitements des fonctionnaires de l'État a créé dans les cadres des différentes administrations de l'État, où existait déjà la carrière de technicien diplômé, celle de l'ingénieur-technicien.

La loi du 1<sup>er</sup> avril 1987 pour sa part a inséré un nouvel article 16ter dans la même loi dès lors modifiée du 28 mars 1986, ayant la teneur suivante:

«Pour les carrières de l'ingénieur-technicien et du technicien diplômé, la promotion aux grades 12 et 13 se fait conformément au tableau d'avancement de la carrière du technicien diplômé tel qu'il existait la veille de l'entrée en vigueur de la loi du 27 août 1986.

L'alinéa qui précède s'applique également à la carrière du rédacteur de l'Administration du Cadastre et de la Topographie.»

En 1987, ces dispositions avaient été introduites au motif que «suite à la création de la carrière de l'ingénieur-technicien, bon nombre de techniciens diplômés remplissant les conditions d'études requises seront nommés dans la nouvelle carrière. Or, d'après l'article 14 de la loi sur l'harmonisation des possibilités d'avancement, les fonctionnaires ayant changé de carrière continuent à être pris en considération pour la détermination de l'effectif total de la carrière. Appliquée à la carrière du technicien diplômé, cette disposition aurait pour conséquence un gonflement substantiel des emplois du cadre fermé. Le présent article aura pour but d'éviter cette conséquence peu souhaitable» (in projet de loi N°3068).

Au commentaire des articles, ces mêmes dispositions avaient été motivées par le souci du législateur «d'éviter des dépassements en rang résultant de la création de la nouvelle carrière de l'ingénieur-technicien».

Il importe en effet de relever dans ce contexte que suite à la création de la carrière de l'ingénieur-technicien, bon nombre de techniciens diplômés qui remplissent les conditions d'études requises avaient été nommés dans la nouvelle carrière. Pour éviter des «carrières-éclair» qui auraient permis à certains fonctionnaires «chanceux» d'accéder dans des temps records aux grades de fin de carrière au détriment d'autres, il avait été à l'époque jugé parfaitement opportun de recourir à une disposition libellée dans le sens d'une conservation considérée plus équitable des possibilités d'avance-



ment ayant existé la veille de l'entrée en vigueur de la loi du 27 août 1986. Ceci était d'autant plus justifié que les ressortissants des différentes carrières visées par cette disposition particulière étaient antérieurement regroupés dans un même cadre en vertu des lois organiques de leurs administrations respectives.

Si cette mesure particulière a donc permis dans un premier temps de contrebalancer des effets non voulus par l'introduction de la carrière de l'ingénieur-technicien, la création d'un pool pour les avancements par la suite fortement contestée n'a plus trouvé après une période transitoire de plus de dix ans sa raison d'être. Cette contestation se trouvait encore renforcée par l'argument invoqué à juste titre par les départements ministériels concernés et par les représentations du personnel que la situation favorisait finalement ceux des ingénieurs-techniciens ayant eu la chance d'être affectés à des administrations où la carrière du technicien diplômé n'était pas représentée.

Cette disposition avait donc effectivement perdu sa justification avec le temps et risquait alors de produire des effets non voulus par le législateur à l'époque de son adoption. Pour cette raison, lors du projet de loi concernant le budget des recettes et dépenses de l'État pour 1998 de même que pour 2000, le Gouvernement avait proposé d'abroger l'article 16ter par voie d'amendement, mais cette démarche a été refusée par le Conseil d'État au motif que pareille mesure ne trouve pas son cadre approprié dans la loi budgétaire.

Le Conseil d'État a cependant proposé d'inclure cette abrogation à l'occasion de l'élaboration du projet de loi N°4464 relatif, entre autres, à la modification de la loi modifiée du 21 juin 1973 portant organisation du Cadastre et de la Topographie, abrogation finalement inscrite dans la loi du 25 juillet 2002 portant réorganisation de l'Administration du Cadastre et de la Topographie.

Or, il s'est révélé par la suite que l'abrogation pure et simple de l'article 16ter par la loi entre-temps modifiée du 25 juillet 2002 ne permettait pas de préserver pour l'avenir tous les droits des agents concernés. En effet, certains fonctionnaires, ayant dans le temps relevé d'un même cadre, se sont considérés comme dépassés par des homologues relevant d'une autre carrière et de rang inférieur au tableau d'avancement tel qu'il existait jusqu'à la veille de l'entrée en vigueur de la loi du 25 juillet 2002.

Une solution pour tenir compte de cette question serait effectivement d'accorder aux fonctionnaires visés par l'ancien article 16ter des promotions aux grades 12 et 13 par dépassement des effectifs et au moment où leur collègue de rang égal ou immédiatement inférieur bénéficie de ces mêmes promotions.

Pareille mesure ne pourra être introduite que par une modification de la législation actuelle soit dans le cadre d'une prochaine réforme éventuelle de la loi organique de l'Administration du Cadastre et de la Topographie ou, le cas échéant, dans un autre contexte approprié.

**Question 0768** (30.11.2005) de **Mme Françoise Hetto-Gaasch** (CSV) concernant la **politique du troisième âge dans la circonscription est du pays:**

La maison de retraite de Junglinster (Altersheim Jonglënster), qui est gérée par la Congrégation des Carmélites Tertiaires, accueille actuellement une trentaine de seniors.

Les pensionnaires et leurs familles ont été récemment informés par le gestionnaire de la maison de retraite que celle-ci fermerait ses portes à la rentrée scolaire de 2006.

L'immeuble qui appartient aux soeurs carmélites sera destiné à accueillir un centre d'accueil conventionné pour enfants afin de pallier au manque de places au niveau des structures spécialisées dans la protection sociale de l'enfance. D'après mes informations, cette nouvelle structure accueillera une vingtaine d'enfants âgés de six à douze ans.

S'il existe une vraie pénurie en matière de structures de placement pour enfants, et ce quelle que soit la catégorie d'âge des enfants concernés, la soussignée se demande s'il est nécessaire d'installer le nouveau centre d'accueil dans les locaux de la maison de retraite obligeant les pensionnaires, dont certains sont âgés de plus de 80 ans voire 90 ans, à déménager. Il n'est pas nécessaire de souligner que pour ces personnes le déménagement ne sera pas chose facile. Beaucoup de pensionnaires ont toujours habité Junglinster ou sa région. Ils y ont leurs repères et leurs familles et amis.

Outre le fait que la fermeture projetée de la maison de retraite de Junglinster soulève la question de l'hébergement des personnes concernées – le nouveau Centre intégré pour personnes âgées que Junglinster abritera et dont les travaux commenceront en principe début 2006 ne sera pas opérationnel d'ici septembre 2006 -, elle remet en question la politique du troisième âge dans la circonscription est du pays.

La soussignée constate que c'est surtout la circonscription est qui a perdu ces dernières années des structures d'accueil pour personnes âgées, perte que le nouveau CIPA ne viendra combler qu'en partie. Ainsi pour ne citer qu'un exemple, la maison de retraite à Weilerbach a été fermée il y a quelques années et remplacée par un foyer où sont accueillis des demandeurs d'asile.

Dans ce contexte la soussignée aurait souhaité savoir de Madame la Ministre de la Famille et de l'Intégration:

- Si d'autres solutions n'auraient pu être envisagées, comme par exemple attendre que le nouveau CIPA ouvre ses portes à Junglinster avant de transformer la maison de retraite en structure d'accueil pour enfants?
- S'il n'y aurait pas moyen de prévoir une cohabitation entre les seniors et les enfants?

**Question 0770** (1.12.2005) de **M. Claude Adam** (DÉI GRÉNG) concernant la **fermeture de la maison de retraite à Junglinster:**

La décision de fermer la maison de retraite à Junglinster a provoqué maintes réactions et commentaires ces dernières semaines.

J'aimerais donc savoir:

- Pour quelles raisons n'a-t-on pas envisagé de maintenir les résidents de la maison de retraite de Junglinster jusqu'à l'aboutissement du nouveau projet CIPA?
- Quelle sera la future affectation de la maison de retraite acquise par l'État?
- L'utilisation future du bâtiment pourrait-elle pas être reportée de plusieurs années, quitte à envisager une solution de rechange pour l'affectation prévue par l'État?

**Réponse** (13.1.2006) de **Mme Marie-Josée Jacobs**, *Ministre de la Famille et de l'Intégration:*

Depuis plus d'un an le Ministère de la Famille et de l'Intégration est confronté à un besoin urgent de

places supplémentaires au niveau des structures d'accueil de jour et de nuit pour enfants et adolescents en détresse. Si la capacité actuelle est de 531 lits, les besoins nouveaux sont évalués à 50 unités. Les services compétents au sein du Ministère ont contacté les divers organismes privés impliqués au niveau de l'action médico-sociale ou socio-éducative pour sonder s'ils étaient en mesure de proposer des infrastructures appropriées.

Le Groupe Zitha, propriétaire et gestionnaire de l'actuel CIPA de Junglinster, a proposé de mettre à disposition ces infrastructures. À ce propos il y a lieu de souligner que les bâtiments de la maison de retraite de Junglinster ne sont pas conformes à la réglementation afférente concernant les personnes âgées dépendantes; en conséquence, le gestionnaire ne bénéficie que d'un agrément limité dans le temps, le mettant dans l'obligation de trouver une solution définitive (fermeture du CIPA ou travaux très substantiels de transformation). Au vu des obligations légales et réglementaires et par rapport à une capacité d'accueil très limitée, le groupe Zitha n'est pas en mesure d'effectuer une gestion économique en équilibre.

Le Ministère de la Famille et de l'Intégration est très conscient de ce que toute décision de fermeture d'un CIPA constitue une épreuve douloureuse pour au moins une partie des pensionnaires impliqués. Aussi a-t-il apprécié les efforts des représentants du Groupe Zitha pour organiser les déménagements nécessaires en respectant au mieux les desiderata des personnes âgées et de leurs familles.

Le Ministère rappelle que la circonscription est de notre pays dispose d'un réseau riche d'institutions modernes au service des seniors: deux CIPA et une maison de soins à Echternach, une maison de soins à Wasserbillig, un CIPA à Grevenmacher, un CIPA à Remich, un CIPA à Mondorf-les-Bains, plusieurs centres de jour, des clubs seniors, des antennes de plusieurs réseaux d'aide et de soins à domicile, plusieurs logements encadrés pour seniors. Ce filet solide sera renforcé par le futur CIPA de Junglinster. À noter que l'Institut Héliar à Weilerbach n'accueillait que temporairement des pensionnaires âgés dépendants, ceci suite à l'incendie au CIPA d'Esch-sur-Alzette du 5 juillet 1995.

Vu l'urgence très grande au niveau des besoins pour enfants en détresse, les services du Ministère de la Famille et de l'Intégration se félicitent de disposer à Junglinster, dès la rentrée scolaire 2006-2007, d'un foyer accueillant pour enfants. D'après les experts consultés, l'idée d'une cohabitation entre les enfants et les seniors aurait surtout perturbé les personnes âgées aspirant à une ambiance de calme et de sérénité.

**Question 0772** (1.12.2005) de **Mme Viviane Loschetter** (DÉI GRÉNG) concernant le **délégué à l'égalité entre femmes et hommes auprès de la Fonction publique:**

La loi du 19 mai 2003 modifiant, entre autres, le statut général des fonctionnaires de l'État, a introduit un(e) délégué(e) à l'égalité entre femmes et hommes qui a pour mission de veiller à l'égalité de traitement entre les agents en ce qui concerne l'accès à l'emploi, à la formation et à la promotion professionnelle, et les conditions de travail.

- Madame la Ministre de l'Égalité des chances et Monsieur

le Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative considèrent-ils que le/la délégué(e) à l'égalité entre femmes et hommes dans la fonction publique peut pleinement assumer son rôle, si par ailleurs une proportion non négligeable d'agents (4.342 personnes, suivant le rapport d'activité 2004 du Ministère de la Fonction publique et de la Réforme administrative) échappe à ses compétences en raison de leur statut?

**Réponse** (13.1.2006) de **Mme Marie-Josée Jacobs**, *Ministre de l'Égalité des chances* et **M. Claude Wiseler**, *Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative:*

D'abord, il y a lieu de préciser que le nombre de 4.342 personnes avancé par l'honorable Députée, nombre tiré du rapport d'activité de 2004 du Ministère de la Fonction publique et de la Réforme administrative, correspond au nombre d'employés de l'État occupés au 1<sup>er</sup> janvier 2005.

Ensuite, il convient de rappeler qu'en vertu de l'article 36-1, tel qu'il fut introduit par la loi du 19 mai 2003 dans la loi modifiée du 16 avril 1979 fixant le statut général des fonctionnaires de l'État, un délégué à l'égalité entre femmes et hommes est institué au sein de tout département ministériel et de toute administration qui ne dispose pas d'une représentation du personnel. Dans les autres départements ministériels et administrations, c'est la représentation du personnel qui exerce les droits et assume les obligations du délégué à l'égalité.

Or, conformément aux dispositions de l'article 1<sup>er</sup>, paragraphe 5 du statut général des fonctionnaires de l'État, l'article 36-1 précité est également applicable aux employés de l'État.

En outre, et en exécution de la disposition légale prévue à l'article 36-1, le règlement grand-ducal du 5 mars 2004 fixant les modalités de désignation, les droits et les devoirs des délégués à l'égalité entre femmes et hommes au sein des départements ministériels et administrations prévoit que «est admissible comme candidat tout fonctionnaire ou employé de l'État occupé par le service, l'administration ou l'établissement en question».

D'ailleurs, en application des dispositions ainsi en vigueur, un certain nombre de personnes déléguées à l'égalité, qui n'ont pas la qualité de fonctionnaire, mais celle d'employé de l'État, ont déjà été désignées et sont compétentes aussi bien pour les fonctionnaires que pour les employés de leur administration.

**Question 0778** (1.12.2005) de **M. Aly Jaerling** (ADR) concernant l'**alimentation en courant et en gaz des familles pauvres:**

Momentan si mer mat Temperaturen ënnert dem Gefrierpunkt konfrontiert. Gläichzäiteg sinn d'Gemengen an d'Bedreiwergesellschaften ëmmer méi heefeg gezwongen, Leit, déi hir Stroum- respektiv Gasrechnung net méi kënnen bezuelen, dës Dëngschtleeschung, no e puer vergeblichen Zuehungsofuerderungen, ofzespären.

Déi vun esou enger Mesure betraffe Matbirger sinn oft onverhofft an hir mësslech Situatioun ofgerëtscht – sief et duerch de Verloscht vun hirer Aarbecht, eng Scheedung oder duerch aner Schicksalsschläi. Am Wanter bréngt d'Ofspäre vu Stroum a Gas fir déi Betraffen, besonnesch fir Famillje mat Kanner, aussergewéinlech Häert mat sech – der dofir zoustänneger Gemeng/Bedreiwergesellschaft awer net onbe-

déngt déi geschëlte Suen.

Fir Strummerte schafe mer Strukturen, fir hinnen iwwer Wanter e waarmen Ennerdaach ze garantéieren, spären awer etabléierte Familljen d'Elektresch oder de Gas of, wa se net kënnen bezuelen. Et misst also och méiglech sinn, Nout leidend Stéit an der kaler Wiederperiod waarm wunnen ze loosser.

A Frankräich versicht d'Regierung, dës schlëmm Situatiounen ze verhënneren. Hei gouf e Verbuet ausgeschwat, fir während de Wantermeint Stroum a Gas ofzestellen.

Duerfir dës Froen:

- 1) Ass dem Här Banneminister bekannt, datt an de leschte Joren ëmmer méi Familljen a finanziell Nout geroden, esou datt hinnen d'Gas- respektiv d'Stroumversuergung ofgeschnidde gëtt?
- 2) Wéi vill Stéit si momentan vun esou enger Mesure betrafft?
- 3) Wat gedenkt den Här Banneminister ze ënnerhuelen, fir datt zumindest keng Famill an och keng Eenzelpersoun iwwer de Wanter ouni Stroum a Gas muss liewen?
- 4) Wier et net sënnavoll, och hei am Land e nationale Verbuet auszesprieche, fir an de Wantermeint Stéit vum Stroum- a Gasnetz ofzeklemmen?

**Réponse** (24.1.2006) de **Mme Marie-Josée Jacobs**, *Ministre de la Famille et de l'Intégration:*

1) Une enquête menée par les services du Ministère de la Famille et de l'Intégration auprès des principaux fournisseurs d'électricité indique qu'il semble y avoir de plus en plus de rappels pour non-paiement de factures, alors qu'on note une certaine stabilité du nombre des coupures de courant.

Les coupures de gaz, étant donné la complexité et le coût élevé de ces opérations, sont très limitées et ont même diminuées.

2) Ces dernières années et d'après les informations dont dispose le Ministère, les coupures de courant effectivement réalisées se situent aux environs de 1.500 à 1.700 par an pour tout le pays. Le nombre de coupures annoncées mais non exécutées serait par contre quatre fois plus élevé. Il faut dire qu'actuellement encore les fournisseurs ne recourent qu'en tout dernier ressort à cette mesure qui, comme l'a remarqué l'honorable Député, ne résout pas le problème de fond. Le dialogue entre fournisseurs et services sociaux permet le plus souvent de trouver des solutions négociées pour autant que les personnes en difficultés financières acceptent une mesure de guidance financière et collaborent au règlement de leurs dettes.

Les services du Ministère sont intervenus directement uniquement pour payer des factures spécifiques d'électricité:

- en 2002 – 131 fois pour un montant total de 51.767,61 €
- en 2003 – 113 fois pour un montant total de 50.297,09 €
- en 2004 – 112 fois pour un montant total de 49.758,92 €
- en 2005 – 98 fois pour un montant total de 40.120,05 €.

Toutefois ces chiffres ne reprennent pas les interventions des offices sociaux ou d'autres services ou associations à caractère caritatif.

3) La nécessité d'agir au niveau de cette problématique figure en toutes lettres dans le programme que le présent Gouvernement s'est fixé: «...les partenaires réfléchiront sur la création d'un droit à une fourniture minimale d'électricité et de chauffage pour la consommation domestique et ce en faveur des personnes les plus démunies.» Je puis vous assurer qu'actuellement mes services, en collaboration avec les services du Ministère de l'Intérieur, travaillent à l'élaboration



de mesures visant à limiter au maximum ces situations, comme il s'agit d'une matière forte complexe, où de nombreux produits et partenaires interviennent.

4) Enfin, pour le dernier point évoqué par l'honorable Député dans sa question, à savoir l'introduction d'une mesure législative visant à interdire toute coupure à des fins répressives de l'énergie domestique au cours de la période hivernale, il y a lieu de noter qu'il s'agit d'un des moyens que les services du Ministère étudient, mais toujours dans le cadre d'un ensemble de mesures visant à protéger les familles tout en sensibilisant et en aidant les individus à maîtriser leurs dépenses d'énergie domestique. À rappeler qu'étant donné l'intrication du droit commercial toute solution devra respecter les droits des fournisseurs et ne pas pénaliser les autres usagers qui assument avec régularité leurs frais d'énergie.

**Question 0780** (2.12.2005) de **Mme Claudia Dall'Agnol (LSAP)** concernant le **remplacement de la mesure disciplinaire du renvoi temporaire de l'école par des sanctions alternatives:**

L'ORK (Ombudscomité fir d'Rechter vum Kand) a demandé dans son rapport d'activité 2005 au Ministre de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle d'engager une réforme afin de remplacer la mesure disciplinaire du renvoi temporaire de l'école par des sanctions alternatives, dont l'intérêt pédagogique serait beaucoup plus efficace. En effet, l'ORK est d'avis que l'école doit assumer à son tour ses responsabilités et que la sanction consistant à écarter un enfant de l'école en pleine période scolaire n'a aucune valeur éducative et ne contribue pas à la solution de problèmes.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Madame la Ministre:

- Est-ce que Madame la Ministre partage cet avis?
- Quelles seraient les sanctions qui pourraient remplacer ces renvois et qui auraient un caractère éducatif?

**Réponse** (18.1.2006) de **Mme Mady Delvaux-Stehres, Ministre de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle:**

Pour ce qui est des enfants et des jeunes adolescents, je partage l'avis de Madame la Députée que la mesure disciplinaire du renvoi temporaire de l'école n'a pas de valeur éducative si elle n'est pas accompagnée de mesures qui remédient à la cause du comportement incriminé.

Le renvoi temporaire peut s'appliquer de façon à ce que l'élève ne soit plus autorisé à intégrer sa classe, mais qu'il se trouve à l'école sous une surveillance adéquate pour faire des travaux scolaires.

Dans certains établissements, des classes spécifiques sont organisées pour accueillir des élèves au comportement difficile. Leur séjour dans cette classe-relais est temporaire et ils réintègrent leur classe usuelle en cours d'année.

Dans des cas extrêmes et lorsqu'il s'agit d'élèves majeurs, je peux concevoir que le renvoi temporaire constitue une mesure disciplinaire utile en tant que dernier avertissement exigeant de l'élève une réflexion sur son engagement et sa motivation.

Finalement, je tiens à ce que de telles sanctions ne soient prononcées qu'en cas de nécessité absolue et que la sanction soit proportionnée à la faute ou au délit. En tout état de cause, les parents des élèves sanctionnés peuvent

prendre recours auprès du Ministre.

**Question 0785** (6.12.2005) de **M. Aly Jaerling (ADR)** concernant les **affaires de drogues en relation avec la conduite automobile:**

Am Spierkel 2003 schonns hat den Deputéierten Henckes an enger parlamentarescher Ufro d'Problematik vum Drogekonsum am Kontext vun der Fuersécherheet thematiséiert. Déi ministeriell Äntwert hat enner anerem erginn, datt et zu Lëtzebuerg net nëmmen den Alkohol ass, dee fatal Konsequenzen huet. Et ass och bestätegt ginn, datt bei Verkéierskontrollen den eenzege Moyer fir Drogenafloss kënnen feststellen den «examen médical à effectuer par un médecin» ass – den honorabelen Deputéierten hat d'Aféierung vun „Drogenschnelltester“ ugereegt. Dowéinst kéint een och net gewuer ginn, wéi vill Accidenter ënnert Drogenafloss zustan koumen, «car le résultat de l'analyse médicale n'est pas communiqué à la police».

Elo hätt eng Etüd, déi an der Fachzäitschréft "Forensic Science International" publizéiert gëtt, erginn, datt sech de Konsum vu Cannabis bei de Jonken an eisem Nopeschland Frankräich, tèschent 2001 an 2004, verduebelt hätt, an datt 40% vun den déidlechen Accidenter op de fransésische Stroossen op de Konsum vu Cannabis zréckgefieert kéinte ginn. An 80,2% vun de Fäll wier de Cannabis déi eenzeg schiedlech Substanz gewiescht, déi festgestallt gouf.

Et schéngt, wéi wann och Lëtzebuerg vun enger ähnlecher Entwécklung net verschont bliwwer wär.

Duerfir dës Froen:

Ass d'Regierung nach ëmmer net à même, konkret Daten iwwert déi Accidenter virzeleeën, bei deenen d'Haaptursach Drogekonsum war?

Wéi eng Entwécklung ass zënter 2002 bei den «affaires de drogues en relation avec la conduite automobile» feststellen?

Wat fir en Impakt huet bei dësen Affären, awer och bei den Accidenter de Konsum vu Cannabis, a wéi en Impakt hunn aner, méi haart Drogen oder Medikamenter?

Wéi steet déi aktuell Regierung zur Aféierung vun Drogenschnelltester als zousätzlech Kontrollinstrument bei Verkéierskontrollen?

Wier et net och fir Lëtzebuerg wichtig, den Impakt vum Cannabis- an anerem Drogekonsum op d'Vekéierssécherheet ze ënnersichen an op dëser Basis entsprechend Sensibiliséierungscampagnen ze lancieren?

Ass och hei am Land de Konsum vu Cannabis bei deene Jonken, wéi a Frankräich, an de leschte Jore staark gewuess?

Wéi bewäerten den Här Gesondheitsminister an den Här Transportminister déi, och vu verschidene politesche Säite propagéiert, verharmlousend Haltung zu de sou genannten «doucen» Drogen – sinn esou Positionen net éischter kontraproduktiv am Sënn vun der Verkéierssécherheet an der öffentlecher Gesondheet a feelt et do net un Opklärung?

**Réponse commune** (11.1.2006) de **M. Lucien Lux, Ministre des Transports** et de **M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale:**

A senger parlamentarescher Ufro freet den honorabelen Deputéierten Renseignementer iwwert d'Fueren enner Afloss vun Drogen an enner anerem iwwert d'Unzuel vun den Accidenter, déi vu Chauffeuren enner Afloss vun däeraartege Substanzen zu Lëtzebuerg verursaacht

gi sinn, d'Entwécklung zënter 2002 bei den «affaires de drogues en relation avec la conduite automobile» souwéi den Impakt, deen de Konsum vu Cannabis, haarden Drogen a Medikamenter op dës Affären, awer och op d'Accidenter huet.

Am Joer 2002 huet d'Police grand-ducale 61 Affäre mat Drogen hantert dem Steier festgehalen, déi eng Uklo wéinst «mise en danger de la circulation due à la consommation de drogues» mat sech bruecht hunn, 2003 huet d'Police grand-ducale 69 där Affäre constatéiert an 2004 nach 56.

Wat d'Unzuel vun Accidenter, déi als Haaptursach Drogekonsum hunn, betrëfft, esou louch déi Zuel 2004 bei 6 Accidenter (dovunner 4 mat Materialschued an 2 mat liicht Blesséierten). 2005 (bis den 10. November) si 7 Accidenter mat Haaptursach Drogekonsum gezielt ginn (dovunner 4 mat Materialschued, 1 mat liicht Blesséierten, 1 mat schwéier Blesséierten an 1 mat déidlechem Ausgang). Et ass awer net méiglech um Niveau vun de Policeenquëten erauszefannen, wéi een Impakt de Konsum vu Cannabis respektiv vun haarden Drogen a Medikamenter op Accidenter an Affäre mat Drogen hantert dem Steier huet.

Des Weidere wollt den honorabelen Deputéierte wëssen, wéi déi aktuell Regierung zu der Aféierung vun Drogenschnelltester als zousätzlech Kontrollinstrument bei Verkéierskontrolle steet.

Anescht wéi beim Alkohol gëtt et fir Droge keen zouverlässege Schnelltest. Dat ass och de Grond firwat de «projet de loi modifiant la loi du 14 février 1955 concernant la réglementation de la circulation sur toutes les voies publiques et la loi du 16 avril 2003 relative à l'assurance obligatoire de la responsabilité civile en matière de véhicules automoteurs», dee virgesitt en Delliht aus dem Fieren enner Afloss vun Drogen ze maachen, den Test vum Spaut a vum Schweess nëmmen als en «dépistage sommaire» virschléit. Wann déi Tester eng Presenz am Organismus vun op d'mannst enger vun de Substanzen, déi am Artikel 7 vum ofgeännerte Gesetz vum 19. Februar 1973 iwwert de Verkaf vu medikamentöse Substanzen an d'Lutte géint d'Toxicomanie virgesi sinn, beweisen, da muss deen Zoustand an enger Bluttprouf an enger Waasserprouf festgestallt a confirméiert ginn.

Haut besteet déi eenzeg zouverlässege Method effektiv doran, der concernéierter Persoun eng Waasser- an eng Bluttprouf ze huelen. D'Waasseranalys weist zwar d'Presenz vun Drogen no, mä déi Consumatioun kann awer scho méi wäit zréck an der Zäit leien. Anerersäits erméiglecht d'Bluttnalyse eng rezent Drogeconsumatioun nozeweisen. Mä weder déi eng nach déi aner Analys kann um Bord vun der Strooss duerchgefouert ginn. D'Analys vum Spaut a vum Schweess ass nëmmen eng Hëllef, mä si ass schlussendlech kee Beweis fir d'Presenz vun enger däeraartege Substanz an engem biologeschen Échantillon. Bis elo existéiert also keen Drogenschnelltest, deen eng rezent Drogeconsumatioun nowiese kann an deen zousätzlech och nach um Bord vun der Strooss kann duerchgefouert ginn. D'toxicologesche Expertise bleift déi eenzeg Méiglechkeet fir eng ganz Rei Drogen am Blut kënnen objektiv nozeweisen.

Wat dann de Wuesstum vum Cannabiskonsum vun deene Jonke betrëfft, ginn déi rezentsten Etüden op d'Joer 2000 zréck. Am Verglach mat méi alen Etüde beleeeën dës eng däitlech Augmentatioun vum «taux de prévalence-vie» vum Konsum vun deene Jonken tèschent 12 an 20 Joer. Dës däitlech Augmentatioun confirméiert sech

fir d'Period vun 2000 bis 2005, wann ee sech d'Unzuel vun de Cannabis-Saisië vun d'ärselwechter Period ukuckt, och wann dës Saisien näischt iwwert den Alter vun den Destinairé vum confiscéierte Cannabis aussoen.

Schlussendlech freet den honorabelen Deputéierten, ob déi verharmlousend Haltung zou de sou genannten «doucen» Drogen net kontraproduktiv am Sënn vun der Verkéierssécherheet ass an ob et do net un Opklärung feelt.

Wat illegal Droge betrëfft, mécht den Transportministère keen Ënnerschied tèschent doucen an haarden Drogen. D'Approche ass déi vun der „tolérance zéro“, wat esou vill heescht, wéi datt d'Fieren enner Afloss vun enger vun de Substanzen, déi am Artikel 7 vum ofgeännerte Gesetz vum 19. Februar 1973 iwwert de Verkaf vu medikamentöse Substanzen an d'Lutte géint d'Toxicomanie virgesi sinn, strofbar ass, soubal wéi eng vun deene Substanze festgestallt ka ginn. Anescht wéi beim Alkohol gëtt et hei keen Absorptionstaux: All illegal Droge si verbueden, ouni Rücksicht op den Typ vun der Drog an op déi benotzte Quantitéit.

**Question 0786** (6.12.2006) de **Mme Françoise Hetto-Gaasch** et de **MM. Ali Kaes** et **Marco Schank (CSV)** concernant l'**extension de l'École nationale du Service d'Incendie et de Sauvetage à Niederfeulen:**

Lors d'une conférence de presse du 3 novembre 2005, le Ministre des Travaux publics et le Ministre des Transports ont présenté les priorités gouvernementales en matière de projets d'investissement. D'après leur exposé, l'extension de l'École nationale du Service d'Incendie et de Sauvetage (ENSIS) à Niederfeulen ne figure pas parmi les projets dont le début des travaux est prévu avant 2008.

La Fédération nationale des Corps de Sapeurs-pompiers a aménagé l'immeuble qui ne correspond plus à des normes architecturales appropriées. Le centre ne dispose actuellement que d'une seule salle d'instruction/réunion, alors que les instructions en matière de sauvetage sont imposées par la législation. Les responsables de la Fédération ne sont pas opposés à une éventuelle coopération avec la caserne au rond-point Gluck à Luxembourg-Gasperich pour assurer transitoirement la formation des jeunes. Ils estiment toutefois qu'il faut envisager à court terme l'extension de l'ENSIS par la remise en état et de l'aménagement des blocs sanitaires, des dortoirs, de la cuisine et des réserves alimentaires, des archives, des stocks et des bureaux.

Rappelons que la Fédération nationale des Corps de Sapeurs-pompiers compte quelque 10.000 membres bénévoles dans ses rangs, dont presque 2.000 jeunes. Ces derniers ne disposent d'aucune base pour leurs activités, sauf les corps au niveau des sections locales et communales. Afin de rassembler une vingtaine de jeunes, la Fédération est forcée d'organiser des campings. Certes, de telles activités ont leur attrait en été, mais ne représentent aucunement une solution pour les mois restants.

Dans ce contexte nous aimerions poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire:

1. Quand est-ce que le Gouvernement entend réaliser l'extension de l'ENSIS à Niederfeulen?
2. Comment voyez-vous l'avenir de la formation des jeunes pompiers à court terme sa-

chant que l'ENSIS ne figure plus parmi les priorités gouvernementales en matière d'investissements publics?

3. À partir de quand le nouveau centre au rond-point Gluck à Luxembourg-Gasperich sera-t-il opérationnel? Qu'en est-il d'une éventuelle «Joint Venture» entre l'ENSIS et ce nouveau centre?

**Réponse commune** (30.1.2006) de **M. Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire** et **M. Claude Wiseler, Ministre des Travaux publics:**

Le projet de l'extension de l'École nationale du Service d'Incendie et de Sauvetage figure parmi les projets dont le début des travaux a, pour des raisons financières longuement expliquées à la Chambre des Députés à l'occasion des débats autour du projet de budget 2006, été repoussé pour après 2007. Pour le projet dont s'agit, il a cependant été retenu que les mois à venir seraient utilisés pour revoir tant le programme de construction que les plans afin notamment d'analyser la possibilité de réaliser d'éventuelles économies. Dès lors, les travaux relatifs à l'élaboration des plans, des devis et du calendrier des travaux au niveau de l'avant-projet continuent. Par la suite, le projet de construction sera mis à l'ordre du jour de la Commission d'Analyse critique pour une analyse approfondie de ce programme.

Le Gouvernement décidera à l'occasion des travaux préparatoires pour les budgets à venir et à la vue de l'évolution de la situation financière de la date à laquelle le projet en question sera réinscrit dans le programme pluriannuel de construction de l'État.

Il reste à souligner que ce projet est toujours considéré comme un projet important et très utile pour la formation des jeunes pompiers et la formation continue des sapeurs-pompiers en général.

En ce qui concerne la faisabilité d'éventuelles synergies avec les possibilités qui seront offertes par le nouveau Centre de Secours prévu à Luxembourg-Gasperich, il échet d'attendre la finalisation d'un projet homogène regroupant l'Administration des Services de Secours, l'école des Services de Secours et le Service d'Incendie de la Ville de Luxembourg.

**Question 0791** (9.12.2005) de **M. Claude Meisch (DP)** concernant le **Protocole de Kyoto:**

Au moment même où se tient à Montréal la conférence de l'ONU sur les changements climatiques, Monsieur le Ministre de l'Économie déclare dans une interview accordée au magazine «de Kéiseker» que l'application du Protocole de Kyoto serait une menace à l'égard de notre système social et de notre marché de l'emploi. La mise en œuvre du Protocole de Kyoto rendrait même impossible toute croissance économique à hauteur de 4%. De plus Monsieur le Ministre de l'Économie plaide pour l'utilisation de l'énergie nucléaire.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de l'Environnement:

- Monsieur le Ministre partage-t-il l'analyse de Monsieur le Ministre de l'Économie?
- Quelles solutions concrètes sont envisagées afin de respecter nos engagements du Protocole de Kyoto?
- Quelle est la position de Monsieur le Ministre de l'Environnement quant à une utilisation plus systématique de l'énergie nucléaire?



- Quelle est la position officielle du Luxembourg à la conférence de l'ONU sur les changements climatiques de Montréal?

**Réponse** (27.12.2005) de **M. Lucien Lux**, *Ministre de l'Environnement*:

Je pense que ma conférence de presse en date du 12 décembre 2005, suite à la Conférence de Montréal sur le changement climatique, ainsi que l'heure d'actualité du 22 décembre 2005 à la Chambre des Députés ont certainement clarifié les choses.

Toute politique visant à combattre le changement climatique a également pour objectif le découplage de la croissance du PIB des émissions de gaz à effet de serre.

Ceci dit, je partage avec le Ministre de l'Économie la conviction que:

- notre pays doit rester une place économique forte;
- la bureaucratie inutile doit être éliminée, dans tous les secteurs et départements ministériels d'ailleurs;
- des décisions rapides ont été un des atouts du Luxembourg et doivent le rester.

Mais le Ministre de l'Économie n'a pas le monopole de ces objectifs.

J'ai, depuis mon entrée en fonction en tant que Ministre de l'Environnement, indiqué les objectifs de notre politique de lutte contre le changement climatique, mais également nos problèmes.

L'objectif de réduction de 28% de nos émissions de gaz à effet de serre est un objectif ambitieux et très difficile à atteindre. Mais le Gouvernement aussi bien que la Chambre des Députés l'ont adopté.

Quant aux chiffres: Nos inventaires indiquent qu'en 1990, base de référence du protocole de Kyoto, nos émissions de CO<sub>2</sub> étaient de 12,5 millions de tonnes. Selon nos projections pour 2008-2012, ces émissions seraient de 14 millions de tonnes au moins, si aucune mesure contrecarrant cette évolution ne sera prise. Par conséquent, le Luxembourg dépasserait de 5 millions de tonnes par an son budget d'émission «Kyoto» qui est de 9 millions de tonnes par an (objectif de réduction de 28% par rapport à 1990).

Je voudrais toutefois souligner que notre pays n'est pas le seul État membre de l'Union européenne à connaître de tels problèmes. À titre d'exemple, selon l'Agence Européenne de l'Environnement (AEE), en 2003, l'Autriche avait des émissions de gaz à effet de serre de +16,6% par rapport à 1990, alors que ce pays a un objectif de réduction de -13%.

Depuis l'été 2005, et pour la première fois, le Ministère de l'Environnement fait élaborer une analyse des potentiels de réduction des émissions de gaz à effet de serre au niveau national, sous la direction du Dr Ewringmann. Dans ce cadre, nous organisons une série d'ateliers pour analyser les différents secteurs – ménages, énergie, industrie, transports – pour identifier les potentiels techniques et discuter les potentiels stratégiques. Des experts et représentants de différentes organisations syndicales, professionnelles, environnementales, des départements ministériels concernés et de la Chambre des Députés y ont été invités.

Cette analyse doit aboutir à une stratégie de réduction des émissions de gaz à effet de serre permettant au Luxembourg de respecter ses engagements dans le cadre du protocole de Kyoto et de préparer le 2<sup>e</sup> plan national d'allocation de quotas, mais également de préparer le pays pour les discussions sur un régime futur (après- Kyoto).

Il paraît évident que dans les quelques années qui nous restent d'ici 2008-2012 (période Kyoto), le seul potentiel de réduction technique dans les secteurs du bâtiment, du transports et des ménages n'est pas suffisant pour atteindre notre objectif de réduction.

Néanmoins, notre pays a l'obligation de mettre en œuvre des mesures au niveau national, telles que:

- développement de standards énergétiques performants pour les bâtiments;
- assainissement énergétique des bâtiments;
- promotion des bâtiments à basse consommation énergétique;
- promotion des économies d'énergie et des énergies renouvelables;
- 2<sup>e</sup> plan national d'allocation de quotas (industrie);
- audit énergétique des entreprises;
- véhicules à basse consommation.

Il faudra également analyser le potentiel de réduction stratégique:

- réforme de la législation sur la taxation des véhicules;
- «exportation» de carburants vendus à Luxembourg;
- intégration de l'aspect de la protection du climat dans les planifications des infrastructures routières, ferroviaires, urbaines;
- promotion des transports en commun;
- utilisation des mécanismes de flexibilité (projets CDM et JI, échange de droits d'émission).

Le Luxembourg a attendu trop longtemps pour développer un plan d'action concret. Maintenant le temps presse. Mais qu'il n'y ait pas de doutes: Ce n'est pas notre politique en matière de changement climatique qui menace l'emploi ou l'économie. Le premier plan national d'allocation a accordé suffisamment de quotas à nos entreprises, une réserve annuelle de 125.000 tonnes de CO<sub>2</sub> est même prévue pour de nouvelles entreprises. Or jusqu'à présent, aucune demande m'a été adressée.

Je vais également m'engager pour l'industrie luxembourgeoise dans le cadre du 2<sup>e</sup> plan national d'allocation de quotas.

Je suis certain que Kyoto ne menace pas l'État social et le marché de l'emploi. Les délocalisations n'ont rien à voir avec la protection de l'environnement, mais avec les coûts de production et de la main-d'œuvre et l'environnement politique/syndical.

Nous devons considérer Kyoto comme une chance pour notre économie. Cela permettra l'innovation, le développement et le transfert de technologies modernes, des économies d'énergie. Économiser l'énergie est aujourd'hui une nécessité économique qui se conjugue avec une nécessité environnementale.

Quant à la discussion sur l'énergie nucléaire: Tout un chacun sait que l'approvisionnement en énergie à bon marché est un facteur de compétitivité. Nous savons aussi que notre pays est raccordé aux réseaux belge et allemand, pays producteurs d'énergie nucléaire. Il ne faudrait pas être hypocrite. Mais de là à faire un plaidoyer pour l'énergie nucléaire est non seulement contraire au programme gouvernemental, mais nous met sur une fausse route. Je préfère plutôt nous voir engager sur une autre voie, celle de l'économie d'énergie, de l'efficacité énergétique, des énergies nouvelles et renouvelables.

**Question 0793** (12.12.2005) de **M. Robert Mehlen** (*ADR*) concernant la **prime d'encouragement écologique**:

An der Klimaschutzpolitik spillt d'Energieproduktion aus erneuerbaren Energiequellen eng wichtig Roll. Duerfir ass e ganzen Dispositif vun öffentleche Bähillefe geschaf ginn, souwuel op der Investitioun wéi och op der produzierter Energie. Énner anerem gëtt et zanter dem 1. Januar 2001 eng „prime d'encouragement écologique“ vun 0,025 Euro pro Kwh fir verschidden erneuerbar Energieformen, de sou genannte véierte Frang. Dës Prime gëtt op schrëftlech Demande vum Ëmweltministère ausbezuel. Well d'Reglement vun 2001 Enn 2004 ausgelaf ass an dat neit Règlement eréischt am August 2005 a Kraaft getratt ass, bestinn anscheinend Problemer mat dem Ausbezuere vun dëser Ënnerstützung.

Duerfir géif ech lech, Här Minister, gären dës Froe stellen:

1. Gëtt et tatsächlech Problemer mat der fristgerechter Ausbezuere vun dëser Prime, a wa jo, wat sinn d'Ursaache vun dëser Verspéidungen?
2. Wat ass de regulären Délaï fir d'Demandé vum Produktionsjoer 2004? Kënnt Dir mir Informatiounen ginn iwwert d'Zuel vun den Demanden, d'Héicht vun der ganzer Prime fir 2004 an den aktuelle Stand vun der Ausbezuere?
3. Gëtt et eng intern Direktiv iwwert d'Délaï fir d'Ausbezuere vun dëser Prime? Wéi laang dauert et an der Moyenne tëschent dem Erareeche vun enger Demande an dem Ausbezuere? Kënnen déi Betraffe bei iwwerméisseger Verspéidung mat enger Verzénsung vun de réckstännege Betrag rechnen?
4. Wäre et net am Sënn vun der administrativer Vereinfachung, mat dem(n) Netzbedreier en Accord ze sichen, datt déi agréiert Produzenten dës Prime direkt mat dem Basisstrompräis géifen ausbezuel kréien?

**Réponse** (20.01.2006) de **M. Lucien Lux**, *Ministre de l'Environnement*:

Am Joer 2005 goufen 1.765 Demanden eragereecht fir d'«prime d'encouragement écologique» ze kréien. Niewent dëse Primen huet deeselwechte Service des économies d'énergie ronn 5.900 Demanden ze instruéieren, wat d'Ausbezuere vun den «aides à l'investissement» ubelaangt. Bis Mëtt vum Joer 2005 huet de Service iwwer néng Leit verfügt, fir d'Demanden ze instruéieren: zwee Fonctionnaires a siwe CATen. Dës Zuel ass bis November staark zréckgaang, well d'Kontrakte vun deene siwe CATen ausgelaf sinn a keng nei CATen ze kréie ware bis Dezember. Et ass zu engem Enkpass komm, wat d'Ausbezuere ubelaangt.

Fir ze assuréieren, datt d'Subventionen an d'Prämien an engem räsonnablen Délaï ausbezuel kënnen ginn, huet d'Regierung de feu vert ginn, fir sechs Employéen à durée déterminée anzustellen (1 Joer). Zënter Dezember verfügt de Service des économies d'énergie iwwer 14 Leit (zwee Fonctionnaires, sechs Employéen à durée déterminée a sechs CATen).

Wat Prämië vun 2004 am Speziellen ubelaangt, sou si 416 Demanden an der Ausbezuereprozedur a bei 664 musse supplémentäre Informatiounen nogefrot ginn. Et kann ee rechnen, datt déijéineg Demanden, déi als komplett kënnen

betruucht ginn, bis Enn Februar ausbezuel sinn.

Bis elo huet et an der Moyenne néng Méint gedauert, bis d'Prämien ausbezuel konnte ginn. Et ass een Uleies vum Ministère de l'Environnement, dësen Délaï substanzieel erfzesetzen. Dofir och d'Efforten, fir d'Personal massiv opzestocken.

Et si keng Dispositionen am Règlement virgesinn, déi déi eventuell duerch de Retard entstanen Onkäschte géifen ofdecken.

Wat d'Remarque ubelaangt, dës Prime direkt mat dem Basisstrompräis ze verrechnen, war dat an der Diskussioun beim Ausschaffe vum neie Subventionsreglement, dat am August 2005 veröffentlecht gouf. Als Kompromiss gouf festgehalten, datt d'Primë fir Fotovoltaikanlagen, déi ënnert dat neit Règlement falen, iwwert de Fonds de compensation électrique ausbezuel ginn, also mam Basisstrompräis verrechent ginn.

**Question 0794** (12.12.2005) de **M. Claude Meisch** (*DP*) concernant l'**adaptation des traitements des fonctionnaires de l'État**:

Il me revient par voie de presse que Monsieur le Ministre des Classes moyennes aurait déclaré devant l'assistance du «Arbeitskreis Wirtschaft Luxemburg (AKW)» que le régime des traitements des fonctionnaires de l'État devrait faire l'objet d'une adaptation vers le bas et ceci plus particulièrement au niveau des traitements prévus pour les nouveaux fonctionnaires.

Ainsi, j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative:

- Est-ce que Monsieur le Ministre a connaissance des faits relatés ci-dessus?
- Dans l'affirmative, est-ce que Monsieur le Ministre peut me dire quand le Gouvernement entend mettre en œuvre cette adaptation des traitements des fonctionnaires de l'État?
- Est-ce que cette adaptation concernera également les employés de l'État et ceux du secteur conventionné? Est-ce que toutes les carrières sont concernées par cette adaptation?
- À quel niveau les traitements des nouveaux fonctionnaires de l'État seront plafonnés et est-ce que le secteur privé servira de référence pour fixer ces derniers?

**Réponse** (20.1.2006) de **M. Claude Wiseler**, *Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative*:

Monsieur le Député Claude Meisch soulève la question de savoir si le Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative a connaissance des déclarations récentes que Monsieur le Ministre des Classes moyennes aurait faites au sujet du régime des traitements des fonctionnaires de l'État, quand le Gouvernement entend mettre en œuvre cette adaptation et à qui elle s'appliquera.

En réponse permettez-moi de répondre d'abord à l'honorable Député Claude Meisch que le Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative a bien sûr connaissance du discours prononcé par le Ministre des Classes moyennes, publié sur Internet, ainsi que des faits relatés dans la presse et portant sur une réflexion du Ministre au sujet du problème de recrutement de jeunes luxembourgeois qui se pose actuelle-

ment dans le secteur privé, notamment pour les débuts d'emplois.

En ce qui concerne d'éventuelles modifications des traitements des fonctionnaires de l'État, je tiens à renvoyer aux déclarations faites par Monsieur le Premier Ministre le 12 octobre dernier dans le cadre de sa «Déclaration de politique générale» à la Chambre des Députés dont quelques-unes visent plus particulièrement le secteur de la Fonction publique. Le Premier Ministre s'est exprimé en ces termes: «Nous devons discuter avec le syndicat de la fonction publique afin de freiner l'impact des avancements automatiques sur la hausse des salaires et nous devons d'ores et déjà parler de l'orientation future de la politique salariale de l'État qui, dans les années 2007, 2008 et 2009, devra être plus modérée».

Ces discussions devraient commencer dans les premières semaines de l'année 2006.

**Question 0795** (13.12.2005) de **M. Marc Spautz** (*CSV*) concernant le **protocole de Kyoto**:

Lors de l'émission «Kapital» du 7 décembre 2005 diffusée par la chaîne de télévision luxembourgeoise RTL sur le contenu et les engagements à respecter dans le cadre du protocole de Kyoto, Monsieur le Ministre de l'Environnement dans un élan «d'activisme de dernière minute» a affirmé que: «(...) Mir hu jo den Don fir Saachen op eis zoukommen ze loosse, bis et dann heiansdo schonn e bëssen ze spéit ass. (...) An an zwee Felder (tripartite CFL et protocole de Kyoto) hu mer gewaart a gewaart a gewaart, bis dann den Zuch schonn an der Gare steet, bis et dann heiansdo schonn ze spéit ass. An ech mengen, hei ass ee vun de Punkte wou mir eng Potenzialstudie elo maachen an engem Moment, wou mer schonn am Prozess mat dra sinn (...)».

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de l'Environnement:

- Pour quelles raisons l'analyse des potentiels de réduction des émissions de CO<sub>2</sub> n'a-t-elle pas été entamée dès décembre 1997, date de la signature du protocole de Kyoto?
- Sur base de quels critères repose l'objectif du Luxembourg de réduire les émissions de gaz à effet de serre de 28% par rapport au niveau de 1990?
- D'où provenaient à l'époque les données et études qui ont servi de base pour le calcul du potentiel de réduction de 28% pour le Luxembourg? Dans ce contexte avait-on pris en considération que la centrale TGV de Twinerg à Esch/Alzette et chaque nouvelle centrale de cogénération générerait des émissions supplémentaires de CO<sub>2</sub> qui auraient des répercussions négatives sur notre bilan national?

**Réponse** (20.1.2006) de **M. Lucien Lux**, *Ministre de l'Environnement*:

L'honorable Député me pose plusieurs questions sur l'objectif de réduction des émissions de gaz à effet de serre. En effet, après la Conférence de Kyoto qui s'est déroulée en décembre 1997, l'Union européenne, qui, à Kyoto, s'est engagée à réduire ses émissions de CO<sub>2</sub> de 8% en 2008-2012 par rapport au niveau de 1990, a adopté ce que l'on appelle le «EU burden sharing agreement».

Comme je n'étais pas Ministre de l'Environnement en 1997, je ne connais pas les raisons pour lesquelles une analyse des potentiels de réduction des émissions de CO<sub>2</sub> n'a pas été entamée dans les années suivantes.



Dès août 2004, après mon entrée en fonction, j'ai accordé une priorité absolue au dossier «Kyoto».

En effet, j'ai dû modifier le premier plan national d'allocation de quotas, élaboré début 2004, pour que celui-ci puisse être accepté par la Commission européenne en octobre 2004 et ainsi donner une sécurité de planification à l'industrie luxembourgeoise.

Par une loi du 23 décembre 2004, nous avons enfin transposé la directive concernant le système européen d'échange de quotas d'émission. La loi a créé un fonds de financement des mécanismes de Kyoto qui nous permet de participer à des fonds multilatéraux et à des projets dits «JI» et «CDM» afin d'acquiescer des crédits d'émission. La dotation dudit fonds s'élève à 5 millions d'euros en 2005 et à 10 millions d'euros en 2006.

Je tiens aussi à préciser que les sommes énormes investies entre 2001 et 2004 dans l'énergie solaire photovoltaïque n'ont pas contribué à améliorer notre bilan des émissions de CO<sub>2</sub>. En effet, nous avons remplacé de l'électricité importée par une production nationale d'électricité.

En novembre 2004, j'ai chargé le «Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Uni Köln», sous la direction du Dr Ewringmann, d'une analyse des potentiels de réduction des émissions de gaz à effet de serre (GES), prévue par le programme gouvernemental. Cette analyse doit permettre d'identifier des options et des stratégies pour une réduction de nos émissions, qui permettraient au Luxembourg de respecter ses engagements dans le cadre du protocole de Kyoto et de préparer le deuxième plan national d'allocation de quotas dû pour juillet 2006 conformément à la directive sur le système d'échange européen de quotas.

Dans le cadre des préparations pour cette analyse, le Ministère de l'Environnement vient d'organiser trois ateliers – tendances de développement des émissions de gaz à effet de serre, trafic routier (Verkehr) et bâtiments (Gebäude) – auxquels ont participé des experts et représentants de différentes organisations syndicales, professionnelles, environnementales, des départements ministériels concernés et de la Chambre des Députés.

D'autres ateliers vont suivre – industrie, exportation de carburants, énergies renouvelables.

Les trois premiers ateliers ont confirmé, s'il le fallait, qu'il sera très difficile – voir impossible – pour notre pays, d'atteindre son objectif de réduction Kyoto (-28%) sans avoir recours aux mécanismes de flexibilité (CDM, JI; émissions trading). D'un autre côté, le Luxembourg ne peut pas renoncer à mettre en œuvre des politiques et mesures au niveau national pour réduire ses émissions de gaz à effet de serre. Sans effort national, nous courons le risque que notre second plan national d'allocation ne sera pas accepté par la Commission européenne.

Quant aux chiffres, les inventaires indiquent qu'en 2004 les émissions de GES étaient à nouveau au même niveau qu'en 1990, soit quelque 12,5 millions de tonnes de CO<sub>2eq</sub>, après avoir passé par un minimum en 1998, principalement à cause de la restructuration de la sidérurgie.

**Question 0796** (13.12.2005) de **Mme Claudia Dall'Agnol (LSAP)** concernant le **vote obligatoire**:

Dans de nombreux pays le droit de vote est un devoir citoyen. Au Luxembourg il n'est non seulement

un devoir moral, mais aussi une obligation, comme le stipule la loi électorale du 18 février 2003 dans son article 89: «le vote est obligatoire pour tous les électeurs inscrits sur les listes électorales».

Le droit luxembourgeois prévoit même des peines pour les électeurs n'ayant pas pris part au vote ou dont les excuses n'ont pas été admises. En effet, l'article 90 de la loi citée plus haut prévoit que ces derniers «seront cités devant le juge de paix dans les formes tracées par la loi». De plus, le même article prévoit qu'une première abstention non justifiée est punie d'une amende de 100 à 250 euros. En cas de récidive dans les cinq ans de la condamnation, l'amende est de 500 à 1000 euros.

- J'aimerais donc demander à Monsieur le Ministre si les électeurs non excusés sont condamnés à l'amende prévue par la loi, ou si les autorités se limitent à les avertir.

- Dans le cas où les électeurs non excusés ne sont ni avertis, ni punis par les autorités, Monsieur le Ministre pourrait-il m'expliquer les raisons pour lesquelles la loi n'est pas appliquée?

- Comme la loi électorale prévoit également que «dans le mois de la proclamation du résultat du scrutin, le procureur d'État dresse, par commune, le relevé des électeurs qui n'ont pas pris part au vote et dont les excuses n'ont pas été admises», je me permets de demander si Monsieur le Ministre peut m'informer sur le nombre de personnes qui n'ont pas pris part aux élections communales du 9 octobre 2005, sans pour autant présenter d'excuses valables.

**Réponse** (17.1.2006) de **M. Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire**:

Je suis très étonné de la question de Madame la Députée qui contient les mêmes éléments que la question parlementaire N°0723 de Monsieur le Député Aly Jaerling. Il ne me reste qu'à inviter Madame la Députée à bien vouloir lire la réponse fournie par Monsieur le Ministre de la Justice à la question parlementaire N°0723 (cf. *compte rendu N°5/2005-2006*).

**Question 0797** (13.12.2005) de **M. Ali Kaes (CSV)** concernant le **Service de Santé au Travail Multisectoriel (STM)**:

Les employeurs qui n'organisent pas de service de santé au travail à l'intérieur de leur entreprise et qui ne participent pas à un service interentreprises doivent s'affilier obligatoirement au Service de Santé au Travail Multisectoriel (STM). Ce service est en charge d'environ 144.000 travailleurs et dispose d'antennes partout dans le pays.

Il me revient qu'un rapport sur l'évaluation de la rentabilité des antennes à Wiltz et Echternach a été établi. Ce rapport suggère de réfléchir sur le maintien de ces deux dernières, car elles ne seraient pas rentables et devraient fonctionner plus qu'un jour par semaine pour être efficaces.

Une fermeture de ces antennes pénaliserait les salariés travaillant dans ces régions plus retirées de notre pays, car les salariés des secteurs de la région de Wiltz seraient obligés de se rendre à Ettelbruck et ceux de la région d'Echternach à Grevenmacher. L'intérêt initial de ces antennes était de faciliter les déplacements des salariés des petites entreprises éloignées.

Convaincu qu'une fermeture des antennes de la STM à Echternach

et à Wiltz entraînerait une qualité de vie réduite pour les salariés de ces régions, j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de la Santé:

1. Quelle est la position de Monsieur le Ministre de la Santé concernant le maintien des antennes à Wiltz et à Echternach?

2. Est-ce que Monsieur le Ministre partage mon avis que le maintien des antennes de la STM à Wiltz et à Echternach soit envisagé prioritairement sous l'angle de la flexibilité des déplacements des salariés vers le service STM et non sous l'aspect de sa rentabilité?

**Réponse** (9.1.2006) de **M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale**:

L'honorable Parlementaire formule lui-même dans sa question le problème que pose une éventuelle fermeture des antennes du STM à Wiltz et à Echternach, à savoir si le maintien de ces antennes peut-être non «rentables» dans une perspective purement économique peut se justifier par des considérations ayant trait au confort plus élevé qu'un service de proximité peut offrir aux travailleurs ayant à subir un examen de médecine du travail.

Personnellement je serais certes plutôt en faveur du maintien des deux antennes, mais je me dois de rendre l'honorable Parlementaire attentif au fait que le STM est un établissement public autonome, géré dans les formes et d'après les méthodes du droit privé. Le STM ne recevant aucune participation financière de l'État, sauf pour des attributions spécifiques ayant trait à des examens médicaux à réaliser sur des chômeurs et demandeurs d'emploi, doit supporter lui-même ses frais de fonctionnement et ne peut dès lors faire complètement abstraction de considérations de rentabilité.

De toute manière, d'après mes informations, une décision en la matière n'est pas encore prise. Elle ne devrait intervenir qu'au cours du mois de janvier ou de février 2006.

**Question 0798** (13.12.2005) de **M. Xavier Bettel (DP)** concernant les **installations de chauffage et d'eau chaude au Centre pénitentiaire de Schrassig**:

Il me revient par voie de presse qu'au Centre pénitentiaire de Schrassig les installations de chauffage et d'eau chaude font l'état de travaux de révision.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de la Justice:

- Est-ce que Monsieur le Ministre a connaissance des faits relatés ci-dessus?

- Dans l'affirmative, est-ce que Monsieur le Ministre peut me dire pourquoi ces travaux sont exécutés pendant la période hivernale alors qu'ils auraient pu causer moins de désagréments pendant la période estivale?

**Réponse** (13.1.2006) de **M. Luc Frieden, Ministre de la Justice**:

Il est exact qu'au cours du mois de décembre 2005, et suite à une panne, certains travaux d'entretien ont dû être effectués aux installations de chauffage et d'eau chaude du CPL.

L'Administration des Bâtiments publics envisage de revoir l'ensemble de la chaufferie et du système d'eau chaude de la prison de Schrassig courant 2006.

est très longue et se situe, selon les experts, entre dix et 100 ans.

Les résultats des analyses réalisées lors de la campagne en 2004 et concernant la contamination en PCB des poissons de rivières luxembourgeoises ont été soumis aux autorités sanitaires en vue d'évaluer le risque pour la santé du consommateur.

Un communiqué de presse a été établi par la suite pour informer le public des différents résultats des analyses et pour lui fournir des recommandations en ce qui concerne la consommation des différents poissons des rivières luxembourgeoises où des échantillons de poissons ont été analysés.

Au vu des résultats des analyses d'une nouvelle campagne (surveillance régulière tous les trois ans) de même qu'en cas d'éléments nouveaux, les autorités sanitaires en aviseront la population par voie de communiqué de presse.

**Question 0800** (14.12.2005) de **M. Xavier Bettel (DP)** concernant le **projet Eurocap-Rail**:

Depuis l'automne 2004 Monsieur le Ministre des Transports s'évertue à confirmer sa volonté, surtout en réponse à plusieurs questions parlementaires, pour faire avancer le projet Eurocap-Rail dans le sens voulu par son prédécesseur Monsieur Henri Grethen qui avait arrêté le concept et mis le projet sur les rails avec l'aide de son homologue belge, et qui avait obtenu de la Commission européenne que le projet soit inscrit parmi les projets prioritaires en matière de transports transeuropéens.

Or, force est de constater que hormis les déclarations politiques sporadiques sur l'intérêt du projet et des reports d'échéances répétés pour finaliser des études y relatives, le bilan s'avère jusqu'ici plutôt maigre sur le plan des décisions concrètes pourtant hautement nécessaires et urgentes pour faire avancer le dossier dans le sens souhaité.

C'est pourquoi je souhaiterais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Transports:

- Est-ce que Monsieur le Ministre des Transports n'estime pas qu'en laissant traîner le dossier de la relation directe par chemin de fer entre les trois capitales européennes que constitue le projet Eurocap-Rail, celui-ci soit pris de vitesse par la mise en place d'une relation TGV passant de Bruxelles via Paris à Strasbourg avec une durée de parcours moindre que les meilleures performances actuelles sur l'itinéraire passant par notre pays?

- Est-ce que Monsieur le Ministre peut me renseigner sur son analyse concernant la position du syndicat cheminot d'obédience socialiste plaçant pour l'abandon du projet d'une nouvelle gare ferroviaire à Cessange, qui hormis sa destination de gare périphérique permettant de délester la gare centrale, pourra faire fonction de point d'arrêt pour une future relation TGV Strasbourg-Luxembourg-Bruxelles et faire ainsi gagner quelques 12 à 15 minutes sur la seule partie luxembourgeoise du parcours en évitant le passage en tête-à-queue par la gare centrale?

- Où en est l'étude de marché confiée par la SNCB et les CFL au consultant belge STRATEC? Dans la mesure où les conclusions seraient entre-temps disponibles, quelles sont elles?



- Monsieur le Ministre peut-il confirmer que le Gouvernement fédéral belge ainsi que les autorités wallonnes continuent à supporter le projet dans les dimensions dans lesquelles celui-ci a été soumis aux instances communautaires?

- Quels sont les travaux entrepris sur le plan bilatéral pour faire avancer le projet et pour accélérer la prise de décision en la matière?

- Quelles sont par ailleurs les initiatives prises par le Luxembourg – seul ou avec le concours de la Belgique – pour obtenir une aide financière de l'Union européenne pour ce projet?

**Réponse** (6.1.2006) de **M. Lucien Lux, Ministre des Transports:**

Par sa question parlementaire du 14 décembre 2005, l'honorable Député Xavier Bettel s'enquiert sur la position de Monsieur le Ministre des Transports quant au projet Eurocap-Rail.

Le consultant STRATEC a effectué pour le compte de la SNCB et des CFL une étude de marché quant au potentiel généré par le projet particulièrement en termes de nombre de voyageurs. Cette étude est terminée depuis le 22 novembre 2005. Cette étude conclut notamment que la concurrence induite par les modifications prévues sur les grandes infrastructures ferroviaires en France et en Allemagne sera forte. Notamment, la mise en exploitation de la première phase de la ligne à grande vitesse Est Européenne risque de détourner le trafic Bruxelles-Strasbourg par Lille. Ces risques de concurrence conduisent à conclure qu'il faut réaliser au minimum le projet SNCB de base.

L'entrevue du 7 décembre 2005 à Bruges avec Monsieur Renaat Landuyt, Ministre de la Mobilité et de l'Économie sociale de la Belgique, nous a confirmé la volonté de la Belgique en ce qui concerne la réalisation du projet prioritaire RTE-T, Eurocap-Rail. Monsieur Landuyt a souligné la détermination du côté belge d'effectuer les travaux de modernisation de la ligne concernée. Une décision sur le financement de cette entreprise sera disponible pour le premier semestre 2006.

Dans cet ordre d'idées, les deux Gouvernements réuniront une deuxième fois le groupe de travail chargé d'analyser le volet financier de l'ensemble du projet de manière, notamment, à pouvoir présenter un dossier concret aux instances européennes.

**Question 0801** (14.12.2005) de **M. Emile Calmes (DP)** concernant **l'amélioration des transports publics:**

Dans leur réponse commune à ma question parlementaire N°0574 du 2 septembre 2005 (*cf. compte rendu N°3/2005-2006*), Messieurs les Ministres ont pris soin de tracer, et à certains endroits de manière méticuleuse, les grandes lignes des travaux à réaliser dans les prochaines années pour améliorer les transports publics. Toujours est-il que les réponses souhaitées à certaines de mes questions n'ont pas été apportées.

Ainsi, je serais reconnaissant à Messieurs les Ministres de me répondre aux questions suivantes:

- Combien de matériel roulant nouveau fut commandé pour le service voyageurs assuré par les CFL, a) pendant la législature 1994-1999 et b) pendant la période 1999-2004?

- Quels furent les grands projets d'investissement élaborés et soumis au législateur pour dé-

velopper le réseau ferré national, a) pendant la législature 1994-1999 et b) pendant la période 1999-2004?

**Réponse commune** (6.1.2006) de **M. Lucien Lux, Ministre des Transports** et **M. Jeannot Krecké, Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur:**

Par sa question parlementaire du 14 décembre 2005, l'honorable Député Emile Calmes souhaite être renseigné sur le développement des transports publics pendant les législatures 1994-1999 et 1999-2004 ainsi que sur les initiatives concrètes que le Gouvernement a prises en vue de leur amélioration.

Comme le mentionne à juste titre l'honorable Député dans sa question parlementaire susmentionnée, les grandes lignes des travaux à réaliser dans les prochaines années pour améliorer les transports publics ont été développées dans la réponse à la question parlementaire N°0574 du 2 septembre 2005. En ce qui concerne les autres détails, il y a lieu de consulter les rapports d'activités du Ministère des Transports.

**Question 0802** (14.12.2005) de **M. Alex Bodry (LSAP)** concernant **les recettes communales:**

Lors des dernières années, le Gouvernement a suggéré aux communes de doter les fonds de réserves budgétaires des plus-values enregistrées au niveau des rentrées fiscales.

Ces dotations sont destinées à compenser une évolution moins favorable des recettes communales et assurer l'équilibre du budget ordinaire de la commune.

- J'aimerais connaître de la part de Monsieur le Ministre l'état des dotations de ces fonds de réserves budgétaires commune par commune selon les dernières données disponibles.

- Monsieur le Ministre estime-t-il que les avoirs de ces fonds sont suffisants pour faire face à une stagnation des recettes communales?

- Est-ce que Monsieur le Ministre partage l'idée du sous-signé qu'il y a lieu d'agir au niveau d'une répartition équitable des recettes entre les différentes communes afin d'éviter que se créent des disparités inacceptables entre les communes affectant le principe de l'égalité des citoyens devant le service public?

**Réponse** (3.2.2006) de **M. Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire:**

Lors de la préparation du projet du budget pour l'année 2003 en novembre 2002, sur base d'informations du Ministère des Finances et de l'Administration des Contributions directes, le Ministère de l'Intérieur a suggéré aux communes de se constituer une réserve financière à alimenter par les plus-values substantielles et recettes exceptionnelles en expectative pour les années 2002 et 2003 en matière de l'impôt commercial communal afin de pouvoir y recourir les années subséquentes qui, toujours d'après l'Administration des Contributions, s'annonçaient moins bonnes.

Globalement, et d'après les estimations de mes services, en conformité avec les circulaires du Ministère de l'Intérieur, les communes ont donc pu se constituer des réserves s'élevant à la fin de l'année 2003 à 126.517.286 euros, des réserves devant permettre aux communes pour les années à venir de maintenir leur budget/compte ordinaire en équilibre, voire de lui garantir une progression régulière.

S'agissant de recommandations ministérielles dans l'intérêt d'une gestion prudente et prévisionnelle des finances des communes, les communes, fortes de leurs expériences sur le terrain et en connaissance de leur situation financière bien particulière ont adapté la recommandation ministérielle à leur situation financière ou politique spécifique.

Il en résulte qu'aujourd'hui la situation peut différer plus ou moins fortement d'une commune à l'autre.

Selon les estimations des services financiers du Ministère de l'Intérieur et toujours en application rigoureuse du schéma proposé, les réserves financières globales après le compte 2005 et le budget 2006 devraient réellement encore s'élever à quelque 100 millions d'euros.

Le Ministère de l'Intérieur ne tient pas de statistique commune par commune au sujet des montants actuellement encore disponibles dans les fonds de réserve des communes, même si une indication y relative fait partie du document budgétaire à soumettre au conseil communal.

Si les recettes non affectées (IF, ICC, FCDF) des communes pour 2005 n'ont pas atteint le niveau de 2004 et sachant que la situation peut être différente d'une commune à l'autre, le Ministère de l'Intérieur ne s'opposera pas à ce que les communes concernées, et pour autant qu'elles disposent encore de réserves financières, aient recours à leurs fonds de réserve pour garantir une progression normale de leurs moyens non affectés se situant pour le compte 2005 à mi-chemin entre le compte 2004 et le budget 2006.

Celles des communes qui n'auront plus de possibilité de recourir à cette «réserve stratégique», seront obligées à reporter leur situation budgétaire du compte 2005 à l'exercice 2006 pour y rééquilibrer leur compte ordinaire par des mesures tant au niveau des recettes qu'au niveau des dépenses.

En ce qui concerne le dernier point de la question parlementaire et qui concerne les règles de financement des communes, j'estime que, s'il y a effectivement des disparités inacceptables entre les revenus non affectés des différentes communes et que s'il peut être constaté qu'il s'agit de disparités structurelles, le législateur devrait prendre les mesures de redistribution des ressources qui s'imposent dans l'intérêt d'une répartition plus égalitaire des revenus à disposition des communes pour leurs citoyens.

Un échange de vues y relatif a déjà eu lieu au niveau du Conseil supérieur des Finances locales où les différentes pistes ont été invoquées devant la toile de fond d'une réforme territoriale définissant entre autres les «masses critiques» à atteindre pour pouvoir garantir matériellement et financièrement les services de base.

**Question 0803** (14.12.2005) de **MM. Marc Angel et Ben Fayot (LSAP)** concernant **le fonctionnement des commissions consultatives communales pour étrangers:**

Le règlement grand-ducal du 5 août 1989 fixant l'organisation et le fonctionnement des commissions consultatives communales pour étrangers s'avère inadapté à la situation politique actuelle.

En effet, ce règlement qui date d'une époque antérieure au droit de vote des citoyens non luxembourgeois ressortissants de l'UE et

d'États tiers pour les élections communales prévoit en son article 3 que «la commission comprend des membres luxembourgeois et étrangers», que c'est le conseil communal qui désigne les membres de ladite commission et que les représentants des étrangers sont choisis «en tenant compte de l'importance des différentes communautés d'étrangers».

Le règlement grand-ducal en question ne précise d'ailleurs pas la façon dont s'opère le choix des représentants «étrangers» que le conseil communal est appelé à désigner.

Ce qui pose problème, c'est la répartition stricte entre membres luxembourgeois et étrangers. En effet, le problème essentiel, c'est que les communes interprètent cet article 3 de façon à empêcher les groupes politiques d'un conseil communal de proposer pour cette commission des citoyens non luxembourgeois engagés dans la vie politique luxembourgeoise, par exemple en tant que candidats aux élections communales.

Cette interprétation nous semble aberrante à une époque où il y a consensus à ce que les partis politiques essaient d'intégrer des citoyens non luxembourgeois dans la vie politique du pays, en leur demandant de se porter candidats, de participer à la vie des partis, d'établir des liens entre leur communauté d'origine et la vie politique.

- Monsieur le Ministre a-t-il l'intention de revoir la nature et la finalité de cette commission et de modifier ledit règlement grand-ducal, en particulier de façon à permettre aux conseils communaux de choisir pour cette commission les citoyens luxembourgeois et non luxembourgeois politiquement actifs qu'ils estiment aptes à œuvrer dans le sens d'une participation assidue des citoyens non luxembourgeois à la vie politique du pays?

**Réponse** (17.1.2006) de **M. Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire:**

Le texte du règlement grand-ducal du 5 août 1989 fixant l'organisation et le fonctionnement des commissions consultatives communales pour étrangers est formulé de manière à permettre qu'un non-Luxembourgeois soit membre d'une commission consultative communale pour étrangers comme représentant des étrangers, même s'il est engagé dans la politique luxembourgeoise. En effet, l'article 3 prévoit comme seules conditions que les représentants des étrangers soient majeurs et qu'ils résident depuis au moins une année dans la commune.

Voilà pourquoi je ne suis pas d'avis qu'une modification du règlement grand-ducal soit nécessaire sur ce point.

Dans le contexte des commissions consultatives pour étrangers il est par ailleurs renvoyé à la réponse fournie à la question parlementaire N°0506 du 13 juillet 2005 de Monsieur le Député Félix Braz. En plus, il y a lieu de signaler que le Conseil national pour Étrangers, et plus précisément la Commission spéciale permanente pour les Commissions communales consultatives pour Étrangers (CSP-CCE), a soumis des propositions de modification du règlement grand-ducal précité du 5 août 1989 à Madame la Ministre de la Famille et de l'Intégration et à moi-même. Ces propositions sont à l'étude actuellement.

**Question 0805** (15.12.2005) de **M. Laurent Mosar (CSV)** concernant **les investissements de l'État réalisés à travers des partenariats pu-**

**blic-privé:**

Lors de sa déclaration de politique générale du 12 octobre 2005, Monsieur le Premier Ministre, Ministre des Finances a affirmé que le Gouvernement entendait dorénavant avoir recours aux partenariats public-privé aux fins de financement d'un certain nombre d'infrastructures publiques. À l'heure actuelle, ces partenariats dits «PPP» ont cours surtout au Royaume-Uni et au Portugal, ce qui n'empêche pourtant pas d'autres États européens de s'en servir pour permettre des investissements importants.

L'une des questions qui surgissent dans le contexte d'une orientation vers des investissements de l'État réalisés à travers de PPP est celle de savoir si ces partenariats requièrent une base légale spécifique, base légale qui, si besoin en était, ferait défaut au Luxembourg en ce moment.

- J'aimerais dès lors savoir de Messieurs les Ministres si le Gouvernement estime qu'une base légale spécifique doit être instituée afin de permettre le recours aux PPP pour des investissements d'envergure, et, dans l'affirmative, quelles devraient être les orientations d'une telle législation?

**Réponse commune** (27.1.2006) de **M. Claude Wiseler, Ministre des Travaux publics** et **M. Luc Frieden, Ministre du Trésor et du Budget:**

Dans la mesure où ils existent à l'étranger différents types de partenariats public-privé que le Gouvernement est en train d'examiner afin de trouver le mécanisme le plus approprié pour le Luxembourg, il est trop tôt pour se prononcer sur d'éventuelles modifications législatives.

Toutefois, il y a lieu de signaler dans ce contexte que le Gouvernement entend transposer prochainement la directive 2004/18/CE du 31 mars 2004 relative à la coordination des procédures de passation des marchés publics de travaux.

**Question 0806** (15.12.2005) de **M. Marcel Oberweis (CSV)** concernant **la certification forestière PEFC et FSC:**

En date du 10 novembre 2005, dans le cadre d'une cérémonie officielle dans l'abbaye de Neumünster, les premiers certificats PEFC ont été remis au Groupement des Sylviculteurs et à l'Administration des Eaux et Forêts. En tout, dix communes et 31 propriétaires forestiers privés ont obtenu une attestation qui prouve qu'ils soutiennent le développement durable de nos forêts. Il en est de même pour le Ministre de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement durable qui a également obtenu une attestation de participation à la certification PEFC pour les forêts domaniales. Ainsi, toutes les forêts de l'État luxembourgeois sont certifiées PEFC.

Actuellement, 16.627 ha, c'est-à-dire presque un cinquième de la surface forestière luxembourgeoise, sont certifiées PEFC.

Dans ce contexte j'aimerais poser la question suivante à Monsieur le Ministre de l'Environnement:

- Pour quelles raisons le Ministre de l'Environnement soutient-il encore la promotion de la certification forestière FSC, vu que la forêt domaniale est déjà certifiée PEFC?

**Réponse** (20.1.2006) de **M. Lucien Lux, Ministre de l'Environnement:**

Par l'arrêté grand-ducal portant constitution des Ministères, le Ministère de l'Environnement est responsable de la gestion durable des forêts, donc également des



systèmes de certification tendant à vérifier la durabilité de la gestion forestière. Sensu stricto c'est donc une compétence du Ministère de l'Environnement.

En ce qui concerne la forêt étatique, le Gouvernement a décidé, en octobre 2004, une double certification FSC et PEFC pour marquer sa neutralité et se solidariser avec les petits propriétaires forestiers qui ont opté via le Groupement des sylviculteurs pour le PEFC. Il faut souligner que la décision du Gouvernement se limite essentiellement à la forêt étatique et qu'elle n'implique pas une neutralité en dehors de ce contexte.

L'établissement du système PEFC a été soutenu financièrement par le Ministère de l'Agriculture sans que le Ministère de l'Environnement s'y soit opposé bien que pour de multiples raisons le système FSC nous semble plus approprié d'un point de vue développement durable.

Comparé au système PEFC, le Ministère de l'Environnement a une nette préférence pour le système FSC étant donné son caractère plus contraignant, notamment en matière de sauvegarde de la diversité biologique, sa participation plus équilibrée (propriétaires, exploitants, société civile), ses aspects Nord/Sud (coopération) ainsi que son caractère universel.

Le Ministère de l'Environnement entend soutenir financièrement et techniquement les 18 communes, totalisant une surface forestière d'environ 4.500 ha, qui ont décidé en 2005 de s'engager vers une certification FSC.

**Question 0807** (15.12.2005) de **M. Henri Grethen (DP)** concernant la **mise en service d'un train-tram au Luxembourg:**

En main la réponse de Monsieur le Ministre des Transports à ma question parlementaire N°0706 datant du 28 octobre 2005 (cf. *compte rendu N°3/2005-2006*), je me dois de constater que Monsieur le Ministre s'est borné à éluder des réponses précises à mes questions en se limitant à des informations évasives tenant en trois lignes.

Estimant pourtant que les renseignements que j'ai voulu obtenir nécessitent des réponses tant soit peu précises, je me permets de reformuler les points sur lesquels je n'ai pas eu les informations souhaitées.

- Monsieur le Ministre peut-il confirmer que les experts des CFL jugent incompatible la circulation des trams sur le réseau ferroviaire en place conçu pour des trains classiques et que ce constat conduit à l'abandon de l'idée maîtresse défendue jusqu'à présent unanimement dans le cadre de l'étude Luxtraffic, BTB et stratégie «mobilité.lu» d'assurer aux clients du rail des relations train-tram sans transbordement entre la ville de Luxembourg et le quartier de Kirchberg, d'une part, et les autres régions du pays reliées au chemin de fer, d'autre part?
- Dans l'affirmative, est-ce que la rentabilité socio-économique évaluée dans le contexte ci-devant est encore garantie, alors que les études du passé ont toutes reposé sur la possibilité des trains-trams d'emprunter le réseau des CFL et l'option concomitante d'assurer la desserte sans transbordement des relations entre la capitale et les autres régions du pays comme point fort du concept?
- Dans la mesure où la rentabilité du concept retenu jusqu'à présent ne serait plus donnée, quelles conséquences se dégageraient sur le plan légal, fi-

nancier et opérationnel pour les projets votés à la Chambre des Députés et concernant le raccordement ferroviaire de Kirchberg et de Findel, l'aménagement de la sortie nord de la Gare centrale et d'un nouveau viaduc à «Stadtgrund» ainsi que de la desserte ferroviaire de Belval-Ouest?

- Quel est dans ces conditions le sort réservé à l'option envisagée d'une desserte interne du site de Belval-Ouest par train-tram?
- Le projet de raccordement ferroviaire de Kirchberg tirant son attrait pour une grande partie des possibilités de desserte directe par rail à partir des régions environnantes de la capitale est-il dans ces conditions encore défendable sous l'angle de vue de son coût, surtout à un moment où l'État se trouve confronté à une situation budgétaire très difficile?
- Dans les conditions nouvelles, le projet Bus-Bunn, prévoyant un tracé ferroviaire classique en dessous de la ville haute et de Kirchberg, ne pourrait-il pas présenter une alternative qu'il y aurait intérêt à étudier plus en avant?

**Réponse** (3.2.2006) de **M. Lucien Lux, Ministre des Transports:**

L'honorable Député rappelle certains éléments de sa question parlementaire N°0706 du 28 octobre 2005 concernant l'apparent revirement fondamental en matière de mise en service d'un train-tram au Luxembourg.

Étant donné que le groupe de travail, chargé d'étudier toutes les options en matière d'extension du réseau ferroviaire léger dans la ville de Luxembourg, envisage de finaliser son rapport fin février 2006, je ne peux pour l'instant ni confirmer ni infirmer les propos relatés par la presse en octobre 2005.

Les informations souhaitées par l'honorable Député seront disponibles au courant du mois de mars.

**Question 0808** (15.12.2005) de **M. Xavier Bettel (DP)** concernant la **libéralisation du trafic ferroviaire international de voyageurs:**

Le 5 décembre dernier le Conseil des Ministres des Transports de l'Union européenne a décidé l'ouverture du marché des transports internationaux des voyageurs par chemin de fer à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2010.

À en juger de par les informations parues dans la presse, le Luxembourg aurait, nonobstant une attitude critique initiale, voté en faveur de cette décision, apparemment en échange de l'obtention d'un délai supplémentaire de deux ans pour ouvrir son réseau à la concurrence étrangère. C'est donc dire que le Ministre luxembourgeois a été d'accord avec la libéralisation du trafic voyageurs international par rail à la concurrence étrangère à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2010.

Ainsi j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Transports:

- Est-il vrai que le Luxembourg n'a pas voté contre le principe de libéralisation du trafic ferroviaire de voyageurs international à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2010?
- L'échéance retenue pour la libéralisation ne s'appliquera-t-elle que 24 mois plus tard au Luxembourg?
- Y a-t-il eu lors du vote en question des abstentions ou des voix négatives de la part d'autres délégations?

**Réponse** (13.1.2006) de **M. Lucien Lux, Ministre des Transports:**

Par sa question parlementaire du 15 décembre 2005, l'honorable Député Xavier Bettel s'enquiert sur l'accord politique du Conseil des Ministres des Transports de l'Union européenne du 5 décembre dernier sur les propositions législatives formant le troisième paquet ferroviaire et plus particulièrement sur la proposition relative à l'ouverture à la concurrence du transport de passagers par rail.

Le Conseil a approuvé l'ouverture des services internationaux de passagers à la concurrence, y compris le cabotage, au 1<sup>er</sup> janvier 2010, le Luxembourg bénéficiant d'un délai supplémentaire jusqu'en 2012.

Le Luxembourg a fait part de son attitude sceptique voir négative quant à la libéralisation trop rapide du marché international de transports.

Par ailleurs, le Luxembourg a insisté sur la faible taille du réseau ferré luxembourgeois qui implique que l'ouverture du marché pour les transports internationaux de voyageurs équivaudra en fait à l'ouverture du marché domestique.

Il a également soulevé que la proportion du trafic international de passagers au Luxembourg représente 70% du chiffre d'affaires par rapport à 10% en moyenne dans les autres États membre de l'Union européenne.

Le Conseil des Ministres des Transports a unanimement accepté la proposition du Luxembourg qui lui permettra d'ouvrir à la concurrence les transports internationaux de passagers deux ans plus tard que prévu par la Commission européenne et quatre ans plus tard que préconisé par le Parlement européen.

**Question 0809** (16.12.2005) de **M. Laurent Mosar (CSV)** concernant la **revendication des forces de police de créer une commission spéciale consacrée à la lutte contre la délinquance en provenance des pays africains et plus particulièrement des pays de l'Afrique de l'Ouest:**

Il ressort d'un article publié ce matin dans le quotidien «Wort» que la Police grand-ducale souhaite la mise en place d'une commission spéciale pour mieux appréhender les délinquants originaires d'Afrique de l'Ouest, dont l'arrivée a bouleversé le milieu de la drogue traditionnelle.

D'après la police, il s'agirait d'une délinquance organisée opérant sur tout le sol européen. 70% des délinquants d'origine africaine appréhendés dernièrement au Luxembourg sont connus des services d'Interpol pour avoir déjà été impliqués dans des affaires de drogue et autres affaires criminelles dans au moins un autre pays européen.

Aux yeux des forces de police, il est indispensable de les doter de moyens nouveaux pour combattre cette nouvelle forme de délinquance. Ils sont d'avis que la mise en place d'une commission spéciale, sur le style des groupes mixtes d'enquêtes qui existent déjà au niveau interne, mais avec des moyens plus importants, permettra d'endiguer le phénomène.

Dans ce contexte j'aurais souhaité savoir de Monsieur le Ministre de la Justice:

- Le Gouvernement est-il favorable à la mise en place d'une telle commission spéciale?

- De manière générale, de quels moyens le Gouvernement entend-il doter les services de police afin de leur permettre de lutter plus efficacement contre la délinquance liée à la drogue, délinquance qui transfigure littéralement l'aspect de certains de nos quartiers qui ressemblent de plus en plus à des supermarchés de la drogue à ciel ouvert?

**Réponse** (5.1.2006) de **M. Luc Frieden, Ministre de la Justice:**

La lutte contre le trafic de drogue constitue l'un des axes de travail prioritaires de la police auquel le Gouvernement attache une grande importance.

De nombreuses arrestations ont d'ailleurs eu lieu dans le milieu du trafic de drogues en 2005 et je tiens à féliciter la police pour le travail accompli. Il appartient aux responsables de la police de décider de l'instauration de commissions spéciales ou de groupes de travail spéciaux si de tels instruments leur semblent utiles pour compléter l'excellent travail des différents groupes et sections déjà mis en place; en tout état de cause, toutes leurs suggestions dans ce contexte trouvent mon plein appui.

Pour le Gouvernement, la police doit agir tant au niveau préventif que répressif et en étroite coopération avec différents acteurs du monde éducatif, social et de santé, de même qu'avec la Direction de l'Immigration, pour pouvoir être le plus efficace possible. Par ailleurs, il convient de revoir régulièrement les moyens humains et législatifs dont dispose la police pour effectuer ce travail important.

**Question 0810** (16.12.2005) de **M. Claude Adam (DÉI GRÉNG)** concernant les **statistiques sur les études supérieures:**

Chaque année, un certain nombre d'étudiants fraîchement diplômés de l'école secondaire abandonnent prématurément leurs études supérieures (universités, grandes écoles, etc.) alors qu'ils viennent à peine de les commencer. Estimant que cet abandon précipité est une expérience douloureuse et coûteuse aussi bien pour l'étudiant que pour ses parents, j'aimerais savoir:

- S'il existe des données statistiques fiables concernant ce phénomène pour les étudiants provenant du Grand-Duché?
- Est-ce qu'il est prévu de créer une base de données fiable concernant les étudiants résidents au Luxembourg et poursuivant des études supérieures à l'étranger ou au Luxembourg?
- Est-ce qu'un perfectionnement des structures d'orientation des élèves du secondaire, particulièrement des classes de terminale, est envisagé par le Ministère de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle?

**Réponse commune** (26.1.2006) de **Mme Mady Delvaux-Stehres, Ministre de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle** et **M. François Biltgen, Ministre de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche:**

Tous les étudiants qui résident sur le territoire du Grand-Duché de Luxembourg et qui bénéficient de l'aide financière de l'État pour études supérieures en vertu de la loi modifiée du 22 juin 2000 concernant l'aide financière de l'État pour études supérieures, sont repris dans une base de données gérée par le service des aides financières. Cette base de données ne renseigne pas sur les étudiants qui abandonnent prématurément leurs études supérieures puisque, lorsque cette situation se présente,

l'aide financière de l'État pour études supérieures n'est plus sollicitée par l'étudiant.

Pour ce qui est de la création d'une base de données relative aux étudiants qui résident au Luxembourg et qui poursuivent des études supérieures à l'étranger ou au Luxembourg, mes services sont en concertation avec la Caisse nationale des prestations familiales du Grand-Duché de Luxembourg. De par le fait que, pour les jeunes de plus de 18 ans, le versement des allocations familiales est tributaire de la présentation d'un certificat de scolarité, la Caisse nationale des prestations familiales est le seul organisme susceptible de disposer de données complètes sur les étudiants dont les parents perçoivent les allocations familiales au Luxembourg.

Dans le cadre du projet de loi portant réorganisation du Centre de psychologie et d'orientation scolaires, les mesures d'orientation scolaire et professionnelle se voient renforcées par la Commission nationale d'information et d'orientation qui réunit les acteurs du monde de l'école et du travail pour mettre en oeuvre le mieux possible la transition du post-primaire vers l'enseignement supérieur ou le secteur professionnel. À long terme s'esquisse à travers cet organisme, une collaboration très rapprochée entre le Centre de psychologie et d'orientation scolaires et le Centre de documentation et d'information sur l'enseignement supérieur.

Les élèves des classes de deuxième et de première, de deuxième et de troisième – qui bénéficient déjà d'un encadrement professionnel lors de leur visite à la Foire de l'Étudiant – se verront davantage encore assistés dans l'élaboration et la concrétisation de leur choix d'études ou de métier.

**Question 0812** (19.12.2005) de **M. Marcel Oberweis (CSV)** concernant l'**accord de Dayton:**

L'accord de Dayton de 1995 sur la Bosnie-Herzégovine a été crucial pour mettre un terme à un conflit sanglant de quarante-trois mois, qui a coûté la vie à 200.000 Musulmans, Serbes et Croates.

Cet accord de paix, conclu le 21 novembre 1995, après des semaines de négociations entre les parties belligérantes dans l'enceinte de la base aérienne Wright-Patterson à Dayton en Ohio, a divisé la Bosnie en deux «entités» avec d'une part la Fédération de Bosnie-Herzégovine, ou Fédération croato-musulmane, qui englobe 51% du territoire, et d'autre part la Republika Srpska (République serbe) sur les 49% restants. Mais en réalité le pays est divisé en trois, la Fédération étant elle-même partagée entre Musulmans et Croates. Chaque entité est dotée de son propre parlement, d'un président et d'un gouvernement. À l'échelon supérieur, une présidence collégiale sous forme de triumvirat représente les trois «peuples constitutifs» du pays. À cette présidence s'ajoute un gouvernement central qui rassemble également des représentants des trois communautés. Une assemblée parlementaire bicamérale (formée d'une chambre des représentants et d'une chambre des peuples) constitue le troisième pilier de ces institutions centrales. L'autorité ultime est confiée au Haut Représentant de la communauté internationale, qui peut imposer des lois et limoger des officiels s'il le juge nécessaire à la préservation d'une démocratie multiethnique. Depuis 2002 c'est le Britannique Paddy Ashdown qui exerce cette fonction.

Cet accord a donné naissance à une structure d'État fortement complexe qui se caractérise par un certain flou au niveau des respon-



sabilités des différentes autorités compétentes, par un certain obscurantisme dans le procédé décisionnel ainsi que par des lourdeurs bureaucratiques. L'État en tant que tel n'a reçu que peu de compétences. Les deux entités par contre disposent de pouvoirs assez larges et chacune des trois communautés peut opposer son veto aux projets de loi.

Bien que cet accord ait certainement beaucoup fait pour le rapprochement des anciens ennemis bosniaques, son architecture institutionnelle a cependant entériné, dans une certaine mesure, la partition du pays et l'a mis, de facto, sous tutelle internationale. La situation actuelle ne semble plus répondre aux besoins des habitants de ce pays à prendre une plus grande part de responsabilité dans la conduite des réformes économiques et politiques du pays et ne les incite pas non plus à travailler ensemble à la recherche d'un consensus. Une grande méfiance réciproque demeure entre les différentes communautés et l'identité ethnique continue à jouer un rôle trop important. Bien que certains progrès ont pu être enregistrés comme l'unification des forces militaires du pays au sein d'une seule armée de Bosnie-Herzégovine ou bien la création d'une police multiethnique, ces avancées ont souvent été obtenues sous la contrainte des puissances occidentales et n'ont pratiquement pas modifié la complexe, délicate et coûteuse structure institutionnelle issue de Dayton.

Ces derniers temps, beaucoup de voix se font entendre pour «moderniser» les accords de Dayton en les considérant comme «dépassés». Ainsi le Haut Représentant de la communauté internationale en Bosnie-Herzégovine, Paddy Ashdown, a jugé devant le Conseil de Sécurité de l'ONU le 15 novembre 2005 qu'il y a un consensus croissant pour estimer que l'accord de Dayton sous sa forme actuelle, bien qu'indispensable comme fondement de la paix, a néanmoins atteint ses limites en tant que cadre pour la prochaine phase du processus de réforme.

Il s'impose de réviser ces accords. En effet, la structure politique particulière de la Bosnie-Herzégovine qui favorise le pouvoir des différentes entités au détriment du pouvoir central ne fait que conforter le partage ethnique du territoire, ce qui n'est guère favorable aux réformes.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration:

- Quelle est la position du Gouvernement par rapport à une remise à plat des accords de Dayton?
- De quelle manière pourrait-on réviser cet accord de manière à favoriser une consolidation du territoire de la Bosnie-Herzégovine?
- Dans ce contexte serait-il opportun de mettre fin à la mission de l'Office des Nations Unies et du Représentant de l'UE?

**Réponse** (24.1.2006) de **M. Jean Asselborn**, *Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration*:

Les accords de Dayton signés à Paris le 14 décembre 1995 ont mis fin à la guerre interethnique en Bosnie-Herzégovine et ont partagé la Bosnie-Herzégovine en deux entités: la Fédération croato-musulmane de Bosnie-Herzégovine et la République serbe de Bosnie (la Republika Srpska). La Constitution de l'État de Bosnie-Herzégovine a été adoptée en tant qu'annexe IV des accords de Dayton. Partie du traité de paix, cette Constitution n'a pas fait l'objet d'une participation des citoyens et a été arrêtée en anglais. Le texte a confirmé l'existence des deux entités auxquelles

la Constitution a confié l'essentiel des pouvoirs, et a désigné les Bosniaques, les Croates et les Serbes comme les trois peuples constituants du pays. La Constitution a institué trois parlements bicaméraux et confère un droit de veto à chacun des trois peuples constituants contre toute loi qui serait contraire à ses droits vitaux. La Constitution a également instauré une présidence collégiale de trois membres.

Les accords de paix de Dayton, et la Constitution de Bosnie-Herzégovine y annexée, ont permis au pays de sortir de la guerre et de s'en remettre peu à peu, avec le soutien politique et financier de la communauté internationale, à travers notamment son Haut Représentant en Bosnie-Herzégovine et les forces internationales sous commandement de l'OTAN d'abord, de l'Union européenne ensuite.

Aujourd'hui, dix ans après la conclusion des accords de Dayton, une révision du cadre constitutionnel de la Bosnie-Herzégovine s'impose. La Constitution, qui a mis en place des systèmes administratifs lourds et complexes, n'est en effet plus adaptée à l'évolution du pays. La Bosnie-Herzégovine est entrée dans une nouvelle phase de son développement avec l'ouverture, le 25 novembre 2005, des négociations en vue d'un accord d'association et de stabilisation avec l'Union européenne. Cet accord constitue la première étape vers une adhésion de la Bosnie-Herzégovine à l'Union européenne, conformément à la perspective européenne donnée aux Balkans occidentaux au sommet de Thessalonique en juin 2003. Le cadre constitutionnel actuel ne tient pas non plus compte des nombreuses mesures prises par le Haut Représentant pour renforcer les pouvoirs centraux de l'État.

Une révision constitutionnelle est dès lors devenue indispensable. Elle doit notamment créer un meilleur équilibre entre pouvoirs des entités et pouvoirs de l'État central. Un tel renforcement des pouvoirs de l'État central devrait également réduire les tensions interethniques et les divisions entre les deux entités, et consolider ainsi le territoire de la Bosnie-Herzégovine. En effet, la révision de la Constitution ne doit pas remettre en cause les acquis des accords de Dayton, et ne doit donc nullement modifier l'architecture et les frontières de l'État fédéral de Bosnie-Herzégovine. Pour négocier avec l'Union européenne, la Bosnie a besoin d'une autorité centrale cohérente et efficace qui soit en mesure de mener des négociations internationales et de réaliser les réformes nécessaires à l'intégration du pays à l'UE. Il en va de même si la Bosnie-Herzégovine veut entamer des négociations d'adhésion avec l'OTAN.

Réunis à Washington à l'occasion des célébrations du 10<sup>e</sup> anniversaire des accords de Dayton, les principaux dirigeants de Bosnie-Herzégovine se sont engagés à réformer la Constitution et à renforcer l'Administration centrale de l'État. Des pourparlers entre les différentes parties sont en cours, sous médiation américaine, et avancent lentement; l'objectif américain est d'aboutir à un texte consensuel avant la fin de l'année 2006 et si possible avant les élections législatives prévues pour octobre 2006 en Bosnie-Herzégovine. Nous saluons la volonté des dirigeants de Bosnie-Herzégovine de s'engager dans ce processus, et nous encourageons toutes les parties à se montrer flexibles et engagées pour dégager un projet de texte consensuel.

Lors du Conseil Affaires générales et relations extérieures du 12 décembre 2005, les Ministres des Affaires étrangères ont désigné l'ancien Ministre allemand Christian Schwarz-Schilling comme successeur de Lord Paddy Ashdown, Représentant spécial de l'Union euro-

péenne à Sarajevo. Le 15 décembre 2005, le Conseil de mise en œuvre des accords de Dayton (Peace Implementation Council – PIC) a également nommé Monsieur Schwarz-Schilling Haut Représentant de la communauté internationale en Bosnie en succession à Lord Ashdown dont le mandat expire le 31 janvier 2006: le nouveau représentant portera donc deux casquettes comme son prédécesseur. Le rôle de Monsieur Schwarz-Schilling, conformément à l'évolution de la Bosnie-Herzégovine, sera celui d'un conseiller et d'un conciliateur plutôt que d'un gouverneur, même s'il continue à disposer des «pouvoirs de Bonn» pour pouvoir intervenir efficacement en cas de nécessité. Il serait prématuré de mettre fin maintenant à la mission du RSUE/HR, mais son mandat doit être adapté à la nouvelle donne en Bosnie-Herzégovine pour qu'il puisse continuer de guider les autorités de Bosnie-Herzégovine dans leurs décisions pour réformer leur pays pour le faire avancer sur la route vers l'Union européenne. Les défis pour la Bosnie-Herzégovine restent en effet nombreux, et la communauté internationale, et l'UE en premier lieu, n'entend pas se soustraire à ses responsabilités à un moment où la Bosnie-Herzégovine continue d'avoir besoin de l'assistance de la communauté internationale pour se diriger résolument vers l'Europe.

**Question 0814** (20.12.2005) de **M. Robert Mehlen** (ADR) concernant la **production et qualité du vin**:

Dei ëmmer méi grouss Liberaliséierung vum internationalen Handel huet et mat sech bruecht, datt haut Wäiner aus aller Welt an de Regaler vun eise Geschäfte leien an eise eegener Wäinproduktioun d'Liewe schwéier maachen. Wéi et schéngt, soll an dësen Deeg en Ofkommes tëschent der Europäescher Union an den USA ënnerzechent ginn, mat deem kënstlech produzéiert Wäiner aus den USA solle fräien Zougang op den europäesche Maart kréien. Deemo d'äerft bei eis Wäin an de Verkauf kommen, dee mat Methode produzéiert ginn ass, déi eisen eegene Wënzer verbuede sinn. A wa meng Informatioun richteg sinn, muss dësen onnatierlech produzéiert Wäin emol net als dat gezeecht sinn. Duerfir géif ech lech, Här Minister, gären dës Froe stellen:

1. Wéi wäit stëmmen dës Informatiounen, a kënn Dir dozou weider Prezisioun ginn?
2. Wat ass d'Haltung vun der Lëtzebuerger Regierung an dëser Fro?
3. Wat fir Konditiounen mussen erfëllt sinn, fir datt e Produit ënnert der Bezeechnung „Wäin“ d'äerf verkaaf ginn?
4. Wann déi bei eis gültig Mindestregle fir d'Vinificatioun net respektéiert ginn oder e Wäinproduit aus iergendenger Mixtur entstanen ass, misst dat dann net wéinstens ausdrécklech op der Etikett vermerkt sinn?

**Réponse** (1.2.2006) de **M. Fernand Boden**, *Ministre de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural*:

C'est effectivement en date du 20 décembre 2005 que le Conseil européen des Ministres de l'Agriculture a approuvé la conclusion d'un accord entre la Communauté européenne et les États-Unis sur le commerce du vin.

Cet accord, qui est le fruit de 20 ans de négociations, trouve sa justification dans différents motifs.

Tout d'abord, il faut savoir que l'Europe admet depuis plus de vingt ans l'importation de vins américains produits selon certaines pratiques qui ne sont pas reconnues par la réglementation communautaire. C'est en 1984 que les premières dérogations furent accordées et qui furent systématiquement renouvelées pour des périodes de deux ans. Avant l'échéance au 31 décembre 2005 de la dernière dérogation, les États-Unis ont fait savoir qu'ils n'entendent plus demander une prorogation de ces dérogations mais qu'ils demandent la conclusion d'un accord bilatéral sur la reconnaissance des pratiques oenologiques, à défaut de quoi ils déposeraient une plainte auprès de l'OMC.

En second lieu, il importe de souligner que les États-Unis sont le premier marché pour les producteurs européens, sachant qu'ils consomment 40% des exportations européennes, représentant deux milliards d'euros, alors qu'ils n'exportent que pour 415 millions d'euros vers l'Europe. Cet accord est donc de nature à assurer la fluidité des échanges et, surtout, à sécuriser les exportations vers le marché américain.

Finalement, cet accord a pour effet d'exempter les vins communautaires des exigences américaines en matière de certification lors de leur importation aux États-Unis. En effet, en vertu d'une loi fédérale adoptée en décembre 2004 (Miscellaneous Trade Bill) les vins produits après le 31 décembre 2004 et provenant d'un pays n'ayant pas conclu un accord bilatéral sur les pratiques oenologiques avec les États-Unis doivent faire l'objet d'une certification par le pays d'origine attestant que le vin a été produit en conformité avec les pratiques américaines et étayée par des analyses officielles. À défaut d'accord bilatéral avec les États-Unis, cette mesure de certification aurait eu pour effet de bloquer, à des fins de contrôle et d'analyse, toutes les exportations de vins européens du millésime 2005.

Ceci dit, cet accord sur le commerce du vin repose sur les principes suivants:

1. Les deux parties reconnaissent mutuellement leurs dénominations de vin comme dénominations d'origine. Toutefois, le Gouvernement américain s'engage à changer le statut de 17 dénominations identiques à des indications géographiques européennes mais considérées comme semi-génétiques aux États-Unis. Il s'agit, notamment, des dénominations Chablis, Champagne, Chianti, Sauterne et, surtout, Moselle. Dorénavant toute usurpation de ces dénominations n'est plus possible par les producteurs américains et leur protection est garantie.
2. En matière d'étiquetage, les dispositions en vigueur de part et d'autre continuent de s'appliquer. Chaque partie à l'accord assure que les étiquettes des vins vendus sur son territoire ne contiennent aucune information fautive ou trompeuse et aucune partie n'exige que les procédés, les traitements ou les techniques utilisés pour la vinification soient précisés sur l'étiquette.

Quant aux pratiques oenologiques, elles font également l'objet d'une reconnaissance mutuelle. À noter que les pratiques américaines existantes ne sont pas des procédés susceptibles de porter atteinte à la santé humaine et qu'on ne saurait affirmer que les vins ainsi traités sont des vins artificiels, mais qu'on assiste plutôt à une évolution de la définition du vin au niveau international. En tout état de cause si la réglementation communautaire

définit le vin comme un produit obtenu exclusivement par la fermentation alcoolique, totale ou partielle, de raisins frais, foulés ou non, ou de moûts de raisin et que cette définition reste toujours valable pour les vins européens, il importe de souligner que cette définition ne porte pas sur les pratiques oenologiques auxquelles le vin peut être soumis.

Finalement et en guise de conclusion, j'estime que cet accord bilatéral sur le commerce du vin est de nature à régulariser les échanges entre les deux partenaires commerciaux et qu'il permettra d'éviter la prise de nouvelles mesures techniques et de certification dans le chef des États-Unis, mesures qui entraveraient les exportations européennes et perturberaient le marché européen. J'ajoute que cet accord prévoit l'ouverture d'une deuxième phase de négociation qui débutera 90 jours après la signature formelle du premier accord et qui portera notamment sur les indications géographiques, les noms d'origine, les mentions traditionnelles, la certification et les pratiques oenologiques. À l'instar d'autres gouvernements, j'ai demandé à la Commission de poursuivre cette seconde phase de négociations, en restant particulièrement attentive au respect des engagements américains, de façon à faire cesser l'usurpation d'indications géographiques communautaires.

**Question 0815** (20.12.2005) de **M. Laurent Mosar** (CSV) concernant la **pratique des mariages forcés**:

Malgré des avancées considérables sur le front de l'égalité entre les hommes et les femmes, le mariage forcé reste une réalité pour beaucoup de jeunes, essentiellement des femmes. Ce phénomène n'est pas limité à une région du monde, on le retrouve dans tous les pays, y compris dans les pays occidentaux, dont il est l'un des corollaires de l'immigration.

Bien que cette pratique soit difficile à recenser, tant le sujet est tabou, les associations oeuvrant notamment dans le domaine des droits de l'Homme constatent ces dernières années une hausse des mariages forcés dans de nombreux pays européens à forte immigration en provenance de la Turquie, des pays du Maghreb, d'Afrique Noire ou encore de certains pays d'Asie.

D'après amnesty international (Belgique), on dénombre dans le monde 51 millions de filles de moins de 18 ans déjà mariées. Tendances croissantes, ce chiffre devant atteindre les 100 millions d'ici dix ans. En France, on évalue à quelque 70.000 le nombre d'adolescentes âgées de dix à 18 ans potentiellement menacées par un mariage forcé. Dans l'Hexagone, la question des mariages forcés interpelle d'ailleurs depuis un certain temps politiques, acteurs sociaux et autres. Pour preuve: le 14 décembre 2005, l'Assemblée nationale française a examiné la proposition de loi adoptée au printemps par le Sénat renforçant la prévention et la répression des violences commises au sein du couple. Un article a été intégré au texte initial de la proposition de loi. Celui-ci entend harmoniser à 18 ans révolus l'âge de mariage pour les filles comme pour les garçons visant ainsi à améliorer la lutte contre les mariages forcés. Quant à la Ville de Paris, elle a décidé, de concert avec un réseau de plusieurs associations et de structures indépendantes, de lancer l'année prochaine une vaste campagne d'information et de sensibilisation sur le sujet.

Bien qu'au Luxembourg le phénomène ne connaisse pas la même ampleur que chez nos voisins,



notre pays ayant jusqu'à présent surtout connu une immigration intra-européenne, la question des mariages forcés devrait forcément gagner en actualité avec une immigration d'extracommunautaires sans cesse grandissante. Une action concertée en la matière paraît de mise lorsqu'on sait que ces pratiques peuvent avoir des conséquences parfois dangereuses. Un mariage précoce peut en effet laisser de profondes séquelles physiques, intellectuelles, psychologiques et émotives sur les jeunes filles.

Dans ce contexte j'aurais souhaité savoir de Monsieur le Ministre de la Justice:

- Quelle est l'ampleur chiffrée ou approximative du phénomène des mariages forcés au Luxembourg?
- Y a-t-il lieu d'intervenir en la matière? Dans l'affirmative, quelles sont, selon le Gouvernement, les mesures les plus appropriées pour lutter contre la pratique des mariages forcés? Le Gouvernement pense-t-il que les mesures proposées et discutées en France, à savoir relever l'âge de mariage pour les femmes ou renforcer le contrôle du vice de consentement attribuant au ministère public un rôle plus actif en la matière, soient efficaces et puissent être envisagées par le Luxembourg? Le Gouvernement pense-t-il qu'une campagne d'information et de sensibilisation visant plus particulièrement les populations à risque soit opportune?

**Réponse** (5.1.2005) de **M. Luc Frieden**, *Ministre de la Justice*:

Le Ministère de la Justice ne dispose pas de chiffres concernant le nombre de mariages forcés au Luxembourg. Il n'est pas envisagé de modifier les textes législatifs relatifs au mariage. La mesure la plus efficace nous semble être la sensibilisation des milieux concernés à travers le monde associatif.

**Question 0816** (20.12.2005) de **Mme Anne Basseur** (DP) concernant le **cadre européen commun de référence pour les langues**:

Le cadre européen commun de référence pour les langues est un instrument qui permet de comparer les connaissances des langues entre les pays européens et dont l'objectif est d'encourager l'apprentissage des langues.

L'utilisation de cet instrument, en parallèle avec le Portfolio Européen des Langues (PEL) du Conseil de l'Europe, dans le contexte des programmes et systèmes d'évaluation existants, pré suppose un ajustement qui est étudié dans le cadre de groupes de travail au Centre de Langues de Luxembourg. Ces travaux ont été initiés en mars 2001 et devraient être achevés en juillet 2007.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Madame la Ministre de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle:

- Quel est l'état d'avancement de ces travaux? Un achèvement de ces travaux en juillet 2007 est-il toujours envisageable?
- Madame la Ministre envisage-t-elle d'accorder un projet d'établissement au Centre de Langues afin de garantir l'achèvement de ces travaux?

**Réponse** (31.1.2006) de **Mme Mady Delvaux-Stehres**, *Ministre de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle*:

Le Centre de Langues Luxembourg s'est effectivement engagé à adapter son offre de formations au Cadre européen commun de

Référence à travers les trois volets de l'enseignement, de l'apprentissage et de l'évaluation.

Dès 2001, des contacts réguliers avec des organismes internationaux ont mis en évidence la nécessité d'un changement d'approches méthodologiques et pédagogiques. Des travaux ont alors été initiés et se poursuivent actuellement.

Divers séminaires de formation ont permis aux enseignants de se familiariser aussi bien avec la terminologie des instruments européens qu'avec une démarche pédagogique actionnelle, et d'engager une réflexion sur leur pratique.

Le Centre de Langues Luxembourg est conscient qu'il lui faudra rapidement proposer à ses clients une offre de cours répondant aux exigences des nouveaux instruments européens – Cadre européen commun de Référence et Portfolio européen des Langues. C'est pourquoi il a mis en place un comité de pilotage et plusieurs groupes de travail chargés d'élaborer de nouveaux outils d'évaluation tels que des tests de placement informatisés et des tests de fin de semestre dans les trois langues officielles du pays. Ces tests font l'objet d'analyses psychométriques garants de la validité et de la fiabilité de ces outils. Le test de placement en langue allemande a été expérimenté pour la première fois en 2005 et les tests en luxembourgeois et en français le seront en 2006.

Des épreuves de certification ont été mises en place pour le niveau A1 du Cadre européen dès février 2005 et plusieurs groupes de travail élaborent actuellement des tests pour les niveaux A2 et B1. Le niveau B2 sera traité en 2006-2007.

Après résultat des analyses psychométriques de ces tests, le Centre de Langues devrait être en mesure de proposer en septembre 2007 une offre de cours basée sur le Cadre européen commun de Référence, tant pour les contenus d'apprentissage que pour l'évaluation des acquis.

Par ailleurs une réflexion est engagée sur l'adaptation des examens officiels de luxembourgeois aux nouveaux standards européens.

Bien que le Centre de Langues, de par son statut, n'ait pu bénéficier d'un projet d'établissement, que la loi a créé exclusivement pour les lycées et les lycées techniques, il a réussi à faire un grand pas en avant dans l'implémentation du Cadre européen commun de Référence et souhaite mener à bien le projet.

**Question 0817** (22.12.2005) de **Mme Claudia Dall'Agnol** (LSAP) concernant la **violence à l'école**:

Le Ministère de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle vient de publier une étude intitulée «Das Wohlbefinden der Jugendlichen in Luxemburg – 5. und 6. Klasse». L'étude est basée sur les réponses des élèves des classes de 5<sup>e</sup> et 6<sup>e</sup> année d'école primaire, questionnés dans le cadre d'une enquête. Une série de questions concerne la violence à l'école.

J'ai noté avec consternation que, d'après cette enquête, la violence semble faire partie de la vie quotidienne des enfants à l'école primaire. Ainsi, à la question «Bist Du seit Beginn dieses Jahres von anderen Schülerinnen geschlagen worden», 25% des élèves répondent qu'ils ont été battus une ou deux fois pendant l'année scolaire en cours, 7,1% de temps à autre, mais moins qu'une fois par semaine et 4,1% disent qu'ils sont battus par d'autres élèves au moins une fois par semaine.

- Est-ce que Madame la Ministre peut donner une explication à ce taux très élevé d'enfants qui subissent des mauvais traitements de la part d'autres élèves?
- Quelles mesures Madame la Ministre compte-t-elle prendre pour lutter contre la violence à l'école?

**Réponse** (26.1.2006) de **Mme Mady Delvaux-Stehres**, *Ministre de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle*:

1. Le taux élevé d'élèves disant avoir subi ou exercé un acte de violence s'explique en premier lieu par le fait que lors de l'enquête tous les faits, ceux qui sont d'une gravité certaine mais aussi ceux qui sont mineurs ont été recensés.

Par ailleurs on retrouve les mêmes facteurs qui influencent la volonté des jeunes à avoir recours à la violence que dans les études internationales:

- les traits individuels de personnalité;
- le contexte familial (relations familiales pauvres; approche parentale de l'éducation agressive, trop stricte ou trop

- laxiste; manque de surveillance,...);
- le groupe des pairs;
- l'école;
- l'exposition aux médias.

Pour l'éducation nationale cependant, il s'agit d'être particulièrement attentive aux facteurs déclencheurs de la violence liés au contexte scolaire, notamment:

- des résultats scolaires faibles;
  - la dégradation de la relation enseignant-élève;
  - la perception d'une absence d'influence sur les événements scolaires (l'élève subit sa scolarité en tant qu'objet);
  - l'absence ou le manque de normes et de valeurs scolaires.
2. Les causes des phénomènes de violence étant multiples et interdépendantes, la complexité du phénomène demande une approche préventive cohérente.

En réponse à la diversité des facteurs pouvant influencer des phénomènes de violence, le Ministère préconise des mesures implicites et explicites de prévention. Certaines de ces mesures sont énumérées à titre exemplaire dans le tableau ci-dessous:

Objectif	Mesures (liste non exhaustive)
La réussite scolaire des élèves et la perception des jeunes d'être acteurs de leur progrès scolaire L'introduction de l'enseignement par compétences qui permet d'évaluer les élèves en fonction de ce qu'ils savent et non de ce qu'ils ne savent pas	<ul style="list-style-type: none"> <li>• L'organisation de l'enseignement en cycles permettant aux élèves de progresser à un rythme plus individuel</li> <li>• La remédiation qui donne à l'élève le sentiment que l'école s'occupe de lui et que sa progression lui tient à cœur</li> <li>• La prise en charge de jeunes en situation de décrochage scolaire (école primaire et postprimaire)</li> <li>• La mise en œuvre de concepts impliquant les jeunes en tant qu'acteurs de leur développement, notamment la participation des élèves à l'organisation de l'école par l'intermédiaire de leurs représentants au Conseil d'éducation</li> </ul>
Création d'un environnement favorable au développement des jeunes Partage de la responsabilité par toute la communauté scolaire	<ul style="list-style-type: none"> <li>• L'établissement de codes de vie et de chartes scolaires conçues de commun accord et visant l'établissement de règles de vie cohérentes et sensées</li> <li>• Le Projet d'innovation pédagogique «D'Schoul um Wee» coordonnée par le SCRIPT</li> <li>• Le projet «Vers une école de la communication» du CPOS</li> </ul>
Résolution de conflits dans un respect mutuel	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Les projets d'éducation à la paix et à la prévention de la violence, dont notamment le projet de médiation par pair/e/s</li> </ul>
Soutien des relations parents-enfants	<ul style="list-style-type: none"> <li>• L'adaptation des devoirs à domicile en fonction de l'âge des élèves pour éviter de délocaliser les problèmes scolaires dans le contexte familial</li> </ul>
Communication positive école-famille	<ul style="list-style-type: none"> <li>• L'accueil positif des élèves et de leurs parents dès la rentrée scolaire</li> </ul>

**Chamber TV**  
weist all  
öffentlech Sëtzung  
live an integral

An der Gemeng Bous  
um Kanal S40 / 455.25 Mhz

An der Gemeng Bërmereng  
um Kanal S40 / 455.25 Mhz

Zu lermisdref  
um Kanal S40 / 455.25 Mhz

Zu Esch-Sauer  
um Kanal S40 / 455.25 Mhz

Dans une perspective de continuité et de soutien, les services-ressources du Ministère (CPOS et SCRIPT) répondent aux besoins des écoles par des activités régulières d'accompagnement, d'animation, de formation et de documentation.

En guise de conclusion il faut souligner que l'action du Ministère vise à initier et à soutenir le nombre de mesures de prévention mises en place au sein des écoles et à renforcer les cours d'éducation à la citoyenneté proposés aux élèves. De même, les élèves doivent être considérés comme des acteurs à part entière et les dialogues tout comme les échanges sont favorisés au sein de la communauté scolaire. En outre, la priorité doit être donnée à la protection et à la prise en charge des victimes et les familles trouveront le soutien dans leur rôle éducatif dont ils ont besoin.

**Question 0818** (22.12.2005) de **Mme Claudia Dall'Agnol** (LSAP) concernant la **protection des mineurs (contrôle de l'accès aux productions cinématographiques destinées à un public adulte)**:

Dans son rapport annuel 2005, l'«Ombuds-Comité fir d'Rechter vum Kand» (ORK) se dit préoccupé par l'absence de moyens concrets qui permettraient de priver les mineurs d'âge de l'accès aux productions cinématographiques destinées à un public adulte. Plus particulièrement, l'ORK dénonce que les contrôles d'âge sont pratiquement inexistant dans les cinémas, les vidéothèques et les grandes surfaces.

Selon les termes d'un courrier adressé par Monsieur le Ministre à l'ORK en date du 11 mai 2005, différents ministères seraient impliqués à l'heure actuelle dans l'élaboration d'un projet de loi qui doit mettre en place un dispositif d'ensemble de protection des mineurs et qui comprendra également un volet cinématographique.

Quant à la Commission de Surveillance des Cinémas, prévue par la loi du 13 juin 1922 concernant la surveillance des établissements et représentations cinématographiques publics et censée autoriser les films qui peuvent être présentés aux mineurs âgés de moins de 17 ans accomplis, celle-ci ne se serait plus réunie depuis des années.

Dès lors je voudrais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre:

- Est-ce que le groupe de travail interministériel évoqué ci-dessus a déjà présenté des résultats concrets en vue d'une réforme de la législation sur la protection des mineurs et de son aspect cinématographique en particulier?
- Dans son domaine de compétences, comment Monsieur le Ministre envisage-t-il à mieux faire respecter la législation en vigueur sur la protection des mineurs?
- Quel sort Monsieur le Ministre compte-t-il réserver à la Commission de Surveillance des Cinémas?

**Réponse** (3.2.2006) de **M. François Biltgen**, *Ministre de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche*:

Le Ministère de la Culture, ensemble avec le Centre national de l'Audiovisuel, a entamé une réflexion pour pouvoir présenter, sous peu, la solution envisageable pour le Luxembourg en matière de protection des mineurs contre des films qui ne devraient pas faire l'objet de représentations publiques. Cette réflexion, qui se penchera entre autres sur une étude de droit comparé, sera l'apport du Ministère de la Culture dans les discussions autour de la fixation d'un dispositif d'ensemble de protection des mineurs à arrêter par le Gouvernement.

Il est rappelé, en référence à la réponse à la question parlementaire de Monsieur le Député Félix Braz de mars 2005, que la Commission de Surveillance des Établissements cinématographiques publics, instituée par une loi de 1922, n'est actuellement plus en place. La pratique a instauré un système d'autorégulation qui fait que chaque exploitant de cinéma soit procédé lui-même à une classification des films, soit adopte celle qui a été opérée dans le pays d'origine ou le pays d'établissement du distributeur. Cette classification est complétée par un contrôle effectué au moment de l'achat du billet, respectivement au moment de l'accès à la salle de cinéma. Afin d'éviter des dérapages, la classification est surveillée par le Centre national de



L'Audiotextuel. Il faut dire que la pratique actuelle, qui n'est qu'une transition vers un nouveau cadre légal, a permis à ce jour une large accessibilité aux salles tout en évitant au jeune public la vision de films qui lui causerait préjudice.

Sous réserve des conclusions du Gouvernement sur la façon à traiter, de manière générale et ponctuelle, les questions de protection des mineurs, il n'est pas envisagé de réinstaurer la commission de surveillance des cinémas. Afin qu'un contrôle étatique, utile et nécessaire en cette matière ciblée de la protection des mineurs, puisse jouer, le système d'autorégulation à mettre le cas échéant en place par l'État devrait prévoir un encadrement à exercer par une autorité à créer. Des pourparlers interministériels devront aboutir à des propositions concrètes à examiner par le Gouvernement.

**Question 0822** (3.1.2006) de **M. Marcel Oberweis** (CSV) concernant l'ensevelissement des déchets municipaux au Luxembourg:

La Commission européenne a précisé le 21 décembre 2005 qu'elle comptait durcir la réglementation actuelle sur le traitement des déchets qui date de 30 ans. Elle va demander aux États membres de mettre en œuvre des programmes nationaux pour faire face à un volume de déchets grandissant. Grâce à la mise en place de normes de recyclage plus strictes, la Commission espère que l'Union européenne devienne une «société du recyclage».

À noter dans ce contexte que d'après le Commissaire à l'environnement, Monsieur Stavros Dimas, le volume des déchets aurait augmenté de façon disproportionnée et dépasserait même la croissance économique. Toujours d'après Monsieur Dimas, les déchets municipaux se seraient accrus de 19% entre 1995 et 2003 à l'intérieur de l'Union européenne.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de l'Environnement:

- Quel est le taux national d'accroissement des déchets municipaux durant la dernière décennie?
- Quel est le volume des déchets municipaux ensevelis dans les deux décharges ouvertes «Muertendall» et «Fridhaff»?
- Quelles sont les mesures que le Gouvernement entend d'ores et déjà mettre en place, en attendant les nouvelles règles arrêtées à Bruxelles et qui devraient entrer en vigueur dès 2008, sachant que l'ensevelissement des déchets respectivement la pratique des décharges à ciel ouvert sont jugés, notamment par la Commission européenne, comme des méthodes de traitement des déchets peu orthodoxes d'un point de vue environnemental?

**Réponse** (20.1.2006) de **M. Lucien Lux**, *Ministre de l'Environnement*:

L'honorable Député Oberweis signale que le Commissaire à l'environnement, Monsieur Stavros Dimas, a constaté dans le cadre de la présentation de la nouvelle stratégie en matière de gestion des déchets, que les déchets municipaux ont augmenté au niveau européen de 19% entre 1995 et 2003. La Commission envisage de mettre en place des normes de recyclage plus strictes afin que l'Union européenne devienne une «société du recyclage».

Dans ce contexte l'honorable Député formule certaines questions quant à la situation au Luxembourg.

À l'instar de la quasi-totalité des États membres de l'Union européenne le Luxembourg a connu une augmentation de la production des déchets municipaux. Ainsi, cette production s'est élevée en 1995 à 585 kg/habitant. En 2003, 658 kg/habitant ont été produits. Ceci représente une augmentation de 12,5%. Pour le Luxembourg, la progression se situe donc en dessous de la moyenne européenne.

Dans ce contexte il faut prendre en considération que le Luxembourg accueille chaque jour plus de 100.000 frontaliers qui y viennent travailler. Dans les statistiques, les quantités de déchets produites par les frontaliers sont toutefois attribuées aux seuls résidents. La production réelle de déchets, exprimée en kg/habitant, est donc inférieure aux chiffres mentionnés ci-dessus.

En ce qui concerne les déchets municipaux mis en décharge, les quantités se sont élevées en 2004 à 35.535 tonnes pour la décharge Fridhaff du SIDEC et à 23.924 tonnes pour la décharge Muertendall du SIGRE. Ces quantités correspondent à respectivement 381 kg/habitant et 469 kg/habitant. Sur l'ensemble des déchets éliminés, la mise en décharge représente quelque 34%, les autres déchets étant éliminés par incinération.

Dans la période de 1995 à 2003, les quantités totales de déchets municipaux mis en décharge sur ces deux sites ont diminué de 68.670 tonnes à 67.327 tonnes, soit une réduction de 2%.

De tous les États membres de l'Union européenne, le Luxembourg compte parmi ceux où le taux de mise en décharge est le plus faible. Par ailleurs, le Luxembourg dispose de réseaux pour la collecte sélective des différentes fractions valorisables des déchets qui sont déjà bien développés avec des taux de valorisation importants. Citons dans ce contexte les centres de recyclage, les collectes de porte-à-porte de différentes fractions de déchets, les actions de la SuperDrecksKëscht, etc.

Par ailleurs, les décharges du SIDEC et du SIGRE disposent d'infrastructures permettant le prétraitement des déchets pour réduire la quantité des déchets municipaux biodégradables à déposer. Ainsi, les décharges sont conformes à la directive européenne N°1999/31/CE concernant la mise en décharge des déchets.

Considérant le fait que la part des déchets municipaux mis en décharge au Luxembourg est déjà relativement faible, considérant également qu'il existe déjà des structures bien développées pour la collecte sélective des déchets en vue de leur valorisation, le Gouvernement n'entend pas prendre des mesures spécifiques nouvelles dans la seule expectativa d'une nouvelle directive sur la gestion des déchets. Il est plutôt envisagé de renforcer les mesures actuellement existantes, ceci notamment par le biais de la révision du plan général de gestion des déchets. Cette révision aura lieu au cours de l'année 2006.

**Question 0827** (9.1.2006) de **M. Camille Gira** (DÉI GRÉNG) concernant la **taxe Ecotrel**:

À partir du 1<sup>er</sup> janvier 2006 le commerce électroménager vient d'introduire une taxe de recyclage (taxe Ecotrel) pour financer la collecte et le traitement des appareils électriques et électroniques. Or, l'Administration de l'Environnement a fait savoir aux communes et aux syndicats intercommunaux concernés que l'obligation de prise en charge des frais de gestion de la reprise des appareils usagés n'entrera en vigueur que le 1<sup>er</sup> avril 2006.

- Quelles sont les raisons de ce décalage?
- Est-ce que les personnes acquérant un appareil électrique entre le 1<sup>er</sup> janvier et le 1<sup>er</sup> avril 2006 ne risquent donc pas de payer le recyclage une première fois lors de l'achat et une deuxième fois lors de la remise de l'appareil usagé?
- Sur quelles bases ont été fixés les cotisations applicables au 1<sup>er</sup> janvier, sachant que l'appel d'offre lancé par Ecotrel pour les services en relation avec le transport, l'entreposage et le traitement des déchets électriques et électroniques ne seront connus que le 10 janvier 2006?
- Finalement j'aimerais avoir des explications sur le fait que la cotisation de recyclage sur les appareils réfrigérants ne s'élève qu'à 18,40 euros tandis que le prix facturé aux communes et syndicats a tousjours été de 27,30 euros.

**Réponse** (26.1.2006) de **M. Lucien Lux**, *Ministre de l'Environnement*:

Ad 1) Dans ses propos introductifs, l'honorable Député mentionne que l'Administration de l'Environnement a fait savoir aux communes que le règlement grand-ducal du 18 janvier 2005 relatif aux Déchets d'Équipements Électriques et Électroniques (DEEE) n'entrerait en vigueur qu'à partir du 1<sup>er</sup> avril 2006 et non pas comme prévu dans la réglementation au 13 août 2005. En effet, l'Administration de l'Environnement a informé les communes en date du 17 octobre 2005 qu'un projet de règlement grand-ducal afférent, modifiant le règlement grand-ducal du 18 janvier 2005 aurait été approuvé par le Gouvernement et serait en cours d'instruction. Ce règlement modificatif a définitivement été signé par le Grand-Duc en date du 23 décembre 2005 et a été publié au Mémorial du 30 décembre 2005.

Ce report de la date de mise en pratique de la réglementation sur les DEEE s'explique par diverses raisons dont les plus essentielles sont les suivantes:

- Les producteurs responsables qui optent pour un système individuel doivent s'enregistrer auprès de l'Administration de l'Environnement. Pour faciliter cet enregistrement, l'administration a fait élaborer une plate-forme internet qui devra également servir ultérieurement pour recueillir les rapports tels qu'ils sont exigés par l'article 14 du règlement grand-ducal du 18 janvier 2005. Cette plate-forme n'a pas pu être réalisée dans les délais.
- Conformément aux dispositions du point 10 de l'article 11 du règlement, l'organisme agréé peut refacturer aux responsables non affiliés les frais de gestion des DEEE dont il assume la collecte, le traitement, la valorisation et l'élimination non polluante. Il s'est avéré que les modalités de cette refacturation sont assez complexes et qu'une solution satisfaisante n'a pas pu être trouvée en temps utile.
- Finalement, il s'agissait de prévenir des distorsions de concurrence du commerce luxembourgeois par rapport au commerce de nos régions limitrophes. En effet, la législation allemande en matière de DEEE ne prévoit de façon explicite une mise en application qu'à partir du 23 mars 2006. En France, bien que la législation reprend la date du 13 août 2005 prévue par la directive 2002/96/CE qui est à la base

des réglementations nationales en la matière, la pratique est telle qu'une mise en application est loin d'être imminente.

Ad 2) En ce qui concerne la période du 1<sup>er</sup> janvier 2006 au 1<sup>er</sup> avril 2006, où il existe selon l'honorable Député le risque que les consommateurs payent deux fois le recyclage, les remarques suivantes sont à faire:

- Il faut d'abord constater que la décision de prélever une taxe à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2006 relève essentiellement de la responsabilité de l'organisme Ecotrel.
- Cette taxe devrait servir à constituer des fonds suffisants pour pouvoir prendre en charge à partir du 1<sup>er</sup> avril 2006 les frais de gestion des DEEE qui seront collectés à partir de cette date.
- À notre avis, le risque que le consommateur paye deux fois le recyclage est relativement faible. En effet, une taxe spécifique sur le recyclage des DEEE n'est actuellement prélevée que par un nombre limité de communes. Dans la majorité de ces cas, cette taxe s'applique essentiellement aux gros appareils dont notamment les réfrigérateurs et les télévisions. Il s'agit là d'appareils qui ont en règle générale une durée de vie supérieure à trois mois. Le risque qu'un tel appareil soit acquis et éliminé dans la période comprise entre le 1<sup>er</sup> janvier et le 1<sup>er</sup> avril 2006 est minime.

Ne sont pas pris en considération dans la présente réflexion les communes où les frais de gestion des DEEE sont actuellement couvertes par la taxe générale sur la gestion des déchets. Cette taxe s'applique indépendamment du fait que le citoyen a à éliminer des DEEE dans la période en question ou non.

Ad 3) Nous ignorons les bases selon lesquelles Ecotrel a fixé les cotisations. Celles-ci relèvent de la responsabilité exclusive d'Ecotrel.

Ad 4) La comparaison telle qu'elle est faite par l'honorable Député des frais de recyclage des réfrigérateurs actuellement facturés aux communes (27,3 euros/appareil) et la cotisation de recyclage prélevée par Ecotrel (18,4 euros/appareil) n'est pas acceptable.

En effet, il y a comparaison de deux choses différentes. Les premiers frais s'appliquent aux réfrigérateurs effectivement recyclés. La cotisation prélevée par Ecotrel s'applique à tous les réfrigérateurs vendus. Or, pas tous les réfrigérateurs vendus sont effectivement collectés et recyclés. Le taux de collecte actuelle s'élève à quelque 65%.

Si on tient compte de ce taux, la cotisation prélevée sur 100% de réfrigérateurs vendus permettra de financer quelque 65% des réfrigérateurs hors d'usage à un coût de traitement qui est du même ordre de grandeurs que celui actuellement facturé aux communes.

**Question 0828** (9.1.2006) de **M. Aly Jaerling** (ADR) concernant le **remboursement des visites médicales**:

Am November hat d'UCM mat der Stëmm vum Regierungsvertrieeder d'Éegebetelegung vum de Patiente bei enger Dokteschvisite ze verduebelen.

Elo muss ech och nach feststellen, datt verschidde Medeziner fir Konsultatiounen op Rendez-vous eng Extra-Kontributioun vum Patient froen. Dës Extra-Kontributioun ka bis zu fënnef Euro bedroen a gëtt net vun der Krankekeess zrëckbezuelt.

Sécherlech kann ee verstoen, datt en Dokter engem Client eng Kontributioun froet, wann deen en ausgemachte Rendez-vous net respektéiert. Et dierf awer net Usus ginn, datt ëmmer méi fir e Rendez-vous verlaangt gëtt.

Nom neie Krankekeesegesetz ass et jo schonn esou, datt e Kranke sech bannent deenen éischten zéng Woche muss ënnersiche loosser, fir ze bewiesen, datt e krank ass. Och fir esou operzwonge Behandlungen gi vun Doktere Rendez-vous-Taxe verlaangt, déi net vun der Krankekeess rembourséiert ginn.

Duerfir folgend Froen:

1. Ass dem Här Minister bekannt, datt ëmmer méi Dokteren op Rendez-vous schaffen an duerfir och e Supplément verlaangen, deen net vun der Krankekeess rembourséiert gëtt?
2. kéint et sinn, datt verschidden Doktere vun der UCM-Déci-sioun vun November profitéiert hunn, fir esou hire Rendez-vous-Supplément onopfälleg kënnen ze erhéije respektiv eréischte anzeféieren?
3. Huet en Dokter iwwerhaupt dat Recht, e Supplément fir eng Konsultatioun op Rendez-vous ze verlaangen a besonnesch dann, wann e souwéissou nëmmen op Rendez-vous schafft?
4. Besteet mat esou Supplémenten net d'Gefor vum Astieg an eng Zweekklassemedezin, wou déi finanziell Schwaach net méi d'frai Wiel vun Dokter hunn, wa se mussen fir e Rendez-vous e Supplément bezuelen oder op néideg Dokteschkonsultatiounen verzichten?
5. Dierf vun deene kranke Matbierger, déi duerch dat neit Krankekeesegesetz forcéiert gi bei den Dokter ze goen, e Supplément fir e Rendez-vous verlaangt ginn? Wa jo, misst an deem Fall dee Supplément net vun der Krankekeess rembourséiert ginn?

**Réponse** (3.2.2006) de **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*:

Ech si mer dem Problem vun de Supplémenten, déi vu verschidde-nen Dokteren de Patiente fir e Rendez-vous a Rechnung gestallt ginn, duerch aus besonnesch, besonnesch säit der Mediatisierung vun dem Thema sinn an deene leschte Woche vill Bréiwer um Ministère gaangen, wouan déi Verséichert Opklärung iwwer déi ganz Problematik gefrot hunn.

Menger Meinung no kann een net soen, dass d'Doktere vun der Entscheidung vun der UCM vum leschten Allerhellgemount profitéiert hätten, fir dese Supplément anzeféieren, well desen op der Rechnung mat engem spezielle Code ernimmt muss ginn.

D'Dokteren hunn nämlech gemäss dem Artikel 50 vun der Konvention, déi tëschen der UCM an der Associatioun vun den Dokteren an Zänndokteren ofgeschloss gouf, d'Recht a bestëmmte Situatiounen esou e Supplément ze froen, allerdéngs, esou hält den Artikel et fest, „mat Takt an a Mooss“.

Ganz vill Doktere weisen och dat Taktgefill. Richteg ass awer, dass eng Minoritéit vun Dokteren aus der Ausnahm eng Regel gemach hunn. Richteg ass och, dass de Gesamtmontant fir d'Convenances personnelles net négligeabel ass. Duerfir wëll ech hei nach eng kéier un déi Situatiounen erënnere, wou d'Konventionen Supplémenten erlaabt.

Dat si folgend Situatiounen:

- 1) Wann e Rendez-vous fir eng ganz bestëmmten Stonn an e ganz bestëmmten Dag vun Patient ugefrot gëtt an den Dokter de Rendez-vous anhält (code CP1);



2) wann de Patient e Rendez-vous fir samschdes mueres ufreet an den Doktor vu méindes bis freides schafft (code CP2);

3) wann de Patient ze spéit fir säi Rendez-vous kënnit ouni valabel Entschëllegung (code CP3).

Am Fall wou den Dokter nëmmen oder nëmmen zu bestëmmten Zäiten op Rendez-vous schafft:

4) Wann e Rendez-vous fir eng ganz bestëmmte Stonn an e ganz bestëmmten Dag vum Patient ugefrot gëtt a wann den Dokter him mindestens zwee Terminer virgeschloen hat (code CP4);

5) wann de Patient drop besteet, direkt ënnersicht ze ginn ouni Rendez-vous, ausser bei enger Urgence (code CP5);

6) wann de Patient sech am Kader vun enger urgenter Konsultation oder enger Visite behandle léisst, ouni dass den Dokter dës Urgence unerkennt (code CP6);

7) wann de Patient um Tëlefon Rotschléi vum Dokter freet, wann dat Gespréich méi lang wéi zéng Minutten dauert (code CP7).

Ech mengen net, dass eng Zwee-klassemedezin entsteet, well déi erlaabte Supplément sech dach a Grenzen halen, virausgesat, dass se mat „Takt a Mooss“ applizéiert ginn. Eng déck Zomm, an zwar de Präis vun enger Konsultation, muss eigentlech nëmme bezuelt gi wann een e Rendez-vous net anhält ouni sech ofzemellen.

Well déi uewe genannte Konvention allgemeng bindend ass, kënnen d'Dokteren, wa se dat wëllen, de Versécherter och fir Konsultation, déi mat deem neie Formulaire R4 ze dinn hunn, e Supplément froen. Et muss een awer bedenken, dass dës Konsultation e speziellen Tarif an der Nomenclature hunn.

Déi uewe genannte Regeln applizéiere sech och fir Konsultation am Zesummenhang mam Formulaire R4.

D'Servicer vun der UCM sinn derbäi, am enke Kontakt mam Ministère de la Sécurité sociale eng Analys vun der Entwécklung vun de Convenances personnelles ze finaliséieren, fir ze verhënnere, dass dem Patient onberechtigt Supplémenten verrechent ginn.

Opgrond vun dëser Fakte wäert alles gemaach ginn, fir Abusën ze verhënnere. An deem Sënn hunn ech och scho Kontakter mat der Dokteschverriedung AMMD gehat an op eng korrekt Applikation vun der Konvention insistéiert, dat ëmsou méi, well 2003 duerch eng Rei vu Mesuren de Fuerderunge vun den Doktere Rechnung gedroe gouf.

**Question 0829** (9.1.2006) de **MM. John Castagnaro** et **Romain Schneider** (LSAP) concernant le **financement des formations offertes par le Centre national de formation professionnelle continue d'Ettelbruck:**

Dans leur édition du samedi 7 janvier 2006 différents quotidiens luxembourgeois font état de formations au «Centre national de formation professionnelle continue» d'Ettelbruck, qui seraient suspendues à partir de janvier 2006 faute de moyens de financement. Selon les responsables, il s'agirait de formations de «telelearning» et de bureautique, auxquelles participent essentiellement des chômeurs ou demandeurs d'emploi. 15 des 16 participants ont été orientés vers ces formations par le biais des services de l'Administration de l'Emploi.

Or, jusqu'au 31 décembre 2004 les programmes en question ont été fi-

nancés par le Fonds social européen et le Fonds pour l'Emploi. Le programme en question étant venu à expiration, le Ministère du Travail aurait refusé de continuer à financer ces cours. Ceci est d'autant plus regrettable que selon les responsables du CNFPC d'Ettelbruck le taux de placement des participants à cette sorte de formations, organisées depuis 1991, est de 71%.

Dans ce contexte j'aimerais poser à Monsieur le Ministre les questions suivantes:

- Est-il exact que les services du Ministère ont refusé le financement des cours en question suite à la fin du programme de financement du Fonds social européen?
- Monsieur le Ministre ne pense-t-il pas que ces formations, à l'instar d'autres formations s'adressant à des chômeurs et des demandeurs d'emploi, méritent d'être financées par le Fonds pour l'Emploi, indépendamment des programmes européens?
- Monsieur le Ministre ne pense-t-il pas que le financement de formations pour chômeurs et demandeurs d'emploi les aidant à réintégrer le marché du travail est un investissement qui se justifie?
- Quelles solutions Monsieur le Ministre envisage-t-il pour les personnes qui ont participé à ces cours et qui ont été obligées d'interrompre leur formation en cours de route?

**Question 0832** (10.1.2006) de **M. Aly Jaerling** (ADR) concernant le **financement des formations offertes par le Centre national de formation professionnelle continue d'Ettelbruck:**

Aus den Noriichte war gewuer ze ginn, datt am CNFPC zu Ettelbréck Fraen, déi an enger Formation vu 26 Stonnen d'Woch waren, heemgeschéckt goufe wéi se sech an de Coursen uganks der Woch erëm presentéiert hunn.

Dës Coursé ware fir eenzelner vun deene Fraen eng lescht Chance, fir eng Qualifikatioun ze kréien, awer och praktesch eng lescht Chance, fir erëm mat enger Qualifikatioun eng Aarbecht ze fannen.

D'Ursaache vum Aussetze vun dëser Coursé waren anscheinend e Manktem u qualifizéierten Educateuren, awer och e Manktem u finanzielle Moyene fir déi Coursé weiderzeféieren. D'Moyene wiere vum Aarbechtsministère blockéiert ginn.

Kann den Här Aarbechtsminister mer duerfir dës Froe beäntweren:

1. Feelt et wierklech u qualifizéierten Educateure fir déi Coursé weiderzeféieren?
2. Wann et u budgetäre Mëttele feelt, fir déi Formation weiderzeféieren, kann den Här Minister mir soe wéi sou?
3. Kann den Här Minister mer dann och soen, firwat datt déi Fraen eréischt wéi se an hir Coursé komm sinn iwwert déi Situatioun informéiert gi sinn?
4. War dës Situatioun net schonns d'lescht Joer bei der Presentatioun vum Budget virauszegesinn oder op d'mannst um Enn vum Joer?
5. Sinn déi budgetär Mëttele esou enk, datt een emol net méi Formatiounscoursé laangfristeg ka finanzéieren?
6. Wat gedenkt den Här Minister ze ënnerhuelen, fir datt déi be- traffe Fraen hir Formatioun kënnen zu Enn féieren?
7. Wéi wëllt d'Regierung jee- mools en individuellt Recht op Weiderbildung réaliséieren, wann elo schonns verschiedentlech Formatiounscoursen aus finanzielle Grënn an aus Manktem u qualifizéierten Educateuren a Fro gestallt ginn?

**Réponse** (20.1.2006) de **M. François Biltgen**, *Ministre du Travail et de l'Emploi:*

Fir d'éischt wëll ech emol soen, datt, entgéint deem, wat ee konnt verlauschteren, den Aarbechtsminister guer net beschloss huet, allgemeng an aus budgetäre Grënn d'Ënnerstëtzung vu Formatiounen vu Leit, déi eng Schaff sichen a vun dem Aarbechtsamt a Coursé geschéckt ginn, ze kierzten. Duerfir wäert hien och kucken, deene be- traffene Leit, déi bei der ADEM ageschriwwen sinn an elo vum CNFPC Ettelbréck – wéi et an der öffentlecher Meenung gesot gouf – „op d'Strooss gesat goufen“, ze hëllefelen.

De Projet BITEL-Telelearning ass e Projet, deen an der Vergaangen- heet ëmmer vum Aarbechtsminister ënnerstëtzt ginn ass. Hien ass vum CNFPC Ettelbréck als „Fonds Social Européen“-Projet erage- reecht ginn. Den FSE bezilt bei esou Projete 45%. Den Nationalstat muss 55% bezuelen. Den Aar- bechtsminister war bereet, dës Konterpartie iwwert de Fonds pour l'Emploi ze bezuelen.

Opgrond vun enger Konvention, déi tëschent dem Unterrichtsminister an dem Aarbechtsminister of- geschloss gi war, ass de Projet iwwert den Aarbechtsloesefonds an de Fonds Social Européen wäh- rend de Joren 2002, 2003 an 2004 finanzéiert ginn.

Den 31. Dezember 2004 ass de Projet ausgelaf, an de Schoulminis- tère huet keng nei Demande méi gestallt, fir de Projet verlängert ze kréien (eng Verlängerung wier nach während zwee Joer méiglech gewiescht). An esou engem Fall wiere jo erëm 45% aus den euro- päesche Fonge gefloss.

Doraus hu sech fir den Aarbechts- minister zwou Hypotheesen erginn, déi sech iwwerengs bei all FSE- Projet stellen, deen ausleeft:

- 1) De Projet ass ausgelaf, en huet net déi erwaarte Resulta- ter bruecht a gëtt duerfir net virugefouert;
- 2) de Projet huet gutt Resultater bruecht, déi de Schoulminis- tère dozou beweegt hunn, hien an d'Nationalpolitik ze iwwerhuelen an iwwert de Stats- budget ze finanzéieren, sou wéi den Aarbechtsminister et notament mat de Behënner- teprojeten am Beräich vun den „Ateliers protégés“ gemaach huet.

Tatsaach ass, datt den Aarbechts- ministère am Mount Oktober 2005, also bal ee Joer nodeems de Projet ausgelaf war, op eemol Rechnunge geschéckt krut, déi hie sollt iwwert de Beschäftigungsfong bezuelen. Hien huet dunn also festgestallt, datt de Projet BITEL vum CNFPC virugefouert gi war, ouni datt hien doriwwer informéiert war an ouni datt hien also d'Méiglechkeet hat, déi néideg Suen ze budgetéieren a sech och iwwert de Wäert vun der Formatioun am Sënn vun der Be- schäftigungspolitik seng Gedan- ken ze maachen. D'Weiderfuere vun dësem Projet ass nämlech net vun der ADEM gefuerdert ginn, déi iwwerengs Krämpes hat Leit ze fannen, fir an dës Formatioun ze schécken, wéi de CNFPC dës Leit bei hir ugefuerdert huet.

Sou geet et net a sou kann eng gutt Zesummenaarbecht net ausge- sinn!

Den Aarbechtsminister wëllt sé- cher net un der Guttgleewegkeet vun de Responsabele vum CNFPC Ettelbréck an dem Departement „Formation professionnelle“ aus dem Schoulministère zweifelen.

D'Aart a Weis, wéi dësen Dossier sech awer elo entwéckelt huet, werft schonns Froen op. Den 22. Dezember 2005 hunn d'Responsa- bel, deenen de CNFPC Ettelbréck ënnersteet, décidéiert, no der Va- kanz d'Coursen ze suspendéieren.

Freides de 6. Januar 2006 – dee- selwechten Dag also wéi d'Press informéiert gouf – huet den Direkter vun der Formation professionnelle vum Schoulministère dem Aar- bechtsminister e Bréif geschriw- wen. Hätt den Aarbechtsminister den 22. Dezember 2005 Bescheed gesot kritt, wier et net esou wäit komm.

Och do wëll ech kengem Beamten iergendwéi e béise Wëllen ënner- stellen. Et schéngt mer awer verständlech, wann dobaussen d'Meenung opkënn, hei hätte ver- schidde Beamte vun engem Minis- tère Leit ouni Aarbecht als Spillball benotzt, fir de Minister vun engem anere Ministère an der Öffentle- cheit widdert d'Mauer ze neelen a seng politesch Positioun ze schwä- chen.

Dësen Androck ass ëmsou méi be- dauerlech, wou d'Schoulminis- tesch an den Aarbechtsminister bestrift sinn, d'Kollaboratioun tës- chent hiren Haiser op deenen zwou Säiten ze verstärken. Soss kréie mer nu wierklech de Chô- mage net an de Grëff!

Den Aarbechtsminister wäert och weiderhin op eng gutt – respektiv besser – Zesummenaarbecht tës- chent deenen zwee Haiser set- zen.

Och wäert hie keen Aarbechtssi- chenden, deen d'ADEM an e Cours geschéckt huet, am Ree stoe loossen.

Den Aarbechtsminister sicht duer- fir zesumme mat senger Servicer no alternative Léisunge fir déi be- traffe Leit. Eng vun de méigleche Pisten ass eng „Formation bureautique“ am CNFPC zu Ettelbréck oder zu Esch-Uelzecht, déi iwwerengs nach ëmmer vum Aarbechtsminis- tère bezuelt ginn ass an och wei- der bezuelt wäert ginn. D'Fro stellt sech an deem Zesummenhang och, woufir de CNFPC Ettelbréck och dës Coursé gestoppt huet, wéi et an der Press geheescht huet. Dës Coursé waren ni a Fro gestallt, am Contraire.

**Question 0830** (10.1.2006) de **M. Gast Gibéryen** (ADR) concernant la **Banque centrale du Luxembourg:**

D'Zentralbank (BCL) huet an der leschter Zäit fir Schlagzeile ge- suergt. Dëst wéinst engem latente Sozialkonflikt an dëser Institutioun, déi ëmmerhin 204 Agenten an dräi Fonctionnaire beschäftegt.

Virleefegen Héichpunkt an deem Konflikt war d'Entloossung vun engem Member vun der Personalde- legatioun.

De Stat ass wuel de Propriétaire vum Kapital vun der BCL, gläich- zäiteg awer gëtt der BCL hir Onofhängegkeet duerch d'Gesetz garantéiert.

Dowéinst stelle sech Froe vun der Zoustännegkeet:

- Wien ass de „Ministre de tu- telle“ respektiv ënnert d'Kom- petenz vu wéi engem Minister fält:
- d'Zentralbank,
- hir intern Organisatioun,
- d'Personalpolitik,
- de Statut vum Personal,
- vun de Fonctionnairen,
- vun den Agenten?

**Question 0844** (13.1.2006) de **M. Marc Spautz** (CSV) concernant la **Banque centrale du Luxembourg:**

La Banque centrale du Luxem- bourg (BCL) a été créée en même temps que la Banque centrale eu- ropéenne le 1<sup>er</sup> juin 1998. Dès l'ori- gine, elle a la double qualité d'un établissement public national et de partie intégrante du Système euro- péen de banques centrales, sou- mise respectivement aux disposi- tions de sa loi organique et à celles

du Protocole sur les statuts du Sys- tème européen de banques cen- trales et de la Banque centrale eu- ropéenne, annexé au Traité de Maastricht.

Récemment, un représentant du personnel de la BCL a été licencié. Ce licenciement a provoqué un tollé dans les milieux syndicaux eu- ropéens. Pas moins de 26 syndi- cats ou associations du personnel des banques centrales euro- péennes ont répondu à l'appel lancé par le «Standing Committee of European Central Bank Unions» (SCECBU) et signé une pétition pour dénoncer le «pouvoir discrétionnaire» du directeur général.

Selon l'article 3, paragraphe 1<sup>er</sup> de la loi organique de la BCL, «la Banque centrale est un établisse- ment public doté de la personnalité juridique et de l'autonomie finan- cière». Sachant que le concept d'établissement public indépen- dant est novateur en droit luxem- bourgeois, j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre d'État:

1. Qui est le Ministre de tutelle de la BCL?
2. Quelle est la portée des quatre volets de l'indépendance de la BCL (institutionnelle, person- nelle, fonctionnelle et finan- cière) résultant d'un ensemble de dispositions précises?

Le statut des agents de la Banque centrale est fixé à l'article 14, para- graphe 3, de la loi organique. L'ar- ticle 14, paragraphe 3a, détermine les agents ayant un statut de droit public, qui consiste dans l'applica- tion, le cas échéant par analogie, des dispositions relatives aux fonc- tionnaires ou fonctionnaires sta- giaires de l'État. En application de ce même article, un règlement grand-ducal du 26 juin 2002 a été adopté aux fins d'établir un certain nombre de dérogations à l'applica- tion aux agents ayant un statut de droit public des dispositions dont relèvent les fonctionnaires ou fonc- tionnaires stagiaires de l'État. Les règles rendues ainsi inapplicables ont trait notamment au recrute- ment, à l'entrée en fonction, aux promotions, à la durée du travail et au régime des congés.

Parmi la seconde catégorie d'agents figurent:

- les employés qui remplissent toutes les conditions pour être employés de l'État et dont le statut est assimilé au régime des employés de l'État au sens de l'article 13 de la loi du 27 janvier 1972 fixant le ré- gime des employés de l'État;
- les employés qui ne remplis- sent pas toutes les conditions pour être employés de l'État et dont la situation est régie par la loi du 24 mai 1989 sur le contrat de travail, et
- les ouvriers dont la situation est régie par le contrat collec- tif en vigueur pour les ouvriers de l'État.

Concernant cette seconde catégo- rie d'agents, j'aimerais adresser les questions suivantes à Monsieur le Ministre d'État:

3. Est-ce que le règlement grand-ducal du 26 juin 2002 est également applicable à ces agents?
4. Dans la négative, est-ce qu'il existe un autre règlement pré- cisant leur situation?
5. Comment leur droit d'associa- tion est organisé?

**Réponse** (3.2.2006) de **M. Luc Frieden**, *Ministre du Trésor et du Budget:*

Étant donné, comme le relève à juste titre la question posée, que la BCL est un établissement public luxembourgeois qui fait partie du Système européen de banques centrales (SEBC), la notion juri- dique de tutelle, qui implique un droit de contrôle hiérarchique, s'exerçant soit de façon perma- nente soit par un système d'autori-



sations, d'approbations, de suspension ou d'annulation des actes de l'entité sous tutelle, n'est pas une notion appropriée par rapport à la BCL. Aux termes de l'arrêté grand-ducal du 7 août 2004 portant constitution des Ministères, le Ministre du Trésor et du Budget s'est vu attribuer les relations avec la BCL.

Nonobstant des éléments d'indépendance (dans des aspects institutionnels, personnels, fonctionnels et financiers) qui découlent de son appartenance au SEBC et qui sont détaillées notamment aux articles 2, 4, 5, 6 à 10, 11 à 13 de sa loi organique, la BCL ne représente toutefois pas un concept novateur en droit luxembourgeois, alors qu'elle est par principe soumise à la législation nationale qui connaît de multiples établissements publics organisés chacun en fonction de ses finalités propres.

En ce qui concerne plus particulièrement le statut de son personnel, l'article 14 (3) (a) et (b) de la loi organique de la BCL énumère avec précision les quatre catégories d'agents susceptibles d'exister à la BCL, chacune de ces catégories répondant à une notion clairement établie en droit national et régie par des textes afférents.

La seule catégorie pour laquelle la loi organique de la BCL, dans son article 14 (3) (c), a prévu la possibilité de déroger au droit commun par règlement grand-ducal sur des points limitativement énumérés, est celle des agents assimilés aux fonctionnaires de l'État. Le règlement grand-ducal du 26 juin 2002 a été pris sur cette base juridique. À l'exception des points qui y sont réglés de façon distincte, l'intégralité des lois et règlements régissant les fonctionnaires de l'État s'appliquent, le cas échéant par analogie, aux agents de la BCL assimilés aux fonctionnaires de l'État. Il en va ainsi notamment en ce qui concerne le droit d'association et la représentation du personnel. La direction de la BCL est l'autorité compétente pour l'application des textes afférents, ses décisions ouvrant les recours juridictionnels normaux.

Il va de soi que le règlement grand-ducal du 26 juin 2002 ne saurait s'appliquer aux autres catégories d'agents de la BCL, pour lesquelles la loi n'a pas prévu de dérogation au droit commun. Dès lors l'intégralité des lois et règlements régissant respectivement les employés de l'État, les employés contractuels et les ouvriers de l'État, s'applique à ces catégories d'agents auprès de la BCL, y compris en ce qui concerne le droit d'association.

**Question 0833** (11.1.2006) de **M. Ben Fayot** (LSAP) concernant le **secteur de la microfinance:**

Le 31 mai dernier j'ai déposé une proposition de loi visant à exonérer de la taxe d'abonnement les organismes de placement collectif qui investissent dans les instituts de microfinance (IMF).

Jusqu'au début de l'année 2004, environ 3.000 institutions de microfinance dans le monde ont atteint quelque 81 millions de clients dont 55 millions parmi les populations les plus pauvres. La tendance croissante vers une plus grande transparence et une régularisation du secteur de la microfinance a permis depuis quelques années aux IMF de s'engager sur la voie du financement commercial. Cette évolution ne signifie pas que la microfinance s'écarte de son objectif premier, à savoir la réduction de la pauvreté; au contraire les chiffres montrent que la commercialisation est une des conditions essentielles pour stabiliser l'indépendance des IMF. Les garanties constituées par le biais des fonds d'investissement

peuvent notamment favoriser la sécurisation et la capitalisation des IMF et leur permettre d'innover, de développer de nouveaux produits financiers ou d'atteindre une nouvelle clientèle.

Le Ministre de la Coopération et de l'Action humanitaire affirmait d'ailleurs récemment: «La microfinance est le domaine d'action par excellence où le monde de la coopération et celui de l'entreprise sont appelés à se rencontrer et à développer des synergies. Cela est particulièrement vrai pour le Luxembourg qui abrite d'une part une place financière internationale de premier ordre et qui, d'autre part, dispose d'une solide expérience et de sérieux atouts dans le domaine de la coopération au développement.»

- Alors que l'année internationale de la microfinance se termine, le Gouvernement a-t-il l'intention d'inclure le secteur de la microfinance dans sa politique relative à la place financière?
- Dans l'affirmative, de quelle façon?

**Réponse** (20.1.2006) de **M. Luc Frieden**, *Ministre du Trésor et du Budget:*

Le Gouvernement partage entièrement le point de vue exposé par l'honorable Député Ben Fayot sur l'importance de la microfinance dans le cadre de la lutte contre la pauvreté.

Voilà pourquoi il appuie la mise en œuvre de la recommandation émise lors de la récente «Table Ronde sur la Microfinance» organisée à l'initiative de la Direction de la Coopération au Développement et en étroite concertation avec le Ministère des Finances, qui vise à doter les OPC investissant dans des instituts de microfinance (IMF) d'un label de qualité certifiant que la majorité des investissements réalisés bénéficient effectivement à des IMF (selon le principe du "truth in labeling"). Un tel label de qualité est susceptible non seulement de mieux cerner les OPC investissant dans des IMF, mais également de mettre en relief la place financière de Luxembourg comme un réel centre d'excellence pour la domiciliation de ces OPC.

Un tel label de qualité est par ailleurs une condition préalable pour déterminer le champ d'application d'un éventuel régime fiscal spécifique pour les OPC ainsi définis. La définition d'un OPC investissant dans des IMF reste en effet contestée. Le seul critère quantitatif retenu dans la proposition de loi N°5480 risque d'être insuffisant. Il faut éviter de favoriser injustement des OPC investissant dans des IMF par rapport à des OPC se consacrant par exemple à des investissements «socialement responsables» d'une teneur plus vaste mais tout aussi louable, ou à des investissements dans des Petites et Moyennes Entreprises (PME) d'une portée essentielle pour stimuler le développement économique.

**Question 0834** (11.1.2006) de **M. Xavier Bettel** (DP) concernant l'**indemnisation du congé parental:**

Le 14 avril 2005, la Cour européenne de Justice a rendu un jugement d'après lequel le Luxembourg a manqué aux obligations qui lui incombent en vertu de la directive 96/34/CE du Conseil du 3 juin 1996 et ceci «en prévoyant que le droit à un congé de maternité ou à un congé d'accueil intervenant pendant le congé parental se substitue à ce dernier qui doit alors prendre fin, sans possibilité pour le parent de reporter la partie du congé parental dont il n'a pas pu bénéficier, et en limitant l'octroi du droit au congé parental aux pa-

rents d'enfants nés après le 31 décembre 1998 ou dont la procédure d'adoption a été introduite après cette date».

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Madame le Ministre de la Famille et de l'Intégration:

- Madame le Ministre peut-elle me dire si une indemnisation du congé des parents concernés est prévue?
- Dans l'affirmative, Madame le Ministre peut-elle fournir des données chiffrées quant au nombre des personnes concernées et m'informer sur les dimensions financières de cette mesure?
- Au cas où aucune indemnisation n'était prévue, Madame le Ministre peut-elle me dire quelles sont les raisons de cette décision? Madame le Ministre n'est-elle pas d'avis que le Luxembourg s'expose au risque d'être traduit une seconde fois devant la Cour européenne de Justice, comme le laisse supposer un article dans la presse luxembourgeoise le 6 janvier 2005, en refusant une indemnisation du congé en question aux personnes concernées?

**Réponse** (24.1.2006) de **Mme Marie-Josée Jacobs**, *Ministre de la Famille et de l'Intégration:*

En réponse à la question parlementaire de l'honorable Député Monsieur Xavier Bettel, j'ai l'honneur d'informer celui-ci que ce problème a été évoqué et discuté au sein de la commission parlementaire «Famille, Égalité des chances et Jeunesse», dont est également membre l'honorable Député.

Le Gouvernement a décidé d'indemniser le congé parental à partir de l'entrée en vigueur de la loi du 12 février 1999 portant création d'un congé parental et d'un congé pour raisons familiales pour toutes les naissances ou adoptions d'enfants se situant après le 31 décembre 1998, date à partir de laquelle l'allocation d'éducation est également exportable (art.19 al.4). Le projet de loi est actuellement pendant devant la Chambre des Députés qui n'entend pas revenir sur ce point en ce qui concerne les enfants nés ou adoptés antérieurement à cette date.

En effet, la directive 96/34/CE du Conseil du 3 juin 1996 concernant l'accord-cadre sur le congé parental conclu par l'UNICE (Union des Industries de la Communauté Européenne), le CEEP (Centre Européen des Entreprises) et la CES (Confédération Européenne des Syndicats) ne prévoit aucune obligation pour les États membres d'instituer une indemnisation ou non. Il est donc loisible aux États membres de fixer la date à partir de laquelle une telle indemnisation aura lieu.

**Question 0839** (12.1.2006) de **M. Ben Fayot** (LSAP) concernant le **fonctionnement du secteur financier:**

Dans sa prise de position en date du 30 décembre 2002 concernant ma proposition de loi 5013 relative à la protection des actionnaires minoritaires et à l'obligation de lancer une offre publique d'acquisition, le Gouvernement m'avait fait savoir «qu'il est opportun de préparer une législation en matière d'offres publiques d'acquisition», et ce si possible sur la base d'une directive européenne. Entre-temps, la directive du 21 avril 2004 (2004/25/CE) concernant les offres publiques d'acquisition est en vigueur. Elle devra être transposée par les États

membres au plus tard le 20 mai 2006.

L'objectif en est entre autres la protection des détenteurs de titres, de plus en plus nombreux de nos jours, et en particulier «ceux possédant des participations minoritaires», aux fins de traiter de façon égale et transparente tous les actionnaires dans les cas d'OPA, de réduire les risques d'opérations d'initiés, d'informer de façon adéquate tous les détenteurs de titres et d'améliorer le contrôle.

- Aussi, devant l'urgence de la transposition pour le bon fonctionnement du secteur financier voudrais-je demander quand le Gouvernement saisira la Chambre d'un projet de loi afférent?

**Réponse** (20.1.2006) de **M. Luc Frieden**, *Ministre de la Justice:*

Il est prévu de finaliser le projet de loi visé au cours du premier trimestre 2006.

**Question 0845** (13.1.2006) de **M. Xavier Bettel** (DP) concernant les **circonstances du décès d'un détenu au Centre pénitentiaire de Luxembourg:**

Dans leur édition du vendredi 13 janvier 2006 différents quotidiens luxembourgeois font état de la mort d'un détenu âgé de 22 ans au Centre Pénitentiaire de Luxembourg (CPL).

Je souhaite dans ce contexte avoir de la part de Monsieur le Ministre de la Justice des réponses aux questions suivantes:

- Monsieur le Ministre a-t-il déjà pris connaissance du rapport relatif à cet incident tragique? Dans l'affirmative, Monsieur le Ministre peut-il me fournir les détails quant aux circonstances exactes du décès de ce détenu? Dans ce contexte j'aimerais notamment obtenir des informations précises relatives à la promptitude de réaction du service infirmier du susdit établissement pénitentiaire.
- D'après mes informations, il semblerait que la personne soit morte d'une overdose. Dans sa réponse du 25 novembre 2005, Monsieur le Ministre avait fait savoir que les quantités de stupéfiants saisis au CPL n'avaient pas augmenté pendant les derniers mois. La mort d'un détenu due à une surdose laissant pourtant supposer l'existence d'un trafic de drogues prospère au sein du CPL, Monsieur le Ministre n'est-il pas d'avis qu'il fallait reconsidérer le concept des contrôles, notamment en ce qui concerne l'utilisation en permanence d'un chien antidrogue?
- Monsieur le Ministre est-il prêt à tenir au courant la Commission juridique de la Chambre des Députés des résultats de l'autopsie entamée?

**Réponse** (26.1.2006) de **M. Luc Frieden**, *Ministre de la Justice:*

Un détenu prévenu, âgé de 22 ans, est décédé au CPL à Schrassig le 12 janvier 2006.

Un gardien du service de nuit a découvert le corps inanimé vers 5.00 heures du matin. Tous les services compétents, y compris l'infirmière, ont été informés de suite et se sont rendus sur les lieux.

Une autopsie a été ordonnée pour déterminer la cause de la mort, celle-ci n'étant à l'heure actuelle pas encore connue. Je suis évidemment disposé à communiquer le moment venu à la Commission juridique de la Chambre des Députés tous les éléments relatifs à ce dossier que les autorités judiciaires mettront à ma disposition.

**Question 0849** (17.1.2006) de **Mme Claudia Dall'Agnol** (LSAP) concernant le **phénomène du «stalking»:**

Le terme anglais «stalking», qui signifie littéralement «s'approcher à pas feutrés du gibier», est devenu synonyme de persécution, de harcèlement et de terrorisme psychologique. Les pays anglo-saxons définissent ainsi le «stalking» comme «la poursuite préméditée, malveillante, répétée et le harcèlement d'autrui de manière à menacer sa sécurité». À ce titre le «stalking» se distingue des deux autres types d'harcèlement, à savoir l'harcèlement sexuel et l'harcèlement moral.

Le «stalking» ou selon la définition du Tribunal fédéral suisse «la persécution obsessionnelle d'une personne», consiste par exemple à inonder quelqu'un de coups de téléphone à des heures indues au bureau ou au domicile, à proférer des menaces sur le répondeur téléphonique, à calomnier, à insulter, à se poster devant le domicile de la victime et à l'épier continuellement, à commettre des dommages matériels (par exemple pneus crevés), etc.

Une étude menée par l'Institut national américain de Justice, portant sur 8.000 hommes et 8.000 femmes adultes, a observé que 8% des femmes et 2% des hommes ont été poursuivis à un moment donné de leur vie. Le nombre annuel de victimes aux États-Unis s'élèverait ainsi à un million de femmes et 370.000 hommes. Une autre étude menée récemment en Allemagne révèle que 12% des 2.000 personnes enquêtées ont été victimes de ce genre d'harcèlement et que 24% d'entre elles ont été poursuivies pendant plus d'un an, des victimes qui présentent en partie des séquelles psychologiques et physiques graves.

Le «stalking» a été criminalisé pour la première fois en 1990 dans l'État de Californie. Entre-temps plusieurs pays ont adopté des législations afférentes (notamment le Canada, l'Australie, le Japon, le Royaume-Uni et la Belgique) et le nouveau Gouvernement allemand a déclaré vouloir légiférer rapidement en la matière.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de la Justice:

- Est-ce qu'au Luxembourg nous disposons d'informations relatives à la prévalence de ce type d'harcèlement?
- Dans l'affirmative Monsieur le Ministre pourrait-il m'éclairer sur la situation au Luxembourg en matière de «stalking»?
- Dans la négative, et compte tenu de l'ampleur du phénomène dans d'autres pays, Monsieur le Ministre n'estime-t-il pas qu'il serait utile de mener une étude ou de constituer une base de données, afin de pouvoir juger des mesures à prendre au niveau national?

**Réponse** (3.2.2006) de **M. Luc Frieden**, *Ministre de la Justice:*

À l'heure actuelle, le «stalking» en tant que tel n'est pas réglementé dans notre pays, ni sanctionné pénalement, même si l'un ou l'autre aspect peut revêtir, le cas échéant, une qualification pénale, par exemple être constitutif d'une infraction à la loi du 11 août 1982 concernant la protection de la vie privée.

Voilà pourquoi, le Ministère de la Justice ne dispose pas d'informations chiffrées relatives au «stalking».

Le Luxembourg suivra de près l'évolution de la législation dans les autres pays membres de l'UE pour juger de la nécessité de légiférer, à son tour, en la matière.